C 21734 D



Der Mythos vom „realen Sozialismus" S. 48

Arbeiterkampf

Jg. 7/Nr. 108/11.7.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Rüstungswahnsinn



- **Neutronen-Bombe**
- **Cruise Missile**

„Ich bin gegen diese Waffe. Sie ist wieder Wasser auf die Mühlen derer, die den Krieg führbar machen wollen. Da sie die Grenzen zwischen konventioneller und atomarer Kriegsführung verwischt, gefährdet sie die atomare Abschreckung. Auf unserem Boden würde ich diese Waffe nicht sehen wollen". – So äußerte sich (lt. „Welt" vom 3.7.) Bundeswehr-General Steinhoff, von 1971 bis 1974 Vorsitzender des Nato-Militärausschusses und alles andere als ein Pazifist, über die neue „Wunderwaffe", „Amerikas Superwaffe" – die Neutronenbombe. Im Gegensatz zur Atombombe hat die Neutronenbombe den „Vorzug", daß sie zwar mit noch größerer Wirksamkeit alles Leben abtötet, aber alle Gegenstände (Bauwerke, Fabriken etc.) weitgehend unversehrt läßt. Die radioaktive Strahlung klingt innerhalb sehr kurzer Zeit wieder ab, sodaß schon wenige Tage später die Fabriken wieder in Betrieb genommen werden könnten, eine Armee in die angegriffenen Gebiete vorrücken könnte usw.

Die bisherigen Atom-Waffen hatten hingegen den militärischen Nachteil, dem Angreifer nur ein weitgehend zerstörtes und langfristig radioaktiv verseuchtes Gebiet zu hinterlassen. Unter diesen Bedingungen wäre ein Einsatz im Grunde militärisch nicht sinnvoll, zumal mit atomaren ‚Gegenschlägen' zu rechnen wäre.

Von der Neutronenbombe hingegen versprechen sich die imperialistischen Militär-Strategen, sie tatsächlich e i n s e t z e n zu können. Dabei wird noch kalkuliert, daß die Sowjetunion und der Warschauer Pakt, die nicht über ähnliche Sachen verfügen, nicht mit dem Einsatz von Atomwaffen „antworten" würden.

Das heißt in den Begriffen der Militärs: Die „Schwelle" zum Einsatz dieser Todeswaffe ist geringer als bei der Atombombe, ihr Einsatz also wahrscheinlicher. Das Patt der „atomaren Abschreckung" (USA und Sowjetunion verfügen beide über das atomare Potential zur weitgehenden Vernichtung des Gegners, können es aber nicht „effektiv" einsetzen) wäre damit durchbrochen.

Dies heißt, in nüchternen Worten: Die Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges, ausgetragen auch auf dem Boden der beiden deutschen

Fortsetzung auf Seite 3

Die Neutronenbombe ist eine weiterentwickelte Wasserstoffbombe. Die Wasserstoffbombe beruht auf dem Prinzip der Kernfusion, wobei Wasserstoffkerne zu Heliumkernen verschmolzen werden und dabei riesige Energie frei wird, mehr als bei der Kernspaltung (Atombombe). Um diesen Prozeß in Gang zu setzen, sind enorm hohe Temperaturen erforderlich (zig Millionen Grad). Diese werden nur durch eine Atombombe erzeugt (die auf dem Prinzip der Kernspaltung beruht), sie dient sozusagen als Zündholz für die Wasserstoffbombe. Die besondere Wirkung der Wasserstoffbombe beruht auf der bei der Kernfusion erzeugten Energie, die in Form von Hitze frei wird. Diese Hitzewelle (und die damit entstehende Druckwelle) führt zu ungeheuren Zerstörungen in einem weiten Umkreis.

Seit 1957 sind die USA bereits dabei, eine Neutronenbombe herzustellen. Ursprünglich war sie gedacht als eine Massenvernichtungswaffe im Megatonnenbereich, um eine Stadt in der Größenordnung von London mit einem Schlag auslöschen zu können. Die weitere Entwicklung hat jedoch ergeben, daß sie ganz andere Eigenschaften bekommen kann. Sie produziert in ihrer neuen Form „nur" 10 % der Druck-, Hitze- und Strahlenwirkung der „normalen" Wasserstoffbombe, dafür jedoch 14mal soviel Neutronenstrahlen, die praktisch alles durchdringen. Diese Neutronenstrahlung ist besonders gefährlich und absolut tödlich.

Da freie Neutronen eine Halbwertszeit von 10,8 Minuten haben, beträgt die Neutronenstrahlung nach gut einer Stunde nur noch 1 % des Ausgangswertes! In der Zwischenzeit hat sie aber sehr viele Menschen entweder getötet oder so stark geschädigt, daß sie nach einem qualvollen Kampf nach ca. zehn Wochen sterben (oder auch länger). In der „Welt" (3.7.) wird die Wirkung dieser Bombe folgendermaßen beschrieben, daß die Neutronenstrahlen *„das zentrale Nervensystem so schwer und dauerhaft schädigen, daß keine Heilung oder Rettung mehr möglich ist. Ein von einer massiven Neutronenstrahlung getroffener Mensch ist sofort tot. Bei einer geringen Strahlung kann der Todeskampf zehn Wochen dauern. Die Symptome bleierne Müdigkeit wie bei einem Grippeanfall. Kein Fieber, später Durchfall und Erbrechen. Schließlich völlige Apathie. Manchmal gekoppelt mit Lähmungserscheinungen"* („WamS", 3.7.)

Scheidungs'reform'
— ein Klassenrecht nach Maß

Die „Reform-Politiker" der SPD haben wieder zugeschlagen: Die am 1. Juli in Kraft getretene Scheidungs„reform" wird tief in das Leben fast der gesamten Bevölkerung eingreifen. Scheidungen werden zukünftig noch erheblich länger dauern als bisher und sie werden vor allem den Beteiligten Kosten in astronomischer Höhe verursachen - von 8 bis 10.000 Mark spricht die bürgerliche Presse! Die Scheidungs„reform" war seit Jahren mit der SPD-üblichen Demagogie angekündigt worden. Angeblich sollte das Scheidungsrecht dadurch v e r b e s s e r t werden. Besonders angepriesen wurde, daß zukünftig das „Schmutzige-Wäsche-Waschen" vor Gericht wegfallen sollte. Die CDU/CSU hatte zur Täuschung der Bevölkerung ihren Teil beigetragen, indem sie gezetert hatte, die „Reform" würde den Bestand der Ehe gefährden, zu sexueller Zügellosigkeit führen und das Ende des christlichen Abendlandes heraufbeschwören.

Das Ergebnis dieser „Reform" ist jetzt, daß den Reichen eine Scheidung in der Tat erleichtert wird - sie können die Ersetzung des Schuld-Prinzips durch das Zerrüttungsprinzip voll geniessen, und die Kosten scheren sie wenig. Für die breite Masse der Bevölkerung hingegen wird die Scheidung unerträglich erschwert, für viele wohl auch ganz unmöglich gemacht. Das barbarische Prinzip der Reaktion: „Bis das der Tod Euch scheide ..." wird neue Triumphe feiern können. Längst kaputte Ehen werden sich weiter über die Runden quälen, und Kinder werden unter diesen elenden Verhältnissen aufwachsen müssen. Die Ehe als „Keimzelle des Staates", wie vor allem die CDU/CSU offen verkündet, soll durch diese reaktionäre „Reform" gewaltsam zementiert werden. Kaputte Ehen und Familien, wo einer des anderen Deubel ist - darin sieht die Kapitalistenklasse die beste Voraussetzung zur Bewahrung ihrer Herrschaft.

Fortsetzung auf Seite 24

12 Ausschlußanträge und 3 Verwarnungen gegen junge Gewerkschafter !

Osnabrück. Nachdem schon in den letzten Jahren die Osnabrücker DGB-Führung, die selbst zum 1. Mai schon seit langer Zeit nur Saalveranstaltungen mit 'Friede-Freude-Eierkuchen-Reden' (bei abnehmender Teilnehmerzahl) durchführte, auf die bisher vom KBW durchgeführten Maidemonstrationen alle Jahre wieder mit zahlreichen Ausschlußverfahren reagierte, erreichten diese Auseinandersetzungen in diesem Jahr eine neue Stufe. Verschiedene Teile der Gewerkschaftsjugend hatten nämlich eine gewerkschaftliche Maidemonstration unter den von ihnen aufgestellten klassenkämpferischen Forderungen (z.B. einheitlicher Existenzlohn für Lehrlinge, 2 arbeitsfreie Berufsschultage in der Woche, weg mit Stufenausbildung und Beurteilungsbögen, 30 Arbeitstage Urlaub usw.) gefordert. Ein solcher Beschluß wurde z.B. von der Mitgliederversammlung der HBV-Jugend und von den jugendlichen Vertrauensleuten bei Klöckner-Osnabrück aufgestellt. In

Fortsetzung auf Seite 2

Schwere Anklage wegen Grohnde-Demonstration

Am Anfang der letzten Juni-Woche wurden mindestens drei AKW-Gegnern die Anklageschriften wegen ihrer Teilnahme an der Demonstration in Grohnde vom 19.3.77 zugestellt. Die Vorwürfe lauten übereinstimmend auf:
- schweren Landfriedensbruch (§ 125)
- schwere Körperverletzung (§ 223)
- schweren Widerstand (§ 113).

Bei den jetzt Angeklagten handelt es sich um P.C. aus Geesthacht, einen AKW-Gegner aus Hamburg-Eimsbüttel und einen aus Hameln.

In diesen Verfahren wird mit Sicherheit der Versuch gemacht, die drei in den Knast zu bringen. Diese Annahme wird bestätigt durch die Tatsache, daß die Verfahren vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes in Hannover angesetzt wurden — wo nur Sachen mit einem zu erwartenden Strafmaß von nicht weniger als einem Jahr Gefängnis verhandelt werden!

Bereits jetzt läßt sich das Bemühen der Justiz erkennen, Gerichtstermine noch für August anzusetzen. Hier erwächst für alle AKW-Gegner die Aufgabe, zu verhindern, daß die Sommerpause für klammheimliche Verurteilungen ausgenutzt wird — die uns dann im Herbst mit tödlicher Sicherheit präsentiert würden als Beweis der kriminellen Einstellung der militanten AKW-Gegner und als deutlicher „Hinweis" dafür, daß es sich für den Einzelnen „nicht lohnt", gegen AKWs zu kämpfen.

Die Grohnde-Strafverfahren werden der Prüfstein sein, an dem die Kraft der Anti-AKW-Bewegung im Kampf gegen die Kriminalisierung gemessen wird. Nur mit der breites möglichen Mobilisierung können wir die angeklagten AKW-Gegner und die ganze Bewegung schützen.

EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN!
KEIN AKW-GEGNER DARF IN DEN KNAST GEHEN !



Portugal:
Rui Gomes beendet Hungerstreik

Am 22. Juni setzte Rui Gomes seinen Hungerstreik aus, den er am 28. Mai begonnen hatte. Grund dafür ist das Erreichen seines Zieles: Festsetzung des Prozeßtermins, der jetzt auf den 13. Juli datiert wird („Pagina Um", 23.6.). Rui Gomes soll dann angeklagt werden, Ende September 1975 Waffen aus der Artilleriekaserne von Porto Brandao gestohlen zu haben. Verantwortlich für die lange Dauer der U-Haft ist derselbe Richter, der Spinola freisprach...!

Rui Gomes hat während seines 25-tägigen Hungerstreiks 11 Kilo Gewicht verloren, das sind 15 % seines Normalgewichtes. Sollte eine Verschleppung des Prozesses eintreten, will Rui Gomes den Hungerstreik sofort wieder aufnehmen.

Ein Zeuge der Anklage wird der Coronel Jaime Neves sein, Chef der Kommandos von Amadora, die den Rechtsputsch vom 25. November 1975 militärisch durchführten.

Portugal-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

12 Ausschlußanträge und 3 Verwarnungen

diese Richtung diskutiert wurde auch insbesondere in den verschiedenen gewerkschaftlichen Jugendgruppen (IGM, HBV, Karman, Klöckner), die nach der Satzung allerdings keine Beschlüsse fassen können.

Dies alles wurde natürlich von der Osnabrücker Gewerkschaftsführung vollkommen übergangen. Das führte dazu, daß die Jugendlichen mit ihren Transparenten sich den Zugang zur DGB-Kundgebung gegen die "schlagenden Argumente" der DGB-Ordner (unter denen sich neben rechten Sozialdemokraten auch bekannte DKP-Revisionisten befanden) erkämpfen mußten. Und daß ca. 30 Kolleginnen und Kollegen sich als eigener Block im Anschluß an die DGB-Kundgebung an der ansonsten recht schwachen (ca. 200 Teilnehmer) Demonstration einer aus KBW plus 'Massenorganisationen', Initiative für ein unabhängiges Jugendzentrum und Gewerkschaftsgruppe im Sozialistischen Zentrum bestehenden Aktionseinheit beteiligten.

Dies führte auf der Seite der Gewerkschaftsführer zu wilden Reaktionen: so stellten der 1. Bevollmächtigte der IGM, der Osnabrücker Oberbürgermeister (!) Ernst Weber und zwei rechte Betriebsräte insgesamt 4 Ausschlußanträge aus der IGM gegen Jugendvertreter von Klöckner und Kabelmetal . Dies geschieht in einer Situation, wo die verschärften Angriffe der Kapitalisten (geplant sind bei Klöckner 500 Entlassungen und bei Kabelmetal Nichtübernahme eines ganzen Lehrjahres) gerade die Stärkung der Jugendvertretung und der gewerkschaftlichen Kampfkraft erfordert.

Begründet wurden die Anträge mit *„Teilnahme an einer KBW-Demonstration und an Störaktionen des KBW während der DGB-Kundgebung"*. Dies ist allerdings nicht nur inhaltlich eine Unverschämtheit: angesichts der von den Kollegen vertretenen Forderungen, die sicherlich alles andere als gewerkschaftsfeindlich sind, egal, ob sie auch vom KBW vertreten werden oder nicht. Die Vorwürfe sind zudem auch formal nicht richtig, da es sich eben nicht um Aktionen des KBW handelte, sondern um Aktionen, an denen der KBW beteiligt war. Außerdem war die Demonstration auch zeitlich keine Konkurrenz zur DGB-Kundgebung. Hier soll offenbar ein Schlag gegen klassenbewußte Gewerkschafter und ihre Arbeit geführt werden.

Ähnliches gilt sicherlich auch für 8 Ausschlußanträge aus der ÖTV, sowie für 3 in der IG DruPa ausgesprochene 'Verwarnungen' - unter anderen gegen einen Kollegen, der zum Zeitpunkt der Demonstration noch SPD-Abgeordneter im Ortsrat des Osnabrücker Vororts Voxtrup war und auf der Abschlußkundgebung der Demo über die Unterstützung des Kampfes der dänischen Drucker durch die Belegschaft eines Osnabrücker Druckbetriebes berichtete und zur Solidarität aufrief!

Den dicksten Hammer leistete sich allerdings die HBV-Führung, die mit der Auflösung des Ortsjugendausschusses und der örtlichen Jugendgruppe der HBV die gesamte örtliche HBV-Jugendarbeit zu liquidieren versucht! Dies wurde interessanterweise nicht mit den Vorkommnissen am 1. Mai begründet, sondern mit der Aufstellung einer Festgeldforderung (‚170 DM mehr für alle') während der letzten Tarifrunde und einem eigenständigen Flugblatt zu einer vom DGB-Kreisjugendausschuß durchgeführten ‚Infofete' zur Jugendarbeitslosigkeit'.

Daran zeigt sich, daß sich diese neuerlichen Repressionsmaßnahmen der Osnabrücker DGB-Führung offenbar insgesamt gegen jede Form fortschrittlicher und klassenkämpferischer Arbeit überhaupt richtet. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle der DKP-Revisionisten wie z.B. des DGB-KJA-Vorsitzenden Ralph Kühn (s.o.), der bei den Wahlen zum KJA nicht einmal über ein Direktmandat seiner Einzelgewerkschaft HBV in den KJA kam, jetzt aber die HBV-Jugendarbeit "neu aufbauen" soll.

In all diesen Auseinandersetzungen ist allerdings das letzte Wort noch nicht gesprochen - auch wenn es mit Öffentlichkeitsarbeit gegen die Ausschlußverfahren gerade auch von Seiten des KBW, der immerhin unter den Betroffenen eine Reihe von Genossen hat, nicht allzu gut aussieht. So steht im Oktober eine außerordentliche Kreisjugenddelegiertenkonferenz an, wo die ganze Sache sicherlich zur Sprache gebracht werden muß.

Ein Osnabrücker Metallkollege

Die Wichtigkeit, gegen diese Repressalien eine breite Kampffront aufzubauen und Solidarität mit den gemaßregelten Gewerkschaftern zu üben, zeigen auch Berichte über Ausschlußverfahren aus anderen Landesverbänden des DGB - siehe hierzu die Rubrik „Betrieb und Gewerkschaft" in dieser Ausgabe des AK.

Die jetzt - offenbar auch im Hinblick auf die im nächsten Frühjahr stattfindenden Betriebsräte-Wahlen - anlaufende neue Ausschlußwelle bestärkt uns in der Absicht, die Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und der Gewerkschaftsausschlüsse der unabhängigen Jury des geplanten Russell-Tribunals zur Bewertung vorzulegen.

Der KB arbeitet an einer umfassenden Dokumentation zu Fragen der Repression im Gewerkschaftsbereich - und bittet alle Leser, Berichte und Material über ihnen bekannte "Fälle" an die AK-Redaktion zu schicken.

Chilenischer Kupferexport quer durch Europa verfolgt

Sechs niederländische Lastwagen mit insgesamt 150 t chilenischem Kupfer, das sie in Rotterdam geladen hatten, wurden am 22.6. an ihrem Zielort Mailand von den Arbeitern eines internationalen Transportbetriebes, wo die Ladung abgefertigt werden sollte, durch Blockade der Wagen an der Auslieferung des Kupfers gehindert. Ziel der Aktion war, daß die Lastwagen mit ihrer Ladung wieder nach Rotterdam zurückkehren und das Kupfer nach Chile zurückgeschickt wird.

Der Fabrikrat der Mailänder Metallfabrik Vadco Trafili, für die das Kupfer bestimmt war, beschloß am 26.6., sich mit dem Boykott chilenischen Kupfers durch die italienischen Transport- und Hafenarbeitergewerkschaften zu solidarisieren. Der Fabrikdirektion blieb nichts anderes übrig, als die Annahme des Kupfers zu verweigern! In seiner Erklärung wies der Fabrikrat auf die zwiespältige Politik der italienischen Regierung hin: Einerseits wird die chilenische Junta nicht anerkannt, andererseits aber ist Italien einer der wichtigsten Abnehmer chilenischer Produkte in der Welt.

Gut eine Woche lang wurden die Kupfer-Transporter von italienischen Gewerkschaftern und Chilenen festgehalten. Die Fahrer verfügten zwar über Papiere, mit denen sie über die BRD zurück nach Rotterdam fahren konnten, die Aktivisten wollten die Blockade jedoch erst aufheben, wenn sichergestellt ist, daß die Wagen über Frankreich und Belgien zurückkehren, da *„die Furcht besteht, daß die Ladung in Westdeutschland 'verschwindet', weil die Gewerkschaftsorganisation dort den Boykott des chilenischen Regimes nicht unterstützt"*.

Um sicherzustellen, daß das Kupfer nicht doch noch irgendwie abhanden kommt, organisierten die italienischen Gewerkschafter eine „Begleitung" der Lastwagen durch Frankreich und Belgien. An der belgisch-niederländischen Grenze sollte der Kupfertransport von der niederländischen Transportgewerkschaft und dem Chile-Komitee empfangen und weiterbegleitet werden. Die Transportgewerkschaft der niederländischen Gewerkschaftsföderation FNV (Zusammenschluß von sozialdemokratischer und katholischer Gewerkschaft) nahm mit den belgischen und französischen Gewerkschaften Kontakt auf, damit auch von diesen eine Begleitung des Kupfertransports durchgeführt wird.

Nach der Überreichung der Rückreisepapiere über die geforderte Route wurde die Blockade aufgehoben. Bis zur französischen Grenze wurden die Wagen von einem Bus mit italienischen Gewerkschaftern und Chilenen begleitet. An der Grenze wurde das weitere Geleit durch französische Gewerkschafter übernommen, die jedoch nicht verhindern konnten, daß der Konvoi sich auflöste und die Fahrer verschiedene Wege einschlugen.

Ein Wagen mit drei Arbeitern der Mailänder Metallfabrik, für die das Kupfer bestimmt gewesen war und einer Kollegin des chilenischen CUT, konnte jedoch einem Teil der Wagen bis zur französisch-belgischen Grenze auf der Spur bleiben. Dort wurden sie jedoch bei der Zollkontrolle so lange aufgehalten, daß ihnen die Kupfertransporter entwischten.

Drei der Wagen wurden dann in Belgien wieder aufgespürt. Als die belgischen Gewerkschafter kurz vor der niederländischen Grenze den Konvoi überholten, um die wartenden niederländischen Gewerkschafter und Chilenen zu informieren, nahmen die Lastwagenfahrer die Gelegenheit wahr, eine andere Strecke einzuschlagen.

Ein Wagen konnte in den Niederlanden wieder erwischt werden. Der entzog sich weiterer Begleitung dadurch, daß er den PKW mit Mitgliedern des niederländischen Chile-Komitees von der Straße drückte! – Der Transport, so wird von der niederländischen Transportgewerkschaft angenommen, ist in einer kupferverarbeitenden Fabrik im westdeutschen Emmerich gelandet!

Obwohl bei dieser Boykottaktion aufgrund noch mangelhafter Koordination das eigentliche Ziel, das Kupfer nach Chile zurückzubefördern, nicht erreicht wurde, hält das niederländische Chile-Komitee Aktionen dieser Art für politisch sehr wirkungsvoll. Es verweist auf den Chilenen Orlanda Letelier, der kurz vor seiner Ermordung in New York (vermutlich durch Figuren der Junta) sagte: *„Wirtschaftliche Aktionen im Ausland sind von großer Bedeutung, weil die Junta in ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Ausland verwundbar ist. In diesem Moment sind solche Aktionen fundamental für das Zustandebringen politischer Veränderung in Chile."*

Auch die öffentliche Wirkung solcher Aktionen ist nicht gering: Die niederländische Tageszeitung „Volkskrant" z.B. berichtete eine Woche lang ausführlich, teilweise auf der ersten Seite, über die Aktion.

Das Chilekomitee will seine künftigen Aktivitäten im besonderen auf den Rotterdamer Hafen ausrichten, über den der größte Teil des chilenischen Kupfers für die EG-Länder (1976: 83%!) eingeführt wird.

Allgemeiner Transportboykott chilenischer Produkte

Anläßlich der italienischen Aktion und auf Initiative der Transportgewerkschaft FNV rief das Komitee der Transportgewerkschaften der EG (Brüssel) am 29.6. zu einem allgemeinen Boykott des Transports chilenischer Produkte auf. Obwohl der Aufruf, auch in Hinblick auf die niederländische Gewerkschaft, der ein aktiver Chile-Boykott schon einmal gerichtlich verboten worden war, sehr vorsichtig abgefaßt ist, wird der DGB sich dem Aufruf nicht anschließen.

Der Föderationsrat der FNV, in dem die verschiedenen Einzelgewerkschaften vertreten sind, beschloß am 4.7. in Amsterdam, daß in nächster Zukunft „Nadelstichaktionen" in der Art der italienischen Aktion durchgeführt werden sollen. Ein allgemeiner Boykott wurde als nicht durchführbar bezeichnet. Der Föderationsrat beschloß im einzelnen, sich an den Europäischen Gewerkschaftsverband zu wenden, um eine bessere Koordination der gegen die chilenische Junta gerichteten Aktionen zu erreichen, weiter sollen die rechtlichen Möglichkeiten für Boykottaktionen geprüft und die Möglichkeiten effektiver Aktionsführung untersucht werden.

Es wird, das geht aus der hier erkennbaren Neigung zum Rückzug der niederländischen Gewerkschaftsführung hervor, die Aufgabe der aktiven Anti-Imperialisten und Antifaschisten bleiben, durch konsequente Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen auch die Vorstände der Gewerkschaften zum Mitziehen zu zwingen.

(Nach „Volkskrant", 29.6.-5.7.77)

Niederlande-Kommission



Mitglieder des niederländischen Chilekomitees verteilen Flugblätter zum Kupferboykott an der belgisch-niederländischen Grenze

Rüstungswahnsinn

Fortsetzung von Seite 1

Staaten und Mitteleuropas, verschärft sich weiter. Wer solche Todeswaffen erdenken und bauen läßt, der will sie eines Tages auch einsetzen. Schon ist davon die Rede, daß die US-Truppen in der Bundesrepublik mit der Neutronenwaffe ausgerüstet werden sollen („FAZ", 25.6.)!

Die neue „Superwaffe" erschüttert das bisherige militärische „Gleichgewicht des Schreckens" in einer Weise, die selbst imperialistische Militärs und Politiker dagegen offen Stellung nehmen läßt: So der zitierte General Steinhoff (ansonsten bekannt als Scharfmacher für verstärkte Aufrüstung gegen die „Gefahr aus dem Osten") ebenso wie der General Wolf von Baudessin, der der SPD und ihrem „Entspannungs"-Gedudel nahesteht. Im Senat der USA fiel die erste Entscheidung nur mit äußerst knapper Mehrheit (43:42) für die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Entwicklung der Neutronenbombe.

Nicht plötzlich ausgebrochene Friedensliebe oder gar Grauen angesichts der unvorstellbaren Konsequenzen für die Menschheit liegt den Bedenken bürgerlicher Militärs und Politiker gegen die neue „Wunderwaffe" zugrunde. Sondern militärisches Kalkül, daß durch die Neutronenbombe die Eskalation zum atomaren Weltkrieg begünstigt würde oder daß sogar durch die so entstehende Situation die Sowjetunion zu einem Verzweiflungsschritt (atomarer „Erstschlag") provoziert werden könne.

Man sieht, daß es selbst unter den imperialistischen Militärs und Politikern gerade die bedenkenlosesten, abenteuerlichsten Kräfte sind, die mit der Neutronenbombe den „Atom-Poker" weiter anheizen wollen, um haarscharf am Rande eines weltweiten atomaren Vernichtungskrieges ihre aggressiven und expansionistischen Ziele zu verwirklichen.

Diese Kräfte werden über kurz oder lang den atomaren Weltkrieg tatsächlich auslösen oder provozieren, wenn nicht die Völker der Welt ihnen in den Arm fallen. Wer meint, daß dies „ohne Gewalt" ginge, oder daß wir gar „aus moralischen Gründen" dabei keine Gewalt anwenden „dürften", ist ein Narr.

Cruise Missile – Aufrüstung statt Abrüstung

Einer bewährten Taktik folgend wurde die neue Phase der atomaren Aufrüstung der NATO mit allgemeinen Friedens-Beteuerungen und mit Abrüstungs-Schwindel flankiert. Dazu gehört vor allem der Einspruch von Präsident Carter gegen die weitere Entwicklung des Bombers B–1; dieser Einspruch wurde von einigen waghalsigen bürgerlichen Schreiberlingen sogar so dargestellt, als bedeute er eine wichtige Einschränkung der amerikanischen Aufrüstung und der „westlichen Verteidigungsbereitschaft". *„In Moskau entkorken sie jetzt die Wodkaflaschen"*, ereiferte sich der republikanische Abgeordnete Dronan (SPIEGEL, 4.7.77).

Tatsache ist aber, daß das Projekt B–1 lediglich als veraltetes und viel zu kostspieliges Konzept aus dem Verkehr gezogen worden ist. Stattdessen werden die alten B 52-Bomber, die nicht die gegnerische Flugabwehr überwinden können, mit je 20 Stück der neuen Rakete ‚Cruise missile' ausgerüstet. Damit können von jedem Bomber 20 mal Atombomben der 10fachen Hiroschima-Größe auf den Meter genau ins Ziel gesteuert werden.

Die Cruise Missile ist ein unbemannter Flugkörper, der (zur Zeit noch) in relativ geringer Geschwindigkeit unterhalb des gegnerischen Radarschirms ins gegnerische Gebiet eindringt. Sie hat in Perspektive eine beliebige Reichweite, sodaß sie dann als Kurz-, Mittel-, Langstecken- und Interkontinentalrakete gebaut werden kann, natürlich mit „konventionellen" und atomaren Sprengsätzen. Sie kann vom Boden, vom U-Boot und vom Flugzeug aus gestartet werden, ist also allseits verwendbar und weitgehend gesichert vor gegnerischen Waffen.

In ihr ist die Landschaft und das Ziel, das sie treffen soll, einprogrammiert, sodaß sie sich selbständig nach dem Abschuß ins Ziel lenkt und auch in der Lage ist, Hindernisse zu umfliegen und alle möglichen Umwege dabei in Kauf zu nehmen. Sie weicht automatisch Bergen aus usw. In Zukunft wird die zweite Generation der Cruise Missile sicher auch mit Überschallgeschwindigkeit fliegen können, doch soweit ist die Entwicklung noch nicht gediehen. Schon heute ist sie dem geplanten B-1 Bomber weit überlegen. Dieser Bomber, seit langem entwickelt und seine Einführung schon fast beschlossen, sollte die alten B 52-Bomber (bekannt aus dem Vietnamkrieg) ablösen. Der neue Bomber sollte eine strategische Reichweite haben (mehr als 6.000 km), Tiefflugeigenschaften, Überschallgeschwindigkeit, doppelt soviele Waffen tragen wie die B-52, und im Gegensatz zu diesem den Radarschirm unterfliegen können.

Die B-1 sollte (nach Preisen von 1977) 100 Mio. Dollar kosten, doch realistischer ist (nach SPIEGEL

ARSENAL DES SCHRECKENS

Atombewaffnung der Supermächte (Stand Mitte 1976)
Die Zahl der Sprengköpfe steht in Klammern hinter den Raketen-Bezeichnungen

USA	SOWJET-UNION
BODEN-BODEN-RAKETEN	
1054 Interkontinentalraketen mit 2154 Sprengköpfen 54 Titan 2; 450 Minuteman 2; 550 Minuteman 3 (je 3)	1527 Interkontinentalraketen mit rund 2000 Sprengköpfen darunter 900 SS-11 (je 3 möglich); 20 SS-17 (je 4); 36 SS-18 (je 8 möglich); 100 SS-19 (je 6 möglich); 600 Mittelstreckenraketen 500 SS-4, 100 SS-5;
SEE-BODEN-RAKETEN	
656 Mittelstreckenraketen mit 5440 Sprengköpfen auf 41 Atom-U-Booten 160 Polaris A 3 (je 3); 496 Poseidon C 3 (je 10)	1109 Raketen auf 78 U-Booten 48 Raketen auf anderen Schiffseinheiten darunter 544 SS-N-6 (je 3 möglich); 220 SS-N-8; 312 Shaddock
LUFT-BODEN-RAKETEN	
ca. 1900 Raketen ca. 400 AGM-28B; 1500 AGM-69A;	ca. 1000 Raketen AS-3 und AS-4
WEITERE ATOMSPRENGKÖPFE	
ca. 7000 Atomsprengköpfe in Europa Trägersysteme: Raketen Pershing, Lance, Honest John; Strike-Bomber, u.a. F-4C, F-104 (deutsch u. italienisch), F-111, A1D; außerdem Atom-Minen	ca. 3500 Atomsprengköpfe Trägersysteme: Raketen, u.a. Frog, Shaddock, Scud, Scaleboard; Strike-Bomber, u.a. Mig 21, Mig 23, Mig 25

neu: Strategischer US-Bomber „B-1" (Geschwindigkeit: Mach 2; Bewaffnung: 24-32 Luft-Boden-Raketen vom Typ AGM-69A mit Atomsprengköpfen); drei Serien-Flugzeuge genehmigt, 250 geplant.

Im Einsatz: US-Strike-Bomber (F-4C „Phantom") als Träger taktischer Atomwaffen.

neu: Amerikanisches „Cruise Missile" vom Typ AGM-86A, unbemannte Lenkwaffe mit bis zu 3000 Kilometer Reichweite, die von Trägerflugzeugen aus gestartet werden kann.

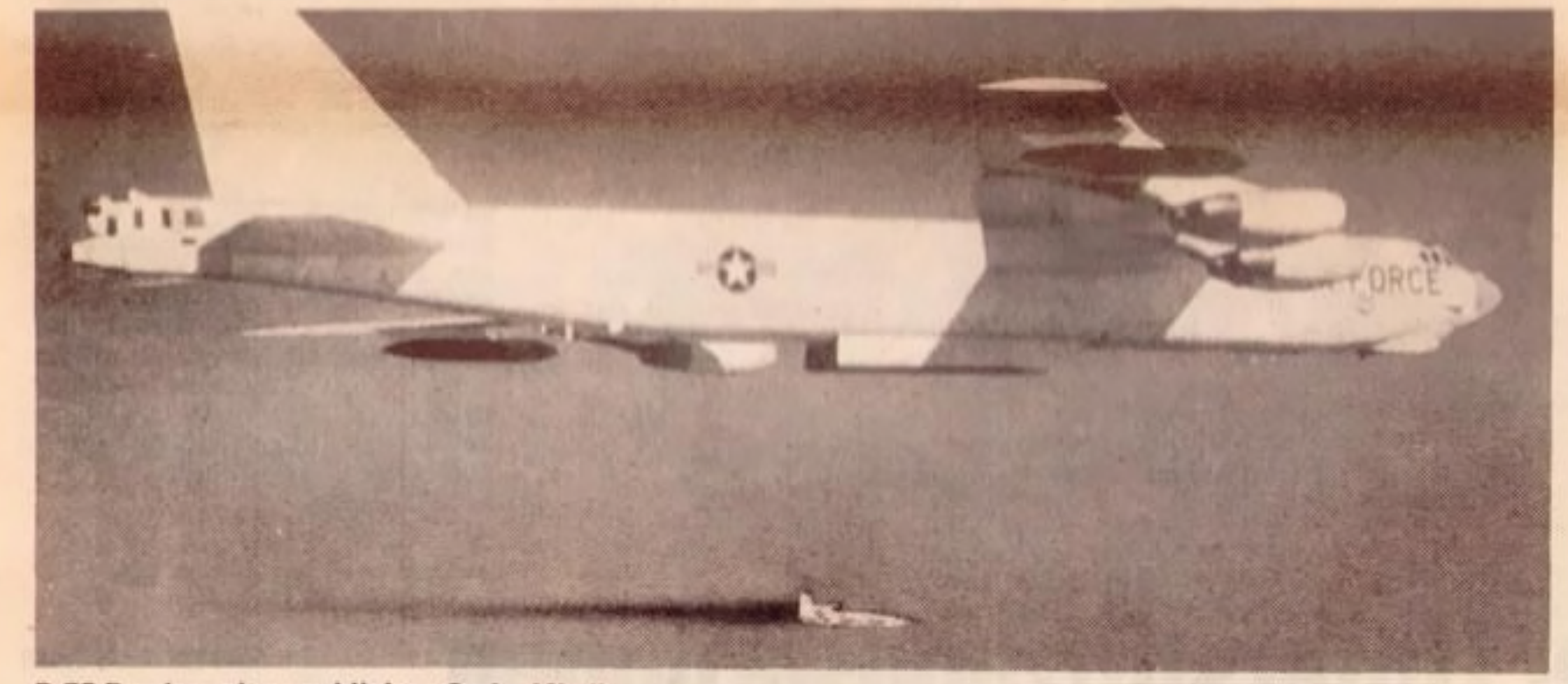
Im Einsatz: 13 US-Flugzeugträger („Attack carriers"), davon zwei atomgetrieben; auf jedem Träger sind Flugzeuge für den atomaren „Strike" stationiert.

neu: Amerikanische „Cruise Missile Tomahawk"; diese unbemannte Lenkwaffe mit anlegbaren Flügeln kann aus Torpedorohren von Zerstörern, aber auch von U-Booten während der Unterwasserfahrt gestartet werden.

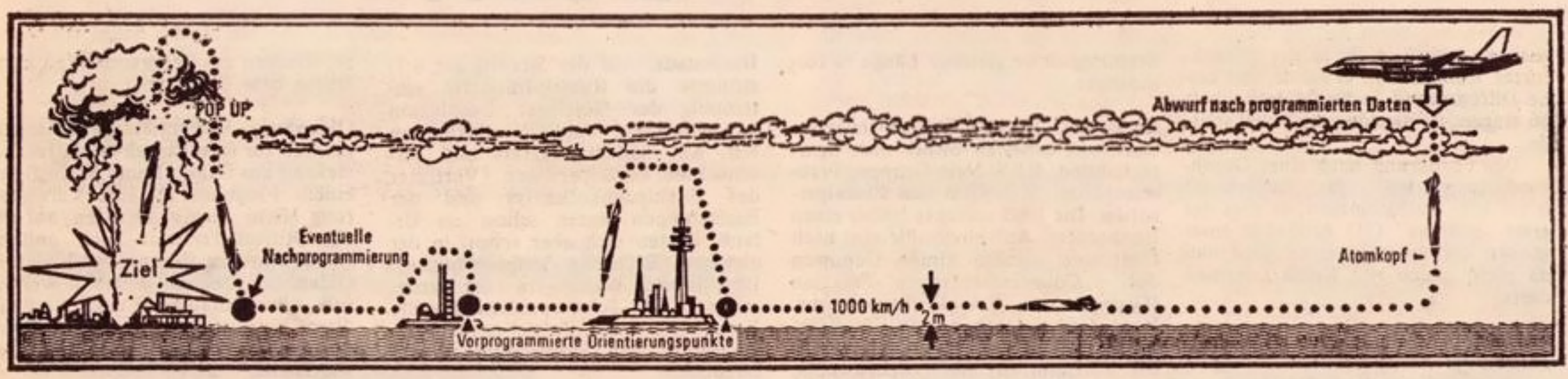
Im Einsatz: US- und Sowjet-Interkontinentalrakete mit Mehrfach-Sprengköpfen (je nach Raketentyp können damit bis zu zehn verschiedene Ziele gleichzeitig zerstört werden).

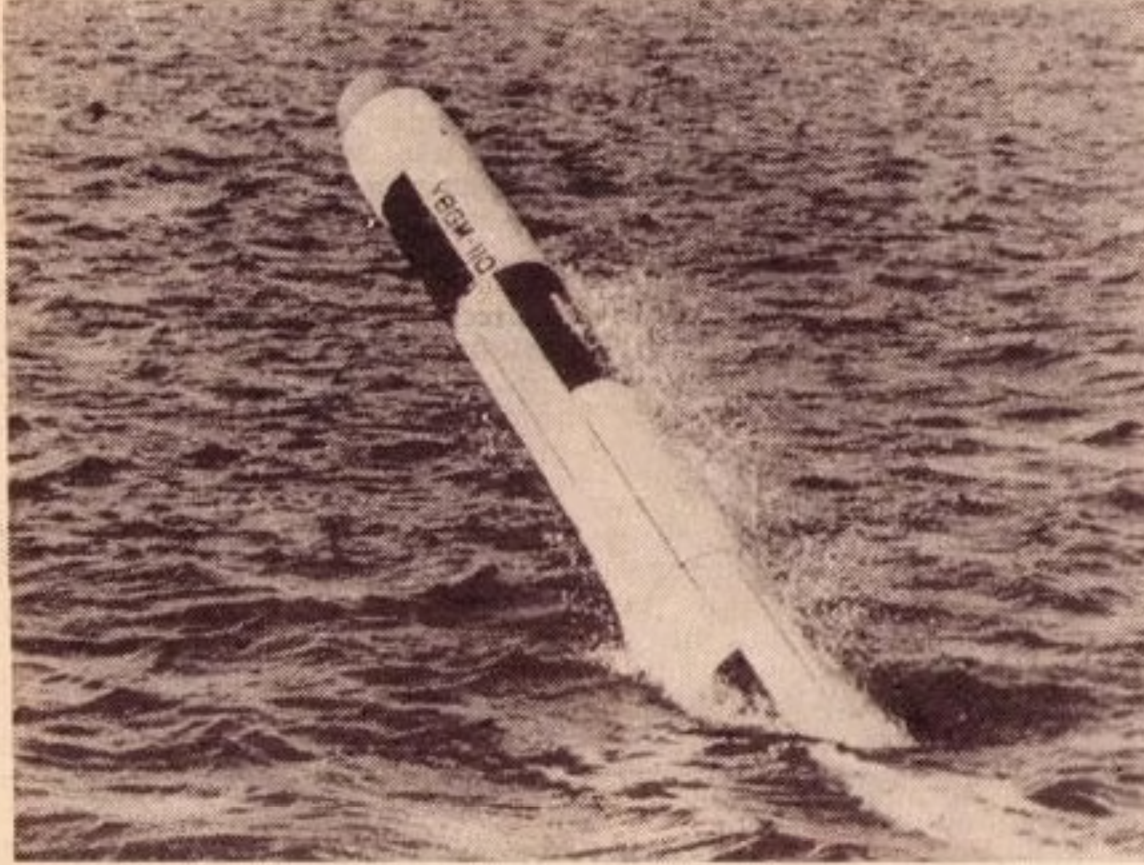
neu: Sowjet-Bomber „Backfire B" (Geschwindigkeit: Mach 2,5; Bewaffnung: Boden-Luft-Rakete vom Typ AS-6 mit Atomsprengköpfen).

Im Einsatz: Sowjetische Strike-Bomber der MiG-Serie; Träger für taktische Atombomben.



B-52 Bomber mit ausgeklinkter Cruise Missile
B-52 Bomber mit ausgeklinkter Cruise Missile





Eine Cruise Missile wird vom U-Boot aus abgeschossen.

vom 4.7.) der vierfache Preis, sodaß die neue Bomberflotte von 244 Bombern an die 90 Mrd. Dollar gekostet hätte.

Für die Cruise Missile hingegen wird ein Stückpreis von 750.000 Dollar angegeben. Etwa 5.000 sollen nach bisherigen Plänen davon hergestellt werden („WELT", 4.7.). Die Gesamtkosten wären dann noch nicht einmal 4 Mrd. Dollar!! Dies Beispiel zeigt sehr anschaulich, daß es üble Demagogie ist, wenn – auch von Seiten der Sowjetunion! – eine Senkung der Rüstungsausgaben mit Abrüstung oder jedenfalls Einschränkung der Aufrüstung gleichgesetzt wird. In aller Regel ist genau das Gegenteil der Fall.

Schmidt und Leber: Ganz scharf auf die „Wunderwaffen" zum Massenmord

Es ist kein Wunder, daß Springers „WELT" schon melden kann: *„Amerikas Wunderwaffe – in Europa gefragt"* (4.7.) Die Bundesregierung, so erklärte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke, ist an der Cruise Missile *„lebhaft interessiert"*. Die europäischen Verbündeten der USA seien, so die „WELT", *„geradezu versessen"* auf die neue Waffe. Auf der jüngsten Tagung der „nuklearen Planungsgruppe" der NATO sei das so schlimm gewesen, *„daß sich Verteidigungsminister Brown gezwungen sah, den Eifer etwas zu bremsen"* („WELT", 4.7.) Und dieses auf Massenvernichtungswaffen geile Pack geifert über „Gewalt", wenn mal in Brokdorf oder Grohnde ein Bauzaun angesägt wird!

Wozu die Imperialisten die Cruise Missile ebenso wie die Neutronenbombe brauchen, geht aus den perversen Schwärmereien ihrer Schreiberlinge hervor, in erster Linie der unermüdliche Kriegsspieler Adalbert Weinstein von der FAZ und seine Kollegen von Springers „WELT", dem Kriegshetzerblatt Nr. 1 der BRD.

Weinstein freut sich sehr über die Neutronenbombe: *„Für den Einsatz dieser Waffe könnten sich die Politiker leichter entscheiden, da die zerstörende Wirkung dieselbe, die radioaktive Verseuchung des Umfelds jedoch viel geringer wäre. Die Atomschwelle könnte gesenkt werden"*. Die *„saubere Bombe"*, (so Weinstein) *„wäre eine Verstärkung der westlichen Abwehrfront"* (FAZ, 25.6.).

Wie der Weinstein sich das noch konkreter vorstellt, malt er in einem weiteren Artikel in derselben Ausgabe aus: Da beklagt er, daß die NATO angeblich bloß auf Verteidigung „rückwärts" eingestellt sei, während man doch auch *„planen könnte, die Verteidigung nicht rückwärts zu führen, sondern vorwärts"*. Daher müsse sich die NATO auf *„eine dynamische Vorwärtsverteidigung"* einstellen, auf eine *„Feuerplanung ... über den Eisernen Vorhang hinaus"*. Also: erstmal *„strategisches Umdenken"* in der Bundeswehr und Bundesregierung, dann *„geistige Auseinandersetzung mit den Verbündeten"* um ihnen auch das ganz neue (in Wirklichkeit schon in den 50er Jahren entwickelte!) Konzept der „Vorwärtsverteidigung" schmackhaft zu machen

Man sieht: Nach einem Jahrzehnt des Gedudels von „Entspannung" und „Abrüstung", wo sogar aus der guten alten „Vorwärtsverteidigung" eine „Vorneverteidigung" gemacht wurde, sprechen und schreiben die Imperialisten wieder mehr Klartext. Aufrüstung statt Abrüstung, Vergrösserung des ohnehin enormen Rüstungsvorsprungs gegenüber dem Warschauer Pakt, offene Kriegspropaganda.

„Abrüstungs"-Schwindel in der Krise

Jahrelang wurde von den USA und der Sowjetunion angeblich über die Begrenzung des atomaren Wettrüstens verhandelt und der Weltöffentlichkeit von beiden Mächten vorgegaukelt, daß sie ernsthaft an der Abrüstung interessiert seien, daß sie die Verhandlungen führen, um die Welt vor einem alles vernichtenden atomaren Schlagabtausch zu bewahren, usw. usf.

Tatsache ist, daß beide in keiner Weise abgerüstet oder das Wettrüsten auch nur bedingt eingeschränkt haben. Beide haben im Gegenteil forciert aufgerüstet, und in den entsprechenden Salt-Verträgen gab es auch immer entsprechende Klauseln, die die Entwicklung neuer Atomwaffen bzw. Raketen nicht ausschlossen. Weder die Entwicklung der Neutronenbombe noch die Entwicklung der Cruise Missile wurden durch SALT verhindert. Die Entwicklung der Cruise Missile (und der Neutronenbombe) bedeutet jedoch eine so starke Änderung des strategischen Gleichgewichts, daß die Sowjetunion jetzt große Schwierigkeiten hätte, das auch noch in einem neuen SALT-Abkommen hinzunehmen.

Die US-Regierung behauptet, daß die Cruise Missile gar nicht Gegenstand des SALT-Abkommens sei, da sie keine ‚strategische' Waffe sei. (Der Begriff ‚strategisch' bezeichnet Waffen mit interkontinentaler Reichweite, im Gegensatz zu den ‚taktischen' Waffen mit geringerer Reichweite). Was die Neutronenbombe angeht, so wird sie ohnehin zu den ‚taktischen' Waffen gerechnet.

Mit anderen Worten, die US-Imperialisten wollen sich auf diesem Sektor durch SALT keine Beschränkungen auferlegen, sondern ihren atomaren Rüstungsvorsprung ungehindert weiter ausbauen. Für die Sowjetunion kann das schwerlich akzeptabel sein. Der Vorteil, den auch
zeptabel sein. Der Vorteil, den auch
die Sowjetunion als eine der atomaren ‚Supermächte' aus dem „Entspannungs"-Schwindel und den Scheinverhandlungen über „Abrüstung" zieht, würde mehr als wettgemacht durch die Nachteile, einer weiteren Aufrüstung der USA zuzusehen und auch noch das SALT-Mäntelchen darüber zu decken.

Es ist also nicht verwunderlich, daß sich die Sowjetunion in letzter Zeit zunehmend unzufrieden über den Verlauf der sogenannten „Abrüstungs"-Gespräche äußert und einen schärferen Ton gegenüber der Kriegsrüstung des Imperialismus anschlägt.

Auf der anderen Seite verschärfen auch die USA den Ton. Die von Präsident Carter ausgerechnet vor der zweiten Runde der KSZE-Gespräche in Belgrad angekurbelte scheinheilige „Menschenrechts"-Kampagne gegen die Länder des Warschauer Pakts ist zum einen als Beitrag für die verschärfte Kriegshetze gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu verstehen, zugleich aber auch als Versuch, die „Entspannungs"-Gespräche und die kommenden SALT-Verhandlungen zu belasten und zu torpedieren.

Das Klima zwischen den imperialistischen und revisionistischen Staaten, zwischen NATO und Warschauer Pakt verschärft sich. Die BRD-Imperialisten bereiten sich darauf vor, beim neuen imperialistischen Verteilungskampf mitzumischen. Diesen Plänen einen kräftigen Strich durch die Rechnung zu machen, und zwar in nicht allzu ferner Zukunft, wird zu einer Frage des Überlebens.

Sichert die Durchführung des Russell-Tribunals

Nachdem die Russel–Peace–Foundation den umstrittenen Weg gewählt hat, über die Köpfe der westdeutschen (und internationalen) Unterstützungsbewegung hinweg ein „vorläufiges Sekretariat" zur weiteren Vorbereitung des Tribunals über die Repression in der BRD einzusetzen, und nachdem dieses „Sekretariat" in mehreren Stellungnahmen die bisherigen Vereinbarungen über die Konzeption des Tribunals umstieß, sind jetzt bereits die negativen Auswirkungen dieses Verfahrens unübersehbar zu bemerken.

Das „Sekretariat" hat offenbar alle Mühe bei den unerläßlich notwendigen Vorbereitungsarbeiten. Denn die „Jury" soll jetzt benannt werden und bereits im Spätsommer zum ersten Mal zusammentreten. Ob bis dahin eine erste fundierte Materialsammlung über Menschenrechtsverstöße in der BRD gewährleistet werden kann, ist ungewiß. Noch stärker scheint die Finanzierung allein dieses ersten Zusammentreffens der „Jury" gefährdet zu sein.

Auf der 2. Arbeitskonferenz der Unterstützungsgruppen in Göttingen (25./26.6.) war das „vorläufige Sekretariat" massiv wegen seiner Versuche kritisiert worden, aus taktischen Gründen eine thematische Einschränkung des Tribunals vorzunehmen, um u.a. der DKP (die eine Untersuchung etwa der Unvereinbarkeitsbeschlüsse natürlich niemals billigen würde) den Weg zu ebnen.

Das „Sekretariat" versuchte, dieser Kritik dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß es versicherte, a l l e ihm zugehenden Materialien über Repressionsmaßnahmen in der BRD an die Jury weiterzuleiten. Auch sollten keine weiteren „Kataloge" von Untersuchungsgegenständen mehr explizit benannt werden, da die Entscheidung darüber, was vom Tribunal behandelt werden soll, von der Jury selbst gefällt werden soll. Gleichzeitig machten die in Göttingen anwesenden „Sekretäre" jedoch klar, daß sie auf gar keinen Fall öffentlich erwähnen würden, daß neben den Berufsverboten auch eine Behandlung der DGB–Unvereinbarkeitsbeschlüsse, der Situation der politischen Gefangenen, der Repression gegen Frauen, u.a. geprüft würde.

Was die Beteuerungen des „Sekretariats" (z.B. auch, sich nicht in die Differenzen der Unterstützungsbewegung einzumischen, sondern mit allen Gruppen zusammenzuarbeiten) tatsächlich wert sind, wurde nicht einmal eine Woche später deutlich. In einem „FR"–Artikel (2.7.), der auf einem Interview mit „Sekretär" Kai Dieckmann fußt, wird erneut der eingegrenzte Themenkatalog, wie er auch vorher schon vom „Sekretariat" verbreitet wurde, genannt. Obwohl Dieckmann inzwischen abstreitet, dafür verantwortlich zu sein – der „FR"–Redakteur habe sich nur auf den Brief der Russel–Foundation vom Juni '77 bezogen – ist doch klar, auf wessen Mist der Artikel gewachsen ist: Denn die FR nennt auch die „Lauschaktionen des Verfassungsschutzes", die *„wahrscheinlich bei den Untersuchungen zur Sprache kommen"* würden. Diese aber sind im Brief der Foundation gar nicht erwähnt, wohl aber im „Katalog" des „Sekretariats"! Darüberhinaus distanzierte sich Dieckmann in der „FR" vom KB, dessen Mitarbeit angeblich *„zur Zeit sehr in Frage gestellt"* sei, *„weil der die Unabhängigkeit des Sekretariats ablehne". "Wir lassen uns nicht zum Werkzeug irgendeiner Gruppe machen"* (Dieckmann).

Neben dieser unsachlichen Verzerrung der tatsächlich in der Unterstützungsbewegung vorhandenen Differenzen (wobei die Kritik am Vorgehen des „Sekretariats" bekanntlich nicht bloß eine exklusive KB–Angelegenheit ist), erfährt man aus der „FR" so nebenbei, daß das Tribunal **„an die Einsicht der politisch Verantwortlichen appellieren"** werde. Man kann nur hoffen, daß sich die Jury nicht auf solche Dummheiten einlassen wird.

Aber es geht nicht nur um diesen „FR"–Artikel, der auf Widerspruch sogar unter denjenigen gestoßen ist, die dem Tribunal mit Sympathie gegenüberstehen. Das „vorläufige Sekretariat" bringt es fertig, mit praktisch jeder seiner Aktivitäten mehr Schaden anzurichten, als von allen gutwilligen Unterstützern kurzfristig wieder zurechtgebogen werden kann.

– In einem Spendenaufruf des „Sekretariats" wird dem Tribunal erneut „empfohlen", *„besonderes Augenmerk auf die Berufsverbote"* zu richten, während die anderen Bereiche der Repression überhaupt nicht genannt werden.

– In seinem „Rundbrief 2" gibt das „Sekretariat" eine stark verzerrte bzw. unwahre Darstellung seiner Entstehung. Da heißt es etwa, im nationalen Initiativausschuß zur Vorbereitung des Tribunals habe Übereinstimmung darüber geherrscht, *„daß dieser Ausschuß sowie die von ihm einberufene Arbeitskonferenz weder ein umfassendes nationales Unterstützungskomitee bilden noch ein Sekretariat für das Tribunal vorschlagen könnte".* Das ist eine grobe Verfälschung der Arbeit des Initiativausschusses, der sich auf seiner letzten Sitzung immerhin auf eine gemeinsame politische Grundlage geeinigt hatte, was die Voraussetzung für die Lösung diesr Probleme geboten hätte, wäre er nicht abrupt und einseitig vom Sozialistischen Büro verlassen worden.! Tatsächlich war der Initiativausschuß selbstverständlich davon ausgegangen, zur Bewältigung dieser Probleme, zu deren B e h a n d l u n g er durch das Vorgehen des SB dann nicht einmal mehr kam in der Lage zu sein.

– Ebenso verhält es sich mit der angeblichen Neutralität des „Sekretariats" gegenüber der Unterstützungsbewegung. Seien es nun die Sekretäre in persona oder die eng mit ihnen liierten Gruppen, wie etwa die Westberliner Humanistische Union – auf jeden Fall versucht man von dieser Seite aus, die Unterstützungsbewegung auf den Kreis derjenigen Gruppen einzuengen, die das „Sekretariat" uneingeschränkt anerkennen. Aktivitäten in dieser Richtung scheinen sogar das Hauptmotiv für die zahlreichen kostspieligen Reisen insbesondere der Westberliner „Sekretäre" in der letzten Zeit zu sein. Ob da nun einzelnen Gruppen „Kriterien" für eine absurde „Anerkennung" als Unterstützer des „Sekretariats" aufgeschwatzt werden sollen, ob die Komitees in das Korsett rigider Satzungen oder Plattformen gedrängt werden sollen , oder gar bei SB–Genossen Beschwerde darüber geführt wird, sie würden zuwenig gegen den KB unternehmen (!) – die „Sekretäre" denken gar nicht daran, sich in politischer Enthaltsamkeit zu üben, sondern setzen alles daran, sich ihrer linken Kritiker zu entledigen, wobei der KB derzeit das Hauptziel ihrer zwielichtigen Unternehmungen ist.

Einzig die trotzkistische GIM kann dabei als ergebener Partner von derlei Aktivitäten gerechnet werden. Das SB dagegen hat – in freilich vorsichtigen Formulierungen – das „Sekretariat" davor gewarnt, den Bogen zu überziehen. So wird in der „links" (Nr. 90) nachdrücklich verlangt, das „Sekretariat" möge *„seine Vorgehensweise und seine Entscheidungen für alle transparent und damit erkennbar.... machen, damit Fehlinterpretationen vermieden und verläßliche Zusammenarbeit zwischen unterstützenden Kräften und dem Tribunal sowie seinem Sekretariat erreicht werden".*

Ebenso betont der Arbeitsausschuß des SB, daß das Tribunal *„seine Arbeitsbereiche nicht eng verstehen darf".* Das Ausmaß der Repression in der BRD müsse „im ganzen" sichtbar gemacht werden, was aus einer Behandlung der Berufsverbote allein nicht hervorgehe. Deshalb müßten u.a. auch Unvereinbarkeitsbeschlüsse als „Verlängerung" staatlicher Repression in Betrieben und Büros, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Behinderung der Verteidigung politischer Gefangener, Haftbedingungen, Polizeistaatstendenzen usw. untersucht werden.

Diese zu begrüßende Stellungnahme kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß das SB mit der von ihm betriebenen Auflösung des Initiativausschusses selbst einen Gutteil der Verantwortung für die entstandene Situation trägt und auch die undemokratische Einsetzung des „Sekretariats" mit gedeckt hat.

Den Briefen und Rundschreiben des „vorläufigen Sekretariats" ist zu entnehmen, daß derzeit die Finanzierung des geplanten Tribunals Probleme bereitet. Es wird davon gesprochen, daß als erste ,Rate' bis zum Herbst rund 50.000 Mark aufgebracht werden müßten, um die Durchführung des Tribunals überhaupt zu sichern, und daß insgesamt 200.000 Mark aufgebracht werden müßten.

Dem von der Russel–Foundation ernannten „vorläufigen Sekretären" fällt es offenbar nicht ganz leicht, das Zustandekommen zumindest der ersten 50.000 Mark zu gewährleisten. Dem Vernehmen nach hat z.B. die GIM, die zu den bedenkenlosesten Verteidiger dieses „vorläufigen Sekretariats" gehört, bisher kein Geld überwiesen. Auch von den verschiedenen sonstigen Gruppierungen und Personen, auf die sich das „vorläufige Sekretariat" stützt, scheint bisher wenig konkrete finanzielle Unterstützung gekommen zu sein (mit Ausnahme des SB, das ein eigenes Konto eingerichtet hat, von dem es nach einem nicht näher genannten Schlüssel auch seine eigene Unterstützungsarbeit finanzieren will). Abwartend verhält sich besonders die DKP.

Die Art des Zustandekommens des „vorläufigen Sekretariats" und die widersprüchlichen Aussagen über die Funktion und Arbeitsweise des „vorläufigen Sekretariats" sowie über die Thematik des Tribunals haben gewiß nicht gerade die Unterstützungstätigkeit begünstigt. Hinzu kommt, daß von einigen Gruppierungen, insbesondere dem SB, eine Politik betrieben worden ist, die lange Zeit überhaupt jede Öffentlichkeitsarbeit zu dem geplanten Tribunal blockierte und die im Weiteren aus uns unverständlichen Gründen auf eine maximale Schaffung von Öffentlichkeit und Mobilisierung zur Unterstützung des geplanten Tribunals verzichtete. Hinzu kommt eine uns gleichfalls unverständliche Scheu und Zurückhaltung gegenüber einer breiten Mobilisierung im Ausland.

Wir meinen, daß es wichtig ist, das Zustandekommen und die Durchführung des angekündigten Russell–Tribunals über die Repression in der BRD auch finanziell zu sichern, und zwar unabhängig von der Fähigkeit oder Unfähigkeit des „vorläufigen Sekretariats", daß nachhaltige Versuche unternommen werden, auch im Ausland für finanzielle Unterstützung zu werben. Ebenso halten wir es für unumgänglich, daß das „vorläufige Sekretariat" endlich seine leisetreterische Haltung gegenüber der DKP und deren Unterverbänden aufgibt und in der Öffentlichkeit nachdrücklich deren Unterstützung für das Tribunal – auch finanziell !! – fordert. Davon hängt auch für die ausländische Unterstützungsbewegung zum Tribunal viel ab.

U n a b h ä n g i g davon rufen wir die westdeutsche und internationale Unterstützungsbewegung auf, aus e i g e n e r Kraft die größten Bemühungen zur Sicherstellung und Unterstützung des Russell–Tribunals über die Repression in der BRD zu unternehmen! Wir schlagen zu diesem Zweck die Einrichtung eines Spendenkontos vor, dessen Ertrag direkt der von der Russell–Foundation zu ernennenden Jury zur Verfügung gestellt werden soll. Provisorisch können Summen auf das Konto 1281/453500 bei der Hamburger Sparkasse unter dem Stichwort „Russell" überwiesen werden. Wir wollen baldestmöglich ein anderes Konto dafür einrichten, das dann auch von anderen Teilen der Unterstützungsbewegung mitgetragen werden sollte.

Aktivitäten der Unterstützungsgruppen

Hannover: Auf seiner ersten Sitzung nach der Göttinger Arbeitskonferenz stellte sich der Anti-Repressions-Arbeitskreis (ARAK, ein ziemlich breites Bündnis, in dem u.a. Jusos und LHV mitarbeiten) einhellig hinter die dort verabschiedete Resolution. Als Konsequenz wurden auf diesem Treffen drei Mitglieder für den Arbeitsausschuß bestimmt (In Göttingen waren die Hamburger und Hannoveraner Gruppen mit der Bildung dieses Ausschusses beauftragt worden). Bestätigt sah der ARAK seine Auffassung durch den Artikel in der „Frankfurter Rundschau" vom 2.7., in dem unter Berufung auf Kai Dieckmann (einer der vorläufigen Sekretäre) wiederum die Thematik in dem schon bekannten Sinn eingeschränkt wurde. Der ARAK verfaßte daraufhin einen Brief an das vorläufige Sekretariat, in dem er seine „Verärgerung" über den „Frankfurter Rundschau"-Artikel ausdrückt und von den Sekretären fordert, *„eine entsprechende Gegendarstellung in der „Frankfurter Rundschau" zu erwirken."*

Nicht zuletzt dieser Schritt mag K. Dieckmann bewogen haben, selber nach Hannover zu kommen, um die Lage zu „sondieren." Er bestritt, gegenüber der „Frankfurter Rundschau" eine Eingrenzung vorgenommen zu haben und erklärte die Darstellung in der „Frankfurter Rundschau" mit dem Brief der Russell-Foundation vom Juni, den er der „Frankfurter Rundschau" übergeben hätte. Besser wird der Artikel dadurch freilich nicht!

Die zahlreichen inzwischen existierenden Unterstützungsgruppen habe er deshalb nicht in der „Frankfurter Rundschau" erwähnt, um keine Differenzen in die Öffentlichkeit zu tragen, da dies dem Tribunal schade.

Der Forderung nach einer Gegendarstellung will das Sekretariat n i c h t nachkommen, da dies der erste „positive" (?!) Artikel in einer großen Zeitung gewesen sei, und man da nicht gleich mit Kritik kommen dürfe!

Nürnberg. Auf den letzten beiden Sitzungen der Nürnberger Initiative ging es wesentlich um die in Göttingen geführte Diskussion sowie um die Frage, ob die Resolution mitgetragen wird. Die Nürnberger Vertreter hatten auf der Arbeitskonferenz nur dem Punkt 1 des Textes (Repression allseitig untersuchen) zustimmen können, der in der Gruppe Konsens war (auch von Seiten des SB, was in einem früheren AK fälschlicherweise angezweifelt worden war).

Nachdem die Gruppe noch vor der Arbeitskonferenz ein Votum für das Sekretariat abgegeben hatte, schlug die Meinung nach dem Bericht über das Auftreten der Sekretäre in Göttingen um. Schließlich teilten auch die SB-Genossen die Kritik am Sekretariat, mochten sich aber der Forderung nach Aufbau eines Nationalen Unterstützungkommitees (Punkt 3 der Resolution) nicht anschliessen. Schliesslich ergab sich eine 11:3 Mehrheit für die Resolution. Weiter wurde beschlossen, den Text in dem von der Gruppe geplanten Info abzudrucken und dabei der Minderheit Gelegenheit zu geben, ihre Bedenken gegen die Resolution in einer eigenen Stellungnahme gleicher Länge zu formulieren.

Karlsruhe. In der Russell-Initiative Karlsruhe arbeiten bisher mit: Spartacusbund, KKW-Nein-Gruppe, Frauenzentrum, KB, GIM und Einzelpersonen. Die ESG schickte bisher einen Beobachter. Auf einem Plenum nach Göttingen stiegen einige Genossen der „Counterinsurgency"-Fraktion (Gruppe um RA Croissant) aus. Von den anderen wurde die Resolution insgesamt unterstützt, wobei die Vertreter der KKW-Nein-Gruppe und der GIM allerdings fehlten.

Marburg. Auf einer Sitzung des Unterstützungskommitees, an der die ESG, eine Alternativzeitung, Basisgruppen, SB, amnesty international, der KB, der Rote Buchladen, die Schwarze Hilfe und verschiedene Einzelpersonen, darunter die Sekretärin Ellen Diederich, teilnahmen, fand die Göttinger Resolution keine mehrheitliche Zustimmung. Zugestimmt hatten schon vorher: der KB, amnesty international und Schwarze Hilfe. Zwar wurde auch auf diesem Treffen von allen Beteiligten noch einmal hervorgehoben, daß alle Themenbereiche dem Tribunal vorgeschlagen werden können (was allerdings noch nichts über die Bereitschaft aussagt, sich für die Behandlung aller Bereiche praktisch einzusetzen), der Kritik am Sekretariat wurde jedoch widersprochen. Dabei wurde von einigen Anwesenden sogar die Forderung laut, diejenigen, die dem Sekretariat nicht das Vertrauen aussprechen, auszuschließen.

Darmstadt. Auf der Sitzung am 8.7. stimmte die Russell-Initiative einstimmig der Göttinger Resolution zu. Anwesend waren Vertreter von KB, SB, Kinderwerkstatt und verschiedene Einzelpersonen (Vertreter des Buchladenkollektivs und der Basisgruppen waren schon im Urlaub, hatten sich aber schon in der gleichen Richtung ausgesprochen). Beschlossen wurde, in der kommenden Zeit schwerpunktmäßig die Repression in den Bereichen: Kinder, Ausländer und Hochschule zu untersuchen.

München. Auf einer Sitzung der Russell-Initiative am 4.7. wurde die Diskussion über die Resolution abgeblockt. Das SB (SZ) vertrat dabei, jeder habe eben seine eigene Interpretation über das Sekretariat, in der Resolution komme die Meinung des KB zum Ausdruck, und jetzt müsse mit der konkreten Arbeit begonnen werden. Was unter „konkreter Arbeit" verstanden wird, zeigte dann die nächste Diskussion. Der Vorschlag, möglichst bald eine Veranstaltung durchzuführen, um die Arbeit zu verbreitern und die Initiative bekannt zu machen, wurde vom SB mit dem Argument abgelehnt, daß die Idee des Russell-Tribunals noch nicht genug bei den Judos, amnesty usw. verankert sei. Stattdesssen solle man sich jetzt aufs Materialsammeln konzentrieren. Und dies, obwohl für eine solche Veranstaltung schon Erich Fried, Bernt Engelmann und verschiedene Rechtsanwälte und Künstler zugesagt hatten.

Die Mehrheit schloß sich an, allerdings nicht wegen ungenügender Breite, sondern aus Zeitgründen (zu kurzfristig, bzw. Ferienzeit).

Oldenburg. Der vorläufige Unterstützerkreis für eine Russell-Initiative, bestehend aus GIM, SB und KB, will mit einem Flugblatt für eine Veranstaltung Mitte August aufrufen, auf der das Russell-Tribunal auch anhand von konkreten Repressions-Fällen in Oldenburg bekanntgemacht werden soll. Aller Voraussicht nach wird auf dieser Veranstaltung auch eine Gründung eines Vorbereitungsausschusses stattfinden.

Hamburg. Am 24.6. fand eine zweite Veranstaltung der Hamburger Vorbereitungsgruppe statt, die von der Untergruppe „Zensur" vorbereitet worden war. Mobilisiert wurde hauptsächlich im Universitätsbereich und es nahmen ca. 400 Menschen teil.

Auf der Veranstaltung sprachen als Gäste Winfried Gottschalch, Sebastian Cobler und Arno Münster. Gottschalch befaßte sich mit der Thematik „Angst und Repression", wobei er aufzeigt, wie die staatliche Repression auf den einzelnen Menschen wirkt, und wie die Zensurbestimmungen insgesamt zum Aufbau einer hysterischen Stimmung benutzt werden. Als Konsequenz arbeitete er wesentlich heraus, daß, wenn heute Einzelne angegriffen werden und sich nicht mehr trauen, die Wahrheit zu veröffentlichen, dies kollektiv geschehen müsse. Als Beispiele nannte er die Veröffentlichung des Bommi Baumann-Buches („Wie alles anfing") und die Veröffentlichung des Göttinger Buback-Nachrufs durch eine Reihe von bekannten

Fortsetzung von Seite 4

Hochschullehrern.

Sebastian Cobler befaßte sich mit dem neuen (geplanten) Demonstrationsrecht und den „Gewaltparagraphen". Auf viel Beifall stießen seine Schlußfolgerungen, die er aus der APO zog. Damals sei die Amnestie nur durch massenhafte Proteste erreicht worden. Wenn wir heute das geplante Demonstrationsrecht bekämpfen wollen, so sei dies am besten dadurch möglich, daß massenhaft an verbotenen Demonstrationen teilgenommen wird. Ein weiterer interessanter Vorschlag war, bei den kommenden Brokdorfprozessen die gesamten fortschrittlichen Anwaltsbüros zusammenzufassen, um so das Verbot der Mehrfachverteidigung zu durchbrechen.

Arno Münster zeigte die besondere Tradition der Zensurbestimmung in Deutschland (bzw. Westdeutschland) auf, von denen er selbst beim WDR betroffen wurde. Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten fehle es in der BRD an einer breiten radikaldemokratischen (liberalen) Bewegung, was sich insbesondere im Fehlen einer unabhängigen Zeitung niederschlage. Er entwickelte den Vorschlag, eine Zeitung nach dem Muster der französischen „Liberation" (erscheint täglich) aufzubauen, wobei allerding unklar blieb, wie dies heute in der BRD organisatorisch und finanziell auf die Beine gestellt werden soll.

Auf der Veranstaltung wurde dann noch eine Resolution verabschiedet, die die Grundlage für den Beschluß der Göttinger Arbeitskonferenz bildete.

Hamburg. Auf der Sitzung am 29.6. befaßte sich die Vorbereitungsgruppe mit der Göttinger Resolution. Dabei verstieg sich die GIM, die mit einem Beobachter in Göttingen anwesend gewesen war, in die Behauptung, in Göttingen habe ein „Fraktionstreff des KB" stattgefunden. Zu den inhaltlichen Differenzen wollte sie nicht weiter Stellung nehmen, da diese hinlänglich bekannt seien. Damit wurde gleichzeitig der Versuch unternommen, den Eindruck zu erwecken, die Kritik am Sekretariat werde national hauptsächlich (ausschließlich) vom KB getragen. In der folgenden Diskussion wurde dann aber von fast allen Anwesenden, bis auf einen Vertreter der Judos, die Kritik unterstrichen und der Resolution zugestimmt. Die beiden Vertreter des SB konnten dabei jedoch nur als Einzelpersonen sprechen, da diese Frage noch nicht endgültig im SB/Hamburg geklärt ist (dies ist im „Antirepressionsinfo"3 mißverständlich dargestellt).

Als Konsequenz aus dieser Diskussion wurden zwei Mitglieder der Unterstützungsgruppe kommissarisch in den in Göttingen beschlossenen Arbeitsausschuß delegiert, die bisher auch schon die Vorbereitungsgruppe nach außen hin vertreten hatten.

Erstmals nahmen an der Vorbereitungsgruppe Beobachter einer Gruppe (ca. 30) ausgetretener Jusos teil - aber das wird ja dem Sekretariat kaum „imponieren", haben sie doch nicht mehr das alles entscheidende Mitgliedsbuch ...

Jetzt doch Ausschluß von Kritikern des Sekretariats?

Die (unliebsamen) Überraschungen nehmen nicht ab. So legte die Humanistische Union auf der letzten Sitzung des Westberliner Unterstützungs Komitees ein Papier vor, in dem sie feststellt, daß *»die Unterstützungsbewegung für ein Russell-Tribunal in Westdeutschland/Westberlin keine andere Funktion mehr hat, als das Projekt mit größtem Einsatz, unter Ausnutzung aller Reserven wirklich zu unterstützen.«* Und so soll die »wirkliche« Unterstützung aussehen:

»Da die Russell Peace Foundation ein arbeitsfähiges Sekretariat zum Zweck effektiver Vorbereitung verantwortlich betraut hat, ist es unumgänglich geworden, daß die Unterstützungsgruppen, die ihrem Namen gerecht werden wollen, mit diesem Organ zusammenarbeiten.« Anderenfalls sollten sich entsprechende Personen, Gruppen, Komitees usw. der Bewegung *»zur Gefährdung bzw. Verhinderung eir Russell-Tribunals zurechnen.«*

Was von uns vermutet, von dem Sekretariat aber immer bestritten wurde, soll damit Wirklichkeit werden: Das Sekretariat soll an die Stelle d e r Unterstützerbewegung treten. Für den Fall, daß auch hiermit die Unterstützerbewegung noch nicht zur Raison gebracht wird, schlägt die HU *»Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen«* vor, die jedoch noch nicht näher genannt werden.

Zum Kriterium von Verstößen soll *»eine einheitliche Unterstützung des Tribunals«* mit *»Konsens-Prinzip«* für die Unterstützungsgruppen gemacht werden, was ein *»nicht widersprechendes Verhalten der beteiligten Gruppen außerhalb des Komitees«* erfordert. Zu deutsch: Kritiker werden mundtot gemacht. Weitere Kriterien sollen die praktischen Taten für *»eine breite Unterstützung«* und die gesammelten G e l d e r sein. Die Frage, wie sich dieses rigide Korsett, das den Unterstützungsgruppen verpaßt werden soll, mit den Versprechungen der Sekretariatsmitglieder, mit a l l e n Unterstützern zusammenzuarbeiten, verträgt, wird wohlweislich erst gar nicht aufgeworfen. Wie letztlich mit dieser bürokratischen E i n e n g u n g der bestehenden Unterstützerbewegung eine V e r b r e i t e r u n g erreicht werden soll, bleibt das Geheimnis der HU.

Eine weitere »Perle« brachte die HU mündlich ein. Danach soll das UK Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen bilden, die ihr Material dem UK vorlegen, das darüber entscheidet, ob es »angenommen« wird. Natürlich hat jeder das Recht, nicht »angenommenes« Material selber ans Sekretariat zu schicken — nur es fehlt der »Segen«. Aber selbstverständlich spricht niemand einer Einschränkung das Wort!

Professor Karl Sponti räumt auf

Da sitzen also in Heidelberg ein paar Personen aus unterschiedlichen kulturellen Bereichen zusammen und machen sich endlich mal i n h a l t l i c h e Gedanken über mögliche Untersuchungen eventueller Menschenrechtsverletzungen in der BRD durch ein Russell-Tribunal. In mühsamer Arbeit werden qualifizierte Repräsentanten liberaler Bereiche (Heidelberger Stadtrat) gewonnen, die analytische Tätigkeit abgesteckt, Bezugsrahmen definiert. Eine Komitee-Gründung wird satzungsmäßig aufbereitet.

Und der Erfolg tritt prompt ein: *„Die Heidelberger Initiative hat dabei im Gegensatz zu vielen anderen Initiativen in der BRD einen qualitativen Schritt nach vorn gemacht, indem die Isolation der Linken durchbrochen worden ist."* Exemplarisch für die BRD, wo sich ansonsten die Unterstützungsgruppen *„aus den bekannten linken Gruppen zusammensetzen"*, die mit ihrem Hick-Hack das Tribunal *„nur als ‚Sache der Linken' erscheinen lassen, wie dies vor allem der KB und ID vertreten"*. Bekanntlich scheiterte daher *„auch eine bundesweite Zusammenarbeit mit diesen Gruppen. Die dezentralen Gruppen beziehen sich deshalb in ihren Aktivitäten lediglich auf das Sekretariat der Russell-Peace-Foundation"*. Uns kann man nichts vormachen, denn wir wissen Bescheid!

Doch nicht einmal das Heidelber-
machen, denn wir wissen Bescheid!

Doch nicht einmal das Heidelberger Paradebeispiel bleibt von diesen Kaputtmachern verschont. Natürlich ist es wiedermal der KB, der in den Kreis penetriert und die erarbeiteten Erfolge in die Niederungen seiner öffentlichen Agitation zerrt.

Doch am Neckar hat man schnell des Pudels Kern erkannt: Der KB versucht, seine *„Sowohl zahlenmäßige als auch politische Bedeutungslosigkeit in der Heidelberger Linken über die Instrumentalisierung einer solchen Initiative zu überwinden"*. Ein raffinierter Plan, aber er klappt nicht:



„Wegen dieser konzeptionellen (!) Differenzen und wegen der Nichteinhaltung von Absprachen" muß der KB *„aus der Initiativgruppe ausscheiden"*. Denn: *„Diese Art der politischen Zusammenarbeit kennen wir doch in Heidelberg. Zuerst wird versucht, die Arbeit einer Gruppe in seinem Sinn zu beeinflussen, wenn dies nicht gelingt, wird die Arbeit sabotiert... KB(W) in action !!!"* Alarm, Alarm!

Bei so einem Vergleich muß man schon mal das Gestrüpp der K-Differenzen hinter sich lassen, um dem Blick für die strategisch-konzeptionellen Gemeinsamkeiten dieser Organisationen zu gewinnen.

Diese K(lein)-Grüppler passen nicht in unsere Landschaft, die bekanntlich schön ist, und die wir uns nicht vermiesen lassen. Deshalb bleibt die Heidelberger "Unterstützungsgruppe sauber von linken Partei-Störern. So wahr wir Spontis (oder Stadträte) sind !

Frei nach „Carlo Sponti" (34/35)

Minimalplattform — die Einschränkung ist perfekt

Kiel: Am 30.6. beschloß die Unterstützungsgruppe auf Betreiben von SB und GIM eine Plattform für die weitere Arbeit, die die zu bearbeitenden Themenbereiche ausdrücklich definiert. Ausdrücklich ausgeschlossen wurden aus diesem Themenkatalog:

- die Gewerkschaftsausschlüsse;
- die Aktivitäten der Alt- und Neonazis (GIM: *„Es geht um ein Anti-Repressions-Tribunal, aber was der KB fordert, ist ja Repression"* – gegen die Nazis);
- zur Repression gegen Frauen wird nur der Bereich des § 218 behandelt;
- Repression in der Kirche, gegen Schwule usw.

Auf der Grundlage dieser Plattform soll im Juli eine Berufsverboteveranstaltung durchgeführt werden. Die Minderheit in der Unterstützungsgruppe hatte gegen die Plattform protestiert und beabsichtigt, auf der

gruppe hatte gegen die Plattform
protestiert und beabsichtigt, auf der

geplanten Veranstaltung dies zur Diskussion zu stellen. Die Mehrheit der Gruppe beschloß jedoch, in den Beiträgen der Unterstützungsgruppe ihre Position einseitig durchzudrücken und die Differenzen nicht darzustellen. Da von der Planung des Veranstaltungsablaufs absehbar war, daß eine Diskussion zeitlich unter den Tisch fallen würde, hat der KB seine Unterstützung für die Veranstaltung zurückgezogen. Zwar betont auch die Mehrheit der Kieler Unterstützungsgruppe immer noch, daß sie der Auffassung ist, daß alles Material dem Tribunal übergeben werden kann. Wie diese Aussage zur Farce wird, zeigt jedoch die Praxis, nach der von der Kieler Gruppe k e i n e r l e i Materialien zu Themen außerhalb der Plattform bearbeitet werden. Damit und mit dem Beschluß, keinerlei Differenzen innerhalb der Gruppe öffentlich zu machen, wird de facto eine Unvereinbarkeitspolitik gegenüber denjenigen praktiziert, die sich gegen diese Einengung der Thematik wehren. Dies widerspricht jedoch nicht nur unserer Auffassung, sondern auch den Aussagen des Sekretariats, keinerlei Themenkataloge mehr vorzulegen und alles Material zu bearbeiten. Offensichtlich soll das, was der Mehrheit des Sekretariats nicht gelungen ist, jetzt in einzelnen Unterstützungsguppen, wo man sich in einer vermeintlichen „Stärkeposition" fühlt, nachgeholt werden.

Wie ernst SB und GIM ihre eige-

nen Schnacks von der Verbreiterung
der Bewegung nehmen, bewiesen ei-

nen Schnacks von der Verbreiterung der Bewegung nehmen, bewiesen sie mit der Einladung des KBW-Führers Tomczak, der auf der Veranstaltung zu seinem Berufsverbot sprechen soll. Ob dieser wohl bis dahin die KBW-Position vergessen hat, die da lautet: *„So ist dies* (das Tribunal) *nicht nur kein Beitrag zum proletarischen Internationalismus, sondern dient direkt den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten. So wird vom KB-Nord versucht, den Willen großer Teile des Volkes, gegen die Reaktion und die Kriegsvorbereitungen den Kampf zu führen, umzubiegen und eine imperialistische Hilfstruppe zu gründen."* D i e s e Breite ist bisher allerdings unübertroffen!

„Kölner VolksBlatt" fordert Amtsenthebung des Kölner Polizeipräsidenten

Wegen Behinderung von Journalisten des „ Kölner Volksblattes" („KV") und wissentlich gelogenen Erklärungen gegenüber dem Verwaltungsgericht Köln leitete der Rechtsanwalt des „KV" am 13. Mai eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Kölner Polizeipräsidenten Hosse beim NRW - Innenminister Hirsch ein.

Auf einer Pressekonferenz am 10. Mai wollte Hosse Stellung nehmen zu den, im Rahmen der gewaltsamen Räumung eines von Bürgerinitiativen besetzten Bauplatzes der Kölner Stadtautobahn, erhobenen Vorwürfen, gegen die Polizei. Zu dieser Pressekonferenz wurde drei Mitarbeitern des „KV" der Zutritt verwehrt.

Daraufhin beantragten die Betroffenen eine einstweilige Anordnung beim Kölner Verwaltungsgericht, um ihre Teilnahme durchzusetzen.

Drei Aussagen, Drei Lügen

Auf die telefonisch erfolgte Anfrage des Verwaltungsgerichtes erklärte der Polizeipräsident, daß nicht drei sondern dreißig (!) Redakteure den Zutritt verlangt hätten ; zudem sei bereits ein Mitarbeiter des „KV" anwesend und im übrigen sei die Pressekonferenz bereits zu Ende. Daraufhin erklärten die Richter, nichts mehr tun zu können, da durch die Beendigung der Pressekonferenz das Rechtsschutzbedürfnis fehle.

Im Nachhinein konnte jedoch das „KV" beweisen, daß jede der Aussagen Hosses eine Lüge war: Es hatten nur drei Redakteure ihre Teilnahme verlangt, die sich auch offiziell ausgewiesen hätten; der von Hosse als Mitarbeiter des „KV" bezeichnete Journalist arbeitet zwar mit dem „ KV " zusammmen, ist im übrigen aber freier Journalist und war auch in dieser Eigenschaft bei der Pressekonferenz anwesend.

Zum Ende der Pressekonferenz wurde dem „KV" durch Teilnehmer bestätigt, daß Hosse zwar zwischen 14.45 und 15.00 ans Telefon gerufen worden war, er danach jedoch die Pressekonferenz fortführte.

Hosse muß weg!

Um sich gegen den Versuch Hosses zu wehren, mit solchen plumpen Methoden kritischen und eventuell entlarvenden Fragen auf einer öffentlichen Pressekonferenz zu „entkommen", sah das „KV" sich veranlaßt, durch ihren Rechtsanwalt Dienstaufsichtsbeschwerde mit Antrag auf Amtsenthebung gegen Hosse beim Innenministerium zu stellen.

In dem Antrag heißt es u.a.: *„Es ist für demokratisch und rechtsstaatlich gesinnte Bürger dieses Landes unerträglich, wenn ein Polizeipräsident das Gericht offen belügt, um berechtigte Ansprüche der Bürger zu Fall zu bringen. Noch unerträglicher wäre es, wenn Herr Hosse nach diesem Vorfall im Amt bleiben könnte. Es ist deshalb an der Zeit einen Erlaß gegen Lügner im öffentlichen Dienst zu beschließen und aufgrund dieses Erlasses Herrn Hosse von seinen Pflichten als Polizeipräsident zu entbinden"* (nach Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Hosse, 13.5.77).

Eine Erklärung mit den Vorwürfen wurde gleichzeitig an die Fraktionen des Landtages und des Kölner Rathauses, sowie an das Justizministerium geschickt.

Nach den letzten Informationen hat bisher lediglich die SPD-Fraktion darauf geantwortet, mit dem Inhalt, die Sache würde „bearbeitet" und man würde sich wieder melden.

Bleibt abzuwarten, wie es den bürgerlichen Parteien gelingt, „ihren" Polizeipräsidenten halbwegs ungeschoren aus der Klemme zu befreien.

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Rechtsanwälte schreiben an Russell-Foundation

Anfang Juni entstand auf Initiative des Initiativkomitees Arbeiterhilfe (Hamburg) ein Schreiben an die Russell–Peace–Foundation.

In diesem Brief – der mittlerweile von 72 Rechtsanwälten und Referendaren unterzeichnet an die Russell-Foundation geschickt wurde – heißt es u.a.:

„Unsere anwaltliche Erfahrung, insbesondere als Verteidiger in politischen Strafverfahren, zeigt, daß angesichts der zunehmenden Verbreitung und Intensivierung von Repressionsmaßnahmen nichts dringender ist, als die Schaffung einer öffentlichen Gegenbewegung im In- und Ausland. ... Will man den Gefahren, die von dem „Modell Deutschland" auf ganz Europa ausgehen, wirklich entgegentreten, so muß die Informationstätigkeit des Tribunals auch auf die weiteren zentralen Repressionsmaßnahmen (außer den Berufsverboten, Anm. Red) ... *erstreckt werden: Die zunehmende Abschaffung von Meinungs- und Pressefreiheit durch Kriminalisierung von Flugblättern, Zeitungen; ... die Beschränkung der Versammlungsfreiheit ... , Beseitigung elementarer Rechte der Angeklagten und ihrer Verteidiger ... Die unmenschliche Isolationshaft politischer Gefangener ...*

Die geplante Verschärfung des Polizeirechts (Todesschuß, erweiterte Präventivmaßnahmen etc.); Verschärfung der Ausländergesetzgebung, Beschränkung des Asylrechts.

... Der intensivierten Zusammenarbeit der Regierungen (Abstimmung der Nachrichtendienste, Innenministerkonferenzen, Anti-Terror-Konvention etc.) muß eine übernationale Informationstätigkeit auf allen angesprochenen Bereichen entgegengesetzt werden. Wir begrüßen daher die Intention der Bertrand-Russell-Peace-Foundation und werden sie bei dieser Arbeit tatkräftig unterstützen."

IKAH, Hamburg



Weiterer Aufschwung der Schweizer Anti-AKW-Bewegung

Gösgen. 6500 Demonstranten folgten am 2. Juli dem Aufruf zur Besetzung der Zufahrtswege zum fertiggestellten AKW-Gösgen, nahe der deutsch-schweizerischen Grenze, um gegen die geplante Inbetriebnahme und für einen vierjährigen Baustopp aller Atomanlagen zu demonstrieren. Das ,,Schweizerische Aktionskomitee Gösgen'' (SAG), dem fast alle Bürgerinitiativen angehören, hatte zu einer Besetzung der Zufahrtswege aufgerufen. Ein brutaler Polizeiüberfall verhinderte wie schon eine Woche zuvor diese Besetzung.

Tränengas, Wasserwerfer, Gummigeschosse!

Als die Demonstranten in Olten am Sammlungsort die Taktik berieten, setzte sich der Vorschlag durch, sich in der Nähe des AKW's in drei Besetzergruppen aufzuteilen, die jeweils Bahnunterführungen dichtmachten. Vier Stunden nach Beginn der Demonstration griff die Polizei das erste Mal ein. Sie rückte mit Hartgummigeschossen, Wasserwerfern und massivem Tränengaseinsatz an einer Unterführung an. Dabei wurden auch mehrere Hundert, die sich nicht direkt beteiligten, und Journalisten angegriffen. Sowohl von Demonstranten als auch von den am Rand Stehenden wurden daraufhin Flaschen und andere Gegenstände geworfen. Die Polizei behauptete hinterher, es seien Molotow-Cocktails geworfen worden, was ihr allerdings nichteinmal die bürgerliche Presse abnahm.

Zwei Stunden später folgte beim Bahnhof Däniken der nächste Überfall nach dem gleichen Muster. Dabei wütete die Polizei derart mit Tränengas, daß der nahegelegene Bahnhof eingenebelt war. Dazu schreibt die ,,Neue Zürcher Zeitung'': *»Während der Aktion passierten zwei Schnellzüge die (...) Station. Es darf als Zufall bezeichnet werden, daß sich keine Unfälle ereigneten«* (5.7.77).

Nach diesen Einsätzen zogen sich die Demonstranten zurück. Mittlerweile ist gegen ein führendes Mitglied der SAG, André Froidevaux, Leitungsmitglied der trotzkistischen RML, Haftbefehl erlassen worden. Froidevaux wird u.a. *»Gewalt und Drohung gegen polizeiliche Anordnungen, Hinderung von Amtshandlungen, öffentliche Auffordeung zu Verbrechen sowie eventuell Landfriedensbruch«* (,,NZZ'', 5.7.) vorgeworfen!

Zwar gelang eine Besetzung der Zufahrtswege wiederum nicht, doch kann nicht davon geredet werden, daß die Demonstration eine Niederlage war. Gegenüber dem Vorsonntag hat sich die Zahl der Demonstranten mehr als verdoppelt. Die Empörung über die Polizeieinsätze ist angewachsen, zumal die immer wieder betonte ,,Gewaltfreiheit'' auch fast ausschließlich eingehalten wurde. Die Hoffnung der Bourgeoisie, nach dem Polizeieinsatz eine Woche zuvor die Bewegung abzuschrecken, ist nicht aufgegangen und auch diesmal haben 930 eingesetzte Polizisten (so die offizielle Zahl) dies nicht durchsetzen können. Die Widersprüche ziehen sich auch quer durch die bürgerlichen Parteien. Während beispielsweise das Mitglied der sozialdemokratischen SP, Wyss (Regierungsrat und Polizeidirektor) den Bulleneinsatz leitete, haben viele SP-Mitglieder sich beteiligt, die Parteisektion Niederlenz und Rheinfelden hatten sogar offiziell die Unterstützung der Besetzungsaktion beschlossen. Mißmutig stellt die bürgerliche ,,Neue Zürcher Zeitung'' in einem Kommentar fest: *»Daß indessen auch dort* (gemeint sind die übrigen Schweizer Landesteile) *Skepsis und Ablehnung verbreitet sind, haben in den vergangenen Tagen die Kommentare zu den Vorfällen in Gösgen bestätigt, von denen relativ viele durch Sympathie oder zumindest wohlwollendes Verständnis gegenüber den illegalen Aktionen der 'Gewaltfreien' auffielen«* (,,NZZ'', 3.7.77).



Demonstration am 25.6.



Polizeiaufmarsch am 25.6.

Chronik des Widerstands

Nach dem großen Pfingstmarsch mit insgesamt 15000 Teilnehmern war die Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösgen beschlossen worden. Es folgte die Gründung der SAG und mehrere vorbereitende Versammlungen sowie eine Reihe von Neugründungen von Bürgerinitiativen.

Am 25.6. demonstrierten dann 3000, sie werden durch zwei brutale Polizeiüberfälle an der Besetzung gehindert. Sie beschließen, am 2. Juli wiederzukommen.

Am 23.6. war der Piratensender ,,Radio aktiv — freies Gösgen'' von der Polizei nach der sechsten Sendung hochgenommen worden.

Am 26.6. nimmt der Piratensender wieder seine Sendungen auf.

Am 28.6. findet im Solothurner Kantonsrat (Gösgen gehört zum Kanton Solothurn) eine Protestaktion anläßlich der Beratungen um den Gösgen-Einsatz statt. Flugblätter werden in den Saal gestreut, der von den Protestierern geräumt wird.

Am 29.6. demonstrieren aus Protest gegen den Polizeieinsatz und zur Unterstützung der Forderungen sowie Mobilisierung zum 2.7. 2000 AKW-Gegner in Basel.

Zur gleichen Zeit demonstrieren in Zürich etwa 2.500 AKW-Gegner.

Am 30.6. findet im Basler Großen Rat eine Protestaktion von AKW-Gegnern statt.

Gösgen — Ein Beispiel für die BRD?

Die westdeutsche GIM, die in der Anti-AKW-Bewegung der BRD ein kümmerliches Schattendasein fristet (u.a. rief sie am 19.2. auf, in Itzehoe statt in Brokdorf zu demonstrieren) jubiliert: *»Gösgen: Ein Beispiel für die westdeutschen AKW-Gegner«* (,,was tun'', 7.7.). Der Hauptgrund: *»Die Einheit der Bewegung. Das Schweizer Aktionskomitee Gösgen repräsentiert als Aktionseinheit tatsächlich die verschiedenen Strömungen innerhalb der Volksbewegung von den Legalisten bis hin zur extremen Linken«* (,,was tun'', 7.7.).

Was ist nun an Gösgen so beispielhaft? Was die GIM tunlichst verschweigt, ist die Tatsache, daß derzeit innerhalb der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung gerade die hochgelobten ,,Gewaltfreien'' und legalistischen Strömungen ein sehr starkes Gewicht haben und daß Organisationen wie die GIM-Schwester ,,Revolutionär Marxistische Liga'' (RML) gern bereit sind, sich derartigen Strömungen opportunistisch anzupassen. Eine Haltung, die die GIM in der BRD ebenso wie ihre Schwester liebt. Der Unterschied ist nur der, daß diese Strömungen hier auf die GIM wegen ihrer Bedeutungslosigkeit pfeifen, während die RML in der Schweiz in der Bewegung zweifelsohne ein stärkeres Gewicht hat, d.h. ihre Taktik natürlich ,,erfolgreicher'' ist. Die GIM lobt an der Schweizer Anti-AKW-Bewegung außerdem noch im Unterschied beispielsweise zu Brokdorf (19.2.) die ,,demokratische Struktur''. Was sie ihren Lesern schamhaft verschweigt, ist, daß z.B. in der Vorbereitung der Gösgen-Aktion Verbote ausgesprochen wurden für Ausrüstungen wie Helme und Knüppel (s. auch AK 107), daß die ,,Gewaltfreiheit'' für alle gilt, daß es keinen Minderheitenschutz (oder wie die Trotzkisten sagen würden: Tendenzschutz) gibt. Die RML bezeichnet in einem Flugblatt sogar Leute, die sich nicht daran halten, als ,,eventuelle Schlägerkommandos'' (Flugblatt vom 2.7.77). Ebenfalls am 2.7. verteilte das SAG, in dem die RML vertreten ist, ein Flugblatt, in dem es heißt: *»absolut gewaltfrei* (...) *d.h. — keine Waffen — keine provozierenden Monturen — keine Helme aber — Schutz vor Tränengas — Schutz mit den Armen vor den Schlägen der Polizei«.* Wer sich damit nicht einverstanden erklärt, wird aus der Bewegung ausgeschlossen: *»Oder marschiert getrennt von uns«*!

Das ist das besonders ,,Demokratische'', was die GIM offensichtlich liebt! Und was sie wohl zu gerne in der BRD auch praktizieren würde, wenn sie könnte? Demagogisch lügt die GIM dann einfach, daß Organisationen wie der KB demgegenüber als abschreckendes Beispiel *»ultimatistisch« »eine Aktionseinheit mit bürgerlichen Kräften ablehnen* ...«, indem sie *»ihre 'lupenreinen' Forderungen zur Voraussetzung machen«* (,,was tun'', 7.7.). Zum Vergleich: Wir haben in der Tat derartige Beschlüsse, wie oben zitiert, nicht akzeptiert und stattdessen vertreten (und in der Bewegung dafür gekämpft!), daß alle AKW-Gegner unabhängig von ihren parteipolitischen Anschauungen und von ihren Vorstellungen zu den Formen des Kampfes in gemeinsamer Aktion auftreten. Wir wollen niemandem unsere Vorstellungen aufzwingen, erwarten aber von ihm das Gleiche. Für die konkrete Aktion akzeptieren wir, daß auf der Basis der politischen Aktion, Diskussion und Willensbildung, der politischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses und der Situation, die Entscheidung über die konkrete Aktionsform mehrheitlich gefällt wird,
tionsform mehrheitlich gefällt wird,
ohne daß man beispielsweise der Minderheit diese Aktionsform aufzwingt (man kann tatsächlich niemanden zu militanten Aktionen, Platzbesetzungen etc. zwingen). Was die GIM an der Situation in Gösgen so demokratisch findet, ist gerade diese Einschätzung. Im Unterschied zu Brokdorf ist diese ihr deshalb sympathisch, weil sie insbesondere einer rechten Tendenz in der Bewegung entspricht und sich darüber bekanntlich in den Augen der Trotzkisten die Breite der Bewegung herstellen ließe.

Was die GIM ebenfalls nicht begreift, ist, daß es so wenig wie es ein ,,Modell Brokdorf.. oder Grohnde gibt, so wenig gibt es ein ,,Modell Gösgen''. Vergleichsweise ,,harmlos'' ist die Reaktion des Staatsapparates in der Schweiz derzeit auf die Anti-AKW-Bewegung gegenüber den praktizierten und lange erprobten Bürgerkriegsmanövern in der BRD. Zwischen dem schweizerischen Imperialismus besteht allerdings in der Zielsetzung und der Aggressivität bei deren Verwirklichung noch ein Unterschied zum BRD-Imperialismus, oder hat die GIM noch nie vom ,,Modell Deutschland'' gehört? Die Reaktion des Staatsapparates unabhängig vom Kräfteverhältnis und den konkreten Zielen der Bourgeoisie zu beurteilen ist schlichtweg unmarxistisch. Die breite Verankerung der ,,Gewaltlosigkeit'' als Prinzip (und nicht als durchaus denkbare Taktik einer Aktion wie etwa Brokdorf 19.2.) hat in der Schweiz nicht zuletzt ihre Basis im scheindemokratischen Taktieren des Staatsapparats gegenüber der Bewegung und in der relativ zur BRD größeren Schwäche und Unerfahrenheit der revolutionären Linken. Bereits die beiden brutalen Eingriffe der Polizei in Gösgen werden diese Situation verändern, was nicht zuletzt an der stärkeren Diskussion des Prinzips ,,Gewaltlosigkeit'' schon deutlich geworden ist.

Und schließlich, was die GIM auch wieder unterschlägt, sind es rechte Kräfte in der BRD um Wüstenhagen und die massiven Anti-Chaoten-Aktivitäten der revisionistischen DKP, die für die Spaltung in der Bewegung in der BRD verantwortlich sind. Unvereinbarkeitsbeschlüsse dieser Leute und ihr Paktieren mit der Bourgeoisie wird schlicht unterschlagen. Da gibt es allerdings Unterschiede! An uns soll es in der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit diesen Teilen der Bewegung nicht liegen, aber bitte ohne Vorbedingungen und Diktaten, sondern auf der Basis der Gleichberechtigung.

So viel ist sicher, die Erfahrungen in Gösgen, so sehr die GIM sie auch beschwört, werden ihr nicht helfen, sich am eigenen Schopf aus dem rechtsopportunistischen Sumpf zu ziehen.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Pierre-latte: radioaktive Wolke ungefährlich?

Frankreich. Am 1. Juli kam es in einer Fabrik, die Uranhexafluorid herstellt, zu einem der bisher größten Ausbrüche von diesem radioaktiven Stoff. Eine große Wolke (!) breitete sich über 6 km aus. Neun Arbeiter mußten ins Krankenhaus, die naheliegende Autobahn wurde gesperrt, aber natürlich war der Ausbruch angeblich völlig ungefährlich und die bürgerliche Presse versuchte wieder einmal, den Unfall so weit wie möglich herunterzuspielen.

Seit 1962 stellt der Betrieb Comurhex, der zur Pechiney-Ugine-Kuhlmann Gesellschaft gehört, Urangas (Uranhexafluorid) her, das zur Anreicherung verwendet wird. Er ist in Frankreich wegen seiner Profitschinderei und Umweltverschmutzung berühmt-berüchtigt. Diese Gesellschaft machte damit soviel Geld, daß sie jetzt die WAA in La Hague kaufen will, was das schlimmste befürchten läßt und wogegen dort auch drei Monate lang gestreikt wurde. Die Firma lieferte das Urangas als Ausgangsstoff für Brennstäbe oder Atombomben (nach der Anreicherung) über Frankreich hinaus in die USA und Sowjetunion. Das Urangas ist sowohl höchst radioaktiv als auch einer der giftigsten Stoffe überhaupt: *„... 0,5 Milligramm pro Kubikmeter Luft sind bereits tödich – abgesehen von der radioaktiven Strahlung..."* („MoPo", 21.5.).

Lügen und Verharmlosung

Der Unfall selbst ereignete sich folgendermaßen: Ein Arbeiter wollte einen 12 Tonnen schweren Behälter umstellen und bemerkte dabei nicht, daß dieser noch an den Versorgungshahn angeschlossen war. Dabei riß der Hahn heraus und 20 Minuten lang strömte gasförmiges UF_6 heraus. Es bildete sich eine große weiße Wolke, die weithin sichtbar war („Le Monde", 3./4.7.77 und „Le Figaro", 4.7.77). Die Bullen bildeten sofort eine Absperrung um die Fabrik einschließlich der Autobahn („France Soir", 3./4.7.77). Die ganze südliche Zone des Werks ist außerdem evakuiert worden. Neun Arbeiter, die das giftige Gas eingeatmet hatten, wurden isoliert, aber schon nach wenigen Stunden nach Hause entlassen. Die Firmenleitung gab eine der üblichen Lügen-Erklärungen ab: Kein Mitglied des Personals sei der geringsten Radioaktivität ausgesetzt gewesen (nach „France Soir", 3./4.7.).

Entsprechend wurde die sechs Quadratkilometer große radioaktive Wolke einfach für aufgelöst und somit ungefährlich erklärt. Fakt ist aber, daß sich das UF_6 an der Luft zu einer ätzenden Fluorverbindung und einer Art Uranstaub umsetzt, der sich auf die Felder in der Umgebung abgelagert haben wird. So riet schon der Bürgermeister der Nachbargemeinde Bollene zur größtmöglichen Vorsicht (?) beim Essen von Obst und Gemüse („Le Figaro", 4.7.). Zusammen mit dem Bürgermeister von Bolmene forderte er eine Untersuchungskommission. In La Palud hat ein Anti-AKW-Komitee festgestellt, daß Blätter von den Bäumen fallen.

Die fast tägliche Katastrophe, die Atomindustrie heißt!

Schon 1974 streikte die Belegschaft von Comurhex für die Verbesserung der Arbeits-, Hygiene- und Sicherheitsbedingungen („Le Monde", 5.7.). Mittlerweile trägt ein Großteil der Arbeiter ständig eine Gasmaske am Schulterriemen („France Soir", 4.7.). So kommt es sehr seltsam vor, daß die Arbeiter so schnell wieder entlassen wurden. Bei einem anderen Unfall waren zwei Arbeiter, die das Gas fünf Minuten eingeatmet hatten, schon nach 10 Minuten tot! (Ullmann, Band 10, S. 790). Zudem war dies auch nicht der erste Unfall in diesem Betrieb. Bereits Ende 1976 wurde eine Vergiftung der Grundwasserschicht durch Fluor und Uran festgestellt!

Der Betriebsarzt hat im Februar '77 erklärt, daß 17 Arbeiter nicht weiter arbeiten dürften, da bei ihnen die Fluor- und Urandosis überschritten ist („Liberation", 4.7.77).

Im April war ein weiterer Streik gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen. Die CFDT stellte eine Liste von 28 Sicherheitsvorschriften auf, die nicht eingehalten wurden. Es gibt viel zu wenig Personal, manchmal wird 16 Stunden durchgearbeitet! Entsprechend stieg die Produktion von 3.200 t im Jahr 1974 auf 8.000 t. Auf einer CFDT-Pressekonferenz wurde bekannt, daß der Arbeiter, der den Unfall verursacht hat, erst kurz im Betrieb beschäftigt war und mit den Sicherheitsvorschriften nicht vertraut war („Liberation", 4.7.). Insofern kann man vorläufig fast noch von großem Glück reden, daß nicht viel mehr passiert ist.

Kommt es nicht zu einer Katastrophe, behauptet die Nuklear-Industrie dann immer wieder, es habe überhaupt keine Gefährdung gegeben. Dabei nutzen sie die Tatsache aus, daß Folgeschäden Jahre danach auftreten können und keineswegs die Urheberschaft direkt nachgewiesen werden kann.

In Hiroshima und Nagasaki tauchten beispielsweise nach 5-10 Jahren plötzlich gehäuft Krebsarten auf, oder Mütter brachten nach 15 Jahren noch Kinder zur Welt, die nicht lebensfähig waren infolge von Strahlenschäden. Während dort die Folgeschäden kaum geleugnet werden konnten, kann man bei kleineren Atom-Unfällen die Urheberschaft einfach abstreiten.

Sicher durch Stillegen

Die Reaktion auf den Unfall war sehr unterschiedlich. So kündigten mehrere Anti-AKW-Gruppen Demonstrationen für den 9.7. an. Die KPF hatte keinen besseren Vorschlag, als die Firma zu verstaatlichen und eine Untersuchungskommission einzuberufen.

Doch auch mitbestimmte oder verstaatliche Radioaktivität liegt nicht in unserem Interesse. Hier kann es nur heißen: Sicher durch Stillegen! Die sozialistische Partei Mitterands forderte eine Einstellung aller weiteren geplanten Anlagen.

In dieser Gegend sind noch weitere gigantische Anlagen geplant. Es soll der Atomindustriekomplex „Tricastin" errichtet werden. Hierzu gehören:

- Eine Urananreichungsanlage für 5.000 t/Jahr von der Eurodif (eine Gesellschaft, in der Belgien, Spanien, Frankreich, Iran (!) und Italien vertreten sind)
- vier AKWs der EDF mit je 900 MW; drei dieser Blöcke werden allein für den Betrieb der Urananreicherungsanlage gebraucht
- eine kleinere WAA
- eine Brennstoffabrik

Bezeichnenderweise sollen allein für 20 Millionen Francs eine Feuerwehr- und Bullenkaserne gebaut werden! Wenn dieser riesige Atomkomplex erstmal errichtet ist, werden sie wohl reichlich was zu tun haben. Dazu darf es erst gar nicht kommen!

AKW-Nein-Kommission

Bau von zehn »Schnellen Brütern« verkündet

Um den Bau der 'Schnellen Brüter' zu beschleunigen, wurde von Frankreich und der BRD eine gemeinsame Gesellschaft zur Brüterentwicklung gebildet. Die Entwicklung dieser Reaktoren, die weitaus gefährlicher sind als alles andere, was bisher auf diesem Sektor gebaut wurde (siehe AK Nr. 105), soll jährlich mit einer Milliarde DM bezuschußt werden.

Als erstes wurde eine „Kenntnisverwertungsgesellschaft schnelle Brutreaktoren" gebildet, wo ausgewertet werden sollen, die aus den Versuchsreaktoren „Rhapsodie", „Phenix", dem noch zu bauenden „Superphenix" Kalkar und Karlsruhe gewonnen wurden. Anschließend soll der Bau von „Schnellen Brütern" in großem Stil vorangetrieben werden. Bereits jetzt wurde der Kuchen der ersten 10 Brüter aufgeteilt. Anfangs bekommen die französischen Partner 65%, später wird der BRD-Anteil auf 49% angehoben.

Mitbeteiligt an dem Abkommen werden einerseits Italien und andererseits Holland und Belgien, die schon jetzt von der BRD in das Brüterprojekt Kalkar eingebunden worden sind. Dieses Projekt war im Grundsatz bereits 1976 gemeinsam vom französischen Präsidenten Giscard und Bundeskanzler Schmidt beschlossen und seither intensiv vorbereitet worden.

Dieses Programm ist zum einen eine deutliche Kampfansage gegenüber den US-Imperialisten. Die „Welt" (vom 7.7.77) feierte das Programm mit „Genugtuung", weil durch diesen *„Akt europäischer Solidarität ... sich die Bundesrepublik in ihrer Energiepolitik jetzt klar von amerikanischer Beeinflussung befreit"* hat. Präsident Carter hatte in diesem Jahr einen Vorstoß gestartet, die kommerzielle Verbreitung der Brüter vorerst zu stoppen, damit dadurch nicht das Atomwaffenmonopol der Großmächte unterlaufen würde. Allerdings hat auch die USA nach wie vor ein staatliches Brüter-Forschungsprogramm, das jährlich mehr als 1 Mrd. DM verschlingt („Welt", 9.7.77).

Dieses Abkommen zeigt gleichzeitig noch einmal den ganzen Zynismus der AKW-Betreiber. Trotz wachsenden Widerstands gegen das mörderische Atomprogramm, der die BRD-Regierung zu einer halbjährigen Genehmigungspause von neuen Reaktoren zwang, wurde dieses hochexplosive atomare Entwicklungsprogramm mit Hochdruck vorangetrieben und verkündet.

Dabei hat Forschungsminister Matthöfer (SPD) seine eigenen Parteimitglieder aus Schleswig-Holstein ausgetrickst. Denn das Geld für dieses Programm ist bereits im April mit dem neuen Forschungsprogramm bis 1980 genehmigt worden (von 6,53 Mrd. DM bis 1980 sind 2/3 für die Weiterentwicklung der Kernenergie). Nach gewissen Zugeständnissen zur Verzögerung der Gelder für den Bau von Kalkar stimmten die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten den Geldern für das deutsch-französische Brüter-Programm zu, wahrscheinlich sogar ohne davon gewußt zu haben.

Störungen im AKW Tihange

Belgien. Über das AKW Tihange sind inzwischen zwei Berichte erschienen: ein vertraulicher Bericht über Ausfälle (des Gewinns, wohlgemerkt!) im ersten Jahr der Inbetriebnahme, und zweitens ein Katastrophenplan, was eigentlich sehr verwundert, ist doch angeblich *"die Konzeption der technischen Einrichtungen von Tihange so beschaffen, daß normalerweise jede schädliche Wirkung auf die Umgebung ausgeschlossen wird."* ("Hebdo" 77, 29.6.77). Vom Träger, der INTERCOM verharmlost als „Kinderkrankheiten" genannt, steht es mit 65 % technischen Ausfällen an erster Stelle. Weitere 20 % wurden verur-

Stelle. Weitere 20 % wurden verur-
sacht durch Undichtigkeiten und Lecks, davon mehr als die Hälfte im Primärkreislauf. Im "Rettungsplan" heißt es merkwürdigerweise bezüglich der Lecks: *"Die Konzeption des AKWs von Tihange sowie die Gesetze der Elementarphysik schließen derartige Unfälle aus."* (ebenda).

Nach dem Motto: was nicht sein kann, das nicht sein darf, enthält demnach der Rettungsplan *" nicht viel mehr als eine Liste von Telefonnummern und einige vage Formulierungen"* (ebenda). Der Voralarm und der Alarm sollen vom Direktor ausgelöst werden: derartige Betriebsunfälle werden aber nicht gerne zugegeben, wie das Beispiel Grenoble zeigt, wo am 19.7.74 2.500 Curie radioaktiven Materials entwichen, aber keine Vorwarnung und kein Alarm erfolgte und der Vorfall erst im September durch eine "Indiskretion" bekannt wurde.

Anschließend sollen verschiedene Dienststellen der Verwaltung und des Gesundheitswesens benachrichtigt werden, die sich zu einem großen Palaver zusammensetzen und Rettungsmaßnahmen beschließen sollen. Vom wirklichen Schutz der Bevölkerung ist nicht die Rede: so kommen im Rettungsplan keine Ärzte und keine Krankenhäuser vor! Ohnehin sind diese auf die Massenaufnahme von Verseuchten nicht vorbereitet, geschweige denn zu ihrer Pflege.

Dafür tritt reichlich Polizei in Aktion: sie errichtet Straßensperren und trennt die Bevölkerung nach dem Grad der Verseuchung – Lebensge-

Grad der Verseuchung – Lebensge-
fahr /noch 'ne Chance/ oder nicht, je nachdem wo man sich aufhielt. Laut Plan sind 5 km Abstand vom AKW festgelegt; geographische Bedingungen wie das Meusetal oder Winde spielen anscheinend keine Rolle. Eine permanente Kontrolle der vom Atomtod bedrohten Bevölkerung wird durch motorisierte Patrouillen durchgeführt.

Das Anti-AKW-Komitee von Huy fordert entsprechend die Verteilung und Bekanntgabe eines effektiven Rettungsplans für die Bevölkerung; außerdem soll die Auslösung des Alarms aus den Händen des Direktors genommen werden, eine medizinische Auffangstation soll geschaffen werden. Der Störungsbericht soll außerdem einer "von der Industrie unabhängigen Kommission" unterbreitet werden.

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Hanau: Größtes Gefährdungspotential Europas

Im Raum Hanau(Hessen) ist mit einer riesigen Ansammlung von gefährlichen, nuklearen Industriebetrieben und -anlagen die größte Konzentration von lebensgefährlichen Materialien in ganz Europa entstanden. In und um Hanau befinden sich zur Zeit:

Nukem GmbH (Brennelementefabrik) in Wolfgang: In den letzten Jahren stieg die hier gelagerte Menge Plutonium von ursprünglich 50 kg heimlich auf 500 kg. Jetzt soll diese Lagerkapazität ganz und gar auf 5000 kg erweitert werden. Das Plutonium wurde bisher in Fässern über der Erde schlecht gesichert aufbewahrt. (Stoff für ca. 1.000 Atombomben).

Außerdem befinden sich auf dem Gelände noch 600 t angereichertes Uran im Wert von 2 Milliarden DM.

Auf dem gleichen Gelände wie die Nukem GmbH befinden sich noch:

- HOBEG — Hersteller von Brennelementen für Hochtemperaturreaktoren
- R.B.U. — Hersteller von Brennelementen für Leichtwasserreaktoren
- ALKEM — verarbeitet Plutonium zu Brennelementen für Leichtwasserreaktoren und »Schnellen Brütern«.

Im Raum Hanau befinden sich noch folgende Atomanlagen:

- AKW Kahl — der erste Atomreaktor der BRD, bekannt durch mehrere Störfälle.
- Atomruine Großwelzheim — Gleich neben dem Atomreaktor Kahl steht die erste Atomruine der BRD. Der Reaktor ist nach kurzer Betriebsdauer wegen Überhitzung der Brennstäbe außer Betrieb gesetzt worden. Dort werden jetzt gefährliche Situationen experimentell erprobt.
- Ein weiteres Zweigwerk der RBU (siehe oben).
- Transnuklear — eine Transportfirma für den Transport des gefährlichen Materials.

Neben diesen Atombetrieben befinden sich noch militärische Anlagen im Gebiet von Hanau:

- Abschußrampe Kilianstädten — hier befindet sich eine Abschußrampe für nukleare Sprengköpfe, die von den US-Imperialisten in unbekannten Mengen gelagert werden.
- in Wolfgang werden noch chemische und biologische Waffen der US-Armee in unbekannter Menge und unbekannter Wirkung gelagert.

Diese Konzentration von menschenfeindlichen Anlagen befindet sich in einem der dicht besiedeltsten Gebiete der BRD.

»Durch diese hohe Konzentration steigt natürlich dementprechend die Wahrscheinlichkeit, daß es hier zu einem Unfall kommen kann. Der könnte unvorstellbare Folgen haben. Bezüglich des Risikos ist noch anzumerken, daß Wolfgang in der Einflugschneise des Rhein-Main-Flughafens und dicht neben dem Militärflughafen Langenselbold liegt. Doch auch ohne Störfall beim sogenannten Normalbetrieb gelangen laufend Schadstoffe in die Umwelt. Das kann niemand verhindern. Durch die hohe Konzentration im Raum Hanau wird also die Bevölkerung auch jetzt schon ständig erheblich verseucht. Folgen: erhöhte Krebserkrankung, Mißbildungen bei Neugeborenen, Erbschäden.«

(nach einem Flugblatt der Initiativgruppe Hanau)



Aufgepaßt! Philippsburg II genehmigt!

In Philippsburg nahe Karlsruhe ist für das geplante AKW Philippsburg II (1.300 MW) Anfang Juli die Baugenehmigung erteilt worden, und die sofortige Vollziehbarkeit ist ebenfalls angeordnet worden. Nach der Baugenehmigung in Brokdorf im Herbst letzten Jahres ist dies wieder das erstemal, daß eine derartige Genehmigung erteilt wurde.

Angesichts der starken Anti-AKW-Proteste hatte die Bundesregierung erklärt, daß weitere Genehmigungen nicht eher erteilt werden, bis die Frage der "Entsorgung" geklärt sei. Dies wurde in der Öffentlichkeit so dargestellt, daß man zunächst eine positive Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission zur geplanten Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und Atommülldeponie in Gorleben abwarten müsse.

Mit einem Trick hat die Regierung diese Zusage jetzt außer Kraft gesetzt: Im Fall Philippsburg sei die Entsorgung ja geklärt, da die Philippsburg GmbH am 22. Juni mit der WAA in La Hague (Frankreich) einen Vertrag geschlossen habe, wonach La Hague 150 Tonnen Atommüll aufnimmt.

Doch es kommt noch schärfer. Nicht nur, daß die Regierung ihre Zusage mit dem Trick gebrochen hat, versucht sie die Bevölkerung zusätzlich zu täuschen. Dazu schreibt der "Spiegel": *„Die Franzosen wollen den giftigen Abfall nur vorübergehend behalten und zur Endlagerung wieder in die Bundesrepublik schaffen"* (4.7.77). Der Vertrag zwischen der Philippsburg GmbH und der COGEMA in La Hague läuft denn auch nur von 1985 bis 1990, also über 5 Jahre. Angeblich sollen die hochabgebrannten Brennstäbe dort wiederaufbereitet werden. In Wahrheit liegt die WAA La Hague still und kann derartige hochradioaktive

Fortsetzung auf Seite 8

AKW-Biblis: fünf vor zwölf!

Es tut sich einiges um das AKW Biblis: Vor dem Erörterungstermin für Block C, der am 28. Juni begann, ließ die hessische Landesregierung für 10 Millionen DM Biblis zur Festung ausbauen. Um Block A und Block B wurde eine 2,50 m hohe Betonmauer gebaut, breite Wassergräben wurden gezogen, eine Flutlichtanlage und ein elektronisches Überwachungssystem wurden installiert. Diese Vorbereitungen deuten darauf hin, daß nach einer möglichen Teilgenehmigung nach Abschluß des Erörterungstermins s o f o r t mit dem Bau von Block C begonnen wird. Mit immensen „Sicherheitsvorkehrungen" und in einer Nacht- und Nebelaktion – genau wie in Brokdorf. Für die AKW-Gegner heißt das, daß es in Biblis praktisch 5 vor 12 ist. Schnelles Handeln tut not!

Zeltlager und Demonstration vor dem Erörterungstermin

Am 24.6. begann in Großrohrheim das Zeltlager zum Erörterungstermin des dritten AKW (Block C) in Biblis. Bis zum Samstagabend, dem 25.6., waren etwa 100 Leute auf dem Zeltplatz. Die geringe Anzahl von Teilnehmern war Ausdruck der insgesamt schwachen Mobilisierung zum Zeltlager.

40 Menschen arbeiteten in der AG „Repression gegen AKW-Gegner" mit. Sehr lebhaft wurde in dieser Arbeitsgruppe die Repression gegen AKW-Gegner in den Gewerkschaften diskutiert und eine Resolution gegen den geplanten Gewerkschaftsausschluß gegen Heinz Brand verabschiedet. Auf der Lager-Vollversammlung wurde beschlossen, darauf hinzuwirken, daß im Rahmen der für Sonntag geplanten Demonstration eine Bauplatzbesichtigung durchgeführt wird.

Am Sonntag, den 26.6., demonstrierten an die 2.000 AKW-Gegner gegen den geplanten Block C in Biblis. Die große Beteiligung ist insofern bemerkenswert, da die Route der Demonstration wenig attraktiv war: die „gemäßigten" BIs hatten dafür gesorgt, daß nicht zum Baugelände demonstriert wurde, wie zu Ostern, sondern die Demo einige Kilometer vom Bauplatz entfernt stattfand. Dies ist umso mehr bedauerlich, als Biblis wenige Tage vor der Demonstration endgültig zur Festung ausgebaut worden war.

Der Erörterungstermin: Ein Spektakel, mit dem das 3. AKW nicht verhindert werden kann, sondern demokratisch abgesegnet werden soll !

Der Erörterungstermin für Block C begann am 28. Juni. 55.000 Menschen hatten in den vergangenen Monaten Einspruch gegen den geplanten Bau erhoben. Schon die Form, in der der Erörterungstermin (ET) begann, machte deutlich, daß es sich hierbei lediglich um eine lästige Pflichtübung der Genehmigungsbehörde und des Antragstellers (RWE) zur Genehmigung von Block C handelte. Gleichzeitig sollte aber der demokratische Schein gewahrt bleiben.

Vor der Riedhalle in Biblis, in der der ET stattfand, hatte die Genehmigungsbehörde ein 2.000 (!!) Menschen fassendes Zelt aufbauen lassen, in dem der gesamte ET in Bild und Ton übertragen wurde.

Von einer privaten Wach- und Schließgesellschaft angeheuert, um den „geregelten" Ablauf des ET zu gewährleisten, erfüllten die 80 Ordner (zum Teil Studenten) für 1.000,- DM pro Nase die Funktion einer Privatpolizei der RWE. In einem Flugblatt der BIs des Rhein-Main-Neckar-Raumes heißt es dazu: *„Hiermit soll der Anschein erweckt werden, daß die Hundertschaften der Polizei, die u.a. am Wasserwerk in Biblis auf ihren Einsatz warten, nicht vorhanden seien. Die RWE und die Landesregierung wollen damit den S c h e i n der demokratischen Erörterung wahren."*

Die Genehmigungsbehörde war von vornherein darauf aus, den ET hinter verschlossenen Türen durchzuziehen und mit Hilfe aller Möglichkeiten die breite Öffentlichkeit auszuschließen.

Im Laufe der ersten Woche des ET sollten lediglich eingeladene (!) Einzeleinwender Einlaß zum ET haben. In der zweiten Woche sollten dann die Sammeleinwender zu Gehör kommen. Daß es letztendlich nicht dazu kam, hängt zum einen mit den heftigen Protesten der am ersten Tag anwesenden Einzeleinsprecher in der Riedhalle zusammen: Durch lautstarke Sprechchöre und Redebeiträge wurden die Forderungen der BIs massiv vorgetragen; Verlegung des ET auf abends bzw. Wochenende, damit auch die arbeitende Bevölkerung daran teilnehmen kann! Keine Spaltung in Einzel- und Sammeleinwender! Ein Sprecher der BIs wurde daraufhin vom Saal„schutz" vor die Tür gesetzt. Allerdings wurde erreicht, daß am Nachmittag des ersten Tages jeder Einsprecher und Interessierte nach Ausweiskontrolle etc. den ET besuchen konnte.



Der bislang teuerste Zaun um ein westdeutsches AKW wurde in Biblis gebaut: Für 10 Millionen DM wurde eine 2,50 m hohe Betonmauer um Block A und B gebaut, breite Wassergräben gezogen und eine Flutlichtanlage installiert.

Während des gesamten ET wurde deutlich, daß sowohl Behörden als auch Antragssteller davon ausgingen, daß das dritte AKW in Biblis gebaut wird: So hat die RWE bereits Mitte 1975 Block C bei der Kraftwerksunion (KWU) bestellt. 100 Millionen DM hat die RWE bisher für schon gefertigte Teile bezahlt. Beim Bau von Block A und B ist vorsorglich die Grundwasserentnahme für Block C und D von der Genehmigungsbehörde mit genehmigt worden (800.000 Kubikmeter pro Jahr).

Am Mittwoch, den 29.6., hatten sich die BIs mit der Verhandlungsleitung und der Genehmigungsbehörde darauf geeinigt, am Samstag den Punkt der Radiologie zu „erörtern". Diese wichtige Frage sollte, so waren die BIs mit der Regierung übereingekommen, dann behandelt werden, wenn die Werktätigen Zeit hätten, daran teilzunehmen. Am Donnerstag brach die Regierung ihr Wort, die BIs stellten ein Ultimatum bis Freitag morgen. Als dies ergebnislos abgelaufen war, und der nächste Termin auf Montag (!) festgesetzt wurde, hielten die BIs des Rhein-Main-Neckar-Raumes, gemäß den vorherigen Vereinbarungen, erstmalig in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, am Samstag eigenständig den ET im Großzelt ab. Hierzu wurden auch die Vertreter der RWE und der Regierung eingeladen, die allerdings nicht erschienen. Erschienen waren allerdings ca. 250 Interessierte sowie die Presse und das hessische Fernsehen, welches über den gesamten Zeitraum des ET jeden Tag recht anständige Berichte brachte. Bis zum Mittag verdeutlichten die Gutachter der BIs in verständlicher Form die Gefahren der radioaktiven Verseuchung. Nach der Mittagspause diskutierten die Versammelten die Frage des weiteren Vorgehens und kamen nach einer Abstimmung (100:10) zu dem Entschluß, den BIs vorzuschlagen, den ET von sich aus als beendet zu erklären.

Besonders die Vertreter der Darmstädter und Offenbacher BI waren trotz allen Vorfällen für eine Fortführung des ET und konnten ihre Position auch am Sonntag während des Regionaltreffs der BIs bei einer Abstimmung von 8:8 behaupten. Leider konnte somit der ET, wie von der Genehmigungsbehörde geplant, am Montag weitergehen, wobei an den darauffolgenden Tagen immer weniger Einwender (zwischen 20 und 30) daran teilnahmen. Das genaue Ende des ET ist noch nicht abzusehen. Dann ist es allerdings 5 vor 12!! Jederzeit kann dann die erste Teilgenehmigung für Block C erfolgen. Die Genehmigung von Philipsburg hat gezeigt, wie schnell und unvermittelt das laufen kann!

KB-Sympathisanten Langen
KB / Gruppe Darmstadt

Fortsetzung von Seite 7

Brennstäbe gar nicht verarbeiten. Das bedeutet, daß die Stäbe nur in Frankreich gelagert werden und dann, nach Vertragsabschluß unbearbeitet wieder zurückkommen! Dieses Geschäft beruht auf Gegenseitigkeit. Die COGEMA ihrerseits hat solche Verträge auch mit schwedischen und japanischen AKW-Betreibern, um darüber die Finanzierung zum Bau einer Anlage zur Bearbeitung hochradioaktiver Brennstäbe zu sichern.

Für die Anti-AKW-Bewegung heißt es, sich nicht täuschen zu lassen. Während offiziell die "Denkpause" beibehalten wird, wird hinter den Kulissen fieberhaft am weiteren Ausbau des Atomprogramms der Bundesregierung gearbeitet. Für weitere AKW's sind nämlich Teilerrichtungsgenehmigungen beantragt:

- Block C in Biblis (dort soll mittlerweile auch schon ein Vertrag mit La Hague abgeschlossen sein)
- AKW Hamm-Uentrop (1300 MW)
- AKW Neckarwestheim II (850 MW)
- AKW Neupotz

(nach "Welt", 1.7. und "FAZ", 4.7.)

Macht Philippsburg zu einem weiteren Brennpunkt

In Vorbereitung des Baus ist in Philippsburg mittlerweile ein Zaun, mit NATO-Draht versehen, gezogen worden. Am 7.Juli haben sich aus Anlaß der Baugenehmigung 12 Bürgerinitiativen (BI's) zur Besprechung von Abwehraktionen in Rheinheim getroffen. Es waren BI's aus Philippsburg Waghäuserl, Rheinheim, Oberhausen, Mannheim, Pforzheim, Rheinau-Rheinmünster, Schwetzingen und drei aus Karlsruhe. Sie beschlossen eine zentrale Aktion am 14.8. in Philippsburg. Die konkrete Aktion soll auf dem nächsten Treffen am 14.7. besprochen werden. Insbesondere die BI's des Rhein-Main–Gebiets sind hierzu eingeladen worden.

Kein AKW in Philippsburg und auch nicht anderswo!

Nachrichten vom Widerstand

Demonstration am 24.9. in Kalkar

Nordrhein-Westfalen. Auf zwei Landeskonferenzen und mehreren Sitzungen eines Planungsausschusses wird derzeit eine Aktion am 24. September gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar nahe der niederländischen Grenze vorbereitet. An der Vorbereitung beteiligten sich gemeinsam die Bürgerinitiativen, die die Aktionen in Brokdorf und Grohnde vorbereitet haben (Landeskonferenz), Bürgerinitiativen aus dem NRW-Landesverband des BBU und eine Reihe niederländischer BIs. Bei allen Differenzen, die in vielen Fragen der Vorbereitung deutlich geworden sind, ist es bisher gelungen, an einer gemeinsamen Aktion festzuhalten. Von der Dachorganisation der niederländischen Bürgerinitiativen war ausdrücklich betont worden, daß man mit „beiden Blöcken" in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung, dem „BBU und der Landeskonferenz/Bundeskonferenz" zusammenarbeiten wolle.

Bisher hat man sich auf folgende Punkte geeinigt:

- Ein Entwurf eines Aufrufflugblatts zur Diskussion, in dem die Veranstalter:
- den „Bürgerdialog" und die „Denkpause" als Täuschungsmanöver ablehnen
- das Recht auf Demonstration am Bauplatz auch gegen alle Versuche der Einschränkung des Demonstrationsrechts zu verteidigen
- die bisher gelaufenen Aktionen und Platzbesetzungen in Brokdorf, Grohnde und Wyhl begrüßen
- eine Platzbesetzung am 24.9. konkret ausschließen, am Mittel der Platzbesetzung aber festhalten.

Über diesen Aufruf werden die weiteren Auseinandersetzungen laufen. Darüberhinaus sind noch nicht endgültig geklärt Fragen wie Festlegung auf „Gewaltfreiheit" als Prinzip, die Frage der Ausrüstung bei Demonstrationen, die Redner und der genaue Ablauf der Aktion. Bisher also ein erfreulich offenes Bemühen um das Zustandekommen einer gemeinsamen Aktion.

DKP-Pleite in Münster

Münster. 200 Teilnehmer folgten einem landesweiten Aufruf gegen Atomkraftwerke für Kohlekraftwerke am 9.7. Initiator der Aktion waren eine Reihe von Persönlichkeiten (Professoren, Betriebsräte, vor allem aus Betrieben aus dem Energiesektor, Vertrauensleute und Gewerkschaftler). Unverkennbar war allerdings der eigentliche Initiator der Aktion, die DKP, die sich allerdings nicht offiziell beteiligte. Die Aufrufer protestieren mit der Aktion gegen den „Landesentwicklungsplan VI" in Nordrhein-Westfalen, der u.a. 13 AKWs und eine Reihe Kohlekraftwerke vorsieht. Sie fordern wegen dem noch nicht „endgültig und glaubhaft" geklärten Sicherheitsproblem keine AKWs sondern Kohlekraftwerke zu bauen, um im Steinkohlebergbau Arbeitsplätze zu sichern und zu vermehren. Das ganze soll unter *„Beteiligung der Bürger und ihrer Organisationen (Gewerkschaften, Bürgerinitiativen etc.) an der Planung"* laufen. Mal abgesehen davon, daß es die Gewerkschaftsführungen sind, insbesondere die IGBergbau, die rücksichtslos unter nahezu vollständiger Ausschaltung von Sicherheitsbestimmungen den Bau von Kraftwerken fordern, daß sie es sind, die Bürgerinitiativen als „egoistisch" und „chaotisch" bezeichnen, werden sich die Energiekonzerne gefreut haben, daß hier gefordert wird, woran sie dank der Bürgerinitiativen derzeit gehindert werden (der Bau von 7 Kraftwerken ist gestoppt): den schnellen Ausbau der Kohlekraftwerke. Da nützt es allerdings wenig, wenn die Veranstalter betonen, sie wollten natürlich „modernste und umweltfreundliche Anlagen"; darüber lachen die Konzerne und die „kontrollierenden" Gewerkschaftsführer mit.

Die Aktion selber in Münster war eine verdiente Pleite (die angebliche Zahl der Unterzeichner lag wohl etwa bei der der Teilnehmer an der Aktion). Sie zeigte, daß eine derartige Orientierung zur objektiven Unterstützung der Energiekonzerne keine Basis haben (wie bereits Mobilisierungen für AKWs gezeigt haben). Unverständlich ist allerdings die halboffizielle Beteiligung des AKU Münster an der Kundgebung, der dort auch eine Rede hielt. Er scheint damit seine Orientierung ins Wüstenhagen-Lager fortzusetzen?

Anti-AKW-Aktivitäten im Bamberger Raum

Am 24.6. wurde von der Initiativgruppe gegen Atomkraftwerke Bamberg der Film „Mehr Atomkraftwerke" auf einer Veranstaltung in der Turnhalle in Trunstadt gezeigt.

Dies war der erste Versuch der Bamberger BI, in den Landgemeinden, die um das geplante AKW Viereth liegen, zu agitieren. Bei der Mobilisierung (Flugblattverteilen in Briefkästen, auf Höfen usw.) stellte sich heraus, daß fast die gesamte Bevölkerung gegen das geplante AKW ist.

Bei der Vorbereitung der Veranstaltung gab es heftige Auseinandersetzungen in der BI, da von vielen die Meinung vertreten wurde, wir dürften auf dem Land nicht „politisch" auftreten, und müßten uns auf Fragen der Gefährlichkeit von AKW's und Alternativenergien beschränken, weil wir sonst „die Bauern" verschrecken würden!! Dies wurde von fast allen Unorganisierten vertreten, die von den SB- und RJVD-Vertretern kräftig unterstützt wurden! Dies ging soweit, daß Argumentationen, die auf die Drahtzieher der Atomenergie eingingen, nicht als „offizielle BI-Standpunkte" vertreten werden durften, daß der KKW-Nein-Rag nicht gesungen wurde, daß der Verkauf kommunistischer Zeitungen (z.B. ARBEITERKAMPF) auf der Veranstaltung untersagt wurde, daß Brokdorf, Grohnde und Ohu im Zusammenhang mit Bulleneinsätzen nicht angesprochen werden sollten!! Das Einladungsflugblatt war so „neutral", daß viele erst nicht wußten, ob wir f ü r oder g e g e n Atomkraftwerke sind!!

Anwesend waren über 90 Personen, weit über die Hälfte aus den Landgemeinden! Die erste Frage aus dem Publikum nach dem Film und einem Referat: „Alles schön und gut, aber was mich interessiert ist, was können wir tun, um das Ding zu verhindern?" Ratlosigkeit auf Seiten der BI, denn diese Frage sollte nach der Planung erst auf einer der nächsten Veranstaltungen behandelt werden, wenn man die „uninformierten Bauern" erst einmal über die Gefährlichkeit der AKWs aufgeklärt hat!! Jetzt sollte über Millirem und Sonnenenergie diskutiert werden!!

Trotz allem, es hat sich gezeigt, daß auf dem Land durchaus viel zu erreichen ist – allerdings dann nicht, wenn davon ausgegangen wird, die Bauern wüßten nicht, was sonst auf der Welt passiert („Was war denn in Brokdorf los, das geht ja auch bei uns dann so los!")!

Die „betroffene Bevölkerung" jedenfalls klammerte die Fragen des Widerstandes gegen die AKW's nicht aus: „Wie wollt ihr das denn verhindern, das schafft ihr ja doch nicht!" oder „nützt ja doch alles nichts, wenn die das bauen wollen, dann bauen die das!" Dies war erst die erste Veranstaltung. Die Diskussion wird weitergeführt.

KB-Genossen aus Bamberg

Schwere Anklage wegen Grohnde-Demonstration

Fortsetzung von Seite 1

Die Grohnde-Prozeßwelle

Neben diesen 3 Anklagen werden mindestens 6 weitere ebenso schwere Anklagen vorbereitet, davon 2 gegen AKW-Gegner aus Hamburg und 4 aus Hannover. Von den insgesamt 26 in Grohnde Festgenommenen wird (unsere Übersicht ist aber noch sehr lückenhaft) vermutlich weit über die Hälfte Verfahren dieses Kalibers kriegen. Bisher ist lediglich eine Einstellung des Verfahrens von den 26 bekannt.

Außer diesen Verfahren sind weitere zig Verfahren zu erwarten auf der Grundlage der Auswertung von Bild- und Filmmaterial und von Zeugenaussagen von Spitzeln. Hierbei kommt es der Justiz auf die Erfassung und Ausspähung vieler AKW-Gegner genauso an, wie auf die einschüchternde Wirkung, die von einer Unzahl Verfahren mit Vernehmungen usw. ausgeht. Ob diese Verfahren allerdings durchgezogen werden, hängt von dem Erfolg der großen Prozesse gegen P.C. und die anderen ab.

Weiterhin laufen im Zusammenhang mit der Grohnde-Demonstration vom 19.3. verschiedene Verfahren gegen Halter und vermeintliche Fahrer von Autos und Motorrädern, die angeblich bei der Verkehrsregelung eingesetzt waren oder als Lautsprecherwagen dienten.

Unter anderem läuft beim Landeskriminalamt Niedersachsen in ähnlicher Sache ein Verfahren gegen den Genossen Jürgen Reents (als Inhaber des ARBEITERKAMPF-Verlags).

Außerdem läuft ein Verfahren gegen Pastor Bretzke, der zur Besetzung der Schienen in Emmerthal aufgefordert haben soll (als Protest gegen die Behinderung der Anfahrt der Busse) und gegen einige der Schienenbesetzer.

Damit dürfte die Übersicht über die zu erwartenden und laufenden Verfahren noch lange nicht vollständig sein. Klar ist, daß die Auswertung der Grohnde-Demo durch Polizei und Justiz die gegen die Grohnde-Demonstranten betriebene Hetze („Terroristen", „Kriminelle") in vollem Umfang rechtfertigen soll.

Auch dies, Einlösung der angekündigten Verfolgungsversprechen, ist ein Hinweis darauf, daß die Verfahren gegen P.C. und die anderen verdammt ernst gemeint sind.

Die Anklage gegen P.C. — ein Hohn!

Ein besonderes „Ding" hat sich die Staatsanwaltschaft mit der Anklage gegen P.C. aus Geesthacht geleistet: P.C. wurde bei der Festnahme so schwer mißhandelt, daß er für 4 Tage ins Krankenhaus mußte! Von seiner Festnahme berichtete in ähnlicher Sache ein Demonstrant im REBELL Nr. 21: *„...da setzten die Bullen Pferde ein und in erster Panik lief alles zurück. Bei dem Durcheinander stolperte ich und sofort waren drei Bullen da und schlugen wie wild auf mich ein. Sie traten mir ins Gesicht, in den Magen und auch in den Rücken. Ich schrie zwar vor Schmerzen, aber das schien sie wenig zu beeindrucken. Als sie endlich aufhörten, rissen sie mich hoch, drehten mir den Arm auf den Rücken und zerrten mich unter Tritten und Schlägen auf den Bauplatz. ... (Im Krankenhaus) wurde dann eine Gehirnerschütterung festgestellt, das Nasenbein war angeknackst, Prellungen an der Wirbelsäule, Ellbogen und Knien und Quetschungen an der linken Hand."*

Solche „Wehwehchen" von Demonstranten sind natürlich nichts im Vergleich zu der „schweren Körperverletzung", die P.C. dem Bullen zugefügt haben soll: Er soll ihn mit einem Stock in den Bauch geschlagen haben!

Der Erfolg dieser „kriminellen Brutalität" eines AKW-Gegners: Der Bulle klagte 2 Tage lang über Bauchschmerzen — nur hatte er vergessen, zum Arzt zu gehen!

Nicht genug damit, ist auch die angebliche Schlagwaffe „leider" nicht mehr aufzufinden gewesen. Die für die Ermittlungen zuständige „Sonderkommission Grohnde" hat sich für ihre makabren „Späße" den falschen ausgesucht! P.C. ist zu eindeutig ein Opfer der zügellosen Brutalität, als daß es gelingen könnte, ihn als gewalttätigen Kriminellen hinzustellen.

Die P.C. vorgeworfenen Taten werden mit mindestens 6 Monaten bzw. Geldstrafe, bestraft. Die Höchststrafen betragen 5, 5 und 10 Jahre Knast. AKW-Gegner wie Schwerverbrecher anzuklagen und evtl. sogar härter zu bestrafen als beispielsweise Nazi-Mörder ist allerdings eine „Glanzleistung" der bundesdeutschen Gesinnungsjustiz.

Keine 4 Monate hat man gebraucht, um die Grohnde-Demonstration anzuklagen, und es reicht für die Androhung von mehreren Jahren Knast eine Aneinanderreihung von 3 dürftigen und widersprüchlichen Bullenaussagen aus!

Hier wird das Verfolgungsinteresse der AKW-Betreiber überdeutlich demonstriert. Hat man eine so beschleunigte Vorgehensweise schon mal gesehen gegen industrielle Umweltverschmutzer, Nazi-Mörder oder Todesschützen der Polizei?

Diese Tatsachen müssen jedem AKW-Gegner und jedem demokratischen Menschen in den nächsten Wochen und Monaten bekannt werden. Es darf nicht zugelassen werden, daß einer, der in Grohnde gegen das AKW gekämpft hat und dabei brutal zusammengeschlagen wurde, nun auch noch durch eine solch freche Anklage in den Bau gebracht wird!

IKAH-Hamburg

der Busse) und gegen einige der Schienenbesetzer.
Damit dürfte die Übersicht über
zugefügt haben soll: Er soll ihn mit einem Stock in den Bauch geschlagen haben!
ge in den Bau gebracht wird!
IKAH-Hamburg

Nachrichten vom Widerstand



400 AKW-Gegner demonstrierten in Pinneberg

400 demonstrierten gegen CDU
Pinneberg: Am 9.7. veranstaltete die CDU in Pinneberg eine energiepoli-
Stadtteilfest der Bürgerinitiativen in Eimsbüttel

400 demonstrierten gegen CDU

Pinneberg: Am 9.7. veranstaltete die CDU in Pinneberg eine energiepolitische Konferenz. Hauptredner waren unter anderen: Schleswig-Holsteins Sozialminister Clausen und Ministerpräsident Stoltenberg. Aus diesem Grunde demonstrierten am Nachmittag 400 Menschen ideenreich und mit vielen Transparenten durch die Pinneberger Innenstadt.

Die Demonstration selbst wurde getragen auf Initiative der BUU-Pinneberg von folgenden Gruppen:

BUU-Gruppen Pinneberg, Elmshorn, Uetersen, Wedel, Frauengruppe Wedel, Jungsozialisten Kreisverband Pinneberg, Jugendvertretung der Kreisverwaltung Pinneberg, Kommunistischer Bund, Dorn (Schülerinitiative in Pinneberg). Sie wurde außerdem unterstützt von der Frauengruppe Pinneberg, der Juso-Ortsgruppe Quickborn, der Initiative gegen Atomenergie (Quickborn) und dem Mitarbeitertreffen des JZ Quickborn.

Durch verschiedene Auflagen hatten die Ordnungshüter versucht, die Demonstration zu behindern (vorgeschriebene Transparentbreite: 2 Meter!).

Die Demonstration und natürlich auch das Zustandekommen der AE wurden in der Abschlußkundgebung insgesamt als Erfolg bewertet. So war es ja dann auch.

KB-Kreis Pinneberg

***

Lübeck. 40 Schüler besuchten eine Veranstaltung der Anti-AKW-Gruppe Oberschule zum Dom am 7.7.

Zu einer Filmveranstaltung im Jugendzentrum Eicholz kamen 20 Jugendliche.

***

Böklund bei Schleswig. Im Rahmen der Überlandkampagne der BI Schleswig kamen 40 Jugendliche zu einer Anti-AKW-Veranstaltung. Einige erklärten ihr Interesse am Aufbau einer BI in Böklund.

***

Neumünster. Unter dem Motto „Gefahren der Atomkraftwerke" lud die BI Neumünster „Weg mit dem Atomprogramm" am 24.6.77 zu ihrer ersten Veranstaltung ein. Gezeigt wurde der Film „Mehr Atomkraftwerke" von Per Mannstaedt. Ca. 80 Besucher nahmen die Gelegenheit wahr, sich über die Risiken von AKW's zu informieren. Im Anschluß an den Film fand eine rege Diskussion dazu statt. Dieser Abend stellte einen Auftakt für weitere Veranstaltungen dar. So wird demnächst eine Veranstaltung zur Repression gegen AKW-Gegner folgen.

***

Stadtteilfest der Bürgerinitiativen in Eimsbüttel

Eine Reihe von Eimsbüttler Initiativen planen ein gemeinsames Stadtteilfest am 23.7.77 ab 14 Uhr im Unnapark (Osterstr.). Es arbeiten bisher mit: Mehrere BUU-Stadtteilgruppen (Hoheluft etc.), Frauengruppen, Kinderläden, Mieterinitiativen und die Betriebsgruppe „Alternative" von Beiersdorf. Wie uns Vertreter von Jusos, Judos und Falken erklärten, überlegen sie, ob sie unser Fest unterstützen. Dies wäre sehr zu begrüßen. Zur Vorbereitung und Verbreiterung des Festes ist am Sonntag, den 17.7., ein gemeinsamer Spaziergang durch Eimsbüttel vorgesehen (Treffpunkt 13 Uhr, U-Bahn Hoheluftbrücke), am Sonnabend, den 23.7., ist um 10.30 Uhr eine Fahrraddemo geplant (Treffpunkt U-Bahn Osterstr.).

Auf dem Fest soll ein Kinderprogramm mit vielen Spielen, Zauberei und Zirkus, ein politisch-kultureller Teil und zum Abschluß Tanz und Schwof stattfinden.

Bislang weigerte sich die Behörde, uns die nötige Erlaubnis für die Platzbenutzung zu geben. Angeblich würden wir die „erholungssuchende" Bevölkerung daran hindern, sich im Park zu erholen, außerdem werden Genehmigungen nur in Ausnahmefällen erteilt. Im Widerspruch zu dieser Begründung steht, daß die Behörde in der Vergangenheit den bürgerlichen Parteien und Verbänden z.B. Einzelhandelsverband Osterstraße ohne weiteres den Platz zugewiesen hat. So verstehen wir den Schritt der Behörde als einen eindeutigen Akt politischer Zensur, gegen den wir juristisch und praktisch vorgehen werden. Gegen das Festverbot läuft seit einer Woche eine Unterschriftensammlung. Bisher haben ca. 500 Eimsbüttler unterschrieben mit der Forderung an die Behörde, das Fest für den vorgesehenen Zeitpunkt zu genehmigen. Sollte für uns das Verbot des Stadtteilfestes aufrechterhalten bleiben, gilt für uns nach wie vor die Devise: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Festausschuß für ein Stadtteilfest in Eimsbüttel

***

Einspruch gegen Grafenrheinfeld-Urteil

Mit 42 gegen zwei Stimmen beschloß der Stadtrat von Schweinfurt gegen das vom Verwaltungsgericht Würzburg ergangene Urteil, mit dem die Klage gegen das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld zurückgewiesen wurde, Berufung beim Verwaltungsgerichtshof München einzulegen (nach „UZ" vom 30.6.77).

***

Repressionen gegen AKW-Gegner

Knast für AKW-Gegner

Hamburg. Der Eimsbüttler AKW-Gegner Joachim G. ist angeklagt, am 22. Januar in der Hamburger Innenstadt auf der Anti-Atom-Demonstration der BUU bzw. auf der anschließenden spontanen Demonstration, folgende „Straftaten" begangen zu haben: **mehrfache Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch (die spontane Demo wurde verboten!), Rädelsführerschaft, schwerer Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung (Malen von Parolen)!**

Joachim und ein anderer AKW-Gegner sind am Schluß der zweiten Demonstration festgenommen worden, als diese sich aufzulösen begann und die Bullen die Gelegenheit nutzen konnten, die beiden zu verhaften.

Offenbar soll er jetzt für die gesamte (erste) Demonstration bestraft werden, an der etwa zehntausend Menschen teilnahmen. Die Demonstration verlief zwar ungestört, war aber von so einem massiven Polizeiaufgebot „begleitet", so daß man annehmen muß, daß die Bullen nur auf eine Gelegenheit zum Eingreifen warteten.

Denn sogar noch während der Abschlußkundgebung versuchten sie mehrmals Demonstranten festzunehmen, die Parolen gemalt hatten oder Farbeier mit sich herumtrugen. Das führte dazu, daß sich einige hundert der zurückgebliebenen AKW-Gegner zum eigenen Schutz zusammenschlossen und sich abwartend verhielten. Daß es trotzdem zu Schlägereien kam, ist nicht ihre Sache gewesen.

Hier soll also ganz massiv (mehrere Jahre Knast!) dieses Widerstandsrecht gegen die Polizeiwillkür verfolgt werden.

Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren.

Amnestie für alle Verurteilten!

IKAH (Hamburg)

BI-Mitglieder werden vom VS bespitzelt!

Am 17./18./19. Juni hatten eine Reihe von BI's aus dem Flensburger Raum ein gemeinsames Zeltlager an der Flensburger Förde durchgeführt, das etlichen Provokationen der Bullen ausgesetzt war (s. AK 107). Dazu erschien nun in der Zeitung „Flensborg Avis" eine bemerkenswerte Stellungnahme des Leiters des Verfassungsschutzes (VS) in Schleswig-Holstein, Ministerialrat Kuhn. Darin wird u.a. deutlich, daß der VS die Oberbefehlsgewalt über die Polizei hat. Kuhn erklärte: *„Die Praxis des VS hat sich nicht geändert. Die BI's gegen AKW zählen nach wie vor zu dem Personenkreis, der für den VS uninteressant ist. D.h. es werden keine Nachforschungen gegen Leute eingeleitet, bloß weil sie gegen AKWs sind ... Wir hatten erfahren, daß unter den Teilnehmern mindestens zwei Mitglieder des Kommunistischen Bundes waren, und deswegen wurde die Polizei in Gelting gebeten, die Autonummern dieser Leute zu beschaffen. Während die BI's kein Objekt für den VS sind, sind wir wachsam gegenüber extremistischen Gruppen, wie z.B. dem KB, besonders wenn es Anzeichen dafür gibt, eine legale Organisation zu unterwandern, so wie es nämlich in diesem Falle aussah. Dies war der Grund dafür, daß wir uns an die Polizei gewandt haben. Auf welche Weise die Polizei ihre Aufgabe gelöst hat, liegt außerhalb unseres Einflusses"* (nach „GA", 22.6.).

Die betroffenen BI's nahmen diese Schweinerei zum Anlaß für Resolutionen, in denen gegen die Repression durch die Bullen und die Bespitzelung durch den VS protestiert wird. Zum anderen wird darin deutlich gemacht, daß Mitglieder des KB in den betroffenen BI's arbeiten, und daß das den Prinzipien der BI's entspricht, den Zusammenschluß aller AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit, zu betreiben. Gegen den Leiter des Verfassungsschutzes Kuhn ist wegen dieser Schweinerei Dienstaufsichtsbeschwerde erstattet worden.

KB/Gruppe Flensburg

***

Prozeß gegen Flensburger AKW-Gegner

Zwei Flensburger AKW-Gegner bekamen jetzt einen Strafbefehl über jeweils 450 DM, weil sie an dem Ostermarsch der Flensburger BI an die dänische Grenze teilgenommen hatten. Diese friedliche Demonstration war von der Polizei verboten worden, und als die AKW-Gegner sich auf dem Rückzug befanden, hatten die Bullen brutal in den Demonstrationszug hineingeknüppelt und drei AKW-Gegner festgenommen. Zwei von ihnen wird jetzt mit dem Strafbefehl die „Leitung einer verbotenen Demonstration" und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Der dritte AKW-Gegner, der damals festgenommen wurde, ist von der Polizei als Zeuge benannt worden, was eine besondere Frechheit ist. Die beiden haben Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt, sodaß es zum Prozeß kommen wird. Hauptzeuge ist wieder der berüchtigte Einsatzleiter der Polizei Kirst, der bei allen linken Demonstrationen zu sehen und wegen seinem brutalen Vorgehen gegen Demonstrationen bekannt ist.

KB/Gruppe Flensburg

***

Prozeß gegen Bergedorfer AKW-Gegner eingestellt!!!

Hamburg-Bergedorf. Am 4.7.77 fand vor dem Bergedorfer Amtsgericht der Prozeß gegen drei AKW-Gegner statt, die zuvor Strafbefehle in Höhe von jeweils 450.- DM wegen Sachbeschädigung erhalten hatten.

Sie hatten Anfang März am Bergedorfer Bahnhof mit großen Parolen zu den Demonstrationen in Gorleben und Grohnde aufgerufen.

Die Genossen wiesen jedoch nach, daß der Vorwurf der Sachbeschädigung am Bahnhof lächerlich ist im Verhältnis zu den Gesundheits- und Sachschäden, die durch Atomkraftwerke drohen.

Gerade weil die Demonstration in Grohnde vorher von der Presse total verschwiegen wurde, war es notwendig, diese Information auf andere Weise zu verbreiten, um nicht auf das Recht der Meinungsfreiheit verzichten zu müssen.

Als der Richter behauptete, es gäbe auch andere Möglichkeiten der Meinungsäußerung, konnte ihm nachgewiesen werden, daß diese auch eingeschränkt waren, wie das Verbot des Infotisches der Bergedorfer Bürgerinitiative in der Einkaufsstraße zeigt.

Dennoch mochten Staatsanwalt und Richter nicht auf einen Strafanspruch verzichten. Allerdings wurde es positiv bewertet, daß die Angeklagten zu ihrer Handlung standen (?!).

Das Verfahren wurde mit der Auflage einer Geldbuße zugunsten der Staatskasse in Höhe von DM 100.- für jeden eingestellt.

Drei Bergedorfer Genossen

BI Lüchow Dannenberg durch KB „diffamiert"?

Im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir einen Artikel unter der Überschrift: *„Haben sich die BI–Führer in Lüchow schon mit der WAA abgefunden?"* veröffentlicht. Durch diesen Artikel fühlen sich eine Reihe von BI–Mitgliedern *„auf übelste Weise diffamiert"*. In dem Artikel war dargestellt worden, daß die BI ein Gutachten von Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht für 300.000 bis 500.000 DM finanziert bekommt, das ausschließlich die F o l g e n des Betriebs einer WAA in Gorleben untersuchen soll, und zwar die Umweltbelastung ebenso wie die Folgen für die Infrastruktur. Gleichzeitig soll ein Computerverfahren entwickelt werden, *„um alle schädigenden Wirkungen"* während und nach der Errichtung zu ermitteln. Wir hatten daraus geschlossen, daß sich offenbar eine Reihe von BI–Führern schon mit der WAA abgefunden hätte. Eine Reihe von BI–Mitgliedern hat zwar die Ausführungen des Artikels zu mehr oder weniger grossen Teilen für richtig erklärt, allerdings würden die Schlußfolgerungen und die Vorwürfe für zumindest einige Teilnehmer an den Albrecht–Gesprächen absolut nicht zutreffen.

Zu einer Gegendarstellung hat sich allerdings bisher keiner bereitgefunden. Die BI–Führer verlangten als Reaktion Distanzierungen auch von Nichtbeteiligten. Der Koordinationsausschuß der BI Lüchow–Dannenberg forderte vom Vorbereitungsausschuß des Sommerlagers in Gartow,

das vom BDP organisiert wird, eine

das vom BDP organisiert wird, eine Distanzierung von dem beanstandeten AK–Artikel!

Wir drucken hier den unter den anwesenden Mitgliedern des Koordinationsausschusses einhellig verabschiedeten Brief an die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe des Sommercamps ab:

In dem Brief wird mit keinem Wort auf den Inhalt des ARBEITER–KAMPF–Artikels eingegangen, sondern pauschal eine Distanzierung vom Artikel verlangt, der *„diffamierend"* sein soll und *„Halbwissen und Fehlschlüssen"* (welche?) enthalten soll.

Nun, wenn der Artikel falsche Schlüsse, Diffamierungen oder ähnliches enthält in den Augen dieser Leute, warum stellen sie es nicht richtig? Und zwar im ARBEITERKAMPF selbst?! Wir werden selbstverständlich solche Stellungnahmen von BI–Mitgliedern oder dem Koordinationsausschuß unseren Lesern zugänglich machen, das ist auch bisher unserer Praxis gewesen! Wenn Behauptungen sich dabei nicht aufrechterhalten ließen, würden wir diese selbstverständlich zurücknehmen und eine Richtigstellung bringen.

Warum verlangt man stattdessen eine Distanzierung von der Vorbereitungsgruppe, die den Artikel nicht zu verantworten hat? Warum gibt man selbst dieser nicht an, wo der Artikel angeblich „diffamiert"? Warum stellt man stattdessen unter dem Motto der gebotenen „Solidarität" in erpresserischer Weise eine Distanzierungsaufforderung und droht gleichzeitig, das geplante Sommerlager des BDP platzen zu lassen?

Das ganze wird auf dem Rücken derjenigen ausgetragen, die in das Lager kommen wollen. Für alle Maßnahmen, die ggf. gegen das Lager verhängt werden, sollen pauschal die Kommunisten verantwortlich gemacht werden. Diese Zensur macht sich wirklich schlecht unter der Flagge der „Solidarität unter AKW–Gegnern". Traurig genug ist es, daß ein Teil der Vorbereitungsgruppe, ohne die anderen zu informieren, im „frankfurter informationsdienst" den Aufforderungen des Koordinationsausschusses der BI sehr pflichteifrig nachgekommen ist. Angeblich hätten *„die restlichen Mitglieder im Vorbereitungsausschuß.... das Vorgehen des KB mit Empörung verurteilt"* (was nicht den Tatsachen entspricht, eine ganze Reihe wurde überhaupt nicht befragt), das die gesamte *„BI–Lüchow–Dannenberg auf übelste Art und Weise diffamiert"*.

Doch auch in dieser Stellungnahme wird nichts zur Sache gesagt. Ein Brief in ähnlicher Form wurde – wie verlangt – an den Koordinationsausschuß der BI geschickt.

In der ID–Veröffentlichung wird sogar behauptet, daß im Artikel des ARBEITERKAMPF stünde, die BI sei an der Verhinderung der WAA *„nicht interessiert"*, es ginge ihr *„vor allem um Herausschlagen von Entschädigungen"*, was wir in dieser Form nie behauptet haben.

Wir werden im nächsten AK auf die verschiedenen Stellungnahmen, die wir ggf. erhalten, eingehen. Ausserdem wollen wir an Beispielen dokumentieren, in welcher Weise etwa die WAA–Erbauer, die DWK, in ihrer Zeitung in Lüchow–Dannenberg, „Dan", breit dafür werben, eine kritische Diskussion über die Infrastrukturfolgen zu führen, und daß auch die Atomkraftwerksbetreiber auf eine „Sicherheitsdebatte" drängen, die sich auf die Folgen im „normalen Betrieb" einschränkt und möglichst die gesamten Sicherheits r i s i k e n fein säuberlich heraushält. An dieser Frage versuchen die AKW–Betreiber, die BI–Bewegung in einerseits „vernünftige" und andererseits irrationale Umweltschützer und Chaoten zu spalten.

AKW–Nein–Kommission

Bürgerinitiative Lüchow–Dannenberg/Koordinationsausschuß, 2.7.77
An die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe des Sommerlagers Gartow–Gorleben!
Auf der Sitzung des Koordinationsausschusses vom 1.7.77 wurde ein Artikel des Arbeiterkampfes 107, S.21 diskutiert, in welchem die aktivsten und engagiertesten Mitglieder der BI auf übelste Weise diffamiert werden.

Sie hätten, so der Arbeiterkampf, sich längst mit dem Bau der WAA abgefunden und daß sich die „BI–Führer" und „Chefs" hauptsächlich um Entschädigungsgelder sorgen würden, um Gelder, die in ihre eigenen Taschen fließen sollen. Zudem wird den „BI-Führern" Zusammenarbeit mit den Betreibern in der Weise unterstellt, daß sie Vorarbeit leisten, wie und in welcher Wieise die Ortsgrößen dort zu schmieren seien.

Die Arbeit der BI Lüchow–Dannenberg stellt sich dem Arbeiterkampf als „Frechheit" dar und er bringt ihre Mitglieder in die Nähe von Bestechlichkeit. Der Koordinationsausschuß empörte sich über diese auf Halbwissen und Fehlschlüssen beruhende Berichterstattung, die in jedem Wort die Solidarität vermissen läßt, die die BI–Bewegung insgesamt tragen muß.

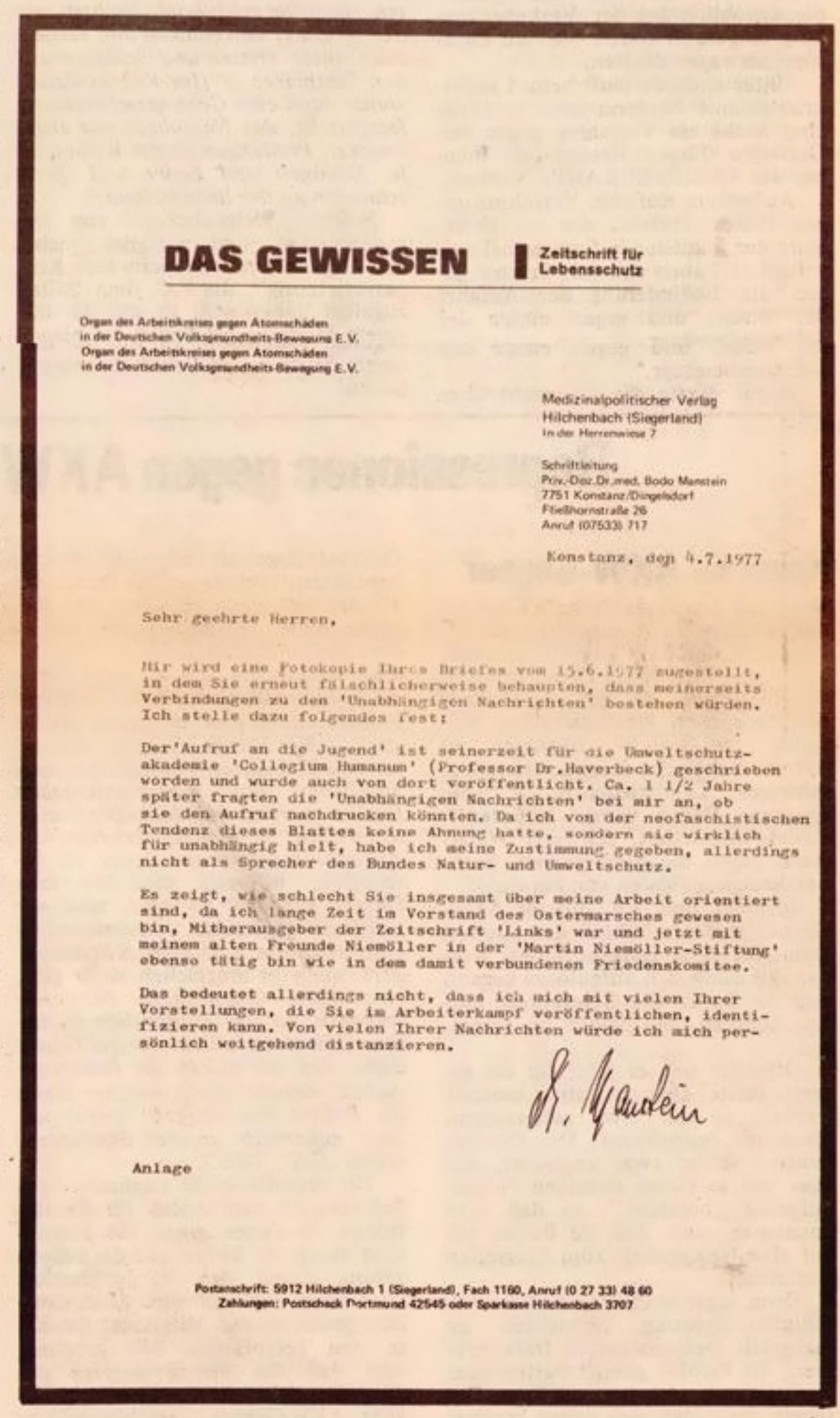
Der Koordinationsausschuß sieht sich nicht in der Lage, mit den Veranstaltern zusammenzuarbeiten, wenn dort Kräfte verantwortlich mitwirken, deren Einschätzung zur Arbeit der BI–Mitglieder sich mit der im Arbeiterkampf deckt. Bei Aufkündigung der Zusammenarbeit sieht sich der Koordinationsausschuß nicht mehr in der Lage, den bereits vorhandenen Vorbehalten des Eigentümers des Camp–Platzes in der Weise entgegenzuwirken, daß er weiterhin den Platz zur Verfügung stellt. Der Koordinationsausschuß fordert im Interesse einer kritischen aber solidarischen Zusammenarbeit während des Camps eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu schaffen und wiederherzustellen, indem ihm eine distanzierende Stellungnahme zugeht. Diese erwartet der Koordinationsausschuß bis zum 14.7.77 an:
Koordinations–Ausschuß Günther Herbst, Hardenbergerstr. 3136-Gartow

gez. J. Janning, Mitglied des KO–Ausschusses.

Sind sie so naiv wie sie tun?

Herr Bodo Manstein, aktiv in der Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegung, hat uns geschrieben. Seinen Brief drucken wir hier ab. Bodo Manstein ist u.a. Pressesprecher des Bundes Natur- und Umweltschutz (jetzt: Bund Umwelt und Natur Deutschland), dessen Vorsitzender der CDU-Bundestagsabgeordnete Gruhl ist; ferner Mitarbeiter des WSL-Schulungszentrums 'Collegium Humanum'; außerdem 'Schriftleiter' der kleinen Zeitschrift „Das Gewissen", „Organ des Arbeitskreises gegen Atomschäden in der Deutschen Volksgesundheits-Bewegung e.V."; weiteres ist seinem Brief zu entnehmen.

Man muß an dieser Stelle einmal sagen, daß nicht nur Herr Manstein, sondern auch mehrere WSL-Funktionäre und andere Personen aus dem eher rechten Umweltschutz-Lager — die meisten offenbar auch aufmerksame AK-Leser — uns sehr vorurteilslos und freundlich in verschiedenster Form ihre Auffassung dargestellt haben, Auskunft über ihre Person gegeben haben, uns unaufgefordert ihr Material zugeschickt haben, und ähnliches mehr. Fast bei allen sind wir derselben herzlichen Blauäugigkeit begegnet, was die Frage der Kontakte zur Faschisten-Szene angeht. Zur Ergänzung des Schreibens von Bodo Manstein sei nur erwähnt, daß er in „Das Gewissen", Juni 1977, den von uns in AK 106, S.5, erwähnten Brief der Frau Haverbeck-Wetzel (WSL) abdruckt, mit dem Vermerk, er stimme ihren Ausführungen „voll" zu. In diesem Schreiben beklagt Frau Haverbeck die 'gegenseitige Diffamierung' zwischen Faschisten und Kommunisten, die ein Erbe der „Feindschaft der Väter" sei, und ruft zu Verständnis und Zusammenarbeit auf. Ob sich für solche Thesen zum Beispiel auch Bodo Mansteins „alter Freund" Martin Niemöller erwärmen läßt, der von den Nazis verfolgt und eingesperrt wurde, wagen wir zu bezweifeln.



DAS GEWISSEN | Zeitschrift für Lebensschutz

Organ des Arbeitskreises gegen Atomschäden
in der Deutschen Volksgesundheits-Bewegung E.V.
Organ des Arbeitskreises gegen Atomschäden
in der Deutschen Volksgesundheits-Bewegung E.V.

Medizinalpolitischer Verlag
Hilchenbach (Siegerland)
In der Herrenwiese 7

Schriftleitung
Priv.-Doz.Dr.med. Bodo Manstein
7751 Konstanz/Dingelsdorf
Fließhornstraße 26
Anruf (07533) 717

Konstanz, den 4.7.1977

Sehr geehrte Herren,

Mir wird eine Fotokopie Ihres Briefes vom 15.6.1977 zugestellt, in dem Sie erneut fälschlicherweise behaupten, dass meinerseits Verbindungen zu den 'Unabhängigen Nachrichten' bestehen würden. Ich stelle dazu folgendes fest:

Der 'Aufruf an die Jugend' ist seinerzeit für die Umweltschutzakademie 'Collegium Humanum' (Professor Dr.Haverbeck) geschrieben worden und wurde auch von dort veröffentlicht. Ca. 1 1/2 Jahre später fragten die 'Unabhängigen Nachrichten' bei mir an, ob sie den Aufruf nachdrucken könnten. Da ich von der neofaschistischen Tendenz dieses Blattes keine Ahnung hatte, sondern sie wirklich für unabhängig hielt, habe ich meine Zustimmung gegeben, allerdings nicht als Sprecher des Bundes Natur- und Umweltschutz.

Es zeigt, wie schlecht Sie insgesamt über meine Arbeit orientiert sind, da ich lange Zeit im Vorstand des Ostermarsches gewesen bin, Mitherausgeber der Zeitschrift 'Links' war und jetzt mit meinem alten Freunde Niemöller in der 'Martin Niemöller-Stiftung' ebenso tätig bin wie in dem damit verbundenen Friedenskomitee.

Das bedeutet allerdings nicht, dass ich mich mit vielen Ihrer Vorstellungen, die Sie im Arbeiterkampf veröffentlichen, identifizieren kann. Von vielen Ihrer Nachrichten würde ich mich persönlich weitgehend distanzieren.

B. Manstein

Anlage

Postanschrift: 5912 Hilchenbach 1 (Siegerland), Fach 1160, Anruf (0 27 33) 48 60
Zahlungen: Postscheck Dortmund 42545 oder Sparkasse Hilchenbach 3707

Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow – Dannenberg

Die Bundesregierung hat sich nun ebenfalls entschlossen, Gorleben als den einzig möglichen Standort für die geplante Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage zu benennen.

Bohrungen am geplanten Standort sollen bereits in allernächster Zeit durch die Physikalisch–Technische–Bundesanstalt Braunschweig vorgenommen werden.

Dieser Schritt der aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten gebildeten Bundesregierung, mit dem sie sich über die Bedenken ihrer jeweiligen Parteibasis, über die Ängste der betroffenen Bevölkerung im Landkreis und über die Einwände aus Wissenschaft und Technik hinwegsetzt, wird von uns als zutiefst undemokratisch gewertet.

Die BI Umweltschutz Lüchow–Dannenberg ist nicht bereit, dieses Vorgehen der Bundesregierung zu akzeptieren. Sie kann aus folgenden Gründen kein Vertrauen in die Ergebnisse der Salzstockuntersuchungen haben:

1) Gorleben ist als der einzige noch verbliebene Standort der Atommülldeponie und WAA benannt worden. Damit wird der Zwang, ein positives Ergebnis der Untersuchungen vorzulegen, offenkundig, denn die Verwirklichung des Atomprogramms ist nach Aussage der politisch Verantwortlichen von höchster Priorität. Es ist kaum vorstellbar, daß das gesamte Programm allein aufgrund irgendeiner Salzstockbeschaffenheit geändert wird.

2) Die BI sieht ihr Mißtrauen durch die Verlautbarungen der letzten Zeit bestätigt, wonach weitere Betriebsgenehmigungen für neue AKWs bereits jetzt für den Herbst beschlossen worden sind, obwohl entsprechende Gutachten für die Entsorgung noch gar nicht vorliegen. Hier wird die Praxis deutlich, Ergebnisse vorwegzunehmen und damit Gutachten unzulässig zu beeinflussen.

3) Die Bedenken wegen der Grenznähe des Standortes werden als gegenstandslos hingestellt, indem eine 5 km–Umgehungsüberwachung als ausreichend behauptet wird, eine durch kein Gutachten belegte und wissenschaftlich äußerst umstrittene Entscheidung. Die kleine Versuchs–WAA in Karlsruhe hat ein Überwachungsgebiet von 10 km Radius. Für die Gorlebener Anlage mit 50–fach größerem Durchsatz an radioaktiv strahlendem Material soll eine nur 1/4 so große Überwachungsfläche genügen. Hier wird eine politische Entscheidung gegen das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gestellt.

Die BI wird mit allen rechtsstaatlichen und juristischen Mitteln die Bohrungen verhindern.

Wenn die Bundesregierung meint, um jeden Preis und gegen die Bedenken weiter Bevölkerungsteile die Fortschreibung ihres Atomprogramms verwirklichen zu müssen, darf sie sich nicht wundern, wenn sie von den Bürgern eine adäquate Antwort erhält. Die Bundesregierung hat mit ihrem Beschluß zur Eskalation beigetragen.

Gorleben, d. 8.7.1977

»Bund Naturschutz« — Ein ehrlicher AKW-Gegner ?

Am 25. Juni fand in Landshut eine weitere Demonstration gegen das AKW ISAR 1 in Ohu mit ca. 600 Teilnehmern statt.

Initiiert wurde diese Demonstration im wesentlichen vom Bund Naturschutz (BN), unterstützt wurde sie von folgenden Initiativen:

AKW-Nein Gruppe Landshut, AG sozialdemokratischer Frauen Landshut, BI Ergoldsbach, BI gegen AKW's Landshut, Deutsche Jungdemokraten (Bezirksverband Niederbayern), IG Druck und Papier (Ortsverein Landshut), Jusos, katholische Landjugend, KKW-Gegner Niederaichbach, SDAJ, Falken und Naturfreunde.

In Anbetracht der teilnehmenden Initiativen und einer bayerischen Mobilisierung von WSL, AUD und BN ein nur mäßiger Erfolg.

Zum Initiator der Demo, dem BN ist folgendes zu sagen:

Der BN ist eine insbesondere in Bayern tätige Naturschutzorganisation mit 30.000 Mitgliedern, laut eigenen Angaben, die insbesondere „die Rückbesinnung auf die Naturgesetze" fordert. Hierbei setzt der BN auf die „Unterstützung und Einsicht a l l e r G l i e d e r der Gesellschaft", vom einzelnen Bürger bis zum multinationalen Konzern (aus: „Naturschutz — eine kulturelle Verpflichtung").

Hervorgehoben hat sich der BN in der bayerischen Anti-AKW-Bewegung durch seine vielfache Abgrenzung vom „gewalttätigen Widerstand". So riet der BN z.B. seinen Mitgliedern davon ab, sich am 7. Mai an der Demonstration von 18 bayerischen BI's gegen das AKW ISAR 1 in Ohu zu beteiligen:

»Wer für die Erhaltung von Natur und Leben eintritt, kann dies nicht mit Gewaltmaßnahmen tun«. Der BN befürchtete, daß *»durch unkoordinierte, uninformierte und chaotische Planungen und Machenschaften dogmatischer K-Gruppen die Aufklärungsarbeit kritischer Bürger und Naturschützer einen Rückschlag erleiden und den KKW-Betreibern in die Hände spielt«* (aus „Nürnberger Nachrichten", 4.5.77). Die Stellungnahme zur Vorbereitung der Demo ist insbesondere deshalb übel und spekuliert allein auf den herrschenden Antikommunismus, weil z.B. sämtliche Sitzungen der Demonstrationsleitung öffentlich waren!

Eingeengt auf „gewaltfreien Protest" versuchten die Naturschützer ihre politischen Vorstellungen auch auf der Demo am 25. Juni in Landshut durchzusetzen.

Durften Jusos, Falken und SDAJ in Ruhe ihre Parteifahne tragen, richteten sich die Aktivitäten des BN insbesondere gegen ein Transparent der BI Landshut: „Eins, zwei, drei, vier, viele Brokdorf schaffen wir". Es gelang allerdings nicht, das Transparent aus der Demo zu holen, sondern es reihten sich gerade deswegen noch eine Menge Leute hinter das Transparent ein!

Unerwünscht war ebenfalls ein Redebeitrag der BI Landshut und das Verteilen ihres Aufrufflugblatts. Gerade diese Sachen zeigen, daß der BN recht kräftig versucht, linke AKW-Gegner aus der Demo rauszuhalten. Obwohl bekannt ist, daß der BN eindeutig auf die Zusammenarbeit mit der bayerischen Regierung und den AKW-Erbauern setzt, haben die fortschrittlichen Kräfte in Landshut bisher versäumt, die inhaltlichen Ziele des BN und auch sein undemokratisches Vorgehen auf der Demo um der „Einheit willen" anzugreifen. Dies wird jedoch letztendlich dazu führen, daß die „Gewaltfreien" an Boden gewinnen und die wirkliche Einheit aller AKW-Gegner, unabhängig von ihren Formen des Protestes geschwächt wird.

KB Nürnberg

Krankenversicherungs- und Kostendämpfungsgesetz

Werktätige und Rentner sollen die Zeche bezahlen

Nach einigem Theater wurde kurz vor der Sommerpause des Bundestages das sog. „Sozialpaket" verabschiedet und ist inzwischen in Kraft getreten. Dabei ist es den bürgerlichen Parteien und der Bourgeoisie gelungen, im Verein mit den von ihnen kontrollierten Massenmedien, die tatsächliche Tragweite dieses (un)-„Sozialpaketes" weitgehend zu verschleiern. So wurde z.B. in den Massenblättern über das Kostendämpfungsgesetz so berichtet, als ob sich nichts ändert, außer daß ab 1.7. nun für jedes verschriebene Medikament ein Eigenbeitrag von DM 1,- zu entrichten ist, gegenüber der vorher üblichen Rezeptgebühr von maximal DM 2,50.

Die mit dem Kostendämpfungsgesetz in Kraft getretenen Maßnahmen sind jedoch viel weitreichender und sollen kurz zusammengefaßt wiedergegeben werden (die wesentlichsten Teile):

- Wie bereits erwähnt, beträgt der Selbstkostenanteil für verschriebene Arzneimittel nicht mehr 20 %, höchstens DM 2,50 je Rezeptblatt, sondern eine Mark je aufgeschriebenes Medikament.
- Ärzte müssen Medikamente „wirtschaftlich" verschreiben. D.h. sie werden verpflichtet, bestimmte, in einer Liste aufgeführte „Bagatell-Medikamente" nicht mehr zu verschreiben. Darunter fallen z.B. Kopfschmerztabletten, Verbandmittel, Abführmittel usw. Diese Sachen müssen jetzt voll selbst bezahlt werden.
- Ärzte sind verpflichtet, sich an festgesetzte Arzneimittelhöchstbeträge bei Behandlungen zu halten. Die Höhe ist abhängig von den Behandlungsfällen und der Grundlohnsumme (!!). Bei Überschreiten dieser Höchstbeträge können Ärzte haftbar gemacht werden.
- Kuren werden künftig nur noch nach ver trauensärztlicher Untersuchung und nur im Inland genehmigt.
- Eine Haushaltshilfe aus der Verwandtschaft, z.B. für die Pflege von Kindern bei berufstätigen Eltern, erhält nur noch Auslagen und evtl. Verdienstausfall erstattet; aber keine Bezahlung.
- Familienmitglieder, die über DM 370,- monatlich verdienen, sind nicht mehr mitversichert und müssen eine eigene Versicherung abschließen.
- Kinder von privat Versicherten mit einem Einkommen von mehr als DM 2550,- sind nicht mehr mitversichert.
- Für Zahnersatz dürfen nicht mehr als 80 % erstattet werden.
- Die Verweildauer in den Krankenhäusern soll noch weiter verkürzt werden. Insbesondere davon betroffen sind Pflegefälle, aber auch andere Patienten, die dann zu Hause weiter ambulant behandelt werden sollen.

Diese kleine Übersicht genügt, um deutlich zu machen, wo durch dieses Gesetz gespart werden soll: bei der Versorgung und Behandlung der Patienten. Zwar ist im Gesetz auch die Rede davon, daß einheitliche Honorarregelungen getroffen werden sollen, aber im Wesentlichen sind es die „kleinen Leute", die hier zur Kasse gebeten werden. Besonders betroffen sind die Studenten und Rentner. Sie waren bisher von der Rezeptgebühr ausgenommen. Die Rentner sind noch von einer weiteren „Reform" betroffen: dem 20. Rentenanpassungsgesetz.

Zwar wurden die Renten um 9,9 % ab 1.7. erhöht. Aber auf die nächste Erhöhung müssen sie 18 statt bisher 12 Monate warten. Wobei die Erhöhungen auch geringer ausfallen werden, weil die bisherige Berechnungsweise geändert wurde. Darüberhinaus werden Erhöhungen auch abhängig gemacht von der finanziellen Lage der Versicherungsträger.

Weiter wurden die Waisenrenten z.T. gestrichen, der Mindestbeitrag für die Rentenversicherung von 18 auf 36 DM verdoppelt, die Möglichkeiten des Hinzuverdienens bei Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze eingeschränkt und auch die Beitragsfreiheit für Rentner zur Krankenversicherung gestrichen, wenn der Betroffene nicht mindestens 20 Jahre in einer gesetzlichen Krankenversicherung versichert gewesen ist.

Kostendämpfung – nicht bei den Betroffenen

Nach den Worten des federführenden Ministers Ehrenberg sollte durch das „Sozialpaket"

- die Rentenversicherungsfinanzierung konsolidiert werden,
- der „ungebremste Kostenanstieg im Gesundheitswesen" gebremst und das Gesundheitswesen auch in Zukunft „leistungsfähig" bleiben.

In Wahrheit handelt es sich aber um einen Großangriff auf die sozial Schwachen, besonders die Rentner. Ihnen werden nicht nur weitere Kosten aufgebürdet, die sie bisher nicht tragen brauchten, sondern auch in der medizinischen Versorgung Leistungen entzogen.

Weiter haben die Krankenkassen angekündigt, daß spätestens 1978 wieder Beitragserhöhungen fällig sind. Warum das, fragt man sich, wenn doch die Kosten „gedämpft" werden sollen? Hier handelt es sich um eine wahrhaft sozialdemokratische Meisterleistung der Verschleierung des Abbaus sozialer Leistungen. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren 30 Milliarden Mark „eingespart" werden.

Der immer so besonders betonte Kostenanstieg im Gesundheitswesen ist eine Erfindung der Regierung. So haben sich die Kosten nach Angaben der Krankenversicherungen deutlich verlangsamt und die Kassen konnten sogar Finanzreserven ansammeln, da die Beitragserhöhungen der letzten Jahre überhöht gewesen sind. Durch die jetzt angeordnete Kostenverlagerung (nicht „Dämpfung") werden die Kassen die Beiträge in nächsten Jahr um ca. ein Prozent erhöhen. Und es wird nicht die Belastung der Versicherten, sondern deren Versorgung „gedämpft". Wenn jetzt die Ärzte lautstark und wortreich rumlamentieren, daß „unser liberales Gesundheitswesen" beseitigt werde und wenn diese Reaktionäre sogar mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht drohen, so ist das reinste Demagogie und zugleich noch Ausdruck eines unglaublichen Zynismus. Denn die einzigen, die von dieser „Reform" profitieren und nichts zu fürchten haben, sind die „Götter im weißen Kittel" – die Beutelschneider, die weiterhin Zigtausende im Monat/pro Arzt scheffeln können ...

SPD-Kommission

Der »Fall Hackethal« – ein Lehrstück!



Um den Chirurgen Dr. Julius Hackethal, (Lauenburg) endgültig kaltzustellen, haben jetzt die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein und die Ärztekammer erreicht, daß ein berufsgerichtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet, sowie die Durchsuchung seiner Praxis- und Wohnräume und seines PKW's von der Staatsanwaltschaft angeordnet wurde! Hackethal konnte die Durchsuchung verhindern, indem er die gesuchten Unterlagen - die Akte einer Patientin, bei der in seiner Praxis eine Abtreibung vorgenommen worden sein soll - aushändigte.

Nachdem die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) vergeblich versucht hatte, ihm die Zulassung als Kassenarzt entziehen zu lassen, war jetzt eine in Hackethals Klinik angeblich vorgenommene Abtreibung das gefundene Fressen für die Ärztekammer und die KVSH um ihn noch stärkeren Diffamierungen und Kriminalisierungen aussetzen zu können und damit gleichzeitig die von der Bougeoisie gesteckten Grenzen für „legale" Abtreibungen erneut in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

„*Abtreibung! Kripo jagt Star-Chirurg Hackethal!*" freute sich die „Hamburger Morgenpost" (13.6.77) „*Verdacht auf Abtreibung nach § 218 StGB stand in den Papieren der Amtspersonen*" („Welt am Sonntag"12.6.77). Laut WamS soll Hackethal die Abtreibung vorgenommen haben, nachdem die Patientin von drei Krankenhäusern abgelehnt worden war, obwohl sie eine „*gesundheitsbedrohende Indikation*" von einer Ärztin bescheinigt bekommen hat. Er soll dafür bei der Kasse 132,- Mark abgerechnet haben. Doch „... *Schwangerschaftsabbrüche (dürfen) nur in den dafür zugelassenen und genehmigten Einrichtungen vorgenommen werden. Hackethal (hat) über eine solche Genehmigung nicht verfügt*", begründete ein Sprecher der KVSH laut „Hamburger Abendblatt"(14.6.77) die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Arzt.

Dies stellt den Höhepunkt der gegen Hackethal bisher gelaufenen Angriffe dar. Die Gründe hierfür sind, daß Hackethal sich eindeutig mit seiner Kritik am Gesundheitssystem und an seinen Standesbrüdern auf die Seite der Patienten stellt und in seinen Büchern „Auf Messers Schneide" und „Nachoperation" die katastrophalen Zustände in der medizinischen Versorgung aufgedeckt und an einzelnen Fällen belegt hat (s. auch AK 98 u. 99).

In einem Interview im ZDF sagte Hackethal auf die Frage warum er „Einzelkämpfer" geblieben sei: „*Ich bin tatsächlich nur äußerlich allein geblieben; ich habe hinter vorgehaltener Hand und auf mancherlei Art und Weise sehr breit Zustimmung auch aus der Ärzteschaft bekommen. Aber dieses System ist so zementiert – es existiert ja auch nicht erst seit gestern, sondern seit 2.000 Jahren, der Hyppokratische Eid, der die Ärzte darauf festlegt, einander zu schützen, einander auf jeden Fall zu schützen, egal was passiert – und wenn das über 2.000 Jahre von Lehrer zu Schüler weitergegeben wird als eiserne Pflicht dann ist es nicht möglich, das innerhalb von neun Monaten zu zerstören. Und neun Monate sind es ja erst her, seit mein Buch erschienen ist*" (gemeint ist sein Buch „Auf Messers Schneide" – Anm.AK) (zit. nach der ZDF-Sendung „Litera-Tour V", 19.6.).

So ist z.B. die Kassenärztliche Vereinigung, deren Landesverband Schleswig-Holstein Hackethal die Staatsanwaltschaft auf den Hals gehetzt hatte, ein reaktionärer Verband, mit dem die Kassenärzte eine Monopolstellung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung im ambulanten Bereich innehaben und in dem sie, abgedeckt durch entsprechende Verordnungen nur durch die eigenen Standeskörperschaften (z.B.Ärztekammer), nicht aber durch den Staat oder die Kassen kontrolliert werden.

Hackethal fordert mehr Kontrolle mehr Spezialisierung der Ärzte, damit „Kunstfehler" vermieden werden und hat in seinem neuen Buch „Nachoperation" u.a. auch Behandlungsmethoden bei der Krebsbekämpfung angezweifelt. Hier einige Überschriften einzelner Kapitel:

- *Patientenarzt statt Kassenarzt*
- *Kranken-Hotel statt Zucht-Haus*
- *Gebührenordnung statt Unordnung*
- *Treuegelöbnis statt Kollegialverschwörung*
- *Gutverdiener statt Großverdiener (gemeint sind die Ärzte - AK)* (Hackethal im ZDF, ebenda)

Dies alles bleibt natürlich nicht unwidersprochen und ohne Folgen. Seine Gegner hatten ihm von Anfang an den Krieg erklärt. Nicht nur Hackethal, auch die Mitarbeiter seiner Lauenburger Praxis haben schon etliche Angriffe abwehren müssen. Für einen Krankenpfleger, Harald Herkstroeter, waren die Diffamierungen und Anfeindungen der Grund für Selbstmord. Er hat sich mit den Auspuffgasen seines Autos vergiftet, weil er die ständigen Beschimpfungen nicht mehr aushielt. Es gab da z.B. ein anonymes Flugblatt: „*An alle Lauenburger*", *in dem handschriftlich schwere Vorwürfe gegen Herkstroeters Chef Hackethal erhoben wurden. Zum Beispiel: Bei Hackethal ,wurden die Patienten vom Pfleger mehr oder weniger eingeschläfert, sicher der eine oder andere auch ins Jenseits befördert'(!). Oder:,Möchten Sie sich von Hackethal und seinem Pfleger... in die ewigen Jagdgründe schicken lassen?'(!)*" „Das Pamphlet kursierte seit Tagen in der Stadt" („stern" 24.3.77).

Darüberhinaus hatten sieben Lauenburger Ärzte in einer Dokumentation nachzuweisen versucht, daß auch Hackethal „Kunstfehler" begangen habe. Hackethal hat jetzt nach dem Durchsuchungsbefehl, wie er selbst sagt, „...*das Handtuch geworfen*" („WamS", 13.6.). Das, was seine Gegner nicht erreicht hatten, tat er jetzt von sich aus:Zum 1.7. hat er den Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung gekündigt. „*Ich kann die Schikanen, die Prozesse und die Verdächtigungen nicht mehr länger ertragen.*" „*Aber obwohl ich kein Kassenarzt mehr sein werde, werde ich weiter wie bisher Kassepatienten behandeln*". „*Ich weiß, daß die erste Operation an einem Kassenpatienten nach dem 30.Juni zu einem Testfall werden wird. Wenn sich die Kassen querlegen und nicht zahlen wollen, werde ich einen Musterprozess bis in die höchste Instanz führen*" (WamS, ebenda)

Weiter erklärt Hackethal jetzt, „*er habe in einem Rundbrief seine Patienten davon informiert, wie er sich ihre Behandlung in Zukunft vorstelle. Er habe ihnen vorgeschlagen, ihm eine Abtretungserklärung der Forderung an die Kasse zu unterschreiben. ,Die Patienten zahlen für eine Behandlung nichts an mich. Es ist meine Sorge, wie ich zu meinem Geld komme'.*" („Welt", 15.6.77).

Ob ihm seine Standesbrüder bzw. die westdeutsche Justiz diese Regelung gestatten werden, muß abgewartet - darf aber angezweifelt - werden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

6 Todesfälle – Heilpraktiker darf weitermachen

In den sogenannten Überdruckkammern des Heilpraktikers Martin O. Hinterthür aus Bremen starben sechs Menschen, doch das Verwaltungsgericht Bremen hob ein Praxisverbot für Hinterthür als „unbegründet" wieder auf.

Schon im Februar 76 kamen fünf Menschen bei einer Behandlung in der Überdruckkammern Hinterthürs in Hannover ums Leben. Trotzdem durfte der Heilpraktiker – nach kurzer Schließung – sein Bremer „Institut für regenerative Überdrucktherapie" weiter betreiben. Solche Anlagen sind nämlich aufgrund der Therapiefreiheit von Ärzten und Heilpraktikern nicht genehmigungspflichtig! Und das, obwohl die Behandlung mit Überdruck (durch hohen Luftdruck wird Sauerstoff in den Körper gepreßt) sogar nach Meinung der Bundesärztekammer eine sehr riskante Methode ist, die auch nur bei sehr wenigen Krankheitsbildern wie bakterieller Gasbrand und Verbrennungen wissenschaftlich anerkannt ist. Doch Hinterthür ging es allein um den Profit und deshalb behandelte er alle möglichen Leiden mit Überdruck. Das wird deutlich am erneuten Todesfall in der Überdruckkammer im April 77:

Ein Patient erlitt während der Behandlung einen Herzinfarkt und starb. Hinterthür selbst war währenddessen gar nicht in Bremen, sondern gab per Telefon Anweisungen! Der Patient – wegen unerträglicher Kopfschmerzen zu Hinterthür gekommen – hatte schon bei seiner ersten Behandlung mit Überdruck einen Herzinfarkt bekommen. Gegen die Kopfschmerzen hatte die Behandlung auch nur kurzfristig geholfen. Trotzdem wurde der Patient vor der neuen Behandlung weder zur ärztlichen Untersuchung geschickt noch von Hinterthür untersucht. Er mußte lediglich einen Komputer-Fragebogen ausfüllen und fing danach sofort mit der Therapie an.

Erst nach dem neuen Todesfall wurde der Gesundheitssenator „aktiv": Die Verwaltungspolizei verfügte die Schließung der Anlage, und die Gesundheitsbehörde untersagte Hinterthür die Ausübung seiner Heilpraktikertätigkeit mit der Begründung „*daß er ,eine Gefahr für die Volksgesundheit' darstelle und weil ihm ,die sittliche Zuverlässigkeit' fehle*" („Weser-Kurier", 24.6. 77). Doch das Verwaltungsgericht ordnete die Aufhebung des Praxisverbots an, mit der Behauptung, daß „*es keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, daß die sonstige Heilpraktikertätigkeit mit Gefahren für Leib und Leben der Patienten verbunden ist*" (!) („WK", 24.6.77).

Dem Geschäft mit der Krankheit sind also wirklich keinerlei Grenzen gesetzt! Man kann sich ungefähr ausrechnen, wie der demnächst beginnende Prozeß gegen Hinterthür wegen der Todesfälle in Hannover im Februar '76 ausgehen wird.

Eine Genossin der
KB/Gruppe Bremen

Zum Leben zu wenig zum Sterben zuviel !

Über 2 Millionen Sozialhilfeempfänger in der BRD

5,37 DM stehen einem Sozialhilfeempfänger pro Tag für Ernährung zu. Hinzu kommen Mietzuschuß und Heizungsgeld. Weiterhin p r o M o n a t eine halbe Kinokarte, vier Briefmarken für jeden Erwachsenen, drei Flaschen Bier für Vatern, eine für Muttern, dazu 40 g Erdnüsse, alle Jahre ein neues Hemd, eine neue Tasse und alle sieben Monate eine neue Glühbirne.

3,5% der Bevölkerung in der BRD (in Hamburg sogar 5,2%) mußten 1975 von diesem Almosen leben, in Zahlen 2.049.000 Menschen. (Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wird für 1976 auf 2,153 Millionen geschätzt.) Besonders betroffen waren davon die Frauen mit 62%, vor allem die älteren Frauen: *»Von 1.000 über 65 Jahre alten Frauen waren 89 Sozialhilfeempfänger, von 1.000 gleichaltrigen Männern dagegen nur 45«* (»Welt«, 6.6.77). Während der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei den über 50-jahrigen kaum anstieg, stieg er bei den 18- bis unter 20-jährigen am stärksten an. *»Unter 1.000 Einwohnern dieser Altersgruppe waren es noch ein Jahr zuvor 15, 1975 dagegen 20 Sozialhilfeempfänger. Auch in der Altersgruppe der 25- bis unter 50-jährigen nahm die Zahl der Sozialhilfe empfangenden Bürger von 16 auf 19 je 1.000 Einwohner zu«* (»Welt«, 6.6.77).

»Als Studenten in Köln 1974 versuchten, für eine wissenschaftliche Studie eine Zeitlang von Sozialhilfesätzen zu leben, mußte das Experiment nach zwei Wochen abgebrochen werden. Die Teilnehmer waren entnervt vom ständigen extremen Sparenmüssen und sahen, wie sogar ihre sozialen Kontakte zusammenbrachen« »Stern«. 10.3.77). Die über zwei Millionen Sozialhilfeempfänger können hier »Experiment« allerdings nicht so einfach abbrechen.

Die Höhe der Sozialhilfe wird von Jahr zu Jahr nach den Preissteigerungsraten neu festgesetzt. Alle fünf bis sieben Jahre ermittelt der »Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge« in Frankfurt, was und wieviel ein Westdeutscher zum Leben braucht. Dieser sogenannte »Warenkorb« soll alles enthalten, was dem Sozialhilfeempfänger ein Leben ermöglicht, *»das der Würde des Menschen entspricht«* (Bundessozialhilfegesetz §1). Danach soll heute ein erwachsener Mann mit 161,28 DM pro Monat ein »menschenwürdiges Leben« führen können, für seine Frau »reichen« 153,92 DM und Kinder bekommen je nach Alter 102,63 DM bis 201,98 DM. (Diese Zahlen beziehen sich auf die Ernährungs»beihilfe«. Der geschätzte »Sozialhilferegelsatz« für 1976 beträgt 287 DM im Bundesdurchschnitt.)

Die Sozialhilfe empfangenden Familien geraten meist in immer größere Armut, bis sie schließlich im Obdachlosen-Getto landen. Damit setzt sich der Kreislauf fort: Zwischen 50 und 60% der Getto-Kinder landen in den Sonderschulen. Und in Zeiten des Lehrstellen- und Arbeitsplatzmangels läßt es sich unschwer raten, wovon diese Kinder leben müssen: von der Sozialhilfe! Aber laut Finanzminister Apel gibt es *»trotz hoher Arbeitslosigkeit ... in unserem Lande kein verbreitetes Elend«* (»Stern«, 10.3.77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Erneute Hausbesetzung in Dortmund

»Wir machen weiter« hatte die Sortmunder Selbsthilfe (DSH) angekündigt, nachdem sie am 10.5. durch einen brutalen Polizeieinsatz aus dem besetzten Haus Düppelstr. 33 vertrieben worden war. Durch erneute Besetzungen am 4. und 6.6. hat sie — zusammen mit den Bürgern des Quartiers — ihre Konsequenz im Kampf gegen den Abriß von z.T. noch nicht einmal 20-jährigen Häusern gezeigt. Dort — im Dortmunder Norden — soll eine neue Schule gebaut werden. Ein Mieter aus dem Gebiet: *»Es ist doch absurd, hier eine neue Schule zu bauen — und nur 200 Meter weiter steht eine ganze Schule leer und soll abgerissen werden«* (»Westfälische Rundschau«, 6.6. 77).

Der ersten Besetzung waren von Seiten der Miete und der DSH erfolgt:
— Die Gründung einer »Interessensgemeinschaft Düppelstraße« — anwesend ca. 80 Interessierte sowie Vertreter der meisten Dortmunder Mieterinitiativen;
— eine Demo am 16.5. mit ca. 150 Teilnehmern;



Demonstration gegen Flächensanierung in Dortmunds Norden

— ein Offener Brief an den Regierungspräsidenten mit der Forderung: Rücknahme der Baugenehmigung für die geplante Schule!
— Teilnahme an mehreren Bürgerversammlungen sowie Einladung an ca. 30 Kommunalpolitiker und Planer: am 22.5. erschien keiner.

Die Besetzung und die nachfolgende Öffentlichkeitsarbeit hatten Erfolg: *»In ganz Dortmund wird jetzt plötzlich der geplante Abbruch gut er haltener und billige Wohnungen gestoppt«* (»Nord II« — Zeitung des Mieterrates Nord). Einzig in der Düppelstraße geht der Abriß weiter.

Auf einer Ratssitzung am 16.5. bekräftigten alle Fraktionen die Notwendigkeit des Schulbaus und des Abrisses. Oberbürgermeister Samtlebe ging noch einen Schritt weiter: *»Für die Stadt sei es selbstverständlich, mit den betroffenen Bürgern zu sprechen. ... ,Doch kann es nicht unsere Aufgabe sein, mit denjenigen zu sprechen, die aus anderen Bereichen und aus durchsichtigen Motiven in das Sanierungsgebiet Nord II hineindrängen und sich zu Betroffenen machen wollen'* « (»Ruhr-Nachrichten«, 17.5.77). Dem *... ,Doch kann es nicht unsere Aufgabe sein, mit denjenigen zu sprechen, die aus anderen Bereichen und aus durchsichtigen Motiven in das Sanierungsgebiet Nord II hineindrängen und sich zu Betroffenen machen wollen'* « (»Ruhr-Nachrichten«, 17.5.77). Dem traten der Mieterrat Nord II und die IG Düppelstraße entgegen: *»Die Dortmunder Selbsthilfe hat uns durch ihre Besetzung der Düppelstraße 33 wachgerüttelt und uns dadurch gezeigt, daß wir nicht alleine und machtlos gegen die widersinnige Wohnungspolitik stehen«* (Flugblatt vom 4.6.77).

Entsprechend dieser Aussage nahmen am 4.6. auch viele Menschen an der Besetzung aller in der Düppelstraße leerstehenden Wohnungen teil. Ebenfalls besetzt wurde ein Ladenlokal, das als Informationszentrum dienen wird. Am 6.6. wurde dann um acht Uhr unweit der Düppelstraße ein ganzes Haus besetzt. Um elf Uhr rückte die Polizei an und räumte gewaltsam. *»Die wenigen Bürger, die noch in dieser Straße wohnen und die Passanten zeigten in großem Maße Sympathie für die Aktion. So mußten sich die 40 Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei manch böses Wort gefallen lassen, besonders die Beamten, die, mit Fotoapparaten und Filmkamera bewaffnet, eifrig bemüht waren, Hausbesetzer und Sympathisanten auf den Film zu bannen«* (»WAZ«, 7.6.77). Nachdem es nicht gelang, zwischen DSH und Betroffene zu spalten, wird jetzt der Vorsitzende des Mieterrates Nord II mit Strafanzeige bedroht, weil er zu den Besetzungen aufgerufen hat. Die Verbreiterung der Solidarität auf die »Vereinigten Mieterinitiativen« sowie auf z.B. den AStA der PH Ruhr und darüber hinaus ist die eine Möglichkeit, den Kriminalisierungsversuchen entgegenzutreten.

Die IG Düppelstraße will die Wohnungen und das Ladenlokal weiter besetzt halten. Vom 13. bis 15.6. ist eine 72-stündige Mahnwache geplant. Tag und Nacht soll auf einem Hauptplatz der Stadt mit Fackeln etc. die Öffentlichkeit auf die menschenverachtende Sanierungspraxis der Stadt aufmerksam gemacht werden.

Kein Abriß im Dortmunder Nordenweg mit den Baggern

Ein Dortmunder Genosse

Nachtrag

Durch einen erneuten Polizeieinsatz am 13.6. wurden auch die besetzten Wohnungen sowie das Ladenlokal geräumt; Waschbecken, Klos und Leitungen wurden von einer Abbruchfir-

Nachtrag

Durch einen erneuten Polizeieinsatz am 13.6. wurden auch die besetzten Wohnungen sowie das Ladenlokal geräumt; Waschbecken, Klos und Leitungen wurden von einer Abbruchfir-ma zerschlagen. Die angekündigte Mahnwache wurde von der Stadt nicht genehmigt. Begründung: Dabei würde zur Gewalt aufgerufen.

Miterhöhungsboykott seit einem Jahr



Mieterprotest in Bochum gegen die Gangstermethoden der Neuen Heimat

Seit über einem Jahr zahlt in der Bochumer Wohnanlage »unicenter« der Neuen Heimat (NH) nur noch jeder zehnte Mieter die volle Miete. Die meisten Mieter haben sich in einer Mieterinitiative organisiert und boykottieren die seit Mai 1976 geforderten Mieterhöhungen von 18% — bisher erfolgreich (»Zeit«, 3.6.77). Gerichte bestätigten den Mietern, daß die Neue Heimat die geforderte Mieterhöhung nicht korrekt begründete. Jetzt versucht die NH, mit einer Zermürbungstaktik die Mieter zu entmutigen: Betriebskostensenkungen wurden erst angeboten, dann wieder teilweise zurückgenommen. Von 288 Beschwerdebriefen in den letzten zwei Jahren wurden lediglich 38 beantwortet. Trotz Widerruf wird bei Mietern die Miete weiterhin vom Konto abgebucht — gegen diese Übergriffe der »gemeinnützigen« Neuen Heimat auf die Mietkonten wurde inzwischen Strafanzeige gestellt.

Und für diese Gangstermethoden muß jeder Mieter — laut Gesetz — noch 180 DM jährliche »Verwaltungspauschale« zahlen; was der NH allein in Nordrhein-Westfalen rund zehn Millionen DM bringt, und mit denen sie dann ihre Mietprozesse führt!

Die Initiative erstellt z.Zt. ein Sündenregister. Ziel ist ein Antrag an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, der NH das Gemeinnützigkeitsprivileg zu streichen, das ihr bisher große Steuervorteile brachte. Nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz kann die Gemeinnützigkeit dann aberkannt werden, wenn *»Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein dem satzungsgemäßen Zwecke oder den guten Sitten* Steuervorteile brachte. Nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz kann die Gemeinnützigkeit dann aberkannt werden, wenn *»Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein dem satzungsgemäßen Zwecke oder den guten Sitten* *entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfindet«*. Aber einen guten und sittlichen Geschäftsbetrieb im kapitalistischen Sinne führt die Neue Heimat allemal!...

Wohnungskommission

Verbandstag der Haus- und Grundbesitzer: Trommelfeuer auf Mieterrechte

Am 4. – 5.6.1977 fand in Stuttgart der 91. Zentralverbandstag des „Zentralverbands der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer" statt. Wie zu erwarten war, stand die angeblich „mangelnde Rentabilität", die angeblich „zu geringen Renditen", den der private Mietshausbau abwirft, im Vordergrund der Beratungen.

Dies wurde vor allem belegt mit einer Statistik, nach der der Anstieg der Wohnungsmieten von Januar bis April 1977 um ein halbes Prozent unter dem allgemeinen Preisanstieg geblieben sei. Demagogisch wird auch der Rückgang im Wohnungsbau für die Forderungen des Verbandes eingespannt (die Zahl der Baugenehmigungen im ersten Quartal 77 ist gegenüber 1973 um die Hälfte gesunken; außerdem ist der Anteil der Mehrfamilienhäuser an den Baugenehmigungen auf 26,5% gegenüber 1973 62,2% abgesunken).

Im wesentlichen wird die Bundesregierung aufgefordert ,
„–dafür zu sorgen, daß die Mieten ohne formelle Schwierigkeiten den sozialmarktwirtschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernissen angepaßt werden können;
– ein Mietrecht in Kraft zu setzen, welches einerseits den Mietern den notwendigen (?) Schutz gewährt, andererseits den Hauseigentümern ihre Rechte gemäß der Verfassung unseres sozialen Rechtsstaates garantiert" (Sonderdruck von „Der Haus- und Grundeigentümer, Zeitung für das private Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum" zum 91. Zentralverbandstag).

Dies sind die wesentlichen Forderungen. Weiterhin wird die Erleichterung und Subventionierung von Modernisierungen und die Möglichkeit der Bildung steuerfreier Rücklagen zur „Anreizung der privaten Investitionsbereitschaft" gefordert.

Die Haus- und Grundeigentümer setzten also auf diesem Verbandstag ihre Kampagne gegen das 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz fort, die sie seit einiger Zeit inteniv betreiben. Dieses seit 1.1.75 geltende Gesetz wird von ihnen für die angeblich zu geringen Renditen und den daraus resultierenden Rückgang des Wohnungsbaus verantwortlich gemacht. Hauptangriffspunkte in diesem Gesetz sind die Vergleichsmiete und das Verbot der Kündigung zur Erlangung einer höheren Miete.

Diese Argumentation hat sich auch Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) zu eigen gemacht. Friderichs will *„zur Diskussion stellen, inwieweit die marktverfälschenden (!) Mieterschutzgesetze an der unbefriedigenden Lage der Bauwirtschaft schuld sind"*. Außerdem will er *„ganz unverbindlich (!) die Kündigungsschutzesetze und Einrichtungen der Vergleichsmiete und der Mietspiegel mit ihren ertragsdämpfenden Wirkungen auf die Wohnungswirtschaft diskutieren"* („FR" 24.5.77).

Am liebsten hätten es diese Herren, die Mieter zahlten gleich mehr Miete – ganz unverbindlich, versteht sich.

Wohnungskommission

Klöckner vertreibt Mieter

Der Ausverkauf von Zechenkolonien und Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet geht weiter: Der Klöckner-Konzern kündigte die „Privatisierung" von 2.223 seiner 4.500 Werkswohnungen in Ickern und Habighorst (Stadtteile von Castrop-Rauxel) an. Rund 7.000 Menschen sind davon betroffen.

Für Klöckner ist das ganze ein großes Spekulationgeschäft. Der Konzern erwartet einen Profit von rund 150 Millionen DM für Wohnungen, die er seit Jahren systematisch verkommen ließ und sich bereits mehrfach bezahlt gemacht haben.

Jetzt werden die Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten. Bei durchschnittlich 60.000 DM Kaufpreis und hohen Renovierungskosten ist das für die meisten Mieter nicht tragbar. Bei einer gegenwärtigen Miete von 1,90 bis 2,20 DM/qm würden die Belastungen der Mieter auf ein mehrfaches ansteigen. Doch wenn die Mieter nicht kaufen, verkauft Klöckner an andere „ Interessenten", was bei der gängigen Sanierungspraxis ebenfalls die Vertreibung der Mieter bedeutet.

In einer Fernsehdiskussion wurden die Verkaufspläne Klöckners und das Privatisierungsangebot an die Mieter auch noch als„ *Verwirklichung der Freiheit des einzelnen im System der sozialen Marktwirtschaft"* bezeichnet.

Diese „Freiheit" verdanken die Mieter insbesondere dem Ex-Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Willi Weyer (FDP), der 1974 die Zechensiedlungen als sanierungsreif erklärte und „Modellversuche" in Sachen Privatisierung startete.

In Castrop-Rauxel bildete sich eine Bürgerinitiative, die fordert:
- *Stopp der Verkaufsaktion;*
- *Dauerwohnrecht der jetzigen Mieter auf Lebenszeit;*
- *Instandsetzung der Wohnungen auf Kosten des Klöckner-Konzerns;*
- *Modernisierung nur im Interesse der Mieter, Auszahlung der Förderungsmittel an die Mieter;*
- *Erhalt der Wohnqualität der Arbeitersiedlungen, kein Abriß, kein Durchgangsverkehr, Erhalt der Grünflächen und Gärten;*
- *Mitbestimmung der Mieter in allen den Erhalt und die Verbesserung der Arbeitersiedlung betreffenden Fragen.*

(nach „UZ", 10.6.77).

Während die Mieter um ihre Wohnungen kämpfen bedankt sich Klöckner in Erwartung von Millionen-Profiten bei Willi Weyer: Er wurde Aufsichtsratsmitglied und erhält 40.000.– DM jährlich (auf Lebenszeit).

Wohnungskommission

Schluß mit Schnüffelei und Zensur!

Für ein selbstverwaltetes Kommunikationszentrum!

Husum. Nach der Demonstration gegen den Abriß des ehemaligen Gesundheitsamtes gehen die Auseinandersetzungen weiter. Der „Arbeitskreis zur Erhaltung des Husumer Stadtbildes" organisierte am Donnerstag, den 1.7., einen „Besuch" bei der Kreistagssitzung, deren Vorsitzender, Landrat Petersen, für den Blitzabriß verantwortlich war. Gleich zu Anfang wurde uns, etwa 30 Leuten, der Zutritt zum Kreishaus von einem Husumer Kripobullen verwehrt, der dort zusammen mit weiteren Bullen in Absprache mit dem Landrat hinbestellt worden war. Erst auf unseren Protest und dem eines SPD-Kreisabgeordneten wurde die Öffentlichkeit zugelassen. Dem Landrat wurde für seine Schweinereien ein goldener Bagger, ein Häuflein Schutt und eine Urkunde als „größter Zerstörer erhaltenswerter und historischer Häuser" überreicht.

Mehrere an der Aktion beteiligte Leute wurden von einem Vertreter der Kreisbildstelle abfotografiert. Auf Grund von guten Recherchen konnte schnell der Name dieses Typen ermittelt werden. Einer hat dann bei diesem „Fotografen" angerufen, sich als Kommissar Hansen ausgegeben und höflich angefragt, ob dieser nicht einige Abzüge für die Ermittlungsunterlagen der Polizei zur Verfügung stellen könne. Worauf dieser schräge Vogel antwortete, daß das schon alles klar sei und er bereits entsprechenden Kontakt mit der Kripo hätte. Dies ist nicht der erste Fall von Schnüffelei und Bespitzelung! Kurz nach der Demonstration wurde das Haus der Mutter eines Aktivisten von einem VS'ler oder Zivilbullen tagsüber beobachtet. Der machte seine Sache allerdings so plump und offensichtlich, daß er kurz darauf den Nachbarn auffiel und sich dann verzog. Ebenso wird seit der Demonstration das Husumer Schloß (Sitz des Landrats) Tag und Nacht von Bullen bewacht!

Doch trotz all dieser Schikanen gehen die Aktionen für ein selbstverwaltetes Kommunikationszentrum weiter. Vor kurzem trafen sich Vertreter von acht Husumer Initiativen, autonomer Gruppen und linker Organisationen und ein größerer Kreis Unorganisierter, die alle von der Zensur im „Haus der Jugend" betroffen sind, um weitere Aktionen vorzubereiten. Gegründet wurde eine „Arbeitsgruppe Zensur", die sich mit der Repression besonders im Haus der Jugend befassen will und dazu bald ein Flugblatt erstellt. Als nächste große Aktion ist ein Straßenfest, das von allen Initiativen gestaltet werden soll, geplant — unter dem Motto: So stellen wir uns ein Kommunikationszentrum ohne Bevormundung, Radikalenerlaß und Zensur vor!

Ein Husumer Genosse

Psychiatrie gegen Menschenrechte

Neue empörende Einzelheiten über die menschenunwürdige Behandlung psychisch „kranker" Menschen in der Nervenklinik Haar bei München hat die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V." aufgedeckt.

U.a. wird über den Fall einer 81jährigen Frau berichtet, die aus einem Altersheim in die Klinik gebracht worden war, weil sie *„unruhig und affektionsinkontinent war, kratzte, biß, schimpfte, weinte, jammerte und ständig in Aktion war"* (aus einer Dokumentation der Kommission, „Welt", 6.6.77). Die Patientin wurde zunächst mit einem, dann mit einem zweiten Gurt am Bett festgebunden. Erst als ihr eine Reihe von Beruhigungsmitteln eingeflößt worden waren, wurde sie wieder „befreit".

Die Folgen dieser brutalen Behandlung stellt ihr Sohn dar: *„Seit sie in Haar ist, erkennt sie uns Kinder nicht mehr. Wir hatten den Eindruck, daß man sich in Haar gar keine Mühe gab, die Frau wieder gesund zu pflegen, man band sie einfach ans Bett, so daß sie schon nach ein paar Wochen nicht mehr gehen konnte"* (ebd.).



Patienten im Tagesheim des Psychiatrischen Krankenhauses Gießen

Schon 1974 waren Berichte über die unmenschliche Behandlung von Patienten in der Klinik in die Öffentlichkeit gedrungen. Ein Zivildienstleistender hatte in ihren Betten festgeschnallte Kinder fotografiert, die Fotos wurden im „Stern" veröffentlicht. Dem Studenten trug dies vom Krankenhausträger drei Strafanzeigen ein! (Die Verfahren wurden eingestellt, weil der Träger gar nicht strafantragsberechtigt war).

Die Nervenklinik in Haar ist eine der größten psychiatrischen Kliniken in der BRD (2.800 Betten) und gilt auch noch als die „modernste" dieser Einrichtungen! D.h. die dort herrschenden Behandlungsmethoden werfen ein bezeichnendes Licht auf den allgemeinen Zustand der westdeutschen „Psychiatrie": Die Patienten werden verwahrt und verwaltet, eingesperrt und mit Beruhigungsmitteln vollgestopft. Pflege und Hilfe bekommen sie nicht.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Hausbesetzung im Engelblock

Heidelberg. Wir geben im folgenden eine Erklärung der Besetzer des Engelblocks wieder:

Vor ein paar Tagen haben die Gruppen LOWA (Leute ohne Wohnung, ohne Arbeit) und die Gruppe Etage (Arbeitslosenselbsthilfe) einen Gebäudekomplex mit einigen Einzelpersonen besetzt. Dort gibt es auch die Indianerkommune (Schüler- und Ausreißerprobleme), die sich ebenfalls gegen ihre unmittelbar bevorstehende Räumung wehrt.

Die Stadtverwaltung Heidelberg versucht schon seit Jahren im angeblichen öffentlichen Interesse unter dem Deckmantel der Altstadtsanierung sehr gut erhaltenen Wohnraum (hier: WC, Duschen, elektr. Anlagen, 60 ! Räume) abzureißen, um einer kapitalschweren Aktiengesellschaft (C&A/Brenninkmeyer) Tür und Tore zu öffnen, die Bevölkerung auszunehmen und auszubeuten, obwohl in dieser mittleren Stadt auf 1 km Geschäftszentrum bereits ein Kaufhof, ein Kaufhalle, ein Horten und 2 Woolworth existieren. Außerdem gibt es auf der langgezogenen Hauptstraße dicht bei dicht weitere unzählige moderne Fachgeschäfte, Kleinkaufhäuser, Boutiquen usw., sodaß der Bau eines neuen C&A Betonklotzes eine wirklich überflüssige und sinnlose Maßnahme der Stadt bedeutet. Die Stadt wurde am Kriegsende vom Bombenterror verschont auf Grund ihrer bedeutsamen Historik, und jetzt versucht der Oberbürgermeister Zundel, seine „eigene" Stadt abzureißen und zu verkaufen. Eine Folge davon ist, daß unzählige arbeitswillige und wohnungssuchende Leute auf der Straße liegen, auf der Drogenszene rumhängen, nicht wissen, wo sie die nächste Nacht wohnen oder schlafen können. Es gibt weder ein Jugendzentrum noch ein sleep-in in der Altstadt. Mit Hilfe der Polizei versucht Zundel schon seit Jahren, zahlreiche derartige Ansätze zu zerstören. Harmlose Leute werden von immer heftigeren Polizeieinsätzen gestört, kontrolliert, schikaniert, z.B.: sinnlos festgehalten, aus der Stadt gefahren usw. Das Gerücht geht bereits um, daß OB Zundel und einige sehr einflußreiche Stadträte von Bestechungsgeldern der großen Kapitalunternehmen leben, auf deren Seite stehen sie und scheren sich einen Dreck um die Probleme der Wohnsitz- und Arbeitslosen!

Wir können dieser Entwicklung nicht länger zusehen – wir haben gehandelt! Die Gebäude sind besetzt und von uns selbst verwaltet. In unseren Häusern ist noch sehr viel Platz für die vielfältigsten Ideen.

Kommt massenhaft nach Heidelberg! Eine große Besetzerfete und ein Plenum finden statt am Donnerstag, 14.7. ab 14 Uhr (offiziell) Heidelberg, Hauptstraße 67/69

Erklärung der Hausbesetzer

Von Sozialdemokraten (BRD) gefruert — von Sozialdemokraten (NL) eingeladen



Amsterdam-Reisender Wischnewski, von PvdA-Senator Han Wielek dem „rechtesten Flügel in der SPD" zugerechnet

Amsterdam-Reisender Wischnewski, von PvdA-Senator Han Wielek dem „rechtesten Flügel in der SPD" zugerechnet

Klaus-Uwe Benneter, Juso-Vorsitzender mit bislang kürzester Amtszeit, war Mitte Juni von der FJG, der Organisation der „linken Jugend in der PvdA" (niederländische Sozialdemokratie) eingeladen worden, um seine politischen Auffassungen darzulegen. Eine Woche zuvor war bereits ein anderer Gast bei den niederländischen Sozialdemokraten: Hans-Jürgen Wischnewski, der jedoch *„von niemand eine Einladung empfangen"* hatte.

Wischnewski war im Auftrage der SPD-Führung nach Amsterdam eingeflogen, um die PvdA zu veranlassen, die Benneter-Einladung und überhaupt ihr Eintreten für die Jungsozialisten zurückzuziehen. Die PvdA-Abordnung, angeführt von der Parteivorsitzenden Ien van den Heuvel, beschied Wischnewski jedoch, daß die Einladung von der FJG ausgesprochen und diese eine autonome Organisation sei, die PvdA die Einladung also nicht einfach zuzückziehen könne. Überdies verstehe man in der PvdA nicht, warum die SPD nicht gegen *„rechte Oppositionsgruppen wie die Fritz-Erler-Stiftung (...) auftritt, wohl aber gegen linke Dissidenten"*. Wischnewski vermerkte verganatzt, daß in der SPD *„in anderer Manier mit rebellischen Jugendlichen umgesprungen wird"*. Wohl wahr!

Angesichts der massenhaften Parteiordnungs- und Ausschlußverfahren der SPD kann sich jetzt auch die PvdA-Führung, von der etliche sich noch Anfang des Jahres heftig einer Diskussion der „innerparteilichen Demokratie der SPD" widersetzten, deutlicherer Stellungnahmen nicht enthalten.

Ermutigt sah sich die PvdA-Führung nicht zuletzt auch durch ihren, für die westeuropäische Sozialdemokratie derzeit so ungewohnten Wahlsieg: *„Wenn wir am 25. Mai die Wahlen verloren hätten, hätte die SPD uns mit Forderungen überschüttet"*, so ein Mitglied des PvdA-Berufsverbotekomitees. *„Heute sehen sie, daß sie uns höchstens um Verständnis für ihre Situation fragen können"*.

Wenn auch die Benneter-Einladung aufrecht erhalten blieb, ganz mit leeren Händen mußte Wischnewski nicht weggehen: Für den Herbst sind „gemeinsame Gespräche (mal wieder!) zwischen PvdA und SPD vereinbart, um die *„Kommunikationskluft zu überbrücken"* (PvdA-Auslandssekretär van Bergh: *„Ich habe immer das Gefühl, daß sie uns einfach nicht verstehen"*). Die PvdA-Führung, die jetzt auf der Welle des Protestes gegen die Praktiken der SPD mitschwimmt, wird danach — erfahrungsgemäß — den Parteimitgliedern mitteilen, daß die SPD ja selbst (undWilly Brandt noch ganz besonders) erschrocken sei, daß jetzt alles besser werde und die Parteimitglieder werden sich — ebenfalls erfahrungsgemäß — mit solchem Schmus nicht zufriedengeben.

Die Benneter-Einladung wurde von der FJG als *„prinzipielle Sache"* angesehen: *„Benneter gehört zu der Gruppe der Jusos, die sich Sorgen darüber machen, wie der Staat mit den Interessen der multinationalen Konzerne und großen Unternehmen verflochten ist. Das gibt es auch bei uns. Darüberhinaus hat sich die FJG für linke Zusammenarbeit ausgesprochen. Nach diesen Wahlen ist eine Volksfront in den Niederlanden vielleicht unerreichbar, aber wir sind in jedem Fall dagegen, daß die SPD hilft, linke Entwicklungen in Frankreich und Italien zu unterdrücken."*

Zum Gespräch mit Benneter waren neben einer Anzahl von FJG'lern alleine acht Mitglieder der Parteiführung erschienen. Darunter, wie schon eine Woche vorher beim Wischnewski-Besuch, die Parteivorsitzende. Benneters Auffassungen können sie indes nicht sehr aufgeregt haben, ließ sie doch nach dem Gespräch verlauten: *„Der Benneter ist noch gemäßigter als wir selbst"*! (nach „Vrij Nederland", 18. und 25.6.77).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Massenausschlußverfahren in der Hamburger SPD

Die SPD-Oberen haben die Auseinandersetzung um die 62 Unterzeichner eines Briefes zur Unterstützung des geschaßten Juso-Vorsitzenden Benneter weiter eskaliert.

„Mit dem in der deutschen Nachkriegsgeschichte größten Ausschluß-Verfahren" will sich die Hamburger SPD von 56 Mitgliedern trennen („Hamburger Morgenpost", 6.7.77).

»Da eine schwere Schädigung der Partei gegeben ist und Parteiinteresse schnelles Eingreifen erfordert« („Frankfurter Rundschau", 6.7.77) — so die offizielle Begründung — wurden gegen die 56 SPD-Linken Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses in Gang gesetzt und das sofortige Ruhen der Mitgliedsrechte für drei Monate verfügt! (Zwei der Unterzeichner hatten sich von ihren Positionen distanziert, indem sie einen vorgedruckten Revers unterschrieben. Die restlichen vier Unterzeichner gehören dem Schleswig-Holsteinischen Landesverband an, der allerdings zur Zeit der Aufforderung der Hamburger SPD nicht nachkommen will, die linken Kritiker ebenfalls aus der Partei zu schmeißen).

Das ist der Höhepunkt in einem Konflikt, den die SPD-Führer — und nicht etwa die SPD-„Linken", wie demagogisch von der SPD-Zeitung „Hamburger Morgenpost" und rechten Hamburger SPD-Fürsten behauptet wird! — systematisch und provokatorisch eskaliert haben.

Obwohl im vorliegenden Fall die große Mehrheit der Unterzeichner die Benneter-Solidaritäts-Erklärung als »gegenstandslos« bezeichnete und eine weitere, »differenzierte« Erklärung dem Landesvorstand vorlegte, in der sie sich zum Beispiel eindeutig von der DKP distanzierte, aber die Klassifizierung der CDU/CSU als Klassengegner aufrechterhielt und obwohl eben diese Erklärung von mittlerweile über 1000 Sozialdemokraten unterschrieben wurde, werden nun 56 der Erst-Unterzeichner gefeuert! Mit ausdrücklicher Billigung des Parteivorsitzenden Brandt übrigens, der dieses Vorgehen als »d e m o k r a t i s c h « begrüßte.

Das ist zugleich ein weiterer Höhepunkt des innerparteilichen Terrors der SPD-Führer, der erst in jüngster Zeit mit dem Rausschmiß Benneters, immerhin Vorsitzender einer SPD-Arbeitsgemeinschaft, begonnen hatte und sich anschließend gegen diejenigen richtete, die sich mit ihm solidarisiert hatten. Da wurden Juso-Vorstände abgesetzt und Ausschlußverfahren gegen die Vorstandsmitglieder eingeleitet, da wurde in Oberursel (bei Frankfurt) die gesamte Juso-Arbeitsgemeinschaft aufgelöst — die Köpfe rollen in der SPD. Die jüngsten prominenten Opfer sind die SHB-Vorsitzende Jansen, die Professoren Kade und Stuby, sowie der Juso-Vorsitzende des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe, H. Linker. Allein seit dem Ausschluß Benneters dürften es weit über 100 Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses sein. Diese Entwicklung wird auch von westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien mit Sorge betrachtet.

Die ungeheure Entfaltung des innerparteilichen Terrors und insbesondere das Signal, das in Hamburg gesetzt wurde, haben insgesamt zum Ziel, die Hoffnungen vieler aktiver Jusos auf eine »Neuorientierung«, die sich in der Wahl Benneters zum Juso-Vorsitzenden ausdrückten, v o l l - s t ä n d i g zu zerschlagen und die Jusos samt und sonders zu willfährigen Erfüllungsgehilfen des Parteivorstandes zu machen. Für Sozialistische Politik in der SPD ist dabei natürlich kein Platz. Selbst linke Auffangmanöver sind heute nicht mehr gefragt. Den SPD-Führern ging es im Gegenteil darum, in Hamburg ein Exempel zu statuieren und zu zeigen, *»wo die SPD aufhört«* so der Hamburger SPD-Landeschef, Paulig („HA", 5.7.) Sie verzichten z.Zt. auf ihre vielgerühmte Integrationskraft nach links, in der Hoffnung, dadurch einen Teil der Wähler zurückzugewinnen, die s i e s e l b s t durch ihre Rechtsentwicklung in der Partei und Gesellschaft in die Arme von CDU/CSU getrieben haben. Das haben führende Sozialdemokraten, nicht zuletzt auch Bundeskanzler Schmidt, immer wieder erklärt.

Mit dem Hamburger Beispiel haben die SPD-Führer noch einmal deutlich gemacht, daß sie eine Doppelstrategie in ihrer Partei (d.h. die Veränderung von SPD und Gesellschaft nach links) nicht dulden werden. Doch ungeachtet dieser Tatsachen verbreiten einige Juso-Führer nach wie vor ihre schrägen Theorien über die Veränderbarkeit der SPD ... in der SPD. So zum Beispiel die Juso-Bundesvorständlerin Traute Müller (Stamokap): *»Wir werden Helmut Schmidt nicht zum Sozialisten machen können, aber wir werden die Mehrheit in der SPD verändern«* („Welt", 6.7.). Überwiegend war die Reaktion der Juso-Führer allerdings gedämpfter — wenngleich auch nicht weniger demagogisch. Die Bundesvorständler Jüttner, Schreiner und Michael Müller warnten die Jusos *»vor falscher Resignation und unüberlegten spontanen Fehlreaktionen«* (Parlamentarisch-Politischer-Pressedienst, 5. 7.77).

Dementsprechend will sich auch der Hamburger Juso-Vorstand dafür einsetzen, daß eine *»resignative Entwicklung und vor allem aus der unmittelbaren Entwicklung resultierende Schritte wie Parteiaustritte überwunden werden«* („Mopo", 6.7.). Statt dessen versprechen sie Bahr und Paulig und wie sie alle heißen, *»einen offensiven (!) Wahlkampfbeitrag* (bei den kommenden Hamburger Bürgerschaftswahlen — Anm. AK) *für die SPD zu leisten, um auf der Grundlage der Jungsozialisten in der Jugend Mobilisierungsarbeit zu leisten«* (ebenda). Viel Spaß!...

SPD—Kommission

Roeder und Konsorten
Nazis von der Justiz noch immer gedeckt!



Das immer frechere Auftreten der Alt- und Neonazis unter Duldung durch Polizei und Justiz beginnt allmählich auch die liberale Presse zu beschäftigen. Der „Stern" (Nr. 27, 23.6.77) schrieb im Zusammenhang mit einer ausführlichen Berichterstattung über die faschistische „Wehrsportgruppe Hoffmann" ‚die militärische Übungen in der Nürnberger Gegend durchführt:

„Der Neo-Nazi von Nürnberg (...) steht längst nicht mehr allein. Im Hessenland trommelt der rechtsradikale Rechtsanwalt Manfred Roeder, und in Bayern bläst der Verleger der ‚Deutschen Nationalzeitung', Dr. Gerhard Frey, zum Aufbruch. Sogar (...) die NPD regt sich wieder".

Die „Frankfurter Rundschau" empörte sich am 27. Juni völlig zu Recht darüber, daß Roeder – von der Stadt Regensburg erlaubt ! – dort seinen „3. Reichstag" durchführen konnte. Die Kirche gar stellte ein Gebäude für diese Provokation zur Verfügung. Erst als nach dem Spektakel die Jüdische Gemeinde und Gewerkschaften protestierten, wartete die Stadt mit einem Ermittlungsverfahren gegen Roeder und Co. auf.

CSU deckt Nazi-Hoffmann

Vor einigen Wochen stellte der SPD-Abgeordnete Geys im bayerischen Landtag einige Anfragen zu den Umtrieben der Hoffmann-Bande. Die Antwort des Innenministeriums: „... *es gebe bisher keine Beweise, daß der von Hoffmann betriebene ‚Wehrsport' eine Übung für den späteren Kampf gegen die bestehende freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt"* („PDI-Hintergrunddienst", 15.6.).

Angesichts solcher Sprüche Hoffmanns wie **„Der ganze uferlose Parlamentarismus muß weg"** (laut „tat" – Extrablatt) läßt das entsprechende Schlüsse auf die Haltung der CSU zu.

Das bayerische Innenministerium dreht tatsächlich den Spieß um und nimmt den SPD-Abgeordneten aufs Korn! Dieser hatte sich in seiner Anfrage offenbar auf das „tat"-Extrablatt gestützt. Dies – so das Innenministerium – *„ist das Sprachrohr der ‚Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten' (VVN-BdA). Die Vereinigung ist von der DKP beeinflußt und wird in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und des Freistaates Bayern unter die linksextremen Organisationen eingereiht"* („PDI").

Schönborn: „positive Grundeinstellung"?

„In der vergangenen Woche hat der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt in einer zwei Jahre zurückliegenden Sache endlich das Hauptverfahren gegen den Neo-Nazi Rechtsanwalt Roeder eröffnet. Ihm wird versuchte Nötigung und Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Ordnung vorgeworfen.

Es geht um eine neofaschistische Aktion, die sich im Frühjahr 1975 gegen den damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl (CDU) richtete, weil dieser einen verurteilten faschistischen Massenmörder nicht begnadigen wollte. An der damaligen Aktion war auch Roeders neofaschistischer Kompagnon Erwin Schönborn beteiligt. Das Gericht lehnte jedoch die Verfahrenseröffnung gegen ihn ab, weil die Drohungen, die Schönborn damals gegen Kohl ausstieß, ‚zu vage gehalten' gewesen seien, um als ‚empfindliche Übel' angesehen zu werden" („tat", 17.6.).

Dem Ganzen setzte das Gericht noch ein entsprechendes i-Tüpfelchen auf, als es Schönborn eine „positive Grundeinstellung" zudichtete, weil er die gegen Kohl gerichtete „Demonstration" bei der Ordnungsbehörde angemeldet und dabei darauf hingewiesen hatte, „man sei als Soldat gewohnt, die Demonstration in äußerster Disziplin und Ordnung durchzuführen".

Hier einige Beispiele für Schönborns „positive Grundeinstellung":

– **„Wir sind Nationalsozialisten und wir bleiben Nationalsozialisten"** („tat", 26.4.75).

– **„Nicht nur der Bolschewismus, sondern auch der Zionismus (ist) den Todfeinden der Menschheit zuzurechnen"** (Pamphlet des „Kampfbundes Deutscher Soldaten", dessen Chef Schönborn ist, 22.6.77).

Bei soviel Wohlwollen seitens westdeutscher Richter schickte Schönborn den höchstamtlichen Persilschein („positive Grundeinstellung") sofort als Rundbrief in alle Lande und ließ dazu verlauten: **„Schönborn fühlt sich durch den Beschluß des OLG Frankfurt in seiner Haltung bestätigt"** („tat", 17.6.77)!

Kommt Roeder jetzt in den Knast?

Am Montag, den 27.6.77, stand Roeder erneut vor Gericht, wegen des „Reichstages zu Flensburg".

Zur Erinnerung: Am 23.5.75 veranstalteten der Nazi-Anwalt und sein Kumpan, der „Agrarjounalist" Thies Christophersen, mit ihrem Anhang ein Spektakel besonderer Art. In ihrem Flugblatt klang das so:

„Vor 30 Jahren, dem 23.5.45, wurde die letzte deutsche Regierung in Flensburg unter entwürdigenden Bedingungen verhaftet. Durch diesen beispiellosen Banditenstreich von Engländern und Amerikanern wurde das deutsche Volk seiner rechtmäßigen und gewählten Führung beraubt. Das schreckliche, das führerlose, das demokratische Zeitalter brach an. Seitdem herrschen Lüge, Rechtlosigkeit und Terror ... Wir fordern die Wiederherstellung eines freien, unbesetzten Reiches."

Nur den 500 anwesenden Antifaschisten war es zu verdanken, daß die Polizei überhaupt – wenn auch sehr zögernd – gegen die von der Stadt verbotene Ansammlung der Nazis vorging.

Am 20.12.76 begann nach langen Verzögerungen (die Flensburger Staatsschutzkammer wollte den Prozeß anfangs gar nicht erst eröffnen) der Prozeß gegen Thies Christophersen und Manfred Roeder, während Strafanzeigen gegen den messerstechenden Uwe Rohwer, „Gauführer" der „Wikingjugend" und NPD-Kreisvorstandsmitglied Werner Carstens, auf dessen Hof die Nazis nach dem Spektakel in der Stadt ihre „Reichstagsfeier" fortsetzen konnten, von vornherein abgewiesen wurden....

Gleich zu Prozeßbeginn mußten sich die Richter zur „Beratung" zurückziehen, weil Roeder angeblich nicht alle Blätter der Anklageschrift erhalten hatte. Das Gericht zeigte sich von seiner besten Seite und verschob den Prozeß gegen Roeder. Christophersen begann dafür allein mit seinen Mätzchen und ließ sich durch seinen Hausarzt „Kopfschmerzen" und „Verhandlungsunfähigkeit" bescheinigen.

Richter und Staatsanwaltschaft waren sich einig in der Beurteilung der Christopherschen Tätigkeit: *„Die einzig angemessene Strafe für ihn wäre: Nichtbeachtung"* (Oberstaatsanwalt lt. „Flensburger Tageblatt", 23.12.76), und die Richter meinten: 1.500 DM Geld„strafe". – Umso überraschender jetzt das Urteil gegen Roeder:

„Das Gericht sah es nach mehrstündiger, von pöbelnden Zwischenrufen einer 20köpfigen Anhängerschar begleiteten Verhandlung als erwiesen an, daß Roeder Propagandamittel verfassungswidriger Organisationen als Mitveranstalter des ‚Reichstages zu Flensburg' verteilt und dabei den Staat verunglimpft hat" („Flensborg Avis", 28.6.77).

„...erklärte der Vorsitzende in seiner mündlichen Urteilsbegründung, die Strafkammer sei der Überzeugung, daß gegen diesen Angeklagten mit einer Geldstrafe nicht eingewirkt werden kann. Deshalb sei auf eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung erkannt worden. Der Verurteilte sei der Kopf einer Bewegung, die sich das Ziel gesetzt habe, mit Propagandamitteln die Arbeit der NSDAP fortzusetzen, indem sie die Bundesrepublik verächtlich mache" („FT", 28.6.77).

Vorher hatte Roeder schon *„wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz einen Strafbefehl über 3000 DM erhalten, der inzwischen rechtskräftig geworden ist"* (ebenda).

So schön auch die erste Knastverurteilung Roeders ist, so meinen wir doch: Ein halbes Jahr reicht nicht aus! Roeder – und auch alle anderen Nazis – dürfen gar nicht mehr erst die Möglichkeit bekommen, solche Spektakel wie den „Reichstag zu Flensburg" 1975, den „Reichstag zu Fritzlar" 1976 und den „Reichstag zu Regensburg" in diesem Jahr durchzuführen!

Christophersen gehört auch in den Knast!

Drei Tage bevor Roeder in Flensburg wegen des „Reichstages zu Flensburg" vor Gericht stand, hatte Christophersen sich vorm Kappelner Amtsgericht zu verantworten.

Christophersen war angeklagt wegen Verbreitung von Emblemen verbotener nationalsozialistischer Organisationen (§ 86 StGB). Außerdem mußte er sich wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) in seiner „Bauernschaft", (Nr. 3/76) verantworten. Dort stand geschrieben: *„Wohin mit den Juden? Die Frage ist heute genauso aktuell wie vor 35 Jahren. Ausrotten? So wie man es in Amerika mit den Indianern machte? Oder wie man es uns in der NS-Zeit gerne anlastete, um von den eigenen Verbrechen abzulenken? Ich glaube, die Ansiedlung auf Madagaskar wäre die beste Lösung gewesen. Ihre Weltmachtstellung allerdings werden sie verteidigen, ganz gleich wo sie sitzen"* (S.6). Weiter sollte die Veröffentlichung des Leserbriefes eines Klaus-Ludwig Uhl (Weyher Pfalz) verhandelt werden, in dem Uhl hetzt: *„Damit wäre wieder einer, der sich der Judenpropaganda widersetzt, zum Schweigen gebracht, während Juden als Lehrer für deutsche Kinder ausgebildet werden".*

Bei diesem Prozeß waren ca. 20 Alt- und Neonazis anwesend, die während des Termins rumpöbelten. Christophersen, derart ermutigt, machte die Richterin an: Es sei eine Schande, daß hier eine Frau als Richterin über ihn ein Urteil sprechen würde. Weiter stritten Christophersen und sein Verteidiger Jürgen Rieger (bekannt als Mitglied der „Aktion Oder-Neiße", der „Aktion Widerstand", eines „CSU-Freundeskreises", heute 1. Vorsitzender der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.", die Rassismus „wissenschaftlich" zu verkaufen versucht) erneut ab, daß sechs Millionen Juden ermordet wurden.

Schließlich wurde Christophersen lediglich zu 30 Tagessätzen a 10 Mark verurteilt, wegen § 86. Er darf also weiterhin ungestraft über Möglichkeiten der „Lösung der Judenfrage" debakeln; er darf sich weiterhin gegen jüdische Lehrer aussprechen; und er ist an einer Vorstrafe, die der Staatsanwalt beantragt hatte (insgesamt 110 Tagessätze a 30 DM) vorbeigekommen.

Damit ist das letzte Wort aber noch nicht gesprochen: Roeder, Christophersen & Co. müssen hinter Gitter!

Antifa-Kommission

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Antifa-Kurzmeldungen

Für die Freilassung des in Italien wegen Massenmordes zu lebenslanger Haft verurteilten SS-Führers Kappler haben sich Kanzler Schmidt und Außenminister Genscher eingesetzt. Bei einer Tagung des Westeuropäischen Rates wurde diese „humanitäre Geste" gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti geäußert. („tat", 8.7.)

*

Die makabre Auslieferungskomödie um den Nazi-Kriegsverbrecher Eduard Roschmann nimmt immer groteskere Formen an.

Eduard Roschmann, der als Kommandant eines Vernichtungslagers in Riga (in dem auch der SS-Sturmbannführer Arajs sein Unwesen trieb) für die Ermordung von 40.000 Juden verantwortlich ist und für die eigenhändige Ermordung von 50 Juden angeklagt werden soll, war 1948 mit gefälschten Papieren in Argentinien untergetaucht.

Am Montag, 4. Juli, hatte die Militärregierung in Argentinien offiziell mitgeteilt, daß einem Auslieferungsgesuch der BRD stattgegeben werde, obwohl kein Auslieferungsvertrag zwischen beiden Ländern besteht.

Am Dienstag wurde ein zweites Kommuniqué der argentinischen Regierung veröffentlicht, in dem es hieß, die *„nationale Regierung habe zugestimmt, den Auslieferungsantrag der BRD ‚entsprechend zu behandeln'* " („FR", 7.7.77), d.h. Nichtauslieferung.

Die offenbar einfachste Lösung wurde dann in einer kleinen Meldung in der „Hamburger Morgenpost" bekanntgemacht. *„Eduard Roschmann von der Hamburger Staatsanwaltschaft gesuchter Kriegsverbrecher, wurde in Argentinien doch nicht verhaftet. Die Polizei hatte sich geirrt"* (8.7.). So einfach ist das...

*

Gegen den Lehrer Günter Burkon, Funktionär der rechtsradikalen „AKON" ist nach langem Zögern seitens des bayerischen Kultusministeriums ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Burkon, der seit Jahren für die „AKON" verantwortlich zeichnet, war bei seinen Schülern gefürchtet. Besonders liebte er es, die Kinder in faschistischer Manier mit umgehängtem Schild („Ich bin ein Faulenzer") auf dem Schulhof an den Pranger zu stellen. Auch Prügeln gehört zu seinen „Erziehungs"-methoden. Bislang waren Versuche, ihn aus dem Schuldienst zu schmeißen, vergeblich gewesen. Hoffen wir, daß es diesmal anders läuft!

*

Gegen drei bei diesjährigen Karnevalsumzügen in Hitler-Posen und Nazi-Uniformen aufgetretenen Personen hat jetzt die Tübinger Staatsanwaltschaft wegen „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" Anklage erhoben („FR", 5.7.).

*

In dem Skandal um den ehemaligen Reichsarbeitsdienstführer Konstantin Hierl (siehe AK 107) hat das bayerische Innenministerium es am 5.7. abgelehnt, eine Prüfung dieser Angelegenheit vorzunehmen. Die SPD hatte eine Aberkennung der Ehrenbürgerrechte gefordert. Der CSU-Stadtrat meinte hingegen, Hierl habe sich in der Nazi-Zeit um die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit verdient gemacht!.....

*

Nach mehr als zwei Jahren dauernden Vorbereitungen hat die Staatsanwaltschaft Würzburg Anklage wegen mehrfachen Mordes gegen zwei ehemalige Angehörige der SS im KZ Auschwitz erhoben. Der Prozeß soll am 26. September in Aschaffenburg beginnen.

*

Am 7.7.77 begann vor dem Hamburger Schwurgericht ein Prozeß gegen Viktor Arajs. Arajs wird beschuldigt, 1942 in Riga als SS-Sturmbannführer seinen lettischen Hilfspolizisten die Ermordung von 35.000 Juden befohlen zu haben. Arajs, von zwei Herzinfarkten halbseitig gelähmt, spielte vor Gericht den total „Prozeßunfähigen". Allerdings glaubten die Gutachter dem Angeklagten seine Hilflosigkeit nicht, denn *„im Krankenhaus sei er sehr rege, spiele Schach und Skat"* („Hamburger Morgenpost", 8.7.) Wir werden weiter über diesen Prozeß berichten.

*

Eine neue Parteigründung ist aus Niedersachsen zu melden. In Soltau wurde die „Freie Union in Niedersachsen" gegründet.

Rund 140 Leute nahmen an der Gründungsversammlung teil, darunter auch „Beobachter von CDU, FDP und NPD" („FAZ", 25.6.).

Eingeladen hatte der ehemalige CDUler und Bürgermeister von Soltau, Rothard. Zu den Vorstandsmitgliedern zählen der Historiker Rautenberg (vormals FPD), der Jesteburger Architekt Bahlburg (vormals Deutsche Partei), der Soltauer Kaufmann Hillenkötter (bis Mitte Juni CDU-Mitglied) und die Sozialberaterin Heuer (parteilos). Ziel dieser Neugründung ist es, *„zur Rettung bürgerlicher Mehrheiten"* beizutragen. „ ‚ *Die CDU', sagte Rothardt, ‚sollte uns eigentlich beglückwünschen zu diesem mutigen Schritt in ihrem Interesse'* " („FAZ", 25.6.).

*

Der SDU, im Juni als Sammlungsbewegung rechter ehemaliger Sozialdemokraten gegründet (siehe AK 107), scheint hoffentlich ein baldiges Ende bevorzustehen. Neben den beiden Vorstandsmitgliedern Erich Kissel und Wolfgang Dau sollen inzwischen mehrere Mitglieder des Gründungskomitees, etliche Parteitagsdelegierte und Vorsitzende der bundesweit verbreiteten Fördervereine die Partei verlassen haben („Die Unabhängigen", 2.7.).

Majdanek — Ein Skandal der westdeutschen Justiz

Vor der 17. Großen Schwurgerichtskammer in Düsseldorf wird einer der letzten „großen" NS-Prozesse verhandelt:
Der bestialische Mord in mindestens 250.000 Fällen im KZ Majdanek/ Lublin (Polen) begangen an Kranken, Greisen, Kindern, Frauen und Männern.

Der Augenzeugenbericht des englischen Journalisten und Historikers A. Werth schildert den schauerlichen Anblick des KZ, der sich 1944 bot:
„Über dem Gelände hing ein leichter Verwesungsgeruch. Meine Schuhe waren weiß von Menschenasche. Auf den Steinböden vor den Öfen lagen menschliche Skelette. Hier ein ganzer Brustkorb mit Rippen, dort ein Stück Gehirnschale, da ein Unterkiefer, in dem noch beide Backenzähne steckten. Das künstliche Gebiß war verschwunden. In einiger Entfernung hatte man ein 20 bis 30 m langes Massengrab geöffnet. Darin lagen hunderte von nackten Leichen. Viele wiesen Einschüsse im Hinterkopf auf."



Braune Dreieinigkeit: Verteidiger Mundorf, Angeklagte Ryan-Braunsteiner, Verteidiger Pannenbecker

Prozeß nach 30 Jahren

Es geht in diesem Prozeß um die systematische, industriell betriebene Tötung von Menschen durch die SS in einer der größten Mordfabriken der NS-Zeit. Hier wurde vollzogen, was in der Nazi-Sprache „die Endlösung der Judenfrage" hieß.

Begonnen hat dieser Prozeß am 26.11.1975. Nach über 30 Jahren „Ermittlungszeit" wurde Anklage gegen ganze 15 Personen erhoben, 15 von 1300 im KZ tätigen Mördern und Mordgehilfen, 15 von 387, gegen die die bundesdeutsche Justiz „ermittelt" hatte.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache!

Angeklagt sind die damaligen Kommandaturs-Mitglieder. Hauptangeklagter ist der Lagerführer Hermann „Johnny" Hackmann. Die weiteren Angeklagten sind die SS-Aufseherinnen Braunsteiner-Ryan, Läckert („die blutige Brigitta"), Meier, Orlowski (mittlerweile tot), Böttcher Süß, Lager - „Sanitäter" Reinartz, sowie die Aufseher Ellwanger, Villain, Petrick, Groffmann, Schmidt, Strippel und Laurich.

Die Verhandlung - ein juristisches Tollhaus

Die angeklagten NS-Verbrecher werden im Prozeß begünstigt und mit Samthandschuhen angefaßt. Einige Beispiele mögen dies belegen :

— Ein Verhandlungstag wurde vorzeitig beendet, „damit Frau Süß ihren Zug noch kriegt". Man hört richtig: Bis auf eine Ausnahme befinden sich alle Angeklagten auf freiem Fuß!

— Die sich in U-Haft befindende Angeklagte Braunsteiner-Ryan darf sich im Gerichtssaal frei bewegen und Kontakte zu den anderen Angeklagten und zu ihren Gesinnungsgenossen im Zuschauerraum aufnehmen.

— Die Zeugin Ostrowska, die im Magazin des KZ Majdanek arbeiten mußte, in dem auch das Todesgas Zyklon B aufbewahrt wurde, berichtete, wie sie gezwungen wurde, ihren Mithäftlingen das Gas ins „Bad" (sprich:Gaskammer) auszuliefern.

Verteidiger Bock stellte darauf hin am nächsten Tag den Antrag, die Zeugin am Verlassen des Gerichtssaals zu hindern und forderte Haftbefehl wegen des Verdachts der Beihilfe zum Mord!

Das Gericht wies den Antrag immerhin als „offensichtlich rechtsmißbräuchlich" ab..

Das provozierende Vorgehen des Verteidigers Bock zeigt die Strategie der Verteidigung: Aus Schwarz mach Weiß, d.h. aus Zeugen mach Angeklagte, wodurch die Schuldfrage verdreht und der Gerichtssaal für Nazi-Propaganda genutzt werden soll.

Dies zeigt, daß zwischen den Angeklagten und Verteidigern eine „Seelenverwandtschaft" besteht.

Tatsächlich trug Verteidiger Bock zu Anfang des Prozesses mehrmals ein Nazi-Koppel unter seiner Robe; außerdem las er demonstrativ die „National-Zeitung". Bock steht natürlich nicht alleine: Der Ryan -Anwalt Hans Mundorf ist ein bekannter Altnazi aus Köln; eine seiner Verteidiger - Fragen war, *„woran man eigentlich erkenne, ob in einem Krematorium Menschen oder Tiere verbrannt werden"* (Deutsche Volkszeitung", 6.1.77). Verteidiger der Angeklagten Böttcher ist Dr. Hermann Stolting aus Frankfurt. Er war ehemals Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Blomberg („DVZ", 5.5.77).

Auch offen vorgetragener Rassismus gehört zum Repertoire dieser Verteidiger:

— Dem von der Staatsanwaltschaft bestellten zeitgeschichtlichen Sachverständigen, dem Westberliner Diplom - Politologen und Historiker Dr. W. Scheffler , der die Entfesselung des 2.Weltkrieges auf Hitler und die ihn stützenden Kräfte zurückführte, wurde wie einem Angeklagten in einem NS-Sondergericht von der Verteidigung vorgeworfen, er habe einen jüdischen Doktorvater gehabt, beruflichen und menschlichen Umgang mit Juden gepflegt, zumindest jedoch mit Menschen, die einen jüdisch klingenden Namen tragen. Außerdem sei er viel zu jung, um ein Urteil über die Rechtslage im 3. Reich abzugeben und stünde im bedenklichen Maß unter dem Eindruck „alliierter Siegerpropaganda nach 1945".

Dieser Befangenheitsantrag wurde zwar von der Kammer abgelehnt, doch die Begründung ist wirklich hörenswert: Nicht, daß das Gericht die Angriffe zurückwies, sondern die Ablehnung beruht lediglich darauf, daß Dr. Schefflers Kontakte bei seiner Arbeit notwendig seien, außerdem seien zwei seiner Kollegen schon gestorben, zu einem dritten bestehe seit 10 Jahren kein Kontakt mehr und ein vierter namens Cohn sei gar kein Jude!

Vergleicht man diese geradezu „familiäre" Atmosphäre zwischen Justiz und Faschisten mit den ungeheuren Repressionsmaßnahmen wie Verteidigerausschluß und Isolationshaft, denen linke Gefangene ausgesetzt sind, und mit den polizeistaatlichen Maßnahmen zu den RAF-Prozessen in Stammheim, Kaiserslautern, Hamburg etc., so bekommt man ein klares Bild davon, wie die viel gepriesene „Gleichheit vor dem Gesetz" aussieht!

Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum

VVN: DKP-Parteiladen oder antifaschistischer Kampfverband

Im antifaschistischen Kampf steht die Bildung von Aktionsbündnissen gegen die wieder zunehmend frecher auftretenden Neo-Nazis und ihre Helfer auf der Tagesordnung. Organisationen wie die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten) kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Die VVN gehört von ihrer Mitgliederzahl und -Zusammensetzung, von ihrer Zielsetzung und ihren publizistischen Möglichkeiten her zu den bedeutendsten antifaschistischen Kräften in der BRD.



In ihrer Wochenzeitung „die tat" werden regelmäßig und gründlich Nazi-Umtriebe enthüllt. Für aktive Antifaschisten ist „die tat" ein wichtiges Hilfsmittel. Eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten, wie Pastor Niemöller u.a., gehören der VVN an. In ihr sind die meisten noch lebenden alten Widerstandskämpfer organisiert, zumindest halten sie mit ihr Kontakt. Sie ist Mitglied im internationalen Verband der Widerstandskämpfer und genießt ein hohes internationales Ansehen. Ihre Dokumentations- und Forschungsarbeit hat viel zur Aufarbeitung des Faschismus und des antifaschistischen Widerstands beigetragen. Zu ihrem Bundeskongreß 1975 war die VVN in der Lage, nach eigenen Angaben 40.000 Menschen zu mobilisieren.

Die VVN bezeichnet sich selbst als überparteilicher Verband. In ihrer Mitgliederwerbung heißt es: *„Die VVN („Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes") entstand 1947 aus dem Zusammenschluß der ehemaligen Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes. Doch längst haben sich – aus politisch zwingenden Gründen – die einstigen VVN weiterentwickelt zum 'Bund der Antifaschisten'.* ***Jeder Antifaschist kann Mitglied werden, gleichgültig wie alt er ist und welcher Partei er angehört (oder nicht angehört).*** *Die VVN-Bund der Antifaschisten* ***sind eine überparteiliche Organisation. Sie verstehen sich als Teil der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Ehemalige Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg sind in ihnen vereint mit Antifaschisten der jungen Generation. Ihr gemeinsames Ziel ist der Kampf gegen jede Form des Neofaschismus und des Militarismus, für die Erhaltung und Ausweitung der Demokratie, die Vermittlung des Vermächtnisses des antifaschistischen Widerstands gegen den Nazismus, das Bemühen um den Zusammenschluß aller Antifaschisten.*** *Die Situation in der Bundesrepublik macht eine antifaschistische Kampforganisation nötig. Für dieses Ziel müssen auf breiter demokratischer Basis immer mehr Menschen aktiviert werden. Nur im Bündnis aller Demokraten und Antifaschisten sind die Gefahren für die Demokratie zu bannen. Die VVN – Bund der Antifaschisten – sucht dieses Bündnis mit anderen demokratischen Gruppen".*



Das sind goldene Worte. Die Praxis der VVN, so z.B. auch einige Ereignisse der letzten Zeit, lassen jedoch starke Zweifel an der Aufrichtigkeit der Politik der VVN-Vorstände aufkommen.

So mobilisierte „die tat" zwar massiv gegen die für den 17. Juni geplante NPD-Provokation in Dachau, lehnte aber ein Aktionsbündnis mit ebenfalls engagierten „K-Gruppen" (in erster Linie „Arbeiterbund" München) ab. VVN-Aktivitäten und Proteste linker Gruppen verliefen daher zwar am selben Ort – aber „parallel". In der Berichterstattung der „tat" wurden die „K-Gruppen" vollständig unterschlagen.

So propagierte „die tat" in Hamburg zwar schon Wochen vor der geplanten Rudel/Frey-Provokation im Curio-Haus eine breite Aktionseinheit, gab Hintergrund-Infos usw.; eine Unterstützung der von KB/SSB initiierten Curio-Haus-Besetzung lehnte der Hamburger Vorstand jedoch ab – im Gegensatz zu einzelnen Mitgliedern, die sich an der Aktion beteiligten. Anschließend konnte man allerdings einen großaufgemachten Artikel in der „tat" lesen, der die Besetzungs-Aktion unter Überschrift: **„Das Beispiel Hamburg"** propagierte – und dabei den Eindruck zu erwecken versuchte, als sei das eine VVN-Aktion gewesen. In der „DVZ" („Deutsche Volkszeitung", der DKP und VVN nahestehend) konnte man sogar mit Erstaunen lesen: *„Es hat in jüngster Zeit viele Beispiele gegeben, daß das antifaschistische Potential in der bundesdeutschen Bevölkerung sehr breit ist und sich mobilisieren läßt. Faschistische Provokationen stießen vielerorts, zuletzt beim Aufmarsch der neofaschistischen Deutschen Volksunion in Hamburg, auf den entschlossenen Widerstand antifaschistischer Bürger, unter denen oft Sozialdemokraten initiativ waren".*

So wurde von der VVN auch gegen den „17. Juni"-Aufmarsch der NPD und anderer Faschisten in Frankfurt zur Aktionseinheit aufgerufen, die nicht DKP-orientierte Linke jedoch von vornherein ausgeschlossen. Die Vertreter des KB wurden v o r jeder inhaltlichen Verhandlung vor die Tür gesetzt. Eine Aktionseinheit kam nicht zustande.

Fortsetung auf Seite 16



Notwendige Folge der Kriegsberichterstattung, die hierzulande von den Sportreportern betrieben wird: Nationalistisch verhetzte Jugendliche brachten dieses Transparent zum Spiel von Borussia Mönchengladbach gegen den FC Liverpool ins römische Olympia-Stadion mit (aus „Vrij Nederland", 11.6. 77)

Ankündigung

Am 22. Juli 1977 findet um 18.30 Uhr in den „Markthallen" (Hauptbahnhof) eine kontroverse Podiums-Diskussion statt :

Thema: „Sollen Alt-Nazis begnadigt werden?"

Teilnehmer auf dem Podium sind bisher:
Peggy Parnass (Journalistin)
Helen Gasper (Hausfrau, Schöffin, Mitglied des Hamburger Fürsorgevereins und Betreuerin der JVA Fuhlsbüttel)
Beate Klarsfeld (Teilnahme zugesagt, soweit terminlich möglich)
Gerhard Weber (FDP)
Ulrich Henschel (Vikar)
Dr. Werner Hill (NDR)
Pastor Joachim Ziegenbrücker (Direktor der ev. Akademie, endgültige Zusage steht noch aus)
Kai Ehlers (KB)

Der Teilnehmerkreis kann sich noch erweitern. Weitere Zusagen liegen aber noch nicht vor.

Außerdem finden am Sonnabend, den 23.7.77, für Interessierte Arbeitskreise zu den angesprochenen Themenkomplexen statt. Zeit und Ort werden auf der Veranstaltung bekanntgegeben.

DER VERANSTALTER SIND DIE „MARKTHALLEN". Eintritt frei.

Fortsetzung von Seite 15

Am Tage des Nazi-Aufmarsches standen Frankfurts Antifaschisten der NPD und Polizei zersplittert und ohne einheitlichen Plan gegenüber. Zu allem Überfluß ließ sich der Frankfurter VVN-Vorstand in Gesprächen dazu hinreißen, das vorher in der „tat" gelobte „Hamburger Beispiel" als „Chaoten-Aktion" zu diffamieren. –



Das neueste Beispiel ist die Weigerung der VAN-Hamburg, sich an einer öffentlichen Podiums-Diskussion zur Frage „Sollen Alt-Nazis begnadigt werden?" zu beteiligen, obwohl der KB nur einer unter anderen Teilnehmern ist – Liberale, Sozialdemokraten, Parteilose – ganz wie es dem Anspruch der VVN eigentlich entsprechen müßte. Telefonische Kontaktaufnahme bezüglich des anstehenden Podiumsgesprächs wurde nach Manager-Manier beendet: „Wir reden nicht mit Ihnen" – aufgelegt!

Nachdem sich die VVN bisher überhaupt nicht um die Vorbereitung für die Durchführung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD gekümmert hatte, schaltete sich „die tat" nach der Einsetzung des sog. „Provisorischen Sekretariats" und den Auseinandersetzungen darüber in der Unterstützungsbewegung plötzlich in die Diskussion ein. Unter dem Titel: „Der Name Russell darf nicht mißbraucht werden" begrüßte „die tat" die durch die undemokratischen Mauscheleien und Manipulationen entstandene „neue Situation" und deutete Bereitschaft zur Mitarbeit an unter den Bedingungen:

- Keine Solidarität mit den politischen Gefangenen;
- keine Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse;
- keine Zusammenarbeit mit dem KB!

Während die VVN also Spaltungsmanöver offen begrüßt, vernachlässigt sie ihre eigentliche Aufgabe, nämlich den Neo-Faschismus in der BRD mit zum Thema des Russell-Tribunals zu machen.

Dies alles sind für eine „überparteiliche" antifaschistische Organisation höchst merkwürdige Kapriolen.

1945: Der Schwur von

1945: Der Schwur von Buchenwald

Diese heute von den VVN-Vorständen betriebene Politik stimmt umso trauriger, wenn man sich vor Augen führt, wie diese Organisation nach Kriegsende angetreten ist. Sie war die erste antifaschistische Kraft, die sich neben der Betreuung der Verfolgten des Naziregimes eine konsequente Abrechnung mit den Faschisten und die Verhinderung eines Wiederauflebens des Faschismus zur Aufgabe machte.

Die VVN entstand aus den unmittelbar nach Kriegsende in allen Besatzungszonen gebildeten Ausschüssen der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten. Grundlage ihrer Arbeit war der von verfolgten Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen abgelegte „Schwur von Buchenwald": **„Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Apellplatz, an dieser Stätte faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."**

Unter diesem Schwur vereinigten sich in den antifaschistischen Ausschüssen anfangs tatsächlich verschiedene politische Strömungen, die sehr unterschiedlicher Meinung waren, wie radikal der Faschismus beseitigt werden müsse. So gab es darunter auch bürgerliche Kräfte, die den Faschismus lediglich als „Katastrophe" bezeichneten und bereits wieder die „Schicksalsgemeinschaft" zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für den Wiederaufbau Deutschlands propagierten. Von einer Abgrenzung nach links aber war derzeit nicht die Rede. Zu unmittelbar war im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung Faschismus und Krieg mit den kapitalistischen Verhältnissen selbst verbunden. Kaum jemand, der sich als Antifaschist verstand, mochte unter diesen Umständen der von Georgie Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen 1935 formulierten Definition des Faschismus widersprechen. Dimitroff hatte gesagt: **„Der Faschismus an der Macht ist ... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ... Der Faschismus – das ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich über den beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie, steht, wie z.B. Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht aufständisches Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschinerie Besitz ergriffen hat, wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus ist nicht eine über den Klassen stehende Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus – das ist die Macht des Finanzkapitals selbst."**

Unter diesen Voraussetzungen gaben sich die „antifaschistischen Ausschüsse" (Vorläufer der VVN) ihr Programm. Sie wollten im Wesentlichen:

„1. Betreuung der aus den Lagern, Zuchthäusern und Gefängnissen zurückgekehrten Gefangenen.
2. Beseitigung des Nazismus in allen seinen Formen in Zusammenarbeit mit den alliierten Befreiern.
3. Einsatz der politischen Gefangenen bei dem Wiederaufbau Deutschlands". (gemeint: Nazis – Anm. AK).

1947 schlossen sich die „Ausschüsse" zu dem einheitlichen Verband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zusammen. Die Gründungstagung in Frankfurt repräsentierte 250.000 Mitglieder aus ganz Deutschland.

Zu dieser Zeit konnte in der VVN tatsächlich jeder Mitglied werden, der

1) im Besitz eines amtlichen Passes oder Ausweises war;

2) nachweislich am antifaschistischen Widerstand teilgenommen hat-

2) nachweislich am antifaschistischen Widerstand teilgenommen hatte;

3) sonst aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt worden war.

– Die Verdienste der VVN in der Hilfe für die Opfer des Faschismus und im Kampf für die Bestrafung der Nazi-Verbrecher sind gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Angriffe auf die VVN

Im Zuge der offen einsetzenden Restauration und der von den westlichen Alliierten (im Verein mit CDU und SPD) betriebenen Spaltung Deutschlands wurde die anfängliche Bündnisbreite der VVN bald massiv eingeengt. Sie mußte sich in ein Ost- und ein West-Büro teilen. 1949 verlegte sie ihr westdeutsches Büro nach Frankfurt. Gleichzeitig gingen die Sozialdemokraten wieder wie vor 1933 auf Spalterkurs:

Nachdem schon 1946 in einem Rundschreiben an die Bezirksvorstände der SPD „dringend empfohlen" wurde, **„die Anregung zur Gründung solcher Vereinigungen abzulehnen und die Mitgliedschaft und Mitarbeit in diesen Vereinigungen zu verweigern"**, erklärte der SPD-Parteitag von 1948 die Mitgliedschaft in der VVN für **„unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD"**. In der Folge gründete die SPD selbst eine „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten" (AVS). Nicht anders die CDU/CSU, die zur gleichen Zeit einen „Bund der Verfolgten des Naziregimes" (BVN) gründete.

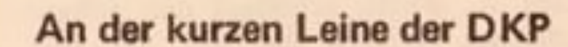
Damit war (nach der Verhinderung der Gründung einer „Sozialistischen Einheitspartei" aus Kommunisten und Sozialdemokraten seitens der SPD) jetzt auch gegenüber der VVN die mögliche antifaschistische Einheitsfront durch klare Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufgekündigt. Die Beschlüsse wurden 1967 von der SPD erneuert.

Der politischen Spaltung folgten Angriffe des Staatsapparats auf dem Fuße: Bereits am 19. September 1950 veröffentlichte die Bundesregierung ein Dekret, wonach u.a. Mitglieder der VVN nicht im Staatsdienst arbeiten durften. Am 2. August 1951 wurde das Büro des Rates der VVN in Frankfurt durch ein großes Polizei-Aufgebot geschlossen. Begründung: Der Rat der VVN habe gegen die „verfassungsmäßige Ordnung verstoßen". Als Vorwand diente der im April durchgeführte „Kongreß der deutschen Widerstandskämpfer", der sich ebenso wie die KPD seinerzeit für die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland einsetzte.

Dem auch von der VVN getragenen Kampf gegen die Remilitarisierung und Renazifizierung, gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen usw. in den Jahren 1952/53 begegneten die CDU- sowie auch SPD-Innenminister mit einer Reihe von Verboten von VVN-Landesverbänden, so in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hamburg. Am 23.2.53 wurde auf Empfehlung des Bundesinnenministers die Leitung der VVN in Frankfurt verboten, das Büro polizeilich besetzt.

Eine Reihe dieser regionalen Verbotsmaßnahmen wurde wieder aufgehoben: Im April 1954 wurde das Verfahren gegen die VVN in Niedersachsen eingestellt; im Mai 1955 stellte das Verwaltungsgericht Regensburg fest, daß die VVN Bayern weder „verfassungsfeindlich" noch verboten sei. Nur im Lande Rheinland-Pfalz (bis 1972) und in Hamburg (bis 1961) wurden die regionalen Verbote aufrechterhalten.

1959 stellte die Bundesregierung dann im Gefolge des KPD-Verbots von 1956 Antrag auf Prüfung der „Verfassungsmäßigkeit" der VVN insgesamt. Die Begründung wie eh und je: Die VVN sei „kommunistisch gelenkt". Die im Oktober 1962 anberaumten Verhandlungen wurden, nicht zuletzt auf Grund internationaler Proteste, nach zwei Tagen eingestellt. Der Verbotsantrag selbst ist bis heute nicht zurückgezogen.



An der kurzen Leine der DKP

Mit der revisionistischen Entwicklung der KPD bzw. dann der legalisierten DKP übernahm auch die VVN-Führung den gesamten Plunder – von der „neuen Ostpolitik" über die „Entspannung als Haupttendenz unserer Zeit" bis zur Spalter-„These 41" (keine Zusammenarbeit mit „Maoisten" etc.). In den Grundsätzen der VVN heißt es heute:

„Mit Gruppen, die Antisowjetismus betreiben, die die Politik der friedlichen Koexistenz ablehnen und die Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale und Christen gegeneinander aufhetzen wollen, kann es kein Bündnis geben". Oder wie im „Appell an die Jugend" zu lesen: **„Laßt euch nicht irreführen von Personen oder Gruppen, die die Einheit der Gewerkschaften bekämpfen; auch das sind Helfershelfer der Reaktion".**

Zu noch schrilleren Tönen kam Hans Jennes, Geschäftsführer des VVN-Präsidiums, auf dem Bundeskongreß der VVN 1975. Ohne sich der Mühe einer politischen Differenzierung zwischen unterschiedlichen Strömungen der „Neuen Linken" zu unterziehen, verkündete er:

„Es ist kein Zufall, daß gegenwärtig die verschiedensten pseudolinken und scheinrevolutionären Gruppierungen in unserem Lande verstärkt auftreten. Deren Aktivitäten richten sich durchaus nicht gegen rechts. Im Gegenteil, sie treiben objektiv der Reaktion die Hasen in die Küche. ... Wie diese Gruppen und Grüppchen auch alle heißen mögen, mit links, mit der Arbeiterbewegung hatten und haben sie nichts gemein. Sie sind alle nach den Rezepten des CIA und anderer obskurer Geheimdienste in der Retorte erzeugte Erscheinungen. Ihr Zweck und ihre Aufgaben bestehen darin, die Arbeiterbewegung als die entscheidende antifaschistische Kraft weiter aufzuspalten, sie unfähig zu machen, mit allen anderen demokratischen Kräften ein Bündnis gegen faschistische Bestrebungen, für Entspannung und friedliche Koexistenz zu schaffen. Ob die Anhänger dieser Gruppierungen es wollen oder nicht, sie sind objektiv Handlanger der schwärzesten Reaktion. In unseren Reihen haben sie nichts zu suchen, und mit ihnen kann es keinerlei Gemeinsamkeit geben" („Die Manifestation der 40.000", S. 62).

Im Gegensatz dazu reißen die Bündnisangebote an die SPD und selbst an die „christlichen Demokraten" nicht ab. Die Angriffe seitens der SPD und anderer Kräfte gegen die antifaschistische Linie werden verharmlost. So schwärmte Hans Jennes auf dem Bundeskongreß der VVN 1975: *„Ich halte es durchaus für denkbar – wenn auch im Augenblick noch nicht realisierbar –, daß in künftigen Demonstrationen neben Herbert Mies und Max Reimann auch ein Willy Brandt, ein Oskar Vetter und Vertreter der demokratischen Jugendorganisationen mitmarschieren"* („Die Manifestation der 40.000", S. 129).

Emil Carlebach brachte die Träumereien der VVN auf den Punkt:

„Man sagt gerne, die VVN sei kommunistisch infiltriert. Ich wäre sehr dafür, wenn der Parteivorstand der SPD beschließen würde, die VVN sozialdemokratisch zu infiltrieren! Ich wäre sehr dafür, wenn Politiker, die sich christlich nennen, den Beschluß fassen würden, die VVN christlich-demokratisch zu infiltrieren" („die tat", 13.5.77).

Auf derselben Linie der Illusionsmacherei liegen die heutigen programmatischen Vorstellungen der VVN, die zuletzt auf dem Bundeskongreß 1977 in Frankfurt bekräftigt wurden. Zwar werden immer noch eine Reihe von konkreten antifaschistischen Kampfzielen genannt, denen man als Antifaschist nur zustimmen kann, so:

– *„Auflösung der NPD und aller neonazistischer Gruppierungen wie 'Deutsche Volksunion', 'Wiking-Jugend', 'Junge Nationaldemokraten', 'Kampfbund Deutscher Soldaten', 'Wehrsportgruppe Hoffmann', 'HIAG' etc.*
– *Auflösung aller Privatpolizeien und Industrieschutzarmeen.*
– *Beschlagnahme und Verbot von Publikationen, die den nazistischen Ungeist und neonazistische Propaganda verbreiten.*
– *Sofortige Beendigung der nazistischen 'Traditionspflege' in der Bundeswehr.*
– *Verhaftung und Aburteilung der in Frankreich wegen Mordes verurteilten Verbrecher, die bisher in der BRD Zuflucht gefunden haben'".*

Außerdem: „Gegen Berufsverbote und politische Gesinnungsjustiz", „Internationale Solidarität gegen faschistische Systeme", „An der Seite der Rentner gegen sozialen Abbau" („die tat", 27.5.77).

Wo es aber nicht nur um einzelne Kampfziele, sondern um programmatische Aussagen geht, werden von der VVN seitenweise die bekannten DKP-Schnacks von „Frieden, Entspannung, Völkerverständigung" wiederholt. So forderte der Bundeskongreß auch: „Für die Verwirklichung der Menschenrechte in der BRD" und: „Für sichtbaren Beitrag zur Einstellung des Wettrüstens" – gemeint ist: **„Die Verwirklichung und praktische Anwendung der Grundsätze von Helsinki".**

So heißt es z.B. auch unter dem Titel „Für ein Europa ohne Faschismus – für ein Europa ohne Berufsverbote – für Frieden, Entspannung, Völkerverständigung" (1976 Werbetext):

„Die Chancen für einen dauerhaften Frieden in Europa sind heute günstiger als je zuvor. ...Aber niemand kann und darf hinter die
günstiger als je zuvor. ...Aber niemand kann und darf hinter die
KSZE-Beschlüsse zurück". – Warum? Ganz einfach: *„Die Rüstung stand (!) im Dienst einer aggressiven Politik, die darauf gerichtet war, den Sozialismus einzudämmen und nach Möglichkeit zurückzurollen. ...Die Erfahrungen mit dieser gefährlichen Politik, die Unsicherheit produzierte, haben schließlich auch im Westen zu der Einsicht geführt, daß Verhandlungen besser sind als Kriegsdrohungen, daß Kooperation vorteilhafter ist als ständige Konfrontation".*

In diesem Sinne kriegt die VVN auch noch den Bogen zum Antifaschismus:

„Durch die Schlußakte von Helsinki ist der Weg für ein Europa ohne Faschismus geöffnet. Die Tendenz der Schlußakte, ausgehend von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, ist eindeutig antifaschistisch", und: *„Heute sind die Chancen für ein Europa ohne Faschismus gestiegen."*

Stimmt! Aber nicht durch Helsinki!...

Bundeskongreß 1977: Wie geht's weiter?

Programm und Bündnispolitik der VVN sind heutzutage nichts anderes als reine DKP-Politik im antifaschistischen Gewand. Damit ist der überparteilich-antifaschistische Anspruch des Buchenwald-Schwurs auf einen engstirnigen und ängstlich gehüteten Parteiladen-Kurs zusammengeschrumpft. Praktisch bedeutet dieser Kurs eine weitere Spaltung des antifaschistischen Kampfes und eine Isolation antifaschistischer Kräfte der alten Generation gegenüber großen Teilen der antifaschistischen und demokratischen Jugend. 1971 hat die VVN einen Versuch gemacht, der Gefahr,

Fortsetzung auf Seite 17

VAN Hamburg: Alle in Urlaub?

Nachdem der VAN Hamburg inzwischen eine offizielle Einladung zur Teilnahme an einer Podiums-Diskussion über die „Begnadigung" von NS-Verbrechern zugegangen war, rief am 7. Juli ein Mitglied des „Unterstützungsausschusses ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum" im VAN-Büro an, um sich zu erkundigen, ob auch die VAN an der Diskussion teilnehmen wird. (Vorsichtshalber war die Einladung der Vorbereitungsgruppe per Einschreiben an die VAN-Adresse gegangen, nachdem schon der letzte Anruf-Versuch damit beendet worden war, daß der Hörer in die Gabel geknallt wurde).

Beim neuen Anruf führte das VAN-Büro vor, daß sie auch im Abwimmeln von politischen Auseinandersetzungen Varianten beherrschen. Letztes Mal ließ sich VAN-Vorsitzender Stobwasser durch seine Sekretärin verleugnen („Sagen Sie, daß ich nicht da bin!"...). Diesesmal hieß es: „Es sind alle in Urlaub!" – Na, hoffentlich entgeht dem Hamburger VAN-Vorstand dabei nichts.

Übrigens – aus gut unterrichteten Kreisen innerhalb der VAN hört man, daß das Büro in der Organisation das Gerücht verbreitet, „Kai Ehlers, vom KOMMUNISTISCHEN BUND" riefe immer im Büro an, um den Vorsitzenden Stobwasser zu diffamieren.

Merken Sie sich, Herr Stobwasser: Lügen haben kurze Beine. Da nützt auch der schönste Urlaub nichts!

Fortsetzung von Seite 16

ein „Rentnerverein" zu werden, dadurch zu entgegen, daß man sich umbenannte von „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes" (VVN) in: „VVN – Bund der Antifaschisten". Seitdem heißt es in ihren Werbetexten: „*VVN heißt: ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes', der Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg. Auch wenn Sie nicht zu dieser Gruppe von Menschen zählen, sollten Sie in unserer Organisation mitarbeiten und Mitglied werden*".

Offensichtlich hat die VVN damit aber ihre Isolation nicht überwinden können, sondern hat damit nur die widersprüchliche Entwicklung in die Organisation hineingenommen, die sie durch ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse außen vor halten wollte.

Auf dem letzten Bundeskongreß stand denn auch die Auseinandersetzung um das Selbstverständnis der VVN im Mittelpunkt. In der „tat" (Nr. 22) war nach dem Kongreß zu lesen: Von zumeist jüngeren VVN-Mitgliedern sei gefordert worden, „*einen Faschismusbegriff zu finden, der einerseits vor Einengung bewahrt, andererseits genügend Freiraum im Sinne größtmöglicher Breite läßt*". Viel mehr hat die VVN allerdings öffentlich zu den heftigen Widersprüchen des Kongresses nicht geäußert! ...

Aus Gesprächen mit aktiven VVN-Mitgliedern, die Teilnehmer des Kongresses waren, wissen wir, daß dort das VVN-Präsidium zum einen von rechts kritisiert und aufgefordert wurde, den bisher trotz aller revisionistischen Versumpfung immer noch als Leitfaden betrachteten „dimitroffschen Faschismusbegriff" als „zu eng" zu revidieren. Diese Kritik wurde wesentlich mit Blick auf die erhofften Bündnispartner in der Sozialdemokratie und bei einzelnen „christlichen Demokraten" vorgetragen.

Diese Kritik am „dimitroffschen Faschismusbegriff" ist in Wahrheit auf nichts anderes gerichtet als darauf, den antifaschistischen Kampf der VVN noch weiter als bisher einzuengen, den antikapitalistischen Kern des antifaschistischen Kampfes zu liquidieren.

Eine solche Revision des antifaschistischen Kampfes wäre gleichbedeutend mit dem Zurücksinken der VVN zu einem zahnlosen Traditionsverband und wäre ein politischer Sieg für die Reaktion bei der Re-Faschisierung der BRD.

Der rechten Kritik stand unseren Gesprächspartnern zufolge die Forderung – wesentlich von jüngeren Mitgliedern – gegenüber, sich nicht von einer gegenwärtig neu entstehenden antifaschistischen Bewegung zu isolieren. Diese Forderung nach aktiverer antifaschistischer Politik entspricht anscheinend einer recht weit verbreiteten kritischen Stimmung an der Basis der VVN-Ortsgruppen, die aufgrund eigener Erfahrungen vor Ort mit der Unvereinbarkeits-Politik des Präsidiums nicht voll einverstanden sind. So wissen wir z. B., daß der Hamburger VAN-Vorstand Schwierigkeiten hat zu erklären, warum die in der „tat" gelobte Curio-Haus-Aktion oder warum die bevorstehende Podiumsdiskussion zur Frage „Sollen Alt-Nazis begnadigt werden" nicht auch mit Mitgliedern des KB zusammen gemacht werden kann. Insbesondere in Bezirks- und kleineren Ortsgruppen stößt die Abgrenzungspolitik auch bei älteren VVN-Mitgliedern auf Unverständnis.

Sogar im Präsidium der VVN scheint es Kräfte zu geben, die bereit sind zu „differenzieren". So äußerte sich Willi Höhne (VVN-Präsidiumsmitglied) kürzlich in einem Telefongespräch mit dem KB, man habe zwar seine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, aber die Curio-Haus-Aktion sei eine gute Sache gewesen, man müsse ja auch Rücksicht auf die Mitglieder nehmen und daher differenzieren. Eine öffentliche Kritik an der Politik des Präsidiums oder den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ist allerdings noch von keiner Gruppe oder Person geführt worden. Auch auf dem Bundeskongreß ist der Konflikt nicht ausgetragen worden. Stattdessen wurde er in eine „Programmkommission" verlagert. Sie soll eine neue Definition des Faschismusbegriffes und strategische Leitlinien für antifaschistische „Alternativen" erarbeiten. Letztlich wurde über den Konflikt bisher der Mantel der Liebe gehüllt. So die „DVZ": *Der Bundeskongreß spiegelte diese Einheit (!) wider. Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen diskutierten miteinander, nicht, um sich auseinanderzusetzen, sondern um Wege zu gemeinsamem Handeln zu finden*". Den Vogel schoß die Zeitung „UZ" der DKP ab: Sie hatte über den Kongreß nur zu melden: „*Aus Liebe zur Heimat: Weiter Kampf für Frieden und Demokratie*".

Mit der Bildung der „Programmkommission" ist aber die gegenwärtige Auseinandersetzung in der VVN nur verschleiert. Für ehrliche Antifaschisten, die an einer Verbreiterung der antifaschistischen Bewegung interessiert sind, die sich auch von den reichen Erfahrungen der VVN eine konkrete Hilfe in ihrem Kampf erhoffen, wird es darauf ankommen, durch eigene antifaschistische Politik den Druck auf die VVN derart zu verstärken, daß sie ihre Mitglieder nicht mehr von Aktionsbündnissen zurückhalten kann.

Dazu wird es notwendig sein, die Mitglieder an der VVN-Basis eigenständig zu informieren. Leider ist die „tat" nach bester DKP-Manier dazu übergegangen, nur verstümmelt oder auch direkt gefälscht zu berichten, wie z. B. am Fall „Curio-Haus" zu sehen. Wo VVN-Mitglieder dagegen wahrheitsgemäß informiert waren, waren sie auch in der Vergangenheit schon häufig bereit, antifaschistische Aktivitäten gemeinsam durchzuführen.

Der antifaschistische Kampf darf nicht an Parteiladengrenzen enden. Das wird die VVN akzeptieren müssen oder zur Bedeutungslosigkeit herabsinken!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Internationaler Faschistenaufmarsch in Belgien

Am Wochenende vom 2./3. Juli fand in Diksmuide in Belgien ein internationaler Faschisten-Aufmarsch statt, bei dem zeitweilig bis zu 60.000 Teilnehmer zusammen kamen.

In mehreren Demonstrationen, Versammlungen an Kriegsgräbern, einer öffentlichen Messe und einer nichtöffentlichen Sitzung von faschistischen Gruppen, die als „Europäischer Kongreß" bezeichnet wurde, wurden offiziell die Soldaten des ersten Weltkriegs gefeiert. Die Veranstalter, flämische nationalistische Organisationen, forderten bei dieser Gelegenheit eine Amnestie für alle Kollaborateure der Nazi-Besatzer und verlangten u.a. die Abtrennung eines unabhängigen Flamens vom belgischen Staat.

Auch bei den öffentlich-offiziellen Veranstaltungen traten SS-Trupps (u.a. aus Westdeutschland und Belgien) in voller Uniform auf.

Die Treffs am Sonntag wurden weitgehend von offenen, militanten Faschisten bestimmt, wobei die BRD-Nazis, Roeder („Deutsche Bürgerinitiative") und sein langjähriger Kumpan Schönborn („Kampfbund deutscher Soldaten") sich besonders hervortaten. Schönborn und Anhang traten mit der Nazi- „Reichskriegsflagge" und schwarz-weiß-roten Fahnen auf. Auch die Freunde der „Freiheit für Rudolf Heß" waren dabei. Zu diesen Nazis aus der BRD fanden sich die flämischen Faschisten der VMO und andere belgische Trupps ein, Vertreter der britischen Nazi-Gruppen „National Front", „National Party" (eine NPD-„Bruderpartei"), „National Socialist Party" und „British Movement"; weitere Organisationen aus Holland, Österreich, Frankreich, Norwegen waren zur Stelle.

Offenbar hat es gegen diese Zusammenrottung zu spät und zu schüchtern Protest gegeben, zumal Diksmuide und Umgebung als traditionelle Orte für Faschistentreffs bekannt sind. Letztes Jahr war bei einem solchen Aufmarsch in Diksmuide der berüchtigte BRD-Faschist G. Pahl wegen verbotenen Waffentragens verhaftet und dann nach Italien abgeschoben worden, wo er inzwischen wegen einiger Delikte eine Haftstrafe absitzt.

(nach „tat", 8.7.77 und „Guardian", 4.7.77).



Am 27.6.1977 wurde in Westberlin der Jordanier Walid al-Halawani von der Polizei erschossen. Angeblich war der 37-jährige Jordanier „des Raubes verdächtig gewesen und wegen zahlreicher Überfälle einschlägig vorbestraft". Als die Polzei al-Halawani und einen weiteren Mann festnehmen wollte, habe dieser „die Hände nicht gehoben, sondern in die Brusttasche gegriffen" („FR", 28.6.77). Daraufhin hat ein 33-jähriger Kriminalhauptmeister nach eigenen Angaben „einen gezielten Schuß auf den Oberarm abgegeben" („FR", 28.6.). Dieser gezielte Schuß traf allerdings in die linke Brustseite. Walid al-Halawani starb sofort. Wie der Rechtsanwalt des Opfers inzwischen mitteilt, ist der Jordanier noch niemals verurteilt worden („Rote Fahne", Nr. 27).

* * *

Am 3. Juli wurde in Bochum ein Transportunternehmer von dem Hauptwachtmeister Harmann erschossen („FR", 4.7.77). Im Rahmen eines Familienstreits soll der Fuhrunternehmer Schlichting die Wohnung seiner Mutter „demoliert" haben. Der Polizist Harmann hat zunächst mit dem Gummiknüppel auf Schlichting eingeprügelt. Angeblich soll dann Schlichting mit einem Küchenmesser auf die Polizisten losgegangen sein. Zeugen erinnern sich, daß der Polizist Harmann mit dem Kampfruf „Der schlägt mir kein blaues Auges mehr" sich in Schießstandposition begeben habe und aus drei Meter Entfernung Schlichtung in die linke Brusthälfte schoß. Wenige Minuten später war er tot.

* * *

„Warnschüsse" aus der MP gaben am 2.7.77 zwei Polizeibeamte auf einen 22-jährigen Amerikaner ab. Angeblich hatten die beiden den Amerikaner beim Rauschgifthandel beobachtet. Natürlich griff das Opfer „mit der rechten Hand unter seine Jacke in die Hosentasche" („FR", 6.7.), die Polizei mußte also nach ihrer Darstellung einen „Warnschuß" (mit der MP !!!) abgeben, dann ließ der Verfolgte sich festnehmen. Bei einer Durchsuchung wurde keine Waffe gefunden . . . .

Mobiles Einsatzkommando im Drei-Länder-Dreieck

Ein weiteres Mobiles Einsatzkommando (MEK) hat der baden-württembergische Innenminister Karl Schiess diese Woche seiner Bestimmung übergeben. Besonderes Einsatzgebiet ist das Drei-Länder-Dreieck Frankreich/BRD/Schweiz, in dem zum einen die Konzentration an geplanten AKWs beachtlich hoch ist und zum anderen die Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinitiativen gegen die AKW's sehr gut funktionierte. Dieses MEK soll „für besonders schwierige Polizeieinsätze im Raum Freiburg zur Verfügung stehen" („Basler Zeitung", 1.7.77).

Mit der Schaffung des MEK verfügt Baden-Württemberg jetzt über insgesamt vier Mobile Einsatzkommandos mit insgesamt 100 Beamten und „liegt im Ländervergleich mit an der Spitze in der BRD" („Basler Zeitung"). Baden-Württemberg begann als erstes Bundesland mit dem Aufbau der MEKs. Bereits Anfang 1972 wurde das erste MEK beim Stuttgarter Landeskriminalamt eingerichtet, ein weiteres 1973 bei der
eingerichtet, ein weiteres 1973 bei der
Landespolizeidirektion Karlsruhe. Das dritte ist im Mai 1974 bei der Landespolizei Stuttgart II aufgestellt worden.

Über die MEKs hinaus (die 1976 in 431 Fällen eingesetzt wurden) verfügt Baden-Württemberg über eine neue Art von Spezialeinheiten, eine sog. Einsatzhundertschaft. Diese sorgte beispielsweise für „Ruhe", als Juan Carlos in Stuttgart Station machte.

(alle Angaben aus „Basler Zeitung", 1.7.1977).

Acht Bullen unter Bestechungsverdacht

Der Bestechungsverdacht gegen drei Polizisten, die Informationen aus ihrem dienstlichen Bereich an das Duisburger Detektivunternehmen Kocks & Co KG gegeben haben sollen, weitete sich aus: Inzwischen wird gegen acht Beamte im Rhein-Ruhr-Raum ermittelt. Die Beamten erhielten für ihre Informationen Honorare zwischen 20 und 400 Mark. Im Wesentlichen sollen sie Strafregisterauszüge, möglicherweise aber auch Akten aus schwebenden Ermittlungsverfahren und Unterlagen des Verfassungsschutzes weitergeleitet haben. Die betroffenen Beamten sollen unter Decknamen gearbeitet haben. Das Detektivunternehmen Kocks arbeitet u.a. im Auftrag zahlreicher Firmen, die Auskünfte über ihre Personal und über Stellenbewerber einholen

Bullenkriminalität

Der Sumpf innerhalb der Westberliner Polizei wird immer stinkiger:

Gegen zehn hohe Westberliner Polizeibeamte ist Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben worden. Sie hatten am „Himmelfahrtstag" in Zivil eine Sauftour unternommen und hatten – mit einem Polizeifahrzeug und einem bewaffneten Fahrer – den Grunewald unsicher gemacht. Auf ihrer Tour trafen sie auf Mitglieder einer Bürgerinitiative gegen ein Kraftwerk. Die Beschwerdeführer geben an, daß die Polizisten die mit Aufräumungsarbeiten beschäftigten Anhänger der Bürgerinitiative provoziert hätten. Nachdem die Bullen herumgepöbelt hatten, versuchten sie, tätlich zu werden und wollten die Aufräumungsarbeiten verbieten. Die Polizisten wurden inzwischen vom Polizeipräsidenten und Innensenator „gerügt". Laut Meldung in der „FAZ" (27.6.) sollen sie zugegeben haben, „in gehobener Stimmung" gewesen zu sein; eine provokatorische Absicht in ihrem Tun ließen sie nicht gelten.

Gegen die „Chemische Keule"

Gegen den Einsatz der „Chemischen Keule" hat sich in einem Offenen Brief der Polizeibeamte Jacob Petry ausgesprochen.

Petry, der kürzlich zusammen mit dem Diplomchemiker Alfred Schrempf eine Broschüre gegen die Einführung von Chemical Mace herausgegeben hat, nimmt in diesem Brief Stellung zu verharmlosenden Äußerungen über die Anwendung und Wirkung von Chemical Mace, u.a. zu Äußerungen seines Parteikollegen in der Westberliner SPD, dem Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Rainer Papenfuß. Im folgenden veröffentlichen wir Auszügen aus dem Offenen Brief:

„Sehr geehrter Herr Papenfuß, aus Berlin wird mir heute per Post Ihr Brief sowie der Offene Brief der Initiative gegen das Einheitliche Polizeigesetz bekannt. Lassen Sie mich zunächst feststellen, daß der Inhalt Ihres Schreibens geradezu auffordert, Ihnen mitzuteilen, daß man mit größerer Unverschämtheit die Öffentlichkeit nicht mehr verdummen kann. Ich frage mich, ob eine solche Haltung, wie sie aus Ihrem Brief ersichtlich wird, von einem Sozialdemokraten zu vertreten ist. (. . .).

Schlagstock oder Schußwaffen sind keine Alternativen zu chemischen Waffen, weil die Tränengaswaffe CM gegenüber bewaffneten Tätern unzureichend ist und gegen unbewaffnete Täter ohnehin nicht eingesetzt werden darf, es sei denn, man verwendet diese Waffe als Disziplinierungsmittel, wie es ohnehin geschieht. Und dies gerade ist die mißbräuchliche Anwendung, die zu schweren psychischen Schäden, zu Panik, zu Atemnot und letztlich, bei längerer Einwirkungszeit, zum Tode führen kann. (. . .)

Wußten Sie, daß der New Yorker Gefängnisdirektor in der Zeitschrift ‚New Scientist' 66, 267 (1976) darüber berichtet, daß in New York im Jahre 1975 drei Menschen durch Tränengas getötet wurden? Marc Rosen, Gefängnisdirektor in New York schließt mit den Worten: ‚Die Menschen sollten wissen, daß Tränengas tödlich ist'. Sie, Herr Papenfuß, bezeichnen die chemische Waffe als ein geeignetes Einsatzmittel der Polizei.

Es ist die Unwahrheit, wenn Sie behaupten, daß anderslautende Gutachten z. T. zurückgezogen wurden, da sie von falschen Voraussetzungen ausgingen oder in der Praxis widerlegt seien (. . .).

Lassen Sie mich feststellen, daß Sie, Herr Papenfuß, sich mitschuldig machen, wenn Sie die chemische Waffe – RSG ! – und ihre gesundheitsschädliche Wirkung verharmlosen. Sie tragen mit Ihrer Argumentation dazu bei, daß der Einsatz dieser gefährlichen Waffe immer hemmungsloser gebraucht wird und zwar zur Disziplinierung der mündigen Staatsbürger. (. . .)

Hochachtungsvoll Jacob Petry"

Polizeiterror gegen »Billard«-Spieler

Am 30.6. fand in der Mensa von Münster ein großes Pressefest statt, das vom „Knipperdolling" (SB-nahe Zeitung) organisiert war.

Gegen 24 Uhr trafen sich immer mehr Unternehmungslustige auf der Aasee-Wiese, wo drei je elf Tonnen schwere „Billiard-Kugeln zum Spielen auffordern (Giant Pool Billards von Claes Oldenburg im Rahmen einer Kunstausstellung). Sie versuchten, die Kugeln in den AAsee zu rollen, es wurde gesungen und sich amüsiert. Nach einer halben Stunde erschienen acht Polizeiwagen. Sie strahlten die nächtliche Szene an, forderten alle auf, die Wiese zu verlassen. Stattdessen tanzten 2-300 Fröhliche um die Kugeln herum und - große Begeisterung - die Bullen verschwanden.

Aber sie kamen wieder: Mit zwei Mannschaftswagen und zehn PKWs. Fünfzig Bullen in Brokdorf-Ausrüstung, mit Schildern und Pistolen... Dann ging alles sehr schnell: eine Frau und zwei Männer wurden in einen Wagen gezerrt, eine Kette bildete sich davor, doch der Wagen fuhr mit durchgetretenem Gaspedal los...Verwirrung, Wut, Ratlosigkeit, Angst!

Dreihundert Fußgänger, Fahrradfahrer und eine Autoschlange formierten sich und zogen nachts um zwei Uhr zur vier Kilometer entfernten Polizeiwache, sangen „Wehrt Euch, leistet Widerstand gegen die Repression in diesem Land", riefen „Drei sind bei der Polizei, wir waren alle dabei" und forderten „Bullen, gebt die Leute raus, sonst kommen wir in Euer Haus".

Als der Zug sein Ziel erreichte, wurde gerade der letzte der drei, nach erkennungsdienstlicher Behandlung, freigelassen; ihnen drohen Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung. Nach nochmaligem Singen wurde die Aktion durch geschlossenen Rückzug (Grohnde war noch nicht vergessen) beendet.

Alles paßt zusammen: Erst ein wahnwitziger Bulleneinsatz, dann am nächsten Tag üble Hetze und offene Drohungen in der münsterschen Lokalpresse. Da wurde gelogen von „Schlägerei und Tumult" (Westfälische Nachrichten, 2.7.), das Konkurrenzblatt sah bereits die „Polizei belagert" („Münstersche Zeitung", 2.7.) Da wurden aus geschlagenen und getretenen Demonstranten verletzte Polizisten.

Übliche Kommunistenhetze: „Wir haben noch Bürger unter uns, die wissen, was Recht und Ordung ist"... „die es uns mit der Faust ins Gesicht schreiben", „in Moskau machts der Staatsapparat, in Münster die selbsternannte Inkarnation des Volkswillens und Volksempfindens..." (MZ 2.7.)

Schutzpolizeidirektor S. Zaika: „ Wir haben das bislang hingenommen um Eskalation zu vermeiden. Das findet aber da seine Grenze, wo die Funktionsfähigkeit der Polizei bedroht wird." (MZ, 2.7.) Die Polizeiaktion in Münster hat gezeigt, daß selbst eine harmlose, erst mal unpolitische Aktion von 300 „Freaks" heute bereits nicht mehr geduldet wird. Der Staatsapparat hat wieder mal gezeigt, daß er jede sich bietende Gelegenheit für eine Notstandsübung zu nutzen bereit ist.

KB-Sympathisanten Münster

Polizeiknüppel, Hausdurchsuchungen und Gesinnungsurteile

Lüneburg: Mit Repressionen, die nur an die Nazi-Zeit erinnern, versucht die Lüneburger Polizei und Justiz in letzter Zeit, alle fortschrittlichen Menschen einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Jüngstes Beispiel sind 2 Polizeiüberfälle auf linke Zeitungsverkäufer in der Bäckerstraße.

- Am Samstag, den 25.6. gegen 12.00 Uhr, tauchten 4 Mannschaftswagen mit ca. 15 Polizisten auf. Der Einsatzleiter forderte alle Zeitungsverkäufer auf, mit ihren Stellwänden die Straße zu räumen. Kurz darauf stürmten die Polizisten den KBW-Stand, zertrümmerten Stellwände und einen Büchertisch, schlugen blindwütig auf die Protestierenden ein. Sogar vorbeigehende Passanten, die den Polizisten zu nahe kamen, wurden verprügelt. Ein Polizist machte mit dem Knüppel „Rundumschläge" in die umstehende Menschenmenge, wobei einige Leute fast zu Boden gerissen wurden. Ein zusammengeschlagener Passant, der von dem Polizisten die Dienstnummer haben wollte, wurde durch die Stadt verfolgt, festgenommen und in Handschellen abgeführt! Während dieses Überfalls wurde die Straße von anderen Stellwänden, Zeitungen und Broschüren von der Polizei "gesäubert".

- Am 2.7. kamen die Bullen wieder. Jegliche Diskussion und Empörungsrufe waren sinnlos. Zuerst wurde der KBW-Stand, dann der KB-Büchertisch eingeladen, wobei auch einiges zu Bruch ging. Der nächste Einsatz wurde schon angekündigt. Zufrieden sein kann dabei das CDU-Stadtratsmitglied Jens Schreiber, der beim Verwaltungsausschuß eine Anfrage stellte, was die Stadt gegen linksextremistische Zeitungsverkäufer zu tun gedenkt.

Kein Einzelfall!

Diese Säuberungswelle ist gewiß kein Ausrutscher eines übereifrigen Einsatzleiters oder CDU-Ratsherrn, denn die Zahl der Polizeiüberfälle ist in Lüneburg bedrohlich angestiegen:

- Am 18. Mai führten Polizei, Staatsanwaltschaft und das Mobile Einsatzkommando (eine Spezialeinheit der Polizei) eine Beschlagnahmeaktion in den Räumen des örtlichen Studentenausschusses der PH-Lüneburg durch, wobei zahlreiche Schriften, private Ordner mit Adressen von Studenten und Aufzeichnungen mitgenommen wurden.

- Am 6.6. umstellten 30 Polizisten frühmorgens in Melbeck die Wohnung von Mitgliedern des "Büchertisch-Kollektivs" an der PH und durchsuchten das Haus. Wiederum wurden zahlreiche Materialien und persönliche Aufzeichnungen beschlagnahmt.

Durchgesetzt werden soll, daß keiner mehr wagt, den Mund aufzumachen und zu protestieren. Wer es dennoch tut, hat mit Strafen zu rechnen, die jeden Widerstand endgültig brechen sollen:

-Am Freitag,den 24.6., wurden 2 Kommunisten vor dem Schöffengericht in Lüneburg wegen Hausfriedensbruch in der PH willkürlich verurteilt. Der eine bekam 4 Monate Gefängnis ohne Bewährung (!), der andere 1350 DM Geldstrafe! Der ganze Prozeßverlauf machte schon vorher deutlich, daß es sich um ein Gesinnungsurteil handelt, wobei alle demokratischen Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden:

Den Rechtsanwälten wurden vorher die Prozeßakten nicht vorgelegt. Ein Antrag auf Verlegung des Prozesses, weil ein Rechtsanwalt nicht anwesend sein konnte,wurde nicht stattgegeben. Einem Zeugen, der die Aussage verweigern wollte, weil er sich selbst belasten konnte, wurde der Rechtsanwalt verweigert und mit Gefängnis gedroht, und verschiedenes mehr.

Es wird Zeit, daß in Lüneburg ein Russell-Unterstützungskomitee aufgebaut wird.

KB/Gruppe Lüneburg

Westberlin
»KPD« in der »Initiative gegen das Einheitliche Polizeigesetz«
Wolf im Schafspelz

In Westberlin bildete sich Mitte Januar auf Betreiben der „Roten Hilfe e.V." („KPD"-Filiale) eine „Initiative gegen das Einheitliche Polizeigesetz" (zum „Einheitlichen Polizeigesetz" siehe AK 85, Seite 18) als Zusammenschluß von „Roter Hilfe e.V.", „KPD", „Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher" (ebenfalls „KPD"-Filiale) sowie einer ganzen Reihe von unorganisierten Linken und Demokraten.

Neben dem Kampf gegen das „Einheitliche Polizeigesetz" hat sich die Initiative zum Ziel gesetzt, die Einführung der „Chemischen Keule" bei der Polizei in Westberlin zu verhindern. Mit mehreren Flugblättern und Broschüren, einer Podiumsdiskussion, die von über 1.200 Menschen besucht wurde, und einem Block auf der 1.-Mai-Demonstration der GEW versuchte die Initiative, gegen das „Einheitliche Polizeigesetz" zu mobilisieren.

Außerdem forderte die Initiative in Flugblättern, den genannten Broschüren und auf einer Kundgebung ein Verbot der „Chemischen Keule", zugleich mit einer Protestpostkartenaktion an die SPD/FDP-Fraktion und in einer Presseerklärung, die außer von der Initiative noch vom AStA der PH, der „Kirche in der Verantwortung" (KiV) und vom Bund Deutscher Pfadfinder-Bund Demokratischer Jungend-LV Berlin unterzeichnet wurde.

Inzwischen wird die Erklärung der Initiative u. a. unterstützt von Heinrich Albertz, den Professoren Gollwitzer, Agnoli und Flechtheim und von Ingeborg Drewitz.

Zusammenfassend kann man sagen, daß es der „Roten Hilfe e.V."/„KPD" gelungen ist, eine längerfristige Aktionseinheit mit unorganisierten Linken einzugehen und auch Unterstützung von Liberalen zu erhalten. Dennoch arbeiten viele Linke in Westberlin deshalb nicht in der „Initiative" mit, weil sie davon ausgehen, es handele sich um ein „KPD"-U-Boot. Wir halten es aber für falsch, ohne Prüfung der konkreten Bedingungen (tatsächlich geht es in der „Initiative" demokratisch zu, sie beschäftigt sich hauptsächlich mit der Repression hier etc.) jedes Zusammengehen mit „Roter Hilfe e.V."/„KPD" von vornherein abzulehnen.

Gerade angesichts der Tatsache, daß Westberlin eine Hochburg der Repression ist – so gehören bereits wichtige Teile des geplanten Einheitlichen Polizeigesetzes seit Jahren zum „legalen" Polizeialltag, so besteht durch über 700 KOBs ein Spitzelnetz wie in keiner Stadt der BRD – und der eklatanten Schwäche der Westberliner Linken, die auf diesem Sektor bislang keine längerfristige Aktionseinheit zustande brachte, ist der Ansatz der Initiative zu begrüßen.

„KPD" auch hier Wolf im Schafspelz

„Nur derjenige ist berechtigt, sich gegen den Schießbefehl an der Mauer und politische Unterdrückung in der DDR zu richten, der auch das Einheitliche Polizeigesetz in der BRD und Westberlin bekämpft", heißt es in der Erklärung der Initiative. – Nachtigall, ick hör' dir trapsen! So kommt denn auch Kunzelmann von der „Roten Hilfe e.V." in der neuen Broschüre der Initiative ausgiebig zu Wort: *„Wir sind der Auffassung, daß der Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes in diesem Teil Deutschlands unglaubwürdig wird, wenn er nicht gleichzeitig die noch wesentlich schärfere Unterdrückung in der DDR durch die sowjetischen Besatzungstruppen und des von ihnen installierten Honecker-Regimes verurteilt"*. In diesem Sinne, allerdings noch etwas deutlicher, verlief auch die Podiumsdiskussion im März, wo auf der einen Seite umfassend das Einheitliche Polizeigesetz und auch der aktuelle Bullenterror dargestellt wurde, und auf der anderen Seite behauptet wurde, daß es „eine solche Einschränkung der Menschenrechte nur im Hitlerfaschismus, in Spanien oder unter dem faschistischen Honecker-Regime" gab bzw. gebe. Und die Ursache der politischen Repression in der BRD und Westberlin? – Natürlich die „zunehmende Bedrängung der BRD durch die Supermächte, vor allem den sowjetischen Sozialimperialismus", der die BRD dazu zwinge, die politische Unterdrückung im Inneren zu verstärken.

Das entspricht genau der Linie der „KPD", den Kampf gegen die Repression in der BRD und Westberlin abzulenken auf einen Kampf gegen die Unterdrückung in der DDR, gegen den „Sozialimperialismus" und seine „Agenturen", nach dem Grundsatz: *„Der Hauptfeind für ganz Deutschland ist der sowjetische Sozialimperialismus"* („Rote Fahne" vom 28.1.76).

In nächster Zeit kommt es darauf an, daß wir in der Initiative die Aktionseinheit suchen mit allen Gruppen, die in Westberlin gegen die Bullenrepression arbeiten, um abzusichern, daß die Initiative gegen die Repression hier und nicht gegen den „Sozialimperialismus" kämpft.

Für die „KPD" wird es zur Gretchenfrage werden, ob sie auch bereit ist, sich an der Vorbereitung des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD und Westberlin in der Initiative zu beteiligen, um eine breite Öffentlichkeit über das geplante Einheitliche Polizeigesetz herzustellen. Daran wird sich zeigen, inwieweit die „KPD" ernsthaft bereit ist, gegen die Repression hier zu kämpfen. Bisher hat sie sich bei dieser Frage in der Initiative recht ablehnend gezeigt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

Nachrichten aus dem Knast

JVA Vierlande
NDR und bürgerliche Presse kriminalisieren Knastarbeit!

Hamburg. In der „Umschau am Abend" am 6.7. „berichtete" der NDR unseres Wissens zum ersten Mal über die Aktionen gegen die Zustände in der JVA Vierlande (siehe AK 105 und 107) – aber wie!

Die Sendung begann mit einer kurzen Schilderung, daß mittlerweile in der JVA selbst fast alles in Butter sei – so wurde z.B. extra betont, daß die Decke der Küche, in der das Essen für die Gefangenen gekocht wird, jetzt neu verputzt worden wäre, so daß nun kein Putz mehr in das Essen rieseln könne – wahrhaftig ein großer Fortschritt im Sinne des „humanen Strafvollzuges"!

Im folgenden ging es v.a. darum, eine speiüble Hetze gegen gerade die Gruppen zu entfalten, die in der Öffentlichkeit über die Aktionen der Gefangenen berichtet und diese unterstützt haben. Im Gegensatz dazu hatte die gesamte bürgerliche, auch linksliberale Presse über die ganze Geschichte einen dicken Mantel der Verschwiegenheit gedeckt.

Da ist von einem anonymen Flugblatt die Rede, in dem die Anstaltsleiterin Rühmkorf als „KZ-Kommandantin" bezeichnet worden wäre, da seien Flugblätter des KB erschienen, AK-Artikel seien illegal in die Anstalt gelangt etc. Sinn und Zweck dieser Halbwahrheiten liegen auf der Hand: Die Aktionen der Gefangenen sollen als „von außen gesteuert", die Gefangenen als unselbständige, funktionalisierte Wesen diffamiert werden.

Insbesondere der KB und das „Medienzentrum Fuhlsbüttel" stehen im Schußfeld – sie würden versuchen, von außen durch Flugblätter und Veranstaltungen die Gefangenen zu illegalen Handlungen zu bewegen; ihr Ziel sei es – man höre und staune – eine repressive Haltung der Anstaltsorgane zu provozieren!

Hier wird nun endgültig alles auf den Kopf gestellt: die Öffentlichkeitsarbeit von Gruppen außerhalb der Anstalt war gerade eine Reaktion auf die von der Anstaltsleitung nach der Mittagessenverweigerung verschärften Repression und sollte durch die Herstellung einer Öffentlichkeit gerade eine weitere, unbemerkte Verschärfung zum Nachteil der Gefangenen verhindern!

– So sind zu dem von den Gefangenen aus Solidarität mit den Sozialarbeitern angekündigten Hungerstreik sieben neue, vor der Verbeamtung stehende Wärter in der JVA zusammengezogen worden.

– Am ersten Besuchstag nach dem Hungerstreik wurden die Besucher total gefilzt, ebenso die Mitglieder der „Gesprächskreise", darunter mehrere Rechtsanwälte.

– Die vier Sozialarbeiter sind in der letzten Woche endgültig entlassen worden, mit sofortigem Hausverbot; ihnen wurde nahegelegt, keinen Kontakt zu den von ihnen zwei Jahre lang betreuten Gefangenen zu halten.

– Zwei Mitglieder der Streikleitung sind nach dem Hungerstreik in andere Anstalten verlegt worden. Einer der beiden hatte sich in seiner Zelle verbarrikadiert und gedroht, sich bei einer Verlegung die Pulsadern aufzuschneiden. Daraufhin wurde sofort (!) angefangen, die Zelle aufzuschweißen! Nach sechs (!) Stunden war die Tür geöffnet und man kann es als reinen Zufall bezeichnen, daß der Gefangene das überlebt hat.

– Gegen diese und andere Schweinereien der Anstaltsleitung und der Justizbehörde richtete sich die Öffentlichkeitsarbeit. Hier soll versucht werden, schon im Ansatz Gruppen zu kriminalisieren und zu zerschlagen, die lediglich von ihrem Grundrecht der Informationsfreiheit Gebrauch gemacht haben.

Welche Auswirkungen das hat, war schon am selben Abend zu spüren: bei einer Veranstaltung der Bergedorfer Initiative für Gefangenenarbeit, die nebenbei auch in der „Umschau" erwähnt wurde, kreuzten ein Streifenwagen mit vier Mann Besatzung und ein weiterer ziviler VW-Bus der Jugendpolizei auf und postierten sich in unmittelbarer Nähe des Veranstaltungsortes, um die Teilnehmer der Veranstaltung einzuschüchtern.

Doch am nächsten Tag kam es noch dicker: Synchron im „Hamburger Abendblatt" und in der „Morgenpost" erschienen Artikel zur JVA: *„Kommunistische und anarchistische Gruppen versuchen, Unruhe in der Jugendstrafanstalt Vierlande zu schüren. Sie verteilen Flugblätter über angebliche (!!) Mißstände in der Anstalt, laden zu Protestkundgebungen ein und unterstützen Gefangenenaktionen."* („MoPo", 7.7.77). Und das „Abendblatt": *„Inzwischen hat sich der Konflikt zu einer Kraftprobe zwischen den staatlichen Strafvollzugsorganen und linken Agitationsgruppen ausgeweitet"* (!). Namentlich werden wiederum der KB und das „Medienzentrum Fuhlsbüttel" genannt.

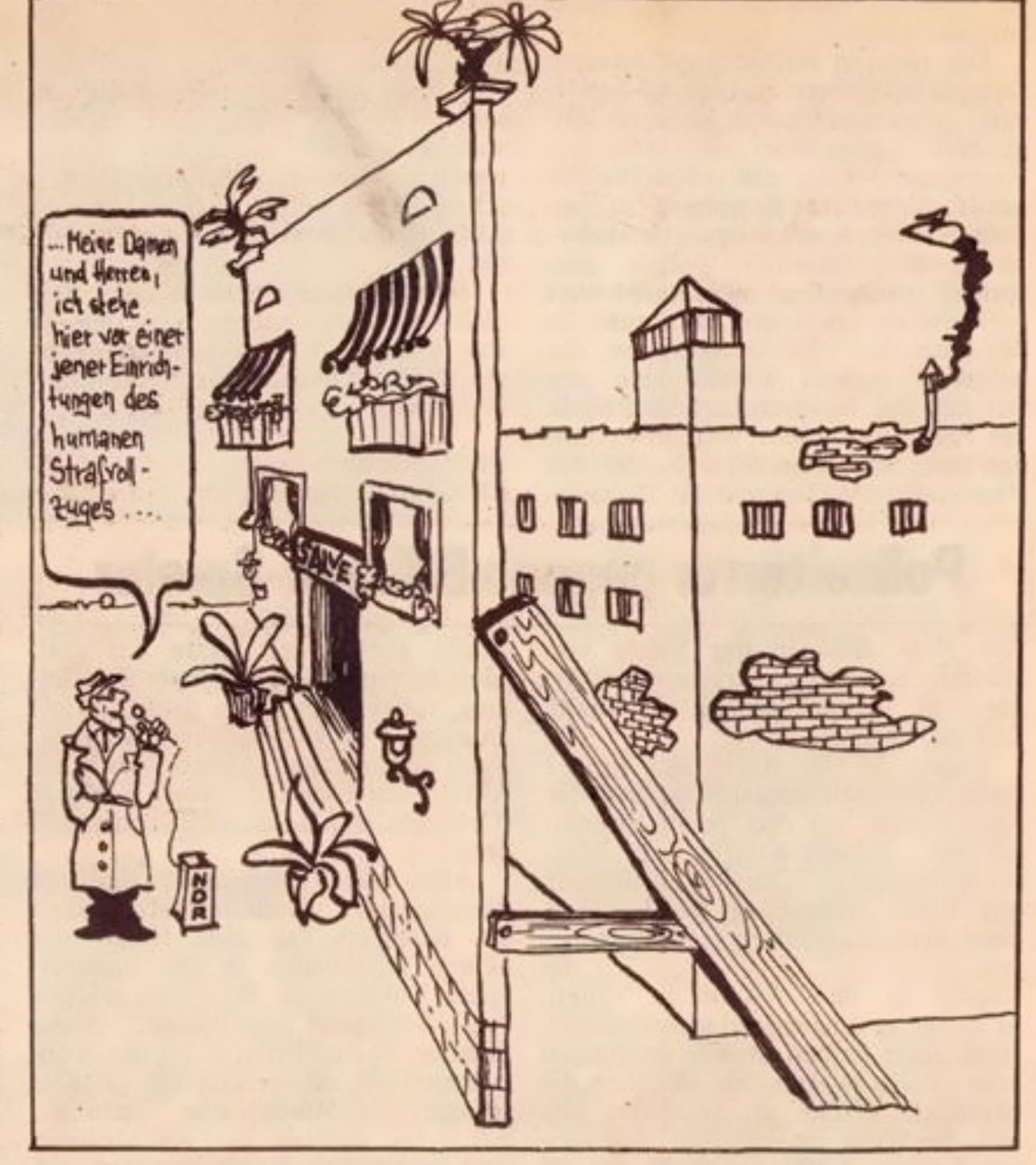
Fehlt nur noch die Verbindung zur RAF, dann ist die ganze erstunkene Geschichte perfekt.

Diese demagogische Hetzkampagne fußt auf der durch die bürgerliche Presse seit Jahren systematisch geschürten Isolation der Gefangenen im Bewußtsein der Bevölkerung. Nur durch breite Gegeninformation kann diesem Kriminalisierungsversuch entgegengewirkt werden. Die Teilnehmer der Bergedorfer Veranstaltung forderten den NDR in einer Resolution dazu auf, *„endlich eine ehrliche und nicht parteiliche Information über die Zustände in der JVA und über die Aktionen der Gefangenen dagegen zu beginnen."*

Am gleichen Abend wurde außerdem beschlossen, sich mit einem offenen Brief an die Strafvollzugsbehörde an möglichst viele Bergedorfer Gruppen und Initiativen zu wenden, um auch hier eine Diskussion über die JVA und die Kriminalisierungsversuche zu beginnen.

Allem zum Trotz: die heftige Reaktion der bürgerlichen Massenmedien zeigt uns, daß wir in ein Wespennest gestochen haben. Das bestärkt uns weiterzumachen.

Ein Bergedorfer Genosse
KB / Gruppe Hamburg



Leserbrief aus dem Knast

Heute las ich zum wiederholten Mal in eurer Zeitschrift (Nr. 106 vom 13.6., Seite 10 „Urlaubsantrag...") die Falschmeldung, daß ‚normale Kriminelle' fast immer nach Verbüßung von 2/3 ihrer Strafe entlassen werden.

Nach einer Statistik der sogenannten „unabhängigen" Gefangenenzeitschrift „Lichtblick" aus dem Tegeler Knast wurden im Jahre 1976 in Westberlin ganze 12% der sogenannten 2/3-Anträge positiv beantwortet.

Es ist also durchaus nicht so, daß „normale" Kriminelle wie ich selbst meistens vorzeitig entlassen werden, während die politischen Gefangenen auf diese Gnade der Bourgeoisie verzichten müssen. Man kann es vielleicht folgendermaßen ausdrücken: Häftlinge mit Eigentumsdelikten haben genau wie politische Gefangene kaum Aussicht auf eine vorzeitige Entlassung, während die Chance bei anderen Delikten relativ größer ist. Ihr wißt ja: Eigentum vor allem anderen.

Genossen, ich möchte euch bitten, etwas sorgfältiger zu recherchieren, bevor ihr solche Behauptungen in die Welt setzt. Immerhin wird der AK auch im Knast gelesen und es ist doch nicht nötig, daß man sich dort kugelt vor lachen.

Dieser Leserbrief ist anonym, da der Verfasser selbst seiner Freiheit beraubt ist und seine Unterbringung im offenen Vollzug nicht aufs Spiel setzen will.

Ein AK-Leser aus Westberlin

Klassenjustiz

Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Groenewold aufgehoben!

Mit einer Entscheidung vom 15.6.77 hat das Hamburger Ehrengericht für Rechtsanwälte, das im Juni 1975 gegen den linken Rechtsanwalt Groenewold verhängte „vorläufige Berufsverbot" wieder aufgehoben.

Dieser Aufhebung war ein entsprechender Antrag Groenewolds vorausgegangen, den er mit einer zugunsten eines bürgerlichen Anwaltes ergangenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) begründet hatte:

In dieser Entscheidung hatte das Verfassungsgericht ausgesprochen, daß gegen einen Rechtsanwalt nur dann ein vorläufiges Berufsverbot (mit sofortiger Wirkung) verhängt werden darf, wenn k o n k r e t e Tatsachen und Interessen der Öffentlichkeit dies erfordern.

In dem vom BVG entschiedenen Fall war gegen einen süddeutschen Anwalt, der in erheblichem Umfang Mandantengelder veruntreut und zu dessen Unterstützung seine Mitanwälte auch noch eine „Hilfskasse" gegründet hatten (!), ein vorläufiges Berufsverbot mit sofortiger Wirkung verhängt worden.

Diese Sanktion hatte das höchste westdeutsche Gericht wieder aufgehoben.

Begründung: In Grundrechte wie die Berufsfreiheit darf nur in Ausnahmefällen eingegriffen werden: *„Aus diesem Grunde wurde trotz jahrzehntelanger Diskussion bis nach dem letzten Weltkrieg von der Einführung dieser Sanktion* (= vorläufiges, sofortiges Berufsverbot, AK) *überhaupt abgesehen."*

Ein Ausnahmefall soll vorliegen, wenn k o n k r e t e Gefahren drohen: *„Vielmehr setzt ihre Verhängung* (der Sanktion „Berufsverbot", Anm. AK) *gemäß Art. 12 GG (Grundrecht der Berufsfreiheit) in Verbindung mit dem Rechtsstaatgebot die zusätzliche Feststellung voraus, daß sie schon vor Rechtskraft des Hauptverfahrens als Präventivmaßnahme zur Abwehr konkreter Gefahren für wichtige Gemeinschaftsgüter erforderlich ist."*

Ähnlich argumentierte das Hamburger Ehrengericht zugunsten Groenewold: Eine konkrete Gefahr für „Rechtssuchende" sei nicht erkennbar, wenn Groenewold Anwalt bliebe. Die allgemeinen Feststellungen aus dem Jahr 1975 (die praktisch in einem „Rausch" von Hetze getroffen wurden, Anm. AK), Groenewold habe *„das Gefühl für Recht und Unrecht in einem so erheblichen Maße verloren"*, daß nur die Verhängung eines sofortigen Berufsverbotes in Betracht komme, hielt das Gericht heute auch nicht mehr für ausreichend.

Außerdem stünden alle damaligen Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Hungerstreik und insofern bestünde keine Wiederholungsgefahr mehr. Wegen des Vorwurfes der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" hielt sich das Ehrengericht nicht für entscheidungsbefugt. Über diese Vorwürfe könne nur das Strafgericht entscheiden. Die zugunsten Groenewold ergangene Entscheidung ist durchaus ein Erfolg.

Sie muß als Ergebnis der kontinuierlichen Informationsarbeit der linken Anwälte, insbesondere im Zusammenhang mit der Ablehnung von Prinzing in Stammheim, des Springer-Intimus Mayer aus den politischen Strafsenat des Bundesgerichtshofes und den zahlreichen „Lauschangriffen" gesehen werden.

In letzter Zeit hat es auch von verschiedenen Anwaltsorganisationen z.B. Stellungnahmen gegen die Pläne zur Überwachung der Verteidigergespräche gegeben.

Insgesamt kann man also feststellen, daß es schwerer für die Staatsschützer geworden ist, unter Verletzung ihrer eigenen Gesetze und „demokratischer Grundprinzipien" gegen politische Gegner vorzugehen.

Dies wird aber vorerst nur heißen, daß legalere Mittel angewendet werden, um dasselbe Ziel zu erreichen.

Ehrengericht Frankfurt: Symbolischer „Verweis" gegen RA v. Plottnitz

Auch gegen den Frankfurter Anwalt Rupert v. Plottnitz hatte die Staatsanwaltschaft diverse Ehrengerichtsverfahren wegen seiner Verteidigungstätigkeit in Stuttgart eingeleitet.

Gegenstand der ebenso umfangreichen wie lächerlichen Vorwürfe waren Äußerungen von v. Plottnitz, die er während der Verhandlungen in Stuttgart-Stammheim gemacht hatte: so wurde ihm z.B. der Vorwurf „standeswidriges Verhalten" aufgrund seines Vorschlages gemacht, den Richter Prinzing doch durch einen Bundeswehrgeneral und die anderen Richter durch Offiziere zu ersetzen.

Bei der Wertung der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe ging das Frankfurter Ehrengericht davon aus, daß im Stammheimer Prozeß eine außergewöhnliche Situation geherrscht hat, die es unmöglich erscheinen läßt, daß ein Anwalt nicht auch einmal sehr drastische Äußerungen tun darf: *„Derartige Verfahren können überhaupt nur dann erfolgreich* (?) *zu Ende geführt werden, wenn für den Umgang der Prozeßbeteiligten miteinander großzügigere Maßstäbe angewandt werden als in ‚konventionellen' Strafprozessen, und ferner, wenn diese Maßstäbe für alle Prozeßbeteiligten gelten, also auch für die Verteidigung."*

Vor diesem Hintergrund hat die verhandelnde Kammer des Ehrengerichts es abgelehnt, die meisten Äußerungen von v. Plottnitz als Standesvergehen anzusehen, zumal sie meistens lediglich Reaktionen auf Provokationen der Bundesanwaltschaft oder von Prinzing waren.
Ein erfreuliches Urteil also.

Ehrengericht Stuttgart: Kein Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Croissant

Mit ähnlichen Vorwürfen wie gegen Groenewold (Unterstützung des Hungerstreiks, Öffentlichkeitsarbeit) hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart beim Ehrengericht gleich zwei Anträge gegen RA Croissant mit dem Ziel eines sofortigen Berufsverbotes („doppelt gemoppelt hält besser") gestellt.

Mit diesen Anträgen sich zu befassen, hat das Ehrengericht aber vor kurzem abgelehnt. Da gegen Croissant ein Strafverfahren anhängig sei, das im wesentlichen diesselben Vorwürfe („denselben ‚Gesamtkomplex' ") zum Gegenstand habe, könnte dem Strafverfahren nicht durch ein von der Anwaltskammer im Schnellverfahren verhängtes Berufsverbot vorgegriffen werden. Sämtliche Vorwürfe könnten nach Ansicht des anwaltlichen Standesgerichts erst umfassend im Strafverfahren gewertet werden.

Zunächst ist diese Entscheidung durchaus als Erfolg zu werten, da sie nicht – mehr – der Tendenz entspricht, mißliebige Anwälte so schnell wie möglich, koste es, was es wolle, aus der Anwaltschaft rauszuwerfen.

Insoweit muß die Entscheidung als Entscheidung gegen einen staatsanwaltschaftlichen Antrag begrüßt werden.

Auf der anderen Seite ist sie aber auch sehr gefährlich, wie sich in der Zwischenzeit gezeigt hat: durch die Entscheidung des Ehrengerichts ist deutlich geworden, daß die anwaltschaftlichen Standesgerichte nicht mehr so ohne weiteres bereit sind, gegen Kollegen vorzugehen. Das verlagert die Auseinandersetzung zwischen den Anwälten und den staatlichen Verfolgungsorganen auf die Ebene der Strafgerichte, die dann „besser abgesicherte" („rechtsstaatlichere"?) Entscheidungen fällen, die logischerweise den Ansprüchen der bürgerlichen Legalität sehr viel mehr entsprechen als im Schnellverfahren ausgespuckte Berufsverbote. Solche von den „ordentlichen" Gerichten verhängte Berufsverbote sind dann natürlich auch sehr viel schwerer „zu kippen" als z.B. das Berufsverbot gegen Groenewold.

Oberlandesgericht Stuttgart: Teilberufsverbot gegen RA Croissant

Die Staatsanwaltschaften sind sich ihrer Möglichkeiten vor den Strafgerichten durchaus bewußt: die Staatsanwaltschaft Stuttgart hatte auch bei dem Strafgericht, bei dem der Prozeß gegen Croissant wegen „Unterstützung einer ‚kriminellen Vereinigung' " anhängig ist, ein sofortiges Berufsverbot beantragt.

Hier ist ihrem Antrag auch teilweise stattgegeben worden: gegen Croissant wurde ein auf Staatsschutzsachen „beschränktes" Berufsverbot verhängt.

Croissant darf also in Zukunft nicht mehr in Prozessen gegen wegen „terroristischer Gewalttaten" Angeklagte verteidigen.

Daß damit der Kernbereich der Anwaltstätigkeit von Croissant getroffen ist, wissen auch die Stuttgarter Oberlandesrichter. Aber die Form eines angeblich „beschränkten" Berufsverbotes bietet vor der Öffentlichkeit natürlich den Vorteil, daß damit der Anschein eines „differenzierten Vorgehens" erweckt und so der immerhin noch denkbare Protest liberaler Kreise der Öffentlichkeit von vornherein unterdrückt werden kann – was auch praktisch vollständig gelungen ist.
Croissant darf also weiterhin Erbstreitigkeiten bearbeiten, ebenso Verkehrsstrafsachen und ähnlichen Krams.

Politisch hat man ihn aber mundtot machen wollen, jedenfalls im Gerichtssaal. Letzeres hat der Staat vorerst erreicht.

Mehr Aufmerksamkeit den Strafverfahren!

Aufgrund der für die Staatsanwaltschaften negativen Urteile der anwaltlichen Ehrengerichte ist für die Zukunft zu erwarten, daß vor den Strafgerichten, wie im Fall Croissant schon geschehen, mehr Berufsverbotsanträge gestellt werden.

Deshalb muß auch damit gerechnet werden, daß im Strafverfahren gegen Groenewold ein Antrag auf Verhängung eines sofortigen Berufsverbotes gestellt werden wird. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, ist noch offen.

Man kann jedenfalls sagen, daß sie mindestens teilweise auch davon abhängen wird, welche Aufmerksamkeit die Öffentlichkeit diesem Taktikwechsel der Staatsschutzbehörden widmet und inwieweit es gelingen wird, auch diese Verfahren als Angriffe auf grundlegende Rechte der Angeklagten und Verteidiger zu entlarven.

In diesem Sinne sind die jüngsten Erfolge vor den Ehrengerichten eine Aufforderung, die Anstrengungen in der Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken.

IKAH/Hamburg

Folter doch »sittlich geboten«?

Für eine Gegenüberstellung mit Zeugen gestattete es der Ermittlungsrichter Horst Kuhn vom Karlsruher Bundesgerichtshof, daß sechs Genossen des „2. Juni" – unter ihnen Ralf Reinders und Fritz Teufel – aus dem Knast ins Westberliner Polizeipräsidium „ausgeführt" werden konnten. Ausdrücklich *„auch gegen den Willen der Beschuldigten, erforderlichenfalls unter Anwendung unmittelbaren Zwanges"*, wurde es gestattet, daß die „Fesselung" erlaubt sei, ebenso die Änderung von „Haar- und Barttracht", sowie weiteres Umgestalten der äußerlichen Erscheinung der beschuldigten Genossen.

Diese Verletzung der Menschenwürde des Persönlichkeitsrechts ist nicht das erste Mal durch einen Kuhn-Beschluß durchgesetzt worden. So wurde z.B. Roland Mayer mehrmals „von Maskenbildnern des Stadttheaters in Köln" blondiert.

Hier werden durch erzwungene Mitwirkungen der Beschuldigten diese automatisch zum Beweismittel gegen sich selbst gemacht. Dies vor dem Hintergrund, daß die bürgerliche Strafprozeßordnung „die Freiheit der Willensbetätigung" während der Vernehmung garantiert (eine Gegenüberstellung gehört in den Bereich der Vernehmung) und die Verwertung der Aussage bei Verletzung dieses Grundsatzes verbietet.

Folter bei der Gegenüberstellung

Nach Schilderungen der beteiligten Genossen lief die Gegenüberstellung vor einem für sie undurchsichtigen Spiegel über Stunden so ab:

„Polizisten traten die Häftlinge und schlugen ihnen in die Nieren, rissen ihnen ‚ganze Haarbüschel aus', die Ohrläppchen wurden herumgedreht. Und bei jedem Versuch, den ‚Kopf zu senken, das Gesicht zu verziehen oder die Augen zu schließen, wurden die Knebelketten in brutaler Weise zugeschnürt'. So sei es zu ‚stark blutenden Verletzungen' an den Handgelenken gekommen, ‚das Blut trat aus den Fingernägeln '".

Die Karlsruher Bundesanwaltschaft bemerkte zu diesen Mißhandlungen, es sei „unmittelbarer Zwang angewendet" worden und auch Knebelketten seien verwendet worden. „Irgendwelche Verletzungen" sind von dem anwesenden Staatsanwalt nicht „gesehen" worden!! (Justitia ist bekanntlich auf beiden Augen blind!)

„Noch vier Tage später, nachdem die Verteidiger Anzeige wegen Körperverletzung im Amt erstattet hatten, stellte ein leitender Anstaltsarzt mehrfach Hautverletzungen an den Handgelenken, Gefühlsstörungen , mal am Zeigefinger, mal am Daumen mit Austrahlungen bis in den Unterarm fest".

So außerdem u.a. bei Reinders: *„Die Entstehung der vorgefundenen Veränderung ist durch Knebelkette oder Handschelle ärztlicherseits wahrscheinlich".*

Der Erkenntnis des Strafrechtlers Grünwald *„jede Drehung an der Knebelkette macht einen entscheidenden Unterschied: den zwischen rechtsstaatlichem Verfahren und Inquisitionsprozeß"*, kann man sich nicht entziehen. *„Denn solche Methoden, um den Kopf hoch und die Augen aufzukriegen, passen unter jede Definition der Folter".*

Albrechts „sittliches Gebot der Folter" scheint in der BRD schon voll praktiziert...
(alle Zitate aus „Spiegel", 20.6.77)

IKAH/Hamburg

Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Oberwinder

Gegen den Frankfurter Anwalt Michael Oberwinder, der die Gefangenen in Stuttgart–Stammheim verteidigt hat, hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt die Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens beantragt.

Als Grund dafür muß herhalten, daß Oberwinder zusammen mit den anderen Verteidigern, die das Vertrauen der Angeklagten besitzen, aus Protest gegen die Abhörmaßnahmen im Stammheimer Knast nicht mehr an der Hauptverhandlung teilgenommen hat, und somit dort auch kein „Plädoyer gehalten hat.

Stattdessen haben die Verteidiger in einem Stuttgarter Hotel vor den Vertretern von Presse und Fernsehen zu ihrer Einschätzung des Verfahrens Stellung genommen.

Dies soll jetzt standeswidrig sein. Kein Wort natürlich über die Vorgänge, die die Verteidiger zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Außer diesem ziemlich lächerlichen Vorwurf kreidet die Staatsanwaltschaft Oberwinder noch an, er habe dem Gericht vorgeworfen, es habe den Tod der Angeklagten in Kauf genommen (nachdem bereits zwei Gefangene in der Haft umgekommen sind, ist die geäußerte Ansicht zumindest nicht abwegig). Tatsache ist jedenfalls, daß das Gericht in Stammheim die Haftbedingungen nicht wesentlich gelockert hat, obwohl fachärztliche Gutachten vorlagen, die dies dringend für notwendig hielten.

In diesem Verfahren geht die Staatsanwaltschaft aber schließlich noch einen wichtigen Schritt weiter als bisher: sie wirft Oberwinder eine schlichte Äußerung seiner politischen bzw. juristischen Meinung vor: es soll standeswidrig sein, daß Oberwinder behauptet haben soll, der Sprengstoffanschlag der RAF auf das IG–Farbenhochhaus sei durch die Ereignisse des Vietnamkrieges gerechtsfertigt.

Sowas nennt man Gesinnungsverfolgung.

IKAH Hamburg

Aufruf des Unterstützungsbüros

Der bisherige Verlauf des Kölner Prozesses gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth hat deutlich gemacht, daß der Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes und Mordversuchs nicht mehr zu halten ist.

– Die einzige belastende Aussage, Werner Sauber habe den Schußwechsel eröffnet und Roth habe versucht, seine Waffe zu ziehen, stammt von dem Polizeizeugen Grüner. Alle anderen Polizisten haben nichts gesehen oder können sich an nichts erinnern. Die Aussage dieses e i n z i g e n Belastungszeugen ist extrem unglaubwürdig.

– Roth und Otto sagten aus, daß nach der Aufforderung zum Aussteigen Werner Sauber als erster ausstieg, dieser nach hinten weglief und darauf Schüsse aus Polizeipistolen fielen. Erst danach habe Werner Sauber geschossen.

– Die Aussagen verschiedener Sachverständiger (Mediziner, Schußwaffenexperten) sind nicht mit der Schilderung des Schußwechsels in der Anklageschrift und den Zeugenaussagen der Polizisten vereinbar. Zum Beispiel muß Werner Sauber liegend aus nächster Nähe von hinten erschossen worden sein.

– Nach der Aussage des Polizisten Bartzik sowie des Beamten Heller, der an der Datenstation des Polizei-Computers arbeitete, wurde bei der Überprüfung der Fahrzeug- und Personalpapiere über Funk von der Zentrale bei Roths PKW der Hinweis auf „Terroristenszene" durchgegeben. Die Schießerei hat daraufhin noch vor der Übermittlung der Personaldaten begonnen.

Die Aussagen und Indizien lassen nur den einzigen Schluß zu: Der Zeuge Grüner sagt die Unwahrheit. Die Schießerei wurde von den Polizisten begonnen, weil der vage Hinweis auf „Terroristenszene" beim Fahrzeug (!) über Funk kam. Werner Sauber kam durch gezielte Todesschüsse ums Leben. Der Tod von zwei Menschen und die lebensgefährliche Verletzung von zwei weiteren gehen auf das Konto eines in der BRD inzwischen nicht mehr unüblichen aggressiven Polizei-Einsatzes.

In dem Prozeß sollen nun in infamer Weise durch Verdrehung der Tatsachen der getötete Werner Sauber zum Polizistenmörder gestempelt und der zum Krüppel geschossene Karl-Heinz Roth sowie Roland Otto als Mittäter verurteilt werden. Für diese „Mittäterschaft" gibt es keine Beweise.

Deshalb haben die Verteidiger am 7.4.77 Anträge auf Haftentlassung bzw. Aufhebung des Haftbefehls gestellt. Aus der Stellungnahme des Staatsanwalts wird deutlich, daß für sie in der Hauptverhandlung nicht die angeklagten Taten zu beweisen sind, sondern die Angeklagten ihre Unschuld beweisen müssen. Das Gericht lehnte die Anträge der Verteidiger ab, mit der Begründung, es seien noch nicht alle Sachverständigen gehört worden.

Nachdem dies jedoch geschehen ist, wird am 22.6.77 erneut Antrag auf Haftentlassung von Karl-Heinz Roth und Aufhebung des Haftbefehls gegen Roland Otto gestellt, weil der dringende Tatverdacht nicht mehr gegeben ist.

Verbreitet diese Information möglichst schnell und weit!
Protestiert beim Vorsitzenden Richter Dr. Draber!
Haftentlassung von Karl-Heinz Roth!
Aufhebung des Haftbefehls gegen Roland Otto!
Bleibt widerspenstig und phantasievoll!

Das Unterstützungsbüro fordert dazu auf, Unterschriften zur Unterstützung des Aufrufs zu sammeln und sie an die Adresse des Büros zu schiken. Die Unterschriften sollen dann notariell beglaubigt werden, um das Ergebnis dem Vorsitzenden Richter und dem nordrhein-westfälischen Justizminister Posser mitzuteilen.

Spenden für das Unterstützungsbüro – die dringend benötigt werden – auf folgende Konten:

Stadtsparkasse Köln
Wolfgang Hippe
Konto-Nr. 105 103 287
(BLZ 37 050 198)

und
Postscheckkonto Köln
Wolfgang Hippe – Sonderkonto
Konto-Nr. 135 816-508
(BLZ 37 010 050)

»Stockholm-Prozeß«: Bundesanwaltschaft beantragt ZWEIMAL LEBENSLÄNGLICH FÜR ALLE Angeklagten

Am 93. Verhandlungstag – nach über 14-monatiger Beweisaufnahme – beantragte die Bundesanwaltschaft am Mittwoch, 22.6.77 für alle vier angeklagten Genossen des „Kommando Holger Meins": Lutz Manfred Taufer, Karl-Heinz Dellwo, Bernhard Maria Rößner und Hanna-Elise Krabbe jeweils „*zweimal die Höchststrafe* (lebenslänglich, Anm. AK) *wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes sowie gemeinschaftlich begangener Geiselnahme und versuchter Nötigung der Bundesregierung*" („SZ", 24.6.77).

Bundesanwalt Werner Krüger warf den Genossen vor: „*sich willkürlich zu Herren über Leben und Tod aufgeworfen zu haben*" („SZ", 24.6.77) und stellte fest: „*es ist irrelevant, wer den Zeigefinger am Abzug der Waffen durchkrümmt*" („SZ", 24.6.77). Bei der Besetzung der Botschaft in Stockholm waren zwei Missionsangehörige erschossen worden. Eine konkrete Beweisaufnahme scheint Herrn Krüger hier nicht notwendig! Die eingebrachten Beweisanträge, daß die Botschaft von Staatsschutzorganen der BRD gesprengt worden sei, nannte Staatsanwalt Nehm ebenso „ungeheuerlich wie absurd", „grenzenloser Leichtsinn der Terroristen mit Sprengstoff" sei die Ursache der Sprengung. Aha!

Demgegenüber forderte der Vertrauensanwalt Ströbele mit einem neuen Beweisantrag die Vernehmung zahlreicher schwedischer und deutscher Zeugen (so u.a. Botschafter Stöcker und den Chef des BKA Herold). „*Berichten zufolge habe die schwedische Reichspolizei schwedische Bürger im Auftrag der Sicherheitsstellen der Bundesrepublik bespitzelt*" („SZ", 23.6.77).

Hungerstreik für Zusammenlegung der gefangenen Genossen

Nach Beendigung der Plädoyers der Anklage sind die vier Genossen, die in Köln und Essen im Knast sitzen, in den Hungerstreik getreten.

Sie wollen, wie schon im Gerichtssaal kundgetan, ihre Zusammenlegung mit den in Stuttgart-Stammheim befindlichen RAF-Gefangenen erreichen. Gleichzeitig wollen sie damit verhindern, daß die Erfüllung des Versprechens des baden-württembergischen Justizministers Traugott Bender verschleppt oder hintertrieben wird, eine Gruppe von 15 Gefangenen zusammenzufassen („SZ", 24.6.77).

IKAH Hamburg

8 Monate Knast für Schwarzfahren!

Zu zwei Monaten Knast (auf „Bewährung") wurde ein arbeitsloser Maurer wegen 15 mal schwarzfahren in der Straßenbahn verurteilt. Am Tage der Verurteilung wurde er nochmals zweimal erwischt. Dies reichte für den Richter aus, ihn zusätzlich zu sechs Monaten (ohne „Bewährung") zu verknacken. Mit dem doppelsinnigen Spruch: „Jetzt ist Schluß", wandert der arbeitslose Kollege nun für acht Monate in den Knast („Bild", 24.6.77)!

IKAH Hamburg

Inga und Reiner Hochstein verurteilt

Zu einer bemerkenswert hohen Strafe wurden Inga und Reiner Hochstein verurteilt, obwohl die „Beweislage" auch hier mehr als mager war. Eine kriminelle Vereinigung soll einen schweren Raub begangen und einen Sprengstoffanschlag vorbereitet haben. Daraus machte Richter Schenck 10 Jahre Haft für Inga und 11 Jahre für Reiner!

Die beiden Genossen hatten sich geweigert, sich zu verteidigen und waren auch bei der Urteilsverkündung abwesend. So konnte ein in der Öffentlichkeit kaum beachteter Prozeß als Geisterprozeß über die Bühne gebracht werden. Richter Schenck ließ sich in der Begründung des Urteils zu der ungeheuerlichen Bemerkung herab, das hohe Strafmaß sei erforderlich gewesen, weil Raub inzwischen bei den Linken zu einem „Standard-Kavaliersdelikt" geworden sei! Deshalb mußte er wohl auch um ein bzw. zwei Jahre über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehen.

IKAH Hamburg

Die beiden Genossen hatten sich geweigert, sich zu verteidigen und waren auch bei der Urteilsverkündung abwesend. So konnte ein in Jahre über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehen.

IKAH Hamburg

Gesinnungsurteil im Jaowoy/Reimers-Prozeß

Frankfurt. Zu je sieben Jahren und drei Monaten Knast wurden die beiden anarchistischen Genossen Robert Jarowoy und Wernfried Reimers verurteilt. Der Prozeß, der für einen erheblich längeren Zeitraum geplant war, hatte ein schnelles Ende gefunden, nachdem das Gericht die Anklage um einige Randpunkte eingeschränkt hatte (siehe dazu AK 107), um sich eine ausführliche Beweisaufnahme zu ersparen. Übriggeblieben waren die „Vorwürfe":

- Bildung einer kriminellen Vereinigung zwecks „Errichtung eines kommunistischen Staatswesens anarchistischer Prägung". Und im Rahmen dieser „Vereinigung":
- Überfall auf einen Parkplatzwächter in Bonn (wurde nur Robert vorgeworfen – Kronzeuge und angeblich Mitbeteiligter war Harry Schäfer);
- versuchter Überfall auf eine Kinokassiererin in Hamburg (Robert und Wernfried, letzterer als „Anstifter");
- Überfall auf ein Darmstädter Reisebüro (Robert und Wernfried)

Die ersten drei Anklagepunkte stützen sich nach der Beweisaufnahme nur auf Aussagen von Harry Schäfer, die dieser als Beschuldigter bei der Polizei gemacht hatte. Der vierte Punkt auf „Identifizierung" der beiden Genossen durch Tatzeugen aus Darmstadt.

Der Staatsanwalt hielt in seinem Plädoyer Schäfer für „voll glaubwürdig" und forderte für Wernfried neun Jahre und für Robert zehn Jahre Knast. Am 28.6. hielten die Verteidiger ihre Schlußvorträge, wobei sie nochmals die Widersprüchlichkeit und Unglaubwürdigkeit des Kronzeugen Harry Schäfer detailliert belegten (Einzelheiten siehe AK 105 und 107). Aufschlußreich sind die Methoden, mit denen Robert und Wernfried als Täter des Darmstädter Überfalls produziert wurden, was von den Verteidigern nochmals aufgeschlüsselt wurde:

Nach Roberts Verhaftung wurde dieser einem Tatzeugen, der den Überfall in Darmstadt aus nächster Nähe gesehen hatte (einschließlich der Gesichter der Täter) gegenübergestellt. Der Zeuge erkannte Robert n i c h t wieder. Noch am selben Tag wurde einer weiteren Zeugin e i n Photo von Robert vorgelegt, sie glaubte ihn als einen der Täter identifizieren zu können. Daraufhin wurde am nächsten Tag eine Gegenüberstellung arrangiert, die geradezu bilderbuchhaft manipuliert war: Robert, der ziemlich klein ist, wurde inmitten von großen wohlgekleideten Herren gestellt. Vorher war ihm verboten worden, sich zu kämmen und zu rasieren. Aufgrund d i e s e r Gegenüberstellung, in der Robert als einer der beiden Täter „identifiziert" wurde, erging Haftbefehl. Ähnlich war es bei Wernfried, dessen Photo zuerst nur zwei Zeugen vorgelegt wurde, (wie, war nicht mehr zu ermitteln), das aber dann in der gesamten Lokalpresse veröffentlicht wurde. Erst daraufhin „erinnerten" sich andere Zeugen, daß Wernfried einer der beiden Täter sein müsse.

Wieso dieser Aufwand gegenüber Wernfried und Robert? Bei dem Darmstädter Überfall war eine Waffe verwendet worden, die Wernfried 1971 legal (!) erworben hatte. Die Polizei forderte Wernfrieds VS-Dossier an, in dem stand: politisch aktiv seit 1967. Teilnahme an einer Reihe von politischen Veranstaltungen. Ein Hinweis, er sei mit vier anderen – darunter Robert – in einer anarchistischen Gruppe. Einer Denunziation zufolge, daß Robert aktiver Anarchist sei, wurde Robert dann auf die oben beschriebene Weise als zweiter Darmstädter Täter (dieser war klein und Robert ist es eben auch) ausgemacht. Die Verteidigung hat in mühevoller Kleinarbeit besonders die „Beweise" für Roberts Teilnahme an dem Überfall widerlegt, bis nichts mehr davon übrig blieb. Dennoch hielt das Gericht seine und Wernfrieds Täterschaft für erwiesen. Robert wurde außerdem noch der Bonner Überfall als „erwiesen" unterstellt.

Fallengelassen wurde vom Gericht der Vorwurf der kriminellen Vereinigung und der Hamburger Kino-Überfall.

Insgesamt reichten die mehr als fadenscheinigen Indizien für eine Verurteilung der beiden Genossen zu je sieben Jahren und drei Monaten Knast. Wieder einmal wurde deutlich, daß Urteile in den Staatsschutzprozessen nicht nach vorliegenden Fakten, sondern vor allem aufgrund der politischen Gesinnung der Angeklagten gefällt werden.

Ich möchte zum Schluß eine persönliche Bemerkung machen. Ich glaube nicht, daß die Urteile in politischen Prozessen „von vornherein feststehen". Es gibt milde Urteile, es gibt auch Freisprüche. Aber dieser Anarchistenprozeß hat zum x-ten Mal gezeigt, daß das Urteil von der Beweisaufnahme, der „Wahrheitsfindung" völlig unabhängig ist. Milderungen sind nicht möglich, wenn die Justiz über ihre eigenen Füße stolpert: Hätte das Gericht das Verfahren nicht ganz so schnell abschließen müssen, weil im Herbst der Gefangenenratsprozeß und danach zig andere anstehen (und wegen der Sommerferien!), wäre in a l l e n Punkten verurteilt worden und das Strafmaß wäre noch höher geworden. Aber eine qualitative Änderung des Verfahrensausgangs k a n n politisch erreicht werden. Ein extremes Beispiel ist der Kölner Roth/Otto-Prozeß. Es ist falsch, mit dem Argument, 'sowas wie die Roth/Otto-Leute schaffen wir nie', bei den „kleineren" Prozessen die Hände in den Schoß zu legen, vielleicht gelegentlich hinzugehen und ansonsten den Prozeß Sache des Gerichts sein zu lassen. Die politische Unterstützung für Robert und Wernfried war minimal. Das müßte nicht so sein und das hat sicher dieses Urteil begünstigt.

Ein AK-Leser aus Bonn

• • •

Anmerkung des IKAH

Wir möchten an dieser Stelle dem Bonner Genossen für seine ausführlichen Berichte über den Jarowoy/Reimers-Prozeß danken. Dadurch war es uns möglich, den Prozeßverlauf einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Besonders gefreut hat uns, daß auch der Genosse aufgrund der Veröffentlichung seiner Artikel Mut für seine Arbeit geschöpft hat: „... *Im übrigen möchte ich Euch sehr danken, daß Ihr so prima über den Prozeß berichtet habt. Das ist irgendwie eine ziemliche Ermutigung z.B. für mich und vielleicht können andere daran sehen, daß man durchaus mehr machen kann, als über so einer Sache ausflippen. Und wenn es auch etwas mehr ist, wie eben Artikel schreiben. VENCEREMOS!*"

1.125 DM Strafe wegen »Wehrkraftzersetzung« für KB-Presseverantwortlichen

Ermittlungsverfahren gegen Böll

Ermittlungsverfahren gegen Böll

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat gegen den Schriftsteller Heinrich Böll ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Bei diesem Verfahren geht es um einen Artikel im "Stern", in dem Böll sich mit der Verurteilung von fünf Mitgliedern der "KPD" auseinandergesetzt hatte. Diese waren wegen Störung einer Veranstaltung der NPD zu Gefängnis zwischen 5 und 7 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Böll stellte in seinem Artikel fest, daß dieses Urteil in seinen Augen ein Gesinnungsurteil war und verurteilte dies. Daraufhin stellten u.a. der vorsitzende Richter und ein Beisitzer des betreffenden Gerichts in Köln Strafantrag. Ob Böll wegen seines Artikels strafrechtlich belangt werden kann, wird "von der Staatsanwaltschaft zur Zeit noch geprüft." (Frankfurter Rundschau, 8.7.77).

Antifa-Kommission

• • •

Makabrer Prozeß in Würzburg

Vor dem Würzburger Schöffengericht stehen zur Zeit neun Würzburger Zigeuner vor Gericht. Ihnen werden "besonders schwerer Landfriedensbruch, bewaffnete Gewalttätigkeiten" etc. vorgeworfen.

Anlaß für die Klage war ein SS-Treffen im vergangenen September. Die SS-Divisionen "Charlemagne" und "Horst Wessel" hatten sich zu einem ihrer provokatorischen Treffen zusammengerottet. Hiergegen protestierten etwa 100 Antifaschisten, darunter auch die Zigeuner, deren Familien von den Nazis verfolgt und ermordet worden waren. Wegen eines Handgemenges, bei dem es auf Seiten der Faschisten wohl einige blutige Nasen gegeben hat, erhielten jetzt die Zigeuner die Anklagen zugestellt. Den Zigeunern wird vorgeworfen, sie hätten das *"Sicherheitsgefühl unbestimmt vieler Menschen* (der Versammlungsteilnehmer!) *beeinträchtigt".* Die Gewalttätigkeiten seien in einer *"die öffentliche Sicherheit (!) gefährdenden Weise begangen worden"* (tat, 8.7.). Als Belastungszeugen werden 5 SS-Leute, darunter ein Hauptsturmführer auftreten. Gegen diese Provokation haben zahlreiche in- und ausländische antifaschistische Organisationen protestiert.

• • •

Das gibt's auch noch!

Von der Anklage des "Widerstands gegen die Staatsgewalt" und der "Körperverletzung" ist am 6.7.77 vom Amtsgericht Bergedorf eine KBW'lerin freigesprochen worden.

Am 7. August des vergangen Jahres hatte sie am KBW-Stand Flugblätter gegen den Kongreß der NPD in Hamburg verteilt. Mehrere Bullen wollten gegen den Stand vorgehen, da dieser bereits eine dreiviertel Stunde vor der in der Genehmigung angegebenen Zeit aufgebaut war. Sie verlangten die Personalien der KBW'lerin, wogegen diese jedoch protestierte. Daraufhin wurde sie von 4 (!) Bullen an Armen und Beinen gepackt und zum Einsatzfahrzeug geschleppt. Dabei (!) soll sie "wie eine Furie" um sich getreten und 3 Bullen in ihrer "Gesundheit beeinträchtigt" haben!

Das Gericht entschied nun auf Freispruch, da Stände, insbesondere Informationsstände, nicht genehmigungspflichtig sind, sofern sie keine Behinderung für die Passanten darstellen (was in diesem Fall von den Bullen sogar ausdrücklich bestätigt wurde). Das Eingreifen der Polizei war demzufolge unrechtmäßig, da ja keine "Ordnungswidrigkeit" vorlag, und die "Angeklagte" hätte daher in Notwehr (!) gehandelt!

Gegen diese Entscheidung wird die Staatsanwaltschaft sicherlich in die Berufung gehen - oder sollte die etwa auch schon "zersetzt" sein?!

Ein Bergedorfer Genosse

1.125 DM Strafe wegen »Wehrkraftzersetzung« für KB-Presseverantwortlichen

75 Tagessätze à 15.- DM (= 1125.- DM) plus Prozeßkosten (die wahrscheinlich noch erheblich höher liegen), so lautet das Urteil der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Flensburg gegen den Presseverantwortlichen des KB in Flensburg, P. Petersen, wegen "verfassungsfeindlicher Einwirkung auf Angehörige der Bundeswehr" (§ 89 StGB), auch "Wehrkraftzersetzung" genannt.

Es ging hierbei um die 1975 erschienene Zeitung "Arbeiter und Soldat" (s. AK 106).

Durch dieses Urteil wurde der eigentliche Prozeßverlauf total auf den Kopf gestellt. Erstens konnte Genosse P. in seiner Erklärung zur Sache umfassend anhand von Artikeln aus der bürgerlichen Presse und sogar Aussagen von SPD-Bundestagsabgeordneten (!) nachweisen, daß die in der inkriminierten Soldatenzeitung gebrachten Enthüllungen über die Bundeswehr (Bürgerkriegsmanöver, faschistische BW-Offiziere, Drill der Soldaten zum Kadavergehorsam usw.) voll und ganz der Wirklichkeit entsprechen und selbst von diesen Kräften nicht bestritten werden. Darüber hinaus wurde deutlich, daß die daraus in der Zeitung gezogenen Schlußfolgerungen (Notwendigkeit des Widerstandes in der Bundeswehr) voll und ganz gerechtfertigt sind.

Weder die Staatsanwaltschaft noch das Gericht konnten die angeführten Enthüllungen widerlegen, weshalb sie es auch gar nicht erst versuchten ("auf die Einzelheiten will ich hier nicht eingehen"). Darüber hinaus konnten sie auch nicht ansatzweise den Nachweis erbringen, daß der Genosse mit der Herausgabe der Soldatenzeitung "planmäßig" in "verfassungsfeindlicher Absicht" auf Bundeswehrangehörige eingewirkt habe. Die "Planmäßigkeit" ist aber gerade Voraussetzung für eine Verurteilung nach § 89.

An sich hätte bei diesem Prozeß also auch nichts anderes herauskommen können als bei dem ersten Prozeß in dieser Angelegenheit vor einem Jahr, nämlich Freispruch. Da nun aber der Bundesgerichtshof in Karlsruhe diesen Freispruch aufgehoben hatte, konnten die Flensburger Richter, wollten sie nicht ihre Karriere gefährden (Entscheidungen gegen den BGH bringen Minuspunkte bei der Beförderung von Richtern) wohl nicht anders, als den Genossen schuldig zu sprechen.

Allerdings hatten sie erhebliche Mühe mit der Urteilsbegründung, die auch entsprechend hanebüchen ausfiel: die "Planmäßigkeit" bei der Herausgabe der "Soldatenzeitung" sei daraus zu schließen, daß der Genosse

a) politische Bildung studiert habe,
b) seine Ausführungen vor dem Gericht und die darin enthaltenen "dialektischen Gedankengänge" auf eine "überdurchscnittliche Intelligenz" schließen ließen.

Inhaltlich setzte sich das Gericht, wie gesagt, mit diesen Ausführungen nicht auseinander.

Man muß dazu sagen, daß dieses Urteil im Vergleich zu anderen in den letzten 2 Jahren vom Flensburger Landgericht gefällten Urteilen sogar noch relativ 'milde' erscheint. Dieses hat sich in dieser Zeit besonders intensiv mit Fällen von "Wehrkraftzersetzung" beschäftigt und teilweise echte Terrorurteile gefällt:

- 7 Monate ohne Bewährung (!) gegen den Verantwortlichen einer KPD/ML-Soldatenzeitung. Die Revision gegen dieses Urteil wurde inzwischen vom BGH verworfen. Der Genosse mußte vor einigen Wochen die Strafe antreten.
- 3.600.- DM gegen ein anderes KPD/ML-Mitglied wegen versuchter (!) "Wehrkraftzersetzung". Bei dem ihm zur Last gelegten Flugblatt konnte nicht einmal nachgewiesen werden, daß es überhaupt an Soldaten verteilt worden war.
- 6 Monate mit Bewährung gegen 2 KBW'ler usw. usf.

Wie man an diesen Urteilen sieht, nimmt mit der wachsenden Militarisierung in der BRD auch die juristische Verfolgung anti-militaristischer Arbeit ein immer stärkeres Ausmaß an. Das kann für uns nur bedeuten, unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet noch zu vergrößern. Über den Flensburger Prozeß wird in Kürze eine Dokumentation erscheinen.

KB/Gruppe Flensburg

Kommen nun die Bullen auf die Anklagebank?

Diese Frage haben sich sicherlich die 800 Teilnehmer nach der am 30. Juni in Köln stattgefundenen Veranstaltung zum Otto-Roth-Prozeß gestellt.

Die Verteidiger von Roth und Otto berichteten u.a. vom Tathergang: mit Filmen und Dias wurde das Tatgeschehen nach Zeugen und Gutachteraussagen rekonstruiert. Durch Untersuchungen der Geschoßgeschwindigkeiten, Schußbahn sowie Kalibergröße der Einschußbeschädigung, durch Rekonstruktion des Standortes der Polizeibeamten anhand der Schußbahnen und Einschußwinkel - können die Aussagen der Belastungszeugen als nachweislich falsch widerlegt werden.

Diese im Film angeführten Punkte sind Fakten, nach denen jeder erwarten muß, daß es nun eigentlich ein neues Verfahren geben muß, nämlcih gegen die Polizeibeamten. Aber Roland Otto und Karl-Heinz Roth stehen immer noch als Angeklagte vor Gericht.

Der Film sollte breit auf Veranstaltungen gezeigt werden.

Sebastian Cobler betonte auf der Veranstaltung die Notwendigkeit, die Situation der politischen Gefangenen ins Russel-Tribunal mit aufzunehmen.

KB/Gruppe Köln

Meldungen



Frankfurt. Das gegen den Briefträger Wolfgang Repp eingeleitete Berufsverboteverfahren ist abgewehrt worden.

Wegen DKP-Mitgliedschaft war er am 30. Juni 1967 auf Anordnung des Postministeriums vor die Wahl gestellt worden, entweder seine „Verfassungstreue“ zu beweisen oder sich auf den Rausschmiß vorzubereiten. Anlaß zu dem eingeleiteten Berufsverbotsverfahren war die routinemäßige VS-Überprüfung vor der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit. Ähnlich wie die Fälle Silvia Gingold (Lehrerin) und Rudi Röder (Lokomotivführer) hatte das Verfahren gegen Repp eine breite Welle von in- und ausländischen Protesten hervorgerufen. Repp wurde zum Beamten auf Lebenszeit ernannt (nach „Unsere Zeit“ – „UZ“ – im Juni '77).

***

Münster. Zwischen Vertretern der sozialdemokratischen niederländischen „Partei der Arbeit“ und dem SPD-Unterbezirksvorsitzenden W.M. Gatenhusen (Münster) sowie dem Professor E. Küchenhoff wurde für den Herbst dieses Jahres eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema „Berufsverbote“ vereinbart („UZ“, 30.6.77).

***

Göttingen/Hannover. Einen Teilerfolg erzielte der Göttinger Diplom-Sozialwirt W.G. gegen sein Berufsverbot. Hatte die Technische Universität Hannover gegen die Verfügung der Vorinstanz auf sofortige Einstellung Gs. Widerspruch eingelegt, so stellte das Arbeitsgericht nunmehr fest, daß G. einen Einstellungsanspruch habe. Dieser Anspruch sei jedoch nur dann durchsetzbar, wenn eine „besetzbare Stelle“ existiere. Die Entscheidung hierüber ist vom Urteil im Hauptsacheverfahren abhängig („UZ“, 30.6.77).

***

Buchholz. Im niedersächsischen Buchholz arbeitete seit über einem Jahr ein Assistenzarzt auf der HNO-Station, der in den Jahren 1974/75 in Hamburg für Flugblätter der „KPD/ML“ presserechtlich verantwortlich gezeichnet hatte. Jetzt wurde er auf Betreiben des niedersächsischen „Sozial“-Ministers entlassen.

Begründung für diese Maßnahme, die einem Berufsverbot gleichkommt: Der Kollege sei noch immer *„nicht bereit, (seine) ablehnenden Auffassungen zu unserer staatlichen Ordnung positiv zu ändern“*. Und so nützte es dem Arzt auch nichts, daß er zum Personalrat gewählt worden war und ein ausgezeichnetes Zeugnis des HNO-Chefarztes bekommen hatte. Beliebtheit bei Kollegen und Patienten, hervorragende Leistungen, all das zählt nicht in einem Berufsstand, der sich einen Altnazi und ehemaligen SS-Mann als Vorsitzenden seiner Organisation leisten kann (Information aus „Roter Morgen“, 1.7.).

***

Hamburg. Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin bestätigte die Ablehnung eines DKP-Lehrers als Lehrbeauftragter an der Hamburger Uni. An Lehrbeauftragte, die jeweils nur einen befristeten Vertrag erhalten, seien die *„gleichen Anforderungen hinsichtlich der Verfassungstreue wie an Bewerber für eine Beamtenstelle zu stellen“*, was wiederum eine Verschärfung des Radikalenerlasses bedeutet. „Wissenschaftsfreiheit“ und „akademische Lehrfreiheit“ bleiben angeblich von diesem Urteil unberührt – denn die Freiheit endet bekanntlich bei der „Verfassungstreue“ (nach „Tagesspiegel“, 1.7.77).

***

Westberlin. Die Senatskommission für Gesinnungsüberprüfung überprüft auch sämtliche Bewerber für eine dreiwöchige Einstellung als Betreuer in vom Senat organisierten Kinderferienlagern. Auch in diesem Jahr wurden mehrere offene oder versteckte politische Ablehnungen bekannt:

Ein Bewerber wurde abgelehnt, weil er angeblich 1975 in Salzgitter Flugblätter für den KBW verteilt hätte – was sogar noch erlogen ist. Außerdem sei er verantwortlich für eine 1975 in Salzgitter erschienene Schülerzeitschrift (!) mit „verfassungsfeindlichem Inhalt“, in der von *„beharrlicher Arbeit für einen langfristigen Kampf gegen den Lehrermangel die Rede ist, für den der Staat verantwortlich ist“*.

Man sieht, die schlichte Wahrheit ist verfassungsfeindlich (nach „Tagesspiegel“, 3.7.).

Drei andere „Fälle“ betreffen Mitglieder der „LAUS“ (die den AStA der PH stellt).

Eine Bewerberin wurde „beschuldigt“, neben „LAUS“-Mitgliedschaft und Kandidatur auf einer linken Liste an der Demonstration gegen Berufsverbote am 1.12.76 mit 20.000 Menschen und der Demo zur Freilassung der im Streik verhafteten Studenten Christoph und Peter (7.000 Teilnehmer) teilgenommen zu haben und sich in Nähe (!) des KSV–Blocks aufgehalten zu haben. Der Senator vermutete daher gleich ein *„aktives Einsetzen für die Ziele der KPD“*. Nach langem Hin und Her ließ die Landeskommission die „schwerwiegenden“Bedenken fallen – mittlerweile (kurz vor Beginn des Ferienlagers) waren allerdings alle Betreuerstellen besetzt. Die Bewerberin wurde nicht eingestellt.

Bei einer anderen Bewerberin
Bei einer anderen Bewerberin
(ebenfalls „LAUS“) verzögerte die Personalratskommission die Entscheidung über eine Anstellung bis vier Tage nach (!) Beginn des Ferienlagers.

In einem dritten Fall – wiederum eine Bewerberin, der Kandidatur für die „LAUS“ und Mitgliedschaft in einer Fachbereichsinitiative vorgeworfen wurde – gelang es, die Ablehnung zu verhindern: 70 von 80 Betreuern drohten dem Senat ultimativ an, bei Ablehnung der Bewerberin ihren Arbeitsvertrag nicht zu unterschreiben. Außerdem verfaßten sie eine Presseerklärung, benachrichtigten den Rundfunk und informierten die Eltern der Kinder.

Dieses erfolgreiche solidarische Vorgehen sollte künftig bei den Ferienbetreuern Schule machen (nach „Zwietracht“, Zeitung des AStA der PH, Nr. 6).

***

Westberlin. Seit Mitte 1973 bemüht sich vergeblich M.E., der 1973 das erste juristische Staatsexamen abgelegt hatte, um eine Einstellung in den Referendardienst. Vorgeworfen wird ihm eine Verurteilung wegen Hausfriedensbruch, eine Verfahrenseinstellung (Tatvorwurf Körperverletzung), Arbeit bei RA Groenewold in Hamburg, Mitgliedschaft im „Komitee gegen die Folter an politischen Gefangenen“, was von ihm aber bestritten wird. Versucht wird, M.E. in die „Terroristenecke“ zu stellen, um ihn dann abzulehnen, weil ein Einblick in Gerichtsakten durch ihn eine *„solche Gefährdung der Rechtsordnung beinhalte, daß dagegen die persönlichen Nachteile des Bewerbers als gering erscheinen müssen“* (nach „INFO-BUG“ 162).

***

Hamburg. Der (inzwischen fertige) Referendar Bernd A., der schon zum Februar 1977 von seiner Ausbildungsschule als Lehrkraft angefordert worden war, wartet noch immer auf seine Übernahme in den Schuldienst. Der Grund für die Verzögerung: seine verfassungsmäßige Überprüfung sei noch nicht abgeschlossen; vorgeworfen wird ihm die Mitgliedschaft in der DKP.

Inzwischen mußte er nun schon die zweite Anhörung über sich ergehen lassen. Dabei wurde ihm vorgeworfen, daß er in einem Artikel in der Referendarzeitung vom April dieses Jahres sein Berufsverbot als grundgesetzwidrig bezeichnete. Als „erschwerend“ wird ihm angelastet, daß er sich mit dieser Charakterisierung „auf der Linie der DKP bewege“ (Zitat aus dem Anhörungsprotokoll).

Ob nun nach guter Behördenlogik zu erwarten ist, daß ähnliche Stimmen ebenfalls vom Öffentlichen Dienst ferngehalten werden ...? Dann wäre der ehemalige Bundesverfassungsrichter Scholtissek der nächste Fall. Auch er bezeichnete den Ministerpräsidentenerlaß als „verfassungswidrig“.

***

Mannheim. Der Sonderschullehrer Kurt F. erhielt vom Mannheimer Verwaltungsgerichtshof eine Bestätigung seines Berufsverbotes, das die Landesregierung in Stuttgart wegen DKP-Mitgliedschaft gegen ihn verhängt hatte. Gegen dieses Urteil war eine Revision nicht zugelassen worden. Kurt F. hat daraufhin eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht gegen die Nichtzulassung der Revision eingereicht.

Die Eltern der Klasse, in der F. zuletzt unterrichtete, haben den Elternrat beauftragt, beim Verwaltungsgericht Freiburg Klage gegen die Entlassung Fs. zu erheben. An die Abgeordneten ihrer Gegend wandten sich die Eltern mit der Bitte, sich zu seinen Gunsten einzusetzen. Ebenfalls schickten sie einen Appell an das Bundesverwaltungsgericht, der Beschwerde stattzugeben (laut „tat“, 1.7.77).

***

Augsburg. Die Großeltern und Eltern des 26jährigen Lehramtsanwärters Ilja H. waren als Kommunisten im antifaschistischen Widerstand aktiv. Sie haben als Konsequenz ihrer entschiedenen Haltung Gestapo und
entschiedenen Haltung Gestapo und
KZ-Haft durchstehen müssen. Der Großvater ist an den Folgen der Folterungen gestorben. In der antifaschistischen Tradition seiner Eltern aufgewachsen machte Ilja H. auch Jugendarbeit bei der Kinderorganisation „Junge Pioniere“, wo er Ausflüge und Bastelarbeiten organisierte. Er selbst ist parteilos. Seine Tätigkeit bei den „Jungen Pionieren“ wird als Grund angeführt, um ihm die Aufnahme in den Schuldienst zu versagen.

Das Verwaltungsgericht in Augsburg bestätigte das Berufsverbot mit der Begründung, die „Jungen Pioniere“ müßten als *„Nachwuchsorganisation der DKP“* gewertet werden. *„Prokommunistische Bestrebungen aber seien nach Ansicht des Gerichts immer verfassungsfeindlich, auch wenn sie aus dem Verfolgungsschicksal der Angehörigen heraus verständlich schienen“* („UZ“, 25.6.77).

In der Begründung des Urteils führte Verwaltungsrichter Schendel an, daß H. der Aufforderung des Gerichts nicht nachgekommen sei, sich von denjenigen Naziopfern und antifaschistischen Widerstandskämpfern zu distanzieren, die Kommunisten waren und sind.

***

München. Erich K., theoretischer Physiker an der TU München bekommt Berufsverbot – weil er Mitglied des SHB ist !

Eine Überprüfung durch den Verfassungsschutz hatte beim TU-Präsidenten Grigull Zweifel an der Verfassungstreue geweckt. Sein Sündenregister:

- Teilnahme an einer Demo gegen das Bayrische Hochschulgesetz am 28.6.73);
- im Januar 75 Kandidatur für die Liste von MSB/SHB;
- im Mai 75 hatte K. drei Infostände für den SHB angemeldet.

Einziges Rechtsmittel für ihn ist jetzt ein Prozeß beim Arbeitsgericht, das heißt, daß eine Einstweilige Anordnung auf Weiterbeschäftigung von vornherein unmöglich ist.

***

Bremen/Münster/Dortmund. Die örtlichen Initiativen gegen Berufsverbote veröffentlichten Listen mit Berufsverbotsopfern. Demnach sind in Bremen bisher 20 Lehrer und Professoren betroffen, in Münster 20 und in Dortmund 5 („tat“, 8.7.77).

***

Kassel. Als Beleg für die „rechtsstaatlichen“ Zustände im „Modell Deutschland“ war das spektakuläre Berufsverbot gegen Silvia Gingold in erster Instanz aufgehoben worden.

Das vom hessischen Kultusminister Krollmann angestrengte Berufungsverfahren läßt jedoch nicht lange auf sich warten: Am 27.7.77 findet es in Kassel statt. Dabei wird S. Gingold auch durch den Pariser Anwalt Pierre Kaldor vertreten. Kaldor ist Vorsitzender des im Mai 1976 von Sozialisten-Chef Mitterand gegründeten französischen Komitees gegen politische Unterdrückung in der BRD. Dies ist unseres Wissens das erste Mal, daß dieses Geister-Komitee in die Sphäre politischer Realität hinabsteigt (falls es dabei bleibt).

Unter den zahlreichen ausländischen Prozeßbeobachtern wird sich auch das Vorstandsmitglied der niederländischen sozialdemokratischen „Partei der Arbeit“, Senator Wielek, befinden („tat“, 8.7.77).

Paris. Eine Konferenz internationaler Arbeitsrechtler „rügte“ in Paris die Berufsverbotepraxis in der BRD als Verstoß gegen ein Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (Unterabteilung der UNO). Das Abkommen Nr. 111 verbietet politische Diskriminierungen im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen („tat“, 8.7.77).

Berufsverbotekommission
KB/ Gruppe Hamburg
SSB Westberlin
Münchner KB-Sympathisanten

Ausbildungsverbot

Westberlin. Einer 20jährigen Schülerin und einem 21jährigen Arbeiter ist von der BVG (städtisches Nahverkehrsunternehmen) die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis verweigert worden, *»weil die beiden möglicherweise aufgrund ihrer politischen Überzeugung das BVG-Verkehrsangebot behindern oder gefährden könnten«* („Tagesspiegel“, 28.6.77).

Dies nachdem den beiden zuvor bestätigt worden war, sie würden sämtliche Einstellungsvoraussetzungen erfüllen.

Die denkwürdige Ablehnungsbegründung der BVG: *»Die sicherheitseinrichtungen der BVG, die zur Gewährleistung eines gesicherten Betriebsablaufes in entsprechendem Maße beitragen, können und dürfen von ihrer Funktionsweise her aber nur einem Personenkreis bekanntgemacht werden, der eine Gewähr dafür bietet, nicht unter Ausnutzung der besonderen Kenntnisse zu einer Störung des Betriebsablaufes beizutragen. Nach unserer Auffassung reicht bereits die Möglichkeit, daß es zu solchen Störungen kommen könnte bzw. daß die während der Ausbildung gewonnenen Kenntnisse unbefugten Dritten weitergegeben werden, die dann wiederum zu einer Störung des Betriebsablaufes führen und die Sicherheitsbelange der BVG erheblich beeinträchtigen, den Abschluß von Ausbildungsverträgen abzulehnen.«*

»Informationen«, die »entsprechende Zweifel« aufkommen ließen, hatte der Verfassungssch(m)utz der BVG zukommen lassen.

Zu der »Begründung« ist zu bemerken, daß bei der BVG am 1.8. die nächsten Fahrpreiserhöhungen anstehen. Nachdem vor kurzem ein Brandanschlag auf die »Schwarzfahrerkartei« der BVG gemacht worden war, nachdem Plakate, Flugblätter usw. gegen die Fahrpreiserhöhung aufgetaucht waren, entfalteten Senat, BVG und bürgerliche Presse eine Hetzkampagne gegen den beginnenden Protest. Motto: *»Terrorkampagne der Linksextremisten gegen BVG«, »Terroristen gefährden Menschenleben«, »Das Gelumpe muß aufgespürt und aus dem Verkehr gezogen werden«* (SPD-»Linker« Ristock!) usw.

Die »Taten« der beiden abgelehnten Bewerber: Bei dem einen waren im Spandauer Forst (dort war das für einen Kraftwerksbau vorgesehenes Gelände besetzt worden) die Personalien aufgenommen worden; die Frau lebt in einer Wohnung, in der früher einmal »Terroristen« gewohnt hätten („Tagesspiegel“, 28.6.).

Die BVG erklärt, sie habe beim VS nicht diesbezüglich nachgefragt. Die Senatsinnenverwaltung bestätigte das und erklärte: *»Es ist bekannt gewesen* (?), *daß die beiden abgelehnten Bewerber einer Szene angehören, die aufgrund ihrer politischen Überzeugung dazu neigt, Gewalttätigkeiten, möglicherweise sogar terroristische Handlungen zu begehen.«* Als der Verfassungsschutz erfahren habe (von wem wohl?!), daß die Beiden sich um Einstellung als Lehrlinge beworben hätten, habe er seine Erkenntnisse an die BVG weitergegeben („Tagesspiegel“, 29.6.).

Die Vermutung liegt nahe, daß die BVG und auch die anderen senatseigenen Betriebe mittlerweile alle Bewerber für privatrechtliche Ausbildungsverhältnisse systematisch vom VS überprüfen lassen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

Berufsverbot gegen AKW-Gegnerin wird vorbereitet

Gegen die Segeberger Lehrerin M. soll wegen Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative gegen AKWs ein Berufsverbot vorbereitet werden. Dies zeigt, wie weit die Kriminalisierung von AKW-Gegnern geht; vor allem dann, wenn man die Ergebnisse der *„disziplinarischen Vorermittlungen“* hört.

Man wirft der Lehrerin vor, daß sie *„am 15.2.77 anläßlich der Versammlung einer Gruppe von Kernkraftgegnern öffentlich dafür eingetreten (ist), daß bei Demonstrationen gegen den Bau des KKW in Brokdorf Gewalt angewendet wird.“* (Offensichtlich hatte das Landesschulamt an jenem Abend ein Ohr in der Versammlung, das aber wohl nicht richtig gewaschen war). Ferner wirft das LSA ihr vor, daß sie in einer Gegendarstellung in der „Segeberger Zeitung“ zu einem vorher erschienen Bericht über die Anti-AKW-Veranstaltung auf die Frage, *„ob sie der Gewaltanwendung nun positiv oder negativ gegenübersteht, nicht eingegangen“* ist. Weiter wird die Lehrerin „beschuldigt“, zu einer Sitzung der BI eingeladen zu haben. *„Sie konnte die Tendenzen der Gruppierung (gemeint ist die BI, Anm. AK) erkennen und hätte von hier ab nicht mehr mitwirken dürfen ... Dahingegen hat sie jedoch ihre Aktivitäten in der Gruppierung in maßgeblicher Funktion (?) betrieben. Damit hat sie sich als Beamtin nicht beispielhaft verhalten und dabei unter Umständen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung kritiklose Bürger fehlgeleitet. Frau M. hat somit auch dem Ansehen des Beamtentums geschadet.“*
(zit. nach einem BI-Flugblatt).

KB-Genossen aus Segeberg

Militarismus Antimilitarismus



Diskussionsbeitrag zur Frage der gewerkschaftlichen Organisierung

Zur Zeit ist in der westdeutschen Soldatenbewegung die Frage der gewerkschaftlichen Orientierung sehr stark in der Diskussion. Wir möchten uns aus diesem Grunde etwas ausführlicher mit der einzig schriftlich vorliegenden Konzeption zu diesem Thema, dem der ASG, kritisch auseinandersetzen.

So heißt es z.B. in der Plattformder ASG (Antimilitaristische Soldatengruppe, der Soldatenorganisation, die politisch-ideologisch von der GIM getragen wird):„*Die gewerkschaftliche Organisierung der Soldaten ist Ausdruck einer auch organisatorischen Verbindung zur Arbeiterklasse. Als ersten Schritt dazu propagieren wir den Aufbau von gewerkschaftlichen Soldatengruppen.*" Begründet wird dies mit dem Ziel, die Spaltung der Soldaten von der Arbeiterklasse zu überwinden und zweitens damit, auf diesem Wege die unmittelbaren Interessen der Soldaten und die elementaren Rechte durchzusetzen. Es heißt weiter in ihrer Plattform:„ *Dies muß in Soldatenkomitees geschehen, die sich zunächst nur auf den Kampf für diese Forderungen beschränken müssen, wobei es darauf ankommt, möglichst viele Gewerkschaftler einzubeziehen.*" „*Diese Komitees bzw. Gruppen können nicht ohne die Unterstützung der Organe des örtlichen DGB auskommen. Sie brauchen einen Raum, wo sie sich treffen können usw. Um diese Unterstützung müssen die Komitees kämpfen, um als gewerkschaftliche Soldatengruppe anerkannt zu werden. Sie können sich dazu z.B. an den Ortsjugendausschuß wenden... In den Gewerkschaften muß schließlich darauf hingearbeitet werden, daß die Gewerkschaften s e l b e r die Initiative zur Soldatenarbeit ergreifen. Die Ortsjugendausschüsse haben dann die Aufgabe, zur Gründung gewerkschaftlicher Soldatengruppen aufzurufen und sie zu organisieren.*"

Soweit erst mal Auszüge aus der Plattform der ASG. Kurz zusammengefaßt laufen diese Vorstellungen da-

Soweit erst mal Auszüge aus der Plattform der ASG. Kurz zusammengefaßt laufen diese Vorstellungen da-
rauf hinaus, daß es ohne die Unterstützung des DGB nicht geht, die Sache dann am einfachsten ist, wenn nicht wir, sondern die Gewerkschaften die Initiative ergreifen und daß die inaktive Haltung des DGB zunächst einmal unser größtes Problem ist. Im Militärprogramm werden die dahinterliegenden Vorstellungen noch weiter und z.T. noch deutlicher ausformuliert. Es heißt dort, daß es „*ein entscheidendes Etappenziel des antimilitaristischen Kampfes in der gegenwärtigen Periode ist, den wehrpflichtigen Mannschaften und Unteroffizieren eine gewerkschaftliche Interessenvertretung zu geben.*" Widerstände werden von Seiten der Generäle und der Gewerkschaftsführung erwartet, speziell von der ÖTV, die sich „*nicht aktiv für die Belange der Wehrpflichtigen einsetzt*". Wörtlich wird dann behauptet, „*daß es zunächst einmal darum geht, den Wehrpflichtigen gegenüber dem bürgerlichen Militär eine Interessenvertretung zu schaffen, während es sich bei dem Kampf gegen den Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie um einen Konflikt innerhalb der Arbeiterbewegung handelt.*"

Wir glauben, daß wir an Hand dieser Zitate die Grundeinstellung dieser Konzeption hinreichend dargestellt haben, vermerken jedoch gleich, daß wir natürlich nicht davon ausgehen, daß alle, die eine ähnliche Orientierung vertreten, von dieser Vorstellung ausgehen.

Die Haltung von DGB und ÖTV zur Bundeswehr, zum antimilitaristischen Kampf und zu den konkreten Interessen der Soldaten

Als ersten Kritikpunkt an dieser Konzeption möchten wir auf das Versäumnis hinweisen, daß auch nur im geringsten auf die praktische Politik des DGB in der Bundeswehr eingegangen wird. Wir halten diesen Punkt für sehr wesentlich und das Versäumnis kommt auch nicht von ungefähr.

Im wesentlichen geht es hier um den Punkt, ob man ernsthaft den Standpunkt vertreten kann, bei den Widersprüchen zur DGB-Führung in der Haltung zur Bundeswehr gehe es um einen „Widerspruch innerhalb der Arbeiterbewegung". Gesetzlich ist eine Aktivität von Seiten der Gewerkschaft in der Bundeswehr möglich und es gibt auch eine „Abteilung Soldaten in der ÖTV". Ihr gehören nur wenige tausend Mitglieder an, allerdings ausschließlich Zeit- und Berufssoldaten, also in der Regel die Vorgesetzten und Unterdrücker der Soldaten, die sich hier gewerkschaftlich zusammenschließen sollen. Diese „Gewerkschaft" hat ein gutes Verhältnis zur Bundeswehrführung und ist nichts anderes als die sozialdemokratische Alternative zum erzreaktionären Bundeswehrverband, der Standesorganisation der Zeit- und Berufs-



soldaten. Einen antimilitaristischen Kampf führt sie nicht. Existentielle Forderungen der Wehrpflichtigen vertritt sie auch nicht. In ihrer Zeitung, dem „wehrreport" wird auf Forderungen der Wehrpflichtigen und auf das Problem der Disziplinierung von Soldaten überhaupt nicht eingegangen. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam, das eine gewerkschaftliche Interessenvertretung natürlich als erstes angreifen müßte, weil es den Soldaten zu einem willfährigen und rechtlosen Instrument der Bundeswehr abrichtet, wird nicht in Frage gestellt, sondern im Gegensatz sogar bekräftigt. Es wird lediglich eine „Mitbestimmung" durch einen Kompanierat mit dem Kompaniechef als beherrschende Figur gefordert. Es ist daher nicht weiter überraschend, daß in dieser Zeitung fortschrittliche Menschen und Kommunisten diffamiert werden:

Es heißt dort (aus „wehrreport" 5/ 72) in Anspielung an „gewalttätige Studenten": „*Soldaten allerdings, die mangels Tomaten gleich mit Gewehren rumfuchteln, kann sich keine Gesellschaft leisten, auch nicht auf dem Lernkonto!*" Dies zeigt doch deutlich, was die ÖTV mit linken Soldaten anfangen würde. Sie müßten damit rechnen, sofort bei der Bundeswehr verpfiffen zu werden, was das Interesse an dieser Form der Organisierung sehr schnell erlahmen lassen würde. Es ist bezeichnend, daß weder ASG noch GIM dieses Problem überhaupt zur Sprache bringen. Das Problem ist doch ganz einfach, ob in der Auseinandersetzung zwischen den Soldaten und dem bürgerlichen Militär die Gewerkschaft ÖTV sich mit den Soldaten oder der Bundeswehrführung verbündet, und die Anzeichen sprechen alle dafür, daß auf Grund der grundsätzlichen Einstellung der ÖTV (respektive DGB) zur Bundeswehr diese in aller Regel den Standpunkt der Bundeswehrführung einnimmt, so daß gar keine Rede davon sein kann, daß es sich hier lediglich um einen „Widerspruch innerhalb der Arbeiterbewegung" handelt. Es ist auch nicht so, daß die ÖTV nur zu wenig tut für die Belange der Soldaten, sie ist aktiv dagegen. Diese ganze dahinter stehende Haltung hat der DGB-Vorsitzende Vetter kürzlich in einem grundsätzlichen Vortrag vor der Führungsakademie der Bundeswehr ausgeführt: Er sagte u.a.:„*Heute sehe ich keine Gefahr, daß die Armee wiederum zu einer Gefahr für die Demokratie werden könnte. Politisch und verfassungsrechtlich ist alles getan worden, um die bewaffnete Macht in den demokratischen Staat spannungsfrei einzubauen. Die Bundeswehr steht unter ziviler Führung, sie ist ein Teil der Exekutive und unterliegt damit der parlamentarischen Kontrolle. Ihr Auftrag ist rein devensiver Natur... Heute fühlen wir uns von der Bundeswehr nicht bedroht... Eine Frontstellung zwischen organisierter Arbeitnehmerschaft und Militär gibt es nicht mehr.*" Und „*Wir wissen, daß die Bundeswehr dem Staat gegenüber absolut loyal ist, die in ihr tätigen Menschen von der Demokratie beseelt sind... Wenn wir eine lebendige und belastbare Beziehung zwischen der bewaffneten Macht und der organisierten Arbeitnehmerschaft herstellen, braucht es uns um diesen Staat nicht bange zu sein.*" In dieser Rede empfahl Vetter den DGB als „*das stärkste Bollwerk gegen den politischen Extremismus*". Es versteht sich von selbst, daß er davon ausgeht, daß die Koalitionsfreiheit in der Kaserne uneingeschränkt existiert und „*daß Soldaten heute dieselben Rechte wie alle anderen Staatsbürger haben.*" Was das Prinzip von Befehl und Gehorsam betrifft, so ist er der Meinung, daß „*Gehorsam ohne Mitdenken zunehmend problematisch* "wird, und daß in der Bundeswehr „*alles getan wird, diese in einer hochtechnisierten Armee zwangsläufigen Prozesse nicht zu behindern.*" Das Konzept der inneren Führung wird entsprechend hochgelobt. Nicht zufällig ist bei dieser Haltung ein alter Gewerkschafter „Verteidigungsminister" und Vorgesetzter aller Soldaten.

Diese Haltung des DGB ist unserer Meinung nach zur Zeit der Hauptgrund, warum es keine breitere Soldatenarbeit innerhalb der Gewerkschaften gibt. Auch in anderen westeuropäischen Ländern mit einer breiter entwickelten Soldatenbewegung wie z.B. Italien -- und selbst in Portugal – hat diese Orientierung der Soldatenarbeit aus ähnlichen Gründen keine besondere Rolle gespielt. Auf Grund der besonderen Bedingungen der Arbeit in der Kaserne und mit den Soldaten ist es bei dieser Haltung des DGB auch nicht so ohne weiteres möglich, einen breiteren Kampf um Dienstausgleich und Existenzlohn mit den Gewerkschaften zu führen. Jeder Kampf um irgendeine Forderung in der Bundeswehr wird sehr schnell mit politischer Repression in der Bundeswehr beantwortet und die Gewerkschaftsführung unterstützt das. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der DGB oder die ÖTV irgendeine dieser Forderungen mal unterstützt, wenn eine breite Bewegung dafür da ist, aber dieser Bewegung stellt sie sich entgegen, weswegen wir mit dieser Orientierung keines unserer Probleme lösen.

Wie weit aber derzeit die Möglichkeit, daß von den Gewerkschaften auch nur eine Forderung von den Wehrpflichtigen aufgenommen würde, im Bereich unwirklicher Phantasien liegt, ergibt sich allein aus der Tatsache, daß Wehrpflichtige heute nicht einmal formell die Möglichkeit besitzen, Mitglied in einer Gewerkschaft zu werden.

Zwar besitzt die ÖTV eine Abteilung für Zeitsoldaten und Offiziere. Wehrpflichtige, die bereits vor ihrer Bundeswehrzeit Gewerkschaftsmitglieder waren, werden aber in den einzelnen Gewerkschaften lediglich als stille Mitglieder (ohne Beitrag) weitergeführt. Ein Eintritt in eine

mitglieder waren, werden aber in den einzelnen Gewerkschaften lediglich als stille Mitglieder (ohne Beitrag) weitergeführt. Ein Eintritt in eine
Einzelgewerkschaft des DGB ist während des Wehrdienstes heute ausgeschlossen.

Allerdings gibt es auf dem Papier Anträge etwa von der 9. DGB-Jugendkonferenz und der 13. ÖTV-Jugendkonferenz, die immerhin die Einbeziehung der Wehrpflichtigen in Arbeitsbereiche ihrer jeweiligen Gewerkschaften fordern, oder für die ÖTV die Möglichkeit, in der Soldatenarbeit der ÖTV auch Wehrpflichtige mitzubeteiligen. Das hat aber mehr den Charakter, die Einbeziehung von Wehrpflichtigen in die Arbeit ihrer jeweiligen Gewerkschaft zu fordern, mit gewerkschaftlicher Arbeit und Organisierung unter den Wehrpflichtigen selbst – selbst rein formell – hat das noch nichts zu tun.

Diese Haltung des DGB und der ÖTV zur Bundeswehr sind nichts neues.Trotzdem ist von den verschiedenen Soldatengruppen bislang keine grundsätzlichere Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften erfolgt. Von dèr ASG ist uns in Hamburg in dieser Hinsicht nichts bekannt. Ihre Plattform steht in dieser Hinsicht nur auf dem Papier. Uns ist lediglich von der AMAK bekannt, daß sie intensiveren Kontakt mit gewerkschaftlichen Gruppen hat. Es ist unserer Meinung nach erstens sinnvoll und zweitens notwendig, die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Gruppen innerhalb der Gewerkschaft, die eine Soldatenarbeit nicht boykottieren, zu suchen und in der ÖTV unsere Kritik an ihrer Haltung zur Bundeswehr und zu den Problemen der Wehrpflichtigen, die ja in vielen Fällen Gewerkschaftsmitglieder sind, hineinzutragen. Diese Erfahrungen müssen breiter diskutiert und ausgetauscht werden. Daß nämlich so wenig in dieser Hinsicht getan wurde, liegt natürlich in erster Linie an den Schwierigkeiten und Unklarheiten in dieser Frage. Auch wir haben in dieser Frage noch kaum etwas gemacht.

Was soll die gewerkschaftliche Organisierung erreichen ?

Bei dieser Haltung des DGB ist es sinnvoller, die Frage des Aufbaus gewerkschaftlicher Soldatengruppen an der Frage des Aufbaues einer eigenen Soldatengewerkschaft zu diskutieren, die langfristig vielleicht mal eine offizielle Anerkennung bekommt, was aber für die folgenden Betrachtungen unwesentlich ist. Was soll und was würde es heute bringen?

Nach der Konzeption von GIM/ ASG soll hier erst mal an Hand konkreter ökonomischer Forderungen und demokratischer Rechte eine Interessenvertretung geschaffen werden, ein Etappenmodell wird vorgelegt. Was unterscheidet dies von den jetzigen Soldatengruppen? Eine wirkliche Interessenvertretung setzt eine breitere Bewegung voraus, die zur Zeit nicht da ist und auf absehbare Zeit werden die Soldatengruppen nicht mit einer Unterstützung des DGB rechnen können. Wir müssen daher auf die eigenen Kräfte bauen. Zur Zeit finden wir unsere stärkste Unterstützung in den linken Organisationen und den fortschrittlichen Teilen der Arbeiterjugend. Alles andere ist weltfremd. Eine jetzt gegründete Soldatengewerkschaft wird daher nur auf dem Papier stehen und am jetzigen Zustand nichts ändern.

Entscheidend ist nun, daß die Propagierung einer Soldatengewerkschaft als das Ei der Soldatenbewegung betrachtet wird und es wird dann ganz eindeutig vertreten, „*daß die Soldatenkomitees sich zunächst auf den Kampf um diese Forderungen beschränken müssen.*"

Völlig richtig ist, daß zur Verankerung verschiedener existentieller Forderungen noch einiges mehr getan werden muß. Es ist aber falsch zu glauben, wenn wir uns auf solche Forderungen beschränken,kämenwir leichter zum Ziel. Dies läuft auf Heraushalten der Politik hinaus. Die Be-

werden muß. Es ist aber falsch zu glauben, wenn wir uns auf solche Forderungen beschränken,kämenwir leichter zum Ziel. Dies läuft auf Heraushalten der Politik hinaus. Die Be-
hauptung, daß man durch diese Beschränkung besser vorankommt, steht ohne Begründung im Raum da. Sie wird nicht aus einer Diskussion über die Schwierigkeiten, denen sich die praktisch kaum vorhandene Soldatenbewegung in der BRD stellen muß, abgeleitet. Auf das Problem, wie eine auf solche Forderungen beschränkte Soldatenbewegung beim Ausbleiben entsprechender Erfolge stabilisiert werden kann, wird überhaupt nicht eingegangen. Im Grunde genommen geht es hier doch nur darum, daß man den Massen hinterherläuft und daß man glaubt, durch den Verzicht auf entsprechende politische Forderungen die Anerkennung vom DGB leichter zu erhalten.

Wir sind der Meinung, daß diese Beschränkung des Kampfes schädlich ist, daß an beiden Fronten zu arbeiten ist und wir nur dadurch vorankommen. Wir dürfen nicht verschweigen, daß wir nicht in der Lage sind, unsere hier aufgestellten Forderungen unmittelbar und in kurzer Zeit durchzusetzen und orientieren nicht auf einen Weg, der voller Illusionen ist. Das wäre unehrliche Politik und würde am Ende gegen uns selber ausschlagen. Wir müssen daher versuchen, Widerstandsformen zu entwickeln, die die Aktivitäten der Soldaten steigern und an allen Widersprüchen, denen die Soldaten unterworfen sind, ansetzen und eine breite Diskussion über die Formen des Widerstandes führen. Nur dieses Vorgehen und nicht ein ausgedachtes Etappenmodell wird uns Erfolge bescheinigen. Eine Beschränkung auf Petitionen und Unterschriftensammlungen an den Kompaniechef, wie wir es von der ASG her kennen, bringt uns auch nicht weiter.

Antimilitarismuskommission KB/Gruppe Hamburg

Maihofer unterstützt »kriminelle Vereinigung«

In der Nr. 62 des „Informationszentrum 3. Welt" vom Juni '77 berichtet ein ausländischer Kollege über die knastähnlichen Verhältnisse im Asylheim Rastatt; wir drucken diesen Bericht leicht gekürzt nach:

Unterbringung: Die große Kreisstadt Rastatt, eine Kleinstadt in der Rheinebene südlich von Karlsruhe, hatte im letzten Jahrhundert Bedeutung als Bundesfestung und während der Revolution. von 1848-49. Aus dieser Zeit stammt auch das Gebäude, das ehemalige Festungslazarett, in dem die männlichen Asylbewerber ohne Familien untergebracht sind. Sie leben in großen Räumen, die mit Holzwänden unterteilt sind. Diese reichen allerdings nicht bis zur tonnenförmig gewölbten (gute Akustik!) Decke, bieten also keine Abschirmung gegen die drei Nachbarkabinen. Diese Verschläge sind etwa 12 qm groß. Zur Zeit der stärksten Belegung des Lagers mit über 400 Asylbewerbern teilten sich bis zu 6 Menschen diesen Raum - die Unterbringung von Tieren ist gesetzlich geregelt, die dieser Mensch nicht.

Vielleicht sollte diese Überbelegung eine Art Ersatz für mangelnde Heizungswärme sein. An manchen Tagen im Winter schaffte es die total veraltete Heizungsanlage nämlich nicht einmal, das Thermometer über 10° C steigen zu lassen, geschweige denn, Wasser zum Waschen oder Spülen zu wärmen. Zu diesem Mangel kommen veraltete und unzureichende sanitäre Anlagen und eine bei manchen Asylbewerbern aus arabischen Ländern zu beobachtende Einstellung, Reinigungsarbeiten durch zuführen sei unter ihrer Manneswürde. Als das Lager noch von Flüchtlingen aus der DDR bewohnt war, wurden beim Auszug von Familien Putzfrauen mit der Reinigung der verlassenen Räume beauftragt. Diese Stellen sind inzwischen eingespart worden, und in der Lokalpresse lautet das dann so: „Deutsche Arbeiter lehnen es ab, hier zu säubern, die Asylanten selbst halten nichts von Sauberkeit" (Badisches Tagblatt=BT, 10.12.1976).

Dabei hatten sich gerade, weil viele der Asylbewerber aus 22 Nationen durchaus die katastrophalen hygienischen Verhältnisse verbessern und Putzdienste einrichten wollten, die Spannungen im Lager so erhöht, daß sie sich in Schlägereien entluden. Die räumliche Trennung auf verschiedene Flügel des Gebäudes milderte die Feindseligkeiten, baute sie aber nicht völlig ab. Als bei einer anderen Gelegenheit eine Delegation von 10 Leuten den Lagerleiter um Vermittlung bat, war dessen Antwort nur: „Why don't you kill them?" -(„Warum tötet ihr sie nicht?").

Verwaltung-Betreuung: Dieser Lagerleiter ist auch für die Aussiedler aus Osteuropa zuständig, „die wieder Deutsche werden wollen und die nun einmal menschlich-verständlich, einem Lager-Vorsteher in Deutschland etwas näher stehen als Jussuf und Ali" (BT, 3.2.77) -(....). Von ihm das geringste psychologische Einfühlungsvermögen in die Probleme von Asylbewerbern aus Asien oder Afrika zu verlangen, bedeutete eine große Zumutung. „Die Polizei geht fast stündlich Streife" (Interview in Badische Neueste Nachrichten= BNN, 15.1.1977). (.....).

Medizinische Versorgung: Die medizinische Versorgung geschah bis Februar 1977 durch eine Krankenschwester, die die Aufgabe hatte, Menschen mit Beschwerden einen Krankenschein auszustellen und zum Arzt zu schicken . Völliger Mangel an irgendwelchen Fremdsprachenkenntnissen machte jedoch die verständigung fast unmöglich (.....) und den Versuch, einen Krankenschein zu bekommen, oft zu einem Kampf, bei dem der Asylbewerber unterlag. Leuten, die wegen ständigem Hautjucken zum Arzt wollten, riet sie zur Kamillenseife - kein Wunder, daß die Krätze sich im Lager ungestört ausbreiten konnte. (....)

Freizeit: Die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung sind beschränkt,obwohl es den Asylbewerbern wahrlich nicht an freier Zeit mangelt. Kino- und Gaststättenbesuche und andere Vergnügungen, die Geld kosten, müssen sie möglichst einschränken, da sonst die 283.-DM Sozialhilfe pro Monat nicht für den Lebensunterhalt reichen. Ausflüge in den nahen Schwarzwald dürfen nicht sein, da die Duldung, wie gesagt , nur den Aufenthalt in Rastatt erlaubt. Im Lager gibt es keine Möglichkeiten zur Unterhaltung. Sport zu treiben gelingt den wenigen, die durch private Beziehungen zu einem Verein Zugang finden. Sozialarbeiterinnen, die sich bei Oberbürgermeister Franz Rothenbiller dafür einsetzten, den Ayslbewerbern einen ungenutzten Sportplatz zur Verfügung zu stellen, stießen auf energische Ablehnung: Es sei den Kindern, die dort nachmittags manchmal spielen, nicht zuzumuten, den Platz mit Asylbewerbern zu teilen. (....)

Charakteristisch und entlarvend ist die Art des Wortschatzes, mit dem die Asylbewerber in den Zeitungen BT und BNN belegt wurden. Da ist die Rede von : „Asylanten, ein Begriff mit einem 'Beigeschmack' (BT), von „ zumeist sehr jungen Exoten", „Hinterorientalen", „rund 400 schwarzhaarigen Gestalten" (BNN), von „andersfarbigen Miteinwohnern" (BT). Ganz selbstverständlich - obwohl Aussagen darüber nicht einmal der Lagerleitung sondern nur dem Bundesamt in Zirndorf zustehen - wird behauptet, sie trieben „Asyltourismus" wegen der Sozialhilfe, denn die 283 DM Unterstützung im Monat liegen meist weit über dem Durchschnittseinkommen in der alten Heimat" (BNN). Mit bestechender Logik wird geschlossen, daß die Auflösung des Lagers „ eine Art Vertreibung aus dem Paradies " bedeuten würde, denn „andernfalls wären die Asylsucher doch längst freiwillig wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt" (BNN). Diese Diffamierung wird noch übertroffen von den Versuchen, in der Bevölkerung Angstgefühle zu schüren: „Angst haben viele Rastatter vor den Leuten mit fremden Gesichtern" (BT). Es ist die Rede von Gestalten, die „selbst beim männlichen Geschlecht unangenehme Gefühle erwecken,was rein gar nichts mit Rassismus zu tun hat, sondern einem inneren Gefühl der Unsicherheit,wenn nicht der Angst, entspringt." (.....) Mitteilung der Tagespresse vom 22.4.77: Das dem Bundesamt angeschlossene Lager in Zirndorf ist wieder geöffnet, nachdem es ein Vierteljahr geschlossen war. Das bedeutet eine erneute Zunahme der Asylbewerber in Rastatt und der damit verbundenen Probleme, denn trotz Einstellung eines arabisch sprechenden Betreuers hat sich an der mißlichen Lage grundsätzlich nichts geändert.

Ausländer-Kommission



ausländische Arbeiter in der BRD

Erfahrungsbericht eines Asylbewerbers

Der persische Genosse Mehdi Khan-baba Teherani hat den Spieß einmal umgedreht: er hat Strafanzeige gegen Innenminister Maihofer, gegen den Verfassungsschutzpräsidenten Meyer sowie weitere „namentlich nicht bekannte" Beteiligte wegen *„Unterstützung einer kriminellen V einigung" gestellt, sowie wegen „Ausübung einer geheimdienstlichen Tätigkeit für den Geheimdienst einer fremden Macht"*. Gemeint ist die inzwischen auch von der Bundesregierung offen zugegebene enge Zusammenarbeit zwischen westdeutschem Verfassungsschutz und der terroristischen persischen SAVAK. Die BRD liefert ihre über persische Oppositionelle gesammelten geheimdienstlichen „Erkenntnisse" schamlos an die zuständigen iranischen Geheimdienststellen und liefert somit zurückkehrende persische Oppositionelle ihren Henkern aus (siehe dazu Artikel in AK 98, S 34).

Der Genosse Teherani hatte wegen offenkundiger Verfolgung in Persien, in der BRD politisches Aysl bekommen. Im Januar76 drangen Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) mit Nachschlüsseln in seine Wohnung ein und nahmen ihn unter dem Vorwand des „Kontaktes zu Terroristen" fest. In Hetzschriften der iranischen Regierung gegen persische Oppositionelle im Ausland tauchten später Einzelheiten aus dem persönlichen Leben Teheranis auf, die nur aus den Schnüffeleien des BKA's in dessen Wohnung stammen konnten.

Wenn auch die Strafanzeige gegen Maihofer &Co. wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, nämlich der SAVAK, kaum Aussicht auf eine „neutrale" Prüfung durch unsere rechtsstaatlichen Instanzen der BRD haben dürfte, so ist doch ein gewisser agitatorischer Effekt erreicht und deutlich gemacht, wo die wirklichen, die großen, die kaltblütigen Terroristen sitzen.

Ausländer-Kommission

massenmedien

WDR will Grundsatzurteil gegen fortschrittliche Autoren

Der angestrebte Vergleich im Prozeß zwischen der fortschrittlichen Filmemacherin E. Schmidt und dem WDR, bei dem es um die Honorarzahlung für einen von E. Schmidt gedrehten und vom WDR wegen vorgeschobener „technischer Mängel" abgelehnten Film über die Arbeitskämpfe bei der Uhrenfabrik LIP ging, ist gescheitert!

Der Vergleich sah die Zahlung von 60.000 DM plus Zinsen seit April 1975 sowie die Teilung der Prozeßkosten vor. Einen Tag vor Ablauf der Widerspruchsfrist trat der WDR vom Vergleich zurück.

Der Vertrag zwischen dem WDR und den freien Mitarbeitern E. Schmidt und D. Wittenberg war 1974 geschlossen worden und sah eine Honorarsumme von 90.000DM vor, deren Zahlung der WDR nach Beendigung der Dreharbeiten jedoch verweigerte.

Begründet wurde die Verweigerung mit angeblichen inhaltlichen und formalen Mängeln des Films. In Wahrheit paßte dem WDR nicht, daß in der Dokumentation, die ausführlich den Ablauf des Kampfes gegen Massenentlassungen und Teilstillegung bei Lip darstellt, die Arbeiter selbst breit zu Wort kommen:*„indiskutabel", „die Arbeiter reden zuviel"* (WDR-Redakteur Hoffmann; siehe AK 86).

Da der WDR im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung weder die Briefe der Autoren beantwortete noch vereinbarte Gespräche über die Änderungswünsche zustandekamen, wurde die pünktliche Ablieferung des Films unmöglich gemacht, was im Nachhinein vom WDR als weiterer Grund hergeholt wurde, die Honorarzahlung zu verweigern. Der Sender ging sogar so weit, 1975 die Rückzahlung der vertragsgemäß gezahlten und für Drehkosten verwendeten Teilsumme von 60.000 DM durchzusetzen, womit die Autoren in massiven wirtschaftlichen Druck gerieten.

Sachverständige wiesen Ablehnungsgründe zurück

Die neben der „ nicht fristgemäßen Ablieferung" des Films geltend gemachten Ablehnungsgründe, daß der Film „thematisch verfehlt" und „qualitativ unzureichend" sei, wurden bei der gerichtlichen Vorführung des Rohschnittes von dem Dokumentarfilmer Wildenhahn und dem Regisseur Schlöndorff, die als Sachverständige fungierten, klar zurückgewiesen. Es wurde nochmals klargestellt, daß es sich bei diesem Film um das umfangreichste Material zum Lip-Konflikt überhaupt handele. Im übrigen war der Entwurf des Films vom WDR voll akzeptiert worden.

„Wohlverdienende Produzentin" mußte Arbeitslosengeld beziehen

In der Begründung für die Ablehnung des Vergleichs machten die WDR-Anwälte geltend, E.Schmidt sei keineswegs auf den Vergleich angewiesen, sondern „ eine wohlverdienende Produzentin, die inzwischen von den verschiedensten Sendeanstalten Aufträge erhalten habe.

Dies wurde von der Autorin mit Empörung zurückgewiesen, da sie nicht nur kaum Aufträge erhalten habe, sondern sogar von März bis November 1975 Arbeitslosenhilfe beziehen mußte.

„Tatsächlich habe ich seit dem massiven Vorgehen des WDR gegen den Lip-Film und mich große Schwierigkeiten, Aufträge zu bekommen".

Nicht zuletzt wohl deshalb, weil sie in den WDR - Schriftsätzen zum Prozeß offen diffamiert und als „rote Edith" bezeichnet worden war.

Insgesamt habe der WDR sie in ihrer Berufsehre verleumdet und sie wirtschaftlich massiv unter Druck gesetzt.

Ihr Anwalt stellte fest, daß der WDR, der „ für alle seine unwahren Behauptungen keinen Beweis antreten konnte", für den Film nicht zahlen wolle, „ der ihm aus mancherlei Gründen nicht mehr opportun erscheint".

Die„Schere im Kopf" soll geschärft werden

Worum es dem WDR bei seiner beharrlichen Ablehnungsstrategie im Grunde geht, wird deutlich in der Ablehnungsbegründung des Vergleichs:*„Einzig und allein die Frage, ob ein Auftraggeber von einem Auftragsproduzenten eine Produktion abnehmen muß, die das Thema teilweise verfehlt hat, die erhebliche Mängel aufweist und die nicht termingerecht vorgelegt wurde, ist relevant".*

Worauf das hinausläuft, faßte E. Schmidt zusammen:*„Ob ein Auftrag erfüllt und somit zu honorieren ist, bestimmt, unabhängig von der Vertragslage, der Auftraggeber"* (FR, 22.6. 77). Sollte der WDR dieses Ziel durch ein entsprechendes Grundsatzurteil erreichen, würde das einer Zensur im Nachhinein Tür und Tor öffnen und jedem Filmautor von vornherein einer noch schärferen Selbstzensur unterwerfen, will er sich nicht wirtschaftlich ruinieren und für den Mülleimer produzieren.

Der WDR will genau das erreichen, was die CDU-„Medienexperten", für die der WDR der „Rotfunk" ist, schon seit Jahr und Tag fordern, nämlich die „freien" Mitarbeiter an die Kandare zu nehmen. Vom „Rotfunk" blättert der Lack ab .....

Medien Kommission
KB /Gruppe Hamburg

Medien-Kurzmeldungen

Springers Monopol bleibt bestehen: Projekt einer neuen Sonntagszeitung geplatzt!

Das Projekt einer Sonntagszeitung mit dem Namen „Z" das im November1977 mit einer Startauflage von 100.000 Exemplaren in Hamburg erscheinen ist geplatzt!

Verlagsleiter des eigens dafür gegründeten „Z-Verlages" und Herausgeber, Lutz, erklärte, daß es nicht möglich gewesen sei, das nötige Kapital aufzutreiben und darüberhinaus einige Gesellschafter abgesprungen seien. Daraufhin sei Antrag auf Eröffnung eines Konkursverfahrens gestellt worden.

* * * * *

Rücktritt aus Protest gegen Machtfülle des Zeitungsbesitzers

Der Herausgeber der Pariser Zeitung „ Le Figaro ", Jean d'Ormesson und der leitende politische Direktor der Zeitung, Raymond Aron, sind aus Protest gegen die Machtfülle des „Figaro"-Besitzers und französischen Pressezaren Robert Hersant (besitzt neben mehreren Provinzblättern auch noch die Massenzeitung „France Soir") aus der Redaktion ausgeschieden.

Sie hielten es für unannehmbar, daß der Verleger *„die Funktion eines Abgeordneten, Wahlkandidaten, Konzernherrn, Herausgebers, Chefredakteurs und Leitartiklers in einer Person vereinige"* (Welt, 7.6.)

Schon im Sommer 1975, als Hersant die Zeitung kaufte, waren 54 Redakteure gegangen, weil die von dem neuen Besitzer eine Beeinträchtigung ihrer redaktionellen Freiheiten befürchteten: Hersant verlangte von ihnen ein bedingungsloses Eintreten für Giscard d'Estaing. Hersant schlug dann auch sofort zurück und bezeichnete die Hälfte der 400 „Figaro"-Redakteure als Faulpelze, die sich einen schönen Tag machten und nur das Bestreben hätten, die (äußerst rechte) politische Linie des Blattes von innen her zu verändern.

Außerdem sei seit 1945 bis zu seinem Kauf kein einziger Centime in die Technik investiert worden, die Drucker hätten jedoch mittlerweile ein 15. Monatsgehalt und das 16. habe vor der Tür gestanden.

Über seine eigene Situation weiß er folgendes zu berichten: *„Ich bin in Frankreich der Mann, der über die größte Pressetribüne verfügt und am wenigsten davon Gebrauch macht, nicht aus Diskretion, sondern aus Scham"* (Welt, 8.6.).

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



frauen



Fortsetzung von Seite 1

Scheidungs»reform« — Ein Klassenrecht nach Maß!

Die Scheidung ist ein langer und qualvoller Prozeß

Das neue Gesetz setzt sich zusammen aus dem eigentlichen Scheidungsrecht, dem Unterhaltsrecht und dem Versorgungsausgleich. Eine Scheidung wird sich allein deshalb lange hinziehen, weil das zuständige Gericht erst die Ehe auflösen darf, wenn **„alle"** Scheidungsfolgen geklärt sind, was heißt: Sorgerecht für die Kinder, Regelungen des Unterhalts, Klärung der Alterssicherheit. Das ganze nennt sich „Entscheidungsverbund". Scheidungswillige haben zu diesem Zweck *„bis zu 31 Seiten Vordrucke, Marke Steuererklärung für den Versorgungsausgleich auszufüllen; da muß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Versicherungsdaten zusammenstellen, da müssen Jugendämter darüber gutachten, bei wem die Kinder am besten aufgehoben sind - und wenn der Aktenberg schließlich beisammen ist, sind Monate vergangen"* („Spiegel", 27/77). Der sogenannte Versorgunsausgleich umfaßt die verschiedenen Anwartschaften auf Altersversorgung, deren Differenz für die Zeit der Ehe zwischen den Ehepartnern aufgeteilt werden. Diese Bestimmungen über den Entscheidungsverbund sind zwingend und niemand kann sich diesem langwierigen Prozeß der „Klärung" entziehen. Die Dauer des Scheidungsprozesses bei Gericht wird auf mindestens ein halbes Jahr geschätzt.

Was allerdings noch viel wesentlicher zur Verlängerung der Ehescheidung beiträgt, sind die neueingeführten Trennungsfristen. *„Die Ehe muß geschieden werden, wenn beide Partner die Scheidung wollen und ein Jahr lang getrennt gelebt haben (unwiderlegbare Zerrüttungsvermutung). Will nur ein Partner geschieden werden, gilt eine dreijährige Trennung als Zerrüttungsnachweis"* („Spiegel", 27/77). Und gelingt es einem scheidungsunwilligen Ehepartner, die neueingeführte „Härteklausel" einzubringen, kann sich die Trennungsfrist bis zu 5 Jahren hinziehen. Für beide Beteiligten heißt es also über eine lange Zeit zwei Haushalte aufrechtzuerhalten von dem Geld, das bisher für einen reichen sollte. Für viele Frauen wird es heißen, daß sie sich nach Arbeit umsehen und sich eine eigene Wohnung nehmen müssen. Es ist eine müßige Frage, bei wie vielen Männern und Frauen dann das Geld hinten und vorne fehlt und man der Einfachheit und der Notwendigkeit halber doch nicht auseinanderzieht.

ist eine müßige Frage, bei wie vielen Männern und Frauen dann das Geld hinten und vorne fehlt und man der Einfachheit und der Notwendigkeit halber doch nicht auseinanderzieht.
Daß für den Personenkreis großbürgerlicher Gehalts- und Gewinnklassen derartige Trennungklauseln kein Problem darstellen, braucht hier nicht erörtert zu werden. Pflegen Gatte und Gattin des Jet-Sets doch eh nicht zu wissen, in welchen der vielen Domizile sie als nächstes nächtigen werden.

Tja, und weil der BRD-Staat ja mit dem Schild herumläuft, ein Sozialstaat zu sein, hat er auf dem Papier auch an die Minderbemittelten gedacht: sollte etwa nicht die Möglichkeit bestehen, zwei Wohnungen gleichzeitig bestreiten zu können, so soll auch innerhalb ein und derselben Wohnung eine Trennung zulässig sein. *„Was wenn die Frau (aus welchen Gründen auch immer) weiterhin für den Mann kocht und ihm die Wäsche wäscht und der Mann (aus welchen Gründen auch immer) das hinnimmt?"* fragt sich zu Recht die „Frankfurter Rundschau"(1.7.). Und wie pingelig genau es bürgerliche Richter nehmen, ob denn nun eine „eheliche Beziehung" wieder aufgenommen wurde oder nicht, kennen wir doch hinlänglich azs den alten Scheidungsrecht. Es ist doch pure Augenwischerei, wollte man anneh-



AUF SOLCHE "REFORMEN" KÖNNEN WIR VERZICHTEN!

men, daß dieselben Richter, die eine Vergewaltigung nicht als Vergewaltigung anerkennen, weil sie zwar nach

men, daß dieselben Richter, die eine Vergewaltigung nicht als Vergewaltigung anerkennen, weil sie zwar nach dem Scheidungstermin aber noch vor Inkrafttreten der Scheidung passierte, jetzt alle fünfe gerade sein lassen!

Im einfachsten Falle also - wenn beide Ehepartner sich einig sind - dauert die Trennung ein Jahr, und der Prozeß dann nach allgemeinen Schätzungen noch mal ein halbes oder ein Jahr.

Daß diese staatlich verordnete Zeit der „Überprüfung" in vielen Fällen eine Qual ist und für alle Beteiligten eine Zumutung, ist klar. Spekuliert wird darauf, das viele, die meinen, ein gemeinsames Leben nicht mehr ertragen können, doch im Laufe der Zeit aus materieller Not, aus seelischer Vereinsamung und um der Kinder willen, „es noch einmal versuchen werden".

Wer also künftig auf eine schnelle Scheidung Wert legt, der wird in punkto Trennungsfristen gemeinsam lügen müssen. *„Denn mit verlogenen Tricks, wie sie bei der Konventionalscheidung nach dem Schuldprinzip gang und gebe waren, ließe sich die Trennungsfrist des neuen Rechts umgehen"*(Spiegel, 27/77).*„So wäre noch nicht einmal der Schandfleck des alten Rechts getilgt, die gerichtlich verbriefte Heuchelei. Auch in Zukunft gibt es wieder das verlogene Kasperltheater"*(ebenda).

Eine Scheidung in der BRD wird also nach neuem Recht nicht eine gemeinsame Entscheidung zweier Menschen sein, die beschlossen haben, daß sie nicht weiter zusammenleben wollen, und vom Staat dazu lediglich eine Bestätigung verlangen, sondern es wird für alle Beteiligten zumindest eine lange Zeit, in der ihr Privatleben, ihre Vermögensverhältnisse usw. überprüft, staatlich geregelt und registriert werden.

Was den einzelnen die Scheidung kosten wird

„Wer frei sein will, muß viel im Geldbeutel haben" - „Wer jetzt auseinandergeht, für den ist alles nur noch die Hälfte wert" - So faßte der „Stern" die Kostenfrage einer Scheidung zusammen. **„Vor allem wegen der finanziellen Daumenschrauben, die das neue Gesetz den Eheleuten anlegt, werden viele davor zurückschrecken, eine längst kaputte Ehe auf dem Papier löschen zu lassen"** (ebenda). Das fängt schon bei den Anwaltskosten an, die - wie zufällig - gerade um etliches gestiegen sind. Während es nach dem alten Gesetz möglich war, daß ein gemeinsamer Anwalt genommen wurde, besteht heute in jedem Fall für b e i d e Anwaltszwang. Der „Spiegel" hat folgende Kostenrechnung aufgemacht: *„Scheidung nach siebenjähriger Ehe, Netto-Einkommen des Mannes 2.200 DM. Das Paar hat zwei Kinder, die Ehefrau ist nicht*

berufstätig, sie erhält 700 DM Unterhalt, die Kinder 430 DM. Hausratsgegenstände im Wert von

berufstätig, sie erhält 700 DM Unterhalt, die Kinder 430 DM. Hausratsgegenstände im Wert von 10.000 DM werden geteilt und Rentenanwartschaften im Wert von 135 DM übertragen. Dieser Scheidung wird ein Sreitwert von 32.000 Mark zugrunde gelegt (danach berechnen sich die Kosten): 4.800 Mark für die Ehesache, 13.560 Mark (ein Jahresbeitrag) für den Unterhalt, 1.600 Mark fürs Sorgerecht und 1.620 Mark (zwölf Monatsbeiträge) für den Versorgungsausgleich. Nach altem Recht wären die Eheleute mit 2.119 Mark davongekommen" („Spiegel", 27/77).

Die einschlägigen ,Schätzungen in der Presse sprechen von Scheidungskosten zwischen 8.000 und 10.000 Mark - für viele eine unüberwindbare Hürde, besonders deshalb, weil mit den S c h e i d u n g s k o s t e n allein ja noch keineswegs alle finanziellen Probleme vom Tisch sind.

Ein Scheidungsrecht im Sinne der Frau?

Mehr oder weniger stark klingt in der bürgerlichen Presse an, daß besonders die Männer von der neuen Regelung benachteiligt seien. *„So muß ein Alleinverdiener - und das ist fast immer noch der Mann - damit rechnen, nach der Scheidung als „finanzieller Krüppel" dazustehen"* („Stern", 28/77) und *„ Für den Mann beginnt mit der Scheidung der Weg in die Unterhaltsknechtschaft".* Tatsächlich gibt es die neue Bestimmung, daß in der Trennungzeit der Mann als der in der Regel wirtschaftlich stärkere Teil die Frau finanziell zu unterstützen hat. Die Frau muß nur dann arbeiten, *„wenn sie ihren ehelichen Lebensverhältnissen angemessen"* Arbeit findet („Stern", 28/77). Unterhalspflichtig sind Frauen, wenn sie in der Pflege *„oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes"* nicht arbeiten können, wenn sie „wegen ihres Alters" oder wegen Krankheit oder anderer Gebrechen oder Schwächen nicht mehr arbeitsfähig sind.

Sicherlich wird es in vielen Fällen so sein, daß vom Lohn und Gehalt des Mannes die Frau während der Trennungszeit mitleben muß, daß er dazu verurteilt wird, ihr „Unterhalt" zu zahlen. Wir meinen allerdings nicht, daß dieses Recht dazu angetan ist, den Frauen V o r t e i l e zu verschaffen. Geht es hier doch perverserweise wieder einmal darum, den „Besitz" der Besitzlosen aufzuteilen. Begutachtet und aufgeteilt wird der Hausrat und oftmals der Hungerlohn der Arbeiter und Angestellten. Und mit der Hälfte eines knappen Monatslohns leben zu müssen, ist wahhaft kein Vorrecht!

Es geht bei der neuen Scheidungsregelung in erster Linie darum, daß Minderbemittelte für noch mehr Minderbemittelte auf lange Zeit, z.T: bis ans Lebensende, die finanzielle Sicherstellung übernehmen müssen. Auch dies dürfte stark „eheerhaltend" wirken!...

Ein Punkt zur finanziellen Regelung sei noch erwähnt: Wer meint, daß mit dem Ausspruch der Scheidung ein Kapitel seines Lebens abgeschlossen sei und er nun etwas Neues beginnen könne, der hat sich geschnitten. Evtl. bestehende Unterhaltsregelungen und besonders die Aufteilung der Renten kann sich bis ans Lebensende erstrecken. So hat z. B. die Versorgung der ersten Ehefrau Vorrang vor allen weiteren Ehen des Mannes.

Ehe? - Nein danke!

107.000 Ehen wurden 1975 in der BRD geschieden („FAZ", 11.3.77). Die Betroffenen werden sich in Zukunft überlegen müssen, ob sie es sich überhaupt „leisten" können. Eine Scheidung statt eines neuen Autos? Eine Scheidung statt 4 mal in Urlaub - Für lange Zeit Einschränkung aller Wünsche. Senkung des Lebensstandards für Eltern und Kinder. So sieht es für die Masse der Betroffenen aus. Der bürgerliche Staat allerdings macht dabei einen guten Schnitt: Hat er bislang im Alter, bei Bedürftigkeit, vorwiegend den Frauen Sozialhilfe zahlen müssen, so übernehmen das jetzt die geschiedenen Ehemänner. Statt einer Ausbildung vom Arbeitsamt zahlt der Mann, wenn seine Frau sich scheiden lassen will und zum Beruf noch eine Ausbildung braucht.

Die Scheidungs„reform" sollte ein zusätzlicher Grund sein, den unsinnigen Weg zum Standesamt zu sparen! Wer nicht heiratet, hat die Scheidung umsonst. Zum Teufel mit der bürgerlichen Ehe!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Ab 1.Juli gilt das neue Eherecht. Rufen Sie den Minister an.

Das geltende Ehe- und Familienrecht stammt in wesentlichen Teilen noch aus dem vorigen Jahrhundert:

Es kannte nicht die volle Gleichberechtigung, sondern wies der Frau die Rolle der Hausfrau zu. Und wenn eine Ehe gescheitert war, dann wurde sie nach dem Schuldprinzip geschieden. Um den Schuldigen zu finden, mußte vor dem Scheidungsrichter oft schmutzige Wäsche gewaschen werden. Und wer dann als „Schuldiger" ermittelt war, hatte teuer zu bezahlen. Besonders die Frau. Sie hatte keinen Anspruch auf Unterhalt mehr. Und sie verlor, wenn sie „nur" Hausfrau war, jede Altersversorgung.

Das und manches andere mußte geändert werden. Deshalb tritt am 1. Juli 1977 ein neues Eherecht in Kraft. Auch dieses neue Recht geht davon aus, daß die Ehe ein Leben lang halten soll. Aber wenn sie trotzdem scheitert, wird in Zukunft nicht mehr nur nach dem Schuldigen gesucht, sondern nach einer menschlichen und gerechten Lösung für alle Betroffenen. Die in der Ehe erworbenen Anwartschaften auf spätere Altersversorgung werden geteilt (womit die Hausfrau endlich die gleichen Rechte hat, die der berufstätige Mann jetzt schon besitzt).

Kann die Frau nach der Scheidung nicht für sich selbst sorgen – z. B. weil sie Kinder hat –, hat sie ein Recht auf Unterhalt. Aber auch dem Mann steht dieser Anspruch gegenüber der berufstätigen Frau zu, wenn er zur Zeit der Scheidung krank oder ohne Arbeit ist.

Wenn Sie mehr über das neue Ehe- und Familienrecht wissen möchten, rufen Sie am 28. und 29. Juni 1977 zwischen 10.00 Uhr und 20.00 Uhr den Bundesminister der Justiz, Dr. Hans-Jochen Vogel, an. Telefon Bonn (0 22 21) 37 67 87. Er wird zusammen mit seinen Fachleuten Ihre Fragen beantworten.

Oder schreiben Sie an den Bundesminister der Justiz, Postfach 650, 5300 Bonn-Bad Godesberg. Diese Mitteilung kommt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

So preist die Bundesregierung (mit Steuergeldern!) ihre reaktionäre Scheidungs„reform" an.

Zwangsarbeit für alleinstehende Mütter

Mütterledigenwohnheime wurden von der Stadt Köln eingerichtet, angeblich um alleinstehenden Müttern zu helfen. Aber wie sieht die „Hilfe" dort wirklich aus?

Das Sozialamt stuft ledige Mütter mit einem Kind, die keine Arbeitsstelle haben und auf Sozialhilfe angewiesen sind als „Arbeitsentwöhnte" (!) ein. Auf § 20 Bundessozialhilfe-Gesetz beruft sich das Amt, wonach „. . . *arbeitsentwöhnte Hilfesuchende an Arbeit zu gewöhnen oder die Bereitschaft eines Hilfesuchenden zur Arbeit zu prüfen"* sind.

Obwohl Mütter mit kleinen Kindern, die jünger als drei Jahre sind, nicht zur „Zwangsarbeit" herangezogen werden sollen, werden im Mütterledigenwohnheim Frauen mit einem Kind zwangsverpflichtet zu arbeiten, und zwar vier Stunden täglich für einen Stundenlohn von 1,25 DM !

Für Frauen, die selbst eine Arbeit gefunden haben und keine Sozialhilfe beziehen, sieht die Situation nicht viel besser aus. Denn sie müssen Miete, Kinderhort und Lebensunterhalt selbst bezahlen und können so kein Geld für eine eigene Wohnung sparen . So kommt es, daß einige Frauen schon ein Jahr und länger im Mütterledigenwohnheim wohnen müssen.

Abhängig, rechtlos und unmündig werden die Mütter von der Stadt Köln gemacht. Die Folge sind seelische und existenzielle Not, Verzweiflung, Krankheit und völlige Resignation bis zu Selbstmordversuchen. Menschenunwürdige Zustände zu schaffen, das ist das ,Sozialprogramm" der Stadt Köln!
(Information aus „Kölner Volksblatt" 7/8, 77)

Frauengruppe
KB-Sympatisanten Köln

Kind zwangsverpflichtet zu arbeiten, und zwar vier Stunden täglich für einen Stundenlohn von 1,25 DM !
Für Frauen, die selbst eine Arbeit
Frauengruppe
KB-Sympatisanten Köln

Leserbrief

Eine Frau kann nicht »Haushaltsvorstand« sein

Seit dem Abschluß meines Studiums als Stadtplanerin im Februar 77 bin ich arbeitslos. Da ich vor Beginn dieser Ausbildung ein Jahr lang gearbeitet hatte, stellte ich auf dem Arbeitsamt Antrag auf Arbeitslosenhilfe. Erst im Juni erhielt ich den Ablehnungsbescheid mit der Begründung, nicht 26 Wochen vor Beginn der Ausbildung gearbeitet zu haben. Ich habe natürlich sofort Widerspruch dagegen eingelegt.

Nicht nur, daß die Bearbeitung eines Antrages über drei Monate dauert, er wird auch nicht sorgfältig bearbeitet, oder ist die Ablehnung rein willkürlich, mit der Hoffnung, der Antragsteller legt keinen Widerspruch ein und der Staat spart so sein Geld?!...

Meine Erfahrungen auf dem Arbeitsamt sind die, daß frau nur dann ernst genommen wird, wenn sie resolut für ihre Interessen eintritt, d.h. sich nicht beim ersten Widerstand der Beamten abschrecken läßt, sonst wird sie für eine Bescheinigung zehnmal hin und her gejagt.

Beim Sozialamt ist's noch schlimmer: Durch die Ablehnung der Arbeitslosenhilfe mußte ich Antrag auf Sozialhilfe stellen. In meinem Fall ca. 400.— DM monatlich. Wenn ich Sozialhilfe erhalte, unterliege ich der »Obhut« einer »Fürsorgerin«, die ganz genau wissen will, mit wem ich wie wohne, was ich den ganzen Tag mache, weil ich nie anzutreffen sei, etc.

Aber es kommt noch dicker: Als ich die Frage, ob ich »Haushaltsvorstand« sei, bejahte, erklärte sie mir, daß dies nicht möglich sei, weil ich mit einem Mann zusammenwohne und da »darf eine Frau nicht besser gestellt sein als eine Ehefrau« — so wörtlich die Fürsorgerin. Das heißt konkret: Ich bekomme weniger Geld, weil ich eine Frau bin!

Daß ich tatsächlich Haushaltsvorstand bin (bei uns ist jedes Wohnmitglied Hauptmieter) interessiert sie überhaupt nicht. Wenn schon ein Mann im Haus ist, dann ist er eben auch der Herr, fertig!!

Überheblich wurde mir dann noch erklärt, daß dies gegen die Behandlung der Frau in der Arbeitswelt noch gar nichts sei, aber das würde ich schon noch erleben.

Im Sozialamt werden die Frauen unter dem Namen ihrer Ehemänner geführt, sogar Frauen, die schon jahrelang geschieden sind, mit dem Unterschied, daß auf ihrer Akte groß »geschieden« zu lesen ist.

Als ich rauskam, war ich ganz schön deprimiert, vor allem deshalb, weil ich mich nicht getraute, dem reaktionären Geschwätz entsprechend zu antworten, weil ich mitbekommen habe, wie einer Frau, die sie nie antreffen, das Geld gestrichen wurde.

Aber ich werde mich genau erkundigen, wie weit ich auskunftspflichtig bin, und was nur zusätzliche Einschüchterung und Rumspitzelei ist.

Eine KB-Genossin aus Darmstadt

Veranstaltung gegen Vergewaltigung

Niebüll. In Risum-Lindholm, einem Dorf in der Nähe von Niebüll (Schleswig-Holstein), wurde in der Nacht zum 5. Juni ein 15jähriges Mädchen in der Nähe einer Discothek auf einem anliegenden Feld vergewaltigt und ermordet. Zur Tatzeit befanden sich etwa 50 Jugendliche vor der Discothek, die — wie auch einige Nachbarn — zwar Schreie gehört hatten, sich aber »nichts dabei gedacht haben, weil es normal ist, daß bei der Discothek ohne Grund geschrien wird«!

Ein 19jähriger Junge, der mit dem Mädchen am Abend gesehen worden war, wurde vorübergehend festgenommen. In der Öffentlichkeit wurde über diesen Fall nur im Zusammenhang mit »möglichen Tätern« gesprochen.

Die Niebüller Frauengruppe nahm diesen Fall zum Anlaß, um eine breitere Kampagne gegen Vergewaltigungen und die Situation der Mädchen in den Discotheken zu starten. Mit Wandzeitungen riefen wir zunächst im Jugendzentrum zu einem Diskussionsabend auf, an dem sich 13 Jugendliche beteiligten. Anschließend zogen wir am Wochenende mit umgehängten Plakaten und angemalten Gesichtern durch vier Discotheken und verteilten Flugblätter, die zu einer Veranstaltung aufriefen. In der ersten Discothek durften wir nur einmal durchgehen und mußten die Flugblätter draußen verteilen, »da sie sonst auf dem Fußboden rumliegen würden«. In der Discothek, bei der die Vergewaltigung und Ermordung passiert war, verbot uns die Wirtin, überhaupt in die Discothek reinzugehen! Sie drohte sogar mit der Polizei, denn wir würden »den Betrieb stören«. Nach der Vergewaltigung hatte sie eine Schweigeminute in der Discothek einlegen lassen. Was das für eine Heuchelei ist, zeigte sich an den »Argumenten«, mit denen sie uns den Zutritt zur Discothek verweigerte: Die meisten Mädchen seien selbst Schuld, und eine Flugblattverteilung würde die »Stimmung« in der Discothek stören.

Wir wollten aufzeigen, daß in den Discotheken eine Konsumhaltung erzeugt wird, die jede Unterhaltung und Diskussion um Probleme, die Jugendliche bewegen, unmöglich macht. Die Beziehungen zwischen Jungen und Mädchen sehen meist so aus, daß die Mädchen angemacht werden und nur als Sexualobjekt behandelt werden. Durch unsere Aktion in den Discotheken und Diskussionen mit den Jugendlichen kam deutlich heraus, daß viele Jungen meinen, die Mädchen hätten selber Schuld, wenn sie vergewaltigt werden. Sie würden durch »aufreizendes« Verhalten provozieren, und einige würden sich sogar »gern« vergewaltigen lassen! In den Diskussionen stellte sich aber heraus, daß viele Jugendliche Interesse an dem Problem haben. Durch unsere Kampagne erfuhren wir auch von anderen Fällen der Gewalt an Mädchen. Ein Mädchen erzählte uns, daß am hellichten Tage ein Mann sie auf einem Waldweg vom Fahrrad riß und sie nur weglaufen konnte, weil er hinfiel. Die Polizei zeigte kein besonderes Interesse, diesem Fall nachzugehen.

Hatten wir zu Anfang unserer Aktion auch mit Pöbelei und Desinteresse von seiten der Jugendlichen gerechnet, wurden wir dann freudig überrascht: Ein großer Teil der Mädchen und auch viele Jungen fanden die Aktion sehr gut und schlugen vor, so etwas öfter zu machen. Einige der Mädchen verteilten dann auch die Flugblätter in den Discotheken und nahmen sie mit in die Realschule in Leck und die Haushaltsschule in Niebüll, wo dann ebenfalls diskutiert wurde. Sogar ein Junge, der am Anfang noch mit frauenfeindlichen Sprüchen pöbelte, konnte von uns so weit überzeugt werden, daß er schließlich auch Flugblätter verteilte! Zu unserer Veranstaltung am 1. Juli kamen 35 Jugendliche. U.a. hielten wir ein Referat, das auf die gesellschaftlichen Hintergründe der Vergewaltigungen einging. Im Anschluß daran entwickelte sich eine Diskussion mit konkreten Beispielen über Frauenfeindlichkeit an der Schule. An diesen Punkten will jetzt die Niebüller Frauengruppe weiterarbeiten.

Eine Niebüller Genossin

120. Geburtstag von Clara Zetkin



Am 5. Juli jährte sich zum 120.mal der Geburtstag von Clara Zetkin.

Seit langem auf dem linken Flügel der SPD stehend gehörte sie 1914 zu denjenigen in der SPD, die sich dem Kriegschauvinismus und der Zustimmung zu den Kriegskrediten widersetzten. Sie schloß sich der 1917 gegründeten USPD an, kämpfte auch dort mit den Linken und in enger Verbindung mit den Genossen der KPD. 1919 trat sie der KPD bei und wurde im März 1919 in deren Leitung gewählt. Kurz zuvor, schon über 60jährig, war sie noch einmal auf dem Parteitag der USPD aufgetreten und hatte dort erklärt: *„Für mich persönlich ist ein weiteres Zusammengehen mit der Rechten in der USP ein Ding der Unmöglichkeit ... Fast seit 40 Jahren kämpfe ich für das sozialistische Ideal. So alt ich bin – und ich habe vielleicht nicht mehr viele Tage vor mir – will ich doch die Zeit, in der ich noch wirken kann, dort stehen, dort kämpfen, wo das Leben ist, und nicht dort, wo mir Zersetzung und Schwäche entgegenstarren. Ich will mich nicht lebendigen Geistes vom politischen Tod anhauchen lassen“.*

Clara Zetkin, seit 1923 mehr und mehr von Krankheit an der Arbeit gehindert, aber mit all ihren Kräften im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus, starb am 20. Juni 1933 in der Sowjetunion.

Wenn von Clara Zetkin die Rede ist, wird oft die Rolle vergessen, die sie im Kampf für die Befreiung der Frau gespielt hat: Rund 25 Jahre, von Ende 1891 bis Mai 1917, war sie leitende Redakteurin der SPD-Frauenzeitung „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“. Vieles mußte Clara in der SPD, gemeinsam mit anderen Frauen und linken Sozialdemokraten, mühsam gegen die Rechten durchsetzen, so die Forderung nach dem Frauenwahlrecht und die Anerkennung der Frauen-Arbeit. Diese Arbeit Clara Zetkins und ihrer Kampfgefährten wird heute in trauter Gemeinsamkeit von einigen auf Antikommunismus getrimmten „Feministinnen“ ebenso ignoriert wie von den Revisionisten: Während die einen sich nicht in ihrem lächerlichen Zerrbild stören lassen wollen (die Linken seien immer g e g e n die Fraueninteressen gewesen!), hat auf der anderen Seite die DKP-„UZ“ (1.7.77) in ihrer Würdigung zum 120. Geburtstag von Clara Zetkin glatt „vergessen“, mit einem Wort die Arbeit Claras in der „Gleichheit“ und überhaupt ihr Eintreten für die Befreiung der Frau zu erwähnen. – Auf die Arbeit Clara Zetkins und auf die dümmlichen Geschichtsfälschungen einiger antikommunistischer „Feministinnen“ werden wir im nächsten AK ausführlicher eingehen.

Frauen aktuell

Frauen besonders bedürftig für Sozialhilfe

Nach einer neuen Veröffentlichung des statistischen Bundesamtes beziehen heute 3,3% der Bevölkerung Sozialhilfe. Dabei ist die Zahl derjenigen Personen, die ständig Sozialhilfe beziehen, seit 1969 um 12,6% gestiegen – seit 1963 die höchste Steigerungsrate.

Sehr deutlich wird auch die besondere Benachteiligung der Frauen in dieser Gesellschaft: 62% Frauen gegenüber 38% Männer beziehen die „Hilfe“ des Staates, dabei hauptsächlich ältere Frauen.

Klar zu erkennen auch die Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit: Der Anteil der 18 bis 21jährigen hat sich von 39.000 im Jahre 1974 auf 52.000 im Jahr 1976 erhöht, das sind insgesamt 2% dieser Altersgruppe; bei den 14 bis 18jährigen stieg die Zahl sogar von 107.000 (1973) auf 142.000 (1975).

Bei allen Angaben muß noch mit einer erheblichen Dunkelziffer gerechnet werden: *„Nach Meinung der Experten würde der Kreis der Empfänger doppelt so hoch liegen, wenn alle, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt, auch tatsächlich Sozialhilfe beziehen würden“.*

(Nach „Welt der Arbeit“, 17.6.77)

(Nach „Welt der Arbeit“, 17.6.77)

Abtreibung abgelehnt – Kind mißgebildet

In der Sendung „Panorama“ am 27.6. wurde ein besonders krasser Fall von Ärztewillkür bei der Handhabung des §218 gezeigt: Eine junge Frau aus Kiel hatte vor ca. zwei Jahren während der ersten drei Monate der Schwangerschaft Röteln gehabt. Obwohl bei Röteln in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten die Gefahr der Kindesmißbildung erwiesenermaßen sehr groß ist, wurde ihr Antrag auf Abtreibung vom Gutachter Dr. Großkopf (Bremen) abgelehnt. Die Frau mußte das Kind austragen.

Es wog bei der Geburt nur vier Pfund und hatte einen schweren Herzfehler. Deshalb mußte es trotz Lebensgefahr im Alter von vier Wochen operiert werden. Später stellte man dann noch eine krankhafte Vergrößerung von Leber und Milz fest, außerdem, als das Kind fünf Monate alt war, grünen Star. Bis heute (das Kind ist jetzt 1 1/2 Jahre alt) hat es fünf Augenoperationen hinter sich. Die nächste steht in einigen Wochen bevor. Bis zu 30 (!) Nachoperationen sind noch zu erwarten. Die volle Sehkraft wird das Kind wohl trotzdem nicht erlangen. Vor kurzem fanden die Ärzte auch noch heraus, daß das Kind schwer hörgeschädigt ist, evtl. sogar taub. Wahrscheinlich wird das Kind auch nicht laufen lernen, weil sein Knochenbau zu schwach ist. Es wird sein Leben lang ein „Pflegefall“ bleiben. Die Mutter steht völlig allein da; sie mußte ihren Beruf aufgeben und lebt seitdem von Sozialhilfe. Einen Heim- oder Pflegeplatz für ihr Kind bekam sie nicht. Die zynische Antwort des verantwortlichen Gutachters Dr. Großkopf auf Fragen des Reporters war: „Hinterher ist man immer klüger“! In diesem Fall galt noch der alte §218, aber der Willkür der jeweiligen Ärzte sind wir Frauen auch nach dem „reformierten“ §218 wei-

weiligen Ärzte sind wir Frauen auch nach dem „reformierten“ §218 wei-

ter ausgeliefert!

Eine Genossin des KB/ Gruppe Bremen

Italien: Garantiert gleichberechtigt?

Nach Gesetzen zu urteilen, ist jetzt jede Frau in Italien gleichberechtigt – nach Verabschiedung eines Gesetze in der Abgeordnetenkammer zur Gleichstellung der Frau im Berufsleben, das eine „überwältigende Mehrheit“ gefunden haben soll. Demnach darf keine Frau mehr bei der Arbeitssuche diskriminiert werden. Heirat, Alter oder Schwangerschaft dürfen nicht mehr als Ablehungsgründe bei einer Einstellung angeführt werden.

Welche Qualität dieser Wisch Papier haben wird, dürfte sich an der momentanen katastrophalen Situation auf dem italienischen Arbeitsmarkt ablesen lassen, wo sicherlich kein Kapitalist sich an derlei Gesetze halten wird – und welche Arbeiterin auf Stellungssuche hat schon das Geld und die Zeit für aufwendige Prozesse?

(Nach „Frankfurter Rundschau“, 6.7.77)

Israel: Selbstmord wegen Dokumentarfilm über das eigene Leben

In Tel Aviv warf sich eine 19-jährige Frau auf einer Schnellstrasse vor ein Auto, um die Ausstrahlung eines Fernsehfilms über ihr eigenes Leben nicht miterleben zu müssen.

Das Mädchen war früher Prostituierte gewesen. Vor ihrem Selbstmord schrieb sie einen Abschiedsbrief, in dem sie erklärte, die Ausstrahlung des Films bedeute für sie eine Entehrung vor dem ganzen Volk. Sie hatte vorher lange versucht, den Film zu verhindern, war aber bei den israelischen Behörden

sucht, den Film zu verhindern, war aber bei den israelischen Behörden

nicht durchgekommen. Angeblich war den Herren vom Fernsehen *„nichts von den Einwänden der jungen Frau bekannt“*.

Wörtlich hatte das Mädchen in dem Film selbst erklärt: *„Dieser Film wird mich töten“*. Der Sadismus der Behördenmafia und die Lust, sich am Schicksal eines Mädchens aufzugeilen, kennt keine Grenzen ...

(Nach „FR“, 2.7.77)



Kündigung des Kölner Frauenhauses

Kündigung des Kölner Frauenhauses



Aus „Frauen helfen Frauen“, Köln, Nr. 1/1977

Das Frauenhaus in Köln, das gerade seit einem halben Jahr besteht, ist zum 1. September gekündigt worden. Spätestens Ende des Jahres (bis dahin könnte ein Aufschub erwirkt werden) werden zehn bis fünfzehn Frauen und ca. zwanzig Kinder auf die Straße gesetzt, damit das Haus abgerissen werden kann.

Mit der Parole „Wir habens satt mit der Stadt“ informierte letzten Samstag die Kölner Frauenhausinitiative („Frauen helfen Frauen“) die Kölner Bevölkerung über die Sauereien der Stadtverwaltung, die durch eine Kette von Repressionen die Existenz des Frauenhauses immer wieder gefährdet.

Obwohl die Stadt über eine Menge leerstehender Häuser verfügt, hat sie bis heute nicht die über ein Jahr alte Forderung nach Bereitstellung eines Frauenhauses erfüllt (das bestehende Haus wurde privat angemietet).

Bei der Eröffnung des Frauenhauses posaunte die Stadt lauthals, sie werde das Frauenhaus mit 50.000 DM vorläufig (!) unterstützen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde im Mai endlich die erste Rate von 25.000 DM gezahlt. Ein zusätzlich zugesicherter Tagessatz von lächerlichen 10 DM – der Tagessatz von städtischen Frauenheimen beträgt 70 DM! – wurde nicht gezahlt mit der Begründung, daß die 25.000 DM ja eigentlich alle Unkosten abdecken müßten. Von den Ehemännern der im Frauenhaus lebenden Frauen ließ sich die Stadt allerdings die 10 DM Tagessatz bezahlen. Damit hat sie sich auch noch an dem den Frauen zustehenden Geld bereichert !

Die weiteren Forderungen an die Stadt lauten:

- ein großes Haus;
- volle Finanzierung des Hauses bei **Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung;**
- Bezahlung der festen Mitarbeiterinnen;
- Finanzierung einer Fachbetreuung für Kinder und Jugendliche;
- Erhöhung der Sozialgelder;
- Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe;
- Wohnberechtigungsschein für Gemeinschaftswohnungen !

Frauengruppe/ KB-Sympathisrnten Köln

Frauen im Knast: »Wir fordern Gerechtigkeit und eine neue Direktion!«

Bern. Über 500 Frauen demonstrierten am 25.6. in Bern gegen die Haftbedingungen im Schweizer Frauenknast Hindelbank. Sie unterstützten die Forderungen der Frauen nach mehr Rechten und nach der Absetzung der Gefängnisdirektion. Die Aktion in Bern wurde getragen von einer Aktionseinheit aus der „Aktion Strafvollzug“, „Aktion Frauenzentrum Basel“, den „Frauenbefreiungsbewegungen“ (FBB) in Aarau, Baden, Bern, Olten, und Zürich und in der französischsprachigen Schweiz von der MLF Fribourg, Lausanne, Genf, La-Chaux-de-Fonds und Neufchatel, von der „OFRA“ Schweiz (der POCH nahestehende Frauenorganisation) und den Frauen der Sozialistischen Partei (SP).

Im Aufruf heißt es: *„Wir Frauen werden innerhalb und außerhalb der Gefängnisse unterdrückt. Die totale Bevormundung der Frauen in den Gefängnissen ist die extremste Form der Bevormundung aller Frauen in unserer Gesellschaft“.*

Unter menschenunwürdigen Bedingungen und total rechtlos leben 64 Frauen in Hindelbank. Neben einer ganzen Reihe von Einschränkungen wie Isolationshaft, Strafkataloge, Briefzensur etc. dürfen die Frauen beispielsweise nicht einmal eigene Unterwäsche tragen. Als am 11. September letzten Jahres die Gefangene Rasmieh Hussein wegen mangelhafter ärztlicher Betreuung starb, starteten die Frauen eine Protestaktion. Sie schrieben eine Petition an den Bundesrat Furgler, in der sie u.a. forderten:

- **Aufhebung der Isolationshaft, das Recht, sich in den Zellen zu besuchen**
- **Abschaffung der Disziplinarstrafen wie Zigaretten- und Radioentzug, Einkaufsbeschränkung und Bunkerhaft**
- **Abschaffung der Brief-, Bücher- und Zeitungszensur**
- **Recht auf einen Vertrauensarzt**
- **zwei Stunden Besuch Wöchentlich**
- **2 mal 1/2 Stunde täglich Bewegung an der frischen Luft.**

Diese Petition unterschrieben 63 der 64 Frauen. Daraufhin setzte Anstaltdirektor Meyer in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion im Kanton Bern die Frauen unter Druck. Alle wurden einzeln von der Polizei verhört, einige wurden isoliert, andere in andere Haftanstalten versetzt. In einer zweiten Petition prangerten sie die Polizeiverhöre und Einschüchterungsmethoden öffentlich an. Ein wichtiger Beitrag zu ihrem Kampf ist die Unterstützung durch die Schweizer Frauenbewegung.

Schweiz-Kommission KB/Gruppe Bremen

Betrieb und Gewerkschaft





Klöckner will ein Drittel der Angestellten entlassen

Bremen. Die Klöckner-Hüttenwerke kündigten vor zwei Wochen an, daß sie im Bremer Werk noch in diesem Jahr ein Drittel der Angestellten entlassen wollen (500). Begründet wird dieser Schritt mit der *„anhaltend schwierigen Lage der deutschen Stahlindustrie"* (Bremer Nachrichten, BN, 24.6.).

Noch zwei Wochen vorher wurde die seit zwei Jahren in regelmäßigen Abständen auf der Hütte durchgeführte Kurzarbeit mit der Vermeidung von Entlassungen begründet. Der Konzern sparte durch die Kurzarbeit enorme Summen Lohnkosten ein, während für den größten Teil der Beschäftigten die Kurzarbeit einen starken Reallohnabbau brachte. Die mit der „schwierigen Lage in der Stahlindustrie" begründeten Entlassungen werden ausgerechnet zu einer Zeit bekannt, wo die Hütte einen deutlichen Produktionsanstieg zu verzeichnen hat. Noch im April, dem letzten Kurzarbeitsmonat, wurden 180.000 Tonnen Stahl produziert, derzeit sind es etwa 230.000 Tonnen. Im Produktionsbereich werden sogar Neueinstellungen vorgenommen. Um die Entlassungen „abzumildern", sollen einigen (natürlich jüngeren) Angestellten Umschulungsmaßnahmen für die Produktion angeboten werden. Darüberhinaus verhandelt der Konzern mit dem Bremer Senat um eine Ausweitung seines Produktionsgeländes in Bremen-Seehausen. Diese Verhandlungen fanden übrigens zwei Tage vor der Bekanntgabe der Entlassung statt.

handlungen fanden übrigens zwei Tage vor der Bekanntgabe der Entlassung statt.

Der offizielle Grund der Konzernleitung ist also vorgeschoben. Man bereitet sich derzeit auf weitere Produktionssteigerungen vor. So handelt es sich bei den Angestelltenentlassungen um längerfristig vorbereitete Rationalisierungen in der Verwaltung, deren äußeres Kennzeichen ein erst kürzlich eingerichtetes, hochmodernes neues Verwaltungsgebäude ist.

In mehreren Versammlungen haben Arbeiter und Angestellte gegen die Entlassungen protestiert. Am 1.7. demonstrierten 350 nach einer spontanen Versammlung, auf der der Betriebsrat informierte, zum Arbeitsdirektor Sporbeck und forderten „Keine Entlassungen". Am 12.7. werden Gesamtbetriebsversammlungen der 7000 Beschäftigten in der Bremer Stadthalle stattfinden.

Die Reaktion der Sozialdemokraten

Einhellig „empört" äußern sich die Gewerkschaftsführung und der SPD-Senat darüber, daß sie „so spät" und „überraschend" davon erfahren hätten. Der Senat hat allen Grund, den Eindruck zu erwecken, er würde sich für die Beschäftigten einsetzen. Denn in Bremen stieg im Juni die Arbeitslosenzahl weiter an (bei der Pleite der Bremer Treuhand wurden 350 arbeitslos). Für den Herbst stehen Entlassungen bei der Krupp-Werft AG Weser an (gerüchteweise ist die Zahl 1000 (!) genannt worden). So gab sich Arbeitssenator Franke sehr wortradikal:„*Dr. Franke erklärte: der Senator für*

worden). So gab sich Arbeitssenator Franke sehr wortradikal:„Dr. Franke erklärte: der Senator für

Arbeit und der Betriebsrat bildeten eine einheitliche Front" (BN, 30.6.).

Immerhin kamen bei den Gesprächen Frankes mit dem Betriebsrat einige interessante Praktiken des Klöckner-Konzerns zutage. So schwinge Klöckner schon länger „ die Keule der Angst" (BN, 30.6.), wenn es um die Einhaltung der Umweltschutzauflagen ginge. Zuletzt beim Gespräch mit dem Senat kurz vor Bekanntwerden der Entlassungen hat der Konzern offensichtlich gefordert, die Umweltschutzauflagen zu senken, sonst sei das Projekt in Seehausen gefährdet. Außerdem beschwerten sich die Herren über den zu hohen Stromtarif in Bremen. Sowas nennt man schlichtweg Erpressung, die allerdings – und das verschweigt der Senat – nicht neu, sondern, durchaus üblich ist.

Die IGM-Führung hat eine besonders peinliche Situation zu umschiffen. Offizieller Verkünder und Betreiber der Entlassungen ist nämlich der von der IGM bestellte Arbeitsdirektor und Ex-Gewerkschaftsführer Sporbeck. Dieser Vogel ist die hochgelobte „Mitbestimmung" in Person! Bereits bei zurückliegenden Streiks hat er sich immer massiv gegen die Belegschaft gestellt.

Die Klöckner-Belegschaft ist eine der kampfstärksten in der BRD. Sie wird sich auf oben erwähnte Vertreter bei der Abwehr von Entlassungen nicht stützen können (die sind bereits dabei, a la „Sozialplan" die Entlassungen „abzumildern"). Anknüpfend an die bewiesene Kampfstärke müssen die Entlassungen von der Belegschaft zurückgekämpft werden.

sene Kampfstärke müssen die Entlassungen von der Belegschaft zurückgekämpft werden.

KB/Gruppe Bremen

MAN: Ist der Kampf schon zuende?

Hamburg. Bei MAN hat sich die Lage in den letzten Wochen erheblich zugespitzt, nachdem der Vorstand die endgültige Stillegung des Kesselbaus beschlossen und als erste Maßnahme 52 Entlassungen ausgesprochen hatte.

Der Betriebsrat reagierte auf die Vorstandentscheidung mit der Einberufung einer Betriebsversammlung, die täglich fortgesetzt und erst am 4. Tag aufgrund einer gerichtlichen Verfügung abgesetzt wurde. Endgültig beendet wurde sie sogar erst nach einer nochmaligen Fortsetzung, zu der der Betriebsrat ebenfalls per Gerichtsentscheidung die Erlaubniss erhalten hatte.

IGM-Sekretär Teichmüller vertrat doch allen Ernstes die Auffassung, daß „die IG Metall" schon genug gemacht habe und daß sie nicht zu einem Streik aufrufen könne, weil sie sonst mit Schadensersatzforderungen seitens der Unternehmer zu rechnen habe.

Diese gezielte Abwiegelei hat offenbar auch ihre Wirkungen auf die gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb: zur letzten Vertrauensleute-Versammlung erschienen lediglich 25 (von insgesamt 85 Vertrauensleuten) – und stellten fest, daß die Stimmung im Betrieb schlecht sei und man darum jetzt nichts machen könne.



Das war der Beginn einer groß als „Solidaritätsaktion" angekündigten Versammlung. Wenn im Endeffekt kaum mehr als hundert Kolleginnen und

Das war der Beginn einer groß als „Solidaritätsaktion" angekündigten Versammlung. Wenn im Endeffekt kaum mehr als hundert Kolleginnen und
Kollegen daran teilnahmen, so ist das deutlicher Ausdruck der von den IGM-Führern betriebenen Abwiegelei und Verwirrungsstrategie.

Alle Betriebsversammlungen waren trotz Drohungen und Nichtbezahlung der Zeit gut besucht. Die Kollegen waren sogar zur gerichtlich verbotenen Versammlung erschienen, erst nach Aufforderung durch den Betriebsrat nahmen sie die Arbeit wieder auf.

Wenn im Endeffekt kaum neue Perspektiven für den Kampf gegen die laufenden und die noch zu erwartenden Massenentlassungen aus den Betriebsversammlungen herausgekommen sind, so sind dafür in erster Linie die Gewerkschaftsführer und ihr Anhang im Betriebsrat verantwortlich zu machen.

Vieles, vor allem die völlige Untätigkeit der Hamburger Ortsverwaltung erinnert versdammt deutlich an die Vorgänge bei Heidenreich und Harbeck. Auch in diesem Hamburger Betrieb wurde erst mit großen Sprüchen gegen die Stillegungspläne protestiert, im entscheidenden Augenblick aber ein „Sozialplan" vereinbart und den Entlassungen der Weg geebnet. Und mit Sicherheit wird sich „Heidenreich" bei MAN wiederholen, wenn es nur nach dem Willen der IG Metall-Führer geht...

Metallkommission

Knochenmühle Blohm + Voss

Am 1.7. ereignete sich auf der Hamburger Werft Blohm&Voss schon wieder ein schweres Unglück. Aus Transportgründen wurde das Kranschiff „Aserbaidshan" längsseits in drei Teile geteilt und die beiden Seitenteile wurden für Schweißarbeiten miteinander und an einem Dock verankert. Die Verankerungen lösten sich plötzlich und die riesigen Schiffsteile (jedes ist 120 m lang und 8 1/2 m breit) kippten um. Ein Teil der fast 40 an Bord arbeitenden Kollegen musste sich durch einen gefährlichen Sprung in die Elbe „retten". insgesamt wurden sieben Kollegen mit Prellungen, Beinbrüchen und einer Schock stehend in Krankenhäuser gebracht. Zum Glück konnten inzwischen alle Kollegen wieder nach Hause.

Da sich die beiden Schiffsteile gegenseitig stoppten, wurde eine Katastrophe noch größeren Ausmaßes verhindert. Entsprechend ist die Darstellung in der Hamburger Presse. Die Verletzungen der Kollegen werden lapidar als „leicht" bezeichnet. Interessant ist auch, daß es weder von der Geschäftsleitung noch vom Betriebsrat eine Stellungnahme gibt. Natürlich sind die Kapitalisten darauf bedacht, daß sofort Ruhe um das Unglück eintritt. Einerseits wird es wirtschaftlich und von der Konkurrenz her gesehen Nachteile bringen. Andererseits – und das steht im Vordergrund – gibt es wohl einiges zu vertuschen. So tauchen z.B. **Fragen auf, wie**

– Warum wurden zur Absicherung der Seitenteile keine Schwimmkräne benutzt?
– Warum wurden die Arbeiten nicht in einem Dock ausgeführt?

Ähnlich wie bei dem Unglück im Januar 1976 auf der „Anders Maersk" – bei dem 27 Kollegen starben – wird es einen (in einigen Monaten erscheinenden) Untersuchungsbericht geben, von dem die Kollegen und die Öffentlichkeit kaum was erfahren.

Anläßlich der Trauerfeier der damals verunglückten Kollegen, spuckte der Vorstand große Töne: *„Erkannte Gefahren lassen sich meistern.....Unsere Verpflichtung ist es, durch die Erkenntnisse, die wir aus dem Unglück ziehen, dazu beizutragen, daß solche Unfälle in Zukunft vermieden werden."*

Schöne Worte! Eine der Lehren wäre es zumindest gewesen, daß generell (!) bei gefährlichen Arbeiten – und nicht nur bei Kesselinbetriebnahmen – die Zahl der Kollegen auf das Mindestmaß begrenzt wird. Aber der „Anders Maersk" waren nur sechs von 54 Kollegen mit Inbetriebnahmearbeiten beschäftigt. Auch diesmal waren wieder auf der „Aserbaidshan" eine Malerkolonne und z.B. Kesselreiniger an Bord, die mit den Takelarbeiten nichts zu tun hatten.

Die Werftkapitalisten sind nicht bereit, Mindestanforderungen der Arbeitssicherheit zu erfüllen. Für 6.500 Kollegen gibt es nur einen Sicherheits–Ingenieur, der Betriebsarzt arbeitet morgens nur stundenweise! Und dann gibt es noch den § 35 der Arbeitsordnung, in dem es heißt: *„Eine Aufforderung zu sicherheitswidrigem Verhalten darf nicht befolgt werden."* Es ist den Meistern etc. also nicht verboten, sicherheitswidrige Anordnungen zu geben, die Kollegen dürfen sie nicht befolgen(!). So leicht schieben die Kapitalisten die Verantwortung von sich.

Die Unfallbilanz ist dementsprechend erschreckend:
1971 – 7 Tote und mehrere Verletzte bei einer Gasexplosion auf der „Seven Stars"
1974 – 2 Tote und ein Verletzter durch Umfallen einer Gangway
1976 – 27 Tote und ca. zehn Verletzte bei der Kesselexplosion auf der „Anders Maersk".

Hinzu kommen jedes Jahr mehrere einzelne Todesfälle, die teilweise gar nicht öffentlich bekanntgemacht werden – und als „normal" gelten.

Wir fordern:

Genaueste Untersuchung der Unfallursachen auf der „Aserbaidshan".
Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes.
Bei gefährlichen Arbeiten dürfen nicht mehr Kollegen als unbedingt erforderlich dabeisein.

KB–Betriebszelle Blohm + Voss

Echte Partnerschaft

Hamburg. SPD-Betriebsratsvorsitzender läßt seine „guten Beziehungen" spielen – für den Kapitalisten.
Über ihre Tochtergesellschaft HPC hat die HHLA (Hamburger Hafen Lagerhaus AG) gerade einen Großauftrag bekommen. In Lagos (Nigeria) soll sie einen Hafen komplett einrichten. Zu dieser Einrichtung gehören unter anderem 380 Gabelstapler. Der Auftrag für die Stapler sollte von der HHLA ursprünglich durch eine Ausschreibung vergeben werden. Die Hamburger Gabelstapler Firma Still, die natürlich sehr scharf auf diesen Auftrag ist, wußte einen leichteren Weg, an ihn heranzukommen.

Da bei der HHLA der Hamburger SPD-Senat die Oberaufsicht führt, wandte sich der Still-Geschäftsführer an seinen SPD-Betriebsratsvorsitzenden und bat ihn, über seine engen Beziehungen zum Senat doch ein bißchen an der Vergabe des Auftrages zu drehen. Der BR–Vorsitzende, schon immer sehr auf „vertrauensvolle Zusammenarbeit" bedacht, erledigte die Sache schnellstens und bestens: Still bekam den Auftrag. Der BR–Vorsitzende preist diese Sache jetzt im Betrieb als „konkreten Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung" an. Die Still-Kapitalisten reiben sich die Hände; 380 Stapler, das ist fast ein Zehntel der Jahresproduktion. Für die Kollegen bedeutet das jetzt Antreiberei und Überstundenschieberei, der Auftrag muß schnellstens erledigt werden.

Die bei Still geplante Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung wird aber dadurch garantiert nicht verhindert.

Ein Genosse von Still
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

ÖTV-Führung intensiviert Säuberung!

Kiel: Intensiv mit Gewerkschaftsausschlußverfahren beschäftigen sich derzeit wieder einmal Schleswig-Holsteins ÖTV-Führer: Bekannt sind uns allein drei Ausschlußverfahren in Kiel, zwei in Neumünster und mindestens eines in Flensburg.

An dem Ausschlußverfahren gegen eine Kieler Kollegin wird dabei sehr deutlich, daß den ÖTV-Führern offensichtlich selbst die DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen »Mitglieder und Sympathisanten oder Unterstützer« der sog. »K-Gruppen« noch zu lasch sind, um »ihre« Gewerkschaft zu »säubern«:

Da heißt es in einem Schreiben der Kieler ÖTV-Kreisverwaltung vom 4.5. an die betroffene Kollegin: *»Sie haben anläßlich der Mai-Kundgebung 1977 die Broschüre 'Gewerkschaftsführung contra Mitgliederinteressen' verkauft. Als Herausgeber wird die 'Initiativgruppe zur Wiederbelebung der ÖTV-Abteilung Sozialarbeit im Bezirk West' genannt. Unschwer läßt sich erkennten, welche Organisation hinter diesem Druckerzeugnis steht (!!!). Ihr Verhalten ist eindeutig gewerkschaftschädigend. Sie haben durch ihre Beteiligung am Verkauf dieser Broschüre zu erkennen gegeben, daß sie sich als Mitglied unserer Gewerkschaft mit den in der Broschüre vertretenen Ansichten und Forderungen solidarisch erklären. Sie unterstützen damit die Verlagerung innergewerkschaftlicher Angelegenheiten in die öffentliche Diskussion. ... Wir werden ihren Ausschluß beantragen. ... Kurze (Geschäftsführer) ...«*

Inzwischen ist der Ausschluß der Kollegin auch offiziell eingeleitet.

Deutliche Worte sind das. Wer lediglich eine kritische und öffentliche Auseinandersetzung mit der Politik der ÖTV-Führung sucht, die selbst laut ÖTV-Führung offensichtlich keiner »K-Gruppe« eindeutig zuzuordnen ist (sonst wäre sie wohl benannt worden), ist also »gewerkschaftsschädigend«.

KB/Gruppe Kiel

München: Unter der vielversprechenden Überschrift: «Erst der Mensch, dann der Sparplan« veröffentlichte das ÖTV-ECHO vom März/April '77 eine Stellungnahme des Gewerkschaftsvorstandes, in dem es u.a. heißt: *»Die ÖTV lehnt Betten-Stillegungen und Krankenhausschließungen ab, solange Versorgungsmängel bei der Psychiatrie, der Nachsorge und Rehabilitation sowie bei der Pflege Langzeitkranker und alter Menschen besteht.«*

Als allerdings im Münchener Krankenhaus Oberföhring der Arzt Dr. med. Wolf B. auf einer Personalversammlung die unerträglichen Zustände für Patienten und Personal (wie überfüllte Krankenzimmer, Einsparung von Arzneimitteln, ständigen Nachtdienst für Ärzte und Schwestern) anprangerte, schmiß die Krankenhausleitung den Kollegen wegen fortgesetzter Störung des »Betriebsfriedens« raus. Vorgeworfen wurde dem Arzt ferner das Tragen einer Mai-Plakette und der Bericht in einer linken Zeitung, in dem auch der Beitrag des Kollegen auf der Personalversammlung erwähnt wurde.

Die Führer der ÖTV machte sich diese »Argumentation« zueigen und setzten mit einem Ausschlußantrag nach. (Informationen nach: DVZ, vom 7.7.77; „RF", 29.6.77)

ÖTV-Kommission

Giftalarm im Hafen!

Hamburg. 110 Tonnen Natrium-Zyanit, eine hochgiftige Substanz, die in Verbindung mit Luftfeuchtigkeit Blausäuregase bildet, kam in simplen, dünnwandigen Fässern, verladen in mehreren Waggons der Bundesbahn, im Hamburger Freihafen an („Welt", 29.6.). Von den 1000 Fässern waren 40 (!) eingebeult, bzw. ihre Deckel waren abgesprungen, so daß Vergiftungsgefahr bestand! Feuerwehr, Sicherheits-»spezialisten« und Vertreter der Umweltsch(m)utzbehörde rückten daraufhin an — es wurde Giftalarm gegeben und ein vorübergehender Entladestopp verhängt.

Schnell stellten die »Experten« fest, daß alles halb so schlimm sei — die maximale Arbeitsplatzkonzentration (höchstzulässige, aber nicht unbedingt ungefährliche Konzentration einer Substanz in der Luft) war — angeblich — noch nicht erreicht. Und da somit keine Gefahr mehr für den Hafen und die Umgebung bestanden haben soll, wurden die beschädigten Fässer mit Plastiktüten »geschützt« und in die Waggons zurückgestellt!

»Bis auf drei der beschädigten Fässer gab ein Sachverständiger (?) gestern abend (28.6. Anm. AK) *die gefährliche Sendung zur Verladung frei. Sie wird unter Aufsicht der Wasserschutzpolizei erfolgen«* („Welt", 29.6.77). Noch am selben Abend wurde also die gefährliche Ladung auf den sowjetischen Frachter »Kotlas« verladen, der am nächsten Tag den Hafen mit Ziel Casablanca verlassen wollte.

Hier ging es allein darum, den Verladetermit einzuhalten; das Leben und die Gesundheit der Bahnarbeiter, Hafenarbeiter und der Seeleute auf der »Kotlas« wurde dabei kaltblütig aufs Spiel gesetzt.

Das Foto, das die „Welt" während des Giftalarms bei der Kontrolle der Fässer schoß, spricht für sich.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





Repression im Mädchenheim

Münster. Wegen »Hetze und Aufwiegelei« (laut „Knipperdolling", Mai 77) wurde der Psychologe Redl des »Hauses vom Guten Hirten« in Münster nach 2 1/2 jähriger Tätigkeit am 4.4.77 fristlos gekündigt. Aus Protest gegen die Zustände in dem Mädchenheim kündigten 4 weitere Mitarbeiter.

Träger dieses Mädchenheimes ist der »Orden der Schwestern vom Guten Hirten«, der in der BRD noch eine Reihe von weiteren Fürsorgeheimen unterhält. In diesem Haus werden z.Zt. etwa 60 Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren »betreut«.

Bevor der Psychologe Redl dort die Arbeit begann, zeichnete sich der Stil des Hauses durch hierarchische Weisungsbefugnisse der Vorgesetzten und Weisungsgebundenheit der Untergebenen aus. Da ein Großteil des Personals Nonnen sind, wurde die Organisierung des täglichen Lebens durch die Ordensgruppierung bestimmt und auf den pädagogischen Bereich übertragen.

Der Psychologe versuchte mit einigen Mitarbeitern, die nicht dem Orden angehören, diese Struktur zu verändern und eine Teamarbeit zu entwikkeln. Es wurde eine Erzieherkonferenz eingerichtet, in der Organisationsfragen und pädagogische Probleme diskutiert und beraten werden sollten. Aber zwangsweise mußte die hierarchische Eintscheidungsstruktur der das Heim tragenden Ordensgruppen darunter leiden. Hinzu kam, daß dabei auch die pädagogisch nicht ausgebildete Hausoberin von Seiten der Erzieher mehr und mehr Kritik erntete. Alle Versuche klärender Aussprachen scheiterten an der *»pathologisch anmutenden Kommunikationsfeindlichkeit«* (Redl laut „Knipperdollig", Mai 77) der Oberin. Zugänglich war sie nur für Gerüchte, die als Beweise für die angeblich »manipulatorische Tätigkeit« des Psychologen dienen sollten.

Ein erster Versuch, den Psycholo-
chologen dienen sollten.

Ein erster Versuch, den Psychologen lahmzulegen, bestand darin, ihn zu überlasten, indem man ihn anwies, alle 5 Mädchengruppen in seine Therapie zu nehmen. Hierdurch ließ er sich aber nicht einschüchtern. Am 14.3.77 wurde ihm eine »Abmahnung« zugesandt: *»Es entsteht bei uns der Eindruck, daß von Ihnen Bestrebungen ausgehen, eine Abänderung mit Annäherung an einen von Ihnen gewünschten kollektiven Führungsstil zu erreichen«* („Knipperdolling", Mai '77).

Mit diesem Schreiben wurde allerdings nicht nur die Rolle des Psychologen angegriffen, sondern die ganze Teamarbeit in Frage gestellt.

Damit keine Diskussionen über diese Angriffe geführt werden konnten, schrieb die Leitung: *»Sitzungen des Plenums finden vorläufig nicht mehr statt. Wir untersagen Ihnen auch die Einberufung von anderen Zusammenkünften des pädagogischen Fachpersonals, da Sie dafür keine Zuständigkeit besitzen«* (Schreiben der Hausoberin vom 18.3.77 laut „Knipperdolling", Mai 77).

Auf die wiederholte Forderung der Mitarbeiter nach einer Diskussion reagierte das Haus mit der Kündigung und der sofortigen Suspendierung vom Dienst. Durch eine einstweilige Verfügung wurde das Arbeitsverbot für Redl ausgesetzt. Weil er aber die Mädchen und die Mitarbeiter ständig informierte über das Vorgehen gegen ihn, wurde er fristlos gekündigt.

Die Mädchen reagierten auf die Kündigung mit zwei hausinternen Demonstrationen und einem Schreiben an die Heimaufsicht des Landesjugendamtes: *»Ist es nicht wichtiger, daß das Verhältnis Mädchen-Psychologe gut ist, oder soll das Verhältnis Oberin, Erzieher-Psychologe besser sein! Was halten Sie für wichtiger?*

So wie man uns behandelt ist eine Sauerei !!!« („Knipperdolling", Mai 77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues Transportsystem Cabinenlift

Bremen, Zentralkrankenhaus St. Jürgensstraße.

Seit einem Jahr planen Bundesforschungsministerium, Bremer Senatdirektion und die Kapitalisten von Demag/MBB ein neues Transportsystem, den sogenannten Kabinenlift fürs Zentralkrankenhaus (ZKH) St. Jürgensstraße. Durch den Kabinenlift sollen die Gebäude untereinander verbunden und der Transport auch innerhalb des Krankenhauses „wirtschaftlicher" gemacht werden. Jetzt war die Detailplanung fast abgeschlossen und auf einer Personalversammlung am 15.6. sollten erste Ergebnisse bekanntgegeben werden. Die meisten Kollegen waren von Anfang an gegen den Kabinenlift, weil sie Entlassungen und Mehrarbeit fürs Personal befürchteten und auch nicht einsahen, wieso für so ein neues Transportsystem 28 Millionen Steuergelder ausgegeben werden und für ca. 3ooo Kollegen (vorwiegend Frauen) kein Kindergarten existiert.

Um das ganze trotzdem möglichst reibungslos über die Bühne zu kriegen, war die Personalversammlung als Werbeveranstaltung für den Kabinenlift geplant. Es wurden Filme gezeigt und von Seiten der Direktion und der Planungskommission auf technischen Einzelheiten herumgeritten, kritische Fragen dagegen abgetan und die Frager als „Fortschrittsgegner" und „Maschinenstürmer" diffamiert. Das alles geschah mit wohlwollender Unterstützung des Personalratsvorsitzenden. Die Kollegen ließen sich dadurch allerdings nicht einschüchtern. Der besondere Knüller um den Kollegen den Kabinenlift schmackhaft zu machen:ein sogenannter offener Mitarbeiterkreis, in dem jeder Kollege „aktiv" die Planung mitbestimmen kann (man kriegt sogar zwei Stunden pro Woche bezahlt frei dafür) - betreut von Batelle-Institut.

Die ÖTV-Jugend enthüllte in einem Flugblatt zur Personalversammlung, daß das Batelle-Institut als Meinungsforschungsinstitut in Wyhl im Auftrag der KWU die Bevölkerung für Atomkraftwerke zu gewinnen versuchte. Der Batelle-Vertreter mußte denn auf die Frage von Kollegen auch zugeben, daß er von der Demag/MBB bezahlt wird.

Das macht nur noch deutlicher, worum es beim Kabinenlift geht: *„Der Kabinenlift wird nicht gebaut, weil uns das Transportsystem unter den Nägeln brennt (da müßte ganz woanders angefangen werden,z.B. beim Personalmangel), sondern weil das Bundesforschungsministerium ein neues Nahverkehrsystem ausprobieren will (mit unseren Steuergeldern finanziert) und weil die Herstellerfirma Demag/MBB Profit machen will!"* (aus einem Flugblatt der ÖTV–Jugend zur Personalversammlung.)

Mit dieser Kapitalistenlogik konnten sie bisher allerdings bei den Kollegen nicht landen!

Krankenhauszelle
KB/Gruppe Bremen 9

Medizinische Geräte: Lebensgefährlich!

Nachdem erst vor kurzem bekannt geworden war, daß unsere Krankenhäuser s t r a h l e n v e r s e u c h t sind, haben weitere Untersuchungen *»alarmierende Ergebnisse«* — wie selbst die bürgerliche Presse schreibt — zu Tage gefördert. Bei einer Untersuchung des Technischen Überwachungsvereins im Rheinland in Stationen und Intensivstationen in Krankenhäusern von Bonn und Düsseldorf *»seien, so Hoover* (Abteilungsleiter des TÜV — Anm. AK) *zum Teil erhebliche Mängel an Geräten festgestellt worden. Ein Gerät in einer Universitätsklinik zum Beispiel verursachte Verbrennungen. In mehreren Fällen, in denen das Versagen medizinisch-technischer Geräte im Krankenhaus zu Unfällen mit Todesfolge geführt habe, seien Fachleute vom TÜV Rheinland als Gerichtsgutachter bestellt worden«* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 4.7.77).

An einem bestimmten Modell einer Infusionspumpe, von der ca. 5 600 Geräte in Betrieb sind, wurde ein Fehler erst durch den Tod eines Kindes gefunden!

Das Modell wurde daraufhin nicht etwa aus dem Handel oder Betrieb gezogen, sondern die Prüfstelle entwickelte zusammen mit zwei Herstellern *»eine Infusionspumpe, die bei Störungen Hilfe herbeiruft und auch von selbst gestoppt wird«* („FAZ", 4.7.). Das ist natürlich eine großartige Erfindung, immerhin weiß der Arzt jetzt rechtzeitig, daß der Patient gerade gestorben ist! . . .

Anläßlich dieses Todesfalles wurde eine *»systematische Kontrollaktion in sieben Krankenhäusern des Landes und auf der Düsseldorfer Ausstellung 'Medica 76'«* durchgeführt (ausgenommen waren Röntgengeräte!), deren Ergebnisse im Jahresbericht der Gewerbeaufsicht von Nordrhein-Westfalen als »erschreckende Ergebnisse« bezeichnet wurde: *»An 42 der insgesamt 69 überprüften Geräte (Infusionspumpen, Narkose-, Dialyse- und Injektionsgeräte) stellte die Gewerbeaufsicht 481 Sicherheitsmängel fest (!) ... Für fünf der kontrollierten Geräte mußte auf Grund ihres schlechten technischen Zustandes ein sofortiges Verkaufsverbot erlassen werden«* („FR", 5.7.).

Daß diese exemplarischen Fälle von technischen Mängeln überhaupt bekannt wurden, ist der Tatsache zu »verdanken«, daß die Anwendung der Geräte bei Patienten zum Tode oder zu schweren Gesundheitsschäden, wie z.B. Verbrennungen, geführt hat. Es besteht nämlich für die medizinisch-technischen Geräte in Krankenhäusern und Arztpraxen keine Prüfpflicht! Und daher gab es bisher auch keine zuständige Prüfstelle: Das bedeutet, der Großteil der Geräte wird überhaupt nicht gewartet!

Die erste Prüfstelle für medizinische Technik des TÜV wurde in diesem Jahr in Köln eingerichtet, allerdings ist zu bezweifeln, daß hier mehr als nur Gutachten für Gerichtsprozesse oder Regierungsstellen in Auftrag gegeben und genommen werden. *»Jetzt allerdings wendeten sich zunehmend Hersteller an die Prüfstelle, um sich gegen Schadensfälle besser abzusichern«* („FAZ", 4.7.), machte ein Abteilungsleiter des TÜV die Funktion der neuen Prüfstelle deutlich: Die Kapitalisten sollen besser vor klagenden Geschädigten geschützt werden!

Friedhelm Farthmann (SPD), Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales von Nordrhein-Westfalen kündigte an: *»Die Sonderaktion sei Anlaß, bei medizinisch-technischen Geräten künftig noch schärfere Kontrollen durchzuführen«* („FR", 5.7.).

Diese »Drohung«wird sich sicher bald als reiner Theaterdonner herausstellen!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Neues »Fluglotsenurteil« — Abbau des Streikrechts!

Ein erstes rechtskräftiges Urteil über den Schadenersatz für die Einbußen der Reiseunternehmen durch den von den Fluglotsen 1973 durchgeführten »Dienst nach Vorschrift« wurde jetzt vom Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe gefällt:

»50000 Mark muß die Bundesregierung als Schadenersatz für die erlittenen geschäftlichen Einbußen auszahlen« („Hamburger Abendblatt", 7.7.) Dies ist aber nur der erste der 220 Antragsteller, die insgesamt 250 Mill. Mark fordern wollen. Darunter befindet sich auch die Deutsche Lufthansa.

In diesem Prozeß wurde aber vor allem das Urteil des Oberlandesgerichts Köln vom März d.J. bestätigt, welches die Klage des Flughafens Hannover gegen die Fluglotsen bzw. gegen ihren Verband (VDF = Verband Deutscher Flugleiter) abgelehnt und die Bundesregierung dazu verpflichtet hatte, die Ersatzansprüche zu zahlen.

»Die Maßnahme der Fluglotsen, die Besoldungsverbesserungen erreichen wollten, verstieß auch nach Ansicht des BHG gegen deren Amtspflichten [!] als Träger hoheitlicher Befugnisse gegenüber Reiseunternehmen. Anders als bei einem normalen Arbeitskampf zwischen Tarifvertragsparteien habe sich die Aktion unmittelbar gegen Dritte gerichtet, deren unternehmerische Betätigung mit der amtlichen Tätigkeit der Fluglotsen eng verbunden und von ihr abhängig war. Dies sei ein ‚unmittelbarer Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb des klagenden Reiseunternehmens'. Der BGH führte aus, der Staat, und nicht die Fluglotsen, müsse jedoch für die Verluste haften. Dies erfordere der rechtsstaatlich gebotene Schutz des Bürgers vor rechtswidrigen Eingriffen der öffentlichen Gewalt und gelte auch, wenn die mit hoheitlichen Befugnissen ausgestatteten Beamten ihre Amtstätigkeit zur Durchsetzung standespolitischer Forderungen gegenüber ihren Dienstherrn einstellten«
(„Frankfurter Rundschau", 7.7.).

Das Urteil des BGH ist ein weiterer Schritt zur Abschaffung des Streikrechts. Wesentlich ist hier nicht die Frage der Haftung für die Verluste — die wird ohnehin dem Steuerzahler aufgebürdet! — von viel größerer Bedeutung ist die Qualifizierung des „Dienstes nach Vorschrift" (!) als „V e r s t o ß gegen die Amtspflicht"!!

So wurde die Aktion der Kollegen auch vom Oberlandesgericht Celle, von dem in erster Instanz ebenfalls ein Urteil gegen die Bundesregierung gefällt wurde, als »rechts- und sittenwidrig« bezeichnet.

Die Hetze in der bürgerlichen Presse richtet sich ebenfalls wiederum gegen die Fluglotsen und ihre damalige Aktion. In einem Kommentar des „Hamburger Abendblatt"-Schreiberlings Günther Genske vom 7.7. wird das Urteil des BGH eifrig beklatscht: *»Nun haben es die Fluglotsen endgültig schwarz auf weiß, daß sie mit Bummelstreiks ihre Amtspflicht verletzen, daß sie mit ‚Dienst-nach-Vorschrift-Aktionen' rechts- und sittenwidrich handeln. Dieser höchstrichterliche Spruch aus Karlsruhe wird manchen Heißsporn unter ihnen aus dem Höhenflug der Illusionen wieder auf den Boden der nüchternen Überlegungen herabgeleiten. Wer sich dem Wunschtraum hingegeben hat, mit einem ‚Go slow' dem Dienstherrn — in diesem Fall dem Bundesverkehrsminister — überhöhte Forderungen diktieren zu können, weiß nun, wo die Justiz ihn ansiedelt: Bei Rechtsbrechern«* !

Es kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Bundesregierung nunmehr gesetzliche Handhaben schaffen wird, um die Fluglotsen schärfer an die Kandarre zu nehmen und sie unter ein quasi-militärisches Dienstrecht zu stellen. Die jetzige Hetze in der Presse soll diesem Schritt den Boden bereiten.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Amtstätigkeit zur Durchsetzung standespolitischer Forderungen gegenüber ihren Dienstherrn einstellten«
(„Frankfurter Rundschau", 7.7.).

Schritt den Boden bereiten.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bahnhof der Superlative vernichtet 350 Arbeitsplätze



Rangierbahnhof Maschen: Schafft keine sondern vernichtet Arbeitsplätze.

In Maschen (bei Hamburg) ist der erste Teil eines neuen Rangierbahnhofs in Betrieb genommen worden. Die vollständige Inbetriebnahme soll bis 1980 erfolgen. Es ist ein Bahnhof der Superlative: 350 Kilometer Gleise, über 1.000 Weichen, mehr als 1.300 Signale. Die Gleisanlagen sind 700 Meter breit und 7 Kilometer lang. Es ist der größte Rangierbahnhof Europas. Das Prunkstück wird insgesamt 770 Millionen Mark kosten. Nach seiner vollständigen Inbetriebnahme sollen hier einmal 14000 Waggons täglich verschoben werden. Computer steuern die Rangierbewegungen. — Und: 350 Arbeitsplätze werden vernichtet!

Der neue Rangierbahnhof in Maschen soll fünf Hamburger Bahnhöfe ersetzen: Eidelstedt, Hauptgüterbahnhof, Harburg, Rothenburgsort und Wilhelmsburg. Diese Bahnhöfe werden bis 1980 ihren Betrieb einstellen. Maschen wird in erster Linie der Wirtschaft nützen, insbesondere der Hamburger Hafenwirtschaft. Im südgehenden Waggonverkehr werden die Laufzeiten der Güter um durchschnittlich 30% verringert. Für die Eisenbahner jedoch bedeutet Maschen eine Rationalisierungsmaßname allerersten Ranges. So verlieren sie nicht nur ihren bisherigen Arbeitsplatz auf einem der alten Bahnhöfe und müssen nach Maschen z.T. erheblich längere Anfahrtswege und -zeiten in Kauf nehmen. Mit 1700 in Maschen beschäftigten Eisenbahnern werden dort auch 350 weniger arbeiten als in den fünf Bahnhöfen zusammen, die durch Maschen überflüssig werden. Das entspricht einem Rationalisierungsergebnis von fast 20%. So werden bei der Bundesbahn Arbeitsplätze nicht nur durch Streckenstillegungen vernichtet, sondern auch durch den Bau neuer Bahnhofsanlagen (alle Angaben nach „Hamburger Abendblatt", 1.7.77 und 4.7.77).

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Rechte Abteilungsleitergruppe hetzt

Iduna Hamburg. Nachdem sich am 10.6. das erste Mal die „schweigende Mehrheit" in Gestalt der M.E.P.I. (Mitarbeiterinitiative gegen den Eingriff politischer Gruppen in das Betriebsgeschehen der Iduna) mit einem Flugblatt zu Wort gemeldet hatte (siehe ARBEITERKAMPF Nr. 107), erschien am 27.6. das zweite.

Auch dieses Flugblatt ist ein Versuch einiger rechter Abteilungsleiter, gegen die fortschrittliche HBV-Betriebsgruppe sich im Hetzen zu üben.

Unter der k(l)otzigen Überschrift: *„Die sogenannte ‚HBV-Betriebsgruppe Iduna-Vers.' betreibt Rufmord"* kommt dann im Text nur noch Gejammer: Der zurückgetretene BR-Vorsitzende habe „sicher ... nur das Wohl aller Kollegen im Auge" gehabt. Der Rücktritt sei nicht auf „Druck der Belegschaft", sondern „freiwillig" erfolgt. Der BR-Vorsitzende hatte, um im Sinne des Kapitalisten Entscheidungen zu treffen, nicht einmal die gesetzlichen minimalen Pflichten als BR eingehalten und war auf der letzten Betriebsrats-Versammlung total baden gegangen. Die Schwierigkeit bei MEPI besteht darin, daß sie einerseits Hetze gegen die Linken im Betrieb verankern will, andererseits aber auch den völlig abgewirtschafteten BR-Vorsitzenden, der sich für den Kapitalisten so bewährt hatte, wieder hochpäppeln will — zwei Dinge, die kaum unter einen Hut zu bringen sind. Sehnsüchtig erinnert man sich da der Zeiten, als *„sich die HBV damals offen von den Aktivitäten der gekündigten Mitarbeiter"* (sieben Kollegen der HBV-Betriebsgruppe) *„distanzierte, sogar Gewerkschafts-Ausschlußverfahren androhte". „Wo steht die HBV heute?"* fragt sich da die MEPI, die angetreten ist, um die Linken im Betrieb auszuschalten und die Gewerkschaftsführung der HBV gern dabei hätte. Um das zu erreichen, werden sie in Zukunft wohl noch einen Zahn zulegen müssen, um ihre angefangene Hetze skrupelloser auszubauen.

Ihre bisherige Schwäche versucht die MEPI (im Kollegenjargon übrigens „Initiative zur Rettung des Vaterlandes und der abendländischen Kultur") durch Vortäuschung breiter Zustimmung zu übertünchen. Es wird von einer über Erwarten „positiven Resonanz" auf das erste Flugblatt gefaselt.

In der Tat konnte glatt eine Verdreifachung der Anhänger der MEPI im Betrieb festgestellt werden: Wurde das erste Flugblatt erst von zwei Abteilungsleitern verteilt, so verteilten das zweite Flugblatt schon vier Abteilungsleiter, zwei Gruppenleiter und ein in der Abteilung als Rechtsaußen bekannter Kollege.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Iduna Hamburg: Es geht weiter an der juristischen Front

Am 6.7.77 wurde wieder vor dem Hamburger Arbeitsgericht verhandelt. Der durch das von der Iduna angestrengte Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts in Kassel wieder an die Luft gesetzte Betriebsrat A.P. hatte beantragt, tägliches Zutrittsrecht zum Betrieb zur Erledigung seiner Betriebsrats-Arbeit zu erhalten.

Der Betriebsrat der Iduna Allgemeine war geladen worden. BR-Vorsitzender Arndt gab sinngemäß folgende Erklärung ab: Der Betriebsrat hat beschlossen, den Kollegen A.P. als zeitweilig verhindert anzusehen, sein Ersatzmitglied ist geladen worden. Auf die Frage, wie sich der BR verhalten wird, sollte der Kollege P. Zutrittsrecht zur Firma erhalten, gab Arndt nur zu Protokoll: Das muß man dann sehen!

Offensichtlich versuchte er zu lavieren, saßen doch die Vertreter der Geschäftsleitung an seiner Seite. Im BR war die Frage auch durchaus anders diskutiert worden. Man hatte augemein das Zutrittsrecht und die weitere Betriebsrats-Arbeit befürwortet. Der Richter gab zu verstehen, daß ihm die sogenannten konkreten Tatsachen um Kollegen P., ob er für den Betrieb „zumutbar ist" (was die Geschäftsleitung durch den Rechtsanwalt Sachau wieder lang und breit als nicht gegeben zu beweisen versuchte) nicht sonderlich wichtig erschienen. Für das Gericht steht vielmehr die Frage, ob es das Zutrittsrecht überhaupt gibt.

Das Urteil dann weist in die gleiche juristische Ecke: Der Antrag des Kollegen P. wurde abgelehnt; allerdings mit dem Hinweis, daß im Herbst, bei Vorliegen des Schriftsatzes des BAG zur Zurückverweisung des Hauptverfahrens (Unwirksamkeit der fristlosen Kündigung und Weiterbeschäftigungsrecht) ein Antrag mit mehr Erfolg gekrönt sein kann.

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Haustarife zur Beruhigung der Kollegen!

Haustarife zur Beruhigung der Kollegen!

Hamburg. Bei der diesjährigen Tarifrunde im Großhandel wollte Landesbezirkleiter Krause zielgerichtet auf einen Abschluß auf Lohnleitlinie hinaus.

Obwohl die Fachgruppe Groß- und Außenhandel der Gewerkschaft HBV auf ihrer Mitgliederversammlung 180.-DM für alle forderte, setzte Krause mit der Tarifkommission willkürlich 80 bis 160.-DM fest. In den Verhandlungen wurde das sogar noch auf 6,8% reduziert. Wo das enden wird, kann man sich schnell ausmalen: das letzte Angebot der Kapitalisten war 5,6% . Vorerst besteht ein tarifloser Zustand, die verhandlungen sind geplatzt. Von Seiten der Gewerkschaftsführer wurde außer dem ständigen Zurücknehmen ihrer Forderung nichts weiter unternommen. Damit waren die Kollegen überhaupt nicht einverstanden.

Auf der Mitgliederversammlung (MGV) wählten sie selbst eine Tarifkommission, die bereit war, gemäß den Beschlüssen der aktiven Mitglieder zu handeln. Dies wurde von Krause kurzerhand nicht zur Kenntnis genommen, stattdessen machte er einen scheinradikalen Vorschlag, um die Kollegen leerlaufen zu lassen. Die Kollegen sollten Betriebsgruppen aufbauen, neue Mitgieder werben und auf den Abschluß von Haustarifen hinarbeiten, damit seien die „Arbeitgeber zu beunruhigen". Dabei schwärmte er von der IG Metall, wo das prima laufen würde.

Nun muß man wissen, daß im Großhandel die Gewerkschaftsführer die Zersplitterung schon soweit vorangetrieben haben, daß es jetzt bereits über 300(!) verschiedene Tarifverträge gibt. Das ist natürlich ganz außerordentlich erfolgreich - für den Kapitalisten. Folglich lehnten es die Mitglieder auch ab. Auf der MGV vom 21.6. wurde eine entsprechende Resolution von Krause abgelehnt, und auch eine Resolution die Krauses Verhandlungsführung absegnen sollte. Angenommen wurde dagegen ein Antrag nach verstärkter Öffentlichkeitsarbeit, mehr Flugblättern und einer Auto-Demonstration in der Hamburger Innenstadt.

Angenommen wurde des weiteren, daß in nächster Zeit eine neue MGV einberufen werden muß, sowie eine Solidaritätsresolution mit den Beschäftigten des Bremer „Weser-kurier" und der Bremer Nachrichten.

Genossen des Großhandels

Mit Sozialplan, Tarifvertrag und Mitbestimmung gegen Rationalisierung?

Der HBV-Hauptvorstand stellt in der neuesten Ausgabe des „ausblicks", der zentralen Zeitung der HBV, Nr. 6/7 '77, zur Diskussion: Technik für oder gegen den Menschen? Kaum mehr geleugnet wird, daß

- im Handel *„viele Kassiererinnen ... durch diese Rationalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren (werden)";*
- *„auch die Arbeitnehmer in der Verwaltung ... davon betroffen (sind), da die automatische Eingabe für die Kasse elektronisch sofort an Lager, Einkauf, ... weitergegeben wird";*
- durch den Einsatz von Maschinen in Banken *„jeder dritte Bankkassierer ... bald nicht mehr gebraucht (wird)";*
- *„nach Berechnungen eines Schreibautomatenherstellers ... in den nächsten Jahren 200.000 Schreibkräfte ihren Arbeitsplatz verlieren (werden)".*

Vor allen Dingen versuchen die Einzelhandelskapitalisten ein Arbeitszeitsystem durchzudrücken, wonach statt einer festen geregelten Arbeitszeit die *„Arbeitnehmer ... je nach ‚betrieblichen Bedarf' auf Abruf zur Verfügung stehen (sollen)".*

Sehr viele Kollegen spüren diese Methoden und die damit verbundene drohende Arbeitslosigkeit und zunehmenden Leistungsdruck bereits seit langem. Nur zögernd ist die Führung z.B. der HBV darauf eingegangen.

Man darf sich darüber im klaren sein, daß der Kampf der Gewerkschaftsführung nicht allzu gewinnbringend für die Kollegen verlaufen wird. So wird als direkte und erste Maßnahmen im „ausblick" vorgeschlagen:

- Rationalisierungsschutzabkommen
- Arbeitszeitverkürzung über Tarifvertrag;
- Sozialpläne;
- Personalplanung und Mitbestimmung in den Aufsichtsräten!

Als zweiten Schritt wird davon gesprochen, die Arbeitnehmer zum Eintritt in die HBV zu bewegen. In beiden Fällen wird auf die Mobilisierung der Kollegen verzichtet.

Rationalisierungsschutzabkommen und erst Sozialpläne sind immer wieder benutzt worden, um die Kollegen mit gewissen finanziellen Vergütungen und Versprechungen über die „Sicherheit" der noch verbleibenden Arbeitsplätze vom Kampf abzuhalten.

Als einzigen Vorschlag zur Mobilisierung der Kollegen bringt der „ausblick" die bekannte Werbung neuer Mitglieder.

Von Vorbereitung auf Kampfaktionen ist natürlich nicht die Rede. Dabei haben die fortschrittlichen Gewerkschafter auch schon ihre Erfahrungen gemacht. Als 1975 sich die HBV-Betriebsgruppe Iduna in Hamburg gegen die Vorboten solcher Rationalisierungsmaßnahmen in Flugblättern wandte, distanzierten sich die HBV-Gewerkschaftsführer öffentlich von der Betriebsgruppe und leisteten dem Kapitalisten direkte Schützenhilfe, um einige Kollegen rauszuschmeißen!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Druck

Nachlese zum Bremer Druckerstreik:

Eine Niederlage im Kampf oder »einmaliges Ergebnis«?

Im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir eine Auswertung des abgelaufenen dreiwöchigen Druckerstreiks in Bremen veröffentlicht. Dabei werteten wir den Ausgang dieses Kampfes als Niederlage. Von den Forderungen der Kollegen nach

— Zurücknahme der Kürzungen übertariflicher Zulagen
— Festschreibung der Zulagen
— 30 DM mehr für alle
— Bezahlung der Streikzeit
— keine Maßregelungen

wurde nur die letzte erfüllt, der Verleger Meyer konnte sich im übrigen durchsetzen und machte nur noch das Zugeständnis, daß jeder einzelne Fall von Kürzungen mit dem Betriebsrat beraten wird, wobei in Einzelfällen sicherlich Kürzungen zurückgenommen werden. Wesentliche Erfolge des Streiks waren die große Solidarität der Belegschaft, der Zusammenhalt zwischen Arbeiten und Angestellten, die Kampfentschlossenheit und die breite Unterstützung. Gerade weil diese Bedingungen vorhanden waren, Spaltungsversuche kaum fruchteten, ist es äußerst wichtig, die Auseinandersetzung darüber, warum dann nur dieses Ergebnis herauskam, zu führen.

Die IG Druck und Papier machte sich diese Mühe natürlich nicht. *»Erfolgreich im Kampf gegen einen starrsinnigen Verleger«* hieß es nach dem Streik in ihrem Organ »druck und papier« vom 4.7.77. Neben der ständig wiederholten und zur unumstößlichen Tatsache erklärten Feststellung, daß die Gewerkschaft wegen der Bindung an die »Friedenspflicht« diesen Streik nicht finanziell unterstützen durfte, heißt es da zum Beispiel noch: *»Solidarität — das ist die Kraft, die uns stark macht. Gemeinsam erreichen wir mehr!«* Und was erreicht wurde, wird so dargestellt: *»Einem starrsinnigen Verleger (wurde) von einer solidarischen Belegschaft die Zähne gezeigt ... Spätestens jetzt müßte er erkannt haben, daß es auch in unserer Rechtsordnung für unternehmerische Willkür Grenzen gibt, daß man mit Menschen nicht nach Lust und Laune umspringen kann«*. Wird die Rolle der Gewerkschaft in einer solchen Auseinandersetzung tatsächlich auf derartige Plattheiten reduziert, geht es wirklich nur darum, dem Verleger »die Zähne zu zeigen« oder gar darum, die »Rechtsordnung« zu verteidigen? Mal ganz abgesehen davon, daß diese »Rechtsordnung« im Streik ihren wahren Charakter zeigte: Um die Lohnkürzungen zurückzukämpfen, mußten die Kollegen drei Wochen unter großen Opfern und Verlusten streiken, und die Gewerkschaft durfte sie nach 'offiziellem Recht nicht einmal unterstützen! Es ist bezeichnend, daß kein Wort über die starken Opfer der Kollegen verloren wird, kein Wort über die finanziellen Verluste in diesem Streik, kein Wort über den enormen Druck, der schließlich — wohl oder übel — eine Mehrheit dazu brachte, einem Ergebnis zuzustimmen, das nicht als »Kompromiß«, sondern schlichtweg als Niederlage eingeschätzt werden muß.

Der Betriebsratsvorsitzende Kammering umgeht diese Probleme in einem Interview mit der »UZ« völlig. Als Ergebnis dieses Streiks kann er auch nur das »Mitspracherecht« des Betriebsrats bei Kürzungen hervorheben. Er selber bezeichnet dieses in jedem »sozialpartnerschaftlichen« Betrieb übliche Verfahren, das gemeinhin als »betriebliche Mitbestimmung« bezeichnet wird, als »wohl einmalig« (»UZ«, 27.6.). Der Unterschied zu den meisten Betrieben ist der, daß in Bremen diese übliche Praxis, die nichts über das, was später herauskommt, besagt, schriftlich festgehalten ist.

Wenn Kammering als Betriebsratsvorsitzender und Ortsvereinsvorsitzender der DruPa aus taktischen Gründen öffentlich erklärt, der Gewerkschaft seien die Hände gebunden, ist das noch verständlich. Tatsache ist allerdings, daß von der DruPa über allgemeine Sympathiebekundungen hinaus für den Streik nichts gemacht wurde. Weder wurde versucht, die Solidarisierung mit den Bremer Druckern in andere Betriebe zu tragen, noch wurde aktive Solidarität organisiert. Geldsammlungen gab es z.B. auf Initiative von fortschrittlichen Kollegen. Die DruPa machte nicht einmal einen Spendenaufruf und organisierte diese Art der Unterstützung aktiv. Wenn Kammering in Bezug auf die »Mitsprache« von einem »einmaligen« Ergebnis spricht, ist das allerdings ein schlechter Witz, denn die Forderung der Kollegen nach Rücknahme der Kürzungen ist ja nicht dadurch vom Tisch, daß es nicht gelang, sie durchzusetzen. Hier wird einfach etwas als Erfolg beschönigt, was es nicht gibt. Schon gar nicht wurde im gesamten Streik von der Seite der Gewerkschaftsführer die »Friedenspflicht« angegriffen.

Ähnlich huscht beispielsweise auch ein Bremer Kollege in einem Interview mit dem »Informationsdienst« über diese Probleme hinweg (»ID«, 2.7.). Ebenso verhielt es sich auf einer Veranstaltung in Hamburg zum Thema »Rationalisierung — Arbeitsplatzvernichtung — Aktionen der Gewerkschaft« mit Bremer Kollegen. Mehrfach angesprochen auf die Frage, warum der Kampf nicht zum Erfolg führte, kam als Antwort darauf, daß der Erfolg doch in der Aktion selber gelegen habe. Insbesondere Mitglieder der »Gruppe Arbeiterpolitik« (und der DKP) schossen dagegen, diese Frage zu diskutieren. »Mit Agitations- und Propagandareden« ließen sich keine Kämpfe gewinnen. In der Tat, mit Ignoranz gegenüber diesen wichtigen Fragen des Kampfes und der Rolle der Gewerkschaftsführung allerdings ebensowenig.

Von der Linken wurden die wesentlichen Auseinandersetzungspunkte des Streiks fast durchweg nicht aufgegriffen. Da wird viel über die Länge des Streiks geschwärmt, über die Solidarität etc. Die Rolle der Gewerkschaftsführung wird kaum angetastet. Bei einigen der Stellungnahmen fällt auf, daß dort offensichtlich der Streik um des Streiks willen bejubelt wird (siehe z.B. KABD). Fast schicksalhaft wird von der Gewerkschaftslinken z.B. die DruPa-Erklärung zur Nicht-Unterstützung des Streiks hingenommen. Die »Friedenspflicht« gilt anscheinend auch als gegeben. Die hiervon abhängige für den Streikabbruch entscheidende Frage der finanziellen Unterstützung wird verniedlicht.

Gerade aber in und über die Gewerkschaft wäre es in dem Streik notwendig gewesen, die Solidarität zu verbreitern und Druck auszuüben, daß sich die Gewerkschaftsführer nicht so leicht und unbeschadet aus der Verantwortung ziehen können.

Wie wichtig für den Streikabbruch der finanzielle Druck war, wird an einem Protokoll deutlich, das das »Bremer Blatt« veröffentlicht und das die GIM und der »Informationsdienst« als »vorbildlich« abgedruckt haben. Dort erklärt ein Kollege , daß er wegen dieses Drucks nicht mehr weiterstreiken wolle. In den Antworten darauf wird sinngemäß gesagt, »mach dir man keine Sorgen, unsere Gewerkschaft wird das schon machen. Sie muß nur nach außen hin so tun als ob«. Nur eine Woche später wurde der Streik gerade deshalb beendet, weil die Gewerkschaft eben nicht »nur so« tat, und für viele diese Hoffnung zerstob.

Die Frage, wie über eine Radikalisierung des Streiks möglicher stärkerer Druck ausgeübt werden kann, fällt ebenfalls unter den Tisch.

Stimmen zum Streik:

— Die Alternativzeitung »Bremer Blatt«, die im Streik vier Extrablätter (insgesamt 200.000 Auflage) zur Information über den Streik verteilte, stellt fest: *»Es ist jedoch müßig, darüber zu streiten, diesen Kompromiß als Erfolg oder Niederlage zu werten«* (1.7.).

— Der »Berliner Extra-Dienst« spricht von einem »tragbaren Kompromiß« und hebt wie Kammering im »UZ«-Interview das »Mitspracherecht« des Betriebsrats hervor. Kammering wird von dieser Zeitung zum »neuen Arbeiterführer« deklariert (1.7.).

— Am meisten jubelt die trotzkistische GIM: *»Aber nicht nur vom Ergebnis her, sondern in der Art und Weise, wie diese zeitlich längste Auseinandersetzung in der Druckindustrie geführt wurde, kann sich der Kampf sehen lassen«* (»was tun«, 30.6.). Kein Wort wird darüber verschwendet, warum es zum Streikabbruch kam, warum die zentralen Forderungen nicht durchgesetzt wurden (daß sich dieses Ergebnis »sehen lassen kann«, das war noch nicht einmal die Meinung der meisten, die — wohl oder übel — meinten, dem Ergebnis ihre Zustimmung geben zu müssen). Die GIM geht sogar so weit, der Gewerkschaftsführung (tatsächlich steht da »Führung«!) zu unterschieben, sie habe den Streik »unter der Hand« unterstützt!

— Die »Rote Fahne« des KABD stellt die Frage: »Ein Mißerfolg? Keineswegs!«. Zwar sei keine Forderung erfüllt, aber man habe lange gestreikt. Zitiert wird ein Kollege: *»Dieser Kampf ist sehr wichtig für uns, ganz gleich, wie er ausgeht, denn wir lernen ungeheuer viel daraus. Er zeigt uns auch klar, was wir beim nächsten Mal noch besser machen müssen!«* So richtig die erste Aussage ist, so wichtig ist auch, zu erkennen, daß das, was besser gemacht werden muß, sich nicht automatisch ergibt! Die »Rote Fahne« vom 6.7. verliert hierüber kein Wort.

— Eine kritische Haltung gegenüber dem Ausgang nimmt das SB ein: *»Trotz eines gegenüber dem letzten Jahr wesentlich härter und länger geführten Kampfes konnte längst nicht das gleiche Ergebnis erreicht werden. Das erklärte Ziel ... wurde nur sehr begrenzt erreicht«* (»links«, Juli/August).

KB/Gruppe Bremen



Nach unwirksamer Kündigung: Wiedereinstellung unzumutbar?

Zum 30.6. war bei Springer in Hamburg einer aktiven Vertrauensfrau gekündigt worden (s.ARBEITERKAMPF 106). Um die Vertrauensfrau noch rechtzeitig vor der Betriebsratswahl loszuwerden, hatte der Kapitalist nachträglich bei ihrer Arbeit einige „Fehler" entdeckt.

Das war dann dem Gericht doch zu dick aufgetragen und man meinte, daß diese Kündigung offensichtlich rechtsunwirksam sei. Postwendend erhielt die Kollegin die zweite Kündigung zum 30.9. Außerdem beantragte Springer gleichzeitig Auflösung des Arbeitsverhältnisses, da das „Vertrauensverhältnis gestört" sei. Dabei berief sich Springer auf die Betriebsversammlung, wo die Kollegin gegen ihre Kündigung protestiert hatte, wie auch der gesamte Vertrauensleutekörper.

Erst wird die Kollegin wiederrechtlich gekündigt und nun soll sie rausfliegen,weil sie dagegen protestiert hat.

Das ist kein Arbeits"recht" -- sondern nackte Kapitalistenwillkür!

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Politische Kündigung bei der »WAZ«

M.F., seit 10 Jahren Kulturredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) im Bereich der Medienberichterstattung, der sich 1976 am Streik beteiligte, der sich dagegen wehrte, daß die CDU ein Foto von WAZ-Redakteuren mit Strauß für eine Werbepostille benutzen wollte und der die Programmbeilage „Bunte Wochenzeitung" nicht für den „Höhepunkt von Kulturpolitik" hält, sollte, angeblich wegen Arbeitsmangels, in die Lokalredaktion Recklinghausen versetzt werden. Kollegen, wie z.B. der Ressortchef waren einhellig der Meinung, es sei ausreichend Arbeit vorhanden. Dann kam die Kündigung, gekoppelt mit sofortiger Versetzung. Der Betriebsrat wiedersprach. M.F. klagte. Rechtsverdreher der WAZ, Dr.Heyer deutete die Richtung an: M.F. wäre für die selbstständige Bearbeitung der Seite „Junge Welt" aus Tendenzgründen nicht geeignet. Am Rande des Prozesses auf die Tendenzgründe befragt, wurde Heyer deutlicher: Der Kläger sei homosexuell und vertrete Ansichten, die die Chefredaktion nicht teile. Auf einem weiteren Termin hörte sich das dann so an:„*Die Tatsache, daß jemand homosexuell ist, spielt keine Rolle...Ich wehre mich dagegen, daß Herr F. Kommentare schreibt, in denen er in kämpferischer Weise für diese Bevölkerungsgruppe eintritt*", so WAZ-Chefredakteur Maruhn. Indes vorgelegt wurden diese Kommentare nicht. M.F., den man nicht für geeignet hält, eine Seite allein zu verantworten, gewann den Prozeß, wurde aber trotz einstweiliger Verfügung weiter aufgefordert, nach Recklinghausen zu gehen. M.F. ließ sich nicht einschüchtern und bot täglich seine Arbeitskraft der Kulturredaktion an. Am 8.6. wurde M.F. beurlaubt.

Der DJU-Bezirk hat in einem offenen Brief gegen die Kündigung und Diffamierung protestiert. Für die anstehende BR-Wahl ist M.F. Mitglied des Wahlvorstandes und vorn auf der Kandidatenliste der DruPa.

Branchenzelle Druck
KB/Gruppe Hamburg

DruPa-Gewerkschaftstag: Landesbezirk dreht Anträge um

Zur Zeit laufen innerhalb der DruPa die Vorbereitungen zum Gewerkschaftstag, der im Oktober stattfindet. Trotz jahrelanger Hetze, Gewerkschaftsausschlüssen usw. vorwiegend in Hamburg ist es doch gelungen, eine Reihe von fortschrittlichen Anträgen auf der Delegiertenversammlung (dem niedrigsten Organ der DruPa) durchzubringen. So z.B. „ ... *Die Hauptversammlung des Ortsvereines fordert den Gewerkschaftstag auf, den Abgrenzungsbeschluß gegen angebliche Radikale oder Extremisten unserer Gewerkschaft aufzuheben ...*" dies wird damit begründet, daß die „ ... *vergangenen Jahre gezeigt (haben), daß das Instrument des Abgrenzungsbeschlußes fast ausschließlich im Landesbezirk Nordmark angewandt wurde und mit unwürdigen Mitteln der „Beweisführung" wie Bespitzelung oder heimlichen Fotos vollzogen wurde. Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung sollte nicht durch administrative Maßnahmen unterbunden werden...*" (Mitteilung der DruPa)

Aus der Mitteilung ist zu ersehen, daß auch zwei Anträge gegen Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen mit großer Mehrheit angenommen worden sind, wobei es in dem einen Antrag heißt „ ... *Trotz Einschüchterungsmanöver, Demonstrationsverbot und Bürgerkriegsübungen der Polizei ließen sich am 19. 2.77 ca. 60 000 Menschen in Wilster und Itzehoe das Recht nicht nehmen, gegen den Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf zu demonstrieren. Dies ist ein erneuter Höhepunkt in der Anti-Atomkraftbewegung.*

Die Bundes-Landesregierungen versuchen mit allen Mitteln der Polizeigewalt, die Bewegung gegen Atomkraftwerke zu kriminalisieren und den Bau von Atomanlagen durchzusetzen ..." Deshalb fordert die DruPa Hamburg:

„ ... *Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und anderswo. Keine Wiederaufbereitungsanlagen in Gorleben oder anderswo. Umfassende Diskussion über die Fragen der Atomenergie in den Gerwerkschaften...* "

Der Landesbezirkstag, der die Anträge zum Gewerkschaftstag noch vorfiltert , hat den Antrag gegen den Radikalenerlaß abgelehnt.

Noch toller wird es aber in Sachen Kernenergie. Die Mehrheit der Delegierten hat es geschafft, die zwei Anträge gegen AKWs in einen Antrag für AKWs umzudrehen, denn es „ ... *wurde eine Entschließung verabschiedet, die die Stellungnahme des DGB- Bundesvorstandes in dieser Frage unterstützt ...*" (lt.DruPa-Zentralorgan 14/77).

Der Gewerkschaftstag wird den Gewerkschaftsführern aber trotzdem noch einiges Kopfzerbrechen bereiten, da ähnliche Anträge durch andere Landesbezirke den undemokratischen Weg in der DruPa doch noch geschafft haben.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

IG DruPa nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes?

Während der Drupa 77 (Fachausstellung der Druckindustrie) hat die IG Druck und Papier den Bundesverband Druck und den der deutschen Zeitungsverleger eingeladen. Einige Tage vor der geplanten Veranstaltung kam die Absage der beiden Vertreter Mack und Nieman, denn – so die Begründung – ihre verfassungsmäßigen Grundrechte seien in Frage gestellt worden:„...*Die I.G. Druck und Papier, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, hat in den letzten Tagen Erklärungen veröffentlicht, die die von der Verfassung garantierten privatwirtschaftliche Struktur der Presse zur Disposition stellen...*"(Zentralorgan der DruPa 13/77).

Was war geschehen? Hatte sich die DruPa vielleicht der heute wieder sehr beliebten Parole „Enteignet Springer" angeschlossen? Weit gefehlt.

Angesichts des Pressesterbens – nach einer DruPa-Dokumentation „... *ging die Zahl der nordrhein-westfälischen Tageszeitungen von 1963 bis 1973 um fast 22% zurück ...*" – hatte die DruPa folgende Forderungen aufgestellt:„*mitbestimmtes Privateigentum in Form von Stiftungen oder Genossenschaften oder auch öffentlich-rechtlich kontrollierte Unternehmen, wie z.B. der Rundfunk ...*" (nach „Welt der Arbeit", 1.7.77). DruPa-Vorstandsmitglied hatte es gleichzeitig gewagt, Demokratie in der Presse zu verlangen, er erklärte, daß „ ... *notfalls auch die privatwirtschaftliche Struktur der Presse in Frage gestellt werden müsse, falls es nicht andere Mittel zu ihrer Demokratisierung gebe ...*" (nach „Welt", 12.6.77).

Mit ihrem provokativen Nichtauftreten machten die Kapitalisten deutlich, daß sie nicht bereit sind hinzunehmen, daß auch nur in starken Worten Demokratie in der Presse verlangt wird.

Pressefreiheit bedeutet für die Kapitalisten, nach Belieben Lügen zu verbreiten oder Presseorgane eingehen zu lassen, so ihr Grundgesetz ...

Auf der Veranstaltung wurde dann von der DruPa eine Resolution verabschiedet, in der es hieß, man weise „ .... *die erhobenen Vorwürfe, die I.G. Druck stehe nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik, mit Entschiedenheit zurück*"(DruPa - Zentralorgan 13/77).

Betriebszelle Broschek

GEW

Partner

Einige Mätzchen erlaubte sich Frister, bevor der Hauptvorstand am 27.6. den Warnstreik für Hamburg aussetzte. Weil eine Stellungnahme Kloses für diese Entscheidung ungeheuer wichtig sei, bat er den Hamburger Bürgermeister am 23.6. fernschriftlich um eine Zusicherung, die Lehrerbesoldung in Hamburg nicht zu verschlechtern. (Tatsächlich war die Entscheidung, den Streik abzublasen, unter den DGB-Bossen einschließlich Frister zu diesem Zeitpunkt bereits ausgemauschelt). Interessant ist hierbei der unterwürfige Ton des Fernschreibens, das *„mit sehr freundlichen Grüßen"* an einen Gegner im Arbeitskampf endet. Noch interessanter ist die Antwort Kloses, der zur Sache alles verspricht - aber nichts natürlich verbindlich. Klose läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, zu bemerken, daß für ihn das Vorgehen der Hamburger GEW *„absolut unakzeptabel"* sei, *„weswegen ich es auch ausdrücklich ablehne, mit der GEW Hamburg zu sprechen"*. Mit Frister dagegen spricht er, *„weil ich sie persönlich als fairen Gesprächspartner kennengelernt habe"* (wobei, wenn man fragen darf?!). Ein Protest gegen diese Unverschämtheit und eine Solidarisierung mit dem Hamburger Landesverband blieb von Seiten der GEW Bund aus. Man merkt gleich, wer zusammengehört...

Druck

Illegale Arbeitsverträge bei Broschek

Broschek/Hamburg. Kurz nach der Herausgabe des noch gültigen Manteltarifes vom 1.7.74 wurde zwischen der DruPa und dem Bundesverband Druck eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen, die es den einzelnen Kapitalisten erlaubte„ *... zur Fertigstellung befristeter Produkte befristete Arbeitsverträge bis zu 6 (!) Monaten abzuschließen ...".*

Damit wurde § 12 des Manteltarifes unterhöhlt, der vorsieht, daß *, ... Aushilfsarbeiten ... nicht länger als 4 Wochen andauern ..."* dürfen.

Die DruPa hatte damals dieser Vereinbarung zugestimmt mit der Behauptung, daß dadurch die Arbeitslosen verringert würden, obwohl natürlich das Gegenteil der Fall war.

Die Geschäftsleitung (GL) der Firma Broschek hatte diese Vereinbarung wie folgt benutzt. Neu eingestellte Kolleginnen oder Kollegen bekommen für 4 Wochen einen Probearbeitsvertrag mit täglicher Kündigung. Danach einen Zeitvertrag, meistens über 3 Monate. Nach dieser Zeit wird der Vertrag nicht verlängert bzw. sie bekommen keinen Festvertrag und liegen wieder auf der Straße.

Nach demselben Muster werden dann neue Kollegen eingestellt und das Spiel beginnt von neuem und so weiter und so fort.

So konnte der Betriebsrat (BR) feststellen, daß „ *... in den Monaten Januar/April die Anzahl der Aushilfen zwischen 8 und 27 schwankte, aber nicht unter 8 sank ... "* (Öffentliches Protokoll des BR).

Der BR hat deshalb an die GL die Forderung erhoben, daß mindestens 8 Kollegen fest eingestellt werden.

Der Hintergrund dieses Vorgehens der GL ist, daß die betreffenden Kollegen nicht offiziell gekündigt werden brauchen, wenn es 'mal nicht so viel zu tun gibt. Damit werden die Betriebsratsrechte der Mitbestimmung bei Kündigungen bzw. Einstellungen umgangen. Man wird eben nicht gekündigt, sondern der Vertrag läuft „nur" aus. So müssen die Kollegen oft monatelang „zittern" ob sie fest eingestellt werden und da es keine Kündigungsfristen gibt, wird ihnen oft erst am letzten Tag gesagt, daß sie am nächsten (!) Tag nicht mehr wieder kommen brauchen.

Dabei gelingt es der GL auch, eine „Sortierung" vorzunehmen. Nur die Kollegen, die bereit und in der Lage sind, Höchstleistungen und Überstunden zu erbringen, bekommen auch 'mal einen festen Arbeitsvertrag. Seit etwas über 6 Monaten gilt inzwischen wieder die normale Regelung aus dem Manteltarifvertrag, daß Kollegen nach einer 4 - wöchentlichen Probezeit fest eingestellt oder entlassen werden müssen. Das heißt also, daß die GL seit über 6 Monaten illegale Verträge abgeschlossen hat.

Der BR hat diese Kapitalistenwillkür weitgehend hingenommen. Denn der Kapitalist hat die Möglichkeit, für bestimmte Aufträge Kollegen befristet einzustellen nur als Vorwand verwandt, jeden Kündigungsschutz der Kollegen erst einmal für eine Reihe von Monaten außer Kraft zu setzen, um damit aus den Kollegen das äusserste herauszuholen und die Kollegen auszusortieren, je nach Wunsch.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Betrugsmanöver an Referendaren

Ein Lehrstück ersten Ranges darüber, wie sozialdemokratische„Sparpolitik" von den Gewerkschaftsführern abgesichert wird, lieferte die DGB-Spitze in den letzten Tagen und Wochen. Wie sich aus einem Mosaik von Einzelinformationen inzwischen eindeutig ergibt, haben die DGB-Bosse von Anfang an sich voll dafür eingesetzt, daß der Bundestags-Beschluß über das 6. Besoldungs„erhöhungsgesetz" verwirklicht und jeder Widerstand der Gewerkschaften (insbesondere der GEW) dagegen unterbunden wird. Dieses Gesetz sieht einen einschneidenden Lohnraub für die ab Herbst 77 eingestellten Referendare und Beamtenanwärter vor. Eine besonders infame Rolle kommt dabei dem GEW-Bundesvorsitzenden Erich Frister zu, dem es im Zusammenspiel mit anderen DGB-Bossen bisher gelungen ist, alle von GEW-Landesverbänden geplanten Kampfmaßnahmen abzusetzen. Frister selbst war es, der nach dem Bundestagsbeschluß über das 6. BesErhG. ein Spitzentreffen der Vorsitzenden von ÖTV, GEW, sowie der Eisenbahner- und Postgewerkschaft initiierte, auf der sich die Hauptvorstände dieser Gewerkschaften auf ein S t i l l h a l t e abkommen verständigten. Inhalt dieses Abkommens war es, Kampfmaßnahmen seitens der Gewerkschaften erst dann überhaupt zu erörtern, falls der Bundestagsbeschluß durch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat noch weiter verschlechtert werden sollte. Dies zeigt erneut die absolute Übereinstimmung der Gewerkschaftsführer mit der SPD/FDP-Regierungspolitik, zu deren aktiven Vollzugsgehilfen sie sich gemacht haben. Es bestätigt sich einmal mehr, daß Widerstand gegen die Lohnraub- und „Sparpolitik" in jedem Fall nur in völliger Konfrontation mit diesen Leuten zu leisten ist.

Hält man sich den gesamten zeitlichen Ablauf der bisherigen Auseinandersetzungen noch einmal vor Augen, so wird deutlich, welches Spiel die Frister, Klunker und Vetter von Anfang an gespielt haben, und auf welcher Seite sie uneingeschränkt standen:

– Die Pläne der Bundesregierung laufen darauf hinaus, die Stufenlehrer nicht einheitlich nach A13 zu bezahlen, sondern ihre Besoldung in A12 und A13 aufzuspalten (was dieses ursprüngliche „Reformprojekt" elegant in sein Gegenteil – verstärkte „Sparpolitik" – verkehrt). Als Vorgriff auf diese Maßnahme sollten die Referendare mit Stufenlehrerausbildung nach einem Prozentsatz von A12 bzw. A13 bezahlt werden, je nach dem, in welcher Stufe sie später unterrichten (§77 des 6. BesErhG.).

– Gegen die Rückstufung der Referendar- bzw. Anwärterbezüge, gegen die zu erwartende Verschlechterung der Lehrerbesoldung insgesamt und auch der Lehrerausbildung beschloß die Hamburuger GEW, eine Urabstimmung mit dem Ziel eines eintätigen Warnstreiks durchzuführen.

– Für viele GEW-Mitglieder überraschend unterstützte GEW-Vorsitzender Frister scheinheilig den Antrag der „linksradikalen" Hamburger GEW auf die Durchführung einer Urabstimmung. Gleichzeitig jedoch ging er im Landesverband Hessen über die dort gegründete rechte Spalterfraktion „Initiative" mit aller Macht gegen Versuche vor, auch in der GEW Hessen zu einer Urabstimmung zu kommen.

– Was Frister wirklich wollte, wurde auf einer Hauptvorstandssitzung der GEW Bund in Hamburg am 4.6. deutlich: Streikziel der Hamburger GEW sollte nach seiner Meinung die Vereinheitlichung der Referendarbezüge sein (ganz gleich auf welcher Basis!).

Damit werde die präjudizierende Wirkung des §77 auf die Lehrerbesoldung insgesamt „verhindert". Die Hamburger blieben jedoch bei den von ihnen benannten Streikzielen.

– Just das, was Frister dem HHer LV als „Streikziel" andienen wollte, wurde „zufälligerweise" zunächst von SPD und FDP übernommen und dann im Bundestag verabschiedet (16.6.).

Der §77 im 6. BesErhG. wurde gestrichen, Beamtenanwärter erhalten jetzt generell 53,4% von A12. D.h. daß die Referendarbezüge vereinheitlicht wurden – auf dem niedrigsten Stand! Tatsächlich hat die Regierung damit noch m e h r „eingespart", da überhaupt kein Referendar mehr nach A13 bezahlt wird.

Frister jedoch rühmte noch am gleichen Tag den „wichtigen gewerkschaftlichen Erfolg", der mit diesem Beschluß erreicht worden sei – ein offener, glatter Hohn.

– Während die Hamburger GEW eine gute Woche brauchte, um zu einer klaren Einschätzung des Bundestagsbeschlusses zu kommen und am 24.6. die Durchführung des Warnstreiks beim GEW-Hauptvorstand zu beantragen, hat Frister längst die Weichen gestellt. Er bringt eine auf einmal angeblich notwendig gewordene „Koordinierung" mit den anderen Gewerkschaften im Bereich des Öffentlichen Dienstes ins Spiel.

– Am 21.6. (nach anderslautenden Informationen 23.6.) findet das „Spitzentreffen" ÖTV, GEW, DPG und Eisenbahner statt. In Form des o.a. „Stillhalteabkommens" wird die Zustimmung zum 6. BesErhG. besiegelt.

Daß ein solches Treffen mit so weitreichenden Konsequenzen überhaupt stattfand, wird den Gewerkschaftsmitgliedern nicht bekanntgegeben, sondern ist 14 Tage später einem FR-Artikel ‚beiläufig' zu entnehmen (FR, 5.7.). Das „Stillhalteabkommen" freilich betrifft konkret ohnehin nur die GEW, da nur von GEW-Gliederungen Initiativen zu Kampfmaßnahmen ausgegangen waren.

Insbesondere die ÖTV, die der vergleichbaren Rückstufung der Praktikanten im Öffentlichen Dienst (sozialer Bereich, Erziehungsdienst, medizinische Heilberufe) bereits in der Tarifrunde zugestimmt hatte, hatte natürlich allen Grund, es nicht zu gewerkschaftlichen Aktionen kommen zu lassen. Wozu also überhaupt die „Koordinierung"? Offensichtlich um dem „Kollegen" Frister beim ‚Fronteinsatz' den Rücken zu stärken . . .

– Getreu seinem Auftrag setzte Frister systematisch a l l e geplanten GEW-Aktionen ab: den Warnstreik in Hamburg sowie die geplanten Demonstrationen in Hessen und Schleswig-Holstein. In Hessen dachten sich die DGB-Bosse noch ein närrisches Possenspiel aus, um den GEW-Chef ein wenig aus der Schußlinie zu nehmen: Zur für den 5.7. in Wiesbaden geplanten landesweiten Demonstration, die von der GEW Hessen und 5 weiteren Gewerkschaften angekündigt worden war, schaltete sich der DGB-Bundesvorstand ein. Hier könne ausnahmsweise demonstriert werden, wenn die Hauptvorstände (also Bundesvorstände) aller beteiligten Einzelgewerkschaften sich einverstanden damit erklärten. Doch welch „Pech" für die GEW: Einzig Frister gab seinen Segen, während sich die anderen an das Stillhalteabkommen hielten. Das ganze Affentheater, dessen Ausgang natürlich von vornherein klar war, läßt sich nur dadurch erklären, daß man den GEW-Boß, der bereits unter heftigem Beschuß von seiten der Hamburger GEW stand, noch ein wenig aufputzen wollte: Seht mal, er würde ja wollen, wenn er nur könnte – aber leider ist er in der Minderheit . . .

Zwar hagelte es von der GEW-Mitgliederbasis Proteste gegen diese Entscheidungen. Die „linken" Landes- bzw. Bezirksvorstände konnten sich jedoch nicht dazu durchringen, die Aktionen selbständig durchzuführen (was in Hamburg ein Bruch der Bundessatzung gewesen wäre). Aber diese Erfahrung zeigt: Anders geht es nicht! Mit dem irrationalen, aber innerhalb der GEW immer noch verbreiteten Irrtum, von den Frister und Co., die man in Sachen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Berufsverbote, innergewerkschaftliche Demokratie usw. als erbitterte Feinde kennengelernt hat, könne es „Unterstützung" in den „eigentlichen gewerkschaftlichen Fragen" (schon diese Unterscheidung ist demagogisch und irreführend) geben, muß aufgeräumt werden. Warnstreik und Demonstrationen sollten jetzt nicht „frustriert" zu Grabe getragen werden. Stattdessen kommt es darauf an, auf breiter Basis die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Aktionen auch ohne und gegen das Votum des GEW-Bundesvorstand durchgeführt werden können. Denn der Spruch von der „innergewerkschaftlichen Einheit" wird zur Waffe in den Händen der Frister, Vetter und Klunker, wenn damit der Verzicht auf jeden Widerstand besiegelt wird.

PS. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich vorzustellen, an welchen lieblichen Ort sich derzeit zahllose GEW-Mitglieder ihren 1. Vorsitzenden versetzt wünschen. Wir teilen diese leidenschaftlichen Gefühle voll und ganz. Darüberhinaus sollte man alles daran setzen, daß Frister auf dem anstehenden Bundeskongreß der GEW im Herbst tatsächlich endlich abgewählt wird.

Springer geht mit Menschen um wie Stückgut

Hamburg. Anfang Juni gab der Axel Springer Verlag sehr überraschend bekannt, daß seine Zeitung die „Welt am Sonntag" nun doch nicht von Hamburg mit der Zentralredaktion nach Bonn und der Setzerei nach Essen umziehen werden. Damit wurde das Betriegsverfassungsgesetz ganz einfach übergangen, das den Kapitalisten zur rechtzeitigen Information des Betriebsrats auffordert. Begründet wurde der Nichtumzug mit der allgemeinen Erklärung es hätte kurzfristig Marktveränderungen gegeben.

Die betroffenen Kollegen sind damit praktisch über ein Jahr lang verschaukelt worden.

Dieses Gangsterstück hatte sich folgendermaßen abgespielt:

7.3.76: Die Redaktion der „WamS" wird nach Westberlin verlegt. Die Planung lief an.

3.6.76: Die Redaktion der„WamS" geht nicht nach Westberlin, sondern folgt der vor einem Jahr aus Hamburg umgezogenen „Welt" nach Bonn.

10.8.76: Essen wird zentraler Satzort, sobald die „WamS" - Zentralredaktion nach Bonn umgesiedelt ist. Fakten nach Zentralorgan der DruPa 14/77 .

Am 7.6.77,also zwei Wochen (!!) vor dem Umzug, erfahren die Kollegen, daß sie in Hamburg bleiben.

Nicht nur, daß dieses Spiel von Springer ca.90 Kollegen in Essen den Arbeitsplatz kosten wird, auch die noch in Hamburg arbeitenden Redakteure, die mit nach Bonn gehen sollten, standen bzw. stehen jetzt vor dem Problem wie„ *... Suchen nach Mietnachfolgern, bereits gekündigte Wohnungen, neue Mietverträge, Schulabmeldung und Anmeldung für die Kinder der Betroffenen und ihre Einstimmung auf neue Schulsysteme, Arbeitsplatzaufgabe des Ehepartners und neue Stellensuche ... "* (Zentralorgan der DruPa 14/77).

Der Gesamtbetriebsrat hat deshalb mit vollem Recht erklärt, daß man Menschen nicht wie Stückgut rangieren kann.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Das Iduna-Urteil zieht Kreise

Bauer/Hamburg. Unter Berufung auf das „Iduna-Urteil" des Bundesarbeitsgerichts (BAG), das speziell das Recht auf Weiterbeschäftigung weitgehend aufhebt (AK 105), hat die BAUER-Geschäftsleitung den Kollegen G. wieder rausgeworfen.

Der als links bekannte Kollege ist wegen einer Lapalie gefeuert worden, hat aber seinen ersten Kündigungsschutzprozeß vor dem Arbeitsgericht gewonnen. Bei diesem Verfahren ist ihm vom Kapitalisten eine Abfindung von 15.000 DM angeboten worden, die G. ablehnte.

Bauer erwies sich in Sachen Betriebsjustiz als äußerst „up to date". Immerhin ist das BAG-Urteil sozusagen noch warm. Es stellt noch nicht einmal eine Verbindlichkeit für die Arbeitsgerichte dar, da es noch nicht schriftlich niedergelegt ist.

Das ist nach Anna W., gekündigter Betriebsrätin bei Colgate, schon der dritte Fall, wo dieses skandalöse Urteil herangezogen wurde.

Betriebszelle Bauer
KB/Gruppe Hamburg

Erneut Ausschlußverfahren gegen GEW-Studenten

Flensburg: Nachdem bereits im März d.J. fünf Mitglieder der GEW-Studentengruppe an der PH Flensburg aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgeschlosssen worden sind, sollen jetzt zwei weitere Vorstandsmitglieder der Gruppe Gewerkschaftsausschluß erhalten. Wenn dies geschieht, wäre damit der gesamte Vorstand ausgeschlossen.

Die GEW-Studentengruppe war dem Kreis- und Lnadesvorstand schon lang ein Dorn im Auge gewesen – sowohl aufgrund ihrer Arbeit an der PH als auch wegen ihres Engagements gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie in der GEW. Sie ließ sich durch die Ausschlüsse im März nicht einschüchtern, sondern beschloß einstimmig, diese Maßnahme nicht anzuerkennen und die Ausgeschlossenen mit allen Rechten weiter mitarbeiten zu lassen (auch in ihrem Vorstand). Außerdem sollte gegen die Praktizierung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse geklagt werden, da die Übernahme der Bundessatzung im LV Schleswig-Holstein nicht satzungsgemäß erfolgt ist. Den beiden jetzt vom Ausschluß bedrohten Vorstandmitgliedern wird „satzungswidriges Verhalten" vorgeworfen. Grund: Die Nichtanerkennung der Ausschlüsse vom März. Damit besteht darüberhinaus sogar die Gefahr der Zerschlagung der gesamten Studentengruppe durch die GEW-Führer.

Nachdem von der Juso-Hochschulgruppe vor einiger Zeit vergeblich versucht worden war, den fortschrittlichen Vorstand der GEW-Studentengruppe in Zusammenarbeit mit der GEW-Spitze zu stürzen (diese hatte den Jusos dazu die EDV-Adressenaufkleber zur Verfügung gestellt, um alle Mitglieder anschreiben zu können), hat sich der Juso-AStA der PH diesmal mit den vom Ausschluß Bedrohten solidarisiert: *„Gerade die Kollegen G.M. und L.M. haben durch ihre gewerkschaftliche Arbeit entscheidend dazu beigetragen, daß die anstehenden Probleme auf den Mitgliederversammlungen der GEW-Studentengruppe wieder kontrovers diskutiert wurden. Die Vollstreckung der angedrohten Ausschlüsse gegen die beiden Kollegen bedeutet, daß Ansätze zur fruchtbaren Gewerkschaftsarbeit, die maßgeblich von den beiden Betroffenen i n i t i t i i e r t wurden, zunichte gemacht werden"* (AStA-Erklärung vom 29.6.77).

Kein Thema für den Landesvorstand

Schleswig-Holstein: Schon im Juni hatten der AJLE-Kiel, der Hauptvorstand Kreis Kiel und der HV Kreis Pinneberg beim Landesvorstand eine landesweite Demonstration gegen den Entwurf des 6. Besoldungs„erhöhungs"gesetzes beantragt. Am 9.6. fand eine gemeinsame Veranstaltung von GEW und ÖTV im Kreis Kiel statt, auf der die ca. 200 Anwesenden ebenfalls eine Demonstration noch vor den Sommerferien gefordert hatten.

Der ließ sich dadurch jedoch nicht beeindrucken und verschob auf seiner Sitzung vom 16.6. die Behandlung dieser Anträge auf die nächste Sitzung.

Auf einer daraufhin durchgeführten Unterschriftensammlung für die sofortige Durchführung der Protestdemonstration kamen über 5000 Unterschriften – nicht nur von GEW-Kollegen – zusammen.

Inzwischen haben jedoch auch die Linken im HA-Kiel wegen der „Terminknappheit" (!) klein beigegeben und leider auf die Forderung, eine Demonstration noch vor den Sommerferien durchzuführen, verzichtet.

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

Wieder Aufgenommener erneut ausgeschlossen

Hamburg: Da die GEW-Fachgruppe Hochschulen im letzten Jahr sich nicht so ohne weiteres ihr Recht hatte nehmen lassen, den ausgeschlossenen Kollegen Klaus Köhler an ihren Sitzungen teilnhemen zu lassen (entgegen einem Beschluß des Hauptvorstandes), war der HHer Vorsitzende Lemke persönlich auf einer Sitzung erschienen, um den ‚genialen' Vorschlag zu machen, Köhler solle doch einfach beim Hamburger Landesvorstand einen Neuaufnahmeantrag stellen, der sicherlich positiv entschieden würde, aber bis zu Entscheidung darüber den Sitzungen fernbleiben. Leider hatten sich damals viele Kollegen von diesem ‚Kompromiß'vorschlag beeindrucken lassen und Klaus Köhler empfohlen, die Sitzung zu verlassen. Köhler war dann tatsächlich Anfang des Jahres vom Hamburger Landesvorstand aufgenommen worden.

Die Harmonie sollte allerdings nicht lange währen. Jürgen Petersen, Sprecher der rechten Spalterfraktion „Alternative" in der GEW Hamburg, wurde seinem Ruf als Oberspitzel vollauf gerecht. Er schrieb einen Brief an Frister, der sofort tätig wurde. So beschloß der Hauptausschuß der GEW Bund, daß Köhlers Aufnahme nicht vollzogen werden könne (eine Feststellung übrigens, die dem Hauptausschuß gar nicht zusteht, da Aufnahmen satzungsgemäß Sache des Landesvorstands sind. Daran ändert auch die nachträgliche Anrufung der Bundesschiedskommission und deren erwartungsgemäße Entscheidung gegen Köhler nichts). Auf der letzten Sitzung der Fachgruppe standen die Kollegen nun vor derselben Frage wie etwa ein Jahr zuvor. Und hier konnte der neugewählte Vorsitzende Harro Plander, seines Zeichens Professor an der Bundeswehrhochschule, zeigen was (gewerkschaftliche?) Disziplin und Gehorsam sind. Eine Diskussion über die Anwesenheit Köhlers wollte er ebensowenig zulassen wie eine Diskussion über den Ausschluß im Beisein des Betroffenen. Schließlich meinte Plander, den Hauptausschuß-Beschluß (wonach Ausgeschlossene auch dann an Sitzungen nicht teilnehmen dürfen, wenn die Mehrheit der Anwesenden dies ausdrücklich beschließt) so weit auslegen zu müssen, daß nicht einmal das von Kollegen gewünschte Meinungsbild über Köhlers Anwesenheit eingeholt werden dürfe. Als die Empörung vieler Kollegen immer größer wurde, überrumpelte er die Mitglieder mit einem Antrag, wonach die Versammelten es begrüßen sollten, wenn er Köhler auffordere, den Raum zu verlassen. (Nun war ein Meinungsbild plötzlich doch möglich!?) Ohne Diskussionsmöglichkeit wurde dieser Antrag abgestimmt und mit 18:14 Stimmen angenommen.

An diesem Beispiel zeigt sich deutlich, was der damalige ‚Kompromiß'-Vorschlag tatsächlich wert war. Das Eingehen darauf hat letztlich nur den Rechten genützt.

WEG MIT DEN UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSEN!

Lehrergenossen, KB/Gruppe Hamburg

Vertrauensleuteversammlung: Scharfe Kritik am Hauptvorstand

Hamburg. Am 28.6. fand die von den Mitgliedern schon lange geforderte Vertrauensleuteversammlung statt. Es war die erste seit der am 14.6. erfolgreich durchgeführten Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik gegen die Besoldungsrückstufungen, in der bei einer Beteiligung von 93% der insgesamt 8000 stimmberechtigten Mitglieder 79,97 % sich für einen Streik ausgesprochen hatten (vgl. AK 107).

Transparente mit der Forderung nach sofortiger Durchführung eines Warnstreiks gegen die Rückstufung der Referendarsbezüge schmückten die Emporen – die Stimmung war angespannt. Kein Wunder, hatte doch der Hauptvorstand tags zuvor dem 6. BesErhG. zugestimmt und den Streik ausgesetzt. Nur wenn der Bundesrat am 15.7. noch weitere Verschlechterungen vornehme, komme ein Streik überhaupt in Betracht.

Der Landesvorstand legte der VV einen Antrag vor, in dem er feststellt, daß *„die Forderung der Urabstimmung in keinem der vier Einzelziele erfüllt wurde, das Streikziel also nicht erreicht ist."*

Bemerkenswert daran ist, daß der Landesvorstand ausdrücklich von v i e r Streikzielen spricht: *Keine Verschlechterung der Anwärterbezüge für Stufenlehrer – Keine Stufenlehrerbesoldung unter A 13 – Keine Rückstufung weiterer Lehrergruppen – Keine Verschlechterung der Lehrerausbildung*. Denn die erste Forderung – ursprünglich von der GEW Hamburg als Streikziel beschlossen, zwischenzeitlich aber Umstritten und erst auf massiven Druck der Referendare wieder aufgenommen – wurde inzwischen vom Hauptvorstand der GEW Bund fallengelassen.

In einem Beschluß vom 27.6. heißt es: *„Der Hauptvorstand stellt fest, daß das Ziel, zu dessen Erreichung am 4.6.77 die Durchführung einer Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik im Bereich der Hamburger Schulen beschlossen wurde, noch (!) nicht erreicht ist. Zwar hat der Deutsche Bundestag die beabsichtigte Präjudizierung der Stufenlehrerbesoldung (§77) aus dem Regierungsentwurf entfernt, aber die CDU/CSU hat angedroht, dieses Vorhaben über den Bundesrat zu verwirklichen."*

Dazu sagte Pressesprecher Frank von Auer in Hamburg unter lauten Buhrufen der Mitglieder, nach Auffassung der GEW Bund sei die „strukturelle" Aufrechterhaltung der Lehrerbesoldung eine wesentliche Forderung der GEW, da müßten die Referendare eben „schon mal über die Klinge springen".

Ähnlich heißt es in der neuesten Ausgabe des GEW-Organs „Erziehung und Wissenschaft" (7/77): *„Mit der Herausnahme des umstrittenen § 77 aus dem 6. Besoldungserhöhungsgesetz ist eine Sonderbehandlung der Lehrer und vor allem die Präjudizierung der Stufenlehrerbesoldung zunächst verhindert worden. Dieser Erfolg im strukturellen Bereich ist nach wochenlangen intensiven GEW-Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen erreicht worden."* Offensichtlich geht es der GEW-Führung einzig und allein darum, den schwarzen Peter für die Besoldungsrückstufung der Lehrer der CDU zuzuschieben und die tatsächlich von der sozial-liberalen Koalition beschlossene Rückstufung a l l e r Referendare, die natürlich ein „Präjudiz" für die Rückstufung aller Lehrer ist, unter den Tisch zu kehren.

Daß die VV dies nicht unwidersprochen hinnehmen würde, war klar.

Während der Landesvorstand jedoch in seinem Antrag auf die Rückstufung der Referendare lediglich durch die Feststellung einging, daß eben auch diese Forderung der GEW nicht erreicht sei, hieß es in einem Antrag der Linken:

„Die VV der GEW Hamburg vom 28.6. protestiert daher aufs schärfste gegen das Vorgehen des GEW-Bundesvorsitzenden Frister, der die Entscheidung des Bundestages vom 16.6., als ‚Durchsetzung des bildungspolitischen Ziels der GEW'... bezeichnet hat. Auch der Beschluß des Hauptvorstands vom 27.6. steht im Widerspruch zu den Zielen der Urabstimmung, da erneut die Rückstufung der Referendare nicht erwähnt und damit hingenommen wird."

Dieser Antrag wurde mit 204 zu 159 Stimmen bei 27 Enthaltungen angenommen.

Weiterhin wurde beschlossen, den Hauptvorstand aufzufordern, *„innerhalb einer Woche erneut zusammenzutreten und einen Beschluß zur sofortigen Durchführung des Warnstreiks zu fassen."* Dementgegen stand der Beschluß des Hauptvorstandes vom 27.6., nach dem der Warnstreik *„unverzüglich anberaumt (wird), wenn durch Einwirkung des Bundesrates eine Verschlechterung der Hamburger Lehrerbesoldung im Sinne des § 77 ... droht."*

Selbst der Hamburger Landesvorstand wollte jedoch nicht auf die Entscheidung des Bundesrates warten. In seinem Antrag heißt es: *„Ein Warnstreik übt nur dann tatsächlich politischen Druck aus, wenn er v o r den politischen Entscheidungen stattfindet. Der Bundesrat berät am 15. Juli 77; bereits dort können die Weichen falsch gestellt werden; also muß der Warnstreik vorher stattfinden."*

Man fragt sich allerdings, warum der Warnstreik dann nicht bereits vor dem Bundestagsbeschluß am 16.6. (auf dem „die Weichen ja falsch gestellt wurden") durchgeführt wurde, was von den Linken massiv gefordert worden, vom Landesvorstand aber nicht unterstützt worden war!

Weiter beschlossen die Vertrauensleute, die Kritik am Hauptvorstand in der HHer Lehrerzeitung zu veröffentlichen und die anderen Landesverbände über die Auseinandersetzung mit der GEW Bund zu informieren. Diesmal sollte es nicht bei einem einmaligen Aufmurren gegen Frister bleiben!

Angesichts dieser Kritik trat die GEW Bund die Flucht nach vorn an und lancierte einen Hetzartikel über die GEW Hamburg in der FAZ (30.6.), in dem es heißt:

„Auf der stürmischen Sitzung vom Dienstagabend wurde mit den Rufen ‚Weg mit der Bundessatzung!' deutlicher als bisher angezeigt, wohin die Reise gehen soll. Während das mittelfristige Ziel der auf die GEW bezogenen K-Gruppenstrategie, der Sturz des Bundesvorsitzenden Frister auf dem Mannheimer Bundeskongreß im Herbst nicht so einfach zu erreichen sein dürfte, bietet Hamburg – nach der Spaltung der Berliner Lehrergewerkschaft von Anfang des Jahres – den anderen Schauplatz, an dem ein langfristiges Ziel kommunistischer Unterwanderung ausgemacht werden kann, in diesem Fall das Ende der Einheitsgewerkschaft."

Offensichtlich soll versucht werden, die GEW Hamburg mit der Drohung des Ausschlusses aus dem DGB (Hinweis auf Westberlin!!) einzuschüchtern. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Frister letztlich in der Tat aufs Ganze gehen würde, gemäß seinem Auftrag, die SPD/FDP-Regierungspolitik in der GEW durchzusetzen. Umso notwendiger ist es, solchen Leuten das Handwerk zu legen und nicht zuzulassen, daß sie mit den Belangen der Mitglieder Schindluder treiben.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

AjLE-Wahlen: Vom Regen in die Traufe

Vom 9. bis 12.6. fand in Hattingen die Bundestagung der „Ausschüsse" junger Lehrer und Erzieher" (AjLE) in der GEW statt. Die einzelnen Landes-AjLE wählten dort einen neuen Bundesvorstand. Bis jetzt wurde dieses Amt von dem aus München kommenden Offergeld besetzt.

Als fester „gewerkschaftlich-orientierter" Block traten die Vertreter aus Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen auf. Dagegen standen die AjLE's aus Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen.

Niedersachsen verhielt sich schwankend. Bayern war nur als Gast erschienen, die Gründe dafür sind uns nicht bekannt.

Der Spalterverband aus Westberlin („GEW im DGB") hatte ebenfalls Vertreter geschickt, die aber offen-

Der Spalterverband aus Westberlin („GEW im DGB") hatte ebenfalls Vertreter geschickt, die aber offensichtlich nicht stimmberechtigt waren.

Der AjLE Baden-Württemberg wurde von dem dortigen Landesvorsitzenden und bekannten GEW-Rechtsaußen Vergin faktisch aufgelöst, da dieser die Neuwahl des dortigen Landes-AjLE nicht anerkannte. Dadurch war Baden-Württemberg auf der Bundestagung nicht mit Sitz und Stimme vertreten. Gegen das diktatorische Vorgehen von Vergin wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet.

Als einziger Kandidat für den neuen Bundesvorsitzenden des AjLE stellte sich Kurt Bunke zur Wahl – ein „Oldy" der „gewerkschaftlichen Orientierung".

Im ersten Wahlgang erhielt Bunke 8 Stimmen. 5 stimmten gegen ihn, einer enthielt sich.

Bunke waren die 8 Für-Stimmen für ein Mandat zu wenig. In dieser harten Zeit bräuchte man einen gestärkten Rücken und dazu reiche die Stimmenzahl nicht aus. Nach etlichem Gejammer ist dann schließlich im zweiten Wahlgang einer zu ihm „übergelaufen". Das Stimmenverhältnis 9:4:1 genügte Bunke dann schließlich, und er nahm die Wahl an.

Als Stellvertreterin ist die insbesondere unter den Referendaren in Hamburg bekannte Christiane Albrecht gewählt worden – ebenfalls stramm auf „gewerkschaftlich-orientiertem" Kurs.

Damit hat sich im AjLE-Bund das politsche Kräfteverhältnis nicht geändert. Nach wie vor dominieren Jusos und DKP'ler. Deshalb ist es auch

kein Wunder, daß man vom Bundes-AjLE nie etwas gehört hat, geschweige denn, daß dort eine oppositionelle

kein Wunder, daß man vom Bundes-AjLE nie etwas gehört hat, geschweige denn, daß dort eine oppositionelle Politik gegen Frister und Co. betrieben würde. Der jetzige Bundesvorstand dürfte ebensowenig wie der alte in den Spitzengremien der GEW-Bund für eine konsequente Interessenvertretung der Junglehrer und Referendare sorgen. Vom Gegenteil würden wir uns gern überzeugen lassen.

Die Hamburger Vertreter informierten noch über die Urabstimmung und den geplanten Warnstreik, was auf allgemeine Begeisterung stieß. Seltsam nur, daß Kollege Offergeld (der bis zur Anerkennung der Wahl Bunkes durch den Hauptvorstand dort noch sitzt) auf der Hauptvorstandssitzung der GEW-Bund am 27.6.77 g e g e n den Antrag Hamburgs für einen sofortigen Warnstreik gestimmt hat.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Schlechter Start für Harnischfeger

Schlechter Start für Harnischfeger

Hessen: *„Rekord! ‚Linker' Vorsitzender nach 4 Wochen umgefallen."* An diese AK-Schlagzeile, die wir gebrauchten, als der frischgebackene Hamburger GEW-Vorsitzende Lemke seine Position zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen relativierte, fühlt man sich erinnert, wenn man verfolgt, wie der dritte progressive GEW-Landesvorsitzende nach Hamburg und Westberlin in sein neues Amt eingestiegen ist. Ohne die delikate Frage weiter zu verfolgen, ob Harnischfeger nun das „Gelbe Trikot" des „Rekordhalters" übernommen hat, muß doch festgestellt werden, daß der hessische Vorsitzende, der mit einem Plädoyer für den Streik gewählt wurde, in dieser Frage einen Rückzieher nach dem anderen macht. Offenbar braucht er dringend Druck von links! Nachdem sein Vorgänger bereits mit „Meinungsumfragen" und allen möglichen Tricks versucht hatte, um die von den Mitgliedern massiv geforderte Urabstimmung herumzukommen, war von dem „Neuen" erwartet worden daß endlich ein Streikbeschluß der GEW Hessen zustande kommt. Aber weit gefehlt:

– Auf der ersten LVV nach der Neuwahl stellte Harnischfeger den Antrag auf Einleitung einer Urabstimmung durch den (Landes-) Hauptausschuß, falls *„die Forderungen der GEW nach Streichung des §77 und Rücknahme der Kürzung der Anwärterbezüge aus dem 6. BesEG nicht erfüllt werden"*. Wenig später zog er den Antrag unter dem Druck der neugegründeten Frister-Fraktion „Initiative" selbst zurück. Beschlossen wurde schließlich ein völlig unverbindlicher Antrag.

–Sozusagen als „Ersatz" für den Streik plante die GEW Hessen eine landesweite Demonstration am 5.7. in Wiesbaden, zu der sie fünf weitere Einzelgewerkschaften in Hessen gewinnen konnte. Aufgrund eines Stillhalteabkommens zwischen den Hauptvorständen von vier der beteiligten Einzelgewerkschaften (siehe Art. in diesem AK) wurde diese Demonstration vom hessischen DGB, der die Trägerschaft übernommen hatte, wieder abgeblasen. Harnischfeger weigerte sich, der Forderung vieler Mitglieder nachzukommen, die Demonstration jetzt durch die GEW allein durchführen zu lassen, mit der bemerkenswerten Begründung: *„Der neue GEW-Landesvorstand ist angetreten, die GEW aus ihrer Isolation (?) innerhalb des DGB herauszubringen. Daher müssen wir die Absage schlucken"* (nach „FR", 5.7.). Wenn man freilich die Hetze von DGB-Fürsten gegen die „kommunistischen Akademiker und Studenten" mit „Isolation" verwechselt, die es zu überwinden gelte, muß man solche Absagen wohl schlucken. Um den Kontakt zu den Kollegen in anderen Gewerkschaften zu suchen, wäre es allerdings genau richtig gewesen, im Unterschied zum Stillhalten der DGB-Führer auf die Straße zu gehen und deutlich zu machen, daß man eben eine a n d e r e Politik zu machen gedenkt als etwa die ÖTV die der Rückstufung der Praktikanten im öffentlichen Dienst in der Tarifrunde zustimmte! Erinnert sei hier nur an die 1.Mai-Demonstration der GEW Westberlin, was diese sicherlich bei den DGB-Bossen weiter „isolierte", aber gerade geeignet war, der GEW Westberlin bei den K o l l e g e n der anderen Gewerkschaften Anerkennung zu verschaffen (siehe die hohe Teilnehmerzahl!).

Der letzte peinliche Umfaller Harnischfegers vollzog sich am 8.7. auf der Hauptauschußsitzung der GEW Hessen. Der Landesvorstand wollte sich dort den Auftrag erteilen lassen, *„unverzüglich den Antrag auf Einleitung von Urabstimmung und Warnstreik an den Hauptvorstand zu stellen, wenn durch Einwirkung des Bundesrates eine Verschlechterung der Lehrerbesoldung im Sinne des ehemaligen §77 droht..."* Also für den Fall, für den sogar der Hauptvorstand die Durchführung des Warnstreikes der Hamburger GEW genehmigen würde. Mit diesem schlappen Antrag, der die Rückstufung der Referendare im 6. BesEG schon hinnimmt, hätte sich Harnischfeger sogar auf Frister berufen können. Dennoch zog er auch diesen Antrag zurück. Angesichts dessen muß die Begründung „Druck der Rechten... hätte keine Mehrheit gekriegt... möglichst guten Kompromiß rausholen" etc. immer unglaubwürdiger erscheinen. Beschlossen wurde schließlich, die ganze Frage im September noch einmal in den einzelnen Kreisverbänden zu diskutieren und am 23.9. im Hauptausschuß erneut darüber zu entscheiden. Hofft man, daß bis dahin „die Luft raus" ist???! Uns scheint dieser Beschluß ein Fingerzeig auf das Vorgehen Fristers zu sein, falls der Bundesrat am 15.7 tatsächlich weitere Verschlechterungen beschließt: Alle Kampfmaßnahmen sollen dann offenbar auf die Zeit nach den Sommerferien verschoben werden!

KB/Gruppe Frankfurt

Maulkorberlaß für Personalvertreter

Das Verbot jeglicher Öffentlichkeitsarbeit will Kultusminister Remmers für alle Personalvertretungen und -versammlungen in Niedersachsen durchsetzen. In einem kürzlich ergangenen Erlaß heißt es dazu: *„In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Personalvertretungen und Personalversammlungen für sich in Anspruch nehmen, mit Äußerungen in der Form von Protestschreiben, offenen Briefen, Resolutionen und Aufrufen an die Öffentlichkeit zu treten, um Forderungen zu stellen oder Kritik zu üben"* . Als Beispiele nennt Remmers „Fragen des Vorbereitungsdienstes, der Lehrerausbildung oder der Arbeitszeitverkürzung sowie Tarifprobleme" (Neue Hannoversche Presse, 25/26.6.77). Damit wird das schon bestehende Verbot allgemeinpolitischer Äußerungen erweitert auf Äußerungen, die im betrieblichen Bereich der Kollegen im öffentlichen Dienst liegen.

Daß sich die von Remmers zitierten Beispiele hierbei gerade auf die Lehrer beziehen, ist sicher kein Zufall. Denn der in zahlreichen Protestaktionen an den Schulen offen zutage getretene Unmut ist alles andere als beseitigt.

Der bekannt gewordene Maulkorberlaß hat übrigens schon einen Vorläufer. Auf einer dju-Veranstaltung am 15.6. informierten Kollegen darüber, daß die Schulbehörden der Regierungsbezirke beamteten Lehrern untersagt hatten, Informationen über die Orientierungsstufe an Dritte weiterzugeben. Anlaß war die Untersuchung eines Professors der TU Hannover gewesen, der im Auftrag des KuMi (!!) die Auswirkungen der Orientierungsstufe untersuchen sollte und zu diesem Zweck Fragebogen an die betroffenen Lehrer verschickt hatte. Damals stritt Remmers ab, etwas damit zu tun zu haben.

KB/Gruppe Hannover

Lehrer, Bullen – eine Kampffront?

Eine außerordentlich breite Bündnispolitik empfahl der KBW den Hamburger Lehrern. In einem Flugblatt seiner Hamburger Ortsgruppe zur Demonstration der GEW gegen die Besoldungsrückstufungen heißt es: „Es ist klar, wenn die Beamten des Staates, besonders die Lehrer, streiken, kommen beim bürgerlichen Staat die Puppen ins Tanzen. Schließlich hatte es gerade in der letzten Zeit auch zwei Personalversammlungen der Polizisten gegeben, wo der Innensenator ausgelacht worden war und wo sich die Entschlossenheit der Polizisten zeigte, die unerträgliche Überstundenbelastung nicht mehr hinzunehmen".



Nachrichten aus Schule und Hochschule



MEK übt Kidnapping



Es ist heute möglich, in Hamburg bei Tageslicht auf offener Straße einen Menschen zu entführen. Das ist die für die Polizei zufriedenstellende, für jeden Demokraten erschreckende Bilanz einer MEK-Übung am 5.7. in Hamburg-Eimsbüttel.

Ein Genosse des SSB hatte sich mit dem Springer-Fotografen Bernd Beutner (er selbst nennt sich „freier Journalist") nach Feierabend in einer Hamburger Kneipe verabredet, um ihm seine Kamera wiederzugeben. Diese war ihm auf der Solidaritätsveranstaltung mit dem Göttinger AStA abhanden gekommen, als empörte Teilnehmer den Film verlangten, auf dem er Einzelpersonen festgehalten hatte. In dem aufgrund seiner Weigerung, seinen Film freiwillig herauszurücken, entstandenen Getümmel, verschwand gleich die ganze Kamera. Noch während der Veranstaltung brachen MEK-Leute drei Wohnungen in Uni-Nähe auf, wo sie das kostbare Stück vermuteten, ohne es freilich zu finden. Daraufhin hatte der betreffende SSB-Genosse gegen Ende der Veranstaltung dazu aufgefordert, die Kamera
ohne es freilich zu finden. Daraufhin hatte der betreffende SSB-Genosse gegen Ende der Veranstaltung dazu aufgefordert, die Kamera zurückzugeben, um weitere Hausdurchsuchungen zu vermeiden.

Die Kamera wurde jedoch erst am Montag beim SSB abgegeben. Der Betreffende SSB-Genosse verabredete daraufhin ein Treffen mit dem Springer-Mann. Beutner seinerseits „alarmierte" die Polizei und stellte gemeinsam eine Falle. Der Polizei diente die Rückgabe einer Kamera zu einem Vorwand für eine Großübung des MEK. Kaum hatte der Genosse dem Beutner seine Kamera übergeben, stürzten aus einem hellen Mercedes mit zivilem Kennzeichen zwei kräftige Männer im Alter von 25 bis 30 Jahren im T-Shirt und verwaschenen Jeans, packten den Genossen, zerrten ihn ins Auto und brausten davon.

Zufrieden wurde über Polizeifunk von einem weiteren Wagen aus verkündet, daß der Vorfall unbemerkt geblieben war, *„in der Kneipe ist alles ruhig, niemand scheint etwas bemerkt zu haben"* lautete die „Erfolgsmeldung". Aus weiteren Funksprüchen ging hervor, daß offenbar das ganze Gebiet umstellt worden war, denn nach und nach wurden die beteiligten Polizeistreifen wieder abgezogen.

Die MEK-Typen selbst waren unglaublich brutal und frech. Der Genosse wurde im Auto von dem einen festgeklemmt, so daß er sich nicht bewegen konnte. Auf Fragen nach dem Grund seiner Entführung erhielt er nur dumme Sprüche als Antwort. *„Eigentlich würde ich Dich am liebsten an die Mauer fahren und ‚rüberwerfen in Dein Paradies"*, war einer der freundlichsten.

Auf dem Polizeipräsidium wurde der Genosse behandelt wie ein Schwerverbrecher, Fotos und Fingerabdrücke für die Kartei. Wie unernst der Vorwurf „Beteiligung an einem Raub" war, geht schon daraus hervor, daß der beteiligte Beutner, der ebenfalls ins Polizeipräsidium gekommen war, natürlich genau wußte, daß der Gekidnappte nichts mit dem „Raub" zu tun hatte. Verhört wurde der Entführte auch nicht auf dem Raubdezernat, sondern von FD 721, der Staatsschutzabteilung. Dreimal darf geraten werden, wofür die Fotos und Fingerabdrücke benötigt werden.

Münster:
Kommt der Staatskommissar?

Kurz vor Semesterschluß an fast allen Hochschulen der BRD und Westberlins soll offenbar noch einmal am AStA der Uni Münster ein Exempel statuiert werden. Auffällig ist, daß nach einem Semester der Konfliktvermeidungstaktik (Ausnahme Göttingen, Darmstadt, Heidelberg) nun zum Schluß zu einem größeren Schlag gegen mehrere ASten ausgeholt wird, von denen der härteste sich offenbar gegen den Juso/LHV-AStA der Uni Münster richtet. Nachdem der AStA Ende Juni auf Antrag des RCDS erneut zu 60.000 DM (!) Zwangsgeldern wegen Wahrnehmung des politischen Mandats verurteilt worden war, folgte nur einen Tag darauf ein Schreiben des Rektors Hoffmann, in dem er den AStA ultimativ aufforderte, *„bis zum 15.7.1977 für die Studentenschaft (..) verbindlich zu erklären, daß von seiten der Studentenschaft der WWU ein allgemein-politisches Mandat künftig nicht mehr wahrgenommen wird. Außerdem fordere ich den Allgemeinen Studentenausschuß auf, bis zum gleichen Termin zu erklären, daß er die zur Feststellung der für die Verwirkung der Ordnungsgelder (..) verantwortlichen Mitglieder erforderlichen Vorkehrungen treffen und in diesem Zusammenhang seine Akten offenlegen wird, um auf diese Weise dazu beizutragen, daß die aufgrund der Wahrnehmung des allgemein-politischen Mandats der Studentenschaft entzogenen Mittel (..) der Studentenschaft wieder zugeführt werden können"* (Brief des Rektors). Weiter wird dem AStA im selben Brief verboten, ohne Gegenzeichnung eines der beiden von der Uni bestimmten Zensoren Geld auszugeben. „Sollte der Allgemeine Studentenausschuß diesen Auflagen und Aufforderungen
Zensoren Geld auszugeben. *„Sollte der Allgemeine Studentenausschuß diesen Auflagen und Aufforderungen nicht nachkommen, so sehe ich mich gezwungen, den Allgemeinen Studentenausschuß und erforderlichenfalls weitere Organe der Studentenschaft ihres Amtes zu entheben.."* (Brief).

Zusammen mit den bereits vorher verhängten und nach Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster rechtskräftigen Zwangsgeldern von 46.500 DM soll der ASta der Uni nun insgesamt 106.500 DM blechen.

Diese Geldstrafen verdanken die Münsteraner Studenten, wie auch ihre Kommilitonen in anderen Städten einigen führenden Mitgliedern des RCDS, Kosmider, Dr. Milbradt, Gebrüder Hüttenbrink. Diese hatten den AStA u.a. wegen Veröffentlichungen zu einer Hilfsaktion für die Erdbebenopfer in der Türkei, zur Chile-Solidarität und zum Kampf gegen AKWs angezeigt.

Weitere Ziele der Angriffe sind augenblicklich der Frankfurter AStA, gegen den der Unipräsident, Krupp, eine Reihe von Anzeigen erlassen hat, die sich auf die Wahrnehmung des Politischen Mandats seit 1976 beziehen (Erklärungen zur Apartheidspolitik in Südafrika, Solidaritätstelegramm mit dem Göttinger AStA, Aufruf zur Walpurgisnacht usw.); der AStA der Uni Gießen, wo der RCDS ebenfalls Zwangsgelder in Höhe von 40.000 DM vor Gericht erklagt hat und nun den Präsidenten auffordert, den AStA zu suspendieren; vor dem Verwaltungsgericht in Hamburg wird über die Klage von RCDS-Mitgliedern in Höhe von ca. 20.000 DM verhandelt; dem Essener AStA wurde ein Zwangsgeld von 1.000 DM angedroht, falls er nicht aus dem „Komitee für Frieden und Abrüstung" austritt (was dieser mittlerweile getan hat!) usw.

RCDS: Speerspitze der Reaktion an den Hochschulen

Mit diesem „Erfolg" krönt der RCDS offenbar seine Semesterbilanz. Nachdem der RCDS Göttingen (vergeblich) versucht hatte, eine Amtsenthebung des Göttinger AStA durchzusetzen, indem er den Rektor zu Maßnahmen wegen des „Buback-Nachrufs" öffentlich aufgefordert hatte, in Göttingen daraufhin Telefonnummern und interne Papiere aus den von der Polizei bei der Großrazzia gegen den AStA u.a. geklauten Unterlagen veröffentlichte, hat er sich mit seiner Niederlage in Göttingen nicht abgefunden und sich stattdessen andere „Opfer" gesucht. Den größten Coup landete er jetzt in Münster mit seiner Lieblings- und Hauptbeschäftigung: dem Sammeln politischer Veröffentlichungen von AStA und Fachschaften, um sie dann bei Gericht zu denunzieren.

Zynisch frohlockt der RCDS in seinem Flugblatt zu dem 60.000 DM-Urteil: *„Die Verantwortung für dieses Urteil tragen nicht die, die ihre Rechte .. wahrgenommen haben – sondern die, die .. bestehende Gerichtsurteile ignorieren und einer politischen Lösung aus dem Weg gehen."* Unter einer „politischen Lösung" versteht der RCDS, daß der AStA vor politischen Äußerungen die Genehmigung des RCDS einzuholen habe. *„RCDS und Jusos verhandelten seit einigen Wochen über eine Einigung um das apo-Mandat durch eine politisch für beide Seiten tragbare Lösung"*, heißt es im selben Flugblatt, wobei der RCDS die Unverschämtheit besaß, vom AStA die Bezahlung der Prozeß-Kosten zu verlangen, wollte seine Provokation also noch durch die Studentenschaft bezahlen lassen. Nur daß die Verhandlungspositionen verschieden sind: Der AStA hat lediglich die Mehrheit der Studenten und die Wahl hinter sich, der RCDS die Justiz, den Rektor und die Presse. Und eine für den RCDS „tragbare" Lösung ist nur die Aufgabe des politischen Mandats.

Die Antwort der Studenten

Sofort nach Bekanntgabe des Rektor-Ultimatums mobilisierte der AStA für eine Demonstration, zu der 3.500 Studenten erschienen. Auf der darauffolgenden Uni-VV wurden für den 5. und 6.7. zwei Streiktage beschlossen, die jedoch sehr ruhig und ohne große Beteiligung verliefen. Im Gegenteil: Der Lehrbetrieb wurde kaum unterbrochen. Demententsprechend schwach besucht war auch die zweite Uni-VV mit maximal 500 Teilnehmern (von über 30.000 Studenten).

Auf dieser VV wurde beschlossen, den AStA aufzufordern, die verhängten Geldstrafen nicht zu bezahlen. Der Antrag des KB, den vom RCDS getragenen Fachschaften sofort das Geld zu sperren, um damit eventuelle Gerichtskosten bei den dafür Verantwortlichen wieder einzusparen, wurde vom MSB dahingehend abgeschwächt und verfälscht, alle nach der vom Rektor verordneten Zwangssatzung gewählten Fachschaften (Urnenwahl statt VV), unter denen sich auch linke befinden, mit dieser Maßnahme zu belegen.

Karikatur aus: „Münsteraner Nachrichten", Zeitung der ASten der Münsteraner Hochschulen

Weiter wurde der Antrag des KB, am Tage des Ablaufs des Ultimatums (15.7.) eine Konferenz der angegriffenen ASten in den Räumen des AStA Münster abzuhalten, dahingehend erweitert, zusätzlich eine Landesastenkonferenz einzuberufen. Schließlich wurde beschlossen, im Anschluß an die für Donnerstag, den 14.7. beschlossene Demonstration die AStA-Räume zu besetzen. Allerdings war bei der Beschlußfassung und der Diskussion um die Anträge kein Vertreter des Juso-AStA anwesend. Es bleibt zu fragen, ob sich der Juso/LHV-AStA an diese Beschlüsse hält.



3.500 fanden sich sofort zu einer Demo zur Verteidung des AStA zusammen

Jusos – ratlos

Völlig überrascht von diesem Angriff auf den seit Semestern von ihnen gestellten AStA zeigten sich die Jusos. Schließlich hatten sie gerade in diesem Semester MSB/SHB aus dem AStA geworfen, wegen Differenzen in der Frage des politischen Mandats. Den Jusos waren die Vorstellungen des MSB in der Frage der Wahrnehmung des PM zu weitgehend, sie plädierten für einen „vorsichtigeren" Kurs und bildeten daher gemeinsam mit dem LHV einen Minderheiten-AStA, der auf die Duldung des MSB oder des RCDS wechselweise angewiesen ist. Trotz dieses Zurückweichens trifft es nun ausgerechnet diesen AStA. Wenn – anders als bei den zuvor angegriffenen ASten Marburg oder Göttingen – sich in Münster bisher nur relativ schwacher Widerstand gegen diesen ungeheuren Angriff regt, dann ist gewiß zu einem großen Teil dafür auch die Juso-Politik der vergangenen Semester verantwortlich, die sich nicht gerade durch großes Vertrauen in die Mobilisierung der Studenten auszeichnet.

Die Uni-VV als Beschlußorgan der Studenten z.B. mußte gegen den Widerstand der Jusos durchgesetzt werden. Auch zu den jüngsten „Streik"-tagen haben die Jusos kaum einen Finger gerührt. Wie wenig die Jusos aus den Auseinandersetzungen in anderen Städten gelernt haben, zeigt, daß sie sich vor allem auf Gespräche mit dem Rektor konzentrieren, um verwundert und empört festzustellen, daß im ersten Gespräch, das *„auf Initiative des AStA"* stattfand, *„keine Annäherung der Positionen erzielt wurde. Im Gegenteil, Hoffmann machte sogar deutlich, daß er seine Maßnahmen für absolut angemessen hält und wohl nicht bereit sein wird, von seinen Forderungen abzugehen"* (AStA-Info 5.7.). Im gleichen Info versteigt sich der AStA sogar zu der Behauptung, *„daß die Kläger des RCDS in Münster noch nicht einmal in ihrer eigenen Organisation Rücken-* deckung haben, ihre Strategie der Vernichtung der verfaßten Studen-
deckung haben, ihre Strategie der Vernichtung der verfaßten Studentenschaft durch Totklagen von anderen RCDS- und SLH-Gruppen strikt abgelehnt wird". Belegt wird dies mit einer „Solidaritätsadresse" des RCDS/SLH-AStA Ulm, unterzeichnet vom stellvertretenden AStA-Vorsitzenden Trost (SLH). Es dürfte den Jusos bekannt sein, daß der SLH überall als Steigbügelhalter des RCDS fungiert, seine Funktion vor allem aber darin besteht, eine weniger offen reaktionäre Variante der RCDS-Politik zu vertreten, um damit gerade sozialdemokratische Juso-Wähler zu gewinnen, die der RCDS nicht erreicht.

Neben den gefährlichen Illusionen der Jusos über den RCDS sticht bei den Jusos vor allem ihre ständige Gesprächsbereitschaft gegenüber der Unispitze ins Auge. Obwohl der Rektor eine eindeutige Sprache gesprochen hat und jeder weiß, daß nur mit massivem Gegendruck Erfolge zu erreichen sind, verlagert der Juso-AStA seine Aktivitäten vor allem auf die Gespräche. Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, daß bei einer solchen „Gesprächsbereitschaft" eine ebensolche Bereitschaft vorhanden ist – „Kompromis-

Fortsetzung auf Seite 33

Fortsetzung von Seite 32

se", die nur auf Kosten der Studenschaft gehen können.

MSB wittert seine Chance

Die Öffentlichkeitsarbeit haben die Jusos weitgehend dem MSB überlassen, mit dem sie zusammen mit LHV, SHB und ESG ein „Aktionsbündnis zur Verteidigung der Verfaßten Studentenschaft" eingegangen sind.

Die Jusos greift der MSB von „links" an, indem er zu Recht kritisiert, *„wenn der AStA sich jetzt nicht mehr, wie von Juso-HSG und LHV geplant, zu Fragen der Internationalen Solidarität und dem Kampf für Frieden und Abrüstung äußert, haben die Rechten nicht nur ein wesentliches Ziel erreicht. Sie werden immer frecher und dreister. Jegliches Nachgeben, jegliches Zeichen von Schwäche, wie es der Minderheiten-AStA gegenwärtig exemplarisch vorführt, ermuntert nur die Rechten, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung durch die gewählten Organe der Studentenschaft vollends zu liquidieren"* (MSB-Flugblatt). Nur – wie vertragen sich diese „konsequenten" Positionen mit der Praxis etwa des MSB/SHB-AStA der Gesamthochschule Essen, der aus dem „Komitee für Frieden und Abrüstung" austrat, nachdem er wegen seiner Mitgliedschaft in diesem Komitee angegriffen und bei Nichtaustritt bis zum 16.7. mit Sperrung seiner Finanzen bedroht wurde? Und wie vertragen sich diese Positionen mit den heftigen Attacken gerade des MSB auf den Göttinger AStA, dem „Isolationsstrategie" vorgeworfen wurde, weil er sich weigerte, wie von RCDS und Rektor verlangt, sich vom angegriffenen „Buback-Nachruf" zu distanzieren? Und wie verhält es sich mit der Forderung aus dem MSB-Flugblatt vom 6.7.77 in Münster, *„bei der Verteidigung demokratischer Grundrechte, beim Kampf um den Erhalt des AStA ist es absolut notwendig, daß alle fortschrittlichen linken Kräfte gemeinsam gegen rechts, gegen die Amtsenthebung kämpfen?"*

Wir erinnern an die nur wenige Wochen zurückliegende Hetzkampagne des MSB gegen den Göttinger AStA, dem die Solidarität rundheraus verweigert wurde, als er von Amtsenthebung bedroht war. Damals war der MSB nicht nur nicht bereit zu einem gemeinsamen Kampf, sondern er hetzte ausdrücklich dagegen und forderte in einer Situation, wo der RCDS den Göttinger AStA (vergeblich) zu isolieren suchte, andere linke Organisationen, namentlich Jusos, SB, GIM, (ebenso vergeblich) auf, sich vom Göttinger AStA zu distanzieren und ebenfalls keine Solidarität zu üben. Dies übrigens im Gegensatz zu den Jusos – auch den Münsteraner Jusos, die er nun vermeintlich von links angreift – die trotz bestehender Differenzen ausdrücklich ihre Solidarität mit dem AStA Göttingen bekundeten. Solange der MSB sich nicht eindeutig von seiner früheren Haltung zum AStA Göttingen distanziert, müssen wir weiter davon ausgehen, daß er ein nur taktisches Verhältnis zur Solidarität hat, die er nur mit solchen Kräften wie den Jusos übt, die nicht unter die Unvereinbarkeitsthese 41 der DKP fallen. Diese Unvereinbarkeitspolitik muß fallen!

Münster – ein Testfall

Der Münsteraner AStA wird als ein vermeintlich „schwächeres" Glied herausgegriffen, um diesen Angriff zu einem Testfall für den Angriff auf das Politische Mandat insgesamt zu machen.

In diesem Semester hat die Bourgeoisie in mehreren Fragen – insbesondere aber beim Angriff auf den Göttinger AStA – Niederlagen einstecken müssen. Jetzt wird zum Abschluß des Semesters ein Kurs eingeschlagen, der einen Vorgeschmack auf künftige Semester geben soll. Deshalb ist dies gleichzeitig ein Testfall für die Linke, wieweit sie in der Lage und willens ist, den Angriffen sofort in dieser konkreten Situation entgegenzutreten. Die Jusos in Münster haben schon ihre Bereitschaft geäußert, die Gelder zu zahlen. Darüber hinaus verlegen sie sich auf Gespräche mit dem Rektor und auf Kompromisse mit dem RCDS. Über eine lokale Demo hinaus streben sie keinerlei weitere Massenmobilisierung an.



Das ist einer der RCDS-Kläger – Dr. Georg Milbrandt

Aber auch der MSB, der sich in Münster gegenüber den Jusos „links" zu profilieren versucht (nicht zuletzt, weil diese ihn vor wenigen Wochen aus dem AStA geworfen haben), läßt grundsätzlich keine Bereitschaft erkennen, noch in diesem Semester zu gemeinsamen Massenaktionen der gesamten Linken zu kommen. So haben sie in Essen ihren Austritt aus dem „Komitee für Frieden und Abrüstung" erklärt, um das Politische Mandat nicht zu „gefährden"; auch in Hamburg haben sie bisher die gerichtlich angeordneten Zwangsgelder bezahlt und orientieren bei den jetzigen Auseinandersetzungen auf den bundesweiten Streik im Wintersemester.

In diesem Vorgehen kommt zum Ausdruck, daß sowohl die Revisionisten als auch die Reformisten kaum bereit sind, den konkreten Angriffen wirksam entgegenzutreten (bis auf obligatorische Demonstrationen und „Aktions"tage). Mit der Orientierung auf allgemeine Kampagnen, in diesem Fall sogar noch dazu im Wintersemester, versuchen sie dies zu kaschieren und sich einen „Verhandlungsspielraum" für höchst gefährliche „Kompromisse" freizuhalten.

Die Verteidigung des Göttinger AStA hat jedoch eindrucksvoll bewiesen, daß auch heute konkret die Möglichkeit besteht, die Angriffe auf das Politische Mandat zurückzuschlagen. Dies geschah durch die sofortige Einleitung von Kampfmaßnahmen vor Ort und in der Entwicklung einer nationalen Solidaritätskampagne, die ihren Ausdruck im Nachdruck des „Nachrufs" in unzähligen Veranstaltungen usw. fand. Diese Kampagne brachte vor allem die Helfershelfer der Reaktion an den Hochschulen in arge Bedrängnis. Die „FAZ", das Sprachrohr der Bourgeoisie, brachte die taktischen Rückzieher des Staatsapparats auf den Nenner, daß bei einer Amtsenthebung die Radikalisierung der Studentenschaft weiter zunehmen würde und die „gemäßigten" Studentenorganisationen weiter an Boden verlieren würden. Gelungen ist dies durch eine harte Konfrontation gegenüber den Provokateuren des RCDS, wodurch die Trennung gegenüber dieser Organisation in der Studentenschaft schärfer gezogen wurde. Hierin liegt der eigentliche Kern des Göttinger Erfolgs.

Dementsprechend ist es eine höchst gefährliche Illusion der Münsteraner Jusos, auf die Verhandlungsbereitschaft des RCDS, der Justiz und des Staatsapparats zu hoffen.

Dies muß Ausgangspunkt der Überlegungen zur Verteidigung des Münsteraner AStA und weiterer sein.

Wir schlagen deshalb vor, die Solidarität mit dem Münsteraner AStA bundesweit in den Mittelpunkt studentischer Aktionen zu stellen. Insbesondere muß dabei der VDS an seine Pflichten erinnert werden. Es reicht allerdings nicht aus, papierne Solidaritätsadressen zu schicken. Ausreichend ist selbst noch nicht die Mobilisierung zur Demonstration oder die Teilnahme von Delegationen.

So wie im Falle des Göttinger AStA mit dem Nachdruck des „Nachrufs", mit Veranstaltungen usw. für eine bundesweite Kampagne gegen Zensurmaßnahmen gesorgt worden ist, so muß in diesem Fall eine bundesweite Kampagne gegen den RCDS, die Statthalter der äussersten Reaktion und des Polizeiapparats an den Hochschulen, gestartet werden.

Die Bourgeoisie muß jetzt schon zu verstehen bekommen: wenn sie diesen Angriff durchstehen will, muß sie dies mit einem konzertierten Angriff aller linken und fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen auf den RCDS bezahlen. Dabei muß deutlich gemacht werden, daß der RCDS seinen Provokationskurs nicht als Teil der Studentenbewegung betreibt, sondern als Handlanger der äußersten Reaktion. Dementsprechend haben diese Kräfte an den Hochschulen nichts zu suchen. Weder in den Vertretungsorganen und auf studentischen Versammlungen, noch mit Veranstaltungen usw..

Die m ö g l i c h e Einheit a l l e r fortschrittlichen Kräfte in einer solchen Kampagne, die bei der Verteidigung des Göttinger AStA durch den MSB gespalten wurde, sollte schon darin ihren Ausdruck finden, daß im Zusammenhang mit den Münsteraner Ereignissen eine VDS-Mitgliederversammlung einberufen wird, auf der über eine bundesweite Kampagne gegen den RCDS beraten wird.

Gleichzeitig muß klar sein, daß Münster nur ein Beispiel für die bevorstehenden Angriffe der Bourgeoisie ist. Deshalb muß unabhängig davon, wie sich der Münsteraner AStA entscheidet, schon jetzt eine Kampagne zur Verteidigung des Politischen Mandats aufgebaut werden. Auf einer VDS-Mitgliederversammlung, die noch vor Beginn des Wintersemesters stattfinden muß, sollte als eine konkrete Maßnahme beschlossen werden, daß bei weiteren Angriffen, insbesondere bei eventuellen Amtsenthebungen, bundesweit zu Streikaktionen gegriffen wird.

Alle bisherigen Erfahrungen im Kampf um das Politische Mandat haben bisher bewiesen, daß breite Teile der Studentenschaft gerade an diesem Punkt für Aktionen zu gewinnen sind. Dies haben insbesondere auch die Erfahrungen in Bayern gezeigt, wo es selbst gelungen ist, das Verbot und die finanzielle Austrocknung der Vertretungsorgane zu durchbrechen.

Gerade in diesen Auseinandersetzungen hat es sich darüber hinaus noch gezeigt, daß von breiten Teilen der Studentenschaft die Forderung nach Vertretungsorganen mit Politischem Mandat getragen wird und sie sich nicht abspeisen lassen mit kastrierten Organen, wie sie mit den Sprecherräten angeboten wurden.

Gerade diese Erfahrungen sollten sich Jusos und MSB zu Herzen nehmen, wenn sie heute aus taktischen Erwägungen bereit sind, teilweise oder gänzlich auf das Politische Mandat zu verzichten. Ein AStA, der auf das Politische Mandat verzichtet, wird kaum Studenten für sich mobilisieren können – auf ihn werden die Studenten genauso verzichten können wie auf staatstreue „Vertretungsorgane" in Bayern. Denn das Politische Mandat ist keine taktische Position, auf die aus taktischen Erwägungen heraus verzichtet werden kann, sondern eine grundsätzlich unverzichtbare Position für eine fortschrittliche Studentenpolitik.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Solidaritätserklärung

Der AStA der Uni Göttingen solidarisiert sich mit dem AStA der Uni Münster in seinem Kampf gegen die Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft.

Nachdem es der Reaktion nicht gelungen ist, den Göttinger AStA exemplarisch abzusetzen, versucht sie es nun in Münster. Das Ziel dieses bisher schärfsten Angriffs gegen die um die Fähigkeit des Staates zu demonstrieren, das Verbot des Politischen Mandats praktisch durchzusetzen. Die Studenten sollen mit der Alternative vertraut gemacht werden, entweder sich der völligen Zensur des Rektors (RCDS) zu unterwerfen oder aber die Verfaßte Studentenschaft ganz zu verlieren. Diese Alternative: sich den Kopf abschlagen lassen, um die Füße zu retten, kann für uns keine Alternative sein. Das Politische Mandat ist keine Sache, die RCDS, Rektor und Kultusminister der Verfaßten Studentenschaft durch die Verhängung von Zwangsgeldern abkaufen kann, sondern ein unverzichtbares Recht der Studentenbewegung, ohne dessen praktische Wahrnehmung eine fortschrittliche Politik in den Organen der Verfaßten Studentenschaft überhaupt nicht möglich ist.

Wir begrüßen es deshalb, daß der AStA Uni Münster nicht auf das unverschämte Ultimatum des Rektors eingehen will und der Provokation der Rechten nicht mit einem „freiwilligen", „taktischen" Verzicht auf das Politische Mandat, sondern mit der konsequenten Mobilisierung der Studenten gegen die drohende Amtsenthebung begegnen will.

Da es in Eurem Konflikt – ähnlich wie bei uns – um einen Kampf geht, der maßgeblich über die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen der Studentenbewegung und dem Staatsapparat entscheidet, sind wir der Meinung, daß möglichst viele ASten – trotz der ungünstigen Vorferienzeit – Euch praktisch in Eurem Kampf unterstützen sollten.

Der AStA Uni Göttingen erklärt sich bereit, für die Demonstration in der nächsten Woche in Münster zu mobilisieren und versucht, möglichst viele ASten für eine Beteiligung an dieser Demo zu gewinnen.

Wir schlagen weiterhin vor, am Tag des Ablaufs des Ultimatums – also am 15.8. – eine Konferenz aller von Zwangsgeldern und anderen direkten Repressionen betroffenen ASten in den Räumen des AStA Münster zu organisieren, um über die weitere Taktik zur Verteidigung der VS zu beraten.

Uneingeschränkte Solidarität mit dem AStA Münster!
Keine Amtsenthebung in Münster, Göttingen und auch nicht anderswo !!!
Gegen jegliche Zensur, für das Politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft!!!

Staatsschutzaktion gegen den SSB

In Hamburg wurde in der Woche vom 29.6. - 6.7. ausgiebig die Polizeiuniversität geprobt: Äußerer Anlaß war eine Veranstaltung zur Solidarität mit dem Göttinger AStA, die am 1.7. in der Universität stattfinden sollte. Aufgerufen hatten nebem dem SSB eine große Zahl von Vertretungsorganen, u.a. AStA der Hochschule für Bildende Künste, der Kommissarische Vorstand der Landesschülerkammer, außerdem Jungdemokraten und GIM (MSB/SHB/Jusos natürlich nicht).

Am Mittwoch, 29.6. war der Auftakt. In der Bürgerschaftssitzung warf die CDU dem zuständigen Senator Biallas (FDP) vor, daß er die Veranstaltung nicht verboten habe und bescheinigte ihm deshalb, den geistigen Boden für die „Terroristen" zu bereiten!

Am Donnerstag, 30.6. zog die gleichgeschaltete Presse nach: *„An der Hamburger Uni wollen Linksradikale am Freitag den Mord an Generalbundesanwalt Buback verherrlichen. Sie solidarisieren sich mit dem Göttinger AStA, der Freude über dieses Attentat geäußert hat."* (Springers „BILD") und *„Unterdessen bahnen sich an der Uni neue Auseinandersetzungen an: Linksextreme Studenten planen für den 1.Juli eine Sympathiekundgebung für den Göttinger AStA, der den Buback Mord verherrlicht hatte."* (So die SPD-nahe „Morgenpost").

In beiden Artikeln wurde das Verbot der Veranstaltung gefordert. Offenbar wußte die Presse schon recht genau, was für „Auseinandersetzungen" sich „anbahnten": Am selben Tag erteilte das Unipräsidium ein Raumverbot für die Veranstaltung. Seltsamerweise wurde dies Verbot u.a. damit begründet, daß die Staatsanwaltschaft Hamburg, das Flugblatt „Göttingen ist überall" (das Aufrufflugblatt zur Veranstaltung) beschlagnahmt habe, obwohl dies bis zu diesem Zeitpunkt keinem der Betroffenen bekannt war.

Erst eine Stunde nach Eingang des Schreibens der Univerwaltung erschien ein Kommando von 12 Polizeibeamten, die das Büro des SSB durchsuchten und etwa 800 Flugblätter beschlagnahmten. Zur selben Zeit wurde von 4 Beamten des BKA die Wohnung des Presserechtlich Verantwortlichen für etwa eine Stunde besetzt, allerdings ohne den Erfolg, diesen zu erwischen. Stattdessen beschlagnahmten sie hier 2 (!) Flugblätter.

Ganz offensichtlich handelte es sich also um eine koordinierte Aktion zwischen Senat, Justiz, Polizei und Univerwaltung. **Am Freitag, den 1.Juli,** wurden zwei Druckereien nach den Druckfahnen durchsucht, allerdings ohne Erfolg.

Alle Durchsuchungsaktionen verliefen jedoch relativ „friedlich". Es kam auch nicht, wie in vielen anderen Fällen, zu Verwüstungen oder ähnlichem, so daß anzunehmen ist, daß diese Aktionen allein die Funktion hatten, die Polizeipräsenz zu dokumentieren, insbesondere bei dem bisher „liberalem" Klima an der Hamburger Uni.

Am Abend des 1.Juli schließlich sperrten mehrere Hundertschaften das gesamte Gebiet von der Uni bis in die Innenstadt hinein ab. Darüberhinaus schwirrten eine Unmenge von Spitzeln und MEKlern auf dem Campus herum.

Den vorläufigen Höhepunkt fand diese „Aktionswoche" am 6.7., als zur Mittagszeit 10 zivile Bullenwagen vor der Mensa vorfuhren. Etwa ein Dutzend Bullen stieg aus, fotografierte den Büchertisch des SSB und beschlagnahmte einen Rest von 20 Flugblättern, der ihnen bei der ersten Aktion durch die Lappen gegangen war.

Die Veranstaltung konnten sie durch dieses Vorgehen jedoch nicht verhindern. Sofort nach dem Polizeiüberfall wurde dieser in allen Studentenkneipen bekannt gemacht. Auf einem Teach-In vor der Veranstaltung wurde von den etwa 300 Anwesenden beschlossen, einen Teil der Mensa für die Veranstaltung zu besetzen. Dies hatte noch den Vorteil, daß in anderen Räumen der Mensa die Jusos ein Fest veranstalteten, so daß die Teilnehmer gleich mit der Frage des Polizeiüberfalls konfrontiert wurden. Die Veranstaltung war dann mit ca. 700 - 800 Teilnehmern gut besucht.

Scharfer Wind von Rechts

Die Polizeiaktionen stellen in zweierlei Hinsicht eine Verschärfung dar:

1) Ist es eine Ausnahme, daß nicht nur gegen die „Urheber" des Buback-Nachrufes, sondern auch gegen die Nachdrucker mit Polizei vorgegangen wird, gleiches spielte sich bisher nur in Kaiserslautern ab. Die ursprüngliche Begründung, „die klammheimliche Freude" kann ja für die Nachdrucker, die ja nur die Verdrehungen der Presse dokumentieren, gar nicht gelten. Die Polizei-Aktionen gelten also klar dem Solidaritätsakt.

2) Zeichnet sich an der Hamburger Uni mit ihrer bisher betont ‚liberalen' Politik ein deutlicher Kurswechsel hin zur Polizeiuniversität ab. In der „Welt" vom 7.7.77 erklärt Biallas, er werde bei Streikmaßnahmen, die ihren Namen durch Streikposten oder Sprengungen auch verdienen, mit Strafanzeigen vorgehen. „Gewaltanwendungen" gegen Personen (also Behinderung von Streikbrechern und Abwehr wildgewordener Profs) soll *„unter allen Umständen, wenn notwendig durch Polizei-Einsatz"* verhindert werden. Ein ungehinderter Verlauf der Lehrveranstaltungen soll auf jeden Fall sichergestellt werden. Bereits im laufenden Semester wurde auf dem „Testfeld Hamburg" die „liberale" Maske durch Androhung von Ordnereinsätzen gegen Streikposten und tatsächlich angestrengter Strafverfolgung gegen einzelne „Störer" abgelegt. Zur Absicherung des harten Kurses will der Senat ein Stillhalten des MSB/SHB/Juso-AStAs erreichen - bezeichnenderweise läuft der „Welt"- Artikel unter der Überschrift *„Senat will die Gefahr der Chaoten an der Uni nicht mehr länger dulden"*.

Unter diesen Voraussetzungen war diese Polizeiaktion einerseits der Versuch, den SSB, als einen wesentlichen Träger der militanten Aktionen und der linken Politik, zu treffen, zum anderen eine Herausforderung an MSB und Jusos, ihre Rolle als Ordnungsfaktor zu beweisen. Und obwohl damit schon der Weg vorgezeichnet ist, auf dem in den nächsten Semestern gegen die gesamte Studentenbewegung vorgegangen werden soll, spielten MSB und Juso ihre Rolle wieder mal wunschgemäß

Solidarität? Nein Danke!

Wie schon beim Göttinger AStA demonstriert, hielt der Hambuger Uni-AStA von der Solidarität mit den angegriffenen Linken nicht viel. Der AStA-Vorsitzende Kersten Albers (Juso) weigerte sich nachdrücklich, auf einer GEW-Demo die zur gleichen Zeit laufende Bullenaktion und das eben verhängte Raumverbot überhaupt bekanntzugeben! Er wolle „nicht in den Verdacht, mit den Terroristen oder der Veranstaltung selbst solidarisch zu sein", kommen. Der MSB verurteilte zwar das Raumverbot, im gleichen Atemzug wurde wieder den Linken ihr „provokatorisches" Verhalten bescheinigt. so daß sie im Grunde nach MSB-Meinung selbst schuld wären. Das stärkste Stück leistete sich jedoch der MSB-Führer Uwe Knickrehm, der noch am Abend des Polizeiüberfalls den Wissenschaftssenator anrief, um diesen vor einem Raumverbot zu warnen, da das nur die Veranstaltung aufwerte und den „Chaoten" in die Hände arbeite.

Besonders enttäuschend ist das Verhalten der Jusos. Kersten Albers bewegte sich fast auf derselben Linie wie der MSB. Während die Jusos gerade damit auf Wählerfang gegangen sind, eine Alternative zu dem MSB-Dauerbündnis-Partner SHB zu bieten, zeigt sich in Hamburg, daß die Jusos die politische Auseinandersetzung mit dem MSB scheuen und vor der undemokratischen Politik des MSB zu Kreuze kriechen.

Auch der LHV hätte sich in Hamburg eine Scheibe davon abschneiden können, wie seine Organisation in anderen Bundesländern zur Solidarität mit dem Göttinger AStA bereit war.

Trotz dieser vollständigen Ignoranz durch MSB, SHB und Jusos haben die Ereignisse an der Uni relativ große Aufmerksamkeit erregt, was sich auch in dem guten Besuch der Veranstaltung niederschlug.

Daß der MSB und SHB auch in diesem konkreten Fall die notwendige Solidarität mit Füßen traten, ist in weiten Teilen der Studentenschaft auf Unverständnis gestoßen. Man darf gespannt sein, wie sich diese „Ordnungshüter" bei den zu erwartenden härteren Auseinandersetzungen verhalten werden.

SSB/Hamburg

Gerichtlicher Vergleich zwischen Jusos und RCDS?

Am 8.7. fand die Berufungsverhandlung über die 60.000 DM Ordnungsgelder statt. Dabei schlug das Gericht folgenden Vergleich vor:

– der AStA beschränkt sich in Zukunft auf hochschulpolitische Aussagen;
– es wird eine Schlichtungsstelle eingerichtet, die über eventuelle „Verstöße“ entscheidet. Falls etwas als „Verstoß“ gewertet wird, wird dies mit einem Ordnungsgeld in Höhe von 5000 DM geahndet (wie sich die Schlichtungsstelle zusammensetzen soll, wurde nicht geklärt).

Sollte der AStA diesem Vergleich zustimmen, braucht er die 60.000 DM nicht zu zahlen.

Der RCDS lehnte diesen Vergleich ab, da nicht aufgenommen wurde, daß dem AStA bis zum Entscheid des Vergleichs das Politische Mandat untersagt wird.

Der Juso-AStA ließ durchblicken, daß er sich für diesen Vergleich erwärmen könnte, wollte dies allerdings nicht für die Fachschaftsräte erklären. Weiter wurden Gedanken laut, über den Vergleich in einer studentischen Urabstimmung zu entscheiden.

Obwohl der AStA wiederum erklärte, daß für ihn kein Unterschied zwischen dem hochschulpolitischen und dem Politischen Mandat besteht, wies er den Vergleich nicht zurück.

Am 10.8. ist erneuter Termin, bis zu dem beide Seiten schriftlich niederlegen sollen, worin für sie der Unterschied zwischen hochschulpolitischem und politischem Mandat besteht.

Allein schon die Überlegungen des Juso-AStA, aus „taktischen“ Überlegungen den Vergleich anzunehmen, können nur als alarmierend angesehen werden.Ein solcher Vergleich hätte natürlich präjudizierende Wirkung für alle weiteren „Fälle“. In der Konsequenz würde das politische Mandat gänzlich aufgegeben werden,denn damit würde der AStA anerkennen, daß der RCDS zum Schiedsrichter über die Frage gemacht wird, was an den Hochschulen von den studentischen Vertretungsorganen gesagt werden darf und was nicht. Und das, obwohl dieser mit seinem Provokationskurs innerhalb der Studentenschaft auf (fast) einhellige Ablehnung stößt.

Alle Erfahrungen zeigen, daß der RCDS sofort den nächsten Schlag landen würde. Darüberhinaus müßten die Studenten sich überlegen, was sie denn mit einem kastrierten AStA sollen, der nicht das politische Mandat wahrnimmt.

Gänzlich unter die Räder kommt bei dieser Juso-Taktik, daß das politische Mandat keine taktische Position ist, auf die gegebenenfalls verzichtet werden kann, sondern eine Grundvoraussetzung für j e d e fortschrittliche Politik an den Hochschulen ist.

SP-Wahlen

Stabilisierung von Jusos, MSB und SHB

Hamburg. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 34% brachten die Wahlen zum Studentenparlament folgende Ergebnisse (in Klammern die Ergebnisse des Wintersemesters 76/77):

– **Jusos:** 15 Sitze (15), 2800 Stimmen (3000);
– **SHB:** 9 Sitze (12), 2500 Stimmen (2750);
– **MSB:** 8 Sitze (7), 2300 Stimmen (2500);
– **LHV:** 4 Sitze (5), 2100 Stimmen (1850);
– **RCDS:** 4 Sitze (1), 1500 Stimmen (1200);
– **SSB u.a.:** 1200 Stimmen (1500), kein Sitz (der SSB, Sympathisanten des KB, kandidierten zusammen mit unorganisierten Linken);
– **SSG:** 330 Stimmen (450), kein Sitz (SSG: Studenten des KBW).

Insgesamt nahmen an den Wahlen 9100 Studenten teil (76/77: 9800). Damit stellen im neuen Studentenparlament (in Hamburg wird semesterweise jeweils die Hälfte des SP gewählt) die Jusos 30, der MSB 15, der SHB 21, der LHV 9 und der RCDS 5 „Parlamentarier“.

Die Unproportionalität zwischen den Stimmen der einzelnen Organisationen und dem Anteil an Sitzen kommt durch das bestehende Wahlrecht zustande, nach dem in acht Wahlkreisen direkt gewählt wird, also kein Verhältniswahlrecht.

Hieraus erklärt sich auch die Nichtübereinstimmung zwischen den an der Wahl beteiligten Studenten und den abgegebenen Stimmen, da in allen Wahlkreisen eine Mehrfachwahl möglich ist.

Bei einer leicht gesunkenen Wahlbeteiligung haben alle linken Gruppen Einbußen hinnehmen müssen, während die Rechten leichte Gewinne verbuchen konnten (LHV und RCDS).

Deutlich ist die Stabilisierung von MSB und SHB, die ansonsten im Bundesgebiet Stimmeinbußen hinnehmen mußten, dies allerdings in den meisten Fällen zugunsten von Sponti- und Basisgruppenlisten. Eine solche Liste hat in Hamburg bisher nicht kandidiert.

Auffällig ist ebenfalls, daß die einzige linke Alternative zu diesen Gruppierungen, der SSB, auch in diesem Semester wiederum Stimmen verloren hat.

Dies liegt zum einen begründet in dem Semesterablauf, der bestimmt wurde durch die „liberale“ Taktik von Hochschulbehörde und Univerwaltung, was insgesamt den Reformisten und Revisionisten entgegenkam. Zum anderen muß jedoch auch festgestellt werden, daß unsere Organisation, anders als alle anderen, gerade im Wahlkampf kein besonderes Engagement entwickelt hat, wodurch ein Teil der bisherigen Wähler gar nicht erst zur Urne gegangen sein dürfte.

Denn anders als bei den Erfolgen der Sponti- und Basisgruppenlisten müssen Listen, die eindeutig als Sozialisten kandidieren, auf einen spontanen "Vertrauens"vorschuß verzichten. Schon bei der Auswertung der letzten Wahlen schrieben wir, daß die Linke in Hamburg nur dann eine echte Chance bei den SP-Wahlen haben wird, wenn sie zu einer gemeinsamen Kandidatur kommen wird. Denn eine Reihe von Studenten, die dem SB nahestehen, oder Basisgruppenideen anhängen haben auch diesmal nicht an den Wahlen teilgenommen, weil sie sich nicht für eine eindeutige Organisationsliste entscheiden wollen.

Im Zustandekommen eines solchen Bündnisses muß für die nächsten SP-Wahlen der Schwerpunkt gelegt werden.

SSB/ Hamburg

»Distanzieren Sie sich oder gehen Sie«

Die bisher angelaufene Solidaritätskampagne mit dem Göttinger AStA geht mittlerweile weit über den studentischen Bereich hinaus. Insbesondere nach dem brutalen Polizeieinsatz gegen den Göttinger AStA wurde überregional eine breite demokratische Öffentlichkeit mobilisiert. Neben der GEW-Westberlin, der djuNiedersachsen und Einzelpersönlichkeiten gilt dies vor allem für einen Teil der Hochschullehrer: Über 140 Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Göttingen, der PHN Abt. Göttingen und wissenschaftliche Mitarbeiter außeruniversitärer Forschungsinstitute in Göttingen, sowie Hochschullehrer der TU Hannover veröffentlichten eine Stellungnahme, *„um ein gefährlich verzerrtes Bild über die Studentenschaft und ihre* veröffentlichten eine Stellungnahme, *„um ein gefährlich verzerrtes Bild über die Studentenschaft und ihre* *Vertretungen korrigieren zu helfen.“* Damit wollten sie dem Versuch entgegentreten, *„an diesem Artikel unbewußt oder manipulativ ein(en) Anlaß“* zu konstruieren *„um gegen eine kritisch politische Studentenschaft und ihre Organisationen vorzugehen.“* Befürwortet wurde darin insbesondere die Diskussion über die *„zunehmende administrative („Berufsverbote“) und publizistische Diskriminierung systemkritischer Ansätze“* und *„der Einschränkung der Meinungsfreiheit.“* Als ersten Schritt dazu wurde die Herausgabe einer Dokumentation begrüßt, um den Kriminalisierung und Zensur praktisch entgegenzutreten.

48 Professoren, Assistenzprofessoren, akademische Oberräte und Rechtsanwälte aus 8 Universitätsstädten haben jetzt eine Dokumentation veröffentlicht, die neben dem Nachdruck des „Nachrufs“ bisher erschienene Stellungnahmen (s.o.) enthält. In einer Erklärung, die der Dokumentation vorangestellt ist, heißt es: *„Wir sind der Auffassung, daß eine öffentliche Diskussion des gesamten Artikels möglich sein muß. Mit seiner Veröffentlichung wollen wir zugleich dazu beitragen, der Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten, indem wir das Recht auf freie politische Meinungsäußerung praktisch wahrnehmen.“*

Die besondere Bedeutung dieser Veröffentlichungen liegt darin, daß ein Teil der demokratischen Öffentlichkeit trotz der im Detail sicher kritischen Haltung gegenüber dem „Buback-Nachruf“ selbst und trotz der massiven Einschüchterungsversuche bereit ist, vor allem in nichtstudentische Kreise hinein die Diskussion um die Hetz- und Kriminalisierungskampagne seitens des Staatsapparats und der Presse zu tragen.

Die damit verbundene „gefährliche Staatsapparats und der Presse zu tragen.

Die damit verbundene „gefährliche Entwicklung“ in der Öffentlichkeit ist dem Staat nicht entgangen. Kurze Zeit nach Erscheinen der Dokumentation deuten sich schon die ersten Angriffe gegen einen Teil ihrer Herausgeber an.

„Distanzieren Sie sich oder gehen Sie!“

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Welt“ einen offenen Brief des Westberliner Wissenschaftssenators Glotz an zwölf Professoren. Darin bezichtigt er die Herausgeber *„der bewußten politischen Provokation“*, da mittels der *„Veröffentlichung dieses Textes (des Nachrufs - d. Verf.) durch deutsche Professoren ihm eine neue öffentliche Weihe“* verliehen werde (Welt, v. 9.7.77). Zwar räumt Glotz ein, *„daß aus dem Göttinger Artikel immer nur Partikel zitiert worden sind“*, gibt also zu, daß die BRD-Presse bewußte Verfälschungen des Artikelinhalts vorgenommen hat; zwar räumt er ein, daß man auch *„in einem Land, in dem die Meinungsfreiheit im Grundgesetz verbrieft ist (!)“*, die Auffassung der Herausgeber äußern darf, allerdings gelten diese Rechte nicht für Angestellte des Öffentlichen Diensts. Abgesehen von der dreisten Lüge – wie die Vorfälle um den Göttinger AStA oder die Strafanzeigen gegen den Schriftsteller Böll wegen eines Artikels zur Klassenjustiz u.v.m. beweisen – daß die politische Meinungsfreiheit für den „Normal-Bürger“ garantiert sei, geht es dem Wissenschaftssenator darum, die Profs vor die Alternative zu stellen: Entweder sich von der Veröffentlichung des Artikels deutlich zu distanzieren oder mit Berufsverbot belegt zu werden. Allerdings wird diese Drohung auffallend vorsichtig formuliert: *„Bekämpfen Sie diesen Staat, wenn Sie dies für notwendig halten; aber bekämpfen Sie ihn nicht mit Pensionsberechtigung. Scheiden Sie aus einem Diensverhältnis aus, das* *aber bekämpfen Sie ihn nicht mit Pensionsberechtigung. Scheiden Sie aus einem Diensverhältnis aus, das* *dann seinen Sinn verloren hat.“* Ist er sich doch der „Gefahr“ bewußt, die durch eine mögliche Solidarisierung mit den Angegriffenen in der liberalen Öffentlichkeit entstehen kann. Denn konnte der Staatsapparat – gestützt auf die Erfahrung einer relativen gesellschaftlichen Isolierung der Studenten – alle Register der Hetze und Demagogie ziehen, ist durch die Stellung der Professoren diese Möglichkeit begrenzt. Selbst die „Welt“ ändert ihren Stil der Auseinandersetzung ein wenig, wenn sie die Erklärung der 48 im Wortlaut abdruckt.

In der nächsten Zeit wird es darum gehen, die „Befürchtungen“ des Staates mit der Organisierung einer breiten Solidaritätskampagne zu bestätigen. Gespannt sind wir insbesondere darauf, wie sich der „Bund demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi) gegenüber diesen Angriffen verhält, und ob MSB/SHB – wie gegenüber dem Göttinger AStA – die Solidarität mit den Professoren verweigern werden.

Es geht auch anders –

SHB-Essen solidarisch mit Göttinger AStA

In der Zeitung „offensiv“ des SHB-Essen druckt dieser einen Artikel ab, den er auch an den AStA zur Veröffentlichung schickte, *„weil uns der Artikel zum Buback-Nachruf (in der AStA-Zeitung, Anm. AK) im wesentlichen identisch mit der Presseerklärung des MSB Spartakus Bundesvorstandes, in der letzten Ausgabe der Essener Studentenzeitung so nicht angebracht und auch nicht ausreichend erschien.“*

Der SHB schildert dann noch einmal die Kampagne, wobei er besonders hervorhebt, daß von Anfang an das Politische Mandat angegriffen wurde. Dann schreiben sie: *„Die Göttinger Ereignisse zeigen deutlich, ebenso wie die Zwangsgelder und Strafanzeigen in Essen, Münster und anderen Orten, daß die Herrschenden zum entscheidenden Schlag gegen das Politische Mandat ausholen... Es wäre jetzt falsch, sich von vornherein eine Selbstzensur aufzuerlegen, denn die Auseinandersetzungen um den ‚Nachruf‘ sollten alle Illusionen, sich durch taktisches Verhalten z.B. eine gute Presse zu sichern, zerstört haben.“* Dies hebt sich deutlich ab von dem penetranten Vorwurf des MSB, der Göttinger AStA habe mit der Veröffentlichung eine Provokation gestartet und sei für die folgenden Angriffe verantwortlich.

Abschließend heißt es: *„Sicherlich hat der AStA durch sein Verhalten auch nach der Veröffentlichung des Artikels teilweise die Maßnahme der Reaktion erleichtert – das steht aber im Moment nicht zur Debatte. Aus dem Fall Göttingen ist wieder ein Fall politisches Mandat geworden; deshalb gilt es, jetzt auch trotz einer Distanzierung vom Buback-Nachruf oder sogar einer Verurteilung* **Solidarität zu üben – mit dem Göttinger AStA, mit der verfaßten Studentenschaft mit dem politischen Mandat!“ (Hervorhebungen im Original).**

Auch wenn wir der Meinung sind, daß die „Manöver der Reaktion“ durch das Vorgehen in Göttingen nicht erleichtert sondern im Gegenteil erschwert wurden, was sich darin niederschlägt, daß die angekündigte Amtsenthebung nicht in die Tat umgesetzt wurde, begrüßen wir diese Stellungnahme als einen Ausdruck der Solidarität; denn wie schwer es diesen Genossen angesichts der Hetze von Seiten des MSB und des SHB-Vorstandes gefallen sein dürfte, kann man nur ahnen.

Göttingen-Solidarität unter Beschuß

Am 29.6 verbot der Rektor der Uni Bonn den Raum für eine am gleichen Tag geplante Veranstaltung mit einem Vertreter des Göttinger AStA. Die Begründung: *„Für eine Veranstaltung die der Bekundung der Solidarität mit dem Göttinger AStA ... und damit der Unterstützung strafrichtlich relevanter Verhaltensweisen dienen soll, wird kein Hörsaal .... zur Verfügung gestellt.“* Zudem drohte er mit Polizeieinsatz, wenn die Veranstaltung doch durchgeführt werden sollte.

Trotzdem wurde die Veranstaltung in einem Foyer der Uni durchgeführt, zu der 100 Leute kamen. Aufgerufen dazu hatten: zwei Basisgruppen, SB Komitee gegen politische Unterdrückung , Spartacusbund (Trotzkisten) und der SSB (KB-Sympathisanten).

Carlos auch in Bonn?

Am selben Tag leitete die Staatsanwaltschaft Bonn ein Ermittlungsverfahren gegen 34 Studenten und einen Theologie - Professor ein, die den„Buback-Nachruf“ veröffentlicht hatten. Gleichzeitig hetzte die Lokalpresse gegen die 35 Unterzeichner :„· *Wer bisher wegen der deutschen Universitäten noch nicht das Gruseln bekam, hat jetzt in Bonn Gelegenheit dazu.‘* (Bonner Rundschau, 1.7.). und *„Es gehört zur Taktik der Sympathisanten von Killer-Terroristen sich als unbequeme Denker hinzustellen, die von einer bösartigen Presse und vom Staat als Kriminelle dargestellt werden, um die Stimmung für ein staatliches Vorgehen gegen sie zu schaffen.“*(Generalanzeiger, 1.7.)

Gegen solche Artikel haben die Unterzeichner mittlerweile eine Gegendarstellung an die Presse verfaßt und bereiten eine Veranstaltung vor.

Auch die Institutsgruppen schießen sich ein

Nachdem die Institutsgruppen (Sympathisanten der Gruppe Rheinische Zeitung) auf der Veranstaltung noch von Solidarität mit dem Göttinger Uni AStA gesprochen hatten, kam dann ein Flugblatt heraus, in der diejenigen, die Solidarität üben als „Selbstmordpolitiker“ bezeichnet wurden. *„Keine Solidartät mit denen, die den Buback Artikel veröffentlichen“* fordern diese Marxisten von hohen Graden, denn *„durch den Solidarisierungszwang wird die Linke in die Selbstmordstrategie dieser Politik hineingezwungen.“*

Die Gruppe Rheinische Zeitung und ihr studentischer Ableger beweisen hier wieder einmal, wie weit sie schon auf der Linie ihres neuen Bündnispartners DKP und MSB liegen.

In Köln: Koalition von Lokalpresse, MSB und Jusos

Auch in Köln schossen Lokalpresse, Jusos und MSB gegen eine Solidaritätsveranstaltung. Der von Jusos und Rechten getragene Uni AStA hatte erklärt, *„daß Solidarisierungsaktionen mit den Göttingern dazu führen könnten, daß die Öffentlichkeit die Studenten allgemein mit Terroristen und der ‚Verherrlichung eines politischen Mordes‘ in Verbindung bringt“.* („Kölner Stadtanzeiger“, 25.6.)

Dem MSB war es schon ein Flugblatt wert, um zu erklären, daß die Solidaritätskampagne *„ein typischer Fall von Provokation“* ist.

Auf die Veranstaltung, zu der die ASten der Sporthochschule und der Abteilung für Heilpädagogik an der PH, die GIM und der KB aufgerufen hatten, kamen dann 150 Leute.

SSB Bonn und KB/Köln

Drohende Amtsenthebung und Relegationen

München: An der Stiftungsfachhochschule München hat die Hochschulleitung bekanntgegeben, daß in Zukunft jeder Student von der Uni fliegt, der an der Hochschule für eine politische Organisation eintritt. Das offene Auftreten als Sozialist oder Kommunist sei mit dem „christlich-katholischen Charakter“ der Schule unvereinbar.

Verboten ist - auf dem ganzen Gelände: *„Veranstaltungen jeglicher Art durchzuführen, Büchertische oder Informationsstände aufzustellen oder herumzutragen (!), Plakate aufzuhängen sowie Zeitschriften und Flugblätter zu verteilen oder auszulegen.“* (Aus der Bekanntmachung)

Wer sich eines dieser Vergehen zuschulden kommen läßt, wird relegiert; Begründung der Hochschulleitung: Das Auftreten der Linken würde die Berufschancen der Absolventen beeinträchtigen.

Eine Vollversammlung verpflichtete den AStA daraufhin, weiterhin das politische Mandat offensiv wahrzunehmen! Im Namen des AStA soll ein Büchertisch zum Thema „Politische Repression“ durchgeführt werden, an dem sich die linken Gruppen beteiligen. Die Hochschulleitung hatte vor der VV gedroht, den AStA sofort zu verbieten, wenn er zur VV Vertreter der anderen Münchener ASten oder andere „hochschulfremde Personen“ einladen würde. Diese Drohung ist bisher nicht wahrgemacht worden.

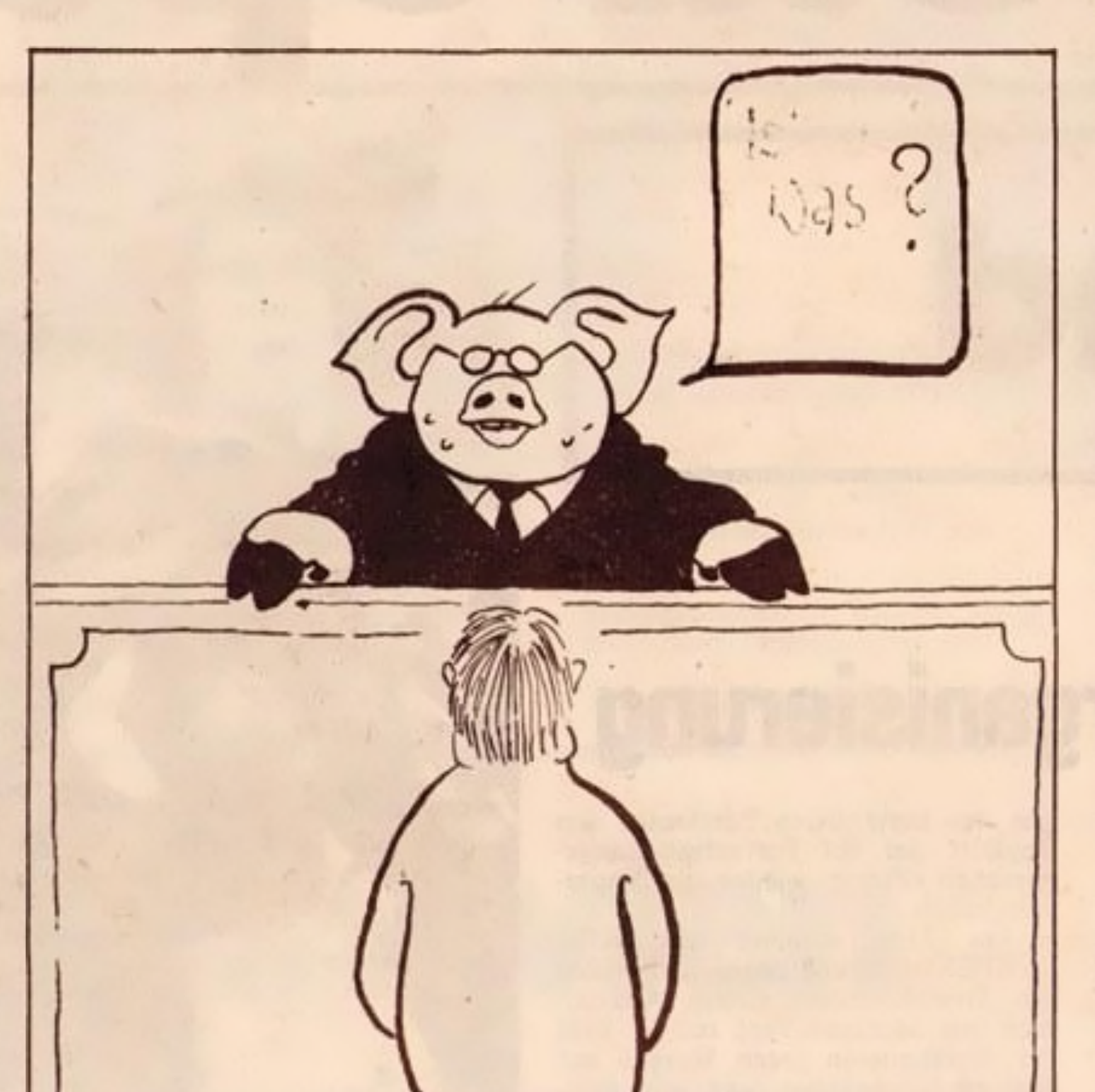
KB-Sympathisanten München

Hamburg: Strafanzeige geplatzt

Am 30.6 fand vor dem Hamburger Amtsgericht der Prozeß gegen den Studenten M., angeklagt von dem reaktionären Prof. Kleinstück wegen „ Hausfriedensbruch" im Zusammenhang mit dem Streik im Mai 1976 statt.

Die ca. 60 Studenten, die zu dem Prozeßtermin erschienen, erlebten eine sehr eindrückliche Demonstration der Atmosphäre, in der der Staatsapparat solche Prozesse auch in Zukunft durchführen will: Das Strafjustizgebäude war - über die „normale" Bewachung hinaus - von Polizei mit MPs und Funksprechgeräten abgesichert. Der Prozeß fand im Staatsschutzsaal des Gebäudes statt, der für Prozesse wie z.B. gegen Borvin Wulff eingerichtet wurde. Dieser Saal ist nur über einen - extra bewachten - Nebeneingang zu betreten, an dessen Eingang jede/r nach Waffen durchsucht wird, Personalausweise mit der Fahndungsliste verglichen und fotokopiert werden und Taschen etc. abgeliefert werden müssen.

Diese Art der Beschränkung der Öffentlichkeit wurde vom Staatsanwalt mit „zu befürchtenden Ausschreitungen" des Publikums begründet ! Es ist klar, das diese Maßnahmen zusammen mit der Pressehetze gegen die gelaufenen Streiks eine Vorverurteilung des Angeklagten bewirken sollen. Wenn man bedenkt, daß dieser Prozeß nur ein Vorläufer der zu erwartenden Prozeßwelle gegen einzelne Kommillitonen ist,(inzwischen sind eine Reihe weiterer Strafanzeigen bekannt geworden) wird klar, wie die Justiz ihren Teil zur Zerschlagung und Kriminalisierung der studentischen Kämpfe beitragen will.



Der Prozeß selbst war darüberhinaus ein eindrucksvolles Schauspiel der RechtSStaatlichkeit: Obwohl es Aufgabe des Gerichts und der Staatsanwaltschaft ist, die notwendige Ermittlungsarbeit vor Prozeßbeginn zu leisten, konnte der Angeklagte und die Verteidigung nachweisen, das die Strafanzeige Kleinstücks hinfällig ist, weil dieser gar nicht anzeigeberechtigt war. Anzeige stellen kann nur der, der das Hausrecht ausübt, d.h. hier Fischer-Appelt, der es damals noch nicht opportun fand, gegen M. eine Anzeige zu erstatten. Die Herren Richter und Staatsanwalt konnten sich jedoch auch nach Vorlage entsprechender Beweise nicht zu einer Einstellung des Verfahrens durchringen.

Damit ist von der Reaktion und der Justiz ein Fehler begangen worden, der möglicherweise die erste exemplarische Verurteilung verhindert. Die nächsten Fälle werden sich nicht mehr so „einfach" erledigen, denn mittlerweile hat sich Unipräsident Fischer-Appelt höchstpersöhnlich eingeschaltet.

Lili kommt — Lili geht ?

Frankfurt. Die Wahlen zum Studentenparlament brachten keine wesentliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses insgesamt, allerdings nahm die neu kandidierende Linke Liste den Spontis (SHI), die seit geraumer Zeit den AStA stellen, zwei Sitze ab. Bei gestiegener Wahlbeteiligung lautet das Ergebnis:
SHI: 2.265 Stimmen, 7 Sitze (9)
RCDS: 1.131 Stimmen, 3 Sitze (4)
„Unabhängige" (Rechte): 1.118 Stimmen, 3 Sitze (2);
Jusos: 1.075 Stimmen, 3 Sitze (3)
LHV: 878 Stimmen, 2 Sitze (2)
MSB/SHB: 815 Stimmen, 2 Sitze (MSB: 1; SHB: –)
LiLi: 603 Stimmen, 2 Sitze (-)
KSB(KBW): 213 kein Sitz (1)
KSV: 49 Stimmen, kein Sitz (-)
Nach der Wahl appelierte der Landesvorstand der Jungdemokraten an die Jusos, dafür zu sorgen, daß die Spontis im nächsten AStA nicht mehr vertreten sind. Dies würde jedoch bedeuten, die Rechten in die AStA-Bildung einzubeziehen, wozu sich die Jusos im Unterschied zu den „Liberalen" weigerten. (FR, 6.7. und 8.7.). Stattdessen erklärten die Jusos ihre Bereitschaft, „mit allen linken Gruppen" zusammen den AStA zu bilden.

Während der KBW weiter absackte, hat der „Achtungserfolg" der LiLi einen deutlichen Hinweis auf die Unzufriedenheit gegeben, mit der viele Linke auf den Trott reagieren, mit dem die Spontis in letzter Zeit im AStA gewirtschaftet haben. Die LiLi ist ein Bündnis aus Unorganisierten, KB, Irlandkomitee (WISK) und SB-Mitgliedern (die SB-Hochschulgruppe insgesamt hat die LiLi nicht unterstützt). Dieses Bündnis wäre u.E. durchaus ausbaufähig und vielversprechend. Vom WISK allerdings wurde bereits auf dem ersten Treffen nach der Wahl der Versuch einer Auflösung der LiLi (speziell Ausschluß des KB) betrieben, was mit bestehenden Differenzen begründet werden sollte. Gerade der Zusammenschluß unterschiedlicher linker Positionen hat jedoch den Erfolg der LiLi herbeigeführt, so daß es zweifellos fragwürdig wäre (und nicht gerade eine Empfehlung für eine Mitarbeit im neuen AStA), würden sich die zwei gewählten LiLi-Kandidaten (1 WISK und 1 Unorg.) jetzt von jeder Verantwortung gegenüber der gesamten Liste und gegenüber ihren Wählern lossagen. LiLi geht, Sponti bleibt? Hoffentlich nicht, denn damit würde die Chance, den Spontis verstärkt „auf die Sprünge zu helfen" verspielt.

München: Repression nach Streik

Am medizinischen Fachbereich werden jetzt sieben Studenten für ihre Teilnahme am Streik gegen das „Praktische Jahr" bestraft. Sie bekommen nicht die erforderlichen Punkte, um zu einer Prüfung zugelassen zu werden, das bedeutet ein Semester Verlust.

Zur gleichen Zeit droht drei Kommilitonen vom Soziologischen Institut die Relegation. Sie werden beschuldigt, Parolen an ein Unigebäude gepinselt zu haben: mit Hilfe des Ordnungsrechts (ohne gerichtliche Entscheidung also) sollen sie jetzt von der Uni fliegen.

KB-Sympathisanten aus München

Wohnungskündigung wegen »Buback-Nachruf«

Fast unglaubliche, aber symptomatische Blüten schlägt die Kampagne um den „Buback-Nachruf". Am 23.6. erhielten die AStA-Vorsitzende der Uni Bochum Monika B. und das Mitglied des Vorstands der Assistentenschaft vom Anwalt ihres Vermieters einen Brief, in dem ihnen die Wohnung fristlos gekündigt wird. Begründet wurde dies u.a. mit einem Nachdruck des „Buback-Nachrufs", den die beiden verantwortet hatten. *„Die Kündigung erfolgt, weil Sie, Frau B., als Mitglied des AStA und Sie, Herr B., als Mitherausgeber der „Mitteilungen der Assistentenschaft" die Ermordung des Generalbundesanwalts Buback ganz offen gutheißen...*

Unsere Mandanten dulden Sie nicht mehr in ihrem Hause als Mieter. Ihre Anwesenheit ist unzumutbar."

RCDS druckt »Buback-Nachruf« nach

wohl es Aufgabe des Gerichts und der Staatsanwaltschaft ist, die not- zeige zu erstatten. Die Herren Richter und Staatsanwalt konnten sich Fischer-Appelt höchstpersöhnlich eingeschaltet. Hoffentlich nicht, denn damit würde die Chance, den Spontis verstärkt „auf die Sprünge zu helfen" verspielt.
RCDS druckt »Buback-Nachruf« nach

Wenn zwei das gleiche tun hat dies noch lange nicht die gleichen Folgen. Während die linken ASten, die den Göttinger Buback-Artikel als Dokument nachgedruckt haben, mit Strafanzeige belegt werden, die Räume des AStA Kaiserslautern und der SSB in Hamburg sogar deswegen von der Polizei durchsucht werden, ist von ähnlichen Konsequenzen in Freiburg nichts bekannt geworden. Dort hatte der RCDS in einem Sonderinfo sowohl den Buback-Nachruf aus den „Göttinger Nachrichten" (AStA-Zeitung) als auch den Buback-Artikel der Braunschweiger „Fettpresse" (Fachschaftszeitung) in vollem Wortlaut abgedruckt. Dazu hat der RCDS Freiburg im gleichen Info auch noch den provokatorischen „Offenen Brief" des RCDS-Vorsitzenden Uni Göttingen, Schulte, abgedruckt, in dem dieser die Einleitung der rechtlichen Schritte gegen den Göttinger AStA vom Rektor gefordert hatte.

Gegen fast alle ASten laufen nun wegen des Nachdrucks Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener". Der RCDS-Nachdruck und die ausbleibenden Folgen machen dankenswerterweise klar, daß es nicht darum geht, was nachgedruckt wurde, sondern wer nachgedruckt hat.

Für eventuell anstehende Prozesse sollten sich die angegriffenen ASten dieses RCDS-Dokument besorgen. Der SSB Hamburg ist bereit, sein Exemplar als Kopie zur Verfügung zu stellen.

Prügeldozent raus aus der Hochschule

Darmstadt: Auf der Fachhochschul-VV vom 21.6.77 wurde eine besondere Schweinerei eines Dozenten im Fachbereich Maschinenbau bekannt. Als ein ausländischer Kommilitone eine Hausarbeit zum dritten Mal zur Korrektur vorlegte, beschuldigte ihn der Dozent (Dipl. Ing. Werner) des Betrugs (weil er völlig legitim eine Ing. Arbeit zur Hilfe genommen hatte), drohte mit der Polizei und verweigerte im voraus jeden Leistungsnachweis.

Als nun der Student sich diese Frechheiten und Einschüchterungen nicht weiter bieten lassen wollte und erklärte er werde jetzt zum Rektor gehen und diesen bitten, ihm einen anderen Dozenten zur Korrektur seiner Arbeit zuzuweisen, stürzte sich der Dozent auf den ausländischen Kommilitonen, entriß ihm seine Zeichnung, zerriß und zerknäuelte sie. Völlig überrascht wollte der Kommilitone die Einzelteile seiner Arbeit auf dem Boden aufsammeln, als Dozent Werner total ausflippte: er stürzte sioh auf ihn und warf ihn zu Boden, um ihn so am Aufsammeln seiner Arbeit zu hindern.

Der Student konnte jedoch die Einzelteile ergreifen, eilte zur Tür und wollte gerade den Türgriff fassen, als ihn der Dozent erneut an den Oberarmen packte und gegen die Wand warf. Dabei wurde der Kommilitone am Rücken und an beiden Oberarmen so verletzt, daß er blutete. Die Verletzungen, teilweise 15 cm lange Kratzwunden (!!), rühren von Schlüsseln her, die der Prügeldozent bei seinen Angriffen in den Händen hielt.

Nach dieser „Behandlung" schloß Prügel-Werner das Zimmer ab und ließ den blutenden Studenten erst wieder aus dem Zimmer, als dieser ihn auf seine Verletzungen hinwies. Vorher versuchte Werner ihn aber noch einzuschüchtern, indem er so tat als würde er die Polizei anrufen, bzw. die Hochschulleitung verständigen. Nachdem diese riesengroße Sauerei auf der VV bekannt wurde, zogen etwa 200 Studenten/innen ins Hochhaus, um vom Rektor zu erfahren, was er gegen einen solchen Dozenten unternehmen werde. Dieser hatte sich jedoch vorsorglich in sein Zimmer eingesperrt und erst nach gehörigem Lärm erschien als Vorposten der Verwaltungsdirektor. Dieser im Streik profilierte Einpeitscher, wurde kurzerhand eine Dreiviertelstunde festgesetzt, bis der Rektor endlich sein Zimmer verließ und sich der Diskussion stellte. Hier mußte der Rektor zusichern, am nächsten Tag vor noch einem größeren Kreis von Studenten zu erscheinen, eine disziplinarrechtliche Untersuchung einzuleiten sowie einen neuen Dozenten für die Bewertung der Hausarbeit zu bestimmen.

Prügel-Werner raus aus der FH!

Auf der so entstandenen Veranstaltung am nächsten Tag entlarvte sich dann die Hochschulleitung und einige Dozenten vollends. So erklärte der stellvertretende Fachbereichsleiter von Maschinenbau, er hätte Mitleid mit dem Studenten. Dem Dozenten Werner wären halt „die Nerven durchgegangen" (Werner hat nämlich in einer schriftlichen Erklärung behauptete, der Student hätte ihn angegriffen) außerdem würde man dem Studenten nur schaden, wenn man das Ganze an die Öffentlichkeit zerre, da er Ausländer und seine Familie außerdem auch in der BRD sei.

Diese offenen Drohungen und der Abgang der Hochschulverwaltung, nachdem sie erkannt hatte, daß sie das Ganze nicht in gegenseitiger „vertrauensvoller Zusammenarbeit" lösen konnte, stieß auf breite Empörung der etwa 400-500 versammelten Studenten/innen, zumal noch bekannt wurde, daß Prügel-Werner sich vor geraumer Zeit schon einmal eine ähnliche Sauerei geleistet hatte. Bei einer Klausur bekam derselbe ausländische Kommilitone für eine Arbeit eine fünf, obwohl deutsche Studenten mit derselben Punktzahl noch eine drei hatten. Daraufhin angesprochen, hatte dieser Typ dem Studenten Betrug vorgeworfen und ihn dann gefragt, als dieser das Gegenteil beweisen konnte, ob er denn nach seinem Studium in seine Heimat zurückkehren wolle. Als dieser die Frage bejahte, gab er ihm eine vier.

Es gilt jetzt zu verhindern, daß dieser Typ weitere Vorlesungen halten kann. Gespannt darf man auf den Ausgang des Disziplinarverfahrens gegen Prügel-Werner sein.

PRÜGEL WERNER RAUS AUS DER FH

KB/Gruppe Darmstadt

Frankfurt: MSB/SHB-AStA organisiert Streikbruch

Nach dem befristeten 2-wöchigen Streik an der FH Frankfurt vom 16.5.77 bis 31.5.77 fand am 1.6.77 eine Vollversammlung statt. Auf dieser VV waren 1.ooo Studenten anwesend, und es sollte über eine Beendigung oder Weiterführung des Streiks diskutiert werden. Daran nahmen auch Vertreter der FHs Darmstadt, Fulda und Wiesbaden teil. Sie berichteten über die dort unbefristet laufenden Streiks. Die Studenten der FH Frankfurt solidarisierten sich mit den dort streikenden Studenten und beschlossen mit 2/3 Mehrheit, den Streik an der FH Frankfurt ebenfalls unbefristet weiterzuführen. Es sollte bis zum 8.6.77 aktiv weitergestreikt und eine erneute Urabstimmung durchgdführt werden. In dem (MSB-SHB) Asta-Info vom 2.6.77 (übrigens eines der sehr wenigen Flugblätter, das während des Streiks herauskam), wurde aufgerufen, gegen eine Fortführung des Streiks zu stimmen und jetzt die Aktionen für den Streik im Wintersemester zu planen und zu koordinieren. Unter dem Motto *"Nichts kurzfristig verschenken, langfristig denken"* brachte der MSB dann ein Flugblatt heraus, in dem er den Studenten mitteilt, daß *"es eine Illusion ist, anzunehmen"*, daß man *"durch einen unbefristeten Streik der hessischen FHs im SS 77 das HRG vom Tisch fegen kann"*, was sicherlich richtig ist, aber noch lange kein Argument dafür ist, jetzt den Streik abzubrechen und einen Streik im Wintersemester als "Alternative" anzubieten. Der MSB vertröstete die Studenten auf das WS 77/78, wo es einen machtvollen Streik geben soll an dem alle Unis und FHs beteiligt sind. Ähnlich trat auch der SHB auf. Er stimmte gegen die Weiterführung des Streikes und lehnte sogar die Solidarität mit den anderen in Hessen noch im Streik befindlichen Hochschulen ab.

Wie es der Asta mit der Solidarität hält, wenn sich die Studentenbewegung nicht nach MSB-SHB-Vorstellungen bewegt, beweist seine Weigerung, den Beschluß einer FB-VV durchzuführen. Danach sollte der Asta Busse zur Darmstädter Demonstration bereitstellen, was er verweigerte.

Stattdessen hetzte er sogar gegen den Darmstädter Streik, dieser sei perspektivlos, und - wie in Göttingen - isoliere sich der Asta durch den Abdruck des "Buback-Nachrufs".

Diesem letzten hessischen "GO"-Asta wünschen wir von Herzen das Schicksal seiner Marburger "Genossen" - Abwahl.

Neues vom Spitzelverband RCDS

Erst jetzt wurde bekannt, daß ein RCDS-Mitglied an der Kölner Uni gegen den ehemaligen Vorsitzenden des AStA ein Disziplinarverfahren bei der Bundeswehr beantragt hat.

Der ehemalige AStA-Vorsitzende, Mitglied einer als unabhängig auftretenden Wahlliste, ist ein zum Studium beurlaubter Soldat, der u.a. mit den Stimmen von MSB (DKP), SHB und teilweise der KHG (KBW) zum AStA-Vorsitzenden gewählt worden ist. Der RCDS-ler hatte das Disziplinarverfahren beantragt, weil sich der AStA-Vorsitzende von *„linksradikalen Verfassungsfeinden habe wählen lassen"* (aus einer Erklärung in der AStA-Zeitung).

KB/Köln



europa

England

Grundwicks-Streik für gewerkschaftliche Organisierung

London. Seit August 1976 streiken Kollegen der Fotoversandfirma Grunwicks in Nordlondon für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung.

Bei dieser Firma sind ca. 250 überwiegend asiatische Einwanderer beschäftigt. Ein hoher Anteil besteht aus Frauen, die zu einem Hungerlohn von ca. 100 DM wöchentlich im Fotolabor schufteten. Als sich die Kolleg(inn)en gewerkschaftlich organisieren und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft APEX forderten, wurden alle entlassen, bzw. nur die weiterbe-

Informationsveranstaltungen im ganzen Land, konnte das Streikkomitee für den 13. Juni zu einem Massenpicket (Streikposten) aufrufen, unterstützt vom APEX–Gewerkschaftstag und allen Londoner Gewerkschaftskartellen. Seither haben immer mehr gewerkschaftliche Gremien fast aller namhaften Einzelgewerkschaften ihre Mitglieder aufgerufen, die Streikposten durch massive Anwesenheit zu unterstützen. U.a. haben die Bergarbeiter aus Süd–Wales und Yorkshire schon mehrere hun-

gen des zuständigen Postamtes den Boykott der auf Postversand angewiesenen Firma wieder aufgenommen haben.

– Am 23.6. stimmte die rechte APEX–Führung gegen den Willen des Streikkomitees einem Abkommen mit Scotland Yard zu, die Zahl der Streikposten jeden Morgen auf 500 zu beschränken und mit Armbinden zu versehen, was sich aber bisher noch nicht durchsetzen ließ.

– Am 29.6. drohte die Post ultimativ mit Entlassung der Belegschaft



Streikposten vor Grunwicks



Streikposten vor Grunwicks

schäftigt, die sich von der Gewerkschaft distanzierten.

Viele ließen sich einschüchtern, aber etwa 90 Kollegen traten in Streik und wurden angesichts der hohen Arbeitslosigkeit schnell ersetzt. Die Gewerkschaftsführung erkannte den Streik zwar an, orientierte jedoch auf Verhandlungen und Gerichte. Anfang November gelang es jedoch dem Streikkomitee, die Postkollegen für einen Boykott der Versandfirma zu gewinnen. Als jedoch die reaktionäre „Nationale Freiheitsgesellschaft" (NAFF) mit gerichtlichen Schritten gegen die Postler drohte, blies Tom Jackson, Führer der Postgewerkschaft, den Boykott ab.

Nach monatelanger Kleinarbeit,

dert Delegierte geschickt.

Die Polizei reagierte zunächst äusserst brutal und nahm in den ersten drei Wochen seit Beginn der Massenpickets über 300 Menschen fest, darunter auch eine Labourabgeordnete sowie die Bergarbeiterführer Scargill und Williams. Statt Einschüchterung erreichte sie damit jedoch eine zunehmende Mobilisierung, so daß bis zu 3000 Menschen morgens um 7 Uhr als „Streikposten" am Tor erschienen.

Labourführung hat Probleme

Labourregierung und rechte Gewerkschaftsführung versuchen ihr Bestes, den Streik wieder unter Kontrolle zu bekommen, nachdem die Kolle-

des am Boykott beteiligten Postamtes, falls sie binnen 24 Stunden die Arbeit nicht wieder aufnähme. Obwohl Tom Jackson die Kollegen vor den Folgen ‚warnte', solidarisierten sich sofort alle Londoner Postler und versprachen, den Streik auf ganz London auszudehnen!

– Am 30.6. zog die Post ihr Ultimatum zurück, nachdem die Labourregierung einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzte, verbunden mit der Empfehlung an die Postler, zur ‚Abkühlung' die Arbeit wieder aufzunehmen....

Bourgoisie testet NAFF

Bei dieser Auseinandersetzung trat die faschistische NAFF das erste Mal



Polizeibrutalität gegen Streikposten vor Grunwicks

massiv auf allen Ebenen auf. Ihr Direktor, Gouriet, besuchte mit dem Toryabgeordneten Gorst fast täglich das Werk unter Polizeischutz. ‚Sicherheitschef' bei Grunwicks wurde vor einem halben Jahr der vorherige lokale Polizeichef. Wir haben seit der Ent-

an den Druckerkollegen. Sie nahmen die Arbeit erst wieder auf, als sie eine Gegendarstellung bringen durften.

Einige Tage später verhinderten die Drucker und Setzer der Londoner Bildzeitung „Sun" einen Leitartikel

Polizeibrutalität gegen Streikposten vor Grunwicks

massiv auf allen Ebenen auf. Ihr Direktor, Gouriet, besuchte mit dem Toryabgeordneten Gorst fast täglich das Werk unter Polizeischutz. ‚Sicherheitschef' bei Grunwicks wurde vor einem halben Jahr der vorherige lokale Polizeichef. Wir haben seit der Ent-

stehung der NAFF im Dezember 1975 berichtet, wie die Bourgeosie hier versucht, eine schlagkräftige Klassenkampforganisation zu schaffen, mit Verbindungen bis zu Thatcher und ihrem Schattenkabinett *AK 72 und AK 101). In diesem Streik probt die NAFF einstweilen ganz erfolgreich die Organisierung des Streikbruches, die juristische und finanzielle Unterstützung des Kapitalisten und die Ausrichtung der Presse. Noch im letzten Herbst brachte der „Daily Mirror" eine zweiseitige Reportage zur Unterstützung des Grunswickstreiks, heute hetzt er eifrig gegen sie. Am 26.6. scheiterte allerdings eine Hetzanzeige der NAFF im „Observer"

an den Druckerkollegen. Sie nahmen die Arbeit erst wieder auf, als sie eine Gegendarstellung bringen durften.

Einige Tage später verhinderten die Drucker und Setzer der Londoner Bildzeitung „Sun" einen Leitartikel mit dem an die Gewerkschaftsführung appellierenden Titel: „Zieht den Pöbel ab". Die Zeitung mußte ohne Leitartikel erscheinen (nach „Neue Züricher Zeitung", 3./4.7.77).

Zur Bedeutung der Auseinandersetzung bei Grundwicks schreiben die Genossen der Socialists Workers Party: *„Die ‚feine' extreme Rechte ist zum ersten Mal nach dem Krieg geeint und organisiert. Die NAFF ist eine reale Bedrohung der Macht der Gewerkschaften.....Die andere Seite – die Unternehmer – sieht die wirkliche Bedeutung von Grunwicks. Höchste Zeit, daß wir aufwachen.."* („Socialist Worker", 2.7.77).

Englandkommission

Vergewaltigung – Kavaliersdelikt unter Gardeoffizieren?

London. Nach einer äußerst brutalen Vergewaltigung eines 17jährigen Mädchens war Tom Holdsworthy, seit 2 1/2 Jahren Soldat bei den ‚renomierten' Coldstream Guards und in Nordirland eingesetzt, zu drei Jahren Haft verurteilt worden.

Das Berufungsgericht mit den Lordrichtern Wien, Roskill und Slynn setzte nun diese ohnehin schon äußerst milde Strafe auf sechs Monate mit Bewährung herab – allerdings nicht etwa, weil noch so harte Gefängnisstrafen nicht die gesellschaftlichen Ursachen für Vergewaltigungen beseitigen. *„Der einzige Grund für unsere Entscheidung.."* erläuterte der Vorsitzende Wien, selbst früher Gardeoffizier, das Urteil, *„ist, daß wir Ihre Armeekarriere nicht ruinieren wollen"* („Economist", 26.6.77). Das Gericht empfahl, H. solle sich bei seiner Einheit in Nordirland (!) ‚bewähren'!

Angesichts einer gebrochenen Rippe, Nierenverletzungen, eingerissenen Ohrläppchen, Bissen in die Brüste, Verletzungen in der Vagina (die mit den Verletzungen bei einer Geburt verglichen wurden!) sowie Prellungen am ganzen Körper, die einen Krankenhausaufenthalt von zwei Monaten erforderlich machten, heißt es in der Urteilsbegründung: *„In der fraglichen Nacht ließ H. zu, daß seine sexuelle Begeisterung sein normalerweise gutes Benehmen überwältigte.....Dieser junge Mann hat ein glänzendes Dienstzeugnis über 2 1/2 Jahre in der Garde. Für das Gericht besteht das Problem, ob wir das Urteil aufrechterhalten sollen, wodurch seine Karriere auf ewig zerstört würde. Es könnte dann sehr wohl sein, daß dadurch aus einem – abgesehen von diesem Fall – rechtschaffenen Bürger während der Haft ein Mann mit kri-*

Fortsetzung auf Seite 37



Richter Wien, aus Womens Voice 7/77.

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents, Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 23.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Fortsetzung von Seite 36

minellem Instinkt würde." Während der Verhandlung hat Richter Roskill ernsthaft geäußert, daß sich das Mädchen *„vielleicht nicht so schwer verletzt hätte, wenn es der bloßen Gewaltandrohung nachgegeben hätte"* („Guardian", 25.6.77).

Die Frauen in London haben dieses Schandurteil zum Anlaß genommen, den Kampf gegen Vergewaltigung zu verstärken. An vielen zentralen Punkten kann man auf Gebäuden und Denkmälern die Parole *„Frauen vereinigt euch gegen Vergewaltigung"* lesen (siehe Bild).

Eine Woche darauf besuchten etwa 20 Frauen eine Gerichtsverhandlung, an der auch Frauenfeind Roskill mitwirken sollte. Bei Erscheinen der Richter entrollten sie ein grün-rotes Banner „Frauen gegen Vergewaltigung" und riefen „Roskill – verschwinde". Als ein verschreckter Gerichtsdiener nach dem Telefon griff, riefen ihm die Frauen zu: „Wenn Du vergewaltigt wirst, kannst Du nicht nach Hilfe telefonieren!" Die Richter verließen fluchtartig den Saal.

Vor dem Gerichtsgebäude sammelten mehrere Frauenorganisationen Unterschriften für eine Petition. Darin fordern sie

– Entlassung der drei Richter
– Nichtzulassung bei Vergewaltigungsprozessen für Richter, die gegen Frauen eingenommen sind
– automatische Entschädigung für Opfer von Vergewaltigungen
– gesetzliche Anerkennung des Tatbestandes Vergewaltigung in der Ehe („Guardian" 29.6.77).

Englandkommission



Frauen vereinigt Euch gegen Vergewaltigung, aus Womens Voice 7/77

Lehrerstreik in Oxford

Am 28.6. begann mit Unterstützung der englischen Lehrergewerkschaft NUT der umfangreichste Lehrerstreik seit 1970.

In und um Oxford mußten 30 Schulen völlig, weitere sechs Schulen teilweise dichtgemacht werden. Damit wehren sich die Kollegen gegen die Sparpläne der Bezirksverwaltung, die ab September 344 Stellen streichen will. Auf das Angebot der Behörde, die Kollegen noch bis Ende März weiterzubeschäftigen, ist die Gewerkschaft bisher nicht eingegangen, da die dann arbeitslos werdenden Kollegen für den Rest des Schuljahres arbeitslos wären.

Wegen der zum Schuljahresende anstehenden Prüfungen soll der Streik nur bis zum 7. Juli andauern. Notfalls sind aber weitere Aktionen im September geplant (nach „Guardian", 29.6.77).

Englandkommission

Skandinavien

Schwedisches Einwanderungsgesetz unterstützt faschistischen Iran

In Schweden sind die Einwanderungsbestimmungen für ausländische Studenten verschärft worden. So müssen sie jetzt nachweisen können, daß sie über monatlich 1.500 skr. Unterstützung verfügen (bisher 1.000 skr.).

Die Anwendung dieser neuen Maßnahme wurde bisher nur bei iranischen Studenten bekannt. Etwa 80 iranische Studenten erhielten kürzlich eine Aufforderung der Polizei, nachzuweisen, daß sie statt bisher über 1.000 skr. nun über 1.500 skr. im Monat verfügen. Andernfalls hätten die innerhalb von 10 Tagen Schweden zu verlassen. Außerdem müssen die iranischen Studenten noch nachweisen, daß die Ausfuhr

im Monat verfügen. Andernfalls hätten die innerhalb von 10 Tagen Schweden zu verlassen. Außerdem müssen die iranischen Studenten noch nachweisen, daß die Ausfuhr

dieses Geldes nach Schweden von der iranischen Bank genehmigt wird. Betroffen von dieser Maßnahme sind einzig und allein die nicht angepaßten, oppositionellen iranischen Studenten, da sie weder aus einer der herrschenden reichen Familien stammen, noch staatliche Stipendien erhalten. Es ist also eine schwedische Unterstützung des Faschistenregimes zur Unterdrückung des Widerstandes der iranischen Exilstudenten. Diese Maßnahme kann auch nicht weiter verwundern, wenn man weiß, daß große schwedische Unternehmen Milliardenbeträge im Iran investieren (z.B. Alfa Laval und Volvo) und deshalb Interesse an stabilen Verhältnissen im Iran haben.

daß große schwedische Unternehmen Milliardenbeträge im Iran investieren (z.B. Alfa Laval und Volvo) und deshalb Interesse an stabilen Verhältnissen im Iran haben.

Die CISNU in Schweden hat deshalb einen Aufruf an die Einwanderungsbehörde verfaßt, der von Förbundet Kommunist, KAF (Trotzkisten) und der revisionistischen VPK unterstützt wird. Er enthält folgende Forderungen:

– Aufhebung des neuen Beschlusses gegen iranische Studenten;
– die Studenten dürfen ihr Studium in Schweden fortsetzen;
– Schluß mit der Zusammenarbeit zwischen schwedischen Behörden und dem iranischen Faschistenregime.

(nach: Internationalen 20/1977 und Arbetarkamp 11-12 1977)

Skandinavien Kommission

gime.
(nach: Internationalen 20/1977 und Arbetarkamp 11-12 1977)

Skandinavien Kommission

Faschisten archivieren Linke für den dänischen Geheimdienst

Die dänische Zeitung „Extra Bladet" enthüllte, daß der Redakteur des Faschistenblattes „Minut", Hans Hetler, in einem Geheimarchiv Namen von 60.000 Linken gesammelt hat, und daß über dieses Archiv u.a. auch der militärische Geheimdienst Dänemarks seine Informationen bezieht.



Faschisten versuchen offenbar mit Hilfe ihrer faschistischen Freunde das Verbot für Polizei und Militär, Menschen aufgrund ihrer politischen Überzeugung zu registrieren, zu umgehen.

Das Verbot wurde 1970 erlassen, als bekannt wurde, daß die dänische Polizei umfangreiche Maßnahmen getroffen hatte, um Telefone von Linken abzuhören und die Polizei begonnen hatte, ein Archiv über „staatsgefährdende Personen" anzulegen. Schon Mitte der 60er Jahre wurde von der faschistischen „Demokratischen Alliance" ein politisches Archiv über die „Roten" aufgebaut. In den Jahren 1968 – 1969 denunzierte, das Faschistenblatt „Minut" fortschrittliche Menschen, die in den Vietnam-Gruppen aktiv waren, systematisch wurden deren Namen veröffentlicht und, wie sich später zeigen sollte, in dem besagten Archiv festgehalten.

In einem Interview mit der Zeitung „Extra Bladet" erklärte Hans Hetler über sein umfangreiches Archiv: *„Als wir damals in Verbindung mit der 'Demokratischen Alliance' damit begannen* (mit der Registrierung, Anm. AK Red.), *ging es u.a. darum, selber eine Kontrolle über die Aktivitäten der Roten zu haben. Heute haben auch die Behörden einen Nutzen davon."* (zit. nach Klassekampen 79/77). Obwohl der Minut-Redakteur Hans Hetler im „Extra Bladet" vom 7. Juni noch einmal bekräftigte, daß sein Archiv vom militärischen Geheimdienst regelmäßig benutzt wurde, leugneten dies die dänischen Justizbehörden. Sie ließen sich allerdings zu einem bezeichnenden Kommentar herab, in dem eingeschränkt gesagt wurde, falls wider aller Kenntnis das Archiv benutzt wurde, so nur von niederen Chargen des Geheimdienstes.

WEG MIT DER GESINNUNGS-SCHNÜFFELEI!,
FÜR DIE VOLLSTÄNDIGE VERNICHTUNG DES FASCHISTEN-ARCHIVS!

Skandinavien Kommission

Kurzmeldungen aus Skandinavien

Mit der Fertigstellung des neuen Polizeihochhauses in Oslo, soll auch ein neues umfangreiches Informationssystem der Polizei, das auf dem System der Datenverarbeitung beruht, in Betrieb genommen werden. Anfangs soll dieses System nur eine Hilfe sein, um die 'Ressourcen so gut wie möglich ausnutzen zu können', so daß die Polizei in die Lage versetzt wird, zu jeder Zeit ihre Kräfte optimal dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden. In einer späteren Phase soll das Datensystem so erweitert werden, daß alle Polizeiregister - auch das aller Strafsachen - in dieses System eingebaut werden. Dieses dürften die ersten Schritte für eine systematische Personenüberwachung in Norwegen sein.

Schweden: Mitglied in der IDB

Am 1. Juni beschloß der schwedische Reichstag der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) beizutreten. Wie wir in AK 101 schon berichteten, ist die IDB vom US-Imperialismus dominiert und in erster Linie ein Instrument, um die faschistischen Regimes in Lateinamerika aufrecht zu-

Wie wir in AK 101 schon berichteten, ist die IDB vom US-Imperialismus dominiert und in erster Linie ein Instrument, um die faschistischen Regimes in Lateinamerika aufrecht zu-

erhalten. Zur gleichen Zeit des Reichstagsbeschlusses demonstrierten in Stockholm 800 Menschen gegen den IDB-Beitritt; eine magere Demonstration, wenn man bedenkt, daß die Jugendverbände von Centern, der Volkspartei und der Sozialdemokraten und sämtliche linke Organisationen gegen diesen Beitritt opponierten.

Norwegen: „Aufrührerischer" Briefkopf

Die Bezirksorganisation der vaterländischen AKP/ml in Askim ersuchte vor kurzem bei der Polizei eine Genehmigung für einen Stand. Dabei fiel der unten abgebildete Briefkopf den norwegischen Bullen unangenehm auf. In einem Schreiben der Polizeibehörde heißt es u. a.: *„Ich will nicht zu bemerken unterlassen, daß das Emblem, mit dem die Abteilung in Askim ihren Briefkopf schmückt, Symbole trägt, die dazu geeignet sind, den Eindruck zu erwecken, daß die Vereinigung den Zweck hat, mittels Machtwechsels oder anderer ungesetzlicher Mittel die Gesellschaftsordnung zu zerstören....."* (Klassekampen Nr. 89/77). Die letzte Passage des Zitats ist dem § 104 der norwegischen Strafgesetzordnung entnommen.

Skandinavien Kommission

Aus dem Kampf

Aus dem Kampf der Kinder die Lehren gezogen

In AK 104 berichteten wir unter der Überschrift „Wehrhafte Demokratie Marke Schweden" über den Kampf der Kinder von Alidhem um ihren Wald. Wir berichteten auch über den brutalen Einsatz der Polizei bei der Räumung des Waldes und über Ansätze der Weiterarbeit in Alidhem trotz der verlorenen Schlacht.

Heute können wir berichten, daß diese Ansätze, die ursprünglich von den Kindern ausgingen, entschieden weiterentwickelt sind und daß alle Einwohner von Alidhem, egal welchen Alters, aus den Erfahrungen ihres Kampfes gelernt haben.

Die Bewohner von Alidhem haben sich eigene demokratische Strukturen geschaffen. So ist das ehemalige Organisationskomitee, das die Waldbesetzung leitete, in ein ständiges Forum umgewandelt worden. Jede Straße von Alidhem schickt einen Repräsentanten in dieses Forum. Die Abgesandten werden auf Straßen- oder Nachbarschaftstreffen gewählt. Von dem Forum dieser Repräsentanten sind verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Aufgaben gebildet worden. So beschäftigt sich z.B. eine Gruppe mit der Verteidigung der bei der Waldbesetzung Verhafteten, eine andere gibt Anregungen für sinnvolle Freizeit und unterstützt die Organisation der einzelnen Straßentreffs, eine weitere beschäftigt sich speziell mit der Situation der Kinder, eine andere Gruppe sammelt Material über den Kampf, um ein Buch darüber zu veröffentlichen. Weiterhin gibt es eine Gruppe, die sich mit den Plänen der Kommunalpolitiker beschäftigt und eine andere, die eine Zeitung erstellt. Zum Vertrieb dieser Zeitung stellt jede Straße einen Verkäufer. Es ist geplant, diese Zeitung auch außerhalb von Alidhem in den Einkaufszentren von Umea zu verkaufen.

So haben die Kinder zwar eine Schlacht verloren, aber es ist ihnen gelungen, Alidhem und seine Bewohner so zu verändern, daß sie einen entscheidenden Schritt darin vorangekommen sind, ihre Interessen selbst zu vertreten.

Adresse der Zeitung von Alidhem:
Alidhemstidningen, Box 2098,
90002 Umea, Schweden
(nach Arbetarkamp Nr. 11-12 1977)

Skandinavien Kommission

Massenschlägerei – Resultat der Ausländerhetze

Schweden. Vor kurzem kam es in der schwedischen Stadt Södertälje zu einer Massenschlägerei. Über 200 Jugendliche überfielen ein Treffen von 30 Arabern. Die Jugendlichen, in erster Linie Rocker, gingen dabei mit Schlagwaffen äußerst brutal vor. 14 Personen wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Schuld an dieser Auseinandersetzung hat wohl die seit Jahren von der bürgerlichen Presse betriebene Hetze gegen die ausländischen Kollegen in Schweden. Die Nazipartei „Nordiska Rikspartiet" (Nordische Reichspartei) in Södertälje tat das ihrige, um die Sache auf die Spitze zu treiben. Schon seit langem führt sie eine rassistische Hetze gegen die 3.000 Araber der kleinen schwedischen Stadt. Ihre Propaganda greift die relativ hohe Arbeitslosigkeit in Södertälje auf und gibt daran in erster Linie den ausländischen Kollegen die Schuld, „da sie den schwedischen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen."

Die Kommunalbehörden reagierten auf die Auseinandersetzung mit einer Verstärkung der Polizeitruppe und einem Aufruf an die arabischen Kollegen an Sonnabenden, sich im Hause aufzuhalten. Polizeistunde für ausländische Kollegen in Södertälje?

Skandinavien Kommission

Niederlande

»Gesegnetes Land« oder drohender Polizeistaat?

Niederlande: Eine Reihe von Anzeichen deuten darauf hin, daß der niederländische Staatsapparat die Geiselnahme durch südmolukkische Militante (siehe AK 105 und 106) zum Anlaß nehmen will, sich mit den Südmolukkern eine niederländische Variante der Baader-Meinhof-Hetze aufzubauen, um so von den, nach den Wahlen wieder voll ins Licht kommenden inneren Problemen wegzuorientieren und die Herausbildung revolutionärer Strömungen von vorneherein zu kriminalisieren. Eine wesentliche, wenn nicht sogar ausschlaggebende Rolle spielt hier der vom BRD-Imperialismus auf alle EG-Länder ausgeübte Druck zur Zusammenarbeit bei der „Bekämpfung des internationalen Terrorismus".

Die Jagd auf dunkle Haut ist eröffnet

Während der Geiselnahme und bis heute noch kommt es zu Übergriffen und Repressalien, sobald sich nur mehr als zwei „Molukker" auf einmal zeigen:

– Einige Männer, darunter auch „Schwarzhaarige" (!), die an einem Bahndamm entlanggehen, werden als „bewaffnete Molukker" gemeldet. Der „Terroristentrupp" entpuppte sich als Gruppe von Feldarbeitern, die zum Spargelstecken unterwegs waren, die „Waffen" als Spaten.

– Sechs indonesische („schwarzhaarige, dunkelhäutige") Matrosen, die auf dem Bahnsteig auf ihren Zug warten, werden ohne weiteres festgenommen. Ein Zugführer, dem die „Dunkelhäutigen" gemeldet worden waren, hält seinen Zug auf freier Strecke an und blockiert so für längere Zeit den gesamten folgenden Verkehr („Volkskrant" - „VK' -, 24.5.). In der zweiten und dritten Woche der Geiselnahme liegt (mindestens) viermal der Zugverkehr weitläufig still, weil „Molukker" in der Nähe des Bahndamms „gesehen" worden sind („VK", 24.5.).

– Die molukkischen Bewohner von Bovensmilde erhalten nächtliche Drohanrufe, Frauen und Kinder werden auf der Straße angepöbelt („VK" 26.5.). Der molukkische Teil von Bovensmilde wird von Polizei abgeriegelt; die Bewohner können ihre Häuser nur noch betreten, wenn sie einen eigens dafür angefertigten Ausweis vorzeigen. Frauen wie Männer werden bei jedem Passieren „nach Waffen" abgetastet („VK", 27.5.). Der „verstärkte Polizeieinsatz" wird auch „verstärkte Polizeieinsatz" wird auch nach der Geisel„befreiung" aufrecht erhalten („VK", 13.6.).

– Zwei Wochen nach Beginn der Geiselnahme treffen immer noch Anrufe bei der Bahngesellschaft wegen „sich verdächtig benehmender Südmolukker" ein, wobei es sich zumeist nicht um Molukker, sondern um irgendwelche Menschen mit dunkler Hautfarbe handelt („VK", 3.6.), wovon rund eine halbe Million (!) in den Niederlanden lebt.

– Eine Gruppe von Surinamern (ehemalige niederländische Kolonie), darunter alte Frauen und Männer und ein achtjähriges Kind werden von Polizei zum Verlassen ihres Wagens gezwungen. Mit erhobenen Händen und gespreizten Beinen müssen sie sich an ihren Wagen lehnen und werden „nach Waffen" abgetastet. Obwohl dies Filzen gänzlich ergebnislos geblieben ist, werden sie ohne jede Begründung auf der Wache festgesetzt. Ein Polizeioffizier: „*Es ist logisch, daß Menschen mit dunkler Hautfarbe in diesem Moment etwas verdächtig sind*" („VK", 3.6.).

– Es kommt an verschiedenen Orten zu Schlägereien zwischen Niederländern und Südmolukkern.

– In Krimpen an de IJssel beschwert sich ein Bibliothekar über das Auftreten südmolukkischer Jugendlicher bei der Polizei. Schon eine Viertelstunde (!) später sind ein Wasserwerfer und scharfe Hunde zur Stelle. Mit Karabinern bewaffnete Polizei und eine „Mobile Einheit" sperren das gesamte Molukkerviertel in Krimpen ab. Molukkische Jugendliche setzen sich mit Barrikadenbau zur Wehr. Der Einwohnerrat des Krimpener Molukkerquartiers führt Beschwerde gegen das provokative Auftreten der Polizei zeimacht, von dem er die Beförderung der Aggressionen der niederländischen Nachbarn befürchtet („VK", 17. u. 18.6.).

– Nachdem molukkische Jugendliche etliche Scheiben etc. eingeworfen hatten, wird von der Polizei - unterstützt von Einheiten mehrerer umliegender Städte - das gesamte Molukkerviertel in Culembourg abgeriegelt („VK", 20.6.). Die westdeutsche „Welt" vom 20.6. machte die Glasscherben zu „*einer Schießerei zwischen Polizei und 30 randalierenden jungen Molukkern*".

– Aufgrund von „*Informationen aus nicht bekanntgegebener Quelle*" über erwartete Unruhen aus molukkischen Kreisen werden umfangreiche Strassen sperren und - kontrollen durchgeführt. Zahlreiche Wagen werden nach Waffen durchsucht. Die Zufahrtswege des auch von Molukkern bewohnten Winterwijk werden von, mit Karabinern bewaffneten Einheiten u.a. der Militärpolizei abgeriegelt („VK", 1.7.).

Diese fortwährende Präsentation staatlicher Gewalt hat im Wesentlichen die Funktion, die „weißen" Niederländer drastisch glauben zu machen, daß die Südmolukker angeblich zu jedem „Terror" bereit seien und die „Allgemeinheit" davor geschützt werden müsse.

Zweifellos birgt dieses Vorgehen der niederländischen Regierung die Gefahr größerer Zusammenstöße zwischen der „Weißen" und der „farbigen" Bevölkerung in den Niederlanden in sich (in den Niederlanden leben - größtenteils Folge der kolonialen Vergangenheit - über 200.000 Indonesier, 150.000 Surinamer, 40.000 Molukker, 10.000 Chinesen und 160.000 „Gastarbeiter" aus den Mittelmeerländern). - Genüßlich wird in der westdeutschen Presse von „Bild" bis „Spiegel" zitiert (oder erfunden), was verhetzte Niederländer von sich geben: Die „*Bovensmilder Mutter*", die „*das Messer rausholen*" wollte, geisterte „Bovensmilder Mutter", die „das Messer rausholen" wollte, geisterte tagelang durch die Spalten. Laut „Spiegel" (20.6.), will der Computerraum-Chef der Almeroer Urananreicherungsanlage „*die Schwarzen am liebsten alle niederknallen*". Verschwiegen wird von der westdeutschen Presse allerdings, daß diese Äußerungen für die Stimmung in der niederländischen Bevölkerung nicht repräsentativ sind.

Trotzdem steht vor der niederländischen Linken die überaus schwierige Aufgabe, die von der Regierung mit der Molukker-Hetze betriebene planmäßige Wegorientierung von den inneren Schwierigkeiten, politisch zurückzukämpfen.

„Gesegnet das Land . . ."

Wie auch nicht viel anders zu erwarten, wurde in der Kammer-Debatte über die Beendigung der Geiselnahme, die zwei Geiseln und sechs Molukkern das Leben gekostet hat, das kriegsmäßige Vorgehen der Regierung fast einmütig gutgeheißen.

Den Preis für die schmierigste Stellungnahme erwarb sich unangefochten der Sprecher des christreaktionären Parteien-Zusammenschlusses CDA, M.W.Schakel: „*Gesegnet das Land, wo diejenigen, die an den Hebeln der Macht sitzen und in einem bestimmten Moment diese Hebel in grimmiger Weise in Bewegung setzen, dies dann mit der unterwürfigen und demütigen Haltung tun, womit es unsere Regierung getan hat. Gesegnet das Land!*"

Allein die PPR (Radikaldemokraten) und die PSP (Pazifisten-Sozialisten), kritisierten das Vorgehen der Regierung grundsätzlich, einzelne Kammermitglieder bezweifelten die „Unvermeidlichkeit" des blutigen Einsatzes.

Da bereits vor der Kammerdebatte aus Regierungskreisen verlautete, daß es den Marinern freigestellt war, die Geiselnehmer zu töten, da wurde die Regierung so offensichtlich nicht zu genauerer Auskunft bereit war, hat die größte linksliberale Wochenzeitung der Niederlande „Vrij Nederland" (Auflage 120.000) eine „vorläufige Rekonstruktion der Geschehnisse" nach Angaben von „direkt Ausführenden des Angriffs auf den Zug" zusammengestellt. Diese Rekonstruktion wurde vor dem Abdruck dem Justizminister Van Agt vorgelegt - der ließ über einen Sprecher mitteilen, daß er die Darstellung weder bejahen noch verneinen wolle!! (Nach „Vrij Nederland" - „VN"- Nr. 26., 2.7.)

Erschießungen geplant

Nach der Rekonstruktion war der Plan flogender:

1. Durch eine unter dem Zug angebrachten Abhöranlage war bekannt, daß die meisten Molukker nachts in der Zugspitze schliefen.

2. Die eingesetzten Scharfschützen verschossen 1200 Panzerpatronen auf die Zugspitze, die mit einer von unten nach oben aufsteigenden Zick-Zack-Linie durchsiebt wurde, damit niemand davonkommt!



Bullenterror im Molukkerviertel

3. Die einzige Frau unter den Molukkern wurde, nachdem sie schon einen Schuß im Oberschenkel hatte, von einem hereinstürmenden Mariner „von unten nach oben" beschossen. Ungeklärt ist noch, ob sie auch von hinten erschossen wurde.

Ein Angehöriger, der die Tote durch das Fenster des versiegelten (!) Sarges sah, erklärte: „**Ihr Kopf schien vom Rumpf getrennt. Man sah keine Beine mehr. Wenn man sonst einen Toten liegen sieht, sind die Beine deutlich sichtbar. Der Stoff war da flach . . .**".

4. Van Agt versuchte seine Behauptung, die Tötung der Geiselnehmer sei nicht beabsichtigt gewesen, damit zu belegen, daß ja drei (von neun !) Molukkern im Zug und alle vier in der Schule überlebt hätten. Die drei Molukker aus dem Zug haben ihr Überleben allerdings nur dem Umstand zu danken, daß sie sich direkt zwischen den Geiseln aufhielten.

Nach der Geisel„befreiung" hatte die Regierung für die ausführenden Mariner überdies noch verordnet: 24 Stunden Aufenthalt in der Kaserne und eine „psychiatrische Nachbehandlung" („VN", 2.7.).

„In den Niederlanden droht ein Polizeistaat . . ."

Ein großer Unterschied zur herrschenden Situation in der BRD bei ähnlich gelagerten Fällen ist die Berichterstattung der niederländischen (bürgerlichen) Presse. Mit Ausnahme einiger rechter Hetzblätter gab es keine „Terroristenhetze". So brachte z.B. die mit dem Kabinett Den Uyl „kritisch sympatisierende" große Tageszeitung „Volkskrant' über Wochen hinweg Berichte zur Geschichte der Molukker, Interviews mit deren Sprecher etc.

Grundsätzliche Kritik an der Geisel„befreiung" wurde jedoch erstmals im unabhängigen linken „Groene Amsterdammer" (18.6.) geübt, der vor der Einkehr „*deutscher Zustände*" warnte.

Diese Warnung wird mit großer Konsequenz in „Vrij Nederland" vom 25.6. weiterentwickelt. In einem umfangreichen Artikel von Rudie van Meurs unter der Überschrift: „*In den Niederlanden droht ein Polizeistaat - Die Bekämpfung des Terrorismus nach dem Modell Deutschland*" ", warnt er vor einer Entwicklung, der Übernahme von „Terroristen"-Hetze in internationalem Maßstab.

Daß die hier geäußerten Warnungen nicht zu weit greifen, zeigen die Ereignisse vor, während und nach der Geisel„befreiung", und das zeigen auch die Gesetzesvorhaben, die teils bereits vorliegend und jetzt beschleunigt, teils auch ganz neu durchgesetzt werden sollen:

- Verbot des molukkischen Ordnerdienstes, der nachweislich mit keiner Geiselnahme etwas zu tun hatte, (sondern mit der niederländischen Polizei sogar in gewissem Rahmen zusammenarbeitet).

– Veränderungen des Waffengesetzes, nachdem die Polizei dann keinen Hausdurchsuchungsbefehl mehr braucht, wenn sie irgendwo Waffen vermutet, „*und das Vermuten kann wieder einen Scheingrund bilden für allerhand Operationen.*" Was jetzt schon Praxis ist, das willkürliche Anhalten und Durchsuchen von Personen und Fahrzeugen wegen „Verdachts auf Waffenbesitz" wird dann gesetzlich abgesichert sein.

– Gearbeitet wird weiter an einer Art „Vorbeugehaft", d.h. daß eine Festnahme bereits beim Verdacht auf eine zukünftig begangene „Ordnungsstörung" vorgenommen werden kann (diese schon ältere Gesetzesvorlage wurde bei ihrem Bekanntwerden vor einigen Jahren nach einem Proteststurm aus der Bevölkerung wieder zurückgezogem) („VN",26.5.).

„Das kleine Entebbe"

Die niederländische Regierung, ansonsten vom BRD-Imperialismus wegen ihrer Liberalität heftig gescholten und mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen bedroht, hat sich mit ihrem jetzigen Vorgehen das ungeteilte Lob selbst der Springer-Journale erkauft.

„Welt"-Kriegsberichterstatter Rolf Tophoven bejubelt das Blutbad als „kleines Entebbe": „*Das Vorgehen der niederländischen Krisenmanager hat wieder gezeigt, daß Terrorismus eben kein unabwendbares Schicksal ist . . . Zugleich offenbarte der Handstreich der niederländischen Spezialverbände, wie intensiv heute weltweit die Lehren der Bekämpfung des Terrorismus aus dem Beispiel Israel gezogen werden. Der Sturm der niederländischen Spezialverbände . . . kopierte erfolgreich den Stil der Befreiungskommandos, die Israels Armee bereits seit Jahren gegen palästinensische Terroristen durchführt Das 'kleine Entebbe' von Assen und Bovensmilde sollte den Zugriffkräften in anderen europäischen Ländern Mut machen.*"(„Welt",13.6.).

Es ist offensichtlich: Die niederländische Regierung ist in der Reihe der „erfolgreichen Terroristenbekämpfer" aufgenommen . . . .

Niederlande-Kommission

Belgien

Tindemans am Ziel?



Tindemans (links) und sein wallonischer Mitstreiter und „Verteidigungsminister" Vanden Boeynants, dem gute Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen nachgesagt werden

Am 1.Juni stellte der Wahlsieger und alte und neue Ministerpräsident Tindemans seine Regierung vor, gebildet auf der Grundlage einer Koalition von CVP (flämische Konservative), PSC (derem wallonischem Gegenstück), BSP/PSB ("Sozialisten") und den beiden "Sprachenparteien" VU (flämisch) und FDF (Brüsseler Frankophone). Das Kalkül der Bourgeoisie, das dieser Konstellation zugrundeliegt, besteht zum einem in dem Versuch, über die Sozialdemokratie den Widerstand der Arbeiter gegen die gegenwärtige Krisenpolitik in den Griff zu bekommen, zum anderen in der Entschärfung des "Sprachenstreits" durch ein von den "Sprachenparteien" mitgetragenes "Regionalisierungsabkommen".

Die neue Regierung Tindemans will eine föderalistische Struktur Belgiens entlang der "Sprachengemeinschaften" (Wallonie und Flandern) mit einem Sonderstatus der Brüsseler Region schaffen. Dazu soll jetzt eine genau festgelegte territoriale Abgrenzung mit ensprechenden regionalen Organen eingerichtet werden, was bei der 1971 in einer Verfassungsänderung beschlossenen Dreier-Regionalisierung noch nicht der Fall war. Widerstand dagegen kündigte sich vor allem von stark rechts gerichteten Kreisen an. Die konservative Zeitung "La Libre Belgique" befürchtet,daß "*sich jenseits der Regionalisierung eine schwere Autoritätskrise*" abzeichne, die "*das Land in Anarchie stürzen und es so-*" Autoritätskrise" abzeichne, die "das Land in Anarchie stürzen und es so- *gar zersplittern*" könne (zit. nach Pour Nr.158). Die rechten Nationalisten in der flämischen "Volkunie" haben sogar schon die Parole "*Verrat an Flandern* " in Umlauf gebracht, und ein Teil dieses Flügels (um den Senator, Bankier und Ex-Nazi-Kollaborateur Lode Claes) hat sich von der regierungsbeteiligten VU losgesagt und droht mit der Gründung einer neuen rechtsradikalen flämischen Partei. Wenn das noch nicht sofort in die Tat umgesetzt wird, dann vor allem deswegen, weil deren Propagandisten noch auf weiteren Zulauf aus der VU sowie auch von anderen reaktionären und faschistischen Parteien und Gruppen spekulieren. Daß diese chauvinistischen Stimmen vorwiegend zum "Schutz Flanderns" kommen, hängt damit zusammen, daß die "Sozialisten" in der Wallonie über einen größeren Einfluß verfügen und dort die Arbeiterbewegung traditionell stärker ist.

Das Wirtschaftsprogramm - Alter Wein in neuen Schläuchen

Die vorige Regierung Tindemans (CVP-PSC-RW-Liberale) war über die Massenstreiks gegen ihre Krisenmanagement-Pläne gestolpert (s.AK 100). Das Wirtschaftsprogramm der jetzigen Koalition ist nichts weiter als ein neuer Aufguß unter Hinzufügung einiger weniger Punkte aus dem Wahlprogramm der Sozialdemokraten (Stärkung des öffentlichen Sektors, stärkere Staatsaufsicht im Kreditwesen): "*Auf wirtschaftlichem Gebiet will die Regierung die bisherige Stabilitätspolitik fortsetzen, auf die Preisentwicklung einwirken und einen 5-Jahres-Plan zur Sanierung des Staatshaushaltes ausarbeiten*" (FAZ, 8.6.77). Für die Werktätigen bedeutet das im Einzelnen:

– die Lohnerhöhungen sollen beschränkt werden, um die "Exportfähigkeit der Industrie" nicht zu gefährden;

Fortsetzung auf Seite 39

Fortsetzung von Seite 38

der „negative Einfluß der Sozialen Lasten soll neutralisiert" werden, d.h. die Sozialabgaben werden für die Unternehmer gekürzt;
– "Beschäftigungsprämien" aus Steuermitteln werden den Kapitalisten zugeschanzt und das Ganze als "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" verkauft;
– "das fiskalische Statut der Investitionen" soll verbessert werden - auf deutsch: Steuererleichterungen für die Unternehmen;
– der "Sanierungsplan" wird das zum Inhalt haben, was wir hierzulande als "Sparpolitik" erleben. In Belgien hat man sich dabei als erstes Opfer die Arbeitslosenversicherung ausgesucht (Zitate nach "Pour" Nr.158).

Von der zentralen Forderung der Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzung ("36-Stunden-Woche war eines der Hauptziele der Freitagsstreiks) ist im Regierungsprogramm nur noch übriggeblieben, daß *"Untersuchungen angestellt werden sollen über die Möglichkeit der Verringerung der Arbeitsdauer"* (BPA 103)! Die PSB hatte zwar im Wahlkampf diese Forderung aufgegriffen, es aber wohlweislich vermieden, irgendwelche Bedingungen in dieser Richtung für ihre Regierungsteilnahme zu verkünden!



Andre Cools, wallonischer KO-Präsident der PSB/BSP und „linke" Vorzeige-Figur



Gleiche Blickrichtung: Mark Eyskens, CVP-Staatsekretär und Chefideologe des belgischen Unternehmerverbandes FEB, mit seinem „Kollegen" Willy Claes, Wirtschaftminister und führender Sozialdemkrat

PSB-Wirtschaftsminister und flämischer Co-Präsident der Partei, Willy Claes ist denn auch der richtige Mann, um ein derartig auf die Interessen der Kapitalisten zugeschnittenes Programm zu vertreten: *"Während seiner früheren Amtszeit hatte er sich auch das Vertrauen marktwirtschaftlich orientierter Kreise erworben"*, weiß die FAZ lobend zu berichten (3.6.77)!

Die belgischen Sozialdemokraten sind elegant in die ihnen zugedachte Rolle als "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" geschlüpft. Daß dabei zwei Ex-Minister wegen Verdacht auf "Links-Tendenzen" auf der Strecke blieben (der Flame Calewaert und der Wallone Glinne), wird vielleicht zukünftig etwas Bewegung in die sozialdemokratische Szene bringen, die auf jeden Fall noch nicht so festgefahren ist wie die hiesige.

Wesentlich für den Erfolg der Taktik der Bourgeoisie ist die Frage, ob die Gewerkschaftsführer die Rolle spielen können, die ihnen bei der Fesselung der Arbeiterbewegung zugedacht ist. Georges Debunne, Sekretär des "sozialistischen" FGTB, hat jüngst, sicherlich unter Berücksichtigung der Stimmung an der Basis, von seinen Parteifreunden in der Regierung gefordert, *"die reaktionären Angriffe auf die sozialen Errungenschaften einzustellen"* und mit Aktionen gedroht ("Vrij Nederland", 11.6.77). Sicherlich zum Großteil Theaterdonner, aber daß dieser Theaterdonner nötig ist, weist natürlich auch auf eine wachsende Opposition in der belgischen Arbeiterklasse gegen die von den "Sozialisten" jetzt mitgetragene Krisenpolitik hin.

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Aufmarsch der Reaktion gegen Abtreibungsfront

Brüssel. Die wachsende Bewegung für die Abtreibungsfreigabe (Demonstration in Brüssel am 8.März mit 7.000 Leuten; s. AK 103) hat die Reaktion auf die Barrikaden getrieben.

Zum 11.Juni rief die "Nationale Front voor het Leven" zu einer "Anti-Abtreibungs-Wallfahrt" nach Brüssel auf. Knapp 1.000 Leute brachten die Reaktionäre auf die Beine, darunter so menschenliebende Gruppen wie VMO ("Vlaamse Militanten Orde"), "Were Di", "Wolfsangel", "Voorpost", "Front Rexiste" und andere faschistische Organisationen! Pastoren in vollem Ornat hatten ganze Gruppen von Pfarrkindern angeschleppt. Einige der schlimmsten Parolen dieser Demonstration:
– "Abtreibung ist der Dolch im Herzen des Volkes!"
– "Abtreibung - die Rache der Verdorbenen"
– "Dr.Peers = Dr. Mengele" (hier wird der wegen seiner Abtreibungspraxis schon mehrfach vom Staatsapparat verfolgte Krankenhausarzt Peers aus Namur mit dem faschistischen KZ-Schlächter Mengele verglichen!).

Auch der katholische Klerus ist voll in die Kampagne eingestiegen - im Radio und in allen Kirchen wurde ein "Hirtenbrief" der belgischen Bischöfe verlesen, der u.a. die Abtreibung als "Folter für die Frauen" verteufelt. Sicherlich kein Zufall, daß dieser reaktionäre Vorstoß zusammenfällt mit der Veröffentlichung einer Broschüre zweier christlicher Gruppen, die sich mit "Familien- und Ehe-Problemen" beschäftigen, in der sich für die freie Entscheidung der Frau ausgesprochen wird ("Pour" Nr. 160)!



Der Pfaffe trägt ein Schild mit der Aufschrift „Abtreibung = Mord"

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven



Parole der Reaktionäre: „Abtreibung = Rache der Verdorbenen"

Frankreich

Der Anti-AKW-Sommer hat begonnen!



Anti-AKW-Demonstration in Nogent

Am Wochenende vom 25/26. Juni fanden in Frankreich drei Anti-AKW-Demonstrationen statt:

In Nogent-sur-Seine (Pariser Umgebung), in Paluel (Seine Maritime, Normandie um Rouen) und in Gravelines (bei Dunkirchen).

In Graveline wird bereits seit drei Jahren an einem AKW mit 4000 MW Leistung gebaut.

Ca. 2000 Menschen folgten dem Aufruf verschiedener Organisationen (von der PSU bis zur OCT; auch belgische Organisationen hatten dazu aufgerufen) und versammelten sich am 26. Juni vor der Bürgermeisterei von Gravelines, um den sofortigen Baustop zu verlangen. Gleichzeitig wurde auch ein Baustop für den Super-Phenix (Schneller Brüter) in Malville gefordert.

Von der Bürgermeisterei ging es dann weiter hin zum Baugelände, wo ca. 250 Demonstranten einen zunächst mal erfolgreichen Besetzungsversuch durchführten.

In den frühen Morgenstunden wurden sie von 1600 CRSlern (für Bürgerkrieg ausgebildete Bullen - ähnlich dem BGS) brutal vertrieben. 20 Demonstranten wurden schwer verletzt, die CRSler verfolgten die Besetzer kilometerlang. Die AKW-Gegner wollen sich dadurch aber nicht einschüchtern lassen: Eine neue Demonstration ist schon geplant.

In Nogent, wo ebenfalls ein AKW geplant ist, versammelten sich am 26. Juni 10.000 Demonstranten. Während die PCF dazu nicht aufgerufen hatte, organisierten die PS und die Gewerkschaft CFDT sogar einen eigenen Block . Die Demonstration stoppte ca. 2 km vor dem Baugelände, danach wurde eine Art Volksfest durchgeführt. Die beteiligten Organisationen (LCR, OCT, PSU) organisierten um ihre Büchertische und Lautsprecherwagen Diskussionsforen. Danach wurde in kleinen Gruppen in die benachbarten Dörfer und Städte gefahren, um den Anti-AKW-Kampf unter der Bevölkerung zu verbreiten. In Paluel (an der normannischen Küste) sind 2 Abschnitte à 1300 MW bis 1982 geplant. Dort demonstrierten 1000 Menschen.

Am 30. Juni besetzten in Grenoble 150 AKW-Gegner, die ihre Stromrechnung aus Protest gegen den AKW-Plan der Regierung selbst reduzieren, die von der PS gestellte Bürgermeisterei. Insgesamt beteiligen sich dort ca. 300 Einwohner an dieser Strompreis-Reduzierung (sie bezahlen 15% weniger).

Ihnen war am Tag vorher der Strom total ausgeschaltet worden! Mit ihrer Besetzungsaktion forderten sie eine Erklärung ihres frisch gewählten „linken" Bürgermeisters.

Leider konnte es nicht zur „Aussprache" kommen: der Stadtrat samt Bürgermeister verbarrikadierten sich!

Bereits am 29. Juni hatte in Grenoble eine Demonstration gegen den Super-Phenix in Malville stattgefunden, woran sich 3000 Menschen beteiligten. Die Demonstration war einberufen worden, nachdem am Vorabend gegen den Versammlungsraum einer Stadtteilgruppe des Grenobler Malville-Komitees ein Faschist, der vemutlich der Organisation „Internationale Schwarze Ordnung" angehörte, eine Handgranate geworfen hatte.

Anti-AKW-Veranstaltung von OCT und KB

Am 1. Juli fand in Belfort (an der Grenze zur BRD, Lagerungsort der Plutonium-Raketen) eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung von OCT und KB statt.

Anlaß der Veranstaltung war die Vorbereitung der Mobilisierung nach Malville am 30./31. Juli.

Ca. 40 Genossen beteiligten sich an der Diskussion. Nachdem wir die Erfahrungen von Brokdorf und Grohnde nochmal zusammengefaßt und die Situation in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung geschildert hatten, diskutierten wir gemeinsam über die Vorbereitung der Malville-Demonstration, bei der die Organisierung bislang in den Händen der sogenannten „Gewaltlosen" liegt. Allerdings ist es das gemeinsame Ziel a l l e r aufrufenden Komitees, Organisationen usw., das Baugelände zu besetzen. Von vornherein ist also mit einem sehr massiven militärischen Aufmarsch des Staatsapparats (CRS) zu rechnen, um die AKW-Gegner an einer friedlichen Besetzungsaktion zu hindern.

Neuer Atom-Unfall

In Pierrelatte (Drome, Süd-Frankreich) strömte am 1. Juli nach einem Unfall im Betrieb Comuhrex eine relativ große Menge an Hexafluor-Uran aus. Das ist das Basisprodukt für die Urananreicherungsanlagen. Der gesamte Verkehr mußte umgeleitet werden, 9 Menschen kamen ins Krankenhaus. Die CFDT-Sektion des Betriebs hatte schon im Februar gegen die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen im Betrieb öffentlichen Protest eingelegt, ohne daß etwas daran geändert wurde.

Frankreich-Kommission
KB/ Gruppe Frankfurt

700 Homosexuelle auf der Straße

Am 26. Juni demonstrierten in Paris 700 Menschen gegen die wachsende Repression gegen die Homosexuellen in den USA.

In Florida hat sich eine Anti-Homosexuellen-Bewegung entwickelt, die sich die Hexenjagd Mc Carthys zum Vorbild genommen hat. Der Kreuzzug wird von einer Frau namens Anyta Bryant geführt, die mit der Bibel in der Hand zum Mord aufruft: „In Gottes Namen: bringt die Homosexuellen um ..."!!!!!!!!

Die Pariser Demonstrantinnen und Demonstranten riefen:
„Phallokratie, Männlichkeit: Schluß damit!", und: „Ich bin lesbisch, sehe ich so aus, als ob ich ein Chromosom zuwenig hätte?"

Frankreich-Kommission
KB-Gruppe Frankfurt

Berufsverbote a la française

Am 29. Juni wurde von der französischen Nationalversammlung ein verschärftes Anti-Streik-Gesetz für den Öffentlichen Dienst verabschiedet. Bis dahin existierte bereits ein Gesetz von 1961, wonach Beamte mit dem Entzug eines Tageslohns bestraft werden können, wenn sie nur eine Viertelstunde streiken. Die neue Gesetzesverschärfung sieht jetzt den Entzug eines Tageslohns vor, wenn der Beamte seine „Arbeitspflichten" auch nur „teilweise" erfüllt, selbst wenn er auf der Dienststelle anwesend ist. Das heißt: wenn die Verwaltungsstelle der Meinung ist, daß dieser oder jener Beamte nicht genügend tut, oder nicht den Anforderungen gemäß arbeitet, kann er mittels der Lohnerpressung unter Druck gesetzt werden. Vor allem richtet sich diese Gesetzesverschärfung natürlich gegen Protestaktionen, die nicht eine vollständige Arbeitsniederlegung sind, und daher vom alten Anti-Streik-Gesetz noch nicht „erfaßt" wurden: z.B. wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer sich weigert, mehr als 25 Kinder zu unterrichten; oder wenn die Postarbeiter aus Protest gegen zuviel Arbeitsbelastung und zuwenig Personal einen „Bummel-Streik" („Dienst nach Vorschrift") machen. Das Gesetz wurde nicht zufällig in der beginnenden Ferienzeit beschlossen, weil die Regierung mit größerem Protest dagegen rechnet. Die verschiedenen Gewerkschaften haben auch bereits angekündigt, daß sie zum neuen Schulbeginn im September zur Mobilisierung gegen dieses Anti-Streik-Gesetz aufrufen wollen.

Der französische Staat unterwirft die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes damit immer mehr einer dem „Modell Deutschland" nacheifernden Willkür. Das schließt auch ein, Schritt um Schritt Berufsverbote à la française zu verwirklichen: 1975 gab es bereits ein vom damaligen Premierminister Chirac unterzeichnetes Rundschreiben, wonach jede politische Tätigkeit in Büros und Behörden streng untersagt wurde. Dem folgte 1976 ein zweites, ebenfalls noch von Chirac herausgegebenes Rundschreiben, mit dem zur Denunziation von „Gauchisten" („Linksradikalen") und „Ähnlichen" aufgerufen wurde. Und bei diesen Vorbereitungsschritten einer französischen Berufsverbote Praxis ist es nicht geblieben: z.B. wurde der ehemalige Soldat Pelletier, der in der Soldatenbewegung um den „Aufruf der 100" namentlich hervorgetreten ist und wegen seines antimilitaristischen Engagements auch bereits im Knast saß, vom Beamtenverhältnis ausgeschlossen.

Die westdeutsche Linke wird ihre französischen Genossen im Kampf gegen diesen Export des „Modell Deutschland" unterstützen: **Keine Berufsverbote in der BRD und Frankreich - und auch nicht anderswo!**

Frankreich-Kommission
KB/ Gruppe Frankfurt

Österreich

VSStÖ-Salzburg: Selbständige Politik

Salzburg. Im ARBEITERKAMPF 104 hatten wir ausführlich über die Disziplinierungsversuche der österreichischen Sozialdemokraten gegen ihre Studentenorganisation VSSTÖ (Verband sozialistischer Studenten Österreichs) berichtet. Die Maßnahmen richten sich vor allem gegen den Salzburger Verband und einzelne Linke in anderen Verbänden. Mittlerweile ist der Bundessprecher und Salzburger Vorsitzende, Karl Öllinger, aus der SPÖ ausgeschlossen. Im Salzburger VSSTÖ hat die Diskussion um die weitere Arbeit und das zukünftige Verhältnis zur SPÖ begonnen. In ihren „Sozialistischen Nachrichten" (4/77) werden erste Ergebnisse dieser Diskussion zusammengefaßt. Danach ist ein Ergebnis die Erkenntnis, daß es „*politische Alternativen außerhalb der Sozialdemokratie geben (muß)*", da diese eine „bürgerliche Volkspartei" sei. „*Die Arbeit in der Sozialdemokratie hat ihre Grenzen dort, wo die Integrationskraft der Sozialdemokratie Kompromisse falscher Art, d.h. den Verzicht auf praktische und theoretische Vorbereitung des Bruchs mit der Parteiführung herbeiführt.*" Deshalb will sich der VSSTÖ unabhängig von der SPÖ organisieren, ohne auf Arbeit in der SPÖ und zusammen mit Teilen der Partei zu verzichten.

Sechs Thesen wurden herausgearbeitet:

- **Überwindung der Studentenorganisation, Ausdehnung auf Arbeiter, Jugend und andere Intellektuellenkreise.**
- **Offensive Teilnahme am Klassenkampf ohne Scheu vor dem SPÖ-Ausschluß.**
- **Keine Bündnisse mit den reformistischen SP-Organisationen von oben, sondern mit der Basis, keine Übernahme von Führungspositionen in solchen Organisationen.**
- **Aktionsprogramm für linke Sozialisten in der SPÖ.**





- **Eigenständige Arbeit in der Arbeiterjugend, Schülern und Intellektuellen.**
- **Propagierung des Bündnisses innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie auf der Basis der Gleichberechtigung und der Arbeiterdemokratie.**

Als positive Beispiele einer solchen selbständigen und unabhängigen Arbeit werden die eingerichteten „sozialistischen Zentren" genannt und der Aufbau eines „Informationsdienstes" zur gezielten Gegeninformation.

Diese Konzeption ist im VSSTÖ noch nicht ausdiskutiert, sondern erst in Ansätzen entwickelt. Sie entspricht sehr stark der Konzeption des „Sozialistischen Büros" in der BRD. Die zwiespältige und ungeklärte Haltung zur SPÖ, d.h. der „halbe Bruch", läßt einen Rückfall in reformistische Positionen, zurück in den Schoß der Partei, offen. Dennoch ist mit der erstmals erklärten öffentlichen Bereitschaft zum direkten Bruch mit der Parteiführung ein wichtiger Schritt hin zur möglichen Entwicklung sozialistischer Politik getan.

Die Parteiführung selber hat ihren Repressionskurs gegen die Linke offen dokumentiert. In Salzburg hat sie ihren Druck gegen den VSSTÖ schon direkt in eine offene Unterstützung (auch finanziell) eines Gegenverbandes der Studenten münden lassen. Ein von ihr protegierter „Bund sozialistischer Studenten" (BSS) hat ihren Rückhalt bei den Wahlen. Die Alternative ist: hart bleiben und raus aus der SPÖ oder Anpassung. Kreisky's Partei hat bei Schmidt und Brandt gut gelernt. **Offensichtlich will ein großer Teil der österreichischen studentischen Linken in der SPÖ nicht dem Vorbild der westdeutschen Jusos nacheifern.**

Österreich-Kommission

Gerichtsverfahren gegen Antifaschisten

Wien: Am 5. Juli fand der erste Prozeßtag gegen den Antifaschisten Wolfgang Pühringer vor dem Landesgericht Wien statt. Angeblich soll er einen Polizisten und einen Faschisten von der „Aktion Neue Rechte" (ANR) verletzt haben.

Der Prozeß wurde vertagt – nicht etwa eingestellt – weil die Kronzeugen der Polizei und der Faschisten sich in erhebliche Widersprüche verwickelt hatten („Kurier", 6.7.).

Wolfgang war am 30.März bei den von ANR-Faschisten inszenierten Prügeleien auf der Uni-Rampe in Wien festgenommen worden, weil er sich zusammen mit 200 Antifaschisten die braunen Provokationen nicht hatte gefallen lassen (wir berichteten hierüber im AK). Die Polizei hatte massiv zugunsten der Faschisten eingegriffen. Während z.B. der Faschistenführer Gasser, der mit einer Gaspistole bewaffnet war, nach kurzer, betont freundlicher „Ermahnung" wieder laufen gelassen wurde, war Wolfgang volle 8 Tage in U-Haft festgehalten worden! Grund: angebliche Flucht- und Verdunkelungsgefahr!

Erst aufgrund von breiten Protesten, Demonstrationen und Kundgebungen wurde er wieder freigelassen und die Anzeige wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" fallengelassen. Den abflauenden Protest nutzten Polizei und Gericht, um das Verfahren gegen Wolfgang vorzubereiten. Dabei wurde gut mit den Faschisten zusammengearbeitet. Über diesen Prozeß soll eine größere Öffentlichkeit hergestellt werden.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN WOLFGANG!

DIE FASCHISTEN IN DEN KNAST!

VERBOT DER FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN NPD UND ANR!

Österreich-Kommission

Spanien

Spaniens neue Regierung:

Es bleibt alles beim alten

Knapp drei Wochen nach den „demokratischen" Wahlen wurde am 5.7. die neue spanische Regierung vereidigt. Ändern wird sich unter dem neuen Kabinett jedoch wohl kaum etwas.

1. geschah die Regierungsbildung gemäß den immer noch geltenden Regeln aus Francos Zeiten – Ministerpräsident Suarez schaltete und waltete wie ein Potentat von Gottes Gnaden. Die Opposition zu konsultieren schied von vornherein aus, und selbst das frisch gewählte Parlament (das seine erste Sitzung Mitte Juli abhalten soll) hatte nichts mitzureden. Eine Verantwortlichkeit der Regierung dem Parlament gegenüber gibt es auch nicht.
2. hatte sich Suarez ein Kabinett zusammengestellt, das sich einzig und allein aus Mitgliedern des rechten Wahlbündnisses „Demokratische Zentrumsunion" (UCD), dessen Führer er ist, und parteilosen Rechten zusammensetzt. Die UCD – bestehend aus „unabhängigen" Suarez-Anhängern sowie elf kleineren Parteien – war als reines Zweckbündnis gegen die demokratische Opposition anläßlich der Wahlen entstanden und besitzt keinerlei programmatische Grundlage. Daher hat sie sich bisher auch als nicht sonderlich stabil erwiesen. Die Rangelei um Ministerpöstchen, die zu einer Verzögerung der Regierungsbildung führte, zeigt dies. Um seine Gefolgschaft zufriedenzustellen, verteilte Suarez an fast alle Parteivorsitzenden seiner „Union" einen Posten. Mit Ausnahme des „sozialdemokratischen" Finanzministers Fernandez Ordonez mußten sich jedoch alle mit Ministersesseln zufriedengeben, die in ihrer Bedeutung am Ende der Rangliste stehen: Öffentliche Arbeiten, Erziehung, Kultur, Gesundheit, Regionen und Parlamentsbeziehungen. Die wichtigsten Posten überließ der Ministerpräsident seinen engeren Vertrauten – sechs von ihnen stammen noch aus der vorigen Regierung (der Verteidigungsminister und erste Vizepräsident, der zweite Vize und Sonderminister „für politische Angelegenheiten", der Außen-, Innen-, Transport- und Justizminister – alle Informationen aus „El Pais" vom 5.7.77, „Süddeutsche Zeitung" vom 5.7.77 und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30.6.77).

Mit der Regierungsbildung ging eine Verwaltungsreform einher, die der Effektivierung der politischen Entscheidungen und der Kostenersparnis diente: Sechs Ministerien wurden neu geschaffen, Kompetenzumverteilungen wurden vorgenommen und einige Ministerien wurden aufgelöst (so die Heer-, Marine-, Luftwaffen- und Gewerkschaftsministerien). Die wichtigsten Neuschöpfungen sind das – jetzt vereinheitlichte – Verteidigungsministerium (zur „*Modernisierung der Streitkräfte und Zentralisierung der Verteidigungspolitik*" – „El Pais" vom 6.7.77) und das Wirtschaftsministerium.


Ein Potentat von Gottes Gnaden

Der Wirtschaftspolitik scheint die neue Regierung besondere Aufmerksamkeit widmen zu wollen. Angesichts solch schwerwiegender wirtschaftlicher Probleme wie einer Inflationsrate von 30%, gut einer Million Arbeitslosen (bei einer Gesamtbevölkerung von rund 35 Mio. und rund einer Million spanischer Arbeiter im Ausland!), einem chronischen Zahlungsbilanzdefizit und einem Wechselkurs, der nur durch ständige Devisenkäufe aufrechterhalten werden kann, ist dies eine dringende Notwendigkeit für die Regierung (Angaben aus „Süddeutsche Zeitung" vom 5.7.77 und „El Pais" vom 6.7.77). Die Besetzung des neugeschaffenen Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums mit „angesehenen Fachleuten" zeugt von dieser Absicht.

Daß die Wirtschaftspolitik jedoch zu Lasten der Arbeiter und zum Wohl der Kapitalisten ausfallen wird, belegen schon jetzt folgende Fakten:

- „El Pais" vom 5.7.77 ist zu entnehmen, daß mehrere Minister Aufsichtsratsposten in großen Industrieunternehmen innehaben;
- und über den Einfluß des Kapitals auf die Regierung schreibt die großbürgerliche „FAZ": „*Die Mächtigen der Wirtschaft haben zu dieser Regierung so gute Beziehungen wie zu den früheren. Allerdings hat sich eine Verschiebung ergeben. Statt des ganz rechten Kapitals, der sogenannten ‚Bunkerwirtschaft' (...), hat die ‚aufgeklärte Wirtschaft', die modernen und nicht nationaldemokratischen Unternehmen, Männer ihres Vertrauens in die Regierung geschickt. (...) Der Generaldirektor des Banco Hispano Americano, Oliart, wurde Industrieminister, der Hispano-Urquijo-Gruppe eng verbunden sind die Minister für Transport und öffentliche Arbeit. Der Banco Urquijo ist die größte Industriebank des Landes*" („FAZ", 6.7.77).

Alles in allem betrachtet kann das Fazit nur lauten: im Südwesten nichts Neues.

Spanienkommission

Spanien: Autonomie für Katalonien?

Unter dem Druck des überwältigenden Wahlsieges der Opposition in Katalonien (rund 80% der Stimmen!), der die Forderung der Katalanen nach Autonomie in aller Deutlichkeit dokumentierte, ist die Regierung Suarez bemüht, ein Entgegenkommen zu zeigen. Dabei will sie – wie gewohnt – bei einem Höchstmaß an propagandistischem Effekt nur ein Minimum an Zugeständnissen machen.

Dieses hat sie offenbar erreicht: Mit dem Präsidenten der katalanischen Exilregierung (Generalitat), Tarradellas, vereinbarte Ministerpräsident Suarez die Einrichtung einer *„provisorischen Landesregierung unter dem traditionellen Namen ‚Generalitat'"* („Süddeutsche Zeitung", 4. 7.77).

(Zur Erläuterung: In der zweiten spanischen Republik von 1931 bis 1936 erhielt Katalonien ein Autonomie-Statut, das eine eigene Regierung – die „Generalitat" – vorsah. Diese „Generalitat" war von Franco im Bürgerkrieg per Gesetz aufgehoben worden. Sie existierte jedoch im Exil weiter und ihr Präsident, Tarradellas, forderte bis heute immer ihre Anerkennung durch die spanische Regierung.)

Der neue Suarez-„Knüller" läuft nun auf folgendes hinaus: Die vier katalanischen Provinzvertretungen sollen nun „gemäß der geltenden Gemeindeordnung" (!) zu einem Zweckverband mit eigener Verwaltung" zusammengefaßt werden („SZ", 4.7.77). Tarradellas und die meisten katalanischen Parteien akzeptierten das. Konkret bedeutet dies:
1. Die historische „Generalitat", auf deren Anerkennung Tarradellas bisher bestand, bleibt illegal.
2. Von Autonomie kann noch keine Rede sein, da es keinerlei Ausführungen über die Kompetenzen des neu zu schaffenden Gebildes gibt.

Dieselbe Formel soll auch für die anderen Regionen Spaniens gelten und eine Übergangslösung des Autonomieproblems sein. Eine endgültige Lösung könne erst das Parlament erarbeiten, sagte Innenminister Martin Villa, „und das braucht Zeit" („El Pais", 3.6.77).

Das vorliegende Ergebnis wurde nach rund einwöchigen überraschenden Verhandlungen zwischen Tarradellas und der Regierung veröffentlicht (am 2.6.).

Tarradellas stellt heute in Katalonien keine ernstzunehmende Kraft dar. Sein Anhang ist äußerst gering und hat keine organisatorische Form. Daß die Regierung Suarez mit i h m und nicht mit den wirklich bedeutenden politischen Parteien oder der „Versammlung der katalanischen Parlamentarier" verhandelt, hat seine Begründung darin, daß auf diese Weise echter politischer Druck, der hinter den realen Vertretern des katalanischen Volkes steht, die Verhandlungen nicht stört, und eine Lösung gefunden wird, die an der Sache erst einmal nicht viel ändert, aber die Gemüter beruhigt. Der Regierung geht es, wie die Zeitung „El Pais" völlig richtig schreibt, darum, zu verhindern, daß *„eine autonomistische Volksbewegung mit unvorhersehbaren destabilisierenden Auswirkungen entstehen könnte, und zwar nicht nur in katalanischem, sondern gesamt-spanischen Rahmen"* und *„zu vermeiden, daß die strukturellen Probleme Kataloniens die Stabilität der Monarchie infragestellen"* („El Pais", 30.6.77).

Dieses Manöver konnte der Regierung aufgrund des enormen Opportunismus der katalanischen Opposition so leicht fallen.

Die gesamte reformistische und revisionistische Opposition hat sich schrittweise während der Verhandlungen zwischen Suarez und Tarradella mit dem Manöver abgefunden. Die ständige Kommission der „Versammlung der katalanischen Parlamentarier" (nach den Wahlen vom 15.6. gebildet), hat sich inzwischen mit Tarradellas getroffen, um Auskunft über die „dunklen Punkte" des Abkommens zu verlangen:
– Wer wird dem zu schaffenden Organismus vorsitzen ? (Der Name Tarradellas' wurde von Beginn an in der Presse lanciert.)
– Wer wird ihn einberufen?
– Wie werden die Abgeordnetenversammlungen aussehen?
– Wer verhandelt wann und wie über die Autonomie weiter?

Aufgrund der bisher vorgelegten Haltung der reformistischen Opposition ist zu erwarten, daß sie sich letztendlich in die Strategie von Suarez einbinden lassen werden und den Kuhhandel gegenüber der katalanischen Bevölkerung vertreten und gutheißen werden.

Spanienkommission



Gewerkschaftskongreß der CGIL:
»Der lange Marsch der Gewerkschaften hin zum Staat!«

„Für uns stellt sich das Problem der Position der Gewerkschaft gegenüber dem Staat. Es ist vor allem erforderlich, klar den Charakter der Gewerkschaft zu bejahen, daß sie die Demokratie und die Verfassung verteidigt, daß sie innerhalb des Staates angesiedelt ist, und nicht außerhalb schon gar nicht gegen den Staat ist, daß sie innerhalb des Staates agiert, um so die italienische Gesellschaft zu verändern".

Unter dieser wahrhaft staatstragenden Parole des Generalsekretärs der CGIL, Lama, aus seiner Einleitungsrede stand dieser Kongreß der PCI-nahen Gewerkschaft. 1.500 Delegierte – überwiegend hohe Gewerkschafts- und Parteifunktionäre – berieten vom 6. bis 10.6.77 das kurz- und mittelfristige Programm der größten italienischen Gewerkschaft.

Anders als auf dem vorangegangenen Gewerkschaftstag 1973, auf dem die Probleme der Arbeiterbewegung noch einen vorrangigen Stellenwert einnahmen, wurde hier die »neue Linie« der CGIL festgelegt. Im Mittelpunkt standen die »Verantwortung der Gewerkschaft für soziale Stabilität« sowie die »Realisierung des Programmes zur Unterstützung der Rekonstruktion der Wirtschaft« für die nächsten vier bis fünf Jahre.

In Abgrenzung zur »Mitbestimmungs«-Parole der westdeutschen Gewerkschaften erklärte Lama seine Pläne: *»Der italienische Weg der Mitbestimmung ist nicht identisch mit der Richtung der westdeutschen Gewerkschaften, weil es kein Bad Godesberg der PCI in der Art der SPD gegeben hat. Die italienische Mitbestimmung macht es zu ihrem Dreh- und Angelpunkt — für uns als eine der weniger reichen Gewerkschaften wie die deutschen — mehr verflochten zu sein mit den staatlichen politischen Funktionen und darüberhinaus fähig zu sein, Vorschläge für mittelfristige Perioden zu erstellen«* (lt. »Lotta Continua«, 8.6.).

Diese Vorschläge für das Programm sehen zunächst im wesentlichen für die kurzfristige Periode die Sanierung der Wirtschaft als vorrangig an.

Geplant sind hierbei tiefgreifende Veränderungen der Lohn- und Tarifstrukturen.
a) In einem Feldzug gegen die »Gleichmacherei« versucht die CGIL die von den Arbeitern erkämpfte zumindest teilweise »Angleichung nach oben« der Tarifgruppen wieder zunichte zu machen. Allein der gelernte Beruf soll in Zukunft Basis der Eingruppierung sein, und die Unterschiede der »Qualifikation« sollen klar erkennbar erhalten bleiben.
b) Wegfall der automatischen Anhebung durch die Gliederung in Altersgruppen und auch zukünftig keine Steigerung mehr auf der Basis der im Laufe der Berufspraxis dazugewonnenen Qualifikationen.
c) Anstrebung eines Gesetzes, das die Arbeiter verpflichtet, jede Arbeit, egal in welcher Stadt Italiens, anzunehmen, wodurch die »Mobilität« der Arbeitskräfte erhöht werden soll.
d) Einschränkung und Reduzierung der Rentenbeiträge der Kapitalisten
e) und schließlich noch Kürzung der Ferien.

Ohne wesentlichen Widerspruch wurden diese Punkte von den Delegierten akzeptiert, wobei dies der Gastredner Benvenuto, Vorsitzender der sozialdemokratischen UIL, noch untermauerte mit dem Satz:

Die Akzeptierung »des Sparprogrammes (L' austerità) ist eine konsolidierte Entscheidung der gesamten Gewerkschaftsbewegung« (»LC«, 8.6.).

Zur reibungslosen Durchsetzung dieser konkret ausgearbeiteten Vorschläge zum Sparprogramm wurden weitere Maßnahmen zur Veränderung der innergewerkschaftlichen Strukturen vorbereitet. Es soll in Zukunft eine unübersehbare Anzahl von verschiedenen Strängen der gewerkschaftlichen Gremien und Zuständigkeiten geben. Zersplittert nach horizontalen und vertikalen Stukturen, aufgegliedert in Sektoren und berufliche Kategorien, Jugendliche, Arbeitslose, Arbeiter, Angestellte etc. soll die Einheit der Gewerkschafter abgebaut werden, hunderte von verschiedenen Gruppen unabhängig voneinander arbeiten, ohne die Möglichkeit eines überschaubaren und koordinierten Vorgehens, es sei denn über den Vorstand. Allein 450 »consigli di zona« (Ortsvorstände) sollen dann die »Einheit der Gewerkschaftsbewegung« darstellen.

Gegen diese Zersplitterung der CGIL gab es kaum Einwände von seiten der Delegierten, nicht zuletzt auch schon allein deshalb, weil keine fertigen Alternativen vorgelegt werden konnten, ohne die keine Abstimmungen vorgenommen wurden.

Auseinandersetzungen und Kritiken eines verschwindend geringen Teils der Delegierten gab es lediglich an drei Punkten. Zunächst an der Forderung nach Wahrung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Partei- und Regierungspolitik, was aber durch verbale Zustimmung als Grundlage der CGIL auch vom Vorstand »akzeptiert« wurde, wodurch einer realen Auseinandersetzung mit den Positionen der PCI der Boden entzogen wurde.

Dann in der Frauenfrage:

Eine Delegierte aus Florenz brachte eine Resolution ein, mit der Forderung nach Bildung von Frauengruppen und autonomen Gremien und Strukturen der Frauen innerhalb der Gewerkschaft. *»Wenn wir überhaupt im Betriebsrat anwesend sind, sind wir entweder ohne Geschlecht oder haben die Funktion einer Blume im Knopfloch der männlichen Kollegen!«* Obwohl diese Forderung von einigen Delegierten (auch einigen männlichen) unterstützt wurde, schmetterte doch die Vorstandsvorsitzende für Frauenfragen diese Resolution ab, als gefährliche Tendenz zur Spaltung und als »wirklichkeitsfremde« Forderung.

Auf völliges Desinteresse stieß bei den Teilnehmern auch einer der wenigen Beiträge von der »Basis«, nämlich der in der Tourismus-Branche arbeitenden Frauen von Rimini, die für ihre insgesamt 120.000 Kolleginnen eine bessere Absicherung forderten. Da diese Kolleginnen nur zwei bis drei Monate im Jahr in der Saison arbeiten, bekommen sie keine Rente wie die anderen, sondern müßten theoretisch bis zum 95. Lebensjahr arbeiten, um den Minimalsatz der Rente, die erst nach 20 Arbeitsjahren beginnt, zu erhalten. Diese Probleme der Frauen wurden jedoch nicht weiterverfolgt oder aufgegriffen. Für Lama war mit seiner Stellungnahme auf der Abschlußkundgebung die Frauenfrage dadurch hinreichend behandelt, daß er zwei Sätze seiner Rede darauf verwendete: *»Die Gewerkschaft sind die Vorkämpfer der Emanzipation. Nein zur Vorherrschaft des Mannes!«* (»LC«, 12./13.6.).

Ein weiterer noch umstrittener Punkt war eine Kritik in erster Linie aus den Reihen der sozialistischen Delegierten an den Polizeistaatsmethoden der DC und an dem Belagerungszustand und Demonstrationsverbot in Rom. Eine entsprechend formulierte Protestresolution gegen die DC wurde jedoch damit abgeschmettert, daß die Forderung nach »Demokratisierung der Polizei« durch die Schaffung einer Polizeigewerkschaft auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dieser Plan der Polizeigewerkschaft — der bei der DC auf Kritik stößt — wurde dann auch als entscheidender Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft hochgespielt — und damit erschöpfte sich die gesamte Demokratiediskussion und -Bereitschaft des Kongresses.

Zu sämtlichen anderen Fragen, wie die Arbeitslosigkeit, die Misere im Süden, das Elend der Jugendlichen u.s.w. wurden mit Hinweis auf die Mittelfristigkeit des Programms keine definitiven Aussagen gemacht. Die Dominanz der PCI-Politik in der CGIL wurde auch in der abschließenden Wahl des Generalausschusses bestätigt. 150 PCI-ler, 80 Sozialisten und 13 Linke, z.T. DP-nahestehend. Gegenüber dem alten Aussschuß hat sich kaum etwas verändert.

Verändert hat sich jedoch gegenüber dem letzten Kongreß die Linie der CGIL und zwar parallel zu dem zunehmenden Rechtsruck der PCI. Die Stationen, die Lama seit dem letzten Sommer durchgedrückt hat, machen diese Veränderung nochmals deutlich:
— Im Frühherbst die Akzeptierung der 1. »stangata«, dem drastischen Sparprogramm, mit Lohnstopp und Erhöhung sämtlicher Preise und Steuern.
— Im Winter dann die Akzeptierung der 2. »stangata« mit der Aussetzung der »scala mobile«, dem automatischen Inflationsausgleich. Dazu die Abschaffung von sechs Feiertagen, Zustimmung zum Investitionsprogramm der Regierung, das nochmals mehreren hunderttausend Arbeitern den Arbeitsplatz wegrationalisiert.
— Als Begleitung die ersten Schritte der Separierung und Zersplitterung der innergewerkschaftlichen Strukturen.
— Ab März dann die wütenden Angriffe auf die Studentenbewegung, die Entfachung einer antikommunistischen Hetzkampagne und letztlich die Akzeptierung des Demonstrationsverbotes und des Belagerungszustandes von Rom.

Diese Entwicklung hat die große Mehrheit der 1.500 Delegierten des 9. Kongresses fast widerspruchslos mitvollzogen. Mit Klassenkampfparolen und »unnützem« Demokratiegerede hat sich die Funktionärsriege der CGIL diesmal nicht mehr aufgehalten. Es bleibt abzuwarten, wie dieses Programm aus den Betrieben heraus beantwortet wird.

Italien-Kommission

Urlaubstage in Bologna

Bericht einer Genossin

Ich lernte die Lebensbedingungen der italienischen Jugendlichen ein wenig kennen, als ich im Urlaub einige Tage bei Genossen der italienischen »Jugendbewegung« (Il Movimento) wohnte. Und auch von der staatlichen Repression bekam ich einiges mit — hier einige Eindrücke:

Die Wohung der Genossen in der Altstadt von Bologna war über eine Art Hühnerleiter zu erreichen und bestand aus drei winzigen Kammern, größere Abstellräume, und einer primitiv eingerichteten Wohnküche, wo sich notgedrungen das meiste Leben abspielte. Solche Art Behausungen habe ich einige kennengelernt, denn die Wohnungsknappheit ermöglicht selbst für solche uralt-runtergekommenen Räume horrende Mieten, über 350 DM. Von einer Wohnung erfuhr ich aber auch, daß die Genossen »autoreduzione« gemacht haben, beraten von einem Rechtsanwalt von Lotta Continua. Was mich sehr beeindruckte, war das ungemein soziale, solidarische Verhalten der Wohngenossen untereinander — anders wird man wohl auch verrückt in so 'nem Stall.

An einem Abend war eine »Manifestazione« (Kundgebung) auf der »Piazza«. Anlaß war die Abschiebung ausländischer Studenten, die sich an der Studentenrevolte beteiligt hatten, sowie die ständige Repression und staatlichen Provkationen. Erst sollte die Kundgebung ganz verboten werden, dann durfte sie nur in der Zeit von 9 - 12 abends stattfinden. Hatten mir die Genossen bei Streifzügen durch Bologna schon das reichliche Bullenaufgebot gezeigt, besonders in der Uni-Gegend lungern sie mit MPs rum, sehr provozierend, so wurden an diesem Abend alle Zufahrtsstraßen zur Piazza mit Bullenautos und Wasserwerfern vollgestopft. Auf der Piazza selbst war die Stimmung sehr locker. Eine Bullenkonfrontation paßte da gar nicht ins Bild und so hatte ich auch überhaupt keine Angst, wie mir das hier eigentlich immer in Bullennähe so geht — so diese Beklemmung in der Magengegend und diese Spannung. Die Piazza war voll mit Jugendlichen, man stand in Grüppchen, spielte Ball, lachte und scherzte miteinander.

Den Rednern wurde nicht von allzu vielen mit Aufmerksamkeit zugehört — aber man war gekommen, das schien erstmal das wichtigste.

Am Rand standen einige ältere Männer rum und man zog mich schnell weg von da — das seien PCI-Schnüffler, und ich solle da nicht so laut diskutieren, die machten Spitzeldienste. Ich war ganz schön entsetzt — trotz allem, was man nun schon gewohnt ist.

Wie gesagt, ich hatte zwar keine Angst und wollte auch unbedingt bis 12 Uhr bleiben, aber die Genossen, mit denen ich dort war, bestanden drauf, vorher mit mir abzuhauen. Wenn nach 12 noch jemand hier ist, schießen die Bullen — zumindest mit großer Wahrscheinlichkeit, das stand für die Genossen fest. Die Erfahrung, daß die Bullen scharf schießen, einfach so, in Menschenmassen rein, wegen nichts, und daß sie es wieder tun werden, das war einfach drin in den Köpfen der Genossen — und diese nackte Angst steckte mich schließlich auch an. Ich hatte an diesem Tag schließlich auch die Gedenktafel für Francesco Lorusso gesehen, und die vielen Einschüsse im Haus nebenan.

Germanisazione — und mehr!

Wir zogen ab.

Eine Hamburger Genossin

Italien — Kurzmeldungen

Ende Juni/Anfang Juli haben sich die Parteien des italienischen »Verfassungsbogens« (Christdemokraten, PCI, die beiden sozialdemokratischen Parteien, die PRI und die PLI, zwei kleinere Parteien) auf eine Art gemeinsames »Regierungsprogramm« geeinigt, das allerdings — wie bisher — von der christdemokratischen Alleinregierung vertreten werden soll. Das gemeinsame Programm beinhaltet u.a. Lösungsversuche zur Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Werktätigen, Ausbau der Polizei, Gesetze zur Ausweitung der Kompetenzen der Polizei und zur Einschränkung demokratischer Rechte.

Vollständig zufrieden ist mit dem »Regierungsprogramm« nur die PCI. Zwar hätte sie es noch lieber gesehen, wenn gleich auch eine gemeinsame Regierung gebildet worden wäre, aber als wesentlicher Erfolg wird doch herausgestellt, d a ß ein solches gemeinsames Programm überhaupt zustande gekommen ist und damit die PCI ein Stück näher an die Regierungsmacht gelangt ist.

In der christdemokratischen Partei (DC) macht sich vor allem der Ultra-Rechte Fanfani zum Fürsprecher derjenigen, die mit antikommunistischen Argumenten gegen j e d e Zusammenarbeit mit der PCI sind.

In der PSI (»Sozialisten«) gibt es starke Kräfte, die mit »linken« Argumenten gegen die Achse DC—PCI und gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung auftreten.

PRI und PLI haben gleichfalls »Vorbehalte« zum gemeinsamen Programm geäußert. Sie scheinen vor allem zu befürchten, bei dem voranschreitenden »historischen Kompromiß« in der politischen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die »Denkspiele« außenpolitischer Kreise der USA, die davon ausgehen, daß durch eine Regierungsbeteiligung der PCI *»die Position Italiens innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gestärkt werden«* würde und *»die Sicherheit des Westens tatsächlich eher gestärkt als verringert werden«* würde.

Auch die sowjetische Führung betrachtet die italienische Entwicklung mit Wohlwollen. Die PCI, die schon vieles an bürgerlicher Politik p r a k t i z i e r t, wovon in Spanien Carillo höchstens t r ä u m t, hat sich im Konflikt um den »Eurokommunismus« deutlich zurückgehalten: Zum einen, um keine Diskussion um ihre e i g e n e Politik zu provozieren; zum anderen offenbar auch, weil angesichts des mit Zustimmung der PCI betriebenen rasanten Ausbau des Polizeistaats und Abbau demokratischer Rechte in Italien es mehr als riskant wäre, wenn die PCI aus dem Glashaus mit Steinen auf die Sowjetunion werfen würde.

* * *

Die zunächst von der kleinen Radikalen Partei initiierten und dann auch von der revolutionären Linken unterstützten »acht Referenden« haben, fast schon wider Erwarten, doch noch die erste Hürde überwunden: Es ist gelungen, innerhalb der gesetzlichen Frist in Italien über 700.000 Unterschriften zu sammeln (die genauen Zahlen schwanken zwischen den einzelnen acht Punkten), so daß die »acht Referenden« jetzt zur Volksabstimmung gestellt werden können. Bei den Referenden geht es vor allem um die Forderung nach Aufhebung bzw. Nichtbeschließung antidemokratischer Gesetze. Die Unterschriftensammlung für die »acht Referenden« hatte zum jetzigen Zeitpunkt eindeutig den Charakter eines öffentlichen Protestes gegen den »historischen Kompromiß« DC—PCI und gegen die Faschisierung.

Die Zahl der gesammelten Unterschriften entspricht im Landesdurchschnitt 1,7% der erwachsenen Bevölkerung. Einzelne Ergebnisse aus den Großstädten sind erheblich besser: In Rom haben 7,66% unterschrieben, in Turin 6,93%, in Mailand 6,91%, in Bologna (PCI-regiert) immerhin 4,33%, in Verona 3,82%... Das sind relativ gute Ergebnisse, wenn man bedenkt, daß das Sammeln der Unterschriften erheblich schwieriger ist als das Gewinnen von Wählerstimmen, daß PR und revolutionäre Linke die Kampagne praktisch allein geführt haben, lediglich von verschiedenen demokratischen Persönlichkeiten unterstützt, und daß selbst die zunehmend im Kielwasser der PCI segelnde »manifesto«-Gruppe (entspricht etwa dem westdeutschen SB) mit der Kampagne nichs zu tun haben wollte.

* * *

Zu weiteren sieben Jahren Haft wurde im Juni in Mailand Renato Curcio verurteilt, der als einer der Führer der »Roten Brigaden« (BR) galt. Dies summiert sich mit früheren Urteilen gegen Curcio schon auf 17 Jahre. Außerdem steht noch der Hauptprozeß gegen die BR in Turin aus, wo u.a. auch Curcio erneut angeklagt sein wird.

Mit Curcio standen in Mailand auch vier weitere Angeklagte vor Gericht. Sie wurden zu Strafen zwischen zweieinhalb und fünf Jahren verurteilt.

Der Prozeß gegen Curcio und Genossen lief in »Stammheimer« Klima ab. Dazu gehörte auch, daß den Angeklagten Agenten der Justiz als sogenannte »Pflichtverteidiger« aufgezwungen werden sollten, darunter auch mindestens ein Staatsanwalt, der nach dem Prozeß offen triumphierte, *»daß die Roten Brigaden die Justiz nicht in die Knie zwingen können«* (»Welt«, 25.6.).

* * *

Am 1. Juli wurde in Rom Antonio Lo Muscio auf offener Straße von einem Polizisten »hingerichtet«. Lo Muscio, der als eines der meistgesuchtesten Mitglieder der »NAP« (»Bewaffnete Proletarische Kerne«) galt, hatte mit zwei Genossinnen, Franca Salerno und Maria Pia Vianale, auf der Treppe vor einer Kirche gesessen. Die drei hatten Zeitung gelesen und Pfirsiche gegessen, als ein Bullen-Auto anhielt, um die Personalien zu überprüfen. Während Lo Muscio davonlaufen konnte, wurden die beiden Frauen brutal zusammengeschlagen (beide mußten später ins Krankenhaus gebracht werden). Lo Muscio soll »gedroht« haben, auf die ihn verfolgenden Polizisten zu schießen. Mehrere Schüsse aus Maschinenpistolen warfen ihn zu Boden. Als er bereits bewegungsunfähig dalag, lief einer der Bullen heran und schoß ihm aus kürzester Entfernung mit der Pistole in den Kopf. »Modell Deutschland« auf italienisch!



Griechenland - Türkei - Zypern

Zur politischen Lage auf Zypern

Im Juni besuchten mehrere Genossen der Griechenland/Türkei-Kommission den griechischen Teil Zyperns. Dabei war es uns möglich, wesentlich detailierte Einblicke in die politische Situation auf Zypern zu bekommen.

In einer Artikelserie, mit der w_ in diesem AK beginnen, wollen wir die Lebensbedingungen des Volkes, den antiimperialistischen Kampf der Zyprioten und die politischen Kräfte, insbesondere der Linken, vorstellen. Dabei kann schon vorweg gesagt werden, daß die hohe Politisierung im griechischen Teil Zyperns unsere Erwartungen bei weitem übertroffen hat und wir mit der EDEK, der sozialistischen Partei Zyperns, eine im höchsten Maß interessante Organisation mit Masseneinfluß kennengelernt haben.

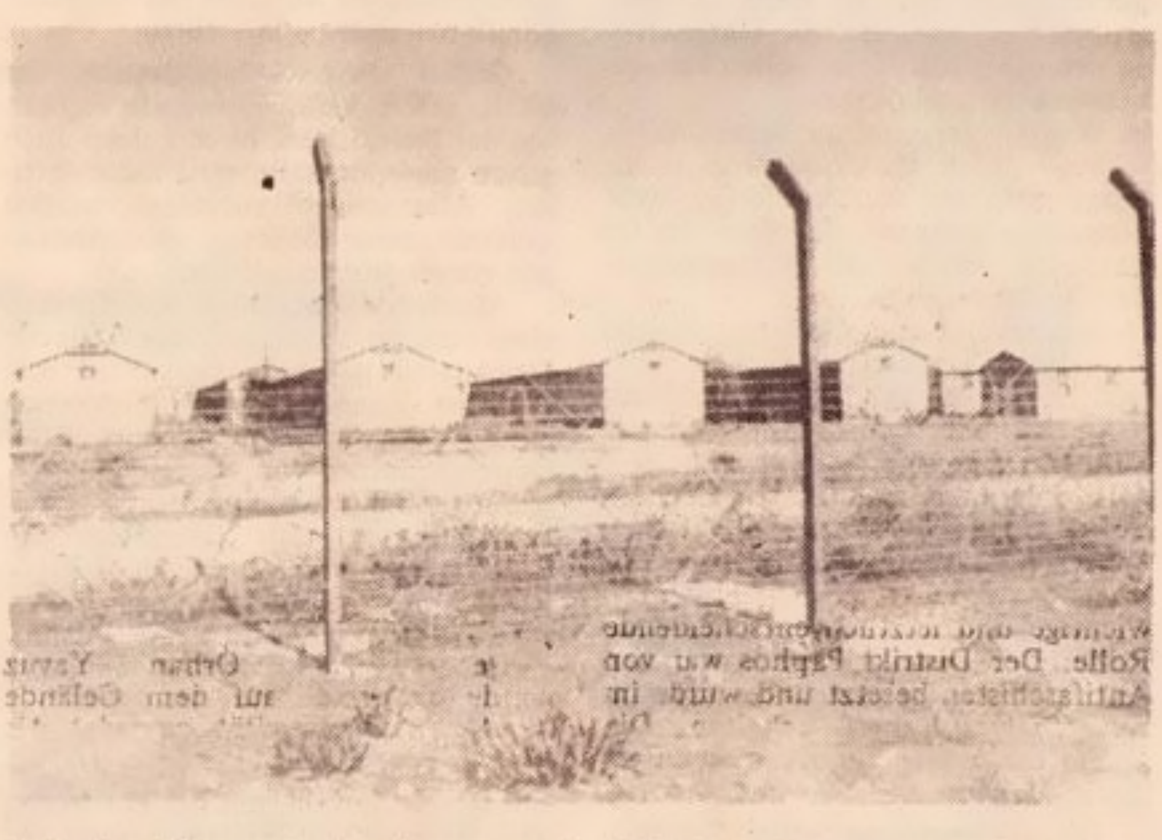
Gut zweieinhalb Jahre ist es her, seit am 15.7.74 griechische Faschisten im Auftrag der USA durch einen Putsch den Präsidenten Makarios beseitigen und Zypern an Griechenland anschließen wollten. Folge dieses Putsches war am 20.7.74 die Invasion von 40.000 türkischen Soldaten zum „Schutz" der türkischen Minderheit vor den herumziehenden Faschistenbanden des selbsternannten Präsidenten N. Sampson. Seltdem ist die Insel praktisch in einen türkisch-zyprischen und einen griechisch-zyprischen Teil geteilt. Rund ein Viertel der Bevölkerung wurde aus ihren Heimatstädten vertrieben oder zwangsumgesiedelt. Betroffen davon sind besonders die griechischen Zyprioten, von denen allein rund 200.000 aus dem jetzigen türkischen Teil der Insel vertrieben worden sind. Umgekehrt wurden ca. 8.000 türkische Zyprioten aus dem südlichen griechischen Teil zwangsumgesiedelt. Heute ist die Hauptstadt Nikosia geteilt, und es ist nicht möglich von einem in den anderen Teil der Insel zu gelangen, eine UN-„Friedenstruppe" bewacht die Teilung. Für die vertriebenen griechischen Zyprioten bedeutet dies, daß sie alles verloren haben, was sie besaßen, in Notunterkünften hausen und größtenteils arbeitslos sind. Im türkischen Teil der Insel terrorisieren vor allem Mitglieder der faschistischen MHP, die sogenannten „Grauen Wölfe", die von der türkischen Regierung in Zypern bevorzugt angesiedelt werden, die türkischen fortschrittlichen Kräfte und die noch wenigen griechischen Zyprioten.

Die Teilung der Insel hat die Wirtschaft des Landes lahmgelegt, 50.000 Häuser wurden durch den Krieg als Folge des Putsches zerstört, etwa 8.000 Zyprioten wurden getötet, 2.000 griechische Zyprioten, die im türkischen Teil der Insel lebten, werden vermißt.

Die zypriotische Bevölkerung führt gegen die imperialistischen Interessen bereits einen jahrhundertelangen Kampf.

Besonders blutig war dabei der Kampf gegen die englischen Imperialisten. Diese Kämpfe sowie der Putsch 1974 und die Invasion der türkischen Armee haben das Bew 'St-sein der zypriotischen Bevölkerung stark beeinflußt.

Dieses Bewußtsein drückte sich in den 1976 stattgefundenen Wahlen aus. Gegen die Faschisten der Eoka vita („Demokratische Bewegung") unter Führung von Clerides entstand ein Bündnis an dem die AKEL, die EDEK und eine liberale Gruppierung teilnahmen. Dieses Bündnis errang rund 70% der Stimmen und errang 34 der 35 Sitze im Parlament. Den 35. Sitz erhielt ein Unabhängiger. Clerides, der den Anschluß Zyperns an die Nato und die EG vertrat, errang nur 27% und keinen Sitz im Parlament. Der Sieg des fortschrittlichen Wahlbündnisses ist ein eindeutiges Votum für die Einheit Zyperns, für den Abzug der Invasionstruppen, Rückkehr der Flüchtlinge und gleiche Rechte für alle Zyprioten.



Britisches Konzentrationslager aus der Zeit des Befreiungskampfes. Über 4000 Menschen wurden hier festgehalten

Die ersten Eindrücke

Auffällig in den Städten der Südküste, vor allem in Limassol, war der englische Einfluß. Neben englischen Banken, Handelsketten und Geschäften ist neben der griechischen Sprache überall auch die englische Übersetzung zu finden. Gerade an der Küste genießen die Engländer ihre letzten imperialistischen Privilegien. So findet man an jeder schönen Bucht einen englischen Villenpart. Dieser setzt sich krass von den Lebensbedingungen der Zyprioten ab.

Auf welcher Blutkruste die Villen stehen, wurde beim Besuch des Museums des Befreiungskampfes gegen die Engländer deutlich.

In diesem Museum wird anhand von Dokumenten und Bildern der Befreiungskampf gegen die engli-

Fortsetzung auf Seite 43

Fortsetzung von Seite 42

schen Imperialisten geschildert, aber auch die Methoden der „Herren" gegen die Zyprioten deutlich.

Der Kampf gegen die Engländer organisierte sich Mitte der fünfziger Jahre unter Führung der EOKA, die in ihrer Führung nicht die Unabhängigkeit Zyperns wollte, sondern den Anschluß an Griechenland. Ein großer Teil der kämpfenden Menschen jedoch schloß sich dem Kampf mit dem Ziel der Unabhängigkeit Zyperns an. Die Engländer beantworteten diesen Kampf mit den Imperialisten eigenen Mitteln der Folter, Konzentrationslagern, Terror gegen Frauen und Kinder und der Ermordung hunderter von Kämpfern. Dabei standen sie in ihrer Grausamkeit dem deutschen Faschismus oder US-Imperialismus in nichts nach.

Noch heute halten die britischen Imperialisten neben den USA größere Militärbasen auf Zypern.

Im Landesinneren verschwindet völlig der englische Einfluß. Stattdessen findet man hier noch häufig Parolen der EOKA-B und „Enosis"-Parolen, die den Anschluß Zyperns an Griechenland beinhalten. Hierbei muß man allerdings berücksichtigen, daß diese an die Wände gesprühten Parolen sehr oft noch aus der Zeit vor 1974 stammen. Heute hat die Forderung nach Anschluß der Insel an das Festland keinen Masseneinfluß mehr wie in den fünfziger Jahren oder auch noch vor 1974. Der faschistische Putsch 1974, der durch die griechische Junta eingeleitet wurde, hat deutlich gemacht, was die Zyprioten beim Anschluß an Griechenland erwartet.

Und so formulieren heute die linken Parteien als erstes ihr Interesse des gemeinsamen Kampfes und der Einheit aller türkischen wie auch griechischen Zyprioten. Diese Forderung wird heute überall laut, so wird in jedem Gespräch betont, daß früher die türkischen und griechischen Zyprioten gut zusammen gelebt haben, in gemeinsamen Gewerkschaften organisiert waren und ihrer Verbundenheit mit den türkischen Zyprioten, die heute unter der faschistischen Knute ihrer „Befreier" aus der Türkei leben, wird jedem sichtbar.

So wurden die vor 1974 noch türkisch-zypriotischen Dörfer von den dort jetzt lebenden griechisch-zypriotischen Flüchtlingen nicht verändert. Über den Kaffeehäusern hängen noch die türkischen Beschriftungen, die türkische Moschee wird erhalten, es wird alles getan um deutlich zu machen, daß die türkisch-zypriotischen Freunde schon morgen in ihre unverändert gebliebene Heimat zurückkehren könnten. Nur die faschistischen Banden haben nach dem Putsch Plünderungen vorgenommen. Hierbei stießen sie auf den scharfen Widerstand der griechischen Zyprioten, die die Verfolgten nicht selten in ihren Häusern versteckten. Dieses geschah auch umgekehrt bei der Invasion der türkischen Armee.



Selbst vor der Terrorisierung der Kinder schreckte der britische Imperialismus nicht zurück

Die Flüchtlinge

Die über 200.000 Flüchtlinge, die aus dem von der Türkei besetzten Teil stammen, gehören zu den bewußtesten antiimperialistischen Kräften.

„Trotz ihrer elenden Lebensbedingungen in Zelten, selbstgezimmerten Baracken und anderen Notunterkünften haben sich die eigentlichen Opfer der Invasion eine bewundernswerte politische Moral erhalten. So bestehen sie weiterhin bei einer Lösung darauf, daß dieses nur eine Lösung auf der Basis der UN-Beschlüsse sein kann, was beinhaltet die Rückkehr aller Flüchtlinge und die Forderung nach einem blockfreien Zypern" (Zypern, im Fadenkreuz der Nato, Rotbuch-Verlag).

Diese beschriebene Situation des 1976 erschienenen Buches kann auch heute, drei Jahre nach der Invasion, bestätigt werden. Zwar leben nur noch 4.000 Menschen in Flüchtlingslagern, ein großer Teil lebt in ehemals türkisch-zypriotischen Dörfern, aber so haben sie die Hilfe des US-Imperialismus abgelehnt, der durch ein großzügiges Bauprogramm die Flüchtlinge auf Dauer in den Süden verbannen wollte.

Die Flüchtlinge sind heute ein starker Garant im Kampf gegen imperialistische Lösungen, die nichts anderes im Auge haben, als den Zustand einer geteilten Insel zu verfestigen.

Hier spricht der befreite Sender Radio Paphos

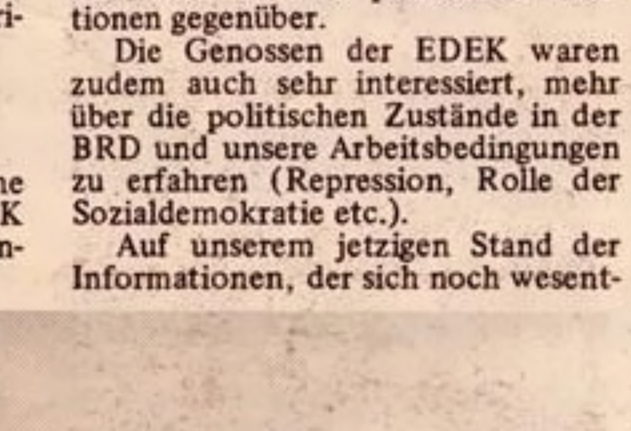
Südwestlich von Paphos, an einer wunderhübschen Bucht und daher auch von englischen Villen heimgesucht, steht eine kleine Radio-Station. Diese Radio-Station spielte während des Putsches 1974 eine wichtige und letztlich entscheidende Rolle. Der Distrikt Paphos war von Antifaschisten besetzt und wurde im bewaffneten Kampf gehalten. Die Antifaschisten bedienten sich dieser Radio-Station um die Bevölkerung zu informieren. Neben der politischen Agitation und politischen Freiheitsliedern, vorwiegend von Theodorakis, wurde auch versucht, den Widerstand zu organisieren.

Über diesen Sender erfuhr Makarios, der sich auf der Flucht im Kloster Kikko befand, von dem befreiten Gebiet.

So konnte er seine Flucht über Paphos fortsetzen und von dort aus wurde er aus Zypern ausgeflogen. Damit war ein wesentlicher Plan der Imperialisten gescheitert, Makarios als Symbol eines unabhängigen Zyperns zu töten und durch den den Nato-Imperialisten ergebenen Clerides zu ersetzen.

EDEK

Als interessanteste fortschrittliche Organisation lernten wir die EDEK (sozialistische Partei Zyperns) kennen.





Flüchtlingslager
Trotz ihrer elenden Lebensbedingungen gehören die Flüchtlinge zum bewußten Teil der antiimperialistischen Bewegung

Gestoßen waren wir auf sie bereits aufgrund zahlreicher revolutionärer Plakate, die uns ihres revolutionären Ausdrucks wegen ins Auge gefallen waren.

Außerdem hatte die revisionistische AKEL uns im Gespräch auf die EDEK aufmerksam gemacht, da sie von ihr als einer „linksextremistischen Organisation" sprach, von der sie sich im wesentlichen an der Frage ob ‚bewaffneter Kampf oder Verhandlungen' unterscheide.

Was unser Interesse an dieser Organisation in mehreren Gesprächen besonders weckte, war neben der Übereinstimmung in einer ganzen Reihe von politischen Einschätzungen auch das politische Klima, in dem diese Gespräche stattfanden:

Nämlich ein Klima einer lebendigen politischen Debatte und Offenheit auch anderen politischen Positionen gegenüber.

Die Genossen der EDEK waren zudem auch sehr interessiert, mehr über die politischen Zustände in der BRD und unsere Arbeitsbedingungen zu erfahren (Repression, Rolle der Sozialdemokratie etc.).

Auf unserem jetzigen Stand der Informationen, der sich noch wesentlich auf persönliche Gespräche und Eindrücke stützt – die Übersetzungsarbeiten des uns vorliegenden Materials sind noch nicht abgeschlossen – kann man über die EDEK aber sicherlich sagen, daß sie politisch unterschiedliche Kräfte einschließt: von Marxisten-Leninisten bis hin zu bürgerlichen Kräften, die Positionen wie denen der Sozialisten in den Mittelmeernachbarstaaten nahestehen bzw. teilen (also ähnlich der linkssozialistischen PA.SO.K unter Papandreou in Griechenland in ihrer Gründungsphase 74/75.

Zur Geschichte der EDEK

Die EDEK wurde 1970 gegründet. Der Kern der damaligen EDEK bestand im wesentlichen aus patriotischen Kräften und Genossen, die unter dem heutigen Parteisekretär der EDEK, Lissaridis, in militärischen Einheiten sowohl gegen den britischen Imperialismus wie auch gegen die späteren Übergriffe der Türken gekämpft hatten.

In diesen Kämpfen bildete sich die EDEK als Organisation wesentlich auch in Abgrenzung zur AKEL heraus, der viele der heutigen EDEK-Genossen angehörten (Lissaridis selbst war bis 1950 Mitglied der AKEL). Die AKEL, damals die einzige linke Organisation mit großem Einfluß in der Bevölkerung, hatte im Kampf gegen den britischen Imperialismus auf den bewaffneten Kampf als politisches Mittel verzichtet.

Damit war die Führung des bewaffneten Widerstandes in der damaligen „patriotischen Front" nationalistischen und rechten Kräften überlassen, die EOKA (1955 gegründet) nahm damals mit Grivas als Führer des militärischen Flügels am bewaffneten Kampf gegen die Briten teil.

Als nach der Unabhängigkeit (1960) sich Zypern auch wirtschaftlich stärker entwickelte, eine neue Schicht von Händlern entstand, Zypern Mitglied im Commonwealth wurde, erreichten die Rechten innerhalb der patriotischen Front die Führung.

Ein wesentlicher weiterer Auseinandersetzungspunkt, aufgrund dessen die EDEK gebildet wurde, war die Frage der Stellungnahme gegenüber der griechischen Junta.

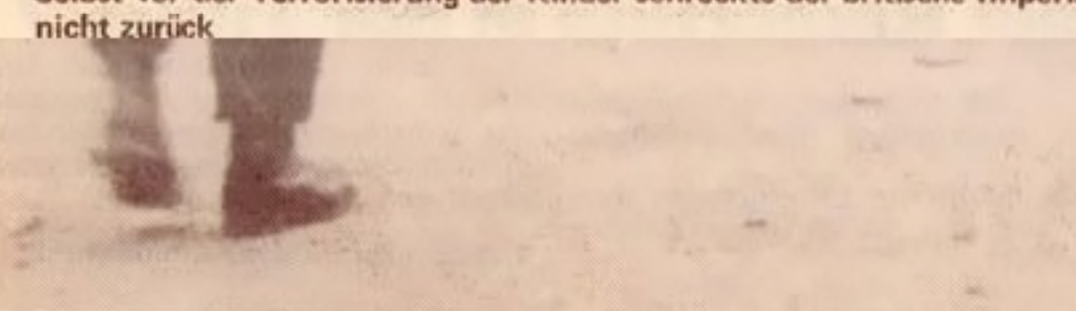
Der rechte Flügel der patriotischen Front unterstützte die griechische Junta, während die Kräfte um Lissaridis die Junta als Marionette des Imperialismus verurteilten, ein „Komitee zur Verteidigung der demokratischen Rechte in Griechenland" bildeten, politischen Flüchtlingen halfen und den antifaschistischen Widerstand in Griechenland auch propagandistisch unterstützten.

Die Verbindungen zum griechischen Widerstand, insbesondere auch zur PAK (Vorläufer der PASOK), auch die Verbindungen zu anderen antiimperialistischen Organisationen (z.B. wurden bereits 1967 Genossen der MPLA auf Zypern unter Lissaridis militärisch ausgebildet) prägen wesentlich mit den Charakter der EDEK als antiimperialistischer Organisation.

(wird fortgesetzt)

Griechenland/Türkei-Kommission

Türkei: Nach den Wahlen
Der faschistische Terror geht weiter!



Selbst vor der Terrorisierung der Kinder schreckte der britische Imperialismus nicht zurück

Türkei: Nach den Wahlen
Der faschistische Terror geht weiter!

Türkei: Die faschistischen Kommandos der „Grauen Wölfe" setzen auch nach den Wahlen ihre gezielten Aktionen zur Ermordung von Linken und zur Einschüchterung der Bevölkerung fort. Allein in der Zeit vom 8.6. bis 30.6. wurden zehn Linke ermordet und 13 Überfälle auf Arbeiter, Studenten und Rechtsanwälte verübt, die brutal zusammengeschlagen und verletzt wurden. Daß es die Faschisten, z.T. unterstützt von Gendarmerie oder Polizei, vor allem auf bekannte linke Persönlichkeiten abgesehen haben, zeigt sich besonders an der Ermordung des Studentenvertreters der Mittel-Ost-Universität (Ankara), Ertugul Karakaya, des Vorsitzenden des Volkshauses in Fatsa und des Dozenten der Atatürk-Universität in Erzurum, Orhan Yavuz. Gerade der letzte Fall ist ein Beispiel dafür, wie die „Grauen Wölfe" eine ganze Universität in Schach halten können.

„Wir können nicht einmal allein rausgehen..."

Der Dozent Orhan Yavuz wurde am 15.6. auf dem Gelände der Atatürk-Universität ermordet. Als er auf den Bus wartete, wurde er von drei „Grauen Wölfen" angesprochen, die vorgaben, ihn etwas fragen zu wollen. Da er in Begleitung eines Kollegen war, lockten die Faschisten ihn von der Haltestelle wag, während ein Faschist bei Orhans Kollegen blieb, so daß dieser Orhan nicht beistehen konnte. Auf einer Wiese zogen die Faschisten ihre Messer und stachen Orhan nieder. Daß es sich um berufsmäßige Killer handelt, brachte der Autopsiebericht zutage: Der erste Stich ging ins Herz und bevor der Mörder das Messer aus Orhans Körper rauszog, drehte er es einmal um. Insgesamt wurde Orhan mit acht Stichen niedergestochen.

Die Hochschullehrer der Atatürkuniversität stehen unter ständiger Morddrohung seitens der Faschisten. Schon vor der Ermordung von Orhan wurde einer seiner Kollegen so brutal zusammengeschlagen, daß er mehrere Tage bewußtlos im Krankenhaus lag. Orhan selbst schrieb vor sechs Monaten in einem Brief an einen Freund: *„Seit September versuchen wir, unsere Lebenssicherheit in einer Situation, wo im wahren Sinne des Wortes ein Terrorregime und Dschungelgesetze herrschen, im Rahmen des Möglichen mit eigenen Mitteln zu gewährleisten. Wir erwarten weder von der Polizei und Justiz, noch von der Regierung irgend etwas. Wir sind jeden Moment der Gefahr der Ermordung ausgesetzt. Ich glaube, daß der Terror, dem besonders meine Kollegen ausgesetzt sind, nirgendwo in der Welt wiederzufinden ist. Wir können nicht einmal allein rausgehen, noch an freien Tagen in die Uni gehen. Wir haben unsere Situation dem Fernsehen und der Presse bekannt gemacht, aber niemand kümmert sich darum, als wenn Erzurum nicht ein Teil dieses Landes wäre."*

Die Bedrohung für die Linken in Erzurum ist derart, daß sie selbst kleine Strecken, wie 200 Meter mit dem Taxi zurücklegen müssen. Die Faschisten halten alle Studentenwohnheime der Stadt besetzt, so daß die fortschrittlichen Studenten sich von eigenem Geld gemeinsam Wohnungen mieten müssen, wo sie dennoch laufend Überfällen ausgesetzt sind. Dementsprechend fiel auch das Ergebnis der Parlamentswahlen am 5.6. aus (Wahlurnen wurden auch in Studentenwohnheimen aufgestellt): MHP 900, MSP 200, AP 100 und CHP 70(!).

Breiter antifaschistischer Protest

Gleich am nächsten Tag nach der Ermordung von Orhan schickten die Vorstände von TÖB-DER (Lehrerverband), TÜMAS (Verband der Hochschulassistenten) und TUMÖD (Verband der Hochschullehrer) ein Protesttelegramm an den Staatspräsidenten Korutürk, in dem sie gegen die Ermordung protestierten und forderten, „schnellstens Maßnahmen für die Lebenssicherheit zu treffen." Ortsvereine dieser Verbände, Ärztekammer, Apotheker-Verein, verschiedene Akademiker-Gremien, die revisionistische Jugendorganisation und die revisionistische TSIP verbreiterten diesen öffentlichen Protest durch Erklärungen. In der Erklärung des Ortsvereins der Hochschullehrer von Istanbul heißt es: *„Die MC-Regierung (Nationale Front-Regierung), die wie eine Killerbande arbeitet, hat ihre Terror-, Isolations- und Vernichtungskampagne zusammen mit den „Grauen Wölfen" durchgeführt und setzt sie jetzt fort. Die Lebenssicherheit kann nur durch die Vernichtung dieser Organisationen gegewährleistet werden. Die „Grauen Wölfe" müssen verboten werden."* TSIP erklärte: *„Die Faschisten haben nach den Wahlen ihre Angriffe verstärkt, weil sie sich durch ihre Stimmengewinne ermutigt fühlen und weil die CHP an der Regierung ist."*

Der Trauerzug für Orhan wurde in Erzurum zur ersten Massendemonstration nach den Wahlen und

Fortsetzung auf Seite 44

Fortsetzung

Türkei Nach den Wahlen

die größte antifaschistische Demonstration, die Erzurum – eine Hochburg der Faschisten – je erlebt hat. Unter den Parolen: *„Für Bildungsfreiheit!" „Für Lebenssicherheit!" „Nieder mit den Faschisten!" „Schluß mit der faschistischen Besetzung!" „Ihr Faschisten, Ihr werdet in dem Blut, das Ihr vergossen habt, ertrinken!" „Die Mütter gebären, die Faschisten bringen um!"* zogen Zehntausende durch die Stadt, selbst der Bürgermeister und der Rektor der Atatürk-Universität mußten der Form halber an der Demonstration teilnehmen.

Auch in Istanbul wurde eine Demonstration durchgeführt. In seinem Aufruf erklärte der Verein der Hochschulassistenten: *„Die Faschisten greifen ohne Unterschied jeden an, der nicht zu ihnen gehört. Der Faschismus steigert seine Angriffe, wenn er durch Gleichgültigkeit noch ermutigt wird. Alle Organisationen müssen sich an dem wachsenden antifaschistischen Kampf beteiligen. Die Faschisten werden auf jeden Fall geschlagen werden!"*

Verhaftete wieder freigelassen!

Es ist dem massenhaften Protest und den eigenen Recherchen und Enthüllungen von Antifaschisten, die in der liberalen Zeitung „Cumhurriyet" veröffentlicht wurden, zu verdanken, daß die Behörden ihre Ermittlungen vorangetrieben haben. Erst mehrere Tage nach der Ermordung von Orhan wurden drei Tatverdächtige festgenommen, gegen 14 Personen wird insgesamt ermittelt, obwohl der Kollege von Orhan, der dem bestialischen Mord ohnmächtig zusehen mußte, klare Aussagen gemacht hat. Am 1. Juli gab der Staatsanwalt bekannt, daß die drei Verhafteten „mangels Beweisen" wieder freigelassen wurden. Der mögliche Regierungswechsel zur CHP allein stellt für die antifaschistische Bewegung noch kein Fortschritt dar, solange nicht darangegangen wird, die faschistischen Organisationen zu zerschlagen und die staatlichen Stellen von Faschisten und denjenigen zu säubern, die die Faschisten decken.

Ein Anfang in diese Richtung wurde mit der Entlassung des faschistoiden Direktors der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt, Karatas, am 22.6. gemacht. Karatas hatte fast alle fortschrittlichen Angestellten der TRT entlassen oder versetzt und an ihrer Stelle Faschisten eingestellt. Ebenfalls abgesetzt wurde der Rektor der Mittel-Ost-Universität, der versucht hatte, über monatelange Schließung und Besetzung der Uni durch Gendarmerie den Widerstand der fortschrittlichen Studenten gegen seine Begünstigungspolitik gegenüber den Faschisten zu zerschlagen. Beiden Maßnahmen gingen monatelange Widerstandsaktionen der Betroffenen und ihrer Organisationen und eine Serie von Prozessen vor dem Verwaltungsgericht voraus. Die CHP-Regierung hat nun erst einmal nichts weiter gemacht, als die vorliegenden Gerichtsbeschlüsse in die Tat umzusetzen, was die rechte MC-Regierung immer verweigert hatte.

Ein Erfolg der antifaschistischen Bewegung ist sicher, daß die Jugendlager in mehreren Teilen der Türkei, die vom Kultusministerium und Jugendministerium den „Grauen Wölfen" zur Verfügung gestellt wurden, „bis auf weiteres" nicht mehr benutzt werden dürfen. Die „Grauen Wölfe" hatten bei freier Kost und Logis (Lkws, Busse, Lehrer und Personal wurde alles gratis gestellt) die Lager unter der MC-Regierung für Karate-Ausbildung und Waffentraining benutzt.

TOD DEM FASCHISMUS UND ALLEN DIE IHN UNTERSTÜTZEN!

Griechenland/Türkei-Kommission

Stellungnahmen zu den türkischen Parlamentswahlen

Wir drucken im folgenden zwei Stellungnahmen von linken Organisationen ab, die nach den Wahlen erschienen sind.

Die linken Massenorganisationen (quasi die Gewerkschaften) haben in einer gemeinsamen Erklärung zu den Wahlen Stellung genommen. Dabei handelt es sich noch um die konkretesten Forderungen an eine in Aussicht stehende CHP-Regierung. Unserer Meinung nach sind das auch die wesentlichsten Organisationen, die zur Zeit überhaupt Druck auf die CHP ausüben könnten.

An der Stellungnahme beteiligten sich folgende Organisationen: TÖB-DER (Lehrerverband), TMMOB (Bund der Architekten und Ingenieure), Koy-coop (Verband der Genossenschaftsbauern), Volkshäuser, TÜM-DER (Beamtenverein), TÜS-DER, TÜTED (Verein der Techniker), Zeitgenössische Juristen, Devrimci Genclik, TÜMAS (Hochschulassistenten), TÜMOD, TIB (Volkswirte) und der Frauenverein Ankara.

In der Erklärung heißt es u.a.: *„In den Wahlen haben unsere Arbeiterklasse und unser werktätiges Volk den MC-Parteien die gebührende Antwort erteilt ... Unser Land und unser Volk kann eine Regierung á la MC nicht mehr dulden. Ecevit soll eine Regierung mit demokratischem Charakter zustandebringen.*

Es muß im Land Ausbildungsfreiheit und Lebenssicherheit schnellstens gewährleistet werden. Die Ausbildung muß demokratisiert werden. Die rassistischen, chauvinistischen und assimilatorischen Bestimmungen, die noch verschärft worden sind, müssen aufgehoben werden.

Die staatlichen Institutionen müssen schnellstens von faschistischen Kadern gesäubert werden. Die internationalen Abkommen, die die wesentlichen Menschenrechte beinhalten, müssen Anwendung finden. Die verfassungsmäßigen Rechte müssen geachtet werden. Alle Einschränkungen der Meinungs- und Organisationsfreiheit müssen beseitigt werden." (Cumhuriyet, 16.6.)

Am konkretesten formulierte nach den Wahlen die linke Zeitung Devrimci Yol die Erwartungen der Werktätigen in eine CHP-Regierung: *„Die Wahlen haben stattgefunden. Die Wahlergebnisse sind schon bekannt. Die ökonomische, soziale und politische Krise dauert noch an. Sie wird sich weiter verschärfen. Die Frage „was wird jetzt?" wird durch die herrschenden Klassen auf die Frage „Was kann man gegen diese Krise machen?" reduziert. Man sieht eine CHP-Regierung vor, die als ein Mittel fungieren wird, die Stabilität – wenn auch vorübergehend – zu sichern. Mit Hilfe einer CHP-Regierung versucht man, für die wirtschaftliche Ausweglosigkeit, die in ein akutes Stadium eingetreten ist und für die politische Krise Lösungswege zufinden, auch wenn sie als vorübergehende Lösungen gelten. Das Problem wird als eine Aufgabe zur Stabilisierung und RETTUNG der Wirtschaft sowie des STAATES präsentiert. Die Vertreter der Monopolbourgeoisie bringen dies offen in der Presse zum Ausdruck und wollen, daß die CHP die Regierung übernimmt.*

Wenn die Repräsentanten der mit dem Imperialismus verschmolzenen einheimischen Monopolbourgeoisie von der „Stabilität" reden, meinen sie zweifellos die Geldabwertung, Disziplinierung und Sicherung der Ausbeutung und weitere Erhöhung der Profite. Die Stabilität, die die Monopolbourgeoisie verlangt, bedeutet für die Arbeiterklasse und alle besitzlosen Schichten Qual, Unterdrückung, Ausbeutung, Teuerung und Armut.

Die herrschenden Klassen schlagen die CHP als ein solches Mittel zur Stabilität vor.. Und die CHP-Führung scheint sehr willig zu sein, eine solche Stabilität zu sichern.

Dabei fing die Wahlkampagne der CHP mit Sprüchen wie „Volksmacht" an. Die CHP verfolgte eine Wahlstrategie, die die sich verstärkende Opposition gegen die Unterdrückung und Ausbeutung, den Haß gegen die faschistischen Angriffe und die Sehnsucht der Volksmassen nach einer echten Volksmacht für ihre eigenen Interessen kanalisieren wollen (Diese Strategie verfolgte die CHP in einer Zeit, in der eine alternative Volksbewegung nicht existierte). Die Wahlpropaganda der CHP bestand hauptsächlich aus Sprüchen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung, gegen den Faschismus und aus abstrakten Versprechungen über die Volksmacht. Z.B. haben sie folgende Versprechungen bei jeder Wahlveranstaltung wiederholt:

- *„Die Lernfreiheit und Sicherung des Lebens wird gewährleistet."*
- *„Die Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches werden abgeschafft."*
- *„Wir werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, die die Gesetze faschistisch auslegen.*
- *„Die Gedanken- und Organisierungsfreiheit wird gewährleistet."*
- *Die staatlichen Unternehmen werden von den faschistischen Banden gesäubert.*

Das werktätige Volk hat seine Stimme auf Grund dieser Versprechungen abgegeben.

Was erwartet man nun von einer CHP-Regierung? Wir haben oft gesagt und geschrieben, daß die CHP-Regierung nie die „Volksmacht" sein wird und daß sie weit davon entfernt ist, beurteilt man sie hinsichtlich der Interessen der von ihr vertretenen Klasse und ihres Programms. Es ist nicht die Volksmacht, was von der CHP erwartet werden kann. Damit von einer Volksmacht die Rede sein kann, müssen zumindest folgende Forderungen erfüllt sein:

- *Sämtliche Beziehungen der Türkei mit imperialistischen Ländern müssen beendet werden. Denn diese Beziehungen sind die Ursachen der Ausbeutung und Gewaltherrschaft in unserem Land. Aus den imperialistischen Bündnissen wie NATO, CENTO, EWG, imperialistischen Energiebündnissen muß ausgetreten werden.*
- *Sämtliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiter, die die Organisierung in den Gewerkschaften, die Gewerkschaftswahlen und die freien gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe verhindern, müssen aufgehoben werden. Ohne Berücksichtigung des Geschlechtes muß gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden. Das Recht auf den Generalstreik muß in das Gesetz aufgenommen werden, die tägliche Arbeitszeit der Lehrlinge auf 6 Stunden reduziert, die Arbeitslosigkeit verhindert werden.*
- *Die Ländereien der Großgrundbesitzer müssen konfisziert und an die armen besitzlosen Bauern verteilt werden.*
- *Es müssen ökonomische Maßnahmen und Investitionen auf die Tagesordnung gebracht werden, die sich nach den Grundbedürfnissen des Volkes richten. Die Banken, Versicherungsgesellschaften, sämtliche Finanzinstitute, der Außenhandel, die ausländischen und einheimischen Monopole müssen verstaatlicht werden.*
- *Sämtliche faschistische Gesetze müssen aufgehoben, faschistische Institutionen, MIT, Kontra-Guerilla Organisation und ihre zivile Einrichtung Ülkü Ocaklari sowie die Bereitschaftspolizei müssen aufgelöst werden.*
- *Die chauvinistische und faschistische Unterdrückung der kurdischen Nation muß aufgehoben das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation bedingungslos anerkannt werden."*

Griechenland/Türkei-Kommission

Metaller weiter im Streik

Türkei. Die Streikfront der Metallarbeiter in der Türkei steht weiterhin. Wie schon in AK 106 berichtet, hatte der Verband der türkischen Metallunternehmer (MESS) aufgrund der breiten Beteiligung (anfangs 30.000, inzwischen schon 40.000 Streikende) das Angebot gemacht, alle Forderungen bis auf die wesentliche, die Wiedereinstellung der wegen der Beteiligung am Generalstreik gegen die SS-Gerichte Entlassenen, zu erfüllen. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter (Maden-Is, Mitglied der DISK) hatte dieses Angebot abgelehnt. Der MESS hat daraufhin – mit einem Streik- und Aussperrungsfonds von 1 Mrd. Türk. Lira (ca. DM 150.000) im Rükken – seine Position weiter verschärft und verlangt jetzt von der Maden-Is, daß sie auf alle Forderungen verzichtet, die eine Erhöhung der Löhne und der Zuschläge u. a. Nebenforderungen über die gesetzlichen Mindestgrenzen hinaus bedeuten. Das bedeutet absolute Konfrontation, weil alle Forderungen über diese Mindestgrenze hinausgehen. Maden-Is antwortete auf diese Provokation mit der Parole: *„Wir werden MESS zerquetschen!"*

Trommelfeuer der Kapitalisten

War das Angebot, alle Forderungen bis auf die Wiedereinstellung der politisch Entlassenen zu erfüllen, schon ein Versuch, die Streikfront in „ökonomische" und „politische" Forderungen zu spalten, versuchen die Kapitalisten auf dieser Linie, die Metaller von der übrigen Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Bewegung zu isolieren, indem sie sie als von „Linksradikalen manipuliert" hinstellen. So erklärte der Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes: *„Der Streik ist lange geplant und es stecken politische Ziele dahinter. Es wird versucht, vor und nach den Wahlen eine bestimmte politische Situation zu schaffen. Die Unterstützung von Organisationen für den Streik, die mit den Arbeitern nichts zu tun haben, zeigt, daß politische Ziele dahinter stecken".* Weiterhin versuchte er, die Metaller zu demoralisieren, indem er behauptete, daß nicht 40.000, sondern nur 11.000 Arbeiter am Streik beteiligt seien, und drohte, daß der Arbeitgeberverband „nicht zulassen wird, daß MESS zerquetscht wird". Das bedeutet, daß der MESS über seinen eigenen Streikfonds hinaus noch Unterstützung der anderen Kapitalistenverbände erhalten wird.

Breite Unterstützung für die Metaller

Bis zum 28.6. haben über 20 Gewerkschaften und andere Berufsorganisationen wie TÖB-DER, Kulturvereine, Ingenieur-Kammer sowohl in den Streikzentren als auch national unter ihren Mitgliedern als auch in den anderen fortschrittlichen Organisationen zu Kampagnen der materiellen und politischen Solidarität aufgerufen. So hat der TEK-GES-Is (Techniker im Energiebereich) zugesagt, daß 5.000 Energiearbeiter einen Tageslohn spenden werden, Maden-Is selber ruft alle Metallarbeiter der nicht bestreikten Betriebe auf, daß jeder Arbeiter pro Tag ein Brot und pro Monat ein Kilo Fleisch spendet und der Verband der Genossenschaftsbauern von Manisa hat seine Unterstützung zugesagt. Zehn Gewerkschaften und Vereine schreiben in ihrer Solidaritätserklärung: *„Heute wird auf die Arbeiter jede Art von Repression und Gewalt ausgeübt. Aber die gesellschaftliche Opposition entwickelt sich und nimmt neue Formen des demokratischen Kampfes an. Die Kapitalisten organisieren sich gegen den Kampf im höchsten Maße und setzen die Repression fort. Das letzte Beispiel dafür ist die Haltung von MESS, der die gerechten Forderungen der Arbeiter ablehnt und den progressiven Kampf der Arbeiter unterdrücken will. Die Metaller werden MESS niederwerfen!"* Die Kammer der Architekten und Bergbauingenieure rufen in einem Telegramm an Maden-Is ihre *„Mitglieder und alle Patrioten zur Unterstützung des Streiks auf und wendet sich gegen jede Repression und alle Maßnahmen, die die Errungenschaften der Arbeiterklasse zermürben und einschränken wollen".*

An dieser breiten Unterstützung werden die Kapitalisten gehörig zu knacken haben. Am 18. Streiktag hatten die Kapitalisten schon einen Produktionsverlust von 30 Mrd. Türk. Lira (knapp 1 Mrd. DM) und den Profit für 1 1/2 Mill. Arbeitsstunden verloren. Die Auswirkungen des Streiks greifen schon auf die Zulieferindustrie und die abnehmenden Betriebe über (nach „Cumhurriyet", 12.6. bis 29.6.).

Für die vollständige Erfüllung der Forderungen der Metaller!

Griechenland/Türkei-Kommission

Erneut rechtsradikale Regierung in der Türkei?

Die nach den Wahlen vom Staatspräsidenten Korutürk für die Regierungsbildung beauftragte sozialdemokratische CHP mit ihrem Vorsitzenden Ecevit ist gescheitert. Sie konnte beim Vertrauensvotum am 2.Juli im Parlament nicht die notwendige Mehrheit gewinnen. Von den 450 Abgeordneten stimmten nur 217 Abgeordnete für das Programm Ecevits, während 229 dagegen stimmten. Zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Gegenstimmen kamen aus dem Lager der alten „Nationalen Front-Regierung" (MC-Regierung) wo vor allem die Faschisten der MHP stärkeres Gewicht nach den Wahlen haben.(s. AK 106)

Staatspräsident Korutürk hat nun Demirel von der rechtskonservativen Gerechtigkeitspartei (AP) beauftragt eine Regierung zu bilden. Am 7.7. einigte sich Demirel mit dem Chef der „Nationalen Heilspartei", Necmittin Erbakan, im Prinzip über eine erneute Zusammenarbeit. Ebenfalls am Donnerstag traf Demirel mit dem Führer der faschistischen „Partei der Nationalen Bewegung", Türkes, zusammen. Die Gespräche sollen ebenfalls „positiv" verlaufen sein. Damit dürfte zumindest kurzfristig einer Neuauflage der rechtskonservativen Demirelregierung nichts mehr im Wege stehen. Dieses Bündnis dürfte allerdings noch rechtslastiger als bisher schon werden. Schließlich haben die Faschisten ihre Stimmen verdreifacht und werden sich somit in ihrem offen provokativen Verhalten bestärkt sehen. Ob es langfristig zu einer erneuten MC-Regierung kommt, ist äußerst zweifelhaft, da es den Imperialisten und der türkischen Bougeoisie darauf ankommt, den Einfluß des Sozialdemokraten Ecevit innerhalb der Arbeiterbewegung, der Intelligenz und der ärmeren Schichten für die Regierungspolitik nicht unbeachtet zu lassen.

Dies ist vor allen Dingen notwendig, denn der Weg, der der Türkei von den Imperialisten vorgeschrieben ist, um aus der ökonomischen Krise herauszukommen, ist verbunden mit verstärkten Angriffen auf die Lebensbedingungen.

So hat der Internationale Währungsfond der Türkei eine Abwertung ihrer Währung um bis zu 40% vorgeschlagen. Im gleichen Atemzug sollen die Preise für Benzin, Dieseltreibstoff und Heizoel um 100% erhöht werden (Tagesspiegel v. 17.6.77). Und so ist der Weg nach der Ablehnung der Minderheitsregierung Ecevit geöffnet für eine Koalition zwischen CHP und AP. So schreibt die Frankfurter Allgemeine(FAZ) vom 4.7.77, daß es jetzt nicht um Wählerstimmen und Mandate gehe, sondern *„um den Fortbestand der Demokratie und das Funktionieren der Staatsorgane." „Glaubt Bülent Ecevit, der Optimist, bei seiner Verheißung einer schnellen Beilegung der Regierungskrise an die Möglichkeit einer großen Koalition mit der Gerechtigkeitspartei? Demirels Verhalten rechtfertigt derartige Zuversicht keinesfalls. Aber vor dem Abgrund der inneren und äußern Probleme sind alle politischen Veränderungen in Ankara möglich, auch ein Machtwort der Generale"* (FAZ, 5.7.77).

Zweifellos sind alle imperialistischen Lösungen für die Türkei denkbar. Die erneute MC-Regierung dürfte nur eine Übergangslösung sein entweder in die totale Diktatur oder die Imperialisten ziehen die CHP mit in die Regierungsverantwortung. Beide Lösungen haben ihre Vor- und Nachteile für die Imperialisten. Hätten diktatorische Zustände den Vorteil, die Linke weitgehend einzudämmen und ohne große parlamentarische Spielchen ihr Konzept straff durchzuziehen, so liegt immer das Risiko darin, auf Massenbasis keine notwendige Unterstützung zur Erzielung besserer ökonomischer Daten zu erhalten. Außerdem versetzen diktatorische Zustände sehr häufig den reformistischen „3.Weg"-Vorstellungen einen kräftigen Schlag. Die revolutionären Ideen könnten erheblich Auftrieb bekommen.

Vor allem liegt eine Gefahr in einer weltweiten Isolierung einer faschistischen Türkei vom imperialistischen Markt, ähnlich wie in Chile. Der Vorteil der Beteiligung der sozialdemokratischen CHP dürfte vor allem darin liegen, daß, diese Partei ähnlich der SPD in der BRD oder der PCI in Italien große Teile der Arbeiterklasse am Konzept der Imperialisten mitbeteiligen könnte. Gefährlich dürfte den Imperialisten es allerdings werden, wenn unter notwendig liberaleren Zuständen einer CHP-Regierung die Linke eine gute antifaschistische Front aufbaut und daher von links auf diese Regierung Druck ausüben könnte.

Griechenland/Türkei-Kommission

KPdSU gegen »Euros«: Bisher ohne Höhepunkte

Nach der ersten offiziellen sowjetischen Attacke gegen den „Eurokommunismus", die in unerwartet scharfer Form in der „Nowoje Wremja" vom 23. Juni vorgetragen wurde, hat es inzwischen weitere Stellungnahmen aus dem revisionistischen Lager zu diesem Konflikt gegeben. Insgesamt läßt sich aber nicht verkennen, daß die öffentliche Polemik sich noch in ihrer „Anfangsphase" befindet, und etliche Parteien sich auch überhaupt noch nicht eingeschaltet haben. Möglicherweise besteht in großen Teilen des revisionistischen Lagers selbst auch noch die Hoffnung, daß die aufgebrochene Polemik wieder vermauschelt und die Spaltung vermieden werden kann. Nahrung dürften solche Hoffnungen in den vergangenen zwei Wochen durch ein „Klärungsgespräch" zwischen einer Delegation der italienischen KP und der KPdSU in Moskau erhalten haben, wie auch durch einen weiteren Artikel in der neuen Ausgabe der „Nowoje Wremja", in dem behauptet wird, daß die „Kritik" sich a u s s c h l i e ß l i c h gegen den spanischen KP-Chef Carillo und dessen Buch „Eurokommunismus und Staat" gerichtet habe, keineswegs aber gegen die spanische KP insgesamt oder gar gegen andere „eurokommunistische" Parteien. Aber mit solchen Hoffnungen werden sich diejenigen im revisionistischen Lager, die sie hegen, in die eigene Tasche lügen.

Die Kommentare der bürgerlichen Presse

Die Kommentare der bürgerlichen Presse zur Polemik zwischen den „Eurokommunisten" und „Realsozialisten" gehen überwiegend von einem unabwendbaren Bruch aus. Die „Frankfurter Rundschau" schrieb am 29.6., daß es sich um *„mehr als einen vorübergehenden Hauskrach"* handle. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 2.7. urteilte Harry Hamm zwar recht schnell, daß *„der erste offene Angriff Moskaus auf eine Bastion des Eurokommunismus ... gescheitert"* sei, daß Carillo bereits *„gesiegt"* habe und *„die Rechnung der Kreml-Ideologen"* nicht aufgegangen sei. Aber es sei dennoch (bzw. gerade deswegen) *„zu befürchten, daß weitere Maßnahmen bevorstehen, die keineswegs nur den Eurokommunismus betreffen, sondern das ganze Ost-West-Verhältnis"*. Die *„Scharfmacher im Kreml"* hätten *„einen größeren Einfluß erhalten"*, meint Hamm weiter – was allerdings allzu einfältig die Eröffnung der Polemik seitens der KPdSU als Ergebnis eines parteiinternen Fraktionskampfs darszustellen versucht, statt als Ergebnis taktischer Überlegungen aufgrund einer bereits länger absehbaren Entwicklung. Zu den Gesprächen der KPI-Delegation in Moskau schrieb Alfons Dalma dann in der „Welt" vom 5.7., daß diese *„alles andere als eine*

lung. Zu den Gesprächen der KPI-Delegation in Moskau schrieb Alfons Dalma dann in der „Welt" vom 5.7., daß diese „alles andere als eine

neue Etappe in der italo-kommunistischen Unabhängigkeit vom Kreml geworden" seien. Die „Welt" und ihre „Kommunismus"-Kommentatoren wie der zitierte Dalma, Herbert Kremp, H.-Herbert Holzamer, Carl Gustaf Ströhm, August Graf Kageneck und der Jesuiten-Pater Luigi Rosa sind aber eh darauf trainiert, die sich offen herausbildenden Differenzen innerhalb des revisionistischen Lagers zugunsten ihrer faschistoiden Hätschelei einer „kommunistischen Weltverschwörung" in den Hintergrund treten zu lassen, oder den „Eurokommunismus" allein deswegen, und ohne selbst die geringste Sorgfalt bürgerlichen Journalismusses zu beachten, als „gefährliches" Ungeheuer zu brandmarken, weil es auf dem heimischen Boden der westlichen Welt nistet. Besonders Kremp und Dalma nutzen den „Eurokommunismus" in letzterem Sinn sogar zu einer unverkennbar faschistischen „Kritik" an der bürgerlichen Demokratie aus. Kremp klagte die italienische Gesellschaft am 2.7. beispielsweise als eine *„nichtswürdige, weil staatsferne und teilweise verkommene bürgerliche Gesellschaft"* an, die *„in ihrer Seele den 'Handel' mit den Kommunisten längst abgeschlossen"* habe. Und Dalma hetzte am 18.6. gegen den „Eurokommunismus" als eine *„Erfindung des italienischen Geistes"*, der für *„die politische und die kulturelle Versteppung der europäischen Zivilisation der Vielfalt und der schöpferischen dynamischen Dialektik"* verantwortlich sei und zu einer *„Zwangspolitisierung der Individualität und der Freiheit"* führe.

Diese letzten Beispiele beweisen übrigens auch, daß es namentlich die r e a k t i o n ä r s t e n Soldschreiber der Bourgeoisie sind, die a m w e n i g s t e n die Differenzen zwischen den „Eurokommunisten" und der KPdSU usw. „hochspielen" – und stattdessen a m m e i s t e n deren „gleiche Ziele", „gleiche Interessen" usw. betonen. Kremp z.B. behauptet in seinem zitierten Artikel (ähnlich wie bis vor kurzem die DKP und andere „Realsozialisten"!), daß der „Eurokommunismus" eine bloße Erfindung sei – nur mit umgekehrtem Vorzeichen: daß er nämlich *„zu dem Zweck erfunden worden ist, von der fundamentalen Tatsache des Kommunismus abzulenken"*; daß es sich also letztlich um eine besondere List auch und vor allem der KPdSU handele, weil *„das Moskauer Anhängsel ... in Westeuropa bis jetzt nichts werden"* konnte und die *„zwielichtige Figur"* des Kommunismus sich daher *„einen neuen Namen anzuheiraten"* versucht. Kremp erklärt auch kurz und bündig (und man könnte dies ebenfalls mit den Beteuerungen der „Realsozialisten" verwechseln), daß es *„kein kommunistisches Schisma"* (Spaltung) gebe.

Die Revisionisten formieren ihre Truppen

Insgesamt hat der Konflikt zwischen „Eurokommunismus" und „Realsozialismus" sich bislang zu folgendem Stand entwickelt:

Spanien. Angel Mullor, Sprecher der spanischen KP, hatte auf den Artikel der „Nowoje Wremja" sofort gekontert, daß dieser nur die *„Unfähigkeit der Autoren dieser Angriffe zeigt, über die Vorstellungen des Eurokommunismus zu debattieren*

tert, daß dieser nur die „Unfähigkeit der Autoren dieser Angriffe zeigt, über die Vorstellungen des Eurokommunismus zu debattieren

– wie es unsere Partei tut – ohne Vorurteile und ohne sich an Dogmen zu klammern" („FAZ", 25.6.). Am 26.6. fand eine erweitere Sitzung des ZK statt, auf der 180 Delegierte bei nur einer Gegenstimme sich ausdrücklich hinter Carillo stellten („FR", 29.6.). Damit zerstoben sehr schnell die wahrscheinlichen Hoffnungen der KPdSU, mit ihren Attacken den Fanfarenstoß für eine Anti-Carillo-Fraktion innerhalb der spanischen KP zu geben. Besonders peinlich muß dabei für die KPdSU gewesen sein, daß auch Dolores Ibarruri, die erst wenige Wochen zuvor aus ihrem 40-jährigen Moskauer Exil nach Spanien zurückkehrte, Carillo in Schutz nahm („FR", 28.6.). Auf einer Pressekonferenz am 28.6. forderte Carillo eine offene Debatte über die Differenzen: *„Ich hoffe, ... daß Moskau wieder zur Vernunft kommt, denn auf diese Weise wird es nichts erreichen... Die Probleme zwischen uns müssen öffentlich diskutiert werden"* („FR", 29.6.). Dazu kündigte Carillo an, daß der Artikel der „Nowoje Wremja" von der spanischen KP nachgedruckt werde – und forderte die KPdSU auf, es mit den Antworten von spanischer Seite ebenfalls zu tun. Der Form nach entspricht dies der Haltung und den Vorschlägen der chinesischen KP zu Beginn der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung Anfang der 60er Jahre. Die KPdSU kam diesem Vorschlag seinerzeit nicht nach – eine positive Reaktion auf den ähnlichen Vorschlag Carillos ist bislang auch nicht bekannt. Mit einer gewissen Selbstsicherheit erklärte Carillo in der Pressekonferenz weiter: *„Wir werden nicht mit den Russen brechen, aber wenn die in Moskau mit uns brechen wollen, dann ist das ihre Sache"* („SZ", 29.6.).

Einer von der internationalen revisionistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" vom 28. bis 30.6. organisierten Konferenz zum Thema „Der Große Oktober und die Welt von heute" blieb die spanische KP fern („FR", 30.6.). Nachdem die „Nowoje Wremja" in ihrer neuen Ausgabe behauptete, die Angriffe hätten sich ausschließlich gegen Carillo gerichtet, erklärte Politbüro-Mitglied Manuel Azcarate dazu gegenüber der italienischen Zeitung „Il Giornale Nuovo": *„Mit dem neuen Artikel ist der Angriff Moskaus gegen die spanische Kommunistische Partei noch schwerwiegender geworden. Moskau sucht auf hinterlistige und keineswegs ehrliche Weise, sich in die inneren Angelegenheiten unserer Partei einzumischen. Denn was bedeutet: Wir greifen euch als Partei nicht an, wir greifen nur euren Generalsekretär an? Es handelt sich um ein durchsichtiges Manöver."* („FAZ", 9.7.).

Frankreich. Die französische KP hatte sich sofort an die Seite Carillos gestellt. Besonderen Nachdruck erhielt dies dadurch, daß der Generalsekretär der KPF, Marchais, selbst auf den Artikel reagierte, die Behauptung zurückwies, daß der „Eurokommunismus" eine *„Erfindung des Imperialismus"* sei und die *„völlige Unabhängigkeit"* der KPF unterstrich („SZ", 25./26.6.). Rene Andrieu, Chefredakteur des Parteiorgans „L.Humanite", erklärte gegenüber der westdeutschen „Welt": *„Moskau ist nicht mehr das Mekka des Kommunismus."* Die Selbständigkeit jeder KP sei *„auf dem Kongreß der kommunistischen Parteien in Berlin vor einem Jahr festgeschrieben (worden), und Moskau hat zugestimmt"*. Den Ausdruck „Eurokommunismus" bezeichnete Andrieu allerdings weiterhin als *„irreführend"* – während Marchais noch am 3.3.77 in einem Interview mit Radio Luxemburg dazu erklärt hatte: *„... die Formel geniert uns absolut nicht, und ich werde Ihnen sogar eines sagen: Ich übernehme sie voll für uns"* („Welt", 30.6.).

Das Parteiorgan reagierte auch unmittelbar und unmißverständlich auf den neuen Artikel der „Nowoje Wremja", der einen Keil in die „Eurokommunisten" hineinzutreiben versucht: *„Über sein (Carillos) Buch hinaus, an dem man gewisse Kapitel hätte kritisieren können, ohne zum Bannfluch und zu Beleidigungen Zuflucht zu nehmen, ist der Generalsekretär einer kommunistischen Partei durch eine ausländische Zeitung angegangen und in Zweifel gezogen*

flucht zu nehmen, ist der Generalsekretär einer kommunistischen Partei durch eine ausländische Zeitung angegangen und in Zweifel gezogen

worden. Dafür gibt es keine akzeptable Rechtfertigung, und der Autor des Artikels in ,Neue Zeit' erschwert den Fall noch, indem er eine Partei von ihrem Generalsekretär zu trennen versucht. Das ist ein unannehmbarer Vorgang" („FR", 8.7.).

Italien. Die italienische KP, die die einflußreichste innerhalb des „Eurokommunismus" ist, hat im Gegensatz zur KPF unseres Wissens bislang überhaupt noch nicht mit einer Stellungnahme ihres Generalsekretärs Berlinguer auf die sowjetische Attacke reagiert. Die erste Stellungnahme im Parteiorgan „L'Unita", wo der sowjetischen Polemik „Fälschung" vorgeworfen wurde, erschien auch an ziemlich untergeordneter Stelle auf Seite 10. Rund eine Woche nach dem Artikel in der „Nowoje Wremja" reiste dann auch schon eine KPI-Delegation (Giancarlo Pajetta, Paolo Bufalini, Emanuelle Macaluso) zu einem Gespräch mit KPdSU-Führern (Michail Suslow, Boris Ponomarjow, Vadim Sagladin) nach Moskau. Einen Tag vor dieser Reise warf „L'Unita" der Sowjetunion *„Unverständnis für die Realität der Arbeiterbewegung"* vor („SZ" 29.6.), und gab den an Carillo gerichteten Spaltungsvorwurf an die Adresse der KPdSU zurück: *„Auf einer solchen Grundlage* (Artikel der NW, AK-Red.) *eine Anpassung zu verlangen, bedeutet nicht, für die Einheit zu arbeiten. Es bedeutet im Gegenteil, die Spaltungen zu verstärken."* („Welt", 29.6.). Andererseits wurde Delegationsmitglied Macaluso aber auch am Vortag noch mit einer leichten Abgrenzung gegenüber der spanischen KP zitiert: es bestünden zwischen diesen beiden Parteien *„einige Verschiedenheiten in der Art und Weise, die Realität in den Ostländern und insbesondere in der UdSSR zu beurteilen"* („SZ", 29.6.). Das Treffen zwischen KPI und KPdSU wurde mit einer ausgesprochen schwammigen und (ähnlich dem Schlußdokument der Berliner Konferenz) jede Interpretationsmöglichkeit offenlassenden gemeinsamen Erklärung abgeschlossen, in der es z.B. heißt: *„Es wurde die Meinung vertreten, daß der Beitrag einer jeden Partei für die gemeinsame internationalistische Sache untrennbar mit ihrer unabhängigen Suche und der Ausarbeitung ihrer Politik verbunden ist"* („Welt", 4.7.). Die Kommentare der italienischen KP-Delegation nach ihrer Rückkehr sind bis heute ähnlich abgewogen: Macaluso sagte z.B., die italienische Delegation habe die Angriffe zurückgewiesen, und habe den KPdSU-Führern auch nicht verheimlicht, daß sie z.B. die Situation in der CSSR nach wie vor als *„eine ungelöste Krise"* betrachten würde („FR", 6.7.). Gleichzeitig soll Pajetta aber auch vertreten haben, daß das Carillo-Buch unhaltbare und beleidigende Thesen gegen Moskau enthalte; und ZK-Mitglied Donin meinte, daß ein Bruch mit der KPdSU bedeuten würde, *„daß die KPI keine kommunistische Partei mehr wäre"*, und daß die KPI-Basis dies *„niemals hinnehmen"* würde („SZ", 8.7.). In gewissem Widerspruch zu der ersteren, Pajetta zugeschriebenen Äußerung, steht wiederum die Meldung, daß die KPI das Buch Carillos nachdrucken wolle („FR", 7.7.77).

Griechenland Die KKE/Innland, die sich bereits vor fast 10 Jahren aus der KKE abgespalten hat, gab eine von ihrem Vorsitzenden Babis Drakopoulos unterzeichnete Erklärung heraus, daß der Artikel in der „Nowoje Wremja" eine *„Einmischung in die inneren Angelegenheiten der westeuropäischen kommunistischen Parteien"* sei („Frankfurter Rundschau", 30.6.).

Portugal. Alvaro Cunhal, Chef der portugiesischen KP, hat sich offenbar erwartungsgemäß an die Seite der KPdSU gestellt: *„Wir hegen ernste Zweifel an den Vorstellungen* (des span. KP-Chefs) *Santiagos"* („Süddeutsche Zeitung", 29.6.).

Großbritannien. Aus Großbritannien sind uns direkt zum Artikel der „Nowoje Wremja" noch keine Stellungnahmen bekannt. Allerdings scheint in der britischen KP eine Spaltung in

sind uns direkt zum Artikel der „Nowoje Wremja" noch keine Stellungnahmen bekannt. Allerdings scheint in der britischen KP eine Spaltung in

eine „eurokommunistische" und eine „realsozialistische" Partei immer unausweichlicher zu werden. In der ersten Juni-Hälfte hat eine Versammlung von rund 1.000 KP-Mitgliedern stattgefunden, die dem „eurokommunistischen" Kurs der britischen KP oppositionell gegenüberstehen. Ihr „Kopf" Sid French hatte vorher offen angekündigt, daß auf dieser Versammlung diskutiert werden sollte, wie der November-Kongreß der KP *„von der Unterstützung für osteuropäische Dissidenten und von der Bindung an die parlamentarische Demokratie in Britannien abzubringen"* sei. Sid French bezeichnete auf dieser Versammlung den „britischen Weg zum Sozialismus" (das ist der offizielle Name des geltenden Parteiprogramms) als *„Weg zum Opportunismus und in die Niederlage"*. Die Schätzungen der Anhänger Sid French's, reichen bis zu 40 %, der insgesamt 28.000 Parteimitglieder („The Guardian", 8.6. und 11.6. – „Le Monde", 9.7. schätzt die Anhänger Sid French's auf rund 5.000).

Schweden. Von Schweden sind uns ebenfalls noch keine Reaktionen direkt auf den Artikel der „Nowoje Wremja" bekannt; die Spaltung ist hie allerdings schon angelaufen. Nachdem im Frühjahr 1976 mehrere eng an der KPdSU orientierte Funktionäre aus der „Linkspartei- Kommunisten" ausgeschlossen worden waren (darunter der ehemalige Parteichef Hagberg, der Göteborger Bezirksvorsitzende Hagel und der nordschwedische Abgeordnete Lövenborg), erklärten am 1.3. dieses Jahres die Bezirksleitungen von Malmö, Göteborg und Västeras ihren Austritt aus der „Linkspartei-Kommunisten" und die Gründung der „Arbeiterpartei der Kommunisten". Kurz darauf schloß sich auch die nordschwedische Bezirksleitung Västernorrland um den ebenfalls im Vorjahr ausgeschlossenen Bezirksvorsitzenden Norberg (der seinen Ausschluß seinerzeit nicht akzeptiert hatte) dieser Neugründung an. Diese Spaltung ist bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend auf regionale Leitungsgremien und Leitungsmitglieder begrenzt und offenbar direkt von der im Vorjahr ausgeschlossenen Gruppe um Hagberg organisiert worden; in der bürgerlichen Presse wird allerdings eingeschätzt, daß rund ein Drittel der Mitglieder sich in der weiteren Auseinandersetzung der neugegründeten eng an der KPdSU orientierten „Arbeiterpartei..." anschliessen könnte. Die schwedische „Linkspartei" hat bei den letzten Parlamentswahlen einen Stimmenteil knapp über 4% erreicht und gehört damit, vor allem nach einer größeren Abspaltung, zu den kleineren „Euros" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" 2./3.3.77). Auf der Berliner Konferenz im Juni letzten Jahres hatte der Parteivorsitzende Lars Werner zwar nicht so offenkundig die Differenzen zur KPdSU angesprochen, wie seine Kollegen aus Spanien oder Frankreich, einige Passagen seiner dortigen Rede machten dies aber indirekt klar: *„Der proletarische Internationalismus beinhaltet ... die absolute Achtung des Selbstbestimmungsrechts jeder Partei und jeder Bewegung und die Souveränität, ihre Politik, Taktik und Strategie ohne jegliche Einmischung selbst festzulegen. ... Die schwedische Partei ist Anhänger eines Sozialismus, in dem die demokratischen Rechte vertieft und auf alle Teile des sozialen Lebens ausgedehnt werden. Wir sind Anhänger einer völligen Organisations- und Meinungsfreiheit. Meinungen dürfen niemals bestraft werden."* (Dokumente und Reden der Berliner Konferenz, S. 207).

Dänemark. Die dänische KP hat über ihre Parteizeitung „Land og Folk" auf Seiten der KPdSU Stellung bezogen, indem sie vom „Recht" der KPdSU auf „legitime Verteidigung" gegen die Kritik von Carillo usw. sprach („Le Monde", 9.7.). Diese Haltung war bereits seit langem festgelegt, z.B. auch durch gemeinsame Stellungnahmen von KP-Vertretern Bulgariens, Irlands und Griechenlands zur Berliner Konferenz (siehe letzter AK).

Jugoslawien. Die jugoslawische Zeitung „Politika" versuchte, die Angriffe der „Nowoje Wremja" mit der sowjetischen Kritik an Tito in den

Jugoslawien. Die jugoslawische Zeitung „Politika" versuchte, die Angriffe der „Nowoje Wremja" mit der sowjetischen Kritik an Tito in den

Jahren 1848/49 zu verleichen, als *„man"* auch *„um jeden Preis innerhalb dessen, was man Weltkommunismus nennt, Feinde aufspüren wollte"* („Süddeutsche Zeitung", 29.6.). Todor Kurtovic, Sekretär im Exekutivkomitee des Präsidiums des „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens", bezeichnete die hinter den Angriffen stehende sowjetische Auffassung vom *„proletarischen Internationalismus"* als für Jugoslawien *„völlig unannehmbar"* („Welt", 29.6.). Im jugoslawischen Fernsehen hieß es in einem Kommentar, es gehe dabei *„um die Anerkennung oder Nichtanerkennung des Rechtes der Kommunistischen und Arbeiterparteien im Westen, auf der Grundlage der eigenen Wirklichkeit eine eigene Strategie und Taktik und eine eigene Vision eines demokratischen Sozialismus in ihren Ländern zu schaffen"*. Im Kommentar wurde ferner vertreten, daß dieser Grundsatz auch auf der Berliner Konferenz angenommen worden sei („Süddeutsche Zeitung, 28.6.). Die jugoslawische Parteizeitung „Borba" hatte sich auch bereits im September vergangenen Jahres über eine *„Verfälschung der Übereinstimmung, die in Berlin erzielt wurde"*, beschwert („Le Monde", 4.5.77). Der BKJ hatte überhaupt schon frühzeitig, bevor die Sowjetunion selbst in die öffentliche Polemik eingestiegen war, den „Eurokommunismus" in Schutz genommen. So warf die „Borba" bespielsweise der tschechischen Parteizeitung „Rude Pravo" vor, daß sie eine *„Intoleranz gegenüber allen anderen Ansichten offenbare, die man einfach mit dem Etikett ,antikommunistisch' versehe"* („Monitor-Dienst", 7.2.77). Das BKJ-Organ „Komunist" hatte den „Eurokommunismus" direkt als potentiellen Verbündeten der Bewegung der blockfreien Staaten ausgemacht und ihn für eine *„progressive Umwandlung der kommunistischen Bewegung"* umworben. („Monitor-Dienst", 6.5.77).

Fortsetzung auf Seite 46

Rumänien

Fortsetzung von Seite 45

Das rumänische Pareiorgan »Scinteia« griff am 5.7. in die Auseinandersetzung ein: Es sei *»nicht nur das unveräußerliche Recht, sondern die Pflicht«* einer jeden KP, ihre eigene Politik zu entwickeln. Unter den heutigen Bedingungen sei die Existenz eines Führungszentrums *»völlig ausgeschlossen und unvorstellbar«* (»FR«, 6.7.). Eine Annäherung zwischen der RKP und den »Eurokommunisten« hatte es bereits zu Beginn dieses Jahres bei einem Besuch Berlinguers in Bukarest gegeben. In einem gemeinsamen Kommunique wurde dabei hervorgehoben, *»daß die vollständige Anerkennung des Rechts einer jeden Partei, über ihre politische Linie autonom und in völliger Unabhängigkeit zu entscheiden, die Grundvoraussetzung für die Entwicklung der internationalistischen Solidarität und Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien darstelle. Eine weitere Grundvoraussetzung sei die strikte Respektierung des Rechts einer jeden Partei, über den Weg und die Lösungen für fortschrittliche soziale Veränderungen und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in dem jeweiligen Lande auf der Basis der historischen, nationalen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen frei zu entscheiden«* (»MD«, 10.1.77).

RKP-Generalsekretär Ceausescu hatte später noch mal in gleicher Richtung betont, es dürfe nicht sein, daß »irgendeine Erfahrung anderen Parteien zur Nachahmung vorgelegt« werde (»MD« 61/77, 29.3.).

Ungarn

Ungarn scheint sich momentan auf eine Art Vermittlerrolle einspielen und seine Position zunächst nach beiden Seiten ein bißchen offenhalten zu wollen. Der Artikel der »Nowoje Wremja« wurde vom Parteiorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei bislang nicht nachgedruckt (»FR«, 2.7.). In einem Interview vor seinem Besuch in der BRD sagte der Erste Sekretär des ZK der USAP, Janos Kadar, zum Thema »Eurokommunismus« zum einen, daß es *»der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehende Faktoren gibt, die diesen Begriff dazu verwenden möchten, um zwischen verschiedene westeuropäische kommunistische Parteien und die kommunistischen Parteien der Sowjetunion und der sozialistischen Länder einen Keil zu treiben. Wir müssen und werden auch alles tun, damit diese Absicht vereitelt wird«.* Zum andern vermied Kadar es aber, die »eurokommunistischen« Parteien oder einzelne ihrer Führer direkt anzugreifen, meinte, daß die Beachtung der »Traditionen« und »Eigenarten« eines jeden Volkes und Landes und einer jeden Gesellschaft gar nichts be-

ner jeden Gesellschaft gar nichts be-
sonderes des »Eurokommunismus« sei, sondern, *»das war schon immer so«.* Ausdrücklich bezeichnete Kadar das Verhältnis zwischen KPI und USAP als *»ungestört«* (»FR«, 20.6.). Im Dezember letzten Jahres hatte Kadar auf einer Pressekonferenz in Wien auf die Frage nach einem Artikel in »Probleme des Friedens und des Sozialismus«, in dem der »Eurokommunismus« als »Antisowjetismus« bezeichnet worden war (Verfasser: der bulgarische Parteichef Todor Schiwkoff), geantwortet, daß er diese Ansicht nicht teile (»FR«, 8.12.76). Und über die Politik der KPI meinte Kadar recht »undogmatisch« während seiner kürzlichen Italien-Reise: *»Mit oder ohne Diktatur des Proletariats, mit einem pluralistischen Sozialismus oder anders, ich wünsche ihnen nur, daß sie so schnell wie möglich den Weg zum Sozialismus für ihr Volk öffnen«* (»Le Monde«, 26./27.6.77). Die momentan (aus taktischen Gründen) noch für jede Interpretation zugängliche Haltung der USAP wird auch aus zwei anderen Zitaten deutlich. Das Parteiorgan »Nepszabadsag« kommentierte zum jüngsten Konflikt: *»Den Weg der Unabhängigkeit zu wählen, bedeutet ... nicht nur ein Recht, sondern ist eine Sache von großer Verantwortlichkeit«.* (»FR«, 2.7.); und die Budapester Zeitung »Magyar Hirlap« vor mehreren Wochen: Keine Partei dürfe die Erfahrungen anderer kopieren (»MD«, 6.5.).

Polen

Das polnische Parteiorgan »Trybuna Ludu« druckte den Artikel der »Nowoje Wremja« auszugsweise, aber ohne eigenen Kommentar nach (»FR«, 5.7.).

DDR

Das »Neue Deutschland« hat dem Artikel der »Nowoje Wremja« in voller Länge nachgedruckt, nicht aber Carillos Antwort auf der Pressekonferenz dazu. Eine direkte Stellungnahme der SED ist bislang nicht bekannt. Dagegen erschien kürzlich ein neuer Artikel des Politbüro-Mitglieds Hermann Axen über die Berliner Konferenz, in dem die dort bereits zur Sprache gekommenen Differenzen völlig verschwiegen wurden (»FR«, 30. 6.).

CSSR

Das tschechoslowakische Parteiorgan »Rude Pravo« warf Carillo vor, *»die Absicht der Feinde zu unterstützen, die kommunistischen Parteien in kapitalistischen und sozialistischen Ländern gegeneinander zu hetzen un von Positionen des Antikommunismus aus die sozialistischen Länder zu verleumden.«* („FR“, 30.6.77). Die tschechoslowakische KP gehörte neben der bulgarischen (von der uns allerdings keine Stellungnahmen aus der Zeit nach der Attacke in der »Nowoje Wremja« bekannt sind) auch zu den Vorbereitern der öffentlichen Polemik gegen den »Eurokommunismus«. Die »Rude Pravo« hatte schon früher mit Blick auf die »Euros« die *»Ideologien des Imperialismus«* angeklagt, mit denen versucht würde, *»Widersprüche in die kommunistische Bewegung einzuführen und ihre Avantgarde — die sowjetische Kommunistische Partei — zu isolieren«* (»Welt«, 16.5.). Vasil Bilak, Mitglied des Präsidiums des Sekretariats der tschechoslowakischen KP, erklärte noch unmittelbar vor Erscheinen des NW-Artikels: *«Der Eurokommunismus ist ein Gemisch verschiedener Elemente des kleinbürgerlichen Reformismus: dem ‚Nationalen Kommunismus‘, dem ‚demokratischen Sozialismus‘ und dem ‚Volkskapitalismus‘ ... Die Propagandisten des Eurokommunismus haben ihr revisionistisches Prokukt in hübschem Papier verpackt, aber Schund bleibt Schund«* (»Le Monde«, 26./27.6.).



„Proletarischer Internationalismus“ contra „Unabhängigkeit“?

Alle bisherigen Kommentare sind im Grunde noch davon gekennzeichnet, daß die Revisionisten (von »beiden« Seiten) eine wirklich kompromißlos und argumentativ ausgetragene öffentliche Auseinandersetzung allzu gerne umgehen würden — wenn es nur gingen! Aber die Differenzen, die einmal zur Sprache gekommen sind, lassen sich auch durch diesen Opportunismus nicht mehr kitten. Die Tatsache, daß bislang noch mit relativ allgemein gehaltenen und teilweise auch verschieden interpretierbaren Floskeln gefochten wird, kann kaum so mißverstanden werden, daß bald wieder.die schönste »Einheit« existiert.

Nach marxistisch-leninistischem Verständnis ist es tatsächlich so, daß der »proletarische Internationalismus« und die »Unabhängigkeit« und »Eigenverantwortlichkeit« kommunistischer Parteien für ihre Politik, die Entwicklung ihrer Politik entlang der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem jeweiligen Land tatsächlich keine zwei Paar Schuhe sind, sondern einander ergänzen. Wenn Kadar beispielsweise, der diese Position(in »vermittelnder« Weise) besonders deutlich einnimmt, sagt, daß das »immer so war«, dann hat er von der Darlegung marxistisch-leninistischer Prinzipien her natürlich recht. Aber was die KPdSU heute als »proletarischen Internationalismus« verkaufen will, hat k o n k r e t ebensowenig mit dem Marxismus-Leninismus zu tun, wie das, was die »Eurokommunisten« als ihre »Unabhängigkeit« ausgeben wollen.

Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros der KPdSU, hat das sowjetische »Verständnis« des »proletarischen Internationalismus« folgendermaßen umschrieben: *»Vom prinzipieller Bedeutung für die Theorie und Praxis des Internationalismus ist die Frage der Einstellung gegenüber dem bereits siegreichen Sozialismus* (d.h. UdSSR usw. — Anm. AK) ... *die KPdSU ist davon überzeugt..., daß es keine wirksame revolutionäre Politik geben kann, die die Solidarität mit dem realen Sozialismus unserer Tage ausschließt ...«* (»Die internationale Bedeutung der Berliner Konferenz«, Presse Agentur Novosti 1976, S. 35). Diese Auffassung hat leider eine lange herangewachsene Tradition in der kommunistischen Weltbewegung. Es hat sich bislang für jede Kommunistische Partei und für jede revolutionäre Bewegung als fatal erwiesen, wenn sie in der Weise ihre Verpflichtung zu einer internationalistischen Solidarität von einer »positiven« (kritiklosen, bedingungslos gehorsamen) Haltung gegenüber dem »Sozialismus« abhängig macht, der jeweils als »real in unseren Tagen« bezeichnet wird. Auf diese Weise sind fast alle ehemals revolutionären Parteien der revisionistischen Entwicklung in der Sowjetunion Schritt um Schritt nachgekrochen; und auf die gleiche Weise haben sich in den letzten Jahren die »ML«-Gruppen der rechten Entwicklung in der VR China angepaßt. Von den Sowjetrevisionisten wird der »proletarische Internationalismus« heute aber zudem noch als Ummäntelung einer in Wirklichkeit großmachtchauvinistischen Politik verhunzt: Als »proletarischen Internationalismus« haben die KPdSU-Führer z.B. ihre militärische Intervention 1968 in der CSSR etikettiert.

Umgekehrt meinen die »Eurokommunisten« mit ihrem Pochen auf die »Unabhängigkeit« ihrer Parteien, daß es das »Recht« einer KP sei, sich von kommunistischen Auffassungen selbst »unabhängig« zu machen und jede Anpassung an die herrschenden Klassen ihres Landes (Arrangement der spanischen KP mit der Monarchie!) als »schöpferische Anwendung« des Marxismus-Leninismus entsprechend der »nationalen Besonderheiten« auszulegen. Von der »Unabhängigkeit in der kommunistischen Bewegung« zu reden, wenn man damit vielmehr die politische und ideologische Unabhängigkeit von allen anderen Klassen und deren politischen Parteien eintauschen will, ist zweifellos ein Schindluder mit den Prinzipien der Arbeiterbewegung.

D i e s e w i r k l i c h e Unabhängigkeit in kommunistischem Sinn wird heute w e d e r von den »Eurokommunisten« n o c h von der KPdSU usw. verteidigt. Im Gegenteil »rät« die KPdSU z.B. der spanischen KP, entgegen aller vordergründigen »Kritik« daran, daß Carillo *»die Interessen des Imperialismus«* vertreten würde, diese wirkliche und wichtigste Unabhängigkeit noch mehr aufzugeben. Im sowjetischen Fernsehen wurde Carillo vorgeworfen, er habe sich *»nicht immer situationsgerecht verhalten«.* Lobend (!) wurde dagegen der spanische Ministerpräsident Suarez erwähnt, der *»den Franquismus abgeschafft«* (!!!) habe: *»Kommentator Wladimir Bowon warf der spanischen KP vor, die Möglichkeiten der von Suarez eingeleiteten Aktion unterschätzt zu haben. Die Führung der KP habe sich geweigert, den Kontakt zu Suarez aufrechtzuerhalten. Dies gebe ‚zu denken‘, heißt es in dem Fernsehkommentar«* (»SZ«, 28.6.)! Es ist allerdings gut, wenn die bislang äußerst schablonenhafte Polemik dadurch konkreter wird ... das schafft Klarheit!

Für den »Eurokommunisten« ist die »Unabhängigkeit« von der KPdSU heute allerdings auch ein wesentliches Erfordernis, wenn sie ihren »Weg an die Regierung« fortsetzen wollen (vor allem in Frankreich und Italien). Von daher ist die aktuell versöhnlerische Haltung der KPI in dem ausgebrochenen Konflikt kaum ein auf längere Zeit andauernder Zustand. Die Verhältnisse in der Sowjetunion und die Politik der KPdSU-Führung (insbesondere international auch ihre als »friedliche Koexistenz« umschminkte Beteiligung am Wettrüsten) sind ein t a t s ä c h l i c h e s H i n d e r n i s für die »eurokommunistischen« Parteien für die Erreichung noch größerer Stimmen in den Wahlen, weil hier eine von der antikommunistischen Propaganda äußerst geschickt ausgenutzte offene Flanke des Revisionismus besteht, und der sogenannte »reale Sozialismus« auch ohne die reaktionäre Hetze allerdings keineswegs die selbst behauptete »Anziehungskraft« auf die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern hat. Manuel Azcarate, Politbüro-Mitglied der spanischen KP, hat bereits 1973 die überwiegend richtige Einschätzung vertreten, daß die von der Sowjetunion praktizierte »friedliche Koexistenz« den bestehenden Zustand eher festschreibt und die westlichen KPs daran hindert, an die Macht zu kommen (nach Peter C. Ludz: Die aufgeschobene Gipfelkonferenz der europäischen Kommunistischen Parteien; in: Politik und Zeitgeschichte B5/76, S. 12).

Aus diesen Gründen ist der Versuch in der neuen Ausgabe der »Nowoje Wremja«, die Attacke n a c h t r ä g l i c h erst mal auf die Person Carillos eingrenzen zu wollen, auch zum Scheitern verurteilt. Davon abgesehen, ist der erste Artikel auch unmißverständlich eine Polemik gegen den »Eurokommunismus« in seiner Gesamtheit, auch wenn die KPdSU-Führer das momentan als *»bewußte Irreführung der Öffentlichkeit«* bezeichnen (»FR«, 7.7.). Jeder kann das an den vorliegenden deutschen Übersetzungen in der »FAZ« vom 29.6. oder »FR« und »UZ« vom 30.6. selbst nachprüfen. Zum Beispiel heißt es da: *»Leider finden sich neuerdings auch in den kommunistischen Reihen Menschen, die zu diesen Prinzipien* (gemeint ist die »internationalistische Solidarität« — Anm. AK) *im Grunde diametral entgegengesetzte Positionen beziehen. Ein krasses Beispiel dafür ist die Haltung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Spaniens, Santiago Carillo, ...«* Warum von »Menschen« (im Plural) und Carillo als »krasses Beispiel« nennen, wenn angeblich n u r Carillo gemeint gewesen war? Darüber hinaus ist von anderen »eurkommunistischen« Parteien (von der KPF noch mehr als von der KPI) hinlänglich bekannt, daß sie mit Carillo in seiner »Kritik« und seinem »Autonomie«-Streben gegenüber der KPdSU p r i n z i p i e l l ü b e r e i n s t i m m e n. Unsere Einschätzung bleibt: Die Spaltung des revisionistischen Lagers ist unvermeidbar ... das Spiel hat ja gerade erst begonnen.

KB/Gruppe Frankfurt

Vaterlandsverteidiger wüten im BDP/BDJ

Unter der nichtssagenden Überschrift „Drei Pfadfinder wurden ausgeschlossen" berichtete die „Frankfurter Rundschau" am 6.Juli: Der Landesverband Hessen des BDP/BDJ (Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend) hat auf seiner Landesdelegiertenkonferenz die Mitglieder D.D., H.M. und W.H. ausgeschlossen. Die drei hätten sich *„Mehrheitsbeschlüssen des Verbandes nicht untergeordnet und sich zudem satzungswidrig verhalten, indem sie die Ziele des BDP angegriffen hätten. Unter Führung der drei Ausgeschlossenen habe zuvor etwa ein Viertel der Delegierten die Konferenz verlassen"* („Frankf.Rundschau").

Hinter dieser nüchternen Meldung verbirgt sich ein seit Monaten gärender Konflikt im hessischen BDP: Provokateuren der sogenannten „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland") ist es gelungen, entscheidende Positionen im hessischen Landesverband zu besetzen. Die drei jetzt „ausgeschlossenen" Mitglieder D.D., H.M. und W.H. gehören zu den Kritikern dieser Entwicklung..

Die „MLD" wurden vor einigen Jahren von früheren Mitgliedern der „KPD/ML" in Frankfurt gegründet. Inzwischen ist die Gruppe aber fest in den Händen rechter „Sozialdemokraten" und CSU-Freunde, wie sie sich derzeit vor allem in der SDU konzentrieren. Selbst die vaterländische „KPD" wird von diesen Provokateuren noch als „pro-sozialimperialistisch" angegriffen!

Anhänger der „MLD" im hessischen BDP haben in den letzten Monaten ganz offen das „MLD"-Sprachrohr „Die neue Welt" verbreitet. Daneben haben sie mehrere „eigene" Flugblätter herausgegeben, die weitgehend entsprechenden Texten aus der „Neuen Welt" oder „MLD"-Flugblättern nachempfunden waren.

– So zum Besuch Schmidts in der VR China („Hauptfeind Sozialimperialismus", Strauß „realistischer" als Schmidt hinsichtlich der „sozialimperialistischen Bedrohung" usw.).

– So zum 8.Mai (Kapitulation Nazi-Deutschlands) 1976 (wieder „Hauptfeind Sozialimperialismus", „Breschnew ist der neue Hitler" usw.).

– So zum 1. Mai 1977 ein Flugblatt des hessischen „Landesvorstands" (!), das zur Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Kapitalisten aufrief und speziell die jugendlichen Arbeitslosen und die Lehrlinge verarschte.

– Die Linie der „MLD" schlug sich schließlich auch in der vom hessischen "Landesvorstand" herausgegebenen Zeitschrift „Demokratische Jugend" nieder, wo neben Angriffen auf den „Sozialimperialismus" u.a. auch die Repression gegen die „RAF" und ähnliche Gruppen begrüßt wurde.

Zur formalen Seite: Nach Angaben der Kritiker, die zu den Auseinandersetzungen schon vor einiger Zeit eine Dokumentation herausgegeben haben, stützen sich die „MLD"-Agenten im hessischen BDP nur auf zwei Ortsgruppen (Kronberg und Höchst), während sie rund zehn Gruppen gegen sich haben. Von diesen erkennt der von den "MLD"-Agenten dominierte „Landesvorstand" aber nur die Darmstädter Gruppe an. Entsprechend müssen auch die Beschlüsse der sogenannten „Landesdelegiertenkonferenz" verstanden werden, zu der offenbar wieder nur die Gruppen Kronberg, Höchst und Darmstadt eingeladen waren. Wenn in der „Frankfurter Rundschau" die Rede davon ist, daß etwa ein Viertel der „Delegierten" die „Konferenz" verlassen habe, so dürfte sich das auf die Darmstädter beziehen.

Die erwähnte Dokumentation bezeichnet auch den 1. Bundesvorsitzenden (!) des BDP als Anhänger der „MLD"-Positionen. Insgesamt scheint der BDP-Bundesvorstand jedoch eher auf Seiten der „Ausgeschlossenen" und damit der Mehrheit des hessischen Landesverbandes zu stehen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß laut „FR" der hessische BDP-Landesvorsitzende Rolf Hansmann („MLD"-Agent) den BDP-Bundesverband als „von linken Chaoten unterwandert" beschimpft, und daß die „MLD"-Agenten „vorsorglich" ihren hessischen BDP-„Landesverband" als e i g e n e n Verband ins Vereinsregister haben eintragen lassen. Hansmann und andere „MLD"-Agenten haben auch damit gedroht, sie würden den BDP öffentlich als „Chaoten-Organisation" diskreditieren und damit für die Streichung der staatlichen Zuschüsse (rund 2 Mio. Mark jährlich laut „FR" !) sorgen, falls der Bundesverband gegen sie vorgeht (lt. Dokumentation).

Wir haben hier das erste Beispiel, wie die braunen Ratten der „MLD", die bisher nur durch ihre aufwendige Propaganda in Erscheinung traten, sich auch als agents provocateurs in demokratische Verbände einzuschleichen versuchen und sich für Spitzel- und Denunzianten- Dienste gegen die Linken anbieten.

Dies bestärkt uns nochmals in der Einschätzung, daß es sich bei den „MLD" heute im Wesentlichen nicht mehr um ausgeflippte „ML"er handelt, sondern um geschulte und teilweise wohl auch professionelle Provokateure, hinter denen zumindest die rechte „Sozialdemokratie" (SDU, Fritz-Erler-Kreis), wenn nicht gar auch der „Verfassungsschutz" zu vermuten ist.

Dies ist nicht die einzige Provokateursgruppe, die ursprünglich aus den Reihen der „KPD/ML" hervorgegangen ist; erinnert sei nur an den Hamburger Faschisten und Ex-ML'er Michael Borchardt. Die „KPD/ML" könnte und müßte einen nicht unwichtigen Beitrag leisten, um die personellen Strukturen und Entwicklungswege dieser Gruppen aufhellen zu helfen. Wenn die „KPD/ML"-Führer das jetzt immer noch ablehnen, wird man allmählich vermuten müssen, daß sie ein Interesse daran haben, die Provokateure zu decken.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

China nach dem Hua-Putsch: Weitere »Säuberungen«

Die Absetzungen, Umbesetzungen und „Säuberungen" nach dem Rechtsputsch vom 6./7. Oktober vergangenen Jahres in der VR China sind offensichtlich alles andere als abgeschlossen: Auf Anweisung *„des Vorsitzenden Hua und des Zentralkomitees der Partei"* (das in Wahrheit seit dem Putsch überhaupt nicht mehr getagt hat), wurden in den Provinzen Kansu und Anhwei im Juni neue Leitungen eingesetzt:

– In Kansu wurde Sung Ping neuer 1. Provinzparteisekretär und Vorsitzender des Revolutionskomitees. Sein Vorgänger, Hsien Heng-han, wurde offenbar abgesetzt. Sung Ping war bisher nur Mitglied des Provinzparteisekretariats und einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionskomitees gewesen. Die Umbesetzung wurde am 17. Juni auf einer Massenversammlung, die direkt im Rundfunk übertragen wurde, bekanntgegeben. In der Begründung heißt es, die „Bewegung zur Entlarvung und Verurteilung der Viererbande" sei bisher in Kansu *„sehr weit hinter den Anforderungen der Zentrale zurückgeblieben"*, die *„revolutionäre Aktivität der Massen"* sei *„unterdrückt"* worden, die *„Untersuchungsarbeit"* (gegen „Anhänger der Viererbande") sei *„nicht sorgfältig ausgeführt"* worden (lt. SWB, 21.6.).

– Noch schärfer sind die Vorwürfe in der Provinz Anhwei, wo direkt (wenn auch ohne Namensnennung) der bisherige 1. Parteisekretär und Vorsitzende des Revolutionsausschusses, Sung Pei-chang, angegriffen wird: Er habe sich den *„Anweisungen des Vorsitzenden Hua und des Zentralkomitees der Partei"* über die Kampagne gegen die „Viererbande" widersetzt, habe *„die revolutionäre Aktivität der Soldaten und des Volkes bei der Entlarvung und Verurteilung der Viererbande unterdrückt"*. Es folgen dann dieselben Vorwürfe über eine Vernachlässigung der Kampagne gegen die „Viererbande" wie im Falle von Kansu. Dafür sei „hauptsächlich" Sung verantwortlich gewesen, dem überdies vorgeworfen wird, er habe vor dem Putsch mit der „Viererbande" zusammengearbeitet.

Der Eingriff der Hua-Gruppe in die Leitung der Provinz Anhwei ist noch schärfer als in Kansu: *„Um die Leitung des Provinzparteikomitees zu stärken"*, wurden der frühere Eisenbahn-Minister Wan Li sowie Ku Cho-hsin und Chao Shou-yi von der ‚Zentrale' nach Anhwei geschickt. Wan Li wurde neuer 1. Parteisekretär und Vorsitzender des Revolutionskomitees. Am 23. Juni stellte er sich auf einer Funktionäresversammlung vor (Informationen nach SWB, 28.6. und 30.6.).

Die neuen Absetzungen zeigen, daß nicht nur die Kampagne gegen die „Viererbande" unvermindert anhält, sondern daß die Hua-Gruppe auch mit den bisherigen Ergebnissen der Kampagne unzufrieden ist. Dies war bereits deutlich geworden, als im März mehrere Mitglieder des Provinzparteikomitees von Liaoning abgesetzt und als „Anhänger der Viererbande" verurteilt wurden, weil sie angeblich die Kampagne gegen die „Viererbande" in der Provinz sabotiert hatten.

Hua selbst hat es erst kürzlich für nötig gehalten, eine „persönliche Weisung" ergehen zu lassen, daß man den verbliebenen Einfluß der „Viererbande" n i c h t u n t e r s c h ä t z e n dürfe. Diese „Weisung" wird derzeit unermüdlich in der Presse, über die Provinz-Sender usw. wiederholt. Die Durchführung von „Massenkritikversammlungen", Kritik an einzelnen Funktionären usw. erlebt derzeit einen neuen Aufschwung. So wurden z.B. am 25. Juni in der Provinz Jünan Chu Ko-chia (Mitglied des Provinzparteikomitees, Kandidat des ZK der KPCh), Huang Chao-chi (Mitglied des Provinzparteikomitees) und Liu Yin-nung (Mitglied des Stadtparteikomitees der Provinzhauptstadt Kunming) n a m e n t l i c h angegriffen und auf einer Massenversammlung vorgeführt (SWB, 30.6.).

Die „Kampagne gegen die Viererbande" wendet sich jetzt auch gegen Teile der chinesischen Partei- und Verwaltungsbürokratie, die den Hua-Putsch anfänglich unterstützt und die Kampagne selbst mitbetrieben hatten, wie insbesondere die Beispiele Liaoning, Kansu und Anhwei zeigen. Diese Entwicklung zeigt die Brüchigkeit des Blocks um Hua. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß entgegen ständigen Spekulationen der bürgerlichen Presse immer noch keine Sitzung des Zentralkomitees stattgefunden hat, um die statutenwidrige Ernennung Huas zum Parteivorsitzenden und den Putsch nachträglich abzusegnen. Es ist sicher nicht zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß die Widersprüche nicht bloß bis ins ZK reichen (von dessen ca. 200 Mitgliedern rund 50 nach dem Putsch ausgeschaltet worden zu sein scheinen), sondern selbst bis in die Reihen des Politbüros. **Umbesetzungen auch in diesem Kreis und selbst ein zweiter Putsch, um die Machtverhältnisse noch weiter nach rechts zu verschieben, scheinen möglich.**

Lustige Einlage auf dem DKP-Pressefest

Mit Radi, Pressack, Obstler, Enzian und Emmenthaler Käse hatten sich die Bayern zum DKP-Pressefest in Recklinghausen angesagt. Als lustige Einlage außer Programm hatte die bayrische DKP außerdem ihren Münchner „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" mitgebracht: In einem „Extrablatt" lud der „Arbeiterbund" zum heiteren Wettstreit zwischen der DKP-„UZ" und der „KAZ" des „Arbeiterbundes". Motto: „UZ und KAZ auf dem Prüf-

Diese Resolution, so preist sich der „Arbeiterbund" in dem „KAZ"-Extrablatt, „war eine furchtbare Provokation für jeden, der im Grunde seines Herzens lieber den Kommunismus der Steinzeit, als den Kommunismus des Überflusses will". Und: Die Resolution „ist in ihrem Inhalt und in ihrem Wirken wohl eins der besten Beispiele von denen, die zeigen, w e r in Westdeutschland fähig und willens ist, die Arbeiterpresse zu schaffen, die durch Wis-

kratzt es wenig, wenn ihr vorgeworfen wird, sie habe nicht scharf genug gegen Biermann gehetzt, verteidige nicht entschieden genug die DDR, sei nicht „ohne wenn und aber" für die AKW's in der Sowjetunion und DDR, sie lenke nicht konsequent genug vom atomaren Wettrüsten USA-Sowjetunion ab, usw. usf.

Mag das dumme Publikum auch meinen, daß die DKP-Politik in der „UZ" einfach g e s c h i c k t e r

lung der Viererbande unterdrückt". Es folgen dann dieselben Vorwürfe über eine Vernachlässigung der Kampagne gegen die „Viererbande" wie im Falle von Kansu. Dafür sei „hauptsächlich" Sung verantwortlich gewesen, dem überdies vorgeworfen wird, er habe vor dem Putsch mit der „Viererbande" zusammengearbeitet.

Der Eingriff der Hua-Gruppe in die Leitung der Provinz Anhwei ist noch schärfer als in Kansu: *„Um die Leitung des Provinzparteikomitees zu stärken"*, wurden der frühere Eisenbahn-Minister Wan Li sowie Ku Cho-hsin und Chao Shou-yi von der ‚Zentrale' nach Anhwei geschickt. Wan Li wurde neuer 1. Parteisekretär und Vorsitzender des Revolutionskomitees. Am 23. Juni stellte er sich auf

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß entgegen ständigen Spekulationen der bürgerlichen Presse immer noch keine Sitzung des Zentralkomitees stattgefunden hat, um die statutenwidrige Ernennung Huas zum Parteivorsitzenden und den Putsch nachträglich abzusegnen. Es ist sicher nicht zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß die Widersprüche nicht bloß bis ins ZK reichen (von dessen ca. 200 Mitgliedern rund 50 nach dem Putsch ausgeschaltet worden zu sein scheinen), sondern selbst bis in die Reihen des Politbüros. Umbesetzungen auch in diesem Kreis und selbst ein zweiter Putsch, um die Machtverhältnisse noch weiter nach rechts zu verschieben, scheinen möglich.

Lustige Einlage auf dem DKP-Pressefest

Mit Radi, Pressack, Obstler, Enzian und Emmenthaler Käse hatten sich die Bayern zum DKP-Pressefest in Recklinghausen angesagt. Als lustige Einlage außer Programm hatte die bayrische DKP außerdem ihren Münchner „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der DKP" mitgebracht: In einem „Extrablatt" lud der „Arbeiterbund" zum heiteren Wettstreit zwischen der DKP-„UZ" und der „KAZ" des „Arbeiterbundes". Motto: „**UZ und KAZ auf dem Prüfstand**". Bewiesen werden sollte, *„warum die KAZ mehr Grund zum Feiern hätte als die UZ"*. An fünf Beispielen sollte nachgewiesen werden, daß die „KAZ" eigentlich doch die b e s s e r e „UZ" sei. Beispiel Biermann: *„Über die ‚Biermann-Debatte' innerhalb der DKP konnte man schlimmes vernehmen"*, heißt es im Extra-Blatt. „Stimmt genau!", meint da der Kommunist, aber der „Arbeiterbund" meint etwas ganz anderes. Er wirft der DKP nämlich nur vor, daß sie nicht wild g e n u g gegen Biermann gegeifert, nicht entschieden g e n u g die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der DDR gerechtfertigt hat. Da sei es kein Wunder, *„wenn wir viele DKP- und SDAJ-Mitglieder in die Biermann-Veranstaltungen reinmarschieren sahen, die UZ konnte sie wirklich nicht eines Besseren belehren!"*. Die „KAZ" h ä t t e es gekonnt, aber leider wird sie in DKP-Kreisen immer noch zuwenig gelesen....

Beispiel DDR: Da wird der DKP im „KAZ"-Extrablatt vorgeworfen, *daß die UZ nicht in der Lage ist, die Souveränität der DDR zu verteidigen, für ihre Interessen zu plädieren". „Zum Problem der Republikflüchtigen aus der DDR kann die UZ offensichtlich auch nichts schreiben, anscheinend fürchtet sie (wie man am Biermann-Fall sieht, wohl zu Recht), daß es dann in ihren eigenen Reihen antikommunistischen Widerstand geben könnte"*. Hingegen sei die DDR „**für die KAZ kein heißes Eisen**".

Beispiel Atomkraftwerke: Da wirft der „Arbeiterbund" der DKP mangelnde Festigkeit bei der Lobpreisung der AKW's im „realen Sozialismus" vor. „**Die KAZ ging an diese Frage anders heran, sie plädierte ohne wenn und aber für die Entfaltung der Produktivkräfte**". Nämlich für den Bau von AKW's sogar schon unter kapitalistischen Bedingungen, wie in ihrer Resolution „**Für Atomenergie und Sozialismus**".

Diese Resolution, so preist sich der „Arbeiterbund" in dem „KAZ"-Extrablatt, „**war eine furchtbare Provokation für jeden, der im Grunde seines Herzens lieber den Kommunismus der Steinzeit, als den Kommunismus des Überflusses will**". Und: Die Resolution „**ist in ihrem Inhalt und in ihrem Wirken wohl eins der besten Beispiele von denen, die zeigen, w e r in Westdeutschland fähig und willens ist, die Arbeiterpresse zu schaffen, die durch Wissenschaftlichkeit, Mut und Kampfbereitschaft als Organisator der Besten unserer Klasse und damit der gesamten Arbeiterklasse wirkt**".

Es sei übrigens nicht verschwiegen, daß in dem „KAZ"-Extrablatt unter den beiden anderen Punkten auch erwähnt wird, daß die „UZ" keinerlei Kritik an den Gewerkschaftsführern übt und sich nicht wirklich für die antifaschistische Aktionseinheit einsetzt. – Vorherrschend ist in dem Extrablatt aber ganz eindeutig, die Tendenz, die DKP sozusagen mit ihrer eigenen Politik zu überholen, sich selbst als konsequentester Vertreter der DKP-Politik darzustellen. Das ist in der Tat mehr und mehr die Rolle des „Arbeiterbundes". Und die DKP kratzt es wenig, wenn ihr vorgeworfen wird, sie habe nicht scharf genug gegen Biermann gehetzt, verteidige nicht entschieden genug die DDR, sei nicht „ohne wenn und aber" für die AKW's in der Sowjetunion und DDR, sie lenke nicht konsequent genug vom atomaren Wettrüsten USA-Sowjetunion ab, usw. usf.

Mag das dumme Publikum auch meinen, daß die DKP-Politik in der „UZ" einfach g e s c h i c k t e r und eleganter angeboten wird als in der „KAZ" – für den „Arbeiterbund" jedenfalls steht fest, daß die „KAZ" „Grund zum Feiern" hat. Und das soll im nächsten Jahr geschehen, wird im Extrablatt angekündigt. Feiern will man: „**Die bisherigen Erfolge (??) beim Wiederaufbau der KPD, die Zuversicht und die Entschlossenheit, die Einheit der Arbeiterklasse zum Sturz des Imperialismus herzustellen**". Wenn das Fest wirklich stattfinden sollte und der „Arbeiterbund" bis dahin nicht in die ewigen Jagdgründe eingegangen ist, werden wir der Helge Sommerrock ein Bier ausgeben.

Geister-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kampf der Schwulenfeindlichkeit auch bei MSB/SdAJ

Auf unserem Büchertisch auf der Juso-„Polit"-Fete in Essen hatten wir auch die KB-Broschüre „Kampf der Schwulenunterdrückung" ausgelegt. Durch ihre Riesenorganisationsabzeichen weithin erkennbare MSB-ler und SDAJ-ler konnten sich über diese Broschüre absolut nicht beruhigen. Gegenseitig machten sie sich darauf aufmerksam. Neu ankommende „Parteifreunde" wurden als erstes zur „Schwulenbroschüre" geführt. Es wurde mit dem Finger darauf gezeigt – geprustet – gekichert – sie benahmen sich wie sensationsgeile Spießbürger.

Hier die schärfsten Zitate: „Was kümmert ihr euch um solchen Scheiß, die Jugendarbeitslosigkeit ist doch viel wichtiger!"

„Wenn ich dich sehe, könnte ich auch schwul werden!"

„Für die Kollegin im Betrieb ist das keine Frage, das sag ich dir als Arbeiter!"

„Es ist richtig, wenn den Jugendlichen in der DDR nahegelegt wird, sich von Homosexuellen ferzuhalten. Es kann ja jeder leben, wie er will, aber die sollen mich bloß in Ruhe lassen und auch nicht anquatschen. Ich will mit denen nichts zu tun haben!"

„Berufsverbote für Schwule? Ich glaub, ich spinne! Die machen sich ja noch an Kinder ran – das hat doch nichts mit Berufsverbot zu tun!"

Stellungnahme von MSB-Bochum nebst Frauengruppe dazu sind trotz Aufforderung bisher nicht eingegangen!

KB/Gruppe Bochum

DDR verhaftet Sympathisanten des »Eurokommunismus«

Am 22. Juni wurden Manuel Frank und Rudolf Steinke aus Westberlin bei der Fahrt durch die DDR „wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit" festgenommen. Vom Generalstaatsanwalt der DDR ist kurz darauf – wohl, weil der Spionageverdacht zu absurd war – ein Ermittlungsverfahren „wegen Abweichens von den Transitwegen und ungesetzlicher Einfuhr von Waren" eingeleitet worden.

Beide Festgenommene sind Mitglieder der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken". Rudolf S. ist darüberhinaus Mitglied der SPD und der „GEW-Westberlin (im DGB)". Er war Mitglied des regionalen Streikrats der Westberliner Hochschulen und Fachhochschulen im Wintersemester 1976/77 und ist Mitarbeiter der Zeitschrift „Der lange Marsch" (sozialdemokratische „Spontis").

Beide haben das Seminar und die Großveranstaltung mit dem Titel „Eurokommunismus – Sozialismus für Westeuropa?", die vom 17. bis 19.Juni in Westberlin stattfanden, mitinitiiert und -organisiert. Es liegt nahe, einen Zusammenhang zu sehen zwischen ihrem Engagement für den sog. „Eurokommunismus" und jetzt ihrer Festnahme in der DDR.

Nach Bekanntwerden der Festnahme hat sich in Westberlin ein Ausschuß gebildet, der sich aus Mitgliedern verschiedener Organisationen (SPD, „Falken", SB), Fachbereichsräten und Initiativen der Westberliner Hochschulen sowie Freunden der verhafteten Genossen zusammensetzt. Auch die der SEW nahestehende „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten" (ADsen) war zu Anfang in dem Ausschuß vertreten. Bald dara : (wohl nach Rücksprache von „oben"?) verließ sie jedoch kommentarlos den Ausschuß.

Voll eingestiegen in die Kampagne ist dafür die vaterländische „KPD". Mit ihren bekannten Mätzchen wie Demonstrationen „an der Mauer", wollen sie den „geknechteten Volksmassen" in der DDR die Solidarität der westdeutschen Arbeiterklasse versichern. Dies alles verbunden mit der üblichen chauvinistischen Hetze gegen die DDR, den „Sozialimperialismus" und die „Sozialfaschistische Diktatur".

Da den verhafteten Genossen unter den jetzigen Umständen möglicherweise eine längere Untersuchungshaft und sogar eine Haftstrafe droht, gilt es sofort, durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit Druck auf die DDR-Behörden auszuüben.

Zu begrüßen ist ein sachlich gehaltener Brief des Solidaritätsausschusses, der bereits die Unterschriften von Persönlichkeiten wie Albertz, Altvater, P.Brandt, Flechtheim, Gollwitzer trägt.

Sofortige Freilassung der Verhafteten Genossen!

Ein Genosse des
SSB/TU-Westberlin

Der Mythos vom »realen Sozialismus«

Die heiligste der Heiligen Kühe der DKP ist der sogenannte „reale Sozialismus", früher meist „real existierender Sozialismus" genannt. Vor allem im Clinch mit den „Euros" taucht immer häufiger das Schlagwort vom „realen Sozialismus" auf. Mit diesem Schlagwort wird bezweckt, jede Kritik an Sowjetunion oder DDR pauschal als antisozialistisch, antikommunistisch abzustempeln, um die durch „Dissidenten"- und „Euro"-Diskussion verunsicherten Partei-Reihen wieder auszurichten.

Die Marxisten-Leninisten gehen davon aus, daß der wissenschaftliche Sozialismus die Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft analysiert und den Weg zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gewiesen hat. Zugleich sind sie sich aber bewußt, daß auf dem Weg zu diesem Ziel auch Entwicklungen möglich sind, die kritikwürdig sind oder die sogar den Rahmen einer solidarischen Kritik sprengen. Diese Tatsache wird zwar im Prinzip auch von den DKP-Ideologen anerkannt – so sparen sie z. B. nicht mit zum Teil sehr scharfen Äusserungen gegen die mit dem Namen Stalins verbundene Etappe des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion oder gegen China und Albanien. Auch Chruschtschow oder Ulbricht darf man – in Maßen – heute in der DKP kritisieren. **Ausgenommen bleiben jedoch immer die aktuell herrschenden Verhältnisse in der Sowjetunion oder DDR.** DKP-Chef Mies hat das kurz und bündig auf den Begriff gebracht: *„Der Aufbau des Sozialismus in den Ländern des Sozialismus ist die Verwirklichung der Lehre von Marx, Engels und Lenin"* („UZ", 25.2.77).

Der „reale Sozialismus" – d. h. die aktuellen Verhältnisse in der Sowjetunion und DDR – wird also auf dieselbe Stufe gestellt wie der wissenschaftliche Sozialismus, d. h. auf die Stufe eines unfehlbaren Dogmas, das sich jeder Kritik oder gar grundsätzlichen Infragestellung entzieht. (Wir gehen an dieser Stelle nicht darauf ein, daß der wissenschaftliche Sozialismus keineswegs ein Dogma ist, und daß in Wahrheit auch die Revisionisten jeder Couleur ihn natürlich nicht als Dogma behandeln, sondern eifrig „schöpferisch weiterentwickeln".)

Für einen Marxisten-Leninisten ist selbstverständlich, daß kein „realer Sozialismus" unter heutigen Bedingungen als vollständige „Verwirklichung" des wissenschaftlichen Sozialismus anzusehen ist. Mehr noch: **Der „reale Sozialismus" – also die gesellschaftliche Praxis in Ländern, die sich als sozialistisch bezeichnen – kann vom wissenschaftlichen Sozialismus abweichen oder geradezu in Widerspruch zu diesem geraten. Deshalb ist für uns niemals dieser oder jener „reale Sozialismus" oberster Maßstab, sondern der wissenschaftliche Sozialismus.** Immerhin hat in den rund 130 Jahren, die seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes vergangen sind, der Sozialismus 70 Jahre ausschließlich als Wissenschaft und Theorie existiert, während es „erst" 60 Jahre her ist, daß die ersten Schritte zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft getan wurden.

Im Gegensatz dazu stellen die DKP-Ideologen den sogenannten „realen Sozialismus" über den wissenschaftlichen Sozialismus, indem sie diesen „weiterentwickeln" und revidieren, während sie ausschließlich dem „realen Sozialismus" den Rang absoluter Wahrheit zuerkennen. Das heißt, daß die Widersprüche zwischen wissenschaftlichem und „realem Sozialismus" unbedingt zugunsten des letzteren entschieden werden.

Zwar kommt auch die DKP um die schlichte Erkenntnis nicht herum, daß der Sozialismus *„keine glatte Einbahnstraße"* sei, daß es auch im Sozialismus *„Probleme"* gebe (Hermann Gautier, stellvertretender Vorsitzender der DKP, „UZ" vom 3.3. 1977). Abstrakt bekennt die DKP sich sogar zu *„Kritik und Selbstkritik"* (H. Mies, „UZ" vom 3.12.76). Kriterium ist jedoch immer die Praxis: **Es gibt tatsächlich kein einziges, noch so nebensächliches Beispiel in der ganzen acht- bis neunjährigen Geschichte der DKP, wo diese auch nur die schüchternste Kritik an irgendeiner aktuellen Maßnahme, an irgendeinem aktuellen Vorgang in der Sowjetunion oder DDR geübt hätte, sei es auf dem Gebiet der Innenpolitik oder Außenpolitik.**

Dies sieht z. B. so aus, daß die DKP die Tatsache rechtfertigt, daß die DDR Kupfer von den chilenischen Faschisten kauft – während die DKP andererseits zum Boykott chilenischer Waren aufruft. Dies sieht auch so aus, daß die DKP sich hierzulande in die Anti-AKW-Bewegung einzuschleichen versucht, während sie zugleich die Atomkraftwerke im „realen Sozialismus", die kein Stück sicherer sind als die hiesigen AKWs, rechtfertigt und den Ankauf von angereichertem Uran aus der Sowjetunion für den Betrieb der westdeutschen Atomkraftwerke empfiehlt.

Kein Streikrecht im „realen Sozialismus"

Der schändlichste Ausdruck des Mythos vom „realen Sozialismus" ist die Verteidigung des Fehlens demokratischer Rechte in den „Ländern des realen Sozialismus" durch die DKP. Diese Rechtfertigungsversuche stehen in bemerkenswertem Kontrast zu der zynischen Behauptung der DKP: *„Wir Kommunisten sind die entschiedensten Verfechter der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten für das arbeitende Volk unseres Landes"* (Karl-Heinz Schröder, Sekretär des DKP-Parteivorstands, „UZ" vom 4.5.77).



Auf die imperialistische „Menschenrechts"-Kampagne von Carter, Schmidt & Co. hat die DKP mit einer Kampagne reagiert, die beweisen soll, daß in der Sowjetunion und DDR *„die elementaren Menschenrechte verwirklicht werden"* (Hubert Reichel, „UZ" vom 8.6.77). Da sich die DKP-Ideologen aber ganz offensichtlich nicht auf einen Vergleich der demokratischen Rechte (Meinungsfreiheit etc.) einlassen wollen, wird das *„Recht auf Arbeit"* als *„das erste Menschenrecht"* proklamiert (u. a. als Hauptparole des Mai-Aufrufs der DKP), das im „realen Sozialismus" verwirklicht sei. Das „Recht auf Arbeit" sagt aber nichts über die soziale Situation der Arbeiterklasse aus. Beispielsweise hat der deutsche Faschismus das „Recht auf Arbeit" durch Einführung des Arbeitsdienstes und Ankurbelung der Rüstungsproduktion verwirklicht. Heute wird bereits wieder immer stärker dazu übergegangen, Arbeitslosen zwangsweise Arbeitsplätze zuzuweisen, die natürlich extrem schlechte Arbeitsbedingungen, Super-Ausbeutung usw. aufweisen. Die Arbeiterklasse ist nicht abstrakt an „Arbeit" interessiert, sonderm am optimalen Verkauf ihrer Arbeitskraft.

Die Parole *„Recht auf Arbeit – das erste Menschenrecht"* soll von der Frage ablenken, wie es tatsächlich im „realen Sozialismus" um die Rechte der Werktätigen bestellt ist. Dennoch kommt auch die DKP nicht ganz umhin, z. B. auf die naheliegende Frage zu antworten: *„Warum gibt es in der DDR kein Streikrecht?"* („UZ" vom 1.7.77). Auf diese Frage läßt die „UZ" zunächst als Stimme des Volkes ein paar „reale" DDR-Arbeiter zu Wort kommen, die verkünden: *„Sollen wir etwa gegen unsere gesicherten Arbeitsplätze, unsere stabilen Preise, unsere niedrigen Mieten streiken? Wir sind doch nicht von gestern".*

In der DDR, so behaupten die DKP-Ideologen, gibt es für die Werktätigen keinerlei Grund für einen Streik oder andere Kampfmaßnahmen. Der Streik, *„eine wichtige Form des Klassenkampfes im Kapitalismus"*, sei *„an die profitorientierte Unternehmerpolitik, an den Kapitalismus gebunden"*; es sei *„unbestreitbar (!), daß nach Überwindung des Kapitalismus diese Kampfform überflüssig wird"*. Denn: *„Der Sozialismus ist die erste Gesellschaftsordnung, in der die Gewerkschaften nicht mehr um ihre Rechte kämpfen müssen"* (alle Zitate aus „UZ" vom 1.7.77).

Diese Behauptungen gehen von der Voraussetzung aus, daß im „realen Sozialismus" keine Interessenskonflikte mehr möglich sind, die nicht „gütlich" entschieden werden könnten. Die Arbeiterkämpfe in Polen 1970 und 1976, die Auseinandersetzungen in der CSSR 1968/69 zeigen, daß diese Annahme offensichtlich falsch ist.

Richtig ist, daß die DDR es bisher nicht mit denselben offenen Konflikten zu tun hatte wie Polen oder die CSSR. Dies aber u. a. auch um den Preis, daß bis 1961 mit der Emigration in die BRD ein höchst fragwürdiges „Ventil" offen stand und daß auch nach 1961 noch Zehntausende DDR-Werktätige den Weg „in den Westen" genommen haben. Zu behaupten, wie DKP-Ideologen es bisweilen tun, daß es in der DDR wegen einer „klügeren" Politik von Regierung und Partei im Gegensatz zu Polen und der CSSR keinen Konfliktstoff gebe, ist zweifellos falsch.

Wie in der DDR die Realitäten verschleiert werden

Der Beschneidung und Liquidierung elementarer Arbeiter-Rechte als angeblich „überflüssig" wird in der DDR ein umfangreiches ideologisches Gerüst zugrunde gelegt. Die folgenden Zitate dazu beziehen sich auf das Lehrbuch „Politische Ökonomie und ihre Anwendung in der DDR" (Berlin/DDR, 1969), eines der „wissenschaftlichen" Standardwerke.

Demzufolge besteht in der DDR *„durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln"* eine *„Identität zwischen Produzent und Eigentümer"* (Seite 220). Wenn also der Produzent (Arbeiter) gleichzeitig Eigentümer der Produktionsmittel ist, er also sozusagen sein eigener „Arbeitgeber" ist, taucht ein Interessenskonflikt natürlich gar nicht erst auf. Es besteht vielmehr eine *„prinzipielle Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Erfordernissen und den Interessen der Gruppen und Individuen"* (S. 114). Entsprechend gestalten sich die Arbeitsverhältnisse als reinste Idylle: *„Durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln sind Produktionsverhältnisse entstanden, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer ausschließen. Auf seiner Grundlage vereinigen sich die Produzenten in gegenseitiger Hilfe und kameradschaftlicher Zusammenarbeit. Sozialistische Gemeinschaftsarbeit und Kooperation treten an die Stelle von Ausbeutung und Konkurrenz"* (S. 220).

Man weiß mittlerweile, daß es so harmonisch und idyllisch im „realen Sozialismus" denn doch nicht zugeht. **Und man kann auch klar sagen, daß derartige Ideologien und Mythen nicht Ausdruck philosophischer Verträumtheit sind, sondern daß sie die knallharte Funktion haben, die Unterdrückung des Kampfes der Werktätigen für ihre Interessen zu rechtfertigen.**

Selbst auf der abstrakt-theoretischen Ebene ist nicht „der Produzent" (also der einzelne Werktätige) der Eigentümer irgendwelcher Produktionsmittel, sondern die Gemeinschaft aller Produzenten, das „Volk". Stellvertretend für sie nimmt der Staat die Eigentumsrechte wahr. Der Staat, wiederum abstrakt-theoretisch, erscheint als identisches Abbild des Volkswillens. Dieser Zusammenhang wird angeblich durch die „sozialistische Demokratie" gewährleistet, was u. a. bedeuten soll, daß die Staatsbürger *„an der Gestaltung und Entscheidung aller grundlegenden Gesetze, Wirtschaftspläne und anderer Maßnahmen unmittelbar teilnehmen; über alle grundlegenden Probleme der politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung umfassend informiert werden; zum ersten Mal in der Wirtschaft, dem ökonomischen Fundament jeglicher gesellschaftlicher Entwicklung, nicht nur mitbestimmen, sondern an der Entscheidung aller Grundfragen teilnehmen"* (S. 114).

Tatsächlich ist das nichts weiter als verlogenes Geschwätz fern der Realität. Nehmen wir nur ein gerade aktuelles Beispiel, die Frage der Atomenergie. Konkret sieht das in der DDR so aus, daß die Bevölkerung noch nicht einmal sachlich und umfassend über die mit der „friedlichen Nutzung der Kernenergie" verbundenen Gefahren informiert wird, sondern stattdessen allenfalls mit Lügen versorgt wird, wie sie hierzulande in den Hochglanz-Broschüren der AKW-Betreiber verbreitet werden. Es hat in der DDR natürlich auch keine öffentliche Diskussion über Sinn, Notwendigkeit, Probleme etc. des Baus von Atomkraftwerken zum jetzigen Zeitpunkt gegeben. Erst recht gibt es keinerlei Mitentscheidung der Bevölkerung. Daß in der DDR gegen den Bau von Atomkraftwerken protessiert, gar demonstriert werden könnte, erscheint absolut ausgeschlossen.

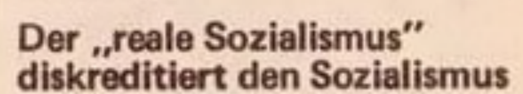
Ebenso gilt für die Erstellung der Wirtschaftspläne, daß die Werktätigen keinerlei direktes Mitspracherecht haben, sondern sich nur nachträglich Gedanken machen dürfen, wie die vorgegebenen Pläne denn wohl zu „erfüllen und übererfüllen" sind.

Die Ideologen des „realen Sozialismus" behaupten, daß die Arbeitskraft im „realen Sozialismus" keine Ware mehr sei. Zugleich wird aber davon ausgegangen, daß weiterhin Waren produziert werden und Geld-Ware-Beziehungen bestehen: *„Im Sozialismus werden die materiellen Güter und Leistungen als Waren produziert und ausgetauscht"* (S. 260). Aber: *„Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln ... beseitigt den Warencharakter der Arbeitskraft"* (S. 261).

Man sollte hier lieber auf den gesunden Menschenverstand vertrauen und annehmen, daß etwas, das gegen Waren ausgetauscht wird, natürlicherweise auch selbst eine Ware ist. Insofern hat der Arbeitende auch ein Interesse daran, einen möglichst hohen Preis für seine Arbeitskraft zu erzielen, um dafür andere Waren einzutauschen. Andererseits ist es z. B. das Interesse der Betriebe, die Lohnkosten möglichst gering zu halten. Anders als im Kapitalismus braucht das nicht zum antagonistischen Konflikt zu werden, aber es kann zu solchen Konflikten führen. Ähnliches gilt etwa für die Gestaltung der Bedarfsgüterpreise durch den Staat, die ja auch dazu führen kann, den realen Preis der Ware Arbeitskraft zu senken (siehe Polen).

Hieraus ergibt sich, daß die Werktätigen auch im Sozialismus grundsätzlich das Recht haben müssen, ihre Interessen gegebenenfalls mit Demonstrationen, Streiks u. ä. zu vertreten. Im Gegenteil: Während im Kapitalismus die Werktätigen diese Rechte nur höchst unvollkommen und unsicher haben und ständigen Repressionen der Kapitalisten ausgesetzt sind, sobald sie für ihre Interessen eintreten, sind im Sozialismus weitaus bessere Voraussetzungen für eine volle Wahrnehmung der Arbeiterrechte gegeben, ohne deshalb Repressalien, Entlassungen etc. befürchten zu müssen. Im Sozialismus wohlgemerkt, nicht im „realen Sozialismus"!

(Dasselbe gilt natürlich nicht nur für die Beziehungen am Arbeitsplatz, sondern für alle gesellschaftlichen Bereiche.)



Der „reale Sozialismus" diskreditiert den Sozialismus

Es ist offensichtlich, daß es dem Imperialismus leichter fällt, gegen den „realen Sozialismus" zu polemisieren als gegen den wissenschaftlichen Sozialismus. Ohne den „realen Sozialismus" hätte es die imperialistische Propaganda heute ziemlich schwer, noch „Argumente" gegen den Sozialismus zu finden.

Man erzähle den Werktätigen aber, daß es „realer Sozialismus" sei, wenn Arbeiter, die gegen Preiserhöhungen demonstrieren, zusammengeknüppelt und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden wie 1976 in Polen. Oder wenn gar mit brutaler Menschenverachtung auf die Demonstrierenden geschossen wird wie 1970 in Polen. Man erzähle den Werktätigen, daß es „realer Sozialismus" sei, wenn eine zweifellos populäre Regierung durch sowjetische Panzer gestürzt wird wie 1968 in der CSSR. Man erzähle den Werktätigen, daß im „realen Sozialismus" das Streikrecht, Demonstrationsrecht usw. „überflüssig" sei und daß stattdessen dann das „Recht auf Arbeit" zum „ersten Menschenrecht" wird! ...

Besser kann man den Sozialismus überhaupt nicht diskreditieren und den Kapitalismus in den Augen der Werktätigen als „kleineres Übel" erscheinen lassen. Die Arbeiter wollen im Sozialismus mehr Rechte als im Kapitalismus, nicht weniger. Keines der Rechte, die sich die Arbeiterklasse im Kapitalismus schwer erkämpft hat, wird in der sozialistischen Übergangsgesellschaft „überflüssig". Zu behaupten, es könne im Sozialismus gar keine Ungerechtigkeiten und Schikanen von Bürokraten, keine falschen Entscheidungen und Maßnahmen der Regierenden geben, gegen die sich die Werktätigen zur Wehr setzen müssen, ist entweder dumm oder zynisch. Derartige Behauptungen entspringen dem Interesse einer zur „neuen Bourgeoisie" entwickelten Bürokratie, die bestehenden Widersprüche und Konflikte wegzuleugnen und die Unterdrükkung der Werktätigen zu rechtfertigen.



nahost

Libanon: Politik der »verbrannten Erde«

Im Libanon verschärfen sich die Angriffe auf den gemeinsam kämpfenden palästinensischen und libanesischen Widerstand. Während im Norden in den Flüchtlingslagern bei Beirut die Kämpfer der Ablehnungsfront sich den Angriffen der As-Saika widersetzen, versuchen die Faschisten im Südlibanon mit massiver zionistischer Unterstützung die Bevölkerung zu terrorisieren, um die palästinensisch-libanesischen Widerstandskräfte von ihr zu isolieren und zu zerschlagen.

Beirut: In den letzten Junitagen kam es in den Lagern Burdsch el Baradschneh und Chatila zu Kämpfen zwischen der As-Saika und den Kämpfern der Ablehnungsfront, wobei 26 Menschen getötet und 30 Menschen verletzt worden sein sollen. Auslösender Faktor soll die Sprengung des As-Saika-Büros in Burdsch el Baradschneh gewesen sein. („Süddeutsche Zeitung", 29.6. 77; „International Herald Tribune", 29.6.77).

Südlibanon: Mit dem seit ca. 3 Wochen andauernden täglichen Artilleriebeschuß durch die Faschisten und die mit ihnen verbündeten Zionisten auf mehrere südlibanesische Dörfer, gelang es ihnen, eine neue Fluchtwelle unter der Bevölkerung auszulösen.

Während einige Dörfer schon total zerbombt sind, fehlt in den noch bewohnten Ortschaften Wasser und Elektrizität. („International Herald Tribune", 21.6.77)

Von 25.000 Bewohnern des Ortes Khiam sind nach den Terroranschlägen der Faschisten und Zionisten nur 200 Menschen geblieben („International Herald Tribune", 2./3.7.77).

Am 2. Juli gelang es den fortschrittlichen palästinensisch-libanesischen Kräften, das etwa 3 km von der israelischen Grenze entfernt liegende Dorf Yarine zu befreien, das daraufhin von der Artillerie der Zionisten und Faschisten beschossen wurde. Flüchtlinge aus diesem Dorf berichteten, daß die Faschisten bei ihrem Angriff mehr als 20 Bewohner getötet und Häuser zerstört hätten („International Herald Tribune", 5.6.77; „Welt", 5.7.77).

Nach einer Notiz aus der „Welt" (6.7.77) sollen am 4. und 5. Juli mehr als 4000 Menschen obdachlos geworden sein.

So versuchen die Faschisten, der Widerstandsbewegung die Basis zu nehmen. Das Gerede der Zionisten, es wäre ihre Aufgabe, „die Christen" im Südlibanon zu beschützen, entlarvt sich dabei von selbst als Farce. Wer außer den Faschisten ist in den ausgestorbenen, zerbombten Dörfern denn noch zu „beschützen"?! Die Bevölkerung hat durch ihre Flucht zum Ausdruck gegeben, was sie von diesem Schutz hält!

Nahostkommission



Vom Terror der Faschisten und Zionisten zur Flucht gezwungen.

Blutige Unterdrückung des Widerstandes in Syrien

Nach der syrischen Intervention im Libanon im letzten Jahr ist der Widerstand gegen die verbrecherische Politik des Assad-Regimes angewachsen. Trotz schärfster Verfolgung, massenhaften Verhaftungen, Morden in den Gefängnissen, die dann jeweils als Selbstmord ausgegeben werden, Folterungen und Hinrichtungen gibt es nach wie vor Widerstand. Dies geht aus den wenigen Pressemeldungen über Unruhen, bewaffnete Aktionen und die blutige Verfolgung durch das syrische Regime hervor. Die Zensur in Syrien funktioniert nahezu lückenlos.

Erst kürzlich wurde Brigadegeneral Abdul Hamid Razzouk, Befehlshaber der syrischen Raketentruppen, beim Verlassen seines Hauses erschossen (18.6.). Die syrische Regierung gab diesmal keinerlei offizielle Stellungnahme ab - bei früheren Gelegenheiten beschuldigte sie immer sofort angeblich vom Irak gesteuerte Terroristen -, nahm diese Hinrichtung aber sofort zum Anlaß, um reihenweise Verhaftungen vorzunehmen („Le Monde", 21.6.77). Sicher sind demnächst wieder öffentliche Hinrichtungen durch Erhängen zu erwarten, die in Syrien mittlerweile schon fast an der Tagesordnung sind und der Abschreckung dienen sollen.

So wurden am 13. Juni 77 auf dem Merja-Platz in Damaskus zwei Araber, Al Terkaoui und Al Hourani, durch Erhängen hingerichtet („Le Monde", 14.6.77). Sie waren zusammen mit weiteren 50 politischen Gefangenen am 2. Juni vom syrischen Obersten Staatsgerichtshof verurteilt worden. Sie waren angeklagt, von einem ausländischen Geheimdienst (gemeint ist natürlich der Irak) Geld angenommen zu haben, um Anschläge und Sabotageakte in Syrien durchzuführen. Entsprechend sollen sie in den vergangenen 12 Monaten eine „Welle" von Sabotageakten in Damaskus, Hama, Homs und Aleppo durchgeführt und vier Menschen getötet haben, u.a. im Februar 77 den Rektor der Universität, El Fadel, und den Geheimdienstchef von Aleppo („Le Monde", 14.6. und 21.6.77, „Neue Zürcher Zeitung", 5./6.6. und 16.6.77). Verhaftet worden waren die Widerstandskämpfer schon im März. Das syrische Regime meldete damals die Zerschlagung eines „Sabotageringes", der vom „faschistischen Verräterregime" im Irak organisiert und finanziert worden sei („Al Thaura", nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.3.77). Die Hetze gegen den Irak paßt dem syrischen Regime zum einen sehr schön ins machtpolitische Konzept, zum anderen dient sie ganz offensichtlich dazu, der Bevölkerung in Syrien Sand über die tatsächlich bestehenden Widersprüche und die sich gegen das Assad-Regime entwickelnden Kämpfe in die Augen zu streuen. Es gibt keinen organisierten Widerstand, sondern nur „faschistische, aus dem Irak gesteuerte Agenten".

Die Urteile, die am 2.6. gegen die 50 politischen Gefangenen verhängt wurden, kann man nur als Terrorurteile bezeichnen. Sechs Todesurteile, drei lebenslange Haftstrafen, 40 der Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen 12 und 15 Jahren. Drei der zum Tode Verurteilten gelang allerdings noch die Flucht, der 17(!) jährige Al Haddad, der ebenfalls zum Tode verurteilt worden war, wurde vor Vollstreckung des Urteils zu zwölf Jahren Zwangsarbeit „begnadigt", die beiden anderen am 13.6. öffentlich hingerichtet („Neue Zürcher Zeitung", 5.6.77 und „Le Monde", 14.6.77).

Schon am 6. Januar 77 waren zwei Syrer und ein Palästinenser öffentlich erhängt worden, angeblich hatten sie „Morde" und Bombenanschäge verübt. Nach dem Angriff auf das Hotel Seminaris in Damaskus am 26.6.76 wurden schon einen Tag später drei zu dem Kommando gehörende Palästinenser öffentlich gehenkt. („Le Monde", 14.6.77).

Diese öffentliche Hinrichtungen in Syrien sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs. So hatte der westdeutsche Krankenpfleger Andreas Lutz, der von Ende August bis Anfang Oktober im Libanon in einem Notkrankenhaus des Palästinensischen Roten Halbmonds arbeitete und während der syrischen Intervention mit hunderten fortschrittlicher Palästinenser und Libanesen von den Syrern verhaftet und in syrische Gefängnisse transportiert worden war, ausführlich über die Terrormethoden in syrischen Gefängnissen berichtet. Unmenschlichste Haftbedingungen, willkürliche Verhaftungen ohne Anklageerhebung, Folter sind in syrischen Gefängnissen an der Tagesordnung („3. Welt-Magazin", 11.12.76). Da die Gefängnisse für die vielen politischen Gefangenen nicht mehr ausreichten, griff das syrische Regime nach chilenischem Muster auf Privathäuser und Kasernen zurück.

Das „Komitee für die Verteidigung der politischen Gefangenen in Syrien" gab an, daß die Zahl der politischen Gefangenen in Syrien mehr als 10.000 betrage, außerdem seien viele Hunderte von palästinensischen Kämpfern und Mitgliedern der libanesischen fortschrittlichen nationalen Bewegung in Haft. Amnesty International gab in einer Erklärung vom 27.4. bekannt, daß in Syrien viele fortschrittliche arabische Journalisten verhaftet worden seien, die sich gegen die syrische Intervention im Libanon gewandt hatten, darunter auch Mahmud Ad-Dauarji von Al-Hadaf (PFLP-Zeitung) („Monitor-Dienst", 4.5.77).

Die Keime des Widerstands sind auch in Syrien gelegt. Die über ein Jahr dauernde blutige Unterdrückung im Innern Syriens hat sie nicht erstikken können.

Nahost-Kommission

Jordanien: Hohe Profite aus dem Palästinenserblutbad

Jordanien bildet ein Musterbeispiel für den Mechanismus der neokolonialen Ausbeutung. Das Land hat ein Bruttosozialprodukt pro Einwohner, das nur ein Zwölftel dessen beträgt, was die BRD aufweist. Die Einfuhren Jordaniens sind fünf mal so hoch wie die Exporte, so daß allein zur Abdekkung des daraus entstehenden Defizits die Hälfte des gesamten Bruttosozialprodukts des Landes aufgewendet werden müßte! In Wirklichkeit wird das jedoch durch Kredite aus dem Ausland abgedeckt, so daß der Imperialismus mehrfach verdient:

- durch die Verzinsung der Kredite
- durch die billigen Preise der ausgeführten Rohstoffe (Phosphate für Düngemittel)
- durch die Profite beim Verkauf der Waren, die mit den Krediten bezahlt werden.

Seit 1975 hat dabei die BRD den größten Einzelanteil an den jordanischen Importen, noch vor den USA! Die Importe aus der gesamten EG haben 1975 die Importe aus den arabischen Ländern weit überflügelt (vergl. AK 86). Musterbeispiel ist der Bau einer Bahnlinie von ca. 200 km Länge zwischen den Phosphatabbaugebieten und dem Hafen Aqaba. Sie wurde mit westdeutschen Krediten von westdeutschen Baufirmen gebaut und wird dafür sorgen, daß die Imperialisten das Phosphat ohne Umweg aus dem Lande schaffen können.

Letztendlich muß natürlich irgendjemand diesen wunderbaren Geldregen für die Imperialisten bezahlen. Das sind z.B. die Bauarbeiter, die mit Hungerlöhnen eine Bahn bauen, die Milliardenprofite ermöglichen wird. Besonders brisant wird das Ganze dadurch, daß die Mehrheit der Menschen in Jordanien, die in soweit qualifizierten Berufen arbeiten, daß sie nennenswert zum jordanischen Nationaleinkommen beitragen, Palästinenser sind! Sie bilden mit 800000 Menschen über ein Drittel der jordanischen Bevölkerung.

Die Milliardenprofite der Imperialisten sind deshalb die Dividende aus der Niederschlagung der palästinensischen Befreiungsbewegung in Jordanien im September 1970, wobei 20000 Menschen ermordet wurden.

Schließlich sollte man sich klar machen, daß ein etwaiger palästinensischer Ministaat eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie das heutige Jordanien haben würde.

Wir haben vor einem Jahr bereits über das „jordanische Wirtschaftswunder" berichtet (AK 87, S.32) und wollen jetzt die aktuelle Entwicklung schildern.

Alle lieben Hussein

Der jordanische Fünfjahresplan, der im letzten Jahr für den Zeitraum 1976 bis 1980 aufgestellt wurde, sieht nahezu eine Verdopplung des Bruttosozialprodukts bis zum Ende der Planperiode vor (von 290 Mio Jordanischen Dinar (JD) = 2,3 Mrd. DM auf JD 508 Mio). Realisiert werden kann der Entwicklungsplan nur, wenn *„die arabischen Staaten und ihre Entwicklungsbanken, befreundete Staaten und internationale Organisationen durch folgende Maßnahmen helfen: Fortsetzung der Budgethilfe, die durchschnittlich JD 61 Mio = 500 Mio DM per Jahr beträgt; Fortsetzung der wirtschaftlichen und technischen Hilfe; Gewährung von Darlehen zur Finanzierung der Entwicklungsprojekte. Man geht davon aus, daß der Gesamtwert der Anleihen einschliesslich ausländischer Privatinvestitionen bei JD 334 Mio = 2,6 Mrd DM während der Planperiode liegen wird"* („Orient", 3/1976).

Im außerarabischen Raum tut sich besonders die EG hervor und da ganz speziell die BRD. Am 4. Mai wurde ein Handelsabkommen mit der EG geschlossen, das ab Juli Zollfreiheit für jordanische Industriegüter, die in die EG exportiert werden, und Zolltarifreduzierung um 30-50-% für eine Reihe jordanischer Agrarprodukte vorsieht („Monitor-Dienst", 6.5.77). Jordanien will laut Entwicklungsplan seine Exporte (besonders Phosphat, chemische Düngemittel und inländische Industriegüter) um 25% steigern und so das Handelsdefizit (1975: JD 153 Mio) verringern. Gleichzeitig wurde auch ein Abkommen mit der EG über „technische und finanzielle Zusammenarbeit" geschlossen, das aber zunächst nur die Bildung eines gemeinsamen Rates zur Zusammenarbeit beinhaltet. Weitaus handfester ist das im Juni 1977 mit der BRD geschlossene Abkommen über technische und finanzielle Hilfe im Wert von über 550 Mio. DM bis Ende 1977 („Monitor Dienst", 16.6.). Geradezu mager nehmen sich daneben die 15 Mio. US-Dollar aus, die die UNO zur Finanzierung der jordanischen Enwicklungsprojekte bereitstellt („Jordan Times", 23.11. 76) oder die japanischen JD 8 Mio (ca.64 Mio DM), die als Darlehen für Landwirtschaftsprojekte zugesagt wurden („Monitor Dienst", 25.5.77).

Auch die RGW-Länder beteiligen sich an dieser Art „Wirtschaftsbeziehungen". Polen will von 1977 bis 1985 größere Mengen Phosphat abnehmen und noch in diesem Jahr einen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit abschliessen („Jordan Times", 20.11.76), womit es der Sowjetunion folgt, die im Dezember ein Abkommen über ökonomische und technische Kooperation mit Jordanien unterzeichnete („Jordan Times", 21.12.76). Mit der DDR wurde am 9.6.77 ein „Abkommen über gegenseitige Verständigung" abgeschlossen, das „die Bereiche spezifiziert, in denen die DDR zur Verwirklichung der im jordanischen Fünfjahresentwicklungsplan vorgesehenen Projekte beitragen kann" („Monitor Dienst", 13.6.). Auch hier geht es vor allem um die Exportsteigerungen von Phosphat und die Förderung von Phosphat-Projekten in Jordanien.

Auch die VR China mag nun nicht mehr abseits stehen und nahm im April diplomatische Beziehungen zu Jordanien auf.

Nahost-Kommission

»Wiederannäherung« Ägyptens an die UdSSR? Ein Bluff!

Vom 9.6. bis 11.6.77 weilte der ägyptische Außenminister Fahmi zu einem offiziellen Besuch in Moskau und führte Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und Parteichef Breshnew. Fahmi selbst schlug nach diesen Gesprächen Tonhöhen an, als würde es das allerbeste Klima zwischen der Sowjetunion und Ägypten geben: *„Für unsere Freundschaft existiert eine alte, feste und breite Basis, die eine mehr als 20-jährige Geschichte hat"*. (Fahmi laut Tass vom 11.6.). Auch von sowjetischer Seite wurde ein ähnlicher Eindruck vermittelt: *„Die Sowjetunion ist für die Herstellung freundlicher Zusammenarbeit mit Ägypten auf politischer und wirtschaftlicher Ebene und in anderen Bereichen"* (Kommentar Radio Moskau, 11.6.). Daß Ägypten nach wie vor einen pro-imperialistischen Kurs steuert und das Sadat-Regime der SU keineswegs wohlgesonnen ist, wurde von offizieller sowjetischer Seite natürlich nicht öffentlich und kritisch erwähnt.

Die Resultate dieses Treffens sind allerdings auch dürftig und nichtssagend. So wurden in einem gemeinsamen Kommunique altbekannte Plattheiten über eine „friedliche Lösung" des Nahost-Konflikts wiedergekäut, *„daß der Frieden im Nahen Osten nur gewährleistet werden kann auf der Grundlage des vollständigen Abzuges der israelischen Truppen von allen von Israel im Jahre 1967 besetzten Gebieten auf die Linie, die am 4. Juni 1967 existierte, und der Gewährleistung der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes von Palästina"* (Tass, 11.6., nach „Monitor-Dienst", 13.6.). Außerdem wurde die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz für Herbst 1977 mit gleichberechtigter Teilnahme der PLO gefordert. Das Hauptinteresse der SU ist es dabei, überhaupt an einer Genfer Konferenz und einer eventuellen Lösung beteiligt zu sein, während Ägypten eine Lösung anstrebt, die mehr als der Sinai-Vertrag von 1974

Fortsetzung auf Seite 50

Fortsetzung von Seite 49

Sicherheit gegen die zionistischen Expansionsbestrebungen bietet. Daß die Reise Fahmis in die Sowjetunion gerade jetzt stattfand und eine gemeinsame, allgemeine Erklärung über den Rückzug der israelischen Truppen, Forderung nach Teilnahme der PLO an der Genfer Konferenz usw. abgegeben wurde, findet seinen Hintergrund sicher auch darin, daß das neue israelische Begin-Regime j e d e Kompromißlösung ablehnt und Ägypten demgegenüber mit der „sowjetischen Karte" (die sie selbst vor einiger Zeit aus der Hand gegeben hat) zu b l u f f e n versucht. So ist auch ein von Radio Kairo verbreiteter Kommentar zu verstehen, in dem mit der Sowjetunion e n t g e g e n der offiziellen Politik des Sadat-Regimes als „friedenssichernde" Macht leise gedroht wird: *„Ein wichtiger Punkt ist es, daß der einzig wirkungsvolle Start für Friedensbemühungen im Nahen Osten und ihr Erfolg von dem Ausmaß abhängt, in dem die beiden Supermächte – die USA und die Sowjetunion – ihre Verantwortlichkeiten wahrnehmen und ihre Versprechungen erfüllen. ... In ihrer Eigenschaft als eine der beiden Supermächte hat die Sowjetunion die Mittel, Druck auszuüben, um die Erreichung und Sicherung des Friedens in dem Gebiet ... zu gewährleisten"* (nach „MD", 14.6.77).

Daß es sich tatsächlich um einen Bluff von ägyptischer Seite handelt und es gar keine Klimaverbesserung oder Wiederannäherung zwischen Ägypten und der SU gibt (weil das Sadat-Regime dies gar nicht z u L a s t e n seines pro-imperialistischen Kurses will!), gibt schon die im Gegensatz zu Fahmis Sprüchen stehende kühle Erklärung eines ägyptischen Regierungssprechers wieder, wonach „in den Beziehungen zwischen Ägypten und der Sowjetunion keine (!) Fortschritte erreicht worden" seien („Süddeutsche Zeitung", 28.6.77). Das Sadat-Regime hat heute gegenüber der Sowjetunion allenfalls das konkrete Interesse, von seinen horrenden Schulden befreit zu werden und weiterhin bei der Sowjetunion Schulden machen zu können – unter B e i b e h a l t u n g seines Paktierens mit dem US-Imperialismus. Die Schulden Ägyptens gegenüber der UdSSR aufgrund der riesigen Waffenlieferungen zwischen 1967 und 1973 belaufen sich auf ca. 14 Mrd. DM – was überhaupt der größte Anteil der ägyptischen Auslandsverschuldung ist. Das Sadat-Regime fordert darüber eine „Umschuldung", die die UdSSR bislang aber nicht akzeptiert hat, weil Sadat darunter im wesentlichen einen E r l a ß dieser Schulden versteht. Andererseits verfügt die Sowjetunion nicht über ein dem Imperialismus vergleichbares Instrumentarium, um Ägypten notfalls durch wirtschaftliche Erpressung und Druck zur Rückzahlung zu z w i n g e n und das weiß Sadat natürlich auch. Die Sowjetunion ist im Grunde selbst gezwungen, sich auf die Ablehnung der penetrant erhobenen Forderung nach Weiterbelieferung mit Waffen und Ersatzteilen zu „beschränken". Dabei setzt sie im wesentlichen tatsächlich nur dieses „Druckmittel" auf dem Sektor des Waffenhandels ein, nicht aber verweigert sie andere Handelsbeziehungen, weil d i e S o w j e t u n i o n immer noch darauf hofft, daß Ägypten sich einst vom Imperialismus verprellt fühlen wird, seinen Rausschmiß der sowjetischen Militärberater und die Aufkündigung des Freundschaftsvertrags mit der UdSSR bereut und als „verlorener Sohn" heimkehrt. Die Sowjetunion ist in diesem Sinne immer noch größter Handelspartner Ägyptens (das Handelsvolumen soll 1977 sogar um weitere 17% steigen) – o b w o h l Ägypten auch auf „zivilem" Sektor seine Schulden immer weiter auflaufen läßt, nicht die geringsten Anstalten zu deren Tilgung unternimmt, und außerdem innenpolitisch die Sowjetunion beständig aller möglichen „subversiven Umtriebe" bezichtigt.

Um seinen pro-imperialistischen Kurs zu rechtfertigen, hat Sadat herausgefunden, daß die Sowjetunion *„den deutlichen Wunsch (hat), Ägypten unter der Fassade von Freundschaft und Zusammenarbeit dem Willen Moskaus zu unterwerfen"* (Mena, 23.2.77, zit. nach „MD"). Und diesem Wunsch habe die UdSSR auch sehr konkrete (Un)Taten folgen lassen: So erklärte Sadat nach den Januarkämpfen der ägyptischen Massen gegen die geplanten Preiserhöhungen, *„die Sowjetunion stehe hinter all dem, was geschehen sei, und die gegen Ägypten gerichteten Verschwörungen (!) hätten nach ... der Ausweisung der sowjetischen Militär-Experten begonnen"* (Mena, nach „MD", 1.2.77). Auch die einzige „linke" Oppositionspartei in Ägypten soll jetzt verboten werden, weil es sich dabei um „Verräter" und „Agenten der Sowjetunion" handle. Sadat ergänzte dazu, daß *„er es nicht zulassen (könne), daß eine ägyptische Partei die Interessen der Sowjetunion über die des eigenen Landes stelle"* („Welt", 28.6.77). Die UdSSR muß in diesen Fällen in traditionell antikommunistischer Manier als Buhmann herhalten, um innenpolitisch einen zunehmend reaktionärer werdenden Kurs gegen oppositionelle Kräfte durchzuführen. Daß die UdSSR sich all dies „bieten läßt" und weiterhin von „Herstellung freundschaftlicher Beziehungen" usw. schwafelt – wie läßt sich das anders erklären als mit den jämmerlich hochgehaltenen Hoffnungen eines betrogenen Gläubigers? Und wie anders ließe sich umgekehrt die salbungsvolle Freundschaftsjubelei von Fahmi angesichts d i e s e r offiziellen Haltung des Sadat-Regimes erklären, wenn dies nicht als vordergründiges, taktisches Manöver eingesetzt würde?



„Schöne Freunde sind das" – Ägypten-Präsident Sadat mit Breschnjew

Sadat hat noch nach der Rückkehr Fahmis erklärt: *„Zur Hölle mit sowjetischen Waffen; ich lehne jede in diesem Zusammenhang gestellte Bedingung ab"* („Frankfurter Rundschau", 29.6.77). Tatsächlich spekuliert Sadat auch in puncto Waffenlieferung mehr auf den Imperialismus – sonst wäre seine Ausweisung der sowjetischen Militärberater, die Aufkündigung des Freundschaftsvertrags usw. ja auch völlig unlogisch und verballert gewesen. Allerdings läßt der Imperialismus Sadat da noch etwas zappeln. Seine diesbezügliche Betteltour im Frühjahr 1977 in die USA blieb noch ohne konkrete Zusagen. Lichtblicke gibt es für das ägyptische Regime da vorerst „nur" in den Verhandlungen mit Frankreich über die Lieferung von 200 Mirage-Bombern und – man ist es schon gewohnt – mit der VR China. Offensichtlich soll Sadat erst noch ein paar „Bewährungsproben" ablegen, daß er eine wirklich willige Marionette des Imperialismus ist. Das ägyptische Eingreifen auf Seiten Mobutos im Bürgerkrieg in Zaire beweist, daß Sadat diese „Bewährungsproben" abzulegen bereit ist. D a s bleibt nach wie vor die Hauptlinie der offiziellen ägyptischen Politik – eine „Wiederannäherung" an die UdSSR ist demgegenüber n i c h t zu erwarten.

Nahostkommission

Deutsch-Israelische Gesellschaft: Maulkorb selbst verordnet

Nach längeren Auseinandersetzungen in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) hat die israelische Regierung, die diese Auseinandersetzungen fleißig provoziert hatte, erstmal den Sieg davongetragen. Der zweite Präsident der Gesellschaft, Westphal (SPD), wurde auf der Jahreshauptversammlung Mitte Mai dieses Jahres von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Erik Blumenfeld abgelöst, der angeblich „araberfreundliche" Geschäftsführer Bernstein wurde entlassen. Die Mitgliederversammlung der DIG verpaßte sich darüber hinaus selbst einen Maulkorb.

Die DIG ist eine Vereinigung westdeutscher „Persönlichkeiten" (Bundestagsabgeordnete, Journalisten usw., ungefähr 2.000 Mitglieder), mit dem erklärten Ziel, den israelischen Staat und die zionistische Ideologie in Westdeutschland propagandistisch zu fördern.

Die Auseinandersetzungen um die DIG sind ein drastisches Beispiel dafür, wie die israelische Regierung auf jede „Abweichung" vom stramm zionistischen Kurs mit Drohungen und Erpressung reagiert. Sie wurde dabei von der gesamten zionistischen Presse in Israel tatkräftig unterstützt.

Zu öffentlichen Auseinandersetzungen in der DIG war es gekommen, als der israelische Botschafter in der BRD, Meroz, nicht zur Jahreshauptversammlung der DIG kommen wollte. Wie sich später herausstellte, handelte Meroz in Absprache mit der israelischen Regierung. Offizielle und zum Teil vorgeschobene Begründung war damals, daß der Vorstand der DIG den israelischen Erziehungswissenschaftler Ernst Simon zur Jahreshauptversammlung eingeladen hätte. Simon gehört in Israel zum „Martin-Buber-Kreis", der in letzter Zeit verstärkt auf gute Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten drang und sich für eine Regelung mit den Palästinensern einsetzte.

Buber, der inzwischen schon mehr als zehn Jahre tot ist, die zionistische Aggression des Sechs-Tage-Krieges also nicht einmal mehr miterlebt hat, hatte zeitlebens vor jüdischem Rassismus und jüdischem Chauvinismus gewarnt und sich ständig für einen Zweinationenstaat eingesetzt. Er mußte aber noch am Ende seines Lebens aus eigener Anschauung (er lebte zuletzt in Israel) sagen: *„Es ist mir nicht gelungen, meinen zionistischen Freunden diese Gedanken beizubringen, und sie haben nicht die alten Weisheiten des Judentums beherzigt, sondern nur die Lehren Hitlers"* (zit. nach: E. Fried, Die Linke in Israel, in „Palästina", 4. Juli-Dez. 76). Wenn der jetzige „Martin-Buber-Kreis" von dieser Haltung Bubers wenigstens noch einiges bewahrt hat, wofür der in letzter Zeit verstärkte Einsatz für die Palästinenser durchaus spricht, wen wundert es da eigentlich noch, daß dem Kreis angehörende Leute von den Zionisten ähnlich wütend verfolgt werden wie die „Israelische Gesellschaft für Menschenrechte" und ihr Vorsitzender Israel Shahak?

Die israelische Regierung hatte schon seit längerem den Geschäftsführer der DIG, Bernstein, mit wachsendem Mißtrauen betrachtet. Im Zusammenhang mit der Nicht-Teilnahme des israelischen Botschafters an der DIG-Jahreshauptversammlung machte sie Bernstein weiterhin eine Reise mit einer Jugendgruppe nach Israel zum Vorwurf. Bernstein, der die Reise im Auftrag des Bundesjugendringes durchführte, der im übrigen Mitglied der DIG ist (!!), war ohne von den Zionisten offiziell genehmigtes Programm nach Israel gefahren. Welch eine Unverfrorenheit in den Augen der Zionisten, die ja bekanntlich sorgsam darüber wachen, daß so wenig wie möglich von ihren verbrecherischen Praktiken gegen die palästinensische Bevölkerung und in den besetzten Gebieten nach außen dringt!!

Die israelische „gewerkschafts"eigene Reisegesellschaft „Experiment" hatte nämlich sein vorgelegtes Programm als zu „linkslastig" abgelehnt. Diese Bevormundung war dem erklärten Zionistenfreund, auch wenn er einer sog. „gemäßigten" zionistischen Richtung angehört, denn doch zu viel. Er fuhr auf eigene Faust und besuchte nicht nur – wie dann offiziell vermittelt – den j ü d i s c h e n Bürgermeister von Nazareth, sondern auch den arabischen, „kommunistischen". Daraus konstruiert die israelische Botschaft – wohlgemerkt bei einem Zionistenfreund – „Linkslastigkeit" und einen araber- und PLO-freundlichen Kurs! („Frankfurter Rundschau" – „FR", 10.11.76 und „Welt", 9.11.76).

Gleichzeitig wurde gegen alle DIG-Mitglieder, die auch nur im Entferntesten für einen Ausgleich mit den Arabern eintreten und zu denen auch der zweite Präsident der Gesellschaft, Westphal (SPD), gehört, der sich hinter Bernstein stellte, eine regelrechte Hetzkampagne eingeleitet. Die DIG hätte sich nicht in die innenpolitischen Belange (!) Israels einzumischen. Ihre Aufgabe sei allein die Pflege der Freundschaft zu Israel, was nichts anderes heißen soll, als daß die DIG sich vollständig der israelischen Regierung unterzuordnen hat. Dabei war von Seiten der DIG noch nicht einmal Vorwürfe gegen die ständigen Menschenrechtsverletzungen Israels – z.B. in den besetzten Gebieten – laut geworden!

Selbst so eine „kritische Solidarität", wie es die Angegriffenen nennen, die im Grunde nur der „gemäßigten" zionistischen Strömung in Israel selbst entspricht, war den Zionisten schon zu viel, ebenso wie jede Eigenständigkeit der DIG.

Nachdem der Jerusalemer Bürgermeister Kollek bei seinem Besuch in Westberlin und in der BRD u.a. auch an der Festversammlung zum zehnjährigen Bestehen der DIG in Westberlin teilnahm (Meroz reiste im übrigen auch an) und nach Gesprächen zwischen der israelischen Botschaft und dem Präsidium der DIG (Präsident ist CDU-Benda!) schienen die Differenzen beigelegt.

Der israelischen Regierung war die DIG aber immer noch nicht genug auf Linie gebracht worden und Bernstein noch nicht abgelöst. Der israelische Außenminister erhob – wie jetzt bekannt wurde – vor der Knesset erneut den Vorwurf, die DIG würde sich in die inneren Angelegenheiten Israels einmischen, sich nicht auf die Förderung der kulturellen (!!) Beziehungen zwischen Israel und der BRD beschränken, kurz, der DIG wurde kaltschnäuzig jede kritische Auseinandersetzung mit der Innen- und Nahostpolitik Israels abgesprochen! Allon stellte noch einmal ausdrücklich fest, daß Meroz voll im Sinne des Außenministeriums gehandelt hätte!

In dem Brief, den der zweite Präsident Westphal daraufhin an Allon sandte, wird nicht etwa die Unverschämtheit der israelischen Regierung, die DIG als ihren verlängerten Arm zu betrachten und ihr jede Eigenständigkeit abzusprechen, kritisiert, sondern Westphal verteidigt sich nur gegen „Unterstellungen", „Behauptungen" und „Vorwürfe", wie etwa, die DIG wolle der israelischen Regierung „Direktiven" erteilen, der DIG werde also nur etwas vorgeworfen, was sie nicht getan habe.

Der israelischen Botschaft ging es, in Abstimmung mit dem Außenministerium darum, den Geschäftsführer Bernstein zu entlassen und CDU-Blumenfeld an die Stelle von Westphal zu setzen, also um eine totale Ausrichtung der DIG, die die Zionisten auch personell abgesichert wissen wollen („Frankfurter Rundschau", 18.1.77).

Ausrichtung vorerst geglückt

Bei dem gesamten bisherigen Verhalten der als „Anti-Israelis" Angegriffenen war es zu erwarten, daß sich die Zionisten mit ihren erpresserischen Methoden in der DIG durchsetzen konnten.

Am 13.5.77 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung statt. Von der israelischen Botschaft war diese zusammen mit dem Präsidium der Gesellschaft so „gut" vorbereitet worden, daß der israelische Botschafter Meroz, der noch im November 1976 der Versammlung aus Protest ferngeblieben war, diesmal seine Teilnahme zugesagt hatte.

Tatsächlich waren im voraus alle von den Zionisten geforderten Veränderungen abgestimmt worden, so daß sicher war, daß sie von der Versammlung mehrheitlich beschlossen würden. Heinz Westphal wollte von vorneherein nur noch für den Posten des Vizepräsidenten kandidieren, Reiner Bernstein wollte auf der Jahreshauptversammlung zurücktreten, ebenfalls der bisherige Schatzmeister, der SPD-Abgeordnete Hellmut Sieglerschmidt. Damit die beiden letzten nun auch wirklich „anerkannte" Rücktrittsgründe hatten, wurde noch kurz vor der Versammlung eine kleine Korruptionsaffäre aufgedeckt. Eine Sekretärin hatte 53.000 DM Spendengelder unterschlagen, den beiden wird nun mangelnde Aufsichtspflicht angelastet. Auch hier läßt sich das israelische Vorbild nicht leugnen, schließlich ist auch der frühere israelische Ministerpräsident noch kurz vor den israelischen Parlamentswahlen über illegale Bankkonten seiner Frau, die diese in den USA unterhielt, gestolpert.

Vorbereitet war außerdem in Zusammenarbeit mit der israelischen Botschaft – besser wohl nach deren Diktat – eine Erklärung des Präsidiums, die dann auf der Jahreshauptversammlung abgestimmt wurde („Welt", 11.5., „Frankfurter Rundschau", 17.5. und 21.5.77).

In der Erklärung heißt es, daß die Vorwürfe in der israelischen und westdeutschen Presse, Bernstein habe die DIG auf einen antiisraelischen Kurs gebracht, unbegründet seien, er habe auch keine PLO-Kontakte gehabt und keine arabischen Standpunkte im Nahostkonflikt vertreten. Außerdem verpaßte sich die Versammlung selbst einen Maulkorb. In der von Botschafter Meroz als „sachlich gut" bezeichneten Erklärung heißt es: *„Voraussetzung für eine wirkungsvolle Tätigkeit der DIG ist ein vertrauensvolles Verhältnis zur israelischen Botschaft und eine enge praktische Zusammenarbeit mit ihr"* („FR", 21.5.77). Wie solche Zusammenarbeit aussehen wird, haben ja die bisherigen Erpressungen der Botschaft hinreichend bewiesen.

Jetzt Spaltung der DIG

Beigelegt waren die Differenzen durch diesen Maulkorb-Erlaß keineswegs. Eine Minderheit der Mitglieder trat am 20. Mai als „Initiativgruppe in der DIG" an die Öffentlichkeit. Sie äußerten, daß die DIG-Mehrheit gerade angesichts des Wahlsieges von Menachem Begin mit ihrem „Selbstknebelungsversuch" „mangelnden Weitblick" bewiesen habe. Die Initiativgruppe wolle über „alternative Formen" nachdenken („FR", 24.5.77).

Inzwischen hat sich um den Heidelberger Professor Rolf Rendtorff, SPD-Mitglied, der „Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten" gebildet (ppp, 20.6.77). Zu diesem Arbeitskreis gehören hauptsächlich SPD-Mitglieder, die sich nun doch wohl etwas genieren, die rechtsradikalen Sprüche und die offene Aggressivität des Menachem Begin zu propagieren. Da war die hin und wieder zu scheinbaren Zugeständnissen bereite Arbeiterpartei doch angenehmer. Man sollte sich über die tatsächlichen Auswirkungen dieser Spaltung nicht täuschen. Rendtorff ist durch pro-zionistische Artikel bekannt und der Name des Arbeitskreises spricht schließlich für sich.

Nahostkommission

SHALOM ISRAEL!

שלום ישראל

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel vertiefen. Im Alltag und kulturell. Die Verbundenheit fördern. Und die Toleranz. Verständigung der Völker. Das liegt uns am Herzen.

Wir fangen klein an. Von Mensch zu Mensch. Helfen Sie mit bei uns? Wir schicken Informationen. Und einen Aufnahmeantrag. (Gegen 50 Pfg. in Briefmarken.) Weil wir uns aus Spenden finanzieren, können wir leider darauf nicht verzichten.) Kommen Sie zur DIG.

Falls Sie interessiert sind, aber nicht Mitglied sein möchten: unser Spendenkonto freut sich auch über kleine Beiträge. DIG-LAG Hamburg, Konto 001/267 287 bei M. M. Warburg, Brinckmann, Wirtz & Co Hamburg, BLZ 201 201 00. Danke!

DIG

Deutsch-Israelische Gesellschaft Landesarbeitsgem. Hamburg Postfach 301244, 2 Hamburg 36

Anzeige in der „Welt" vom 5.3.77 – Irgendwie müssen die unterschlagenen 53.000 DM Spendengelder doch aufgebracht werden!



lateinamerika

Liberalisierung der US-Politik in Lateinamerika?

In Brasilien hat sich in den letzten Monaten eine relativ breite Oppositionsbewegung entwickelt. Es gibt Kritik an der Regierung von der einzig zugelassenen Oppositionspartei MDB, es gibt breite Streiks und Demonstrationen der Studenten, Resolutionen gegen die Politik des Diktators Geisel von Journalisten und Bischöfen.

In zunehmendem Maß wird eine Verbindung hergestellt zwischen dieser Entwicklung und der »Menschenrechtspolitik« der Carter-Regierung und damit Hoffnung auf eine »Entspannung« und Liberalisierung in Lateinamerika geweckt.

Z.B. überreichten Vertreter von Frauen- und Studentenorganisationen in Brasilien ausgerechnet an Rosalyn Carter während ihres Besuchs Anklagen gegen die Regierungspolitik zur Weitergabe an den US-Präsidenten.

Dies wirft ein Licht auf den Charakter der brasilianischen Opposition, aber auch auf die Illusionen, die Carter teilweise mit seiner Menschenrechtspolitik tatsächlich schafft.

Stärkere oppositionelle Bewegung in Brasilien

In Brasilien hat sich in den letzten Wochen eine relativ breite oppositionelle Bewegung entwickelt.

— Seit über zwei Monaten streiken und demonstrieren die Studenten fast im ganzen Land, zunächst für bessere Ausbildungsbedingungen, in zunehmenden Maße aber auch für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und die Freilassung der politischen Gefangenen. Im Vergleich zu den Studentenkämpfen vor 1968 zeichnet sich die Bewegung heute zunächst durch relativ gemäßigte Forderungen aus, sie wird unterstützt von Teilen der katholischen Kirche und der Oppositionspartei MDB (vergl. AK 107 und 106).

— Am 21. April dieses Jahres haben 110 Offiziere der Streitkräfte an einem geheimen Ort die »Demokratische konstitutionalistische Militärbewegung« gegründet und ein Manifest gegen die Regierung Geisel verabschiedet. Ihre Hauptforderungen sind die Einrichtung einer verfassunggebenden Versammlung, die Bildung einer provisorischen Regierung aus Zivilisten (Vertretern der beiden Parteien und
Einrichtung einer verfassunggebenden Versammlung, die Bildung einer provisorischen Regierung aus Zivilisten (Vertretern der beiden Parteien und
Vertretern der Streitkräfte!), die Aufhebung der institutionellen Akte 5 (Ausnahmegesetze, mit denen 1968 die faschistische Diktatur erheblich verschärft wurde) und Amnestie für alle politischen Gefangenen. Die Offiziere sehen ihre Hauptaufgabe darin, die *»Militärbewegung von 1964, der wir die Rettung der demokratischen Institutionen verdanken«*, fortzusetzen (»Chilenachrichten« — »CN« Nr. 50). D.h., die Vorbereitung und Einleitung der faschistischen Diktatur 1964 sehen diese Offiziere als Bewegung zur »Rettung der Demokratie« vor dem Kommunismus — eine Bewegung, die Präsident Geisel verraten habe. Bemerkenswert ist, daß alle Offiziere dieser neuen Bewegung 1976 an einem Ausbildungskurs in den USA teilnahmen und enge Kontakte zur Harvard-Universität unterhalten sollen, die auch die engsten Berater der Carter-Administration stellt (»CN« Nr. 50).

— Anfang Juni veröffentlichten 5.000 brasilianische Journalisten ein Manifest gegen die Pressezensur und alle Formen der Beschränkung der Meinungsfreiheit.



— Höhepunkt dieser Vorgänge war eine Fernsehsendung Ende Juni, in der einige Führer der Oppositionspartei MDB offene Kritik an der Regierung, der ungleichen Verteilung des Reichtums, der Folter und anderer Menschenrechtsverletzungen übten. Die MDB hatte die einstündige Sendezeit, die ihr laut Gesetz halbjährlich zusteht, seit 1974 zum ersten Mal beim
MDB hatte die einstündige Sendezeit, die ihr laut Gesetz halbjährlich zusteht, seit 1974 zum ersten Mal beim
obersten Wahlgericht durchsetzen können. Über die Sendung und die Forderungen der MDB-Politiker wurde in allen Zeitungen breit berichtet. (»Süddeutsche Zeitung« — »SZ«, 29. und 30.6.).

Schon seit Anfang des Jahres hatten sogar einige Unternehmerverbände zunehmend Demokratisierungsforderungen gestellt. Dies ging vor allem von der inländischen Kapitalgüterindustrie aus und bezog sich vor allem auf wirtschaftliche Maßnahmen. Einige kleine Zugeständnisse hat die Regierung hier gemacht: Der Import bestimmter Kapitalgüter soll erschwert werden, was eine Stärkung für diesen Teil der Bourgeoisie bedeutet. Die Zinsen für Investitionskredite wurden gesenkt und das Zwangsdepot von zwei Cruzeiros pro Liter Benzin, das in erster Linie die mittleren und kleinen Betriebe einschränkte, wurde aufgehoben. Mit diesen Maßnahmen wird die Grundlinie der Wirtschaftspolitik, Begünstigung der imperialistischen Konzerne, in keiner Weise in Frage gestellt. So wurde z.B. im Februar der Minister für Handel und Industrie, der als Vertreter der inländischen Kapitalgüterindustrie galt, abgelöst (»CN« Nr. 49). Die erwähnten Wirtschaftsmaßnahmen sind als kleine, relativ unbedeutende Bonbons für Teile der inländischen Bourgeoisie zu betrachten.

Folter und Repression nicht abgeschafft

Folter und Repression nicht abgeschafft

Daß die Regierung nicht die Absicht hat, die viel beschworene Entspannung und Demokratisierung einzuleiten, zeigt sich an ihren Reaktionen auf die Aktionen der Opposition.

Als sich im April der MDB weigerte, einer verfassungsändernden Justizreform im Parlament zuzustimmen, wurde das Parlament kurzerhand aufgelöst und die beabsichtigten »Reformen« per Dekret durchgesetzt. Dabei wurde auch gleich ein neues Wahlgesetz durchgezogen, daß der Regierungspartei ARENA in jedem Fall eine Mehrheit sichert (vergl. AK 103). Gegen die Studentenbewegung ist inzwischen der ganze »Sicherheitsapparat« in Gang gesetzt worden. Zwar kam es nicht zu bewaffneten Zusammenstößen, aber hunderte von Studenten wurden in allen Teilen des Landes verhaftet, Anfang Juni allein 800 in Belo Horizonte. In Sao Paolo wurde das ganze Universitätsgebiet abgesperrt und 350.000 (!) Autos und Busse untersucht (eine Maßnahme, die selbst den Kapitalisten nicht paßte, weil dadurch rund 30 Mio. Arbeitsstunden verlorengingen). In Curitiba (Provinz Parana) wurde eine Studentin — wahrscheinlich von der Antikommunistische Allianz Brasiliens — entführt und ermordet (»CN« Nr. 49).

Über die Fernsehkritik des MDB konnte zwar in den Zeitungen noch berichtet werden, aber drei Tage später wurde dem MDB-Führer Furtado das parlamentarische Mandat und die politischen Rechte für zehn Jahre aberkannt. Furtado ist seit Amtsantritt Geisels der siebte Oppositionspolitiker, an dem diese Maßnahme vollzogen wird (»Frankfurter Rundschau« — »FR«, 2.7.77).

Berichte über Folterungen in den Gefängnissen sind erst im Laufe von Rosalyn Carters Brasilien-Besuch wieder bekannt geworden. Wenig Verbreitung fanden sie allein in der BRD. Also auch hier keine wesentlichen Änderungen.

Was wollen die Imperialisten?

Die derzeitige Politik der Carter-Regierung erweckt den Anschein, als würde sie gemäßigte Oppositionsbewegungen gegen die Militärdiktaturen unterstützen und fördern.

In diese Richtung zielt die Menschenrechtskampagne (siehe Artikel zur OAS in diesem AK), die Streichung der Militärhilfe, die Aufnahme von Gesprächen zur Normalisierung der Beziehungen mit Kuba oder die Good-Will-Tour von Rosalyn Carter, die z.B. in Brasilien auch erklärte Oppositionspolitiker zu einem Festbankett
Beziehungen mit Kuba oder die Good-Will-Tour von Rosalyn Carter, die z.B. in Brasilien auch erklärte Oppositionspolitiker zu einem Festbankett
einlud. Dazu gehört die Abberufung des US-Botschafters Siracusa aus Uruguay, der den Putsch 1973 offen unterstützt hatte, und dazu gehört, daß Vizepräsident Mondale den Christdemokraten Frei und den Sprecher der chilenischen UP, Almeyda zu Gesprächen im Weißen Haus empfangen hat (»CN« Nr. 50). All diese Maßnahmen sind aber auf die diplomatische Ebene beschränkt oder vollziehen sich im Rahmen wohlklingender, aber wirkungsloser Resolutionen.

In der Praxix w i r k s a m e Maßnahmen werden nicht ergriffen. Der Einfluß der US-Konzerne z.B. in Brasilien ist so massiv, daß die Streichung der US-Militärhilfe — die sowieso nur 1 % des brasilianischen Militärhaushaltes ausmachte — absolut nicht ins Gewicht fällt. Es ist für die brasilianische Regierung ein Leichtes, sich die entsprechenden Kredite und Finanzierungsmöglichkeiten über den »freien Markt« bei den US- oder auch europäischen Imperialisten zu beschaffen (vergl. AK 103). Darüberhinaus wäre es für Carter durchaus möglich, mit der übergroßen Vormachtstellung der USA im Internationalen Währungsfonds bei der Weltbank oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank durch ökonomischen Druck seine Menschenrechtsforderungen auch tatsächlich durchzusetzen. Derartiges geschieht natürlich nicht.

Dem US-Imperialismus geht es offensichtlich zur Zeit darum, das Make-up der faschistischen Diktaturen etwas zu erneuern, einige Spielregeln für die blutige Unterdrückung festzulegen, die man dann leichter als »demokratisch« verkaufen kann. Es geht zum anderen darum, dem häßlichen US-Amerikaner eine etwas freundlichere Maske aufzusetzen und eine scheinbare Trennungslinie zur Nixon- und Ford-Politik zu ziehen.

Offen bleibt die Frage, inwieweit hinter dieser »neuen« Fassade aggressive Pläne entwickelt und unterstützt werden. Aggressive Pläne, die gegen die letzten demokratischen Staaten in der Karibik, wie etwa Jamaika bereits praktiziert werden (Destabilisierungspolitik), oder beabsichtigt werden können.

Der US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Young, hat jedenfalls das Kräfteverhältnis für die USA in Lateinamerika recht offen benannt und betont, daß die USA auf übertriebene antikommunistische Hysterie tatsächlich nicht angewiesen sind. *»Für die stärkste Nation der Welt ist es lächerlich, jedesmal in Panik zu geraten, wenn sie hört, daß 1.000 Kubaner irgendwo hingegangen sind. 1.000 Kubaner oder auch 10.000 Kubaner oder*
cherlich, jedesmal in Panik zu geraten, wenn sie hört, daß 1.000 Kubaner irgendwo hingegangen sind. 1.000 Kubaner oder auch 10.000 Kubaner oder
auch 100.000 Kubaner irgendwo stellen keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten von Amerika dar« (»FR«, 7.6.77). Für die Situation in Lateinamerika hat Young zur Zeit leider recht.

Lateinamerikakommission

Kurzmeldungen

„ML" Argentinien zu Besuch in Peking

Die »Revolutionäre Kommunistische Partei Argentiniens«, die vor dem Putsch zu Unterstützung des Rechtsperonismus aufgerufen hat, weil Lopez Rega und Isabel Peron in Opposition zum *»Faschismus der Yankees und der Russen«* stünden (vergl. AK 65), und die sich insgesamt durch besondere Bedeutungslosigkeit hervorgetan hat, wurde Ende Mai in Peking von Li Hsiän-niän empfangen. Besonders gelobt wurde die RKP, weil sie *»zur Enthüllung der Infiltration des sowjetischen Sozialimperialismus in Argentinien viel gearbeitet und bei der Arbeit unter den Arbeitermassen erfreuliche Erfolge erzielt hat«* (»Monitor-Dienst« vom 1.6.77).

Auf daß sich diese »Erfolge« weiter in Grenzen halten.

Streik bei VW-Mexiko

Die rund 7.000 Beschäftigten des mexikanischen VW-Werks in Puebla haben in einem eintägigen Streik Lohnerhöhungen zwischen 15 und 30 % gefordert. Als die Betriebsleitung eine zwölfprozentige Lohnsteigerung anbot, wurde der Streik beendet (»SZ«, 4.7.77)

Kämpfe in Kolumbien

In den letzten Wochen beteiligten sich über 30.000 Arbeiter an zahlreichen Sreiks für höhere Löhne und gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. In La Ceja wehrte sich die gesamte Bevölkerung eines Wohngebiets, rund 5.000 Menschen, zwölf Stunden lang gegen Polizeitruppen, die bei einer Demonstration für eine neue Schule einen Schüler durch einen Kopfschuß schwer verletzt hatten. Über 100 Personen wurden schließlich festgenommen.

Noch zugespitzter ist die Lage an den Universitäten. In den letzten fünf Jahren ist allein die Universität von Bogota insgesamt sechsmal wegen Unruhen geschlossen worden. Am 8. und 9. Juni fanden im ganzen Land Protestkundgebungen gegen die Schließung von vier Universitäten statt. Die Regierung setzte ihren ganzen Gewaltapparat gegen die Demonstrationen ein. Sieben Städte stehen unter militärischer Kontrolle. Die Universität von Medellin wurde von Polizeikräften umzingelt, 50 Personen wurden verhaftet. In Caki wurden 12 Studenten durch Schüsse verletzt, in Bogota wurde ein 22-jähriger Student ermordet (nach »Chile-Nachrichten« Nr. 50).

Streiks und Demonstrationen in Peru

In der zweitgrößten peruanischen Stadt Arequipa, in Tacna, Puno und Cuzco gab es mehrtägige Streiks und Demonstrationen gegen die Preiserhöhungen, für die Aufhebung des Ausnahmezustandes und für die Freilassung verhafteter Gewerkschafter. Die Regierung hat zahlreiche Verhaftungen durchgeführt und den *»politischen Agitatoren«* mit dem *»ganzen Gewicht des Gesetzes«* gedroht. In Tacna ging die Polizei mit aller Brutalität gegen die Demonstranten vor, 25 Menschen wurden verletzt, ein junger Mann wurde ermordet (»SZ«, 24.6. und 4.7.77).

Deutscher Bankkredit für Argentiniens Atomindustrie

Die nationale Atomenergiekommission Argentinies gab bekannt, daß sie von der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank einen Kredit in Höhe von 47,5 Mio. DM erhalten wird. Der Kredit soll unter anderem benutzt werden, um Einrichtungen für den Bau einer Brennstofferzeugungsanlage zu kaufen. *»Damit wird die völlige Selbstversorgung mit Nuklearenergie und die Beseitigung der Abhängigkeit von ausländischen Brennstofflieferungen ermöglicht«* (»Monitor-Dienst«, 18.5.).

Chilenische Frauen im Widerstand

Fünf Tage lang machten 28 Frauen und zwei Männer mit einem Hungerstreik im Gebäude der UN-Wirtschaftskommission mitten in Santiago auf die Probleme der verschwundenen politischen Häftlinge in Chile aufmerksam (siehe auch die Erklärung des Komitees zur Unterstützung der politischen Gefangenen im letzten AK). Sie griffen zu diesem Mittel, nachdem alle Versuche, über Behörden genaueres über das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen zu erfahren, gescheitert waren.

In einem Appell, der aus Chile herausgeschmuggelt werden konnte, erklärten sie: *»Wir haben diesen Hungerstreik begonnen, weil wir nicht mehr warten können. Unsere Verwandten sind in verschiedenen Orten des Landes und zu verschiedenen Zeiten verhaftet und seither verschwunden. Bei allen diesen Fällen waren die Sicherheitsorganisationen der Regierung, insbesondere die DINA, beteiligt.«* (Nach »UZ«, 23.6.77). Sie forderten die Aufklärung aller Fälle von verschwundenen Widerstandskämpfern und die Bildung einer Untersuchungskommission, *»in der Persönlichkeiten aus Chile und anderen Ländern Mitglied sein sollen«* (»UZ«, 23.6.77). Zudem fordern sie die »absolute Respektierung aller persönlichen Garantien« für sich selbst.

Besonders wichtig ist diese Aktion vor dem Hintergrund, daß die Junta schon nach der Freilassung Corvalans behauptete, der KP-Senator Jorge Montes sei der letzte politische Häftling, bei allen anderen handele es sich um »gewöhnliche Kriminelle.« Nun ist auch Jorge Montes im Austausch freigelassen und es besteht die Gefahr, daß die Junta auch dadurch weiter salonfähig wird.

Nicht zuletzt der Hungerstreik ist ein Versuch, der Junta einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen und breiter auf das Schicksal der politischen Häftlinge aufmerksam zu machen.

Nach Berichten chilenischer Genossen des MIR wurde der Hungerstreik inzwischen abgebrochen, nachdem Pinochet zugesagt haben soll, das Schicksal der »Verschwundenen« überprüfen zu lassen, und auch keine Repressalien gegen die Hungerstreikenden zu ergreifen. Auf bloße Zusagen eines solchen Schlächters läßt sich allerdings überhaupt nicht vertrauen.

Lateinamerika-Kommission

Neues Tauziehen um den Zugang zum Meer

Nachdem Banzer seine verzweifelten Verhandlungsbemühungen mit Chile, für Bolivien einen Zugang zum Meer zu schaffen, fast als gescheitert ansehen mußte, hat der bolivanianische Außenminister Andriazola im Juni erneut Verhandlungen mit den Nachbarländern Chile und Peru aufgenommen.

Nach einem Treffen mit den Aussenministern in Peru und Chile kehrte Andriazola mit der „positiven" Nachricht zurück, daß Abkommen verhandelt wurden, in denen die Beteiligten ihr „*Verständnis und ihre Sympathie für den Anspruch Boliviens auf einen Zugang zum Meer*" beteuert und versprochen hätten, „*mit allen Kräften nach einer befriedigenden Lösung zu suchen*" („Monitor-Dienst", 10.6.).

Von seiten Perus ist dieses globale Entgegenkommen nichts weiter als der Versuch, die Beziehungen zu Bolivien und Chile zu verbessern, die nach der ersten Verhandlungsrunde, bei der Peru vollkommen ausgeschlossen worden war, abgebrochen waren.

Die mexikanische Zeitschrift „Chasqui" (Ausgabe Januar – März 1977) hob hervor, daß die Verhandlungen zwischen Chile und Bolivien anfangs eine „*Provokation gegen die (vor dem Putsch) fortschrittliche Entwicklung Perus*" beabsichtigt hätten. Weiterhin gehe es aber vor allem um die „*Entwicklung einer militärischen und politischen Allianz*", und um die Koordinierung der „*Repression gegen die Völker der beiden Länder*". Auch Brasilien hat seine Hand dabei im Spiel, weil es durch seinen großen Einfluß in Bolivien Vorteile für seine expansionistische Politik erhofft, d. h. durch einen bolivianischen Zugang zum Meer selbst eine lückenlose Verbindung vom Atlantik zum Pazifik (von Sao Paulo bis Arica) zu erhalten.

Umgekehrt hat Chile großes „Verständnis" für Boliviens Anspruch, da dabei ein gleichgroßes Gebiet vom bolivianischen Hochland als Gegenleistung herausspringen soll. Und es ist sicher kein Zufall, daß gerade dort große Erdölvorkommen vermutet werden ...

Die verschiedenen bolivianischen Regierungen haben bislang versucht, das Fehlen eines Hafens der Bevölkerung als verantwortlich für deren Armut zu verkaufen. Allerdings verhindert das nicht, daß die Verhandlungen Banzers trotzdem auf Widerstand in der Bevölkerung stoßen und die eigentlichen Interessen des bolivianischen Regimes angeklagt werden. Der Kongreß der FSTMB (Föderation der Bergarbeiter Boliviens) formulierte, daß die Forderung nach Zugang zum Meer einer Linie des politischen Machtstrebens auf dem Kontinent entspricht, und erklärte, daß dadurch die tiefgreifenden Probleme der Unterentwicklung und des Elends sowie das Fehlen von Gewerkschaftsfreiheit und demokratischen Rechten vertuscht wird.

Lateinamerika-Kommission

Solidarität mit den Bayer-Arbeitern in Peru!

Die Arbeitergewerkschaft der Bayer Industrial SA in Lima hat in einem Brief an die Kollegen von Bayer Leverkusen auf die brutale wirtschaftliche und politische Unterdrückung durch den Bayer-Konzern in Peru aufmerksam gemacht: Streikverbot, Lohnstop, Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit, besondere Privilegien des Bayer-Konzerns zu Lasten der Arbeiter, das ist Alltag in Peru. Ein Produktionsbereich wurde z. B. 1972 erst aufgenommen, als garantiert war, daß Bayer sich nicht an das allgemein gültige Gesetz über Mitbestimmung und Vermögensbildung zu halten brauchte.

Hier einige Ausschnitte aus dem Brief: „*In Bayer Industrial SA, dem multinationalen Unternehmen mit deutschem und kanadischem Kapital, wird uns Tag für Tag eine höhere Produktionsleistung abgepreßt, die Maschinen stehen keine Minute still, denn wenn das der Fall wäre, würde man uns nach dem neuesten Gesetz ... der ‚Sabotage' oder der ‚Minderung der Produktion' beschuldigen. In der Zeit vom 1.1.77 bis heute wurden sechs Arbeiter willkürlich und ohne jede Erklärung entlassen. Ende Juni dieses Jahres soll ein neues ‚Arbeitsplatzschutzgesetz' erlassen werden, das es den Unternehmern ermöglichen wird, 10 % des Personals zu entlassen ...*"

Der Brief ist gerichtet an den „*Generalsekretär der Arbeitergewerkschaft von Bayer-Leverkusen*". Bleibt zu hoffen, daß die Bayer-Arbeiter in Leverkusen überhaupt etwas von dem Brief der peruanischen Kollegen erfahren.

(Nach „Informationszentrum 3. Welt", Juni 1977).

Lateinamerika-Kommission

Scheel und Genscher in Mexiko

Bundespräsident Scheel und Außenminister Genscher machten Mitte Juni einen Besuch in Costa Rica und Mexiko. Die Auswahl der Reiseziele wirft ein Licht auf die Absicht der Besucher. Beide Länder sind »demokratisch verfaßt« — was in Lateinamerika tatsächlich zur Seltenheit geworden ist, und vor allem Mexiko gilt als »einflußreiches Land«, das als »Sprecher der Dritten Welt« und als »Schlichter« zwischen den armen und den Industrienationen weithin anerkannt ist. Ein Besuch des Bundespräsidenten in Mexiko ist unter diesen Bedingungen geeignet, das Image des BRD-Imperialismus als »fairen Partner« weiter zu verankern (»Süddeutsche Zeitung«, »SZ«, 14.6. und 16./17.6.77).

Ganz in diesem Sinne dosierte Scheel seine partnerschaftlichen Sprüche: »*Das Verhältnis zu Lateinamerika werde immer stärker bestimmt durch eine gleichgewichtige Abhängigkeit, durch ein Geben und Nehmen...*« (»SZ«, 8./9.6.77). Es sei notwendig, daß die Länder der Dritten Welt »*mehr profitieren*« könnten (»SZ«, 16./17.6.77). Bonns Lateinamerikapolitik werde aktiver werden usw. usf. Auf der anderen Seite wurden brennende Fragen Lateinamerikas wie die Panamakanalzone, oder das Verhältnis zu Kuba gezielt aus den Gesprächen ausgespart.

Wohlgesetzte Worte findet der BRD-Imperialismus vor allem für Lateinamerika schon länger. Dahinter läßt sich natürlich nicht verbergen, daß tatsächlich keine Partnerschaft stattfindet, daß eine Neuregelung der Handelsbeziehungen etwa in den Nord-Süd-Konferenzen nicht zuletzt am BRD-Imperialismus scheitert, oder daß die BRD ihre »partnerschaftlichen Beziehungen« besonders gut mit faschistischen Ländern wie Brasilien, Argentinien und Chile entwickelt. Ziel des BRD-Imperialismus ist nach wie vor, im Windschatten der USA seinen Einfluß schrittweise auszubauen, ohne allerdings eine offene Konfrontation mit den US-Interessen einzugehen. Es war während der Scheelreise zwar unausgesprochen, aber überall deutlich, daß »*die Deutschen nicht voll einsteigen, um den Einfluß der in diesem Teil der westlichen Hemisphäre ungeliebten Amerikaner zurückzudrängen*« (»SZ«, ebenda).

Dazu ist die Vormachtstellung der USA noch zu erdrückend. 60 % des gesamten mexikanischen Handels wird mit den USA abgewickelt. Die BRD ist zwar der zweitgrößte, aber mit 7,3 % des Imports und 3 % des Exports vergleichsweise noch bescheidener Handelspartner (»Nachrichten für Außenhandel«).

Die westdeutschen Kapitalinvestitionen in Lateinamerika sind aber stetig gewachsen: Anfang 1977 lag die Gesamtsumme mit 6,2 Mrd. DM um 12,8 % höher als im gleichen Zeitraum 1976. 44,7 % aller westdeutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern entfallen auf Lateinamerika. Von den 3,6 Mrd. DM, die in Lateinamerika angelegt sind, entfällt nach wie vor der Löwenanteil, nämlich 53 %, auf Brasilien. Es folgt Argentinien mit 580 Mio, dann aber dicht auf Mexiko mit 507 Mio DM (»FAZ«, 7.5.77). Diese relativ große Bedeutung Mexikos war ein weiterer Grund für die Scheelreise. Die vor kurzem entdeckten großen Ölreserven und neuerdings Uran-Funde machen Mexiko für den BRD-Imperialismus weiter interessant. Fragen der »friedlichen Nutzung der Atomenergie« sollen während des Besuches auch schon besprochen worden sein. Vor sechs Jahren, als Mexiko seinen ersten Bauauftrag für ein AKW gab, erhielt noch ein Konsortium aus Kanada und den USA den Zuschlag, das BRD-Angebot wurde abgelehnt. Jetzt ist die Planung eines zweiten AKWs im Gespräch, wofür Scheel und Genscher möglicherweise bereits einige Vorbereitungen getroffen haben (»Frankfurter Rundschau«, 23.3. und »Nachrichten für Außenhandel«, 30.3.77).

OAS — Kolonialministerium der USA

Ende Juni ging die 7. Generalversammlung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) in St. Georges auf der Karibik-Insel Grenada zu Ende. Ergebnis der Tagung waren mehrere Entschließungen über die Menschenrechte, die Verbesserung der Wirtschaftsverhältnisse und Fragen des Terrorismus.



US-Außenminister Vance auf der OAS-Konferenz in Grenada

Umstritten war die Resolution zur Einhaltung der Menschenrechte, die von den USA eingebracht worden war. Die Trennungslinie verlief zwischen den noch halbwegs demokratischen Ländern (wie z.B. Costa Rica, Mexico, Trinidad, Panama) und den USA auf der einen und den Faschisten aus Brasilien, Chile, Argentinien, Uruguay auf der anderen Seite.

Der Inhalt dieser hochgejubelten Resolution, die einen Höhepunkt in Carters »Menschenrechtsbewegung« für Lateinamerika darstellen und — ebenso wie der Lateinamerikabesuch von Carters Frau — das Image der USA als Kolonialherr Lateinamerikas abbauen soll, ist allerdings nur zynisch. Es heißt darin z.B. zu Chile: »*Es gibt jedoch in Chile Fälle der Verletzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit*«, wobei betont wird, daß diese Fälle zurückgehen (!) (»SZ«, 23.6.77). Nicht einmal die Formulierung, in Chile würden die Menschenrechte in »*beträchtlicher Weise verletzt*« wurde akzeptiert.

Abgedeckt durch die groß aufgemachten Kommentare über diese Menschenrechtsresolution wurde dann auch die »Gegenseite«, die Frage des »Terrorismus« behandelt. Der ständige Rat der OAS wurde beauftragt, »*neue Wege zur Terrorismusbekämpfung zu suchen*« (»SZ«, 22.6.77). Was das heißt, ist klar. Gleichzeitig wurde Chile Gelegenheit gegeben, weitere Lügen über die angeblich demokratische Situation des Landes zu verbreiten. Der chilenische Delegierte erklärte, daß die Junta mit dem KP-Mitglied Montes (im Austausch gegen elf DDR-Häftlinge, vergl. AK 107) den letzten politischen Gefangenen freigelassen habe. Jetzt gebe es in Chile noch 340 politische Häftlinge, die aber ausnahmslos in ordentlichen Gerichtsverfahren verurteilt worden seien (»SZ«, 22.6.77).

Strittige, aktuelle Fragen im Verhältnis lateinamerikanischer Länder untereinander oder auch zwischen Lateinamerika und den USA, wie der Zugang Boliviens zum Meer, die Unabhängigkeit Belizes oder Probleme wie die Panamakanalzone und das Verhältnis zu Kuba wurden nicht erörtert.

Springers »Welt« zeigte sich über die diesjährige OAS-Konferenz sehr verbittert und warf den USA eine zu weiche und nachsichtige Haltung vor: »*Von den Vereinigten Staaten ist man es nachgerade schon gewohnt, daß sie in diesem Forum die Watschen einstecken und auch noch die andere Wange hinhalten. Für das Privileg der öffentlichen Beschimpfung dürfen die USA weiter zwei Drittel des gesamten Budgets dieser Regionalorganisation bestreiten*« (»Welt«, 25.6.).

Springer geht Carters taktisches Geplänkel bereits zu weit. Er möchte lieber Zustände wie im vorigen Jahr, wo die OAS-Tagung — als Geschenk an Pinochet — in Santiago de Chile stattfand und die obligatorische Menschenrechtsresolution noch zynischer ausfiel.

Im Kern hat sich die OAS nicht geändert, sie ist auch heute noch — wie Fidel Castro sagt — das Kolonialministerium der USA.

Argentinien: Mord an Elisabeth Käsemann

Die argentinische Regierung behauptet, daß Elisabeth Käsemann als Vertreterin der IV. Internationale an einem Treffen von Guerilla-Organisationen teilgenommen haben soll und dabei zusammen mit 14 anderen Personen bei einem Schußwechsel getötet wurde. Daß dieses Treffen und das angebliche Feuergefecht jemals stattgefunden haben, ist mehr als zweifelhaft. Elisabeth wurde am 8. März verhaftet, nichts spricht dafür, daß sie sich seitdem noch einmal auf freiem Fuß befunden hat.

Noch am 20. Mai teilte man ihrem Vater, der sich in zahlreichen Initiativen um ihre Freilassung bemühte, mit, daß man seine Tochter gegen ein saftiges Bestechungsgeld freibekommen könne. Vier Tage später war Elisabeth tot, wahrscheinlich im Rahmen einer Massenexekution von politischen Gefangenen ermordet.

Die Aktivitäten der deutschen Botschaft und des Auswärtigen Amtes waren im Fall Käsemann genauso »hartnäckig« wie bei den übrigen in Argentinien verhafteten oder verschwundenen Westdeutschen (vergl. AK 107). Als 1974 die englische Ärztin Sheila Cassidy in Chile verhaftet wurde, weil sie Mitglieder des MIR behandelt und unterstützt hatte, zog die britische Regierung, die nun wirklich über jeden Verdacht, mit linken Revolutionären zu sympathisieren, erhaben ist, ihren Botschafter aus Santiago ab und sorgte für solchen Wirbel in der Weltpresse, daß Sheila Cassidy nach kurzer Zeit freigelassen wurde. Die westdeutschen Behörden unternehmen dagegen nichts, sie fragen allenfalls mal nach. »*Im Fall von Elisabeth Käsemann berichtet die deutsche Botschaft, sie habe ... mindestens 30 Gesprächstermine gehabt. Mit Nachdruck wurde erst nachgefragt, als sie schon vier Kugeln in Rücken und Hals bekommen hatte*« (»CN« Nr. 50).

Lateinamerikakommission



Bei einem „Feuergefecht" gefallene „Terroristen" — oder ermordete politische Gefangene in Argentinien...?!

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do/Fr von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
A. Neugebohrn
Postfach 102902
28 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt a.M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Sonnabend
10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr



afrika

Krieg zwischen Somalia und Äthiopien?

Zu verstärkten bewaffneten Kämpfen ist es dieser Tage in der Südostregion Äthiopiens, im Ogaden, gekommen; der äthiopische Rundfunk gab die Tötung von mehr als 500 „konterrevolutionären Banditen" bekannt. Auch aus der nur wenig weiter nördlich gelegenen Provinz Harrar wurden — lt. somalischen Rundfunk — heftige Kämpfe gemeldet. Die Eisenbahnlinie zwischen Djibouti und Addis Abeba wurde mehrfach gesprengt. Über ihre Schienen werden ca. 80% der Exportgüter Äthiopiens zum Hafen Djibouti gebracht, sie ist von existentieller Bedeutung für die äthiopische Wirtschaft. Das äthiopische Militärregime hat Somalia beschuldigt, die Eisenbahnbrücken gesprengt zu haben, was von Somalia energisch bestritten wurde. Vielmehr hätte die Befreiungsbewegung der Westsomalis in der Provinz Harrar diese Anschläge verübt, sie seien Zeichen, daß *»der gerechte Kampf der vom Regime in Addis Abeba unterdrückten Völker jetzt eine hohe Stufe erreicht* (habe)« (nach Radio Mogadisco, Somalia, nach „Monitor-Dienst" vom 7.6.77, alle anderen Informationen nach „Süddeutsche Zeitung", „SZ", v. 4. und 5. Juli 77).

Seit Monaten wirft das äthiopische DERG-Regime der somalischen Regierung vor, durch reguläre Truppen die Aufständischen in der Südostprovinz Ogaden zu unterstützen, mit eben solcher Beharrlichkeit werden seitens Somalia diese Vorwürfe bestritten. Jüngst hatte auch Kenia ähnlich lautende Vorwürfe gegenüber Somalia erhoben, angeblich wären 3.000 (!) somalische Soldaten in den Norden Kenias einmarschiert. Die auf der OAU-Konferenz in Libreville anwesende somalische Delegation hat dies sofort dementiert: *»Somalische Truppen haben Kenia nie angegriffen und werden es auch in Zukunft nicht tun«* („International Herald Tribune", 1.7.77 und „New York Times", 1.7.).

Wahrscheinlich hätten äthiopische Regierungstruppen kenianische Grenzposten beim Verfolgen von Guerillas angegriffen (ebenda). Diese Version wurde vom DERG zurückgewiesen, Seite an Seite mit dem neokolonialen Kenia sagte der äthiopische Botschafter in Kenia, dies sei der *»der Versuch Somalias, seine nackte Aggression gegen die territoriale Integrität Kenias zu verschleiern«* (ebenda).

Die Beschuldigungen, die Kenia und Äthiopien gegenüber der Demokratischen Republik Somalia erheben, weisen auf eine beiden Ländern gemeinsame Situation hin: In ihren Grenzen leben starke somalische Minderheiten, die seit Jahren einen Kampf für die Angliederung der betreffenden Landesteile (Südostäthiopien — Ogaden — und Nordkenia) an Somalia führen, da sie ihre politische und kulturelle Eigenständigkeit sowohl in Kenia als auch in Äthiopien nicht gewahrt sehen. In Äthiopien z.B. gehört die „umstrittene" Provinz Ogaden zum Armenhaus innerhalb des Landes, die von der (kaiserlichen) Zentralregierung systematisch vernachlässigt wurde und wo viele tausend Menschen während der Dürrekatastrophe 1975 den Hungertod fanden, sofern sie nicht nach Somalia retten konnten, wo ihnen Hilfe zuteil wurde (vgl. »New African Development«, 7/77). Das heutige DERG-Regime ist wie das kaiserliche Regime nicht bereit, den in den äthiopischen Grenzen lebenden Völkern — darunter auch den somalischen Nomaden — das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren.

Eben dieses Recht auf Selbstbestimmung *»in einer freien und demokratischen Athmosphäre«*, so der somalische Staatschef Barre, verlangt die somalische Regierung für die somalischen Minderheiten außerhalb ihrer Grenzen (lt. „SZ", 29.3.77).

Darüberhinaus erhebt Somalia direkt territoriale Ansprüche, erst kürzliche sprach Barre von der *»illegalen Besetzung somalischen Territoriums durch das äthiopische Regime«* (lt. Radio Mogadisco, Somalia, nach „Monitor-Dienst", 10.6.77). Hierdurch gewinnt eine mögliche bewaffnete Auseinandersetzung Konturen.

Der Konflikt selbst entstammt der Kolonialzeit, 1897 wurde die Provinz Ogaden dem äthiopischen Kaiserreich von den Engländern zugeschlagen. Das somalische Siedlungsgebiet wurde insgesamt von England, Italien, Frankreich und Äthiopien in Besitz genommen und „verteilt". Die politische Unabhängigkeit führte 1960 nur zur Vereinigung von zwei somalischen Gebieten, dem englischen somalischen Protektorat und dem italienischen UNO-Treuhandgebiet. Die ebenfalls von Somalis besiedelten Gebiete in Nordkenia (hier entschieden sich 1962 87% für einen Anschluß an Somalia, vgl. Laitin, „Somalia, Territorial Claims", 1976), im Ogaden (Südostäthiopien) und Djibouti (französische Kolonie bis zum Juni d.J.) konnten nicht in ein einheitliches „Großsomalia" mit einbezogen werden. Die englischen Imperialisten brachen ihre diesbezüglichen Versprechungen um mit Kenyatta die „Unabhängigkeit" unter „Dach und Fach" zu bringen, und Äthiopien weigerte sich unter dem Feudalfaschisten Haile Selassie beharrlich, auch nur einer einzigen nationalen Minderheit das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren. 1964 kam es gar deswegen zu einem Krieg zwischen Äthiopien und Somalia. Nach langjährigen Verhandlungen gelang es 1967 den Konflikt an der Oberfläche zu befrieden. 1972/3 kam es zu einer erneuten Verschärfung der Grenzspannungen. Das zerfallende kaiserliche Regime in Äthiopien war offensichtlich nicht mehr in der Lage, den somalischen Widerstand im Ogaden unter „Kontrolle" zu bringen, außerdem wurden in diesem Zeitraum Erdgas und Erdöl entdeckt, die das Gebiet zu einem wirtschaftlich bedeutenden Gebiet für die Zukunft werden lassen (nach Schätzungen sollen in dem Grenzgebiet zwischen Äthiopien, Somalia und Kenia Erdölreserven lagern, die durchaus den westafrikanischen an Umfang ebenbürtig sein sollen).

Heute, wo Äthiopien die Tötung von 150 „Eindringlingen aus Somalia" und die Gefangennahme von 15 in Äthiopiens Ostregion Harrar behauptet („SZ",1.7.77), herrscht zwischen beiden Ländern der schwelende Kriegszustand. Ein weiterer Streitpunkt ist das gerade formal unabhängig gewordene Djibouti. Somalia hat erklärt, daß es j e d e n Entscheid der Einwohner (für Anschluß an Somalia oder Unabhängigkeit oder Anschluß an Äthiopien) respektieren werde, während Äthiopien einen Anschluß an Somalia als Bedrohung wertet und bereit ist, *»die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Unabhängigkeit des Territoriums zu sichern«* (Radio Addis Abeba, 4.6.77 nach „Monitor-Dienst"). Es *»betrachtet die Unabhängigkeit Djiboutis als eng verknüpft mit seinen Lebensinteressen«* (ebenda). Hier ist „Unabhängigkeit" eine Umschreibung für den Nichtanschluß an Somalia um jeden Preis.

Geht Somalia nach rechts?

In jüngster Zeit haben sich die Beziehungen Somalias zu so reaktionären Staaten wie dem Sudan und Saudiarabien „verbessert". Im März kam es zu einem von Saudi-Arabien inszenierten Treffen von Somalia, Sudan, Nord- und Südjemen, wo die Entwicklung in der Region diskutiert wurde. Es ist offensichtlich, daß der Statthalter des US-Imperialismus in dieser Region, Saudi-Arabien, verstärkt versucht, die antiimperialistischen Tendenzen am „Horn von Afrika" zu stoppen. Die sogenannte Petrodollar-Diplomatie Saudi-Arabiens soll sich in einem finanziellen Angebot an Somalia niedergeschlagen haben. Nach „New African Development" sollen 400 Millionen Dollar für den Rausschmiß der sowjetischen Berater aus Somalia geboten worden sein, nach der „Frankfurter Rundschau" sind es „nur" 300 Millionen Dollar. Saudi-Arabien hat sich darüberhinaus angeboten, gegen saudisches Geld Waffen für Somalia in Frankreich zu kaufen („Newsweek", 27.6.).

Nach einem Besuch des Außenministers von Saudi-Arabien in Somalia bekundete Siad Barre, *»die Beziehungen könnten nicht besser sein«*. In einem Interview mit der US-amerikanischen Zeitschrift „Newsweek" (27.6.) gab er zu verstehen, daß Somalia *»interessiert ist an engeren Beziehungen zu den USA«*, er sei *»nicht anti-amerikanisch«*. Angesprochen auf mögliche imperialistische Waffenhilfe, erwiederte er, *»wir sind dankbar für Beistand, von wo immer er kommt«*, die Annahme von US-Waffen *»würde von den Umständen abhängen«* („Newsweek", 27.6.77). Eine erste Antwort des US-Präsidenten Carter bestand darin, eine Dreierkommission nach Somalia zu entsenden, die US-„Hilfe" für Somalia zur Sprache bringen soll. In Vorbereitung ist der Abbau von Uranvorkommen durch den US-Multi „Westinghouse".

Es ist nach allem nicht auszuschließen, daß Somalia angesichts der Waffenhilfe der Sowjetunion für das äthiopische DERG-Regime engere Beziehungen zu den Imperialisten aufbauen will. Möglicherweise hat sich die Sowjetunion mit ihren Lobgesängen auf den „sozialistischen" DERG und ihren Waffenlieferungen an das Terrorregime machtpolitisch „verkalkuliert". Die scharfe Kritik Somalias an den inneren Zuständen in Äthiopien treffen natürlich auch dessen außenpolitischen Verbündeten, die Sowjetunion. Das Bedauerliche an dieser Entwicklung ist „nur", daß ihr Nutznießer der Imperialismus und die afrikanisch-arabische Reaktion ist. Erst kürzlich (am 28.5.77) haben sich beispielsweise die Vizepräsidenten des Sudan und Somalias in der sudanesischen Hauptstadt zu Gesprächen über die „Sicherheit" in der Region getroffen.

Noch läßt sich u.E. nicht erkennen, ob der neuerlichen Außenpolitik Somalias eine tatsächliche Rechtswende des Regimes zugrunde liegt. Vieles spricht dafür, daß das somalische Regime — der Not der Stunde gehorchend — sich nach möglichen neuen Bündnispartnern umsieht. Ein möglicher Krieg in Ostafrika würde Somalia bisher zweifellos in eine stark isolierte Position rücken: Die Imperialisten (EG und USA) stehen hinter dem potentiellen Kriegsgegner Kenia, die SU würde sich vermutlich „neutral verhalten, aufgrund ihres seeligen Verhältnisses zum zweiten potentiellen Kriegsgegner Äthiopien und die — nach wie vor in Djibouti stationierten Elitetruppen bedeuten eine dritte Gefahr für das „somalische Experiment" eines Weges zum Sozialismus.

Freibrief für die Feudal-Regierung?

Laut einer Meldung der »FR« vom 2.7.77 hat Radio Addis Abeba am 1.7. im Auftrag der Militärjunta eine »vollständige Generalamnestie « für alle Anhänger der feudal-reaktionären EDU (»Äthiopische Demokratische Union«) verkündet, *»die in den Busch oder nach Sudan geflohen sind«* (siehe auch »Guardian« und »SZ«).

Die EDU (mit Zentrale in London) ist der Zusammenschluß derjenigen Kräfte, die in Äthiopien wieder die alten feudalen Ausbeutungsverhältnisse herstellen wollen, wie sie zur Zeit des Kaisers Haile Selassie bis 1974 herrschten. Die Staatsmacht Haile Selassies hatte sich neben der modern ausgerüsteten Armee ganz wesentlich auf die Herrschaft weniger großer Provinz-Fürsten gestützt (die »Ras«), welche mit einem eigenen Staatsapparat aus Feudal-Beamten und Privat-Armeen eine grausame Auspressung des Volkes betrieben. Im Verlauf der Entwicklung seit 1974 wurden diese Fürsten weitgehend entmachtet. Einige konnten jedoch ins Ausland fliehen und auch in Äthiopien selbst wieder Machtpositionen ausbauen. So beherrschen sie bis heute mit ihrem Kapital große Teile des Zwischenhandels, auf den die äthiopischen Bauern zur Vermarktung ihrer Produkte und zur Versorgung der Städte mit Lebensmitteln angewiesen sind. Es gelang ihnen auch, in Äthiopien geheime Waffenlager anzulegen, aus ihren »Getreuen« bildeten sie Räuberbanden und Geheimorganisationen, die vor allem die revolutionären Bauern bisher viele Opfer gekostet haben. In den letzten Monaten wurden verstärkte militärische Operationen regelrechter EDU-Streitkräfte von sudanesischem Gebiet aus gemeldet. Besonders gefährlich wurden sie in der nördlichen Provinz Begemder, welche an Sudan und Eritrea grenzt.



Rekruten der neuen „Bauernmiliz": Ein erneuter Volksauftrieb des äthiopischen Militärregimes gegen Eritrea.

Die Informationen über die gegenwärtige Haltung der Junta zur EDU sind allerdings sehr widersprüchlich. So meldete die offizielle äthiopische Nachrichtenagentru ENA noch Mitte Juni die Rückeroberung der Stadt Humera (Grenzort nach Sudan in Begemder) aus den Händen der EDU, und man ließ einen gefangenen EDU-Leutnant im Fernsehen erklären, die EDU werde von Großbritannien, den USA, der BRD, Saudi-Arabien und dem Sudan unterstützt (»Süddeutsche Zeitung«, 14.6.77).

Neuer Bauernmarsch

Wieder einmal sollen äthiopische Bauernmassen gegen Eritrea gehetzt werden. Mitte Juni nahm Mengistu in Addis Abeba die Parade der in den vergangenen Monaten zusammengetrommelten »Bauernarmee« bzw. »Volksmiliz« ab. Die Angaben über ihre Stärke schwanken zwischen 100.000 und 300.000 Mann. Sie sind mit Kalashnikow bewaffnet (oder waren es zumindest bei der Parade) und mit nordkoreanischen Kampfanzügen uniformiert (»Neues Deutschland«, 18.6., »FAZ«, 20.6., »FR«, 27.6., »NZZ«, 28.6.). Der Marsch soll sich wieder vor allem gegen Eritrea richten, man will von Addis Abeba aus in drei Richtungen anmarschieren (»SZ«, 21.6.).

Bereits vor einem Jahr hat der DERG — getreu dem Vorbild des marokkanischen Volksauftreibs gegen die D.A.R. Sahara — ein ähnliches Manöver unternommen. Es war allerdings wesentlich schlechter organisiert (die Bauern wurden gewaltsam zusammengetrieben und auf LKW's ohne Versorgung und fast ohne Waffen Richtung Eritrea verschleppt). Über das klägliche Scheitern berichteten wir in AK 82.

Afrika-Kommission

Bekannte Putschisten verhaftet

Wie das „Jornal de Angola" vom 19.6.77 meldete, sind inzwischen die prominenten Putschisten Jose Van Dunem und seine Frau Sita Vales verhaftet worden.

Sie hatten nach dem gescheiterten Putsch zunächst in die 1. Militärregion fliehen können, die als „Hochburg" der Putschisten galt.

In Angola wird die Tatsache, daß die Putschisten von Bauern aufgespürt und gemeinsam mit Soldaten, die sie mobilisiert hatten, verhaftet wurden, als Beweis für die Isolierung der Putschisten vom Volk gewertet. Sita Vales ist Portugiesin und Mitglied der revisionistischen PCP und ihres Studentenverbandes UEC. Innerhalb der UEC ist sie Mitglied des Exekutivkomitees der Zentralen Kommission, also der Leitung der UEC.

Bis heute haben weder die PCP noch die UEC zu dieser Tatsache Stellung genommen. Sie wurde auch von ihrer Funktion in der UEC nicht entbunden.

Letzte Meldung

Laut dpa meldete Radio Luanda inzwischen auch die Verhaftung von Nito Alves, dem ehemaligen Innenminister und Kopf des Putsches. Er wurde ebenfalls im Norden des Landes festgenommen. Damit sind jetzt alle entscheidenden Putschisten in Haft und warten auf ihren Prozeß („Süddeutsche Zeitung", 9.7.77).

Portugal-Kommission

Neue Enthüllungen zum Überfall auf Benin

Die neueste Ausgabe der antiimperialistischen Zeitschrift „Afrique-Asie" (Nr. 138—27.6.77) veröffentlicht die Untersuchungsergebnisse der UNO-Sonderkommission, des Generalsekretariats der OAU sowie der ministeriellen Mission der OAU bezüglich des Söldnerüberfalls auf die VR-Benin im Januar dieses Jahres. Die neuen Fakten zu diesem Fall zeigen anschaulich die Zusammenarbeit der Geheimdienste imperialistischer Staaten (in diesem Falle Frankreichs) mit den neokolonialen Regimes Afrikas.

Die Konspiration gegen das fortschrittliche Afrika läuft auf Hochtouren...

Imperialisten bereiten Putsch vor

Laut Aussagen des OAU-Dossiers — das sich auf Dokumente der Söldner stützt — wurde der Putsch hauptsächlich von Kräften der „Front für die Befreiung und Rehabilitierung Dahomeys" (F.L.E.R.D.) und dem französischen Hauptmann Gilbert Borugeaud, „technischer Berater" des Staatschefs von Gabun und verantwortlich für den Schutz des Präsidenten, geplant und vorbereitet.

Dazu fand bereits am 5.11.76 ein gemeinsames Treffen zwischen Bourgeaud und Vertretern der F.L.E.R.D. statt, auf dem sich alle an der Aggression beteiligten Parteien auf Vertragsbasis zu einer Vorfinanzierung von insgesamt 475.000 US-Dollar verpflichteten. Bourgeaud wurde für die gesamte Planung des Unternehmens und die Rekrutierung der Söldner verantwortlich gemacht.

91 Söldner waren insgesamt an dem Putschversuch beteiligt, 61 Weiße und 30 Farbige. Sie wurden zusammengefaßt in der sogenannten „Force Omega" (Omega-Streitkräfte) und genauestens militärisch geschult. Es wurden kleine Kommandoeinheiten à 10 Mann gebildet, die z.B. die Aufgabe hatten, den „Präsidenten-Palast zu stürmen" oder „die Nationale Rundfunkanstalt zu besetzen" (aus einem Dokument der Söldner, „Afrique-Asie Nr. 138). Die europäischen Söldner wurden in Frankreich, Belgien, Schweden und der BRD(!) eingekauft.

Die afrikanischen Söldner wurden einmal von der Organisation der Exil-Guineer (R.G.E.) im Senegal rekrutiert und zum anderen von reaktionären Kräften aus der VR Benin in der Elfenbeinküste.

Folgende afrikanische Staaten hatten bei dem Putschversuch ebenfalls ihre Hand im Spiel: Da wäre als erstes Marokko zu nennen, das den Söldnertruppen eine Militärbasis zur Verfügung stellte und darüberhinaus das Unternehmen mit Geld und Waffen versorgte.

Zum zweiten ließ die Republik Gabun mit Präsident Bongo an der Spitze (z.Zt. OAU-Präsident!) sich auch nicht lange bitten und stellte für die Landung einer „DC 8" großzügig ihren Flugplatz zur Verfügung. Bongo war außerdem Teilnehmer eines Geheimtreffens zwischen dem Staatschef von Togo und Söldner-Hauptmann Bourgeaud am 2.1.77 in Gabun, auf dem alle Einzelheiten des Interventionsversuches genau abgesprochen wurden.

Weitere Helfershelfer des Überfalls waren der Senegal, Togo und die Elfenbeinküste.

In einem ihrer Dokumente schrieben die Organisatoren der Aggression zum Ziel des Putsches: *»das jetzige Regime auslöschen und an seine Stelle die „Front zur Befreiung und Rehabilitierung Dahomeys" setzen«*.

Zu diesem Zweck wurden mehrere Provokationsstrategien durchgespielt.

So existieren Dokumente, nach denen geplant war, der VR Benin Aggressionsabsichten gegenüber dem benachbarten Togo unterzuschieben. Bewaffnete Einheiten sollten von Togo aus Provokationen an der Grenze zu Benin anzetteln, die wiederum zum Vorwand genommen werden sollten, mit Truppenverbänden von Togo aus einzumarschieren und Luftwaffe von Gabun aus einzusetzen.

Diese Aktion war bereits für den 5.1. geplant und vorbereitet, wurde dann jedoch fallengelassen.

Ein Staatsstreich — wie teuer? Bourgeaud macht seine Rechnung

Der Finanzplan des Staatsstreichs gliedert sich nach: 1(A) geschätzte Ausgaben vor der Operation, 2(B) geschätzte Ausgaben nach der Operation, 3(C) Ausbildungskosten vor der Operation, sowie (ohne Ziffer) noch eine gesonderte Zusammenstellung über Ankauf- und Aufwandskosten für ein Transportflugzeug, Spesen des Bordpersonals, Kosten für die Geländebeobachtung u.a.

Den Löwenanteil des Finanzplans machen die Söldnerlöhne aus. Für die unter 1(A) berechnete und auf drei Monate angesetzte „voroperationelle" Zeit wurden 72.000 US-Dollar für Flugkosten und 403.000 US-Dollar an Mordgehältern veranschlagt. Die 30 afrikanischen Söldner sollten pro Monat 1.200 Dollar erhalten, die 60 europäischen Söldner 2.000 monatlich und der Söldnerboss 7.000 für alle drei Monate zusammen. Für die Zeit nach erwartetem Gelingen des Staatsstreichs sollten die europäischen Söldner für weitere drei Monate „Dienst" und einem Urlaubsmonat ebenfalls je 2.000 Dollar erhalten, die afrikanischen Söldner nur noch eine einmalige Entschädigung von 1.000 Dollar und der Söldnerboss eine Prämie von 20.000 Dollar. Der Gesamtfinanplan belief sich auf 1,25 Mio. Dollar. Als afrikanischer Söldner konnte man sich dabei insgesamt 4.600 Dollar „verdienen", als europäischer Söldner 14.000 Dollar — und Söldner-Hauptmann Bourgeaud hatte für sich selbst 27.000 Dollar veranschlagt.

1 (A) + ESTIMATION BUDJETAIRE PRE/OPERATIONNELLE +

1° Billet avion + frais de Rte
a)élément A 60x200------------------------------ 12.000
b)élément A 30x1000----------------------------- 30.000
c)élément A 60x500------------------------------ 30.000
Billets avion rapatriement.Prime assurance

2° Garantie salaire 3 mois 60x2000x3---------------- 360.000

2° Garantie salaire 3 mois 60x2000x3---------------- 360.000

3° Indemnités élément A 30x1200-------------------- 36.000

4° Indemnités de déplacement+frais divers E.M.------ 7.000
Total-------------------- 475.000 US $

2 (B) + ESTIMATION BUDJETAIRE POST/OPERATIONNELLE +

1° Salaire 3 mois + 1 mois congé
60x2000x4-- 480.000
2° Indemnités déplacement+frais divers E.M.---------- 20.000
3° Indemnités Elément A 30.1000--------------------- 30.000
Total-------------------- 530.000 U. $

3 (C) + BUDJET ETUDE PRE/OPERATIONNELLE +
1° Versement--------5.000 Dollards US
2° Versement------100.000 Dollards US
3° Versement-------40.000 Dollards US
Total------- 145.000 Dollards US

ESTIMATION D'ACHAT ET DE DEPENSES+DEPENSES ENGAGEES:
Achat transport DC7 Cargo--------------- 30.000
Frais et prime personnel de bord-------- 25.000
Mission d'observation sur le terrain---- 5.000
Frais de transport du groupe DC 7 Cargo- 20.000
Frais de contact et deplacement+entretien
equipe E.M.------------------------------ 20.000
Total------------- 100.000 US $

En ce qui concerne la partie 3 (C) la justification de ce budjet pour venir en décompte sur le budjet 2 (B)

-----------ooo-----------

Terror in Togo

Der westafrikanische Staat Togo gehört zu den reaktionärsten Ländern des Kontinents und zu den zuverlässigsten Bündnispartnern des französischen und westdeutschen Imperialismus.

So war die reaktionäre Militärclique Togos maßgeblich an dem Putschversuch gegen die VR-Benin beteiligt, es bestanden Pläne, mit Truppenverbänden von Togo aus die VR zu überfallen.

Die innenpolitische Situation Togos ist gekennzeichnet durch Korruption, eine katastrophale wirtschaftliche Situation und scharfe Repression gegen jeglichen Widerstand.

Fast alle höheren Militärchargen sitzen in den Ausichtsräten führender Firmen, um sich die entsprechenden Gelder einzuheimsen.

Die bloße Instandsetzung eines 500 m langen Straßenabschnitts hat beispielsweise 110 Millionen Francs gekostet, der Bau des Parteigebäudes sogar 5 Milliarden Francs!

Trotz Erhöhung des Phosphatpreises (Phosphat ist das Hauptrohstoffvorkommen) sind die Staatskassen leer, im Bildungs- und Gesundheitswesen herrschen katastrophale Mißstände.

Mit äußerster Härte wird jeder Widerstand schon im Keim erstickt. Im April dieses Jahres gab es — parallel zur franco-afrikanischen Konferenz in Dakar — eine neue Verhaftungswelle, von der vor allem Schüler und Studenten betroffen waren. In der Polizeikaserne der Hauptstadt Lome werden sie raffinierten Foltermethoden französischer Schule unterworfen. Als offizielle Todesursache wird meistens »Kreislaufkollaps«, »ertrunken«, »erhenkt« oder einfach »Selbstmord« angegeben. Die ermordeten Häftlinge werden kurzerhand in die Lagune von Lome geschmissen.

Eine spezielle Foltermethode ist der »Football militäre«, eine besonders perverse Art, die Gefangenen zu Tode zu quälen. Dabei wird der Häftling um Mitternacht aus seiner Zelle entlassen und in ein Fußballstadion gebracht. Im Schutz der Dunkelheit fallen dann 20 Soldaten über ihn her und prügeln so lange auf ihn ein, bis er stirbt.

Zehn Jahre Militärdiktatur in Togo: Es wird Zeit, daß das Volk diesen Faschisten die gebührende Abfuhr erteilt! (Alle Informationen nach »AA« Nr. 138, 27.6.).

Afrika-Kommission



Eyadema (Präsident von Togo) und einer seiner Auftraggeber.

Böse Aussichten: Omar Bongo (Gabun) übernimmt Vorsitz der OAU!

Auf der augenblicklich tagenden OAU-Konferenz in Libreville übernimmt turnusmäßig der Präsident von Gabun, Omar Bongo, den Vorsitz der OAU für das kommende Jahr. Wie dieser Erzkomprador seine neuen Aufgaben als Vorsitzender begreift, hat er schon vorher deutlich gemacht: Als Außenminister Genscher von seiner Goodwill-Visite in Zaire, die ausschließlich der internationalen Aufpolierung des bankrotten Mobutu-Regimes in der Phase des Bürgerkrieges dienen sollte, nach Gabun weiterreiste, empfing ihn Bongo in hier Begeisterung: *»Ich danke Ihnen im Namen Afrikas (?) für Ihren Besuch in Gabun zum gegenwärtigen Zeitpunkt«* („Stern", 23.6.). Aber den freundlichen Worten gegenüber dem BRD-Imperialisten sollen auch Taten folgen: Bongo versprach Genscher, *»dafür (zu) sorgen, daß eine OAU-Resolution aus dem vergangenen Jahr aufgehoben wird, in der die Bundesrepublik wegen enger militärischer Zusammenarbeit mit Südafrika verurteilt wurde«* („Stern", s.o.). Doch nicht nur seine Stellung zum Zaire-Konflikt (Gabun war einer der ersten Staaten Afrikas, der seine Solidarität mit Mobutu bekundete) kennzeichnet das Bild dieses neuen OAU-Präsidenten — er hat schon des öfteren bewiesen, auf welcher Seite der Barrikade er steht.

Gabun gilt als eines der zuverlässigsten Mitglieder der „französischen Gemeinschaft" in Afrika. Allerdings hat Frankreich auch viel dazu getan, um diese „Zuverlässigkeit"zu erhalten. 1964 landeten französische Fallschirmspringer in Libreville, um den bereits gestürzten Kompradoren M'Ba (Zitat: *»De Gaulle für Frankreich, M'Ba für Gabun!«*) wieder in den Sattel zu helfen. Grundlage für diese Aggression war der militärische Beistandspakt, den Frankreich im Unabhängigkeitsjahr 1960 mit seinen neokolonialistischen Statthaltern abschloß. Er sah ein französisches Interventionsrecht auch o h n e ausdrückliches „Hilfeersuchen" vor!

Die „Freundschaft" Gabun-Frankreich hat sich vor allem für die französischen Imperialisten ausgezahlt. Insgesamt beuten über 500 französische Firmen das Land aus. 60% des Kapitals für den Abbau der gabunischen Erdölvorkommen (viertgrößter Erdölproduzent Afrikas!) hält der französische Konzern ELF in der Hand. Beim Mangan-Abbau ist das französische Kapital zu 37% beteiligt. Große wirtschaftliche und militärische Bedeutung haben die Uranvorkommen in Gabun, deren Ausbeutung sich der französische Imperialismus für seine Atomstreitmacht mit einer Mehrheitsbeteiligung von 64% sicherte. Konzessionen für die Abholzung der reichen gabunischen Edelholzvorkommen hat die gabunische Regierung 1971 an acht französische Unternehmen vergeben.

Die totale Abhängigkeit von Frankreich wird durch die Anwesenheit von über 20.000 Franzosen im Land noch verstärkt. Durch das 1975 erneuerte „Kooperationsabkommen" mit Frankreich ist der Zustrom französischer „Fachkräfte" auch für die Zukunft gesichert: Allein 1975 kamen über 700 Franzosen ins Land.

Schließlich ist der französische Imperialismus auch heute noch direkt militärisch in Gabun vertreten: In Libreville (Hauptstadt) unterhält er eine Garnison („Handbuch der Dritten Welt", S.172).

Konsequent frankreich-freundlich sieht denn auch die Afrika-Politik dieses Kompradorenstaates aus:

— Auf der vor kurzem stattgefundenen französisch-afrikanischen Gipfelkonferenz in Dakar (Senegal) macht Giscard d'Estaing den Vorschlag zur Schaffung eines gegenseitigen Verteidigungsabkommens und zur Schaffung einer gemeinsamen Armee. Hinter diesem Vorschlag steckt augenscheinlich nichts anderes, als den Versuch einer „Afrikanisierung" von imperialistischen Interventionen, ganz im Stil des marokkanischen Einsatzes in Zaire. Von den versammelten Staaten mochten diesem Vorschlag nur die drei „zuverlässigsten" zustimmen: Senegal, Elfenbeinküste und G a b u n.

— Obwohl die OAU, deren Vorsitz Bongo jetzt übernimmt, bereits mehrfach eine totale Blockade gegen den rhodesischen Rassistenstaat verhängt hat, dient der Flughafen Librevilles der rhodesischen Luftfahrtgesellschaft Affretaire als Zwischenlandestation beim Handel mit den westeuropäischen Staaten („FAZ",28.5.74).

— Gabun zählt zu den wenigen Staaten Afrikas, die sich ganz unverhüllt zu der „Dialog-Politik" der faschistischen Vorster-Regierung (RSA) bekannt haben und diese auch aktiv betreiben. Bongo dazu: *»Die südafrikanischen Behörden haben verstanden, daß die Zeit gekommen ist, uns einen Schritt entgegenzukommen; wir begrüßen das«* („Marchés tropicaux et méditerranéens", 4.4.75). Hinter diesen schönen Worten verbirgt sich ein massives ökonomisches Engagement der RSA in Gabun, so etwa beim Bau einer Eisenbahnstrecke im Wert von 800 Millionen Mark, die zu einem Gutteil von der RSA finanziert wurde (s. „FAZ", 28.5.74).

— Bongo hat sich im angolanischen Bürgerkrieg bis zum „bitteren Ende" offen auf die Seite der faschistischen Söldnerbanden der UNITA geschlagen und diese auch finanziell unterstützt („FR", 7.10.76 und dI-extra zur MPLA, S.10, 26.9.75).

— Bei dem gescheiterten Rechtsputsch in Benin am 16.1.77 waren die in Marokko ausgebildeten Söldnerbanden einen Tag vor ihrer Aggression in Gabun zwischengelandet und wurden dort mit Waffen bestückt. Nach der dafür eingesetzten UNO-Untersuchungskommission soll der Verantwortliche dieser Söldneroperation ein gewisser „Colonel Maurin" gewesen sein. Gemäß den beschlagnahmten Dokumenten handelt es sich um einen französischen Staatsbürger, der als enger Mitarbeiter des Präsidenten von Gabun (!) bekannt ist (ARBEITERKAMPF 101, S.42).

Insgesamt ergibt sich also das Bild eines total vom französischen Imperialismus abhängigen, rassistenfreundlichen und in Putschversuche verwickelten, zuverlässigen Stützpunkt des Imperialismus in Afrika. Von diesem neuen OAU-Vorsitzenden haben die afrikanischen Antiimperialisten gewiß nichts Gutes zu erwarten....

Kongreß über nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika geplant

Am 25./26. Juni trafen sich in Darmstadt mehrere Afrika-Solidaritätsgruppen zu einem Seminar über nukleare Zusammenarbeit, zu dem die AAB (Anti-Apartheid-Bewegung) eingeladen hatte. Diskutiert wurde über die Vorbereitung und Durchführung eines Kongresses zur nuklearen Zusammenarbeit BRD-SA, der laut Protokoll des Seminars für März 78 vorgesehen ist.

„Der Plan eines Nuklearkongresses über die Zusammenarbeit BRD-SA soll in möglichst viele Gruppen getragen und dort erörtert werden. Um eine möglichst breite Wirkung in der Öffentlichkeit zu erzielen, sollen auch Liberale zu dieser Veranstaltung gewonnen werden. Eingeladen werden sollen zu diesem Kongreß Vertreter der Frontstaaten, der UNO, der OAU und der Befreiungsbewegungen SWAPO, Patriotische Front, ANC/PAC. Der Kongreß soll von möglichst vielen Organisationen getragen werden" (Protokoll des Seminars).

So hatte die AAB beispielsweise bereits Kontakt zum BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) aufgenommen und will auch beim anderen Teil der AKW-Gegner für ihren Plan werben. Möglichst viele Solidaritätsgruppen und AKW-Gegner sollen von Anfang an in die Diskussion und Vorbereitung dieses Kongresses einbezogen werden. Um dies möglich zu machen, sollen eine Dia-Serie und ein „Reader" erstellt werden, in dem Dokumente und eine ausführlichere politische Einschätzung des südlichen Afrika und der Beziehungen BRD-SA veröffentlicht werden sollen. Mit diesem Material sollen an möglichst vielen Orten Veranstaltungen z.B. von BIs und Solidaritätsgruppen stattfinden.

Die AKW-Gegner sollen also nicht einfach „Mobilisierungsmasse" für diesen Kongreß sein, sondern es sollen Kräfte gewonnen werden, die das antiimperialistische Element zum Bestandteil ihrer Anti-AKW-Praxis machen wollen. Zur weiteren Vorbereitung des Kongresses und zur Diskussion über die Inhalte des „Readers" wird die AAB zu einem weiteren Treffen am 30./31. Juli in Bonn einladen. Erfreulich wäre es, wenn möglichst viele Gruppen den „Reader" gemeinsam herausgeben könnten und dieses Thema zu einem wichtigen Bestandteil der für September geplanten zwei Anti-AKW-Wochen machen würden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß sowohl das Treffen am 30./31. Juli als auch das gesamte Projekt ein Erfolg werden.

Afrika-Kommission

asien

Militärputsch in Pakistan

Am Dienstag vergangener Woche übernahm in Pakistan das Militär die Macht. Es griff damit in eine Situation ein, die seit mehreren Wochen von aufstandsähnlichen Straßenkämpfen, an deren Spitze sich die rechte Oppositionspartei »PNA« gesetzt hatte, gekennzeichnet war. Nach den Parlamentswahlen im März war es zu Protesten gekommen wegen Wahlmanipulationen der Bhutto-Diktatur. Die rechte Oppositionspartei »PNA« verlangte den sofortigen Rücktritt Bhuttos und die Ausschreibung von Neuwahlen. Bis unmittelbar vor dem Militärputsch hatte es mehrere Gespräche zwischen Bhutto und Führern der PNA über die Frage der Abhaltung von Neuwahlen gegeben. Dabei hatte man schließlich eine Einigung erzielt, die dann aber doch wieder von Bhutto in Frage gestellt worden war, und so ging es hin und her.

Der Militärputsch soll nach Berichten der bürgerlichen Zeitungen einen »unblutigen« Verlauf gehabt haben. Widerstand hätte es nicht gegeben (»Süddeutsche Zeitung«, 7.7.77). Bereits in der Nacht hatten Truppen mit der Besetzung der strategisch wichtigen Zentren des Landes begonnen. Premierminiser Bhutto wurde in »Schutzhaft« genommen, ebenfalls inhaftiert wurden die Führer seiner Regierungspartei »PPP« und der oppositionellen »PNA« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 6.7.77). Vom neuen »starken Mann« Pakistans, General Muhammed Ziaul-Huq, wurde das Kriegsrecht über das gesamte Land verhängt sowie die Verfassung außer Kraft gesetzt. Die Grundrechte sind aufgehoben, außerdem wurde ein Verbot erlassen, auf dem Klagewege vor Gericht die Wiederherstellung der Grundrechte zu betreiben (»FAZ«, 7.7.77).

Die politische Macht hat ein Militärrat übernommen, an dessen Spitze der neue »Kriegsrechtsadministrator« und Oberbefehlshaber der Streitkräfte Ziaul-Huq steht. Ihm gehören außerdem die Kommandanten der drei Waffengattungen an. Die Nationalversammlung sowie die Provinzparlamente wurden für aufgelöst erklärt. Die Gouverneure der Provinzen wurden abgesetzt, an ihre Stelle treten Richter der Obersten Gerichtshöfe. Sie werden von Militärberatern »unterstützt«. Im Amt belassen wurde lediglich Staatspräsident Chaudry, der damit für die Militärdiktatur als ziviles Aushängeschild fungiert (»Neue Zürcher Zeitung«, 7.7.77). Mit diesen Maßnahmen hat sich das Militär uneingeschränkte diktatorische Vollmachten gegeben. Die Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten waren vorher ohnehin aufgrund des seit dem indisch-pakistanischen Krieg 1971 bestehenden Ausnahmezustands Einschränkungen unterworfen. Jetzt allerdings sind sie vollständig abgeschafft.

Angesichts dieser Tatsachen ist es reine Demagogie, wenn die neue Militärdiktatur ein Bekenntnis zur »Demokratie« ablegt. Unmittelbar nach dem Putsch erklärten die Militärs, sie hätten die Macht übernommen, um die Neuwahlen (die jetzt im Herbst stattfinden sollen) zu gewährleisten. Sie wollten die Voraussetzungen dafür schaffen, damit diese friedlich und frei zum festgesetzten Zeitpunkt stattfinden können (»FAZ«, 6.7.77). Die alte Regierung sei dazu nicht mehr in der Lage gewesen. Auch die Opposition sei mitverantwortlich, da sie einen Bürgerkrieg geplant habe. So hätten die Truppen bereits umfangreiche Waffenlager entdeckt (ARD-Tagesschau, 9.7.77, 13 Uhr). Noch vor den Wahlen soll ein »Volksgericht« über die gegen Bhutto von der oppositionellen »PNA« erhobenen Vorwürfe wegen »Machtmißbrauch« und »Wahlfälschungen« entscheiden. Bhutto selbst soll dann möglicherweise noch vor den Wahlen im Oktober wieder freigelassen werden. Auch die Freilassung der anderen inhaftierten Politiker sei noch vor den Wahlen geplant (»SZ«, 9./10.7.77).

Zunächst jedenfalls erließ der Militärrat ein »vorläufiges« Verbot aller politischen Aktivitäten. Das Volk solle Ruhe bewahren und sich von politischen Aktionen fernhalten (»NZZ«, 7.7.77).

Asien-Kommission

sammlung sowie die Provinzparlamente wurden für aufgelöst erklärt. Die Asien-Kommission



Lahore, 7. März '77: Soldaten der pakistanischen Armee zerschlagen gewaltsam die Protestaktionen gegen das Bhutto-Regime

Bundesregierung verdreifacht die Garantien für RSA-Geschäfte

Trotz aller Sprüche gegen Rassismus, für schwarze Mehrheitsregierung etc. vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die konkrete Zusammenarbeit der BRD-Kapitalisten und ihrer Regierung mit den Rassisten in Südafrika entlarvt wird:

So wurde jetzt bekannt, daß die „Hermes-Garantien" für Lieferungen von BRD-Kapitalisten drastisch erhöht wurden („Hermes" ist eine „Versicherung", die Bürgschaften für Auslandsgeschäfte gewährt und so den Kapitalisten einen evtl. Ausfall ihrer geplanten Einnahmen ersetzt. Sie ist bundeseigen. Über größere Projekte entscheidet die Bundesregierung direkt!).

Die »drastische Erhöhung der Garantien sieht in Zahlen so aus: Von Ende 70 bis Ende 73 stieg die Garantiesumme für Geschäfte mit Südafrika von 407,8 Mio. DM auf 656,49 Mio. DM. Allein 1976 ergab sich eine Steigerung auf 2,3 Milliarden DM (!!), also mehr als das dreifache!!! Schon von Januar bis Mai 77 stieg die Garantiesumme auf 2,775 Mrd. DM.

Die Hauptbrocken dieser »Ausfallversicherung« des Bundes kommt folgenden Firmen zugute:

— Deutsche Babcock für ein Kohleverflüssigungsprojekt in Südafrika (515 Mio. DM).
— Siemens und Mannesmann für das Kraftwerk Duvha (93 Mio. DM).
— Siemens für das Kraftwerk Matla und elektrische Ausrüstung von Lokomotiven (136 Mio. DM).
— Klöckner-Humboldt-Deutz für Maschinen (45 Mio. DM).
— BMW für Werkzeuge (36 Mio. DM)

Während die SPD noch im Juni großartig verkündigte, sie *»trete dafür ein, daß Hermes-Garantien für Südafrika eingestellt werden, um zu erreichen, daß keine Investitionen mehr ... in Südafrika erfolgen«* (Bahr auf dem Westberliner Kirchentag), wird durch die Steigerung eben dieser Garantien das Gegenteil bewiesen.

Fakt ist, daß etliche Kapitalisten es sich sehr genau überlegen würden, im südlichen Afrika derzeit zu investieren, würden sie nicht die »Ausfallversicherung« von Hermes in der Hinterhand haben!

Trotz allem Gelaber erweisen sich die SPD/FDP-Führer doch immer wieder als Komplizen der rassistischen Terroristen im südlichen Afrika und ihrer hiesigen „Unterstützerszene" (Angaben nach „ED", 1.7.77).

Rhodesien Regierungspartei der Rassisten gespalten

In Rhodesien (Zimbabwe) ist es inzwischen zu einem offenen Bruch zwischen den »harten« Vertretern der Rassisten und den »Gesprächsbereiten« gekommen.

Nachdem schon Anfang des Jahres sechs Abgeordnete der »Rhodesischen Front« (Regierungspartei) ihren Austritt erklärten, traten Ende Juni zwölf weitere Abgeordnete aus.

Als »Höhepunkt« trat nun der Vorsitzende der Partei zurück und verließ sie gleichzeitig.

Er faßte die Kritik an der Partei und am Rassistenhäuptling Smith folgendermaßen zusammen:

»Es wäre für mich absolut unannehmbar, in der Rhodesischen Front weiterzuarbeiten und damit einem Führer taktische Unterstützung zu geben, der einen absoluten Mangel an Führerschaft, Planung und Richtungsweisung beweist ... Smith und seine Regierung lehnen es ab, politisch zu planen ... Stattdessen warten sie auf die Ausländer, die sie zu absolut unannehmbaren Konzessionen zwingen wollen.«

Die »rechten Rebellen« sprachen sich für einen sofortigen Rücktritt der *»konzessionsbereiten, müden und negativen Regierung«* aus, die sofort durch eine *»handlungsentschlossene, den Kommunisten und ihren ausländischen Handlungen kompromißlos entgegentretende neue Regierung zu ersetzen«.*

Gleichzeitig bezeichneten sie alle Befürworter unter den Weißen für einen friedlichen Übergang als »Weich- und Feiglinge«.

Durch diese Spaltung der »Rhodesischen Front« hätte die »Mehrheit der Weißen« in Rhodesien endlich wieder *»Sprecher für ihre wahren Interessen gefunden«*, meinten die Rechten.

Tatsächlich — so spekuliert auch die ausländische Presse (z.B. der »Guardian«) — hatten die »Rebellen« die Zustimmung großer Teile der regierenden »Rhodesischen Front«. Entsprechend dieser Einschätzung wollen sie auch eine neue Partei gründen, die in Opposition stehen wird zu den Plänen eines »friedlichen Übergangs«.

Hierbei wollen sie sich auf den »entschlossenen Antikommunismus und die volle Mobilisierung der Weißen« in Rhodesien stützen. Die sofortige Reise eines der »Rebellen« nach Südafrika (De Kock; ehemaliges Regierungsmitglied) und Gesprächen mit *»dortigen hohen Beamten«*, lassen darauf schließen, daß die südafrikanischen Rassisten dieser Fraktion nicht ohne Sympathie gegenüberstehen!

Diese Fakten beweisen nur einmal mehr, daß eine »friedliche Lösung« der Imperialisten für Zimbabwe für die schwarze Mehrheit unannehmbar sein wird. Rassismus und Imperialismus werden auch in Zimbabwe nur im bewaffneten Kampf zu besiegen sein! (Zitate und Angaben nach »SZ« und »Guardian« vom 4./5./6.7.77)

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen

Sahara: Delegation der F. Polisario in Cuba

Anfang Juni begannen in Havanna Gespräche zwischen der PCC (Kommunistische Partei Cubas) und einer Delegation der Frente Polisario. B.M. Saed, Mitglied des Politbüros der Frente und Leiter der Delegation, informierte führende Genossen der PCC über den Kampf des sahrauischen Volkes.

Die Gespräche haben das Ziel, engere Verbindungen zwischen der PCC und der Frente Polisario zu schaffen. Sie beinhalteten Diskussionen über eine Reihe weiterer internationaler Probleme (nach „Jornal de Angola", 12.6.77).

Sahara: Agostinho Neto empfängt Außenminister der Sahara

Am 17. Juni traf eine Delegation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara in Luanda ein, um an der 29. Sitzung des Komitees zur Befreiung Afrikas teilzunehmen.

Der Leiter der Delegation, Außenminister Ibrahim Akim, traf mit leitenden Genossen der MPLA zusammen. Gemeinsam mit dem Leiter der algerischen Delegation und dem Präsidenten des UNO-Komitees zur Entkolonialisierung, Salim Amhed Salim, wurde der Genosse Ibrahim Hakim auch vom Präsidenten der VR Angola, Agostinho Neto, empfangen (nach „Jornal de Angola", vom 18.6.77).

Angola: FRETILIN-Delegation in Luanda

Zu einem offiziellen Besuch in Angola traf der Verteidigungsminister von Ost-Timor, Rogerio Lobato, in Luanda ein.

In einer Pressekonferenz in Luanda erklärte Lobato, die Befreiungsarmee von Ost-Timor, die FALANTIL, sei nur noch 16 Kilometer von der Hauptstadt Dili entfernt („Jornal de Angola", 21.6.77).

Portugal-Kommission

Zimbabwe

Erfreuliches melden Statistiken der Smith-Regierung. 1.754 Weiße verließen allein im Mai '77 das Land. Von Januar bis Mai dieses Jahres suchten 4.917 Weiße das Weite. Letztes Jahr waren es im gleichen Zeitraum nur 1.520. Steigerungen sollten hier wohl noch möglich sein (nach »Daily News« Tanzania 28.6.77).

Afrika-Kommission

Timor: Erfolge der Fretilin !

Nach jüngsten Informationen sollen die indonesischen Truppen in der Demokratischen Republik Ost-Timor (DROT) weiter in Bedrängnis gekommen sein: Nach Kämpfen im Mai sind verschiedene Dörfer in der Nähe der Hauptstadt Dili von der Fretilin befreit worden, so beispielsweise der Ort Colamau, 10 km von Dili entfernt („Tribune", Zeitung der „Kommunistischen Partei Australiens", 8. 6.77, nach „Ost-Timor aktuell" Nr. 12).

Zu Kämpfen ist es auch schon in unmittelbarer Nähe Dili's gekommen, in Fatumate und am Comaro-Fluß, 3 km von Dili entfernt („Ost-Timor aktuell" Nr. 11). Die indonesische Regierung hat mittlerweile ihr Desaster in der DROT selbst zugegeben. So heißt es in *„einem Report der indonesischen Regierung, daß nur acht der zweiundzwanzig Distrikte in Timor sicher* (für die Faschisten – AK) *sind"* („ In these Times", 8. bis 14. 6. 77). Nach Berichten der Fretilin können sich die indonesischen Soldaten außerhalb der noch besetzten Städte und Dörfer nur per Flugzeug oder Hubschrauber fortbewegen („Ost-Timor aktuell" Nr. 11).

Belagerung des Uranfrachters und Aufschwung der Anti-Atombewegung

Der Hamburger Frachter „Columbia Australia" (Reederei: Hamburg-Süd/ Oetker-Konzern) wurde am Wochenende 2./3. 7. zum Zentrum der Kämpfe gegen die australischen Uranexporte. Die „Columbia Australia" sollte die ersten Uranlieferungen nach langer Zeit aus Australien transportieren.

Am Samstag, 2.7., stürmten mehrere hundert Atomgegner die Hafentore von Melbourne und errichteten eine Blockade gegen das Schiff (nach vergeblichem Besetzungsversuch!).

Im Folgenden ein Bericht einer australischen Genossin zu den Aktionen:

„Morgens und frühnachmittags waren rund 200 Demonstranten am Kai. Sie kamen durch die Pforte, bevor diese geschlossen wurde. Das Schiff wurde mit ‚Stop Uranium Mining' bemalt und mit Aufklebern bedeckt. Einige konnten Deutsch sprechen und haben mit der Schiffsbesatzung geredet. Die Laufplanke war schon hochgezogen und die Kaiarbeiter haben gestreikt. Diese Aktion brachte viel Beifall, und die Arbeiter werden sich heute treffen, um darüber (den Streik und Boykott, Anm. AK) *zu diskutieren. Jede Schicht hat beschlossen, nicht mehr zu arbeiten. Sie wissen, daß sie Unterstützung haben.*

Der Polizeikommissar hat den Kapitän gebeten, die Laufplanke nicht herunter zu lassen, bevor die Demonstranten weg wären, sonst würde das Schiff gestürmt.

Später, nachdem die Pforte geschlossen war, waren weniger Demonstranten in der Anlage. Keiner durfte hinein und die Polizei hat Nahrung und warme Kleidung (In Australien ist Winter!) *beschlagnahmt... Hinter dem Zaun war es frierend kalt, und die Demonstranten haben zwei Feuer in Tonnen angezündet; haben getanzt und gesungen. Sie hatten beschlossen, friedlich und passiv Widerstand zu leisten ... Eine Delegation (dazwischen eine Labor-Senatorin) ging an Bord (per Kahn) und hat mit dem Kapitän gesprochen.*

Die polizeilichen Aktionen gegen Abend waren , ganz einfach gesagt, brutal (die schlimmsten seit Jahren). Die Feuerwehr raste mit großen Maschinen hin und hat die kleinen Feuer mit Gewalt gelöscht. 30 – 40 Polizisten, vier auf Pferden haben die Demonstranten umkreist und angegriffen. Ältere Leute, Kinder und Frauen wurden von den Pferden getreten. Andere, die versucht haben, Leute aus der Gefahr zu ziehen, wurden gestoßen, geschlagen oder zum Boden geworfen... viele hatten zerrissene Kleidung und Verletzungen. Einer ist ins Krankenhaus gekommen. Insgesamt wurden 33 festgenommen. Dazwischen war der Sekretär der ‚Waterside Workers Federation' (Ted Bull, Dockarbeitergewerkschaft).

Kundgebungen und Aktionen, sowie auch Veranstaltungen, um die Taktik zu diskutieren, gab es gestern (3.7.), und sollen auch heute und vielleicht morgen weitergehen" (Bericht der Genossin vom 4.7.77).

Der Polizeieinsatz gegen die Atomgegner rief breiten Protest hervor – noch am selben Tag fand in Melbourne eine Massendemonstration statt, die 2.000 Dockarbeiter des Melbourner Hafens traten aus Protest in einen 24stündigen Streik („SZ", 7.7.77) Verschiedene australische ‚Persönlichkeiten' protestieren gegen diese Brutalität. Der sozialdemokratische Vorsitzende des ACTU (Gewerkschaftsdachverband) nannte den Bulleneinsatz „brutal und schrecklich" („The Age", 4.7.77). Ursprünglich sollte es eine Untersuchung über den Polizeieinsatz geben, der verantwortliche Staatssekretär Vance Dickie stellte sich jedoch voll hinter die Bullen und verhinderte vorerst eine Untersuchung.

Seit dem Polizeieinsatz wurde die Blockade von den Dockarbeitern mitgetragen – keine Hand rührte sich für das Hamburger Uranschiff.

In der Nacht zum 6.7. ist dann – auf Anweisung der Hamburger Reederei – die „Columbia Australia" heimlich aus dem Hafen geschleppt worden – oder mit eigener Kraft gefahren (die Meldungen widersprechen sich in diesem Punkt). *„Auf der Pier ließ der 22.000 Tonnen-Frachter für Nordamerika bestimmte australische Exportgüter im Wert von einer Million Dollar (2,63 Millionen Mark) zurück"* („HA", 6.7.77) – die Hektik, mit der das Schiff den Hafen verließ, ist offensichtlich.



Demonstration auf dem Verladeplatz am 20.6.

Die Blockade gegen das Uranschiff ist der Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Neuaufnahme der Uranexporte gewesen. Bereits Tage zuvor liefen ständige Auseinandersetzungen in Glebe Island (Verladeplatz). Das Uran (200 t Uranlösung) wurde von einem Polizeikonvoi an den Ladeplatz geleitet. Am Montag, 20.6. , versammelten sich mehrere hundert Atomgegner vor dem umzäunten Verladeplatz. *„Montag Nacht kletterten Demonstranten über den Drahtzaun und drangen in den Terminal ein"* („Tribune", Zeitung der KPA, 22.6.77). Sie diskutierten mit den Hafenarbeitern, die zu dem Zeitpunkt das Uran aufladen wollten. Auch hier kam es sofort zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Bullen verhinderten am nächsten Tag eine erneute Besetzung des Ladeplatzes und verhafteten 25 Demonstranten (darunter Jack Mundey, den Führer der KPA). Auf dieser Grundlage (das Uran war bereits an Bord) wurde dann am 2.7. versucht, das Schiff zu besetzen und die Blokkade errichtet.

Hafenarbeiter beteiligen sich !

Die Docker waren ursprünglich bereit, die „Columbia Australia" zu beladen, die Urancontainer wurden aufgeladen. Zurück geht dies auf den Beschluß der „Australian Labour Party" (Spezialdemokraten), den generellen Boykott aufzuheben und Uranexporte zur Erfüllung der bestehenden Verträge zuzulassen.

Nach den ersten Auseinandersetzungen vom 20.6. kam es zu neuen Diskussionen unter den Dockern. Diese sagten zwar, *„daß sie das Uran nicht verladen wollen, sich aber an eine Entscheidung ihrer Delegierten halten"* („Tribune", 22.6.77). Die Delegierten hatten mit 50 : 20 den ALP-Beschlüssen zugestimmt und den nationalen Boykott mit aufgehoben. Die Aktionen am 2.7. und ganz besonders der brutale Polizeieinsatz brachte das Faß zum Überlaufen – die Docker weigerten sich, die „Columbia Australia" weiter zu beladen und traten im ganzen Hafen für einen Tag in den Streik. Am 4.7. entschlossen sie sich, den Boykott gegen das Schiff weiterzuführen. Der Boykottbeschluß gegen die erste Uranlieferung seit Jahren kann durchaus als eine Niederlage für die ALP-Führung gewertet werden. Diese hatte sich ausdrücklich f ü r diesen ersten Export ausgesprochen!

Die Zeichen stehen auf Sturm !

Auch wenn die „Columbia Australia" samt den Urancontainern Melbourne verlassen konnte, muß die Aktion um diesen ersten Uranexport Australiens doch als ein Schritt nach vorn für die australische Anti-Atombewegung gesehen werden. Zum einen ist es gelungen – nach Aufhebung des generellen Uranboykotts durch die Führer der Sozialdemokraten und Gewerkschaften – neue, andere Aktionsformen durchzuführen (Besetzung etc.). Bedeutsam ist vor allem, daß es den Demonstranten gelang, die Hafenarbeiter zu einer aktiven Position gegen die Uranexporte und zum Durchbrechen der von ihrer Gewerkschaftsführung mitgetragenen ALP-Linie zu bewegen. Auch wenn der Boykott durch die Hafenarbeiter erst n a c h dem Uranverladen kam, so zeigt dies doch, daß die Gewerkschaftsbasis sich so ohne weiteres keineswegs auf den Kompromiß mit der reaktionären Frazer-Regierung trimmen läßt!

Auf der anderen Seite haben die Regierung und ihre Behörden klar gemacht, daß sie mit allen Mitteln die Uranexporte durchsetzen wollen, daß sie hierbei genauso zum Polizeiterror greifen, wie in anderen Ländern. Ob ihnen jedoch der Polizeiterror viel helfen wird, ist fraglich. Die Atomgegner jedenfalls bereiten weitere Aktionen vor. So wird vom nationalen „Movement against Uranium Mining" (MAUM) für den 5. August eine zentrale Demonstration anläßlich des Jahrestages der Hiroshima-Bombe vorbereitet. Und ebenfalls ist klar, daß weitere Uranexporte nicht ohne Widerstand durchgehen werden!

Asienkommission

AKW-Arbeiter starb durch radioaktive Verseuchung

Vor kurzem starb in A u s t r a l i e n ein Arbeiter des ‚Lucas-Heights' Atomreaktor. „Ein delikates Manöver im Zusammenhang mit dem Reaktor" führte zu starker radioaktiver Verseuchung des Arbeiters („Tribune", 22.6.77, nach einer Erklärung der zuständigen Atomenergie-Kommission). Kurze Zeit später erkrankte er an Leukämie und starb nach zwei Monaten !

An die Öffentlichkeit kam die Sache anläßlich einer Auseinandersetzung um die Rente für die Witwe des Arbeiters. Die Atomenergie-Kommission wollte ursprünglich nicht zahlen !

Nachdem die Zeitung „Sun-Herald" den faktischen Mord an dem Arbeiter veröffentlichte, erklärte die Kommission lapidar, „es würde stimmen". Was tatsächlich in dem Reaktor vorgefallen ist, wurde niemandem mitgeteilt !

Asienkommission

US-Stützpunkte und -Geheimdienste in Australien

Zunehmend spürbarer wird der Einfluß des amerikanischen Imperialismus in Australien. Über den ANZUS - Pakt besteht eine starke militärische Zusammenarbeit, das australische Militär beteiligt sich am Stützpunkt Diego-Garcia und hat bestimmte Sicherungsaufgaben im pazifischen Raum übernommen. In Australien selber betreiben die USA eine Reihe von Basen. Neben einer Reihe von *„meterologischen, geodätischen und astronomischen Stationen"* („FAZ", 15.6.77) unterhält die USA insbesondere drei größere Nachrichtenstützpunkte in Australien. Da diese Stützpunkte für die gesamte US-Strategie und auch für Australien selber eine hohe Bedeutung haben, gehen wir im Einzelnen auf sie ein:

Die drei Stützpunkte „Pine Gap", „Nurrungar" und „North-West Cape" sind nach allem was über sie bekannt ist, miteinander verbundene Koordinations- und Leitzentralen für die US-Streitkräfte im Pazifik sowie gleichzeitig ein gigantisches Frühwarnsystem der USA.

„Pine-Gap" und Nurrungar" sind Stationen über die mit zwei Sateliten Verbindung gehalten wird. „Pine-Gap" ist über diese Verbindung in der Lage, jeden Raketenabschuß in der UdSSR und VR China zu orten, jeden Atomwaffenversuch zu registrieren. „Nurrungar" hält Verbindung zu einem Spionagesateliten, der *„alle strategischen Waffen, ihreLagerplätze, Abschußrampen, Militärflugplätze und Schiffswerften"* ("FAZ", 15.6.77) fotografieren kann. *„Über „North-West-Cape" sind die im Indischen Ozean stationierten U-Boote der Vereinigten Staaten untereinander und mit dem Pentagon verbunden"* („FAZ", 15.6.77).

Natürlich hat „North-West-Cape" auch Verbindung nach „Pine Gap" und „Nurrungar". Es liegt auf der Hand, daß die beiden Stationen „Pine Gap" und „Nurrungar", vor allem erstere, hervorragend zu offensiven Zwecken benutzt werden können. Ein Satelit, der Raketenabschüsse orten kann, kann natürlich auch Raketenabschüsse an die von „Nurrungar" ermittelten Ziele lenken. Wenn man bedenkt, daß die Reichweite der Stationen die Sowjetunion und China umfasst, wird deutlich, welche Bedeutung diese Basen für die atomare Angriffsstrategie der USA haben!

„Im Verteidigungs- und Informationssystem der Vereinigten Staaten spielt der fünfte Kontinent (Australien) damit eine wichtige, weithin unbekannte Rolle, nicht zuletzt bei der Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts im Pazifik. Für die militärische Beobachtung und Nachrichtenverbindung vor allem im Weltraum und unter Wasser, eignet sich Australien wegen seiner geographischen Lage zwischen dem Indischen Ozean und dem Pazifik,seiner seiner seismologischen Stabilität, guter elektromagnetischer Faktoren, guten Wetters und, dies vor allem(!), einer meist kooperativen politischen Führung" („FAZ", 15.6.77). Diese Bedingungen sind (bis auf letztere) auf den anderen US-Stützpunkten, Guam, Philippinen etc., nicht gegeben - was die Bedeutung Australiens unterstreicht.

Außer den oben genannten Aufgaben ist nichts bekannt über die Aktivitäten der USA in ihren australischen Basen, Proteste und Forderungen in Australien brachten bis jetzt keinen Aufschluß über das ganze Ausmaß der US-Machenschaften. Was die USA so lassen wollen: *„Die Amerikaner wiederum bemerken, daß die Basen für sie sofort wertlos würden, wenn sie die Öffentlichkeit genau über deren Funktion aufklären müßten"* („FAZ", 15.6.77).

Damit keine „Geheimnisse" der US-Basen in Australien bekanntwerden, hat sich die USA über ihren berüchtigten Geheimdienst CIA, massiv in Australien eingeschaltet - wie jüngere Enthüllungen von ehemaligen CIA-Agenten beweisen. Wobei diese Enthüllungen offenbar dazu beitrugen, daß sich erneut eine Protestbewegung gegen die Anwesenheit des US-Imperialismus in Australien und gegen die Integration Australiens in die US-Strategie entwickelte.

CIA in Australien

Daß der CIA in Australien sein Unwesen treibt ist nicht neu, eine geheimdienstliche Zusammenarbeit zwischen CIA und dem australischen Geheimdienst (ASIO) existiert schon lange. Sie führte beispielsweise dazu, daß **„australische Agenten in Ländern tätig geworden sind, in denen die CIA selbst nicht mehr operieren konnte - vor allem in Chile unter Allende (!!!) und in Kambodscha unter Sihanouk"** („NZZ", 1.6.77). Sie führte ebenfalls dazu, daß Australien **„elektronische Abhöranlagen in verschiedenen südostasiatischen Ländern intsallierte"** („NZZ", 1.6.77). D i e s e Art von CIA-Aktivitäten und Zusammenarbeit wurde schon 1975 aufgedeckt: neu ist, daß der CIA aktive Aufklärungsarbeit in Australien selber leistete!

So gaben die ehemaligen CIA-Agenten Victor Marchetti und Philip Agee folgende Fakten bekannt:

- Über die US-Station „Pine Gap" war und ist der CIA in der Lage, sämtliche Telefon- und Telexleitungen von und nach Australien abzuhören.
- Der CIA unterstützt finanziell die heute regierenden rechtsstehenden Parteien - Liberal Party und Country Party.
- Der CIA unterstützt besonders massiv die antikommunistische Organisation „National Civic Council".
- Der CIA versuchte, diverse Gewerkschaftsführer, vornehmlich aus der kämpferischen Transportarbeiter und Dockergewerkschaft, zu kaufen.
- Letztlich hat der CIA aktiv Anteil am Regierungswechsel 1975. Der damalige regierende Sozialdemokrat Whitlam (ALP) wurde vom Generalgouvenor entlassen, bei Neuwahlen kamen die vom CIA unterstützten Rechtsparteien an die Macht („NZZ", 1.6.77, „Australasian Spartacist", 43/77,„Tribune", 15.6.77).

Besonders über den letzten Punkt existieren jetzt detaillierte Angaben von ehemaligen CIA-Agenten: Whitlam wurde am 11.11.75 von Generalgouveneur Kerr entlassen, An diesem Tag hatte er vor, einige Enthüllungen über die CIA-Aktivitäten in Australien bekanntzugeben. Am Vortag, den 10.11., telegraphierte ein australischer Geheimdienstler aus Washington nach Canberra, daß die US-Regierung und der CIA die Entwicklung mit Sorge betrachten und daß die Enthüllungen gestoppt werden müßten („NZZ", 1.6.77). Am gleichen Tag informierte *„ein hoher Beamter des Verteidiguns-ministeriums den australischen Generalgouveneur Kerr über die Befürchtungen der CIA"* („NZZ", 1.6.77). Und prompt entließ Kerr einen Tag später den sozialdemokratischen Regierungschef!

All diese Fakten werden natürlich abgestritten, besonders die regierenden „konservativen" Parteien tun sich dabei hervor. Die Errichtung eines Untersuchungsausschusses wird von ihnen abgelehnt - offenbar aus zwei Gesichtspunkten: Einerseits stecken sie selber massiv in dem Sumpf drin, zum anderen würde eine Untersuchung mit Sicherheit unliebsame weitere Enthüllungen über die US-Aktivitäten mit sich bringen.

Die jüngsten Enthüllungen geben der im Zusammenhang mit der US-Aggression in Indochina entstandenen anti-imperialistischen Bewegung neuen Aufschwung; durch die Diskussion haben sich jetzt die Gewerkschaftsfunktionäre gemeldet, die erklärten, daß ihnen für bestimmte Stillhalteaktionen Gelder von der amerikanischen Mafia-Gewerkschaft AFL-CIO angeboten wurden (so Arch Bevis, Präsident der australischen Transportarbeiter-Gewerkschaft, der sich nicht hat bestechen lassen). Zwei größere Gewerkschaften haben inzwischen erklärt, daß sie den Bau einer wichtigen Sendestation für das weltweite US-Navigationssystem „Omega" bei Canberra boykottieren werden („FAZ", 15.6.77).

Neben diesen Ansätzen einer neuen Bewegung gegen die US-Präsenz und gegen die Integration Australiens in die US-Strategie melden sich allerdings auch andere Kräfte zu Wort. Besonders tut sich die sozialdemokratische ALP hervor, die zwar sehr rrradikal auftritt aber nichts anderes vorhat, als die Bewegung auf sozialdemokratische Weise in „geordnete" Bahnen zu lenken.

ALP entdeckt „Verschwörung"

Für die ALP-Führung beinhalten die ganzen Enthüllungen über die CIA-Aktivitäten in Australien nur Angriffe auf die ehemalige ALP-Regierung unter Whitlam. Nur weil diese Regierung angeblich die US-Machenschaften stoppen wollte (und natürlich nie dazu kam), sei der CIA überhaupt aktiv geworden.

Whitlam will heute glauben machen, er sei nur zurückgetreten, um einen gewaltsamen Sturz zu vermeiden, den der CIA in Gestalt von Kerr sonst durchgeführt hätte. Zwar hat bewiesenermaßen (s.o.) der CIA seinen Part bei dem Abgang der Labourregierung gespielt, daß jedoch Whitlam und seine ALP-Mannen Opfer eines faktischen CIA-Putsches geworden sein sollen, ist nichts als eine Zwecklegende.

Man muß dazu wissen, daß die ALP durch ihre Regierungspolitk (Wiederaufnahme des Uranabbaus, Beteiligung bei Indonesiens Timor-Invasion. Lohnabbau und und und) während ihrer Regierungsjahre reichlich Stimmen verlor. Die ALP-Mehrheit im Parlament war 1975 auf 5 Stimmen zusammengeschrumpft, im Senat war die Mehrheit eh' hin! Ein Regierungswechsel bahnte sich daher schon lange vor dem Wechsel im November '75 an.Dies auch aus dem Grunde, um die wachsende Opposition innerhalb der ALP und der Gewerkschaften gegen Whitlam und seine Regierung wieder in den Griff zu bekommen. An diesem Regierungswechsel hat der CIA lediglich am Zeitpunkt mitgemischt und natürlich für eine rechtsstehendere Nachfolge gesorgt - sprich Aufpäppelung der heutigen Regierungsparteien.

Die Putschlegende der ALP zielt denn auch ziemlich klar in die Reihen der linken Opposition. Hier soll die ALP als „Putschopfer" wieder Farbe bekommen. (Die ALP hat gerade einige nette Abstimmungsniederlagen betreffs Uranexporte in der Partei erhalten, im Gegensatz zur ALP-Führung sprachen sich praktisch alle Landesverbände gegen den Uranexport aus!). Zum anderen wird natürlich versucht, die wiederaufkeimende Bewegung gegen die US-Präsenz auf ALP und Parlament (Neuwahlen) zu orientieren.

Asienkommission